

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967¹⁾ legt der Sachverständigenrat sein siebzehntes Jahresgutachten vor²⁾.

2. Die Volkswirtschaft steht in noch viel stärkerem Maße, als wir es vor einem Jahr zu kennzeichnen hatten, unter Anpassungszwang. Der Ölpreisschub 1979/80 und die Einsicht, daß Energie für lange Zeit nicht mehr so billig sein wird, wie sie es einmal war, zwingt die Menschen in aller Welt, sich umzustellen, Öl zu sparen oder durch andere Energieträger zu ersetzen, auf Jahre hinaus eine hohe Ölrechnung zu bezahlen und sich auch im ganzen erst einmal von der Vorstellung zu trennen, daß die ständige Steigerung des Wohlstands etwas Selbstverständliches ist. In vielen Ländern kommen ungelöste Inflationsprobleme der Vergangenheit hinzu. In dieser Hinsicht hat es die Bundesrepublik besser. Und das ist ein wichtiger Vorteil. Sie muß nichts überstürzen. Aber die außenwirtschaftliche Entwicklung hat der Bundesrepublik 1980 gezeigt, daß auch ihr Kredit Grenzen hat. Für die Lösung der Anpassungsaufgaben hat man nicht beliebig lange Zeit.

Im Zusammenhang mit den Herausforderungen von außen hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation verschlechtert und wird sich in den kommenden Monaten weiter verschlechtern. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Viele mag es bedrücken, daß in einer solchen Situation der Staat nicht darauf vorbereitet ist,

mehr zur Abwendung dessen zu tun, was allgemein vorausgesehen wird. Das hat freilich unmittelbar einleuchtende Gründe. Zum einen: Was die Volkswirtschaft an das Ausland verloren hat, kann der Staat nicht ersetzen. Die Wirtschaft muß damit fertig werden. Und das muß sie auch wissen, es darf nicht zuge deckt werden. Zum anderen: Der Staat kann auch deshalb nichts zusätzlich geben, weil er in der Vergangenheit schon so viel gegeben hat. Mit Rücksicht auf die Verengung des künftigen Spielraums für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, die aus einer zu stark wachsenden öffentlichen Schuldenlast folgt, kann es der Staat nur in engen Grenzen übernehmen, Friktionen zu mildern, die bei einem Prozeß der strukturellen Anpassung der Volkswirtschaft unvermeidlich auftreten.

Es sind Ereignisse vorstellbar, die uns sehr viel mehr abverlangen würden als das, was unsere Vorausschau auf das Jahr 1981 an Problemen spiegelt. Überdies ist die Besserung der Lage, die wir für den Verlauf des nächsten Jahres erwarten, noch nicht sicher. Wir können aber darauf vertrauen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik nach wie vor flexibel genug ist, mit Schwierigkeiten, auch unvorhergesehenen, fertig zu werden. Wir müssen nicht im einzelnen vorhersehen können, wie. Auch der Staat muß es nicht.

Für Zuversicht spricht außerdem, daß anscheinend in der Bevölkerung durchaus Bewußtsein dafür vorhanden ist, wie gering der Spielraum für eine weitere Wohlstandssteigerung geworden ist. In den kommenden Jahren den Wohlstand zu halten und für mehr Menschen Arbeitsplätze zu schaffen, wäre schon ein Erfolg. Die Chancen dafür sind durchaus gegeben. Die auf niemanden abwälzbare Verteuerung so wichtiger Rohstoffe wie des Erdöls bringt die Besinnung auf so alte Einsichten mit sich wie der, daß man mehr arbeiten muß, nicht weniger, wenn man einen Teil seines bisherigen Reichtums verloren hat. Solche Einstellung wird sich in der einen oder der anderen Form umsetzen in Bedingungen, die für eine Zunahme der Beschäftigung und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit günstig sind.

Zu den drängendsten und schwierigsten wirtschaftspolitischen Problemen des nächsten Jahres gehört die Aufgabe, neue Grundlinien für die Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft zu finden und zu beschließen. Der Sachverständigenrat widmet der Frage, wie es dazu kam, daß die europäische Agrarpolitik in eine Sackgasse geriet, und welche Möglichkeiten es gibt, aus dieser Sackgasse wieder herauszukommen, in diesem Gutachten ein eigenes Kapitel.

¹⁾ Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 sowie §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

²⁾ Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

3. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Werner Glastetter, hat sich nicht dazu entschließen können, das vorliegende Gutachten in allen seinen Teilen mitzutragen. Er legt seine abweichende Meinung unter Berufung auf § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in einem Minderheitsvotum dar.

4. Die Amtsperiode von Professor Dr. Olaf Sievert war am 29. Februar 1980 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

5. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und des Direktors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Rat Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen über wirtschaftspolitische Probleme der Europäischen Gemeinschaften.

6. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Zu Fragen der europäischen Agrarpolitik haben ihm Professor Dr. Wilhelm Henrichsmeyer, Professor Dr. Oskar Gans und Dr. Siegfried Bauer, Bonn, Professor Dr. Wilhelm Scheper, Kiel, sowie Professor Dr. Stefan Tangermann, Göttingen, schriftliche Ausarbeitungen zur Verfügung gestellt und damit die Vorbereitung des Gutachtens erleichtert. Professor Dr. Theodor Dams, Freiburg, Professor Dr. Ulrich Koester, Kiel, sowie Professor Dr. Günther Schmitt, Göttingen, standen dem Rat zu einer Aussprache über aktuelle Fragen der Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung, ebenso der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck.

7. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

8. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Professor Dr. Manfred Feldsieper, Köln, und Dr. Carsten Thoroe, Kiel, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

9. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat auch durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gefunden.

10. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahre sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Außer derem Leiter Herrn Ltd. Regierungsdirektor Maurer und dessen Stellvertreter Herrn Oberregierungsrat Glöckler haben als ständige Mitarbeiter Frau Schnürer, Frau Wildeman, Herr Egli, Herr Leonhardt und Herr Seewald den Rat mit unerschöpflicher Geduld unterstützt. Allen Beteiligten zu danken ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

11. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Diplom-Volkswirt Peter Böhm, Diplom-Volkswirt Peter Bofinger, Dr. Ernst-Moritz Lipp, Dr. Jürgen Pfister, Dr. Wolfgang Sengebusch und Dr. Axel Siedenberg. Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 17. November 1980

Horst Albach Gerhard Fels Werner Glastetter Kurt Schmitt Olaf Sievert

Inhalt

	Seite
Eine kürzere Fassung	1
Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage	12
<i>TEIL A: Der internationale Rahmen</i>	12
I. Schwerer Start in die achtziger Jahre	12
II. Industrieländer im Anpassungsprozeß	17
III. Zunehmende Leistungsbilanzungleichgewichte	29
Recycling mit Hindernissen	30
Wechselkurse im Sog der Zinsdifferenzen	35
IV. Zunehmende Probleme in der Europäischen Gemeinschaft	37
Gefahr eines zunehmenden Protektionismus	41
<i>TEIL B: Die Binnenkonjunktur 1980</i>	42
I. Überblick	42
II. Unter Anpassungszwang	44
Privater Verbrauch durch Kaufkraftentzug gedämpft	44
Differenzierte Auslandseinflüsse	46
Veränderte Angebotsbedingungen als Herausforderung	47
Investitionsneigung vergleichsweise wenig beeinträchtigt	52
Wenig verminderte Expansion der staatlichen Nachfrage	55
Deutliche Unterschiede in der Produktionsentwicklung	55
Nochmals hohe Auslastung des Produktionspotentials	57
Beschäftigung im Jahresverlauf wieder vermindert	59
III. Wieder größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt	61
Steigende Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf	62
Ausbildungschancen weiter verbessert	67
Arbeitsmarktpolitik: Erfahrungen der letzten Jahre	70
IV. Höhepunkt der Preissteigerungen überschritten	73
Geldwertschwund weiterhin hoch	73
Was alles zum Preisanstieg beiträgt	76
V. Geringer Anstieg der realen Einkommen	79
Wenig veränderte Verteilungsrelationen	79
Leichter Rückgang der Gewinnsteuern, höhere Lohnabzüge	83
Realeinkommen der privaten Haushalte nur wenig höher	85
VI. Zahlungsbilanz im Ungleichgewicht	86
Erhebliches Leistungsbilanzdefizit	86
Wettbewerbsvorteile durch D-Mark-Schwäche	90
Hohe Direktinvestitionen	92

	Seite
Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits durch Kapitalimporte noch nicht erreicht	93
Starke reale Abwertung der D-Mark	95
VII. Geldpolitik: Stabilisierung unter veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen	96
Schwache Expansion der Zentralbankgeldmenge	97
Umschichtung zu höher verzinslichem Geld	103
Allmähliche Abschwächung der Kreditexpansion	106
Kapitalmarkt unter Auslandseinflüssen	106
VIII. Finanzpolitik: Keine Abkehr von hohen Defiziten	112
Konsolidierung: Die Last früherer Jahre	112
Ausgabenanstieg nicht gebremst	113
Steuerquote trotz Progressionswirkung rückläufig	117
Öffentliche Defizite nochmals gestiegen	118
Konjunktureller Impuls außerordentlich hoch	119
Gewerbesteuer: Verhalten der Gemeinden umstritten	123
Neue steuerpolitische Entscheidungen	123
Zweites Kapitel: Die voraussichtliche Entwicklung	126
I. Die voraussichtliche Entwicklung der Konjunktur im Ausland	127
II. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur	131
Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1981 und danach	140
I. Zur Grundlinie	140
Schwere Störungen	140
Was uns die Weltwirtschaft aufgibt	141
Das Dilemma der Wirtschaftspolitik	142
Grundmuster einer Lösung	145
II. Zu den Politikbereichen im einzelnen	148
Geld- und Währungspolitik	148
Finanzpolitik	150
Lohnpolitik und Arbeitsmarkt	163
Marktpolitik	166
Energiepolitik	168
Viertes Kapitel: Agrarpolitik in Europa	176
I. Ärgernisse	176
II. Grundsätze für einen Neubeginn	187
III. Wie man es nicht machen sollte	189
IV. Marktausgleich und Optionen für die Bauern	194
V. Berechtigte Forderungen dritter Länder	197

	Seite
Eine andere Meinung	200
Zu den wirtschaftspolitischen Grundlinien	200
Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen	204

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	210
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	212
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	213
IV. Methodische Erläuterungen	214
V. Statistischer Anhang	221
Sachregister	323

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite		Seite
1	13	21	76
2	15	22	77
3	33	23	78
4	36	24	84
5	38	25	89
6	45	26	90
7	51	27	91
8	52	28	92
9	53	29	95
10	54	30	96
11	56	31	98
12	57	32	100
13	58	33	102
14	59	34	104
15	60	35	107
16	62	36	108
17	63	37	111
18	65	38	112
19	74	39	127
20	75	40	133
		41	136
		42	184

Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite		Seite
1 Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern	12	21 Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik	71
2 Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	14	22 Zur Entwicklung der Lohnquote	79
3 Lohnkosten je Produkteinheit in ausgewählten Ländern	16	23 Zur Entwicklung der Reallohnposition ...	81
4 Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern	17	24 Verteilung des Volkseinkommens	83
5 Reale Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	18	25 Rentenniveau	85
6 Geldpolitische Ziele in verschiedenen Ländern	21	26 Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	86
7 Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	23	27 Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	87
8 Verwendung des anlagefähigen OPEC-Überschusses	30	28 Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	99
9 Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder	32	29 Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	101
10 Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt	34	30 Mittelaufkommen und Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	110
11 Zur Finanzierungssituation ausgewählter Entwicklungsländer	35	31 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte	114
12 Zum Europäischen Währungssystem	39	32 Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	116
13 Nettoposition der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft	40	33 Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern	117
14 Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	49	34 Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	120
15 Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	61	35 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	122
16 Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	64	36 Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	123
17 Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	66	37 Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	128
18 Angebotene und nachgefragte Ausbildungsplätze	67	38 Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	134
19 Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen	68	39 Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	138
20 Auszubildende in ausgewählten traditionellen Männerberufen	69	40 Die öffentlichen Haushalte 1981 in konjunktureller Sicht	152
		41 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1981 .	153
		42 Energiesparziele	170

	Seite		Seite
43 Ölimporte und Ölimportziele	171	47 Selbstversorgungsgrad bei ausgewählten landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft	181
44 Ausgaben im EG-Haushalt	176	48 EG-Ausgaben im Rahmen der Agrarpolitik	182
45 Ausgaben für die Landwirtschaft im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft	177	49 Strukturdaten für die Landwirtschaft in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft	186
46 Einnahmen im EG-Haushalt	178		

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite		Seite
1* Kaufkraftparitäten zur Umrechnung der binnenwirtschaftlichen Ströme in reale Werte	225	22* Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	252
2* Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern	226	23* Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	253
3* Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern	227	24* Verwendung des Sozialprodukts	254
4* Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern	228	25* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	258
5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern	229	26* Bruttoinvestitionen	260
6* Verfügbares Nettovolkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern	230	27* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	262
7* Privater Verbrauch in den EG-Ländern ..	231	28* Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	264
8* Staatsverbrauch in den EG-Ländern	232	29* Käufe der privaten Haushalte im Inland ..	266
9* Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern	233	30* Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	267
10* Außenhandel der EG-Länder	234	31* Vermögensbildung und ihre Finanzierung	270
11* Industrielle Produktion in den EG-Ländern	235	32* Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte	272
12* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	236	33* Kassenmäßige Steuereinnahmen	274
13* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	238	34* Verschuldung der öffentlichen Haushalte ..	275
14* Energiepreise im internationalen Vergleich	239	35* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	276
15* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	240	36* Zahlungsmittelbestände und Kredite	278
16* Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	241	37* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	279
17* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	242	38* Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe	282
18* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	244	39* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	284
19* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	248	40* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	287
20* Verteilung des Volkseinkommens	250	41* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	288
21* Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	251	42* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	290

	Seite		Seite
43* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	291	58* Index der Grundstoffpreise	309
44* Baugenehmigungen	292	59* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	310
45* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ..	293	60* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	311
46* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ..	295	61* Index der Ausführpreise	312
47* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	296	62* Index der Einfuhrpreise	313
48* Einzelhandelsumsatz	297	63* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	314
49* Zahlungsbilanz	298	64* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Hauptgruppen	315
50* Kapitalverkehr mit dem Ausland	300	65* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Hauptgruppen ..	316
51* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	302	66* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	317
52* Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	303	67* Löhne und Gehälter	318
53* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	304	68* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	319
54* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	305	69* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	320
55* Warenausfuhr nach Ländergruppen	306	70* Energieverbrauch nach Bereichen	321
56* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	307	71* Entwicklung im Mineralölbereich	322
57* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	308		

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation ölexportierender Länder
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

—	= nichts
0	= weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	= kein Nachweis
...	= Angaben fallen später an
— oder	= der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	= Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen

Schwerer Start in die achtziger Jahre

1*. Die Weltwirtschaft hatte einen schweren Start in die achtziger Jahre. Die zweite Ölteuerung traf die Welt in einer Phase, in der fast alle Länder mit alten oder neuen Stabilitätsproblemen zu kämpfen hatten. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien war nach Jahren der Inflationsbeschleunigung der Weg in die Rezession ohnehin vorgezeichnet. In Kontinentaleuropa und in Japan war der Konjunkturaufschwung schon unter inflationären Einfluß geraten, bevor der Abbau der Arbeitslosigkeit richtig hatte einsetzen können. Die Ölverteuerung gab dann der Inflation weiteren Auftrieb. Der Schock mag geringer gewesen sein, weil die Einsicht, daß Öl knapp und teuer bleibt, gewachsen ist. Anders als nach 1973 erwartet heute kaum noch jemand einen nachhaltigen Rückgang des Ölpreises. Die Investitionschancen, die die Anpassung an das teure Öl den industrialisierten Ländern eröffnet, wurden 1980 jedoch überschattet vom Stabilisierungszwang, dem diese Länder — und viel mehr noch die devisenarmen Entwicklungsländer — ausgesetzt sind. Der Spielraum für Wachstum und Beschäftigung in der Welt ist zunächst einmal enger geworden.

So gesehen war ein Stocken der Weltkonjunktur geradezu angelegt (Ziffern 1 ff.). Die Produktion liegt 1980 nur wenig über dem Niveau des Vorjahres. Im Verlauf des Jahres ist sie in den meisten Ländern sogar zurückgegangen, ebenso die Beschäftigung. Die Inflation ist weltweit noch nicht unter Kontrolle. Hohe Zinsen belasten die Investitionen. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fehlt es an Handlungsspielraum. Wachsende Zahlungsbilanzschwierigkeiten treiben viele Entwicklungsländer in eine Stabilisierungskrise.

2*. Die Wurzeln der gegenwärtigen Probleme reichen zurück bis in die frühen siebziger Jahre, als sich in der Weltwirtschaft eine Inflationswelle ausbreitete, unter deren Einfluß das OPEC-Kartell 1973 einen drastischen Anstieg des Ölpreises durchsetzen konnte. In der Weltrezession von 1975 war es nicht gelungen, die Inflationsmentalität so weit zu brechen und die Investitionsbedingungen so zu verbessern, daß ein weitgehend spannungsfreies Wachstum in der Folgezeit möglich gewesen wäre. Eine durchgreifende Lösung der damals zutage getretenen Stabilitäts- und Angebotsprobleme war in Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit vertagt worden. Die Wirtschaftspolitik versuchte, die Schwierigkeiten mit expansiven Maßnahmen zu überspielen. Der Strukturwandel, den die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen notwendig werden ließen, kam nur allmählich voran. Als 1978 nach einer längeren Durststrecke wieder

ein Konjunkturaufschwung einsetzte, stieß dieser schon bald auf Angebotsengpässe. Die Inflation konnte nicht mehr in Schach gehalten werden.

3*. Die meisten ölabhängigen Länder stehen jetzt vor einer schwer lösbaren Aufgabe: Sie müssen all das an Anpassung nachholen, was sie in der Vergangenheit versäumt haben, und gleichzeitig die Lösung der Probleme angehen, die ihnen neu ins Haus getragen wurden. Schnelle Lösungen sind nicht zu erwarten. Eine expansive Nachfragepolitik wird allgemein nicht als eine angemessene Therapie angesehen. Mangels Manövriermasse scheidet sie ohnehin aus. Weltweit hat die Bereitschaft zugenommen, die erforderliche Umstellung der Wirtschaft durch angebotspolitische Maßnahmen zu fördern, durch Maßnahmen, die Hemmnisse für den Strukturwandel abbauen, die realen Kosten senken, die Risiken mindern und — ganz allgemein — die Investitionsneigung stärken.

Zunehmende Leistungsbilanzungleichgewichte

4*. Der neue Ölpreisschub hat die Leistungsbilanzdefizite der Öleinfuhrländer enorm ansteigen lassen. Die OECD-Länder müssen in diesem Jahr ein Defizit von über 80 Mrd Dollar, die ohnehin hoch verschuldeten ölimportierenden Entwicklungsländer ein Defizit von über 50 Mrd Dollar finanzieren. Bisher haben die Finanzmärkte den Rückfluß des Ölgeldes ohne große Schwierigkeiten bewerkstelligen können. Die Risiken werden jedoch zunehmend höher eingeschätzt (Ziffern 17 ff.). Insbesondere in bezug auf einige kleinere Industrieländer und viele der ölimportierenden Entwicklungsländer wird von Grenzen der Verschuldungsfähigkeit gesprochen. Auch gibt es Befürchtungen, daß protektionistische Bestrebungen erneut an Boden gewinnen, weil einige Länder durch Abschotten ihrer Märkte versuchen könnten, sich dem Anpassungszwang zu entziehen. Trotz erheblicher Inflationsdifferenzen ist das Wechselkursgefüge im Zuge des Recycling nicht in Bewegung geraten. Vielmehr sehen sich traditionelle Hartwährungsländer einer unerwartet schwachen Notierung ihres Geldes auf den Devisenmärkten gegenüber.

5*. Die Bewegung der Wechselkurse zeigt 1980 in ihren Richtungsänderungen eine deutliche Übereinstimmung mit den Veränderungen der internationalen Zinsdifferenzen. Auffällig ist besonders, daß die stabileren Währungen nicht erneut höher bewertet wurden (Ziffern 27 ff.). Eine wichtige Erklärung hierfür ist darin zu sehen, daß die Wirtschaftspolitik in den Ländern mit hohen Inflationsraten nicht mehr bereit ist, eine Abwertung der heimischen Währung hinzunehmen, da dies mit dem Ziel der Inflationsbekämpfung nicht vereinbar erscheint, und

daher eine Politik hoher Zinsen betreibt. Im Europäischen Währungssystem (EWS) wurde diese Politik durch die Regelungen des Währungsverbundes unterstützt. Die D-Mark mit einem für die Bundesrepublik hohen, für internationale Verhältnisse indes ausgesprochen niedrigen Zinsniveau zählt seit dem Frühjahr zu den schwach notierten Währungen des EWS.

Die Geldmengenexpansion hat sich in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr allgemein noch einmal deutlich verlangsamt. Eine gewisse Konvergenz ist unverkennbar.

Zunehmende Probleme in der Europäischen Gemeinschaft

6* Die gemeinsame europäische Politik war in diesem Jahr schweren Belastungen ausgesetzt (Ziffern 30ff.). Besonders deutlich wurde dies bei der Agrarpolitik. Der Unmut, der sich hier aufgestaut hatte, führte dazu, daß der Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften für 1980 erst nach einer Verzögerung von mehr als einem halben Jahr verabschiedet werden konnte. Bei den Haushaltsberatungen des Budgets 1981 gibt es ebenfalls große Probleme. Im Stahlbereich kam es zu schweren dirigistischen Eingriffen. Konflikte zeichnen sich bei der Handelspolitik ab; die Forderung, daß der Konkurrenz aus Japan mit gemeinsamen protektionistischen Maßnahmen begegnet werden müsse, gewinnt an Boden.

Die Binnenkonjunktur 1980

7* In der Bundesrepublik stand die wirtschaftliche Entwicklung 1980, wie in den meisten anderen Industrieländern, im Zeichen verschärfter Stabilitätsprobleme und eines verstärkten Zwangs zur strukturellen Anpassung. Im Jahresdurchschnitt war die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar noch um 2 vH höher als 1979, doch spiegelt sich darin vor allem die Stärke, die der von einem kräftigen Schub bei den Investitionen geprägte Aufschwung bis zum Frühjahr hatte. Im Jahresverlauf ist es zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität gekommen, und die ohnehin noch hohe Arbeitslosigkeit hat wieder zugenommen. Der Geldwertschwund beschleunigte sich abermals; inzwischen hat er seinen Höhepunkt allerdings überschritten. Im Jahresdurchschnitt betrug er, an den Verbraucherpreisen gemessen, nahezu 5 1/2 vH, im Oktober rund 5 vH im Vergleich zum Vorjahr. Das Defizit im Leistungsverkehr mit dem Ausland, das sich 1979 aufgetan hatte, stieg auf fast 30 Mrd DM.

8* Die seit dem Frühjahr 1980 zu beobachtende Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität ist im Grunde weder Ausdruck einer unzureichenden Ausgabeneigung der privaten Haushalte noch Ausdruck eines Rückschlags in der Angebotsneigung der Unternehmen, die sich in den vergangenen beiden Jahren, ablesbar an dem Schub von Investitionen, deut-

lich gebessert hatte. Sie ist vielmehr, auch wenn andere Einflüsse dämpfend hinzukamen, vor allem Folge des Anpassungszwangs, in den die Volkswirtschaft mit der sprunghaften Verteuerung des Erdöls geriet. Diese hat die Ertragschancen nachhaltig verschoben, und daraus sind neue Wachstumsprobleme entstanden, noch bevor die alten gelöst waren. An die Stelle unrentabel gewordener Produktion muß neue Produktion in rentabel gewordenen Bereichen treten, und es muß ein größerer Teil der möglichen Mehrproduktion für den Export bereitgestellt werden, zu Lasten des Teils, der für die zusätzliche Verwendung im Inland verfügbar ist, und zwar zu Lasten der konsumtiven Verwendung, da der notwendige Strukturwandel die Schaffung neuer Kapazitäten und damit einen steigenden Investitionsanteil erfordert. Von der Zusammensetzung her paßten Nachfrage und Produktion 1980 dazu; das heißt freilich nicht, daß auch ihr Umfang mit der Herausforderung von außen vorgegeben war. Unter günstigeren Bedingungen im übrigen — vor allem bei niedrigeren Zinsen und bei geringerem Lohnkostendruck — hätten sie durchaus höher sein können.

9* Mit dem Ende November letzten Jahres verkündeten Ziel, die Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1979 bis zum vierten Quartal 1980 mit einer Rate zwischen 5 vH und 8 vH auszuweiten, hatte die Bundesbank für ihren Kurs wiederum einen recht breiten Rahmen vorgegeben; sie hatte freilich zugleich betont, daß sie zwar, wie schon im abgelaufenen Jahr, den Finanzierungsspielraum für ein gesamtwirtschaftliches Ausgabenvolumen bereitstellen wollte, das zu den Produktionsmöglichkeiten paßt, nicht aber für Preissteigerungen, die über das in der gegebenen binnenwirtschaftlichen wie außenwirtschaftlichen Situation unvermeidliche Maß hinausgehen.

Das Jahr über ist die monetäre Expansion dann etwas unter der Zielmarge geblieben. Der starke Anstieg des Preisniveaus, das hohe Defizit in der Leistungsbilanz und die Schwäche der D-Mark am Devisenmarkt haben die Geldpolitik veranlaßt, den mittelfristig orientierten Kurs der stetigen, im Tempo dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten folgenden Expansion des Geldangebots vorübergehend zu verlassen. Bis zum Frühjahr stand dabei wie schon im vergangenen Jahr auch die Vorstellung auf der Probe, im konjunkturellen Aufschwung werde es gelingen, rechtzeitig und im rechten Ausmaß die zu starke monetäre Expansion zu korrigieren und zu kompensieren, die bis Anfang 1979 zugelassen worden war mit Rücksicht auf eine damals noch unbefriedigende Konjunkturlage und unter dem Eindruck einer unaufhaltsam erscheinenden Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark. Der stark beschleunigte Anstieg des Preisniveaus 1979 und noch 1980 wird von manchem trotz aller Sonderfaktoren, wie der Ölverteuerung, letztlich auch als Ausdruck von Fehlern der Geldpolitik in der Zeit zuvor gesehen. Seit im Verlauf dieses Jahres die konjunkturelle Wende offenkundig geworden ist, hat sich freilich eine andere Frage in den Vordergrund geschoben, die Frage nämlich, inwieweit ein restriktiver Kurs der Geldpolitik zu der wieder unbefriedigenden Konjunktur-

lage beigetragen hat und inwieweit das unumgänglich gewesen ist (Ziffern 182 ff.).

10*. Die Finanzpolitik stand vor der Aufgabe, angesichts der zunehmenden Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte und der mit einem weiteren Anschwellen der öffentlichen Defizite verbundenen Gefahr, daß der Staat private Aktivität, insbesondere wachstumsnotwendige Investitionen, verdrängte, den staatlichen Kreditbedarf wenn nicht zu senken, so wenigstens nicht noch größer werden zu lassen. Die Haushaltspläne waren zunächst auch darauf gerichtet. Tatsächlich sind die Defizite dann doch gestiegen. Steuersenkungen wurden zwar, wie vorgesehen, im wesentlichen erst für 1981 beschlossen, die öffentlichen Ausgaben nahmen jedoch stärker zu als geplant (Ziffern 209 ff.).

Das Volumen der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden hat 1980 das, was wir konjunkturneutrales Haushaltsvolumen nennen, um über 45 Mrd DM überschritten. Dieser Betrag steht für den expansiven konjunkturellen Impuls, den wir der Finanzpolitik zurechnen. Er war um annähernd 13 Mrd DM größer als 1979.

11*. Bei begrenzten Preiserhöhungsspielräumen auf der einen Seite sowie weiter steigenden Importkosten und Zinsen auf der anderen kam dem Ausgang der Lohnrunde besondere Bedeutung zu. Denn von ihm hing wesentlich mit ab, ob in der Einschätzung der Unternehmen die Gewinnaussichten hinreichend günstig blieben, so daß sich weiterhin hohe Investitionen in mittelfristiger Sicht lohnten. Auch von dieser Seite ergaben sich nicht unerhebliche Belastungen. Mit rund 7 vH fiel die Anhebung der tariflichen Stundenlöhne nach mehreren Jahren rückläufiger Steigerungsraten deutlich größer aus als 1979 (Ziffern 65 ff.). Hinzu kamen in vielen Fällen kostenwirksame Vorbelastungen aus den letztjährigen Abschlüssen, insbesondere die stufenweise Verlängerung des Urlaubs. Da zugleich die Produktivität langsamer als 1979 stieg, erhöhten sich die Lohnkosten je Produkteinheit erheblich stärker als im Vorjahr.

12*. In ihrer überwiegenden Zahl sahen die Unternehmen in den verstärkten Lohnsteigerungen wohl eher eine nicht ganz unerwartete Reaktion auf die vorausgegangene Verbesserung der Ertragslage als eine nachhaltige, für die mittelfristige Rentabilität von Produktion und Investitionen gravierende Änderung des lohnpolitischen Kurses. Viele mochten zunächst auch darauf gesetzt haben, daß sie die Kostensteigerungen in den Preisen überwälzen könnten. Nicht wenige mußten das Jahr über allerdings feststellen, daß dies nur zum Teil gelang. Einbußen bei den Erträgen waren die Folge.

Zu einem ähnlich starken Druck auf die Gewinnmargen wie 1974/75, nach der ersten Ölkrise, ist es 1980 jedoch nicht gekommen. Das im Laufe der letzten Jahre allmählich wieder gewachsene Vertrauen, daß sich mittelfristig Gewinne erzielen ließen, die auf der Höhe der Risiken waren, blieb anscheinend im großen und ganzen erhalten.

13*. Eine wichtige Rolle dürfte dabei auch gespielt haben, daß sich Wettbewerbsvorteile für die heimi-

schen Anbieter aus dem stärkeren Anstieg von Kosten und Preisen im Ausland ergaben. Denn anders als bis 1978 glichen Änderungen des Wechselkurses die Unterschiede im Preis- und Kostenauftrieb zwischen dem Inland und dem Ausland 1980 nicht aus. Auch 1979 war es schon so gewesen, wenn auch noch nicht so ausgeprägt (Ziffern 163 ff.). Im Herbst dieses Jahres wurde die D-Mark sogar niedriger bewertet als Ende 1979. Die Kehrseite waren allerdings entsprechend stärkere Preisauftriebsten- denzen und Zinsen, die weniger hoch hätten sein müssen, wäre die heimische Währung für ausländische Anbieter attraktiver gewesen (Ziffern 177 ff.).

14*. Preissteigerungen, die in erheblichem Umfang die Kaufkraft des Einkommens schmälerten, eine wieder voll wirksame Steuerprogression, die den Anstieg des verfügbaren Einkommens dämpfte, und Zinsen, die es kostspielig machten, die Ausgaben unvermindert auszuweiten, schlugen sich vom Frühjahr an in einer merklichen Abschwächung des privaten Verbrauchs nieder (Ziffern 50 ff.). Hinzu kam, daß auch die Baunachfrage verhaltener ausfiel. Namentlich im Wohnungsbau veranlaßten zweistellige Steigerungsraten der Baupreise und hohe Finanzierungskosten viele Bauwillige, geplante Vorhaben aufzugeben oder zu vertagen. All dies blieb auch auf eine Reihe anderer Wirtschaftsbereiche nicht ohne Wirkung. Zurückhaltende Lagerdispositionen, teils Folge gedämpfter Absatzerwartungen, teils Folge hoher Zinsen, verstärkten die retardierenden Einflüsse im weiteren Verlauf des Jahres. Im Handel wie in der Bauwirtschaft, aber auch in der Industrie verschlechterte sich die Geschäftslage deutlich. Die Produktion wurde der schwächeren Nachfrage folgend gedrosselt, der Personalbestand nicht mehr ausgeweitet und vom Sommer an dann auch häufig vermindert, und sei es nur, indem ausscheidende Arbeitskräfte nicht ersetzt wurden (Ziffern 88 ff.).

15*. Zu einer kumulativen Verstärkung von Abschwungkraften, wie sie für konjunkturelle Rezessionsphasen typisch ist, ist es bislang nicht gekommen. Ausschlaggebend dafür war, daß sich die Investitionsneigung der Unternehmen vergleichsweise wenig abschwächte. Zwar wurden das Jahr über nicht mehr so viele Aufträge für Ausrüstungen und Bauten vergeben wie zuvor; die Ausgaben für neue Produktionsanlagen nahmen aber noch beträchtlich zu. Das Bestreben, Kosten zu senken und bestehende Kapazitätsengpässe zu beseitigen oder künftigen vorzubeugen, spielte dabei ebenso eine Rolle wie die Absicht, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Hinzu kam der Anreiz, den die Ölverteuerung für Investitionen in Fertigungsverfahren und Produkte mit sich brachte, die Öl einsparen oder durch andere Energieträger ersetzen. Dies spricht dafür, daß viele Unternehmen im Strukturwandel nicht nur Risiken, sondern auch Chancen sehen und daß sie sich auf die veränderten Marktbedingungen einstellen (Ziffern 77 ff.).

Daß sich mit einem attraktiven Angebot Nachfrage halten und neue gewinnen läßt, wurde nicht zuletzt im Export deutlich. Wenn die Bestellungen aus dem Ausland im Jahresverlauf auch das hohe Niveau

nicht beibehalten, das sie im ersten Vierteljahr erreicht hatten, waren die Unternehmen im ganzen durch Ausfuhraufträge noch besser beschäftigt, als angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der meisten Partnerländer erwartet worden war (Ziffern 55 ff.).

16*. Für Produktion und Beschäftigung war zudem eine Zeitlang von Bedeutung, daß sich bis in die ersten Monate dieses Jahres hinein in vielen Bereichen, insbesondere in der Bauwirtschaft, hohe Auftragsbestände aufgestaut hatten. Bei zunehmender Differenzierung der Beschäftigungslage zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen und deren Branchen ist die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Sachkapazitäten mittlerweile jedoch merklich gesunken; im jahresdurchschnittlichen Auslastungsgrad, der nicht viel niedriger sein dürfte als 1979, spiegelt sich dies noch nicht wider. Ebensoviele wird aus der nahezu unveränderten Anzahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Jahresverlauf sichtbar (Ziffern 100 ff.).

17*. Auf der anderen Seite ist dem Preisauftrieb mittlerweile die Spitze genommen. Sowohl auf der Erzeugerstufe als auch auf der Verbraucherstufe sind die Preise seit einigen Monaten nicht mehr so stark wie vordem gestiegen (Ziffern 128 ff.). Zum Teil ist dies wohl als Folge der verhalteneren Nachfrage zu sehen; zum Teil liegt der Grund aber auch darin, daß sich der Kostenschub bei den importierten Vorprodukten, insbesondere beim Öl, inzwischen weitgehend im inländischen Preisniveau niedergeschlagen haben dürfte und daß die im Durchwirken angelegten Preisauftriebstendenzen nun schwächer werden. Die Aussicht, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Reibungsverluste — Einbußen an Realeinkommen, Produktion und Beschäftigung — in Grenzen halten, ist damit besser geworden; Risiken bleiben freilich bestehen.

Die voraussichtliche Entwicklung

18*. Bei unserer Vorausschau auf das Jahr 1981 gehen wir davon aus, daß es die Grundlinie der Wirtschaftspolitik ist, mehr Wachstum und mehr Stabilität zugleich möglich zu machen. Unserer Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die Geldpolitik setzt sich das Ziel, die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate auszuweiten, die dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung des für unvermeidlich zu haltenden Preisanstiegs entspricht. Wir gehen davon aus, daß sie dieses Ziel auch dann erreichen kann, wenn die außenwirtschaftlichen Bedingungen ungünstig bleiben.
- Die Finanzpolitik wird sich im wesentlichen an die Empfehlungen des Finanzplanungsrates halten, den Ausgabenanstieg der öffentlichen Haushalte auf 4 vH zu begrenzen. Allerdings bedarf es dazu großer Anstrengungen, die vermutlich nicht alle Gebietskörperschaften auf sich nehmen wol-

len oder können. Wir erwarten deshalb, daß die durchschnittliche Steigerungsrate darüber liegt.

Für den nicht prognostizierbaren Wechselkurs haben wir uns für folgende Hypothese entschieden:

- Der Wechselkurs der D-Mark steigt über kurz oder lang wieder, aber zunächst nicht so stark, wie das Kosten- und Preisgefälle zum Ausland zunimmt. Es kommt also fürs erste zu einer realen Abwertung. Erst im Jahresverlauf zeigt sich dann, so unsere Erwartung, eine deutliche Aufwertungstendenz, durch die die vorangegangene reale Abwertung zurückgebildet wird. Aufs ganze Jahr gesehen, gehen wir von einer unveränderten realen Bewertung der D-Mark aus.

19*. In unserer Prognose haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß sich die deutsche Wirtschaft derzeit nicht in einem zyklischen Abschwung nach herkömmlichem Konjunkturmuster befindet, sondern in einer vorübergehenden Wachstumspause, die durch Störungen von außen verursacht worden ist. Man kann in der gegenwärtigen Konstellation zwar auch zyklische Elemente ausmachen, etwa das Ende des Booms im Fahrzeugbau oder in der Bauwirtschaft. Aber für dominant halten wir sie nicht. Deshalb erscheint uns die Erwartung gerechtfertigt, daß die Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen, wenn die kontraktiven Wirkungen der Ölverteuerung abklingen, und das dürfte im nächsten Jahr der Fall sein.

20*. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf dem Mineralölmarkt ist unverändert groß. Es ist nicht möglich, eine einigermaßen sichere Aussage darüber zu machen, welche Mengen an Mineralöl im nächsten Jahr zur Verfügung stehen, und vor allem welche Preise dafür zu zahlen sein werden. Für unsere Prognoserechnung gehen wir davon aus, daß eine ausreichende Versorgung sichergestellt werden kann, und daß die Preise für Rohöl nicht nennenswert stärker steigen werden als die Preise für Industriegüter in der Welt.

21*. Wie in früheren Gutachten bringen wir auch diesmal wieder eine quantitative Vorausschätzung in der Form der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie zeigt auf der Basis von Jahres- und Halbjahreswerten die Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts und deren Veränderungsrate gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei ergibt sich häufig für das Jahr 1981 eine Zuwachsrate von plus/minus Null. Sie suggeriert dem Betrachter Stagnation. In Wirklichkeit steht hinter dieser Rate eine mehr oder weniger deutliche Aufwärtsbewegung in der Zukunft, die eine gleich große Abwärtsbewegung in der Vergangenheit gerade ausgleicht.

22*. Wenn wir für 1981 nicht mit einer anhaltenden Stagnation oder gar Rezession rechnen, dann vor allem deshalb, weil wir eine nach wie vor hohe Bereitschaft zum Investieren feststellen. Diese steht zwar im auffälligen Kontrast zu dem skeptischen Konjunktururteil, das die Unternehmen bei den Umfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung be-

kunden; die Investitionsbereitschaft signalisiert aber Zuversicht auf mittlere Sicht. Bemerkenswert ist, daß die Investitionsbudgets, die im Vergleich zum Vorjahr nochmals kräftig aufgestockt worden waren, im Verlauf des Jahres 1980 kaum gekürzt worden sind. Nach allem, was uns bekanntgeworden ist, zeichnen sich Kürzungen auch für 1981 nicht ab, jedenfalls nicht, wenn man die Unternehmen insgesamt betrachtet. Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts und des Deutschen Industrie- und Handeltages bestätigen diese Einschätzung.

Für eine im ganzen positive Einschätzung spricht auch, daß sich die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat. Für den Durchschnitt des Jahres 1981 rechnen wir mit einer Zuwachsrate von rund 3 vH, nach 4 vH für den Durchschnitt des Jahres 1980.

Die Bereitschaft der Unternehmen, trotz unsicherer Absatzerwartungen zu investieren, wird auch die Baukonjunktur stützen und verhindern, daß es in der Bauwirtschaft, wie in den Jahren 1966/67 und 1974/75 zu einem Einbruch kommt. Der gewerbliche Bau wird somit ein Gegengewicht zu den rezessiven Einflüssen bilden, die vom starken Rückgang der Nachfrage im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau ausgehen. Anders als bei den Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir bei den Bauinvestitionen im ganzen mit einem Rückgang. Er dürfte indes nicht spektakulär ausfallen. Wir gehen davon aus, daß das Bauvolumen im Durchschnitt des Jahres 1981 um 3 vH und damit fast so stark sinkt, wie es im Durchschnitt des Jahres 1980 gestiegen ist (4 vH).

23*. Bei den Vorratsinvestitionen stehen kurzfristige Motive im Vordergrund. Zu Beginn des Jahres 1980 waren als Folge übertriebener Absatzerwartungen zu hohe Vorratslager aufgebaut worden. Inzwischen haben aber die Unternehmen ihre überhöhten Lagerbestände bei Fertigwaren und Vorprodukten kräftig verringert und damit einen großen Teil des Korrekturbedarfs gedeckt. Künftig wird also der konjunkturdämpfende Effekt entfallen, der in letzter Zeit vom Lagerabbau ausgegangen war.

Es ist sogar damit zu rechnen, daß die Unternehmen in der nächsten Zeit dazu übergehen, die Lager wieder aufzustocken, und zwar überall dort, wo sie unter das normale Maß abgesunken sind. Auf's ganze Jahr gesehen dürften die Lagerinvestitionen allerdings nach unserer Schätzung 5 Mrd DM geringer sein als 1980.

24*. Die Risiken für 1981 sehen wir nicht bei den Investitionen, sondern beim Export.

Im ganzen ist für das kommende Jahr nur mit einer allmählichen Besserung der Wirtschaftslage in den Industrieländern zu rechnen (Ziffern 241 ff.). Das reale Sozialprodukt dürfte um nicht mehr als 1 vH höher sein als 1980. In den europäischen Ländern dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht über die des laufenden Jahres hinausgehen, da sie im Verlauf des nächsten Jahres voraussichtlich um nicht mehr steigen wird, als sie im Jahresverlauf 1980 zurückgegangen ist.

Bei der Durchrechnung unserer Prognose sind wir von einem recht verhaltenen Anstieg der Exporte

ausgegangen. Wie bei einer Reihe anderer Größen unterzeichnet aber auch hier die Zuwachsrate von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt ($1/2$ vH) die Aufwärtsentwicklung: Zu Beginn des Jahres 1980 waren die Exporte unter dem Einfluß von Sonderfaktoren zunächst emporgeschnellt, später aber wieder deutlich abgefallen. Die niedrige Zuwachsrate für 1981 bringt also mehr den Rückgang in diesem Jahr und weniger den Anstieg im nächsten Jahr zum Ausdruck.

25*. Keine zu hohen Erwartungen sollte man beim privaten Verbrauch hegen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird unserer Prognose zufolge etwas langsamer zunehmen als im Jahre 1980. Selbst bei einem Sinken der Preissteigerungsrate, wie es sich abzeichnet, wird der Zuwachs an Kaufkraft nicht nennenswert höher sein. Dabei ist schon berücksichtigt, daß die privaten Haushalte bei der Einkommensteuer entlastet werden und mehr Kindergeld erhalten; sie werden allerdings auch höhere Verbrauchsteuern sowie höhere Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Krankenversicherung zahlen müssen.

Wir gehen daher davon aus, daß die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte im nächsten Jahr etwa mit der gleichen Rate expandieren wie die verfügbaren Einkommen. Beim realen privaten Verbrauch veranschlagen wir die Steigerungsrate für den Durchschnitt des Jahres 1981 auf 2 vH; im Jahre 1980 war es ebensoviel.

26*. Daß der Staat steuerliche Entlastungen beschlossen hat, muß im Blick behalten werden, wenn man die Wirkungen der öffentlichen Haushalte für das nächste Jahr abschätzen will. Trotz des Kurzhaltens der Ausgabenzuwächse wird der expansive Impuls, an dem wir die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte messen, etwa 40 Mrd DM betragen.

27*. Bei der sich für die nächsten Monate abzeichnenden Entwicklung der Anlage- und Lagerinvestitionen, des privaten und öffentlichen Verbrauchs sowie der Ausfuhr ist zunächst mit kaum mehr als einer Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials wird damit weiter sinken. Es spricht jedoch nicht viel dafür, daß die Stagnationsphase längere Zeit dauern oder daß es sogar zu einem weiteren Produktionsrückgang kommen wird. Wir erwarten im Gegenteil, daß sich die wirtschaftliche Aktivität spätestens im zweiten Halbjahr 1981 erholt, die Produktion also wieder anzieht. In der Zuwachsrate des Sozialprodukts für den Durchschnitt des Jahres 1981 ($+1/2$ vH), wie sie in unserem Tableau ausgewiesen ist, kommt diese Entwicklung allerdings nicht angemessen zum Ausdruck.

28*. Die Beschäftigung wird in den kommenden Monaten weiter zurückgehen, die Anzahl der Arbeitslosen weiter zunehmen. Das Ausmaß läßt sich allerdings nur schwer abschätzen. Es wird davon abhängen, wie die Unternehmen die absehbare wirtschaftliche Entwicklung beurteilen; ob sie eine längere Flaute erwarten oder eine rasche Erholung.

Und es wird nicht zuletzt auch davon abhängen, welche Kostenbelastung ihnen daraus entsteht, daß sie Arbeitskräfte weiterbeschäftigen, die sie vorübergehend nicht benötigen.

29*. Kernpunkt der lohnpolitischen Diskussion wird sein, daß der Spielraum für eine Anhebung der Effektivlöhne im Jahre 1981 recht klein ist. Auf das Jahr gesehen ist mit einem nur geringen Produktionszuwachs zu rechnen; und es zeichnet sich auch kein besonders hoher Kompensationsbedarf für unvermeidliche künftige Preissteigerungen ab. Wir erwarten daher, daß die Lohnabschlüsse für das Jahr 1981 deutlich niedriger ausfallen werden als die Abschlüsse, die für 1980 vereinbart worden sind. Es gibt Anzeichen dafür, daß dies von den Tarifparteien auch so gesehen wird.

30*. Wir erwarten, daß sich der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung im nächsten Jahr weiter deutlich abschwächt. Die Steigerungsrate im Jahresverlauf, Jahresende 1981 gegen Jahresende 1980 gerechnet, veranschlagen wir auf rund 3 vH. Sie wäre dann Ende 1981 kaum noch höher als Ende 1978, vor dem zweiten Ölpreisschub — immer vorausgesetzt, der fortschreitende Stabilisierungsprozeß wird nicht durch Einflüsse von außen durchkreuzt. Bei der Steigerungsrate im Vorjahresvergleich wird sich die Abschwächung allerdings erst etwas später zeigen als bei der laufenden Rate. Wir rechnen für den Durchschnitt des Jahres 1981 mit einer Rate von knapp 4 vH.

31*. Die fortschreitende Stabilisierung des Preis- und Kostenniveaus ist eine Voraussetzung dafür, um das hohe Leistungsbilanzdefizit, das in diesem Jahr auf rund 29 Mrd DM aufgelaufen ist, allmählich zurückzuführen. Im Jahre 1981 wird damit zumindest ein Anfang gemacht werden können. Alles in allem ergibt sich aus unseren Annahmen, daß die Leistungsbilanz 1981 ein Defizit in der Größenordnung von 24 Mrd DM ausweisen wird rund 5 Mrd DM weniger als im Jahre 1980. Dabei ist allerdings im Auge zu behalten, daß der Saldo der Leistungsbilanz selbst auf geringe Veränderungen der Zuwachsraten von Mengen und Preisen im Leistungsverkehr mit dem Ausland sehr sensibel reagiert.

Wirtschaftspolitik für 1981 und danach

Zur Grundlinie

32*. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht darin, der Wirtschaft die Rückkehr auf einen mittelfristigen Wachstumspfad zu ermöglichen. Von kurzfristigen Störungen des Anpassungsprozesses sollte sie sich nicht irritieren lassen. Wichtiger als der Versuch einer konjunkturellen Feinsteuerung ist eine verlässliche Politik, die die angebotspolitischen Grundlagen weiter stärkt. Es besteht durchaus die Chance, daß der Bundesrepublik eine tiefe Rezession erspart bleibt. Die Erwartung, daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft erreichbar ist, versteht sich jedoch nicht von selbst. Zwischen der Geldpolitik,

der Finanzpolitik und der Lohnpolitik stimmt die Rollenverteilung nicht. Nicht jeder dieser drei Bereiche löst die Aufgaben, die er am besten lösen kann. Das muß bald anders werden:

- Die Bundesbank sollte sich erneut auf eine strikt potentialorientierte Geldmengenpolitik festlegen. Sie braucht bei ihrer Stabilitätspolitik jedoch Entlastung von der Finanzpolitik und den Tarifparteien. Dann wird ihr Kurs auch mit niedrigeren Zinsen verbunden sein.
- Die Finanzpolitik, von der gegenwärtig starke expansive Impulse ausgehen, muß ihr Sparprogramm durchsetzen und bald den mittelfristigen Konsolidierungskurs festlegen. Dabei kommt es weiterhin darauf an, daß Subventionen abgebaut werden, die funktionslos geworden sind und die Leistungsbereitschaft hemmen.
- Die Tarifparteien müssen sehen, daß der Verteilungsspielraum sehr eng geworden ist. Flexibilität wird in der nächsten Lohnrunde verlangt, so daß Spielraum bleibt für eine Korrektur des Kostenniveaus bei wieder aufstrebender Konjunktur. Zusätzlicher Kostendruck könnte viele Unternehmen, die Absatzprobleme haben, zu Entlassungen zwingen oder in den Konkurs treiben.
- Gesetzgeber und Regierung sind gefordert, der privaten Wirtschaft möglichst sichere Planungsdaten an die Hand zu geben und Hemmnisse für Investitionen und Innovationen zu beseitigen. Das erscheint gegenwärtig vordringlich.

33*. Die Wirtschaftspolitik ist im Jahre 1980 in rauhes Wasser geraten. Das hohe Defizit in der Leistungsbilanz nagt am internationalen Vertrauen in die D-Mark und stellt die Bundesbank vor ein Dilemma. Die Bundesregierung hat ein umfassendes Sparprogramm eingeleitet, um das Haushaltsdefizit in Grenzen zu halten. Manövierrspielraum für wirtschaftspolitisches Gegensteuern ist so gut wie nicht vorhanden. Wieder einmal sind die Tarifparteien gefordert, der Wirtschaftspolitik auf schwierigem Kurs beizustehen.

Das Ausland scheint die Fähigkeit der Bundesrepublik, wirtschaftliche Probleme lösen zu können, nicht mehr so hoch zu bewerten wie früher, jedenfalls wenn man den Wechselkurs der D-Mark als Indikator für die Einschätzung dieser Fähigkeit nimmt. Von selbst strömt das Geld nicht herbei, das zur Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits nötig ist.

34*. Eine Politik, die darauf zielt, das Leistungsbilanzdefizit so schnell wie möglich abzubauen, würde die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft sicherlich überfordern. Sie wäre mit hohen Friktionskosten verbunden. Es geht um mehr als nur um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Der realwirtschaftliche Anpassungsprozeß muß auf nicht-inflatorische Weise und auf nicht-deflatorische Weise zustande gebracht werden. Eine drastische Abwertung scheidet aus Stabilitätsgründen als Mittel zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aus. Eine deflatorische Politik, die den Realtransfer über eine Rezession erzwingt, kommt ebensowenig in Be-

tracht. Die Wirtschaftspolitik muß einen beschwerlichen, aber stabilitäts- und wachstumsgerechten Weg gehen, auf dem die Kosten gesenkt und die übrigen Angebotsbedingungen verbessert werden. Je entschlossener sie diesen Weg einschlägt, um so eher wird das Ausland mehr Vertrauen in die D-Mark fassen, so daß die Finanzierung der Defizite keine Schwierigkeiten bereitet. Eine Mischung aus Konsequenz und Gelassenheit ist vonnöten.

35*. So sehr sich im internationalen Vergleich sehen lassen kann, was bei der Stabilisierung des Kostenniveaus und der Verbesserung der übrigen Investitionsbedingungen in den letzten Jahren erreicht worden ist, der Belastung durch den erneuten Ölpreisschub war auch die deutsche Wirtschaft nicht gewachsen. Von der weltweiten Produktionsstokung blieb sie nicht verschont. Die Wirtschaftspolitik wurde durch die neu aufgetretenen Störungen zurückgeworfen. Sie hatte nach der Rezession von 1975 eine Konzeption verfolgt, die mehr Stabilität und auch eine Verbesserung der Angebotsbedingungen anstrebte. Den vollen Ertrag konnte sie jedoch nicht ernten. Um über 30 Mrd DM wäre 1980 das reale Einkommen der Bürger in der Bundesrepublik höher, wenn sie ihr Öl noch zu den Preisen von 1978 beziehen könnten. Produktion und Beschäftigung hätten keinen Rückschlag zu erfahren brauchen, wäre diese Kaufkraft im Inland geblieben. Zu ersetzen ist der Kaufkraftentzug freilich nicht. Denn was die Ölproduzenten den Bürgern abnehmen, kann ihnen der Staat nicht wiedergeben. Es kommt jetzt darauf an, den Produktionsapparat so umzurüsten, daß Güter wettbewerbsfähig hergestellt werden können, die für das teuer gewordene Öl hergegeben werden müssen und die Öl sparen helfen. Um diese Aufgabe anzugehen, sind mehr Investitionen nötig. Dazu braucht man auch mehr Arbeitskräfte. Es ist geradezu paradox, daß in der Zeit, in der die weltwirtschaftlichen Anpassungsaufgaben und hohe Leistungsbilanzdefizite eine vermehrte Produktion von Gütern verlangen, weniger gearbeitet wird.

Der Verzicht auf eine inflationäre Politik und die Anstrengungen, die auf die Angebotsseite gerichtet waren, zahlen sich dennoch aus. Die Bundesrepublik braucht jetzt, wo neue Anpassungsaufgaben ins Haus stehen, nicht erst die Hypothek einer gescheiterten Wirtschaftspolitik abzutragen. Für eine Stabilisierungskrise wie in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien gibt es keinen Anlaß. Ohne schwere Belastungen aus der Vergangenheit ist die Wirtschaftspolitik allerdings auch in der Bundesrepublik nicht. Als Ergebnis der Finanzpolitik der vergangenen Jahre sind die Defizite in den öffentlichen Haushalten übergroß geworden. Der Weg, den die Wirtschaftspolitik vor sich hat, ist nicht einfach.

Geld- und Währungspolitik

36*. Selbst wohlwollende Kritiker befürchten, daß sich die Bundesbank zu Lasten der Binnenkonjunktur übernimmt. Unsere Auffassung ist, daß man ihre Last leichter machen muß. Sie kann sie nicht abwerfen. Entlastung muß von der Finanzpolitik und der Lohnpolitik kommen. Ohne diesen Flankenschutz

kann die Bundesbank bei der derzeitigen währungspolitischen Konstellation nicht ohne weiteres ein allein an den binnenwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientiertes Geldangebot sicherstellen.

37*. Die Grundlinie der Geldpolitik sollte im Verlauf des nächsten Jahres durch eine Expansion der Zentralbankgeldmenge von etwa 5 $\frac{1}{2}$ vH gekennzeichnet sein (Ziffern 307 ff.). Das ist der Wachstumspfad, auf dem von der Geldpolitik weder expansive noch kontraktive Impulse ausgehen. Wenn die Bundesbank diesen Kurs mit Entschiedenheit (und rechtzeitig vor Beginn der nächsten Lohnrunde) festlegt, wird sie stabilisierend auf den Kurs der D-Mark wirken. Unter einen Konjunkturvorbehalt sollte die Festlegung des Ziels nicht gestellt werden. Das könne Irritation auslösen. Ein ausdrücklicher Vorbehalt hinsichtlich der Wechselkursentwicklung erscheint bei einer Zielgröße von 5 $\frac{1}{2}$ vH an sich überflüssig. Er versteht sich aber von selbst für den Fall, daß vom Wechselkurs her die Stabilität bedroht wird. Die Bundesbank sollte gelassen bleiben und nicht selbst am Erfolg ihrer Politik zweifeln. Die stabilitätspolitische Konstellation in der Welt und in Europa wird der D-Mark Rückenwind verschaffen. Der zu erwartende Rückgang des Leistungsbilanzdefizits mag helfen, die Wechselkursänderungserwartungen wieder an die Inflationsdifferenzen heranzuführen, also eine Aufwertungstendenz für den Wechselkurs der D-Mark schaffen.

38*. Bestimmte Zinsen anzustreben, ist auch unter den veränderten außenwirtschaftlichen Umständen nicht Aufgabe der Geldpolitik. Die Variation der Zinsen für den Notenbankkredit ist Mittel der Geldpolitik, nicht ihr Ziel, auch nicht ihr Zwischenziel. Richtig ist freilich, daß niedrige Zinsen sehr erwünscht sind, wenn sie nicht von der Notenbank verfügt sind, sondern auf einer hohen Ersparnisbildung und einer guten Anlageneigung der Geldvermögensbesitzer beruhen. In diesem Sinne zielt à la longue im Grunde jede gute Geldpolitik auf niedrige Zinsen ab, sind sie doch ihr Qualitätsausweis. Zu der konjunkturellen Entwicklung, die wir voraussehen, paßt durchaus die Erwartung, daß sich bei der angenommenen stetigen Ausweitung des Geldangebots die gegenwärtig vergleichsweise hohen Zinsen allmählich zurückbilden. Ein Ende der Politik der hohen Zinsen im Ausland zeichnet sich zwar noch nicht ab; das liegt jedoch nicht zuletzt an den geringen Erfolgen in der Inflationsbekämpfung. Und aus eben diesem Grunde wäre es überraschend, wenn die D-Mark im kommenden Jahr nicht wieder im Zeichen von Aufwertungserwartungen gehandelt würde.

Eine baldige Diskussion über eine Aufwertung der D-Mark im EWS wäre selbst dann angezeigt, wenn sich der D-Mark-Kurs in seinem Kursband vorläufig noch nicht nach oben bewegte. Die Position einer Währung im Kursband eines Festkurssystems ist wegen der Marktlogik der Zinsarbitrage kein Indikator für einen Wechselkursänderungsbedarf, sondern bei gegebenen Zinsdifferenzen allenfalls ein Indikator dafür, ob für bald mit der Befriedigung eines Wechselkursänderungsbedarfs gerechnet wird.

39*. Zu den Versuchen, die Finanzierung des deutschen Leistungsbilanzdefizits — und die Finanzierung des Staatsdefizits — zu erleichtern, gehörte 1980 die öffentliche Kreditaufnahme im Ausland. Im Prinzip ist es selbstverständlich unbedenklich, daß Schuldverschreibungen oder Schuldscheine deutscher öffentlicher Stellen im Ausland gehalten werden, und dort auch von öffentlichen Stellen. Angesichts der Verlagerung der Kapitalbildung in der Welt ist dies sogar erwünscht. Umstritten waren die Transaktionen gleichwohl. Es hat die internationalen Kapitalmärkte möglicherweise zusätzlich irritiert, wie ein Land, das in den vergangenen Jahren mehr und mehr zum Reservewährungsland geworden ist, in diesem Jahr nach dem Gelde ging.

Finanzpolitik

40*. Neue Expansionsprogramme der Finanzpolitik sind nicht angezeigt. In den öffentlichen Haushalten ist für das Jahr 1981 — trotz der jüngsten Sparmaßnahmen — ein expansiver Impuls von rund 40 Mrd DM angelegt. Gäbe es keine Zweifel daran, daß der Staat seine Defizite mittelfristig auf ein vernünftiges Maß zurückführen wird, wäre von einem Impuls dieser Größenordnung eine stark belebende Wirkung zu erwarten (Ziffern 317 ff.). Es lasten jedoch die ungelösten Probleme der Staatsfinanzen wie eine Hypothek auf den privaten Investitionen. Am Kapitalmarkt beansprucht der Staat ein riesiges Kreditvolumen, während die privaten Investoren auf niedrigere Zinsen warten. Jedes Expansionsprogramm würde den Kreditbedarf weiter hinauf-treiben, möglicherweise auch die Zinsen. Die nachfrageorientierte Globalsteuerung scheint am Ende ihres Handlungsspielraums angelangt zu sein. Auch für die Angebotspolitik, etwa zusätzliche Investitionsförderung, ist derzeit kein Geld vorhanden, das nicht an anderer Stelle eingespart werden muß. Wir raten daher im Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftslage zu keinen weiteren finanzpolitischen Maßnahmen. Der Staat sollte vielmehr den mittelfristigen Konsolidierungskurs so deutlich wie möglich festlegen (Ziffern 325 ff.).

41*. Die Konsolidierungsaufgabe, also der allmähliche Abbau der Haushaltsdefizite auf eine konjunkturneutrale Größe, darf nicht wieder in der Hoffnung auf bessere Zeiten vertagt werden. Ein erster Schritt ist mit dem Sparprogramm getan. Dennoch wird das Jahr 1981 nur einen mäßig großen Beitrag zur Konsolidierung leisten. Immerhin, das strukturelle Defizit wird um etliche Milliarden geringer sein als in diesem Jahr. Wichtig ist auch, daß einige Entscheidungen bereits gefallen und andere in Vorbereitung sind, die die Konsolidierung in den nächsten Jahren ein weiteres Stück voranbringen sollen.

Weitere Anstrengungen werden in den nächsten Jahren nötig sein. Steuererhöhungen größeren Stils scheiden aus, von Anpassungen einzelner Verbrauchsteuern möglicherweise abgesehen. Im wesentlichen müssen die Staatsausgaben die Konsolidierung tragen. Eine Grundlinie, auf der die Konsolidierung in einer Reihe von Jahren erreicht werden

könnte, liefe darauf hinaus, die Staatsausgaben je Jahr um 1¹/₂ bis 2 vH weniger zu erhöhen als dem Zuwachs des nominalen Sozialprodukts entspricht.

42*. Wo gespart werden soll, ist eine Frage, die Politiker lieber an andere als an sich selbst stellen. Zur Dringlichkeit einzelner Staatsausgaben kann sich der Sachverständigenrat nicht äußern. Er hat jedoch in diesem Gutachten vier große Subventionsbereiche — die Sparförderung, die Wohnungsbauförderung, die Bundesbahn und besonders die Agrarpolitik — daraufhin überprüft, ob Einsparungsmöglichkeiten vorhanden sind, die in den kommenden Jahren ohne größeren Schaden für andere Ziele der Wirtschaftspolitik genutzt werden können (Ziffern 334 ff. und Viertes Kapitel).

Lohnpolitik

43*. Die Lohnpolitik wird sich für die nächste Runde auf sehr kleine Verteilungsspielräume einrichten müssen. Wir raten zu Abschlüssen, die Raum lassen für eine Korrektur des Kostenniveaus im Verlauf des Jahres. Die Produktivitätssteigerung, mit der wir für 1981 rechnen, ist eine Erwartungsgröße. Sie wird nur zu realisieren sein, wenn sich die Wirtschaft wieder belebt. Ob es zu einer Besserung kommt, hängt aber in nicht geringem Maße vom Ergebnis der nächsten Lohnrunde ab. Was real verteilbar erscheint, muß noch erarbeitet werden.

Riskant wäre es, den Anstieg der Produktivität zu hoch einzuschätzen. Lohnabschlüsse, die auf einer solchen Schätzung beruhen, könnten zwar die gemessene Produktivität hochtreiben, aber — das ist die Gefahr — nur dadurch, daß die Beschäftigung weiter sinkt, weil die Unternehmen in größerem Maße als bisher vorgesehene Arbeitskräfte entlassen würden.

Im Mittelpunkt der Tarifrunde steht die Frage nach dem Inflationsausgleich. Die Preissteigerungsrate für das nächste Jahr ist nicht festgeschrieben. Sie kann um so niedriger ausfallen, je mehr durch die Tarifabschlüsse die Stabilitätsbedingungen in der Bundesrepublik verbessert werden. Die Lohnpolitik kann dafür sicherlich nicht allein sorgen, ohne sie geht es aber nicht.

Aufgrund der schlechten Lage in der Wirtschaft und besonders am Arbeitsmarkt werden die Arbeitgeber in der nächsten Tarifrunde eine starke Verhandlungsposition haben. Es wäre kurzsichtige Politik, diese Position voll auszureizen. Künftige Verhandlungen würden unnötig vorbelastet. Zu guten Angebotsbedingungen gehört auch ein gutes tarifpolitisches Klima.

44*. Die Arbeitnehmer brauchen bei einer Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum richtig einschätzt und der größeren Unsicherheit Rechnung trägt, keinen Schaden zu haben. Ihr Realeinkommen wäre auf mittlere Sicht nicht niedriger, vielleicht sogar höher als bei einer weniger kostenorientierten Grundlinie der Lohnpolitik,

- wegen der günstigen Beschäftigungswirkungen,
- wegen der geringeren Preissteigerungen und
- wegen des wieder größer werdenden Spielraums für künftige Lohnerhöhungen, den produktivitätssteigernde Investitionen eröffnen.

Was zunächst Zurückhaltung bei den Nominallöhnen wäre, könnte im nachhinein durchaus höhere Reallöhne bedeuten.

Staatliche Angebotspolitik

45*. Da es an öffentlichem Geld für zusätzliche Investitionsförderung fehlt, ist es besonders dringlich, daß der Staat die von ihm zu verantwortenden Investitionsrisiken und Investitionshemmnisse abbaut. Die Energiewirtschaft hat damit am meisten zu kämpfen und indirekt auch die Wirtschaftsbereiche, die auf ein kostengünstiges Energieangebot angewiesen sind. Planungssicherheit, für die der Staat sorgen muß, ist eine notwendige Vorleistung für private Investitionen. Es ist dringlich, daß über die Bedingungen, unter denen Kraftwerke in der Bundesrepublik gebaut und betrieben werden dürfen, bald entschieden wird. Ebenso scheint es an der Zeit zu sein, die Rahmenbedingungen für den gesamten Kommunikationsbereich dahingehend zu überprüfen, ob hier nicht Innovationen größeren Umfangs blockiert werden. Auch das geltende Mietrecht hat sich als Belastung für das Investitionskalkül im Wohnungsbau erwiesen. Eine Lockerung der Vergleichsmietenregelung ist geplant. Ob dies ausreicht, muß abgewartet werden.

Energie muß nicht nur sicher, sondern auch so billig sein, daß die Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb gehalten werden können. Dies kann gegenwärtig von der Energiekostensituation her nicht als ausgemacht gelten. Das Energieangebot durch billige Importkohle und durch kostengünstigen Strom aus Kernkraftwerken zu ergänzen, ist das Ziel der Energiepolitik in den Ländern, die auf den Weltmärkten mit der Bundesrepublik im Wettbewerb stehen. Das Vertrauen der inländischen Investoren und der ausländischen Kapitalanleger, daß in der Bundesrepublik solche Bedingungen aufrechterhalten werden, muß auch durch die Energiepolitik gestärkt werden (Ziffern 390 ff.).

46*. Das Vertrauen in die Fähigkeit, die Anpassungsaufgaben der kommenden Jahre im Wettbewerb bewältigen zu können, läßt nach in Europa, deutlicher als die Fähigkeit selbst. Die Wettbewerbspolitik hat einen zunehmend schwierigen Stand. In den Ländern um uns herum wächst die Neigung, protektionistische Lösungen zu suchen, aber auch im Inneren zeigt sich hier und dort Bereitschaft, einen stärker dirigistischen Weg einzuschlagen. Die Entwicklungen in der Stahlindustrie, protektionistische Hilfsangebote für die Automobilindustrie und Forderungen nach Schutz für Wirtschaftszweige, die der internationalen Konkurrenz besonders hart ausgesetzt sind, sollten keine Verunsicherung aufkommen lassen darüber, daß der wettbewerbspolitische Kurs unbeirrt fortgesetzt werden muß (Ziffern 381 ff.).

47*. In der Stahlindustrie ist der Marktwirtschaft eine Schlappe zugefügt worden. Schon in der Vergangenheit war es nicht leicht, die europäischen Stahlunternehmen auf den Wettbewerb zu verweisen, wenn es darum ging, mit Überkapazitäten fertig zu werden. Staatsbetriebe, staatlich subventionierte und privatwirtschaftliche Unternehmen suchen mit sehr unterschiedlichen Mitteln dem Anpassungsdruck zu begegnen und im internationalen Wettbewerb zu überleben. Groß ist die Versuchung, beim Staat zu holen, was der Markt nicht hergibt. Verführerisch ist die Erwartung, zu geringe Anstrengungen am Markt würden durch Subventionen zur Sicherung der Beschäftigung belohnt. Kein Wunder, die Lösung der strukturellen Probleme in der europäischen Stahlindustrie ist immer wieder vertagt worden.

Agrarpolitik in Europa

48*. Die Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft steckt in einer tiefen Krise. Am meisten in Mißkredit steht die Marktordnungspolitik der Gemeinschaft mit ihren zunehmenden strukturellen Überschüssen bei einer wachsenden Zahl von Erzeugnissen. Während die Verbraucher immer höhere Preise zahlen müssen, türmen sich auf einer Reihe von Märkten Überschüsse, die mit stark ansteigendem finanziellem Aufwand „aus dem Markt“ genommen werden müssen, was bedeutet, daß sie gelagert, unter Zahlung hoher Subventionen an Drittländer verkauft, der Landwirtschaft verbilligt als Futtermittel angeboten oder kurzerhand vernichtet werden. Die Kosten der Agrarpolitik sind dadurch in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Der Streit um die Finanzierung des EG-Haushalts ist neu aufgebrochen. Zwar konnte ein Kompromiß ausgehandelt werden, der Großbritannien Entlastung bringt. Der Streit ist allerdings keineswegs auf Dauer beigelegt.

49*. Das gesamte System der Marktordnungen und agrarpolitischen Einzelentscheidungen der vergangenen zwanzig Jahre stand im Zeichen des Vollzugs eines agrarpolitischen Konzepts, an das sich die Partner auf der Grundlage der Verabredungen von Stresa gebunden hatten. Der EWG-Vertrag selbst hatte mehrere Optionen offen gehalten. Das Konzept hat also nicht den Rang, den Vorschriften des EWG-Vertrages haben. Es hat seine Chance gehabt, und durch die Erfahrung hat es sich in wesentlichen Teilen als unbrauchbar ausgewiesen. Nach dem EWG-Vertrag ist auch eine ganz andere Agrarpolitik zulässig.

50*. Das Konzept von Stresa enthielt zuviel Einladung zum Mißbrauch, zum Mißbrauch der Preispolitik als Einkommenspolitik. Der Mißbrauch wurde lange Zeit nur sichtbar im Anstieg der Selbstversorgungsgrade und in den hohen Überschüssen. Die Kosten dieser Überschüsse mußten früher oder später eine Toleranzgrenze erreichen. Das ist jetzt der Fall. Auch die Landwirte müssen das sehen. Es wäre unredlich, würde man ihnen mehr versprechen,

etwa einen Anstieg des Durchschnittseinkommens entsprechend dem Anstieg der übrigen Einkommen. Der Markt gibt dies nicht her, es sei denn um den Preis einer sehr raschen Verminderung der Anzahl der Landwirte. Diese wäre jedoch gerade wegen eines solchen Versprechens niemals zu erreichen. Soll das Versprechen jedoch über Einkommenshilfen zu Lasten des öffentlichen Haushalts erfüllt werden, so müßte man sehen, daß dies viele Milliarden mehr kosten würde und im offenen Widerspruch stünde zu den gerade erst erklärten mittelfristigen Zielen der Finanzpolitik.

51*. Bei allen Überlegungen, Verhandlungen und Entscheidungen, durch die neue Grundlinien für die zukünftige europäische Agrarpolitik gesucht und festgelegt werden, sollten Grundsätze Führung geben, die sich, wie wir meinen, aus der Erfahrung der vergangenen zwanzig Jahre zwingend ergeben. Als solche Grundsätze, die nicht diskutabel sein sollten, sehen wir an:

Erstens: Alle Anreize für die Landwirtschaft, dauerhaft mehr zu produzieren, als zu den jeweiligen Preisen verkauft werden kann, müssen beseitigt werden und künftig unterbleiben. Im besonderen: Der subventionierte Export von Agrarprodukten ist nicht Politik der Gemeinschaft. Die Vernichtung von Agrarüberschüssen ist unzulässig. (Prinzip des Marktausgleichs.)

Zweitens: Die Aufwendungen der Europäischen Gemeinschaft für die gemeinsame Agrarpolitik müssen global strikt begrenzt werden. Sie dürfen in den nächsten Jahren im Durchschnitt nicht stärker steigen als das Volkseinkommen der Gemeinschaft. Danach sollen sie weniger stark steigen und sobald als möglich sogar sinken. (Prinzip der Kostenobergrenze.)

Drittens: Es werden keine Marktordnungen mehr geschaffen, die eine staatliche Ankaufspflicht begründen. In den bestehenden Marktordnungen ist die staatliche Ankaufspflicht nach und nach aufzuheben oder so zu beschränken, daß sie nur in Ausnahmesituationen effektiv wird. Zentrales Mittel der gemeinsamen Agrarpolitik ist der Außenschutz. (Prinzip des Außenschutzes.)

Viertens: Für die Landwirte gibt es keine größeren einkommenspolitischen Garantien des Staates und der Gemeinschaft als für andere Bevölkerungsgruppen auch. (Prinzip der Eigenverantwortung der Landwirte.)

Fünftens: Die Agrarmärkte der Gemeinschaft werden nach einem verlässlichen Konzept für Drittländer allmählich weiter geöffnet. Die Gemeinschaft verzichtet auf ihre Möglichkeiten, die Regelungen über den Marktzugang von Dritten abrupt zu ändern. (Prinzip der allmählichen Liberalisierung.)

Es ist unumgänglich, über solche Grundsätze als Basis für den täglichen Einigungszwang in der Agrarpolitik der kommenden Jahre Einvernehmen zu erzielen.

52*. Die gemeinsamen Agrarmarktordnungen wären umzugestalten. Der gemeinsame Markt würde zwar weiterhin durch den besonders welthandelsfeindlichen flexiblen Einfuhrschutz — in Form von Abschöpfungen — gegenüber starken Veränderungen der Weltmarktpreise abgeschirmt sein. Auch bei der Gemeinschaftspräferenz bliebe es. Exporterstattungen gäbe es aber nicht mehr. Produktionsüberschüsse müßten sich selbst ihren Markt suchen. Überhaupt sollten Interventionen nach und nach auf Märkte beschränkt werden, die aufgrund ihrer spezifischen Angebots- und Nachfragebedingungen stark zur Instabilität neigen. Die schon vorhandenen Bestrebungen, Interventionspreise und Schwellenpreise stärker auseinanderzuziehen, wären fortzusetzen. Um zu gewährleisten, daß durch die Interventionen keine Überschußproduktion angereizt wird, dürften die durch Interventionskäufe erworbenen Produkte nur auf dem Inlandsmarkt wieder verkauft werden; sie auf Auslandsmärkten zu verwerfen, sollte für den Regelfall ebenso untersagt sein, wie sie zu vernichten. Versorgungskrisen in der Welt rechtfertigen Ausnahmen. Die Einfuhr- und Vorratsstellen sollten als Eigenbetriebe der öffentlichen Hand geführt werden mit dem Auftrag, kostendeckend zu wirtschaften.

53*. Für die Landwirte bedeutet dieses Konzept eine geringere Einkommensgarantie. Dies heißt aber keineswegs, daß ein tüchtiger Landwirt keine faire Chance mehr hätte, in der Landwirtschaft sein Auskommen zu finden. Wenn er die Möglichkeiten ausschöpft, die ihm von der sich ständig bessernden Produktionstechnik und den sich wandelnden Marktbedingungen her geboten werden, würde er ohne weiteres an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Allerdings wären ihm, ebenso wie den Vermarktungsunternehmen, in stärkerem Maße als bisher unternehmerische Aufgaben auferlegt. Die verringerte Sicherheit hinsichtlich der Preise und des Einkommens müßte die betrieblichen Entscheidungen über Produktionsstruktur, Investitionen etc. mit prägen. Eine intensivere Ausrichtung auf den Markt wäre unumgänglich.

54*. Liquiditätshilfen bei betrieblichen Anpassungskrisen, Mobilitätshilfen zur Aufnahme von außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten, das Programm für die Landwirtschaft in Berggebieten und anderen benachteiligten Gebieten sowie die allgemeine Mindesteinkommenssicherung des Staates müssen helfen, Probleme abzufangen, die sich aus einer kräftigen Realpreissenkung bei Agrarprodukten ergeben könnten.

55*. Eine im ganzen auf Marktausgleich angelegte Agrarpolitik läßt zunächst noch die Frage offen, bei welchem Selbstversorgungsgrad der Marktausgleich gesucht werden soll. Durch die Abschaffung der Exporterstattungen würde zunächst nur gewährleistet, daß das EG-Angebot bei Erzeugnissen, deren EG-Preis höher liegt als der Weltmarktpreis, die inländische Nachfrage nicht dauerhaft übersteigt. Das handelspolitische Interesse der Europäischen Gemeinschaft muß aber darauf gerichtet sein, auch Drittländern Absatzchancen auf den Agrarmärkten der Gemeinschaft einzuräumen.

Eine andere Meinung

56*. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Werner Glastetter, kann der in diesem Gutachten vorgelegten wirtschaftspolitischen Grundlinie nicht folgen. Denn diese ist gekennzeichnet durch ein Verbot für eine strikte potentialorientierte Geldmengenzpolitik, die ihrerseits von der Finanzpolitik und den Tarifparteien dergestalt entlastet werden soll, daß die Finanzpolitik auf einen — den angelegten Impuls überschreitenden — expansiven, beschäftigungsorientierten Nachfragekurs verzichtet, und daß die Tarifparteien in der nächsten Lohnrunde Spielraum lassen für eine Korrektur des Kosten-niveaus. In diesem Grundmuster ist angelegt, daß es letztlich einmal mehr auf die nächste Lohnrunde ankommt, um die Angebotsbedingungen so zu verbessern, daß Geld- und Finanzpolitik an ihrem Kurs festhalten können und dennoch erwartet werden kann, daß die Wirtschaft auf einen mittelfristigen Wachstumspfad zurückkehrt und gleichzeitig eine

Wiedergewinnung eines höheren Beschäftigungsstandes ermöglicht wird. Gegen diese Grundlinie werden Bedenken angemeldet (Ziffer 495). Diese Bedenken werden zunächst aus grundsätzlicher Sicht dargestellt (Ziffer 496), sodann vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungstendenzen deutlich gemacht (Ziffern 497—502). Daraus werden schließlich — von der Ratsmehrheit abweichende — Schlußfolgerungen für die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik (Ziffer 503), für die Geldpolitik (Ziffer 504) und für die Finanzpolitik (Ziffer 505) gezogen. Grundsätzlich wird dabei die These vertreten, daß — als Alternative zu den von der Ratsmehrheit vertretenen wirtschaftspolitischen Grundlinien — die Lohnpolitik überfordert ist, zu einem erheblichen Teil die Verantwortung für die Rückgewinnung eines höheren Maßes an Beschäftigung zu übernehmen, daß vielmehr das Instrument der Arbeitszeitverkürzung ebenso herangezogen werden muß, wie Geld- und Finanzpolitik ein höheres Maß an wachstums- und beschäftigungspolitischer Mitverantwortung zu übernehmen haben.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

TEIL A

Der internationale Rahmen

I. Schwerer Start in die achtziger Jahre

1. Die Weltwirtschaft hatte einen schweren Start in die achtziger Jahre. Die zweite Ölteuerung traf die Welt in einer Phase, in der fast alle Länder mit alten oder neuen Stabilitätsproblemen zu kämpfen hatten. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien war nach Jahren der Inflationsbeschleunigung der Weg in die Rezession ohnehin vorgezeichnet. In Kontinentaleuropa und in Japan war der Konjunkturaufschwung schon unter inflationären Einfluß geraten, bevor der Abbau der Arbeitslosigkeit richtig hatte einsetzen können. Die Ölverteuerung gab dann der Inflation weiteren Auftrieb. Der Schock

mag geringer gewesen sein, weil die Einsicht, daß Öl knapp und teuer bleibt, gewachsen ist. Anders als nach 1973 erwartet heute kaum noch jemand einen nachhaltigen Rückgang des Ölpreises. Die Investitionschancen, die die Anpassung an das teure Öl den industrialisierten Ländern eröffnet, wurden 1980 jedoch überschattet vom Stabilisierungszwang, dem diese Länder — und viel mehr noch die devisenarmen Entwicklungsländer — ausgesetzt sind. Der Spielraum für Wachstum und Beschäftigung in der Welt ist zunächst einmal enger geworden.

So gesehen war ein Stocken der Weltkonjunktur geradezu angelegt. Die Produktion liegt 1980 nur wenig über dem Niveau des Vorjahres (Tabelle 1 und Schaubild 1). Im Verlauf des Jahres ist sie in den

Tabelle 1

Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1960 bis 1972 ²⁾	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ³⁾	1980 ⁴⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,5	+4,9	+0,4	-1,8	+5,3	+2,8	+3,6	+4,5	+2
Belgien	+ 4,9	+6,5	+4,7	-1,8	+5,3	+1,2	+2,5	+3,3	+1 ¹ / ₂
Dänemark	+ 4,8	+2,8	+0,6	-0,4	+7,0	+1,9	+1,0	+3,5	-1
Frankreich	+ 5,8	+5,4	+3,2	+0,2	+4,9	+2,8	+3,8	+3,2	+2
Großbritannien	+ 3,1	+6,6	-1,8	-1,0	+3,7	+1,3	+3,1	+1,7	-2 ¹ / ₂
Irland	+ 4,0	+4,4	+2,2	+1,1	+3,0	+5,5	+6,0	+3,1	+1 ¹ / ₂
Italien	+ 5,5	+6,9	+4,2	-3,6	+5,9	+2,0	+2,6	+5,0	+4
Niederlande	+ 5,2	+5,9	+3,5	-1,0	+5,3	+2,8	+2,4	+2,6	+ ¹ / ₂
EG der Neun ⁵⁾	+ 4,8	+5,7	+1,3	-1,3	+4,9	+2,3	+3,2	+3,4	+1
Vereinigte Staaten	+ 4,1	+5,4	-1,3	-1,0	+5,6	+5,1	+4,4	+2,3	-1
Japan	+11,0	+9,8	-0,3	+1,4	+6,5	+5,4	+5,9	+5,9	+5
Österreich	+ 5,1	+5,8	+4,3	-1,5	+6,2	+3,7	+1,5	+5,2	+3
Schweden	+ 4,2	+3,5	+4,2	+0,8	+1,3	-2,7	+2,8	+3,8	+2 ¹ / ₂
Schweiz	+ 4,7	+3,1	+1,5	-7,3	-1,4	+2,4	+0,2	+0,8	+2 ¹ / ₂
OECD-Länder	+ 5,5	+6,2	+0,2	-0,8	+5,3	+3,8	+4,0	+3,4	+1

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt für Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Schweden und Schweiz.

²⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

³⁾ Teilweise geschätzt.

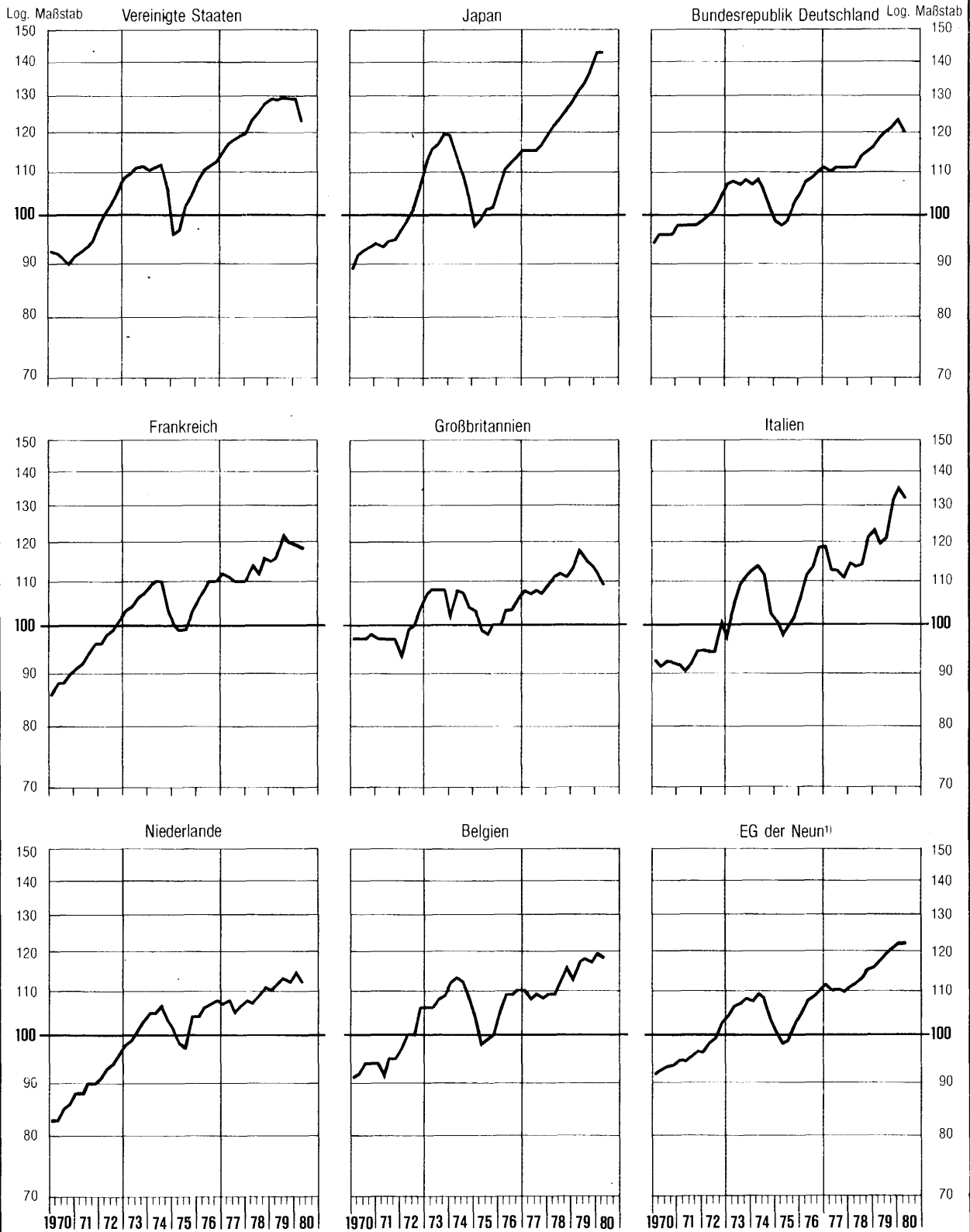
⁴⁾ Eigene Schätzung.

⁵⁾ Zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttosozialprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 1979.

Schaubild 1

INDUSTRIEPRODUKTION AUSGEWÄHLTER LÄNDER

Saisonbereinigte Zahlen 1975 = 100



1) Zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1975; ohne Dänemark.

Quelle: OECD

meisten Ländern sogar zurückgegangen, ebenso die Beschäftigung. In der Europäischen Gemeinschaft wurden zuletzt über 7 Millionen Arbeitslose gezählt, in den Vereinigten Staaten rund 8 Millionen. Die Inflation ist weltweit noch nicht unter Kontrolle. Hohe Zinsen belasten die Investitionen. Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fehlt es an Handlungsspielraum. Wachsende Zahlungsbilanzschwierigkeiten treiben viele Entwicklungsländer in eine Stabilisierungskrise.

2. Die Wurzeln der gegenwärtigen Probleme reichen zurück bis in die frühen siebziger Jahre, als sich in der Weltwirtschaft eine Inflationswelle ausbreitete, unter deren Einfluß das OPEC-Kartell 1973 einen drastischen Anstieg des Ölpreises durchsetzen konnte. In der Weltrezession von 1975 war es nicht gelungen, die Inflationsmentalität so weit zu brechen und die Investitionsbedingungen so zu verbessern, daß ein weitgehend spannungsfreies Wachstum in der Folgezeit möglich gewesen wäre. Eine durchgreifende Lösung der damals zutage getretenen Stabilitäts- und Angebotsprobleme war in Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit vertagt worden. Die Wirtschaftspolitik versuchte, die Schwierigkeiten mit expansiven Maßnahmen zu überspielen. Der Strukturwandel, den die veränder-

ten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen notwendig werden ließen, kam nur allmählich voran. Als 1978 nach einer längeren Durststrecke wieder ein Konjunkturaufschwung einsetzte, stieß dieser schon bald auf Angebotsengpässe. Die Inflation konnte nicht mehr in Schach gehalten werden.

3. In Bewegung kamen zunächst die Preise für Industrierohstoffe, die bereits im Frühjahr 1978 kräftig anzogen. Spekulative Käufe sorgten für zusätzliche Preissteigerungen. Der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich nach der Jahresmitte 1978 in fast allen Ländern. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien waren bald Inflationsraten von über 10 vH zu verzeichnen, in Italien solche von mehr als 15 vH. Als schließlich im darauffolgenden Winter die Verteuerung des Öls hinzukam, war die Inflation in der Welt bereits in vollem Gange. Zuvor hatte der Ölpreis, der vier Jahre lang relativ stabil geblieben war, die Inflationswogen eher geglättet. Von rund 8 vH im Jahre 1978 auf fast 14 vH im Frühjahr 1980 stieg die Inflationsrate in den OECD-Ländern. In vielen Ländern ist sie heute kaum geringer als im Jahre 1974, dem Höhepunkt des damaligen Inflationsprozesses (Tabelle 2), in einigen Ländern liegt sie sogar deutlich darüber.

Tabelle 2

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1960 bis 1970 ²⁾	1970 bis 1976 ²⁾	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	
									1. Hj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+2,5	+ 5,8	+ 7,0	+ 6,0	+ 4,3	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,7	+ 5,4
Belgien	+3,0	+ 8,5	+12,7	+12,8	+ 9,2	+ 7,1	+ 4,5	+ 4,5	+ 6,4	+ 6,5
Dänemark	+5,6	+ 9,2	+15,3	+ 9,6	+ 9,0	+11,1	+10,0	+ 9,6	+13,6	+11,5
Frankreich	+4,1	+ 9,0	+13,7	+11,8	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,1	+10,8	+13,5	+13,6
Großbritannien	+4,1	+13,6	+16,0	+24,2	+16,5	+15,8	+ 8,3	+13,4	+20,3	+16,4
Irland	+4,6	+14,0	+17,0	+20,9	+18,0	+13,6	+ 7,6	+13,3	+17,9	+19,3
Italien	+4,0	+12,2	+19,1	+17,0	+16,8	+17,0	+12,1	+14,8	+20,8	+21,8
Niederlande	+4,3	+ 8,7	+ 9,6	+10,2	+ 8,8	+ 6,4	+ 4,1	+ 4,2	+ 6,8	+ 7,0
Vereinigte Staaten	+2,7	+ 6,6	+11,0	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,5	+ 7,7	+11,3	+14,4	+12,9
Kanada	+2,7	+ 7,4	+10,8	+10,8	+ 7,5	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,1	+ 9,5	+10,5
Japan	+5,7	+11,1	+24,5	+11,8	+ 9,3	+ 8,1	+ 3,8	+ 3,6	+ 7,9	+ 8,4
Österreich	+3,6	+ 7,3	+ 9,5	+ 8,4	+ 7,3	+ 5,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,9	+ 6,9
Schweden	+4,0	+ 8,3	+ 9,9	+ 9,8	+10,3	+11,4	+10,0	+ 7,2	+13,3	+13,5
Schweiz	+3,3	+ 6,7	+ 9,8	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,8
OECD-Länder	+3,4	+ 8,6	+13,6	+11,4	+ 8,5	+ 8,7	+ 7,7	+ 9,9	+13,4	+12,5

¹⁾ Aus Angaben in Landeswährung.²⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

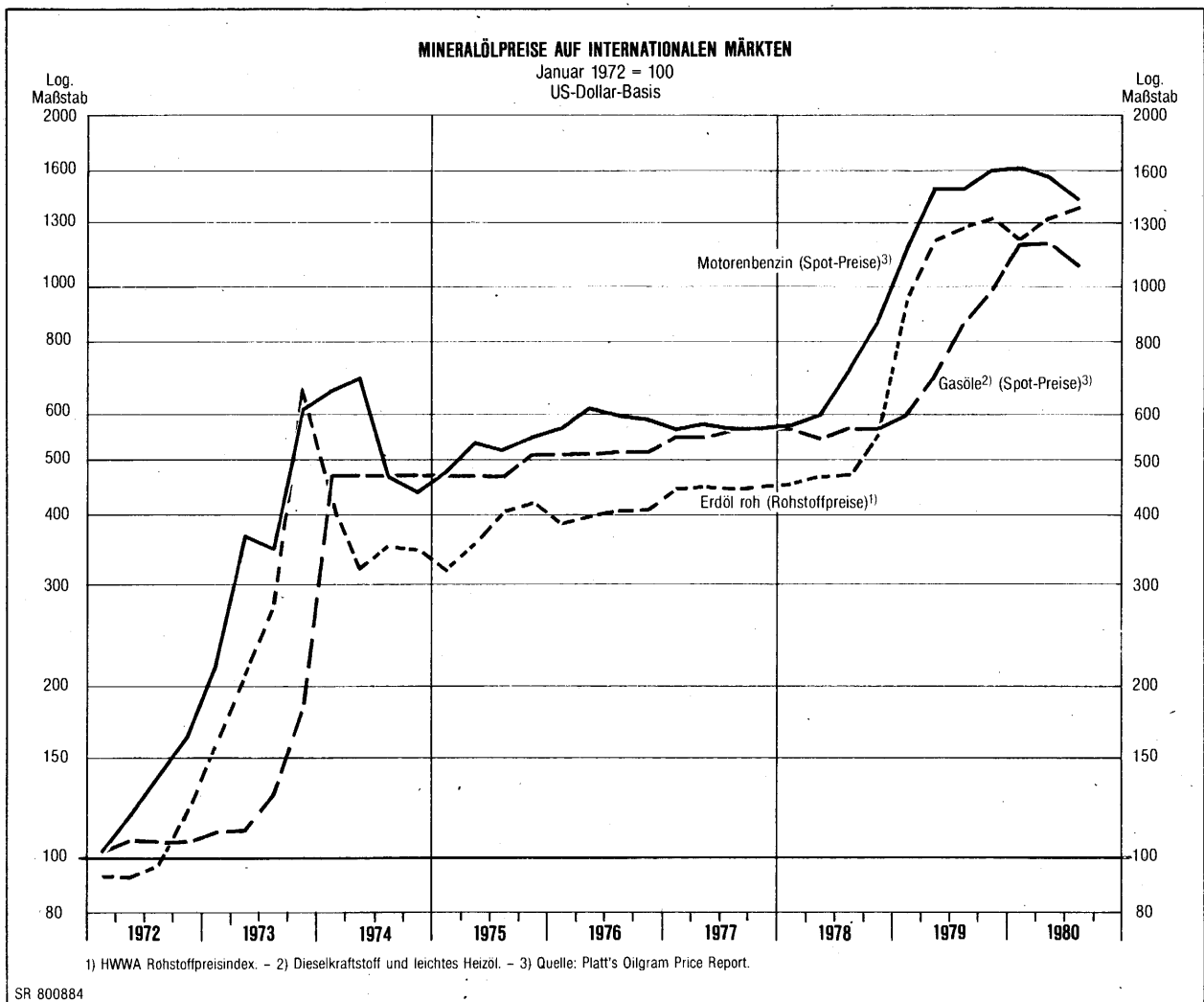
Deutlich schwächer als in der Zeit der ersten Ölkrise steigen die Preise derzeit in Japan, in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz, in Österreich und in den Benelux-Ländern.

4. Von Ende 1978 bis zum Herbst 1980 hat sich der Durchschnitt der offiziellen Preise für OPEC-Öl von rund 13 Dollar je barrel (159 Liter) um 150 vH auf rund 33 Dollar erhöht (Schaubild 2). Die Industrieländer und die ölimportierenden Entwicklungsländer müssen für die Ölrechnung des Jahres 1980 fast 340 Mrd Dollar aufbringen, 175 Mrd Dollar mehr als im Jahre 1978. Dieser Betrag entspricht rund 2 vH des Bruttosozialprodukts dieser Länder. Das ist prozentual die gleiche Belastung wie nach der Ölteuerung von 1973. Der neue Preisschub hat riesige Leistungsbilanzsalden entstehen lassen. Der Überschuß der Leistungsbilanz der OPEC-Staaten beläuft sich 1980 auf 105 Mrd Dollar, nach 68 Mrd Dollar 1979 und 4,5 Mrd Dollar 1978. Bei den ölimportierenden Ländern waren es vor allem die Industrieländer, die eine beträchtliche Erhöhung ihres Defizits hinnehmen mußten. Ihre Ausgaben lagen um 80 Mrd Dollar über ihren Einnahmen, 1979 um 35 Mrd Dollar; im Jahre 1978 hatten sie noch einen Über-

schuß von 10 Mrd Dollar aufweisen können. Die ölimportierenden Entwicklungsländer verzeichneten einen Anstieg ihres Defizits von 25 Mrd Dollar im Jahre 1978 auf 35 Mrd Dollar 1979 und auf über 50 Mrd Dollar 1980.

5. Die meisten ölabhängigen Länder stehen jetzt vor einer schwer lösbaren Aufgabe: Sie müssen all das an Anpassung nachholen, was sie in der Vergangenheit versäumt haben, und gleichzeitig die Lösung der Probleme angehen, die ihnen neu ins Haus getragen wurden. Schnelle Lösungen sind nicht zu erwarten. Eine expansive Nachfragepolitik wird allgemein nicht als eine angemessene Therapie angesehen. Mangels Manövriermasse scheidet sie ohnehin aus. Weltweit hat die Bereitschaft zugenommen, die erforderliche Umstellung der Wirtschaft durch angebotspolitische Maßnahmen zu fördern, durch Maßnahmen, die Hemmnisse für den Strukturwandel abbauen, die realen Kosten senken, die Risiken mindern und — ganz allgemein — die Investitionsneigung stärken. In Ländern wie den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien sind die überkommenen Stabilisierungslasten freilich so drückend, daß ein Neubeginn nur nach einer Stabilisierungskrise möglich erscheint.

Schaubild 2



6. Die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten markierte die Wende zu mehr Stabilität. Ende 1978 hatte die amerikanische Notenbank einen geldpolitischen Kurswechsel eingeleitet, der später verstärkt wurde und 1980 in die Rezession führte. Großbritannien begann 1979 mit einer auf Stabilität und Erneuerung angelegten wirtschaftspolitischen Radikaltherapie. In Italien, das ebenfalls in besonderem Maße unter Inflation leidet, gelang es bisher allerdings nicht, einen konsequenten Stabilisierungskurs einzuschlagen. In den übrigen OECD-Ländern hatte die Inflationsbekämpfung eindeutig Vorrang gegenüber anderen wirtschaftspolitischen Zielen. Die monetäre Restriktion in den Vereinigten Staaten führte zu einem kräftigen Anstieg des Zinsniveaus auf den internationalen Finanzmärkten, und viele Länder ließen es zu, daß sich ihre Zinsen daran anpaßten, um eine Abwertung ihrer Währung und den damit verbundenen Inflationsimport zu vermeiden. Und überhaupt: Daß kein Land versuchte, sich über eine Abwertung dem Problemdruck zu entziehen, zeigt deutlicher als vieles andere eine veränderte Haltung zur Stabilität.

7. In dieser schwierigen Phase stiegen auch die Lohnstückkosten beschleunigt. Es kam jedoch nicht zu einer weltweiten Kostenexplosion wie im Jahre 1974. Die Lohnpolitik hat aber auch in keinem Land die Stabilisierungspolitik wesentlich entlastet, schon gar nicht in den Ländern mit den größten Stabilitätsproblemen. Mit Ausnahme der Schweiz hat sich 1980 in allen Ländern der Anstieg der Lohn-

kosten je Produkteinheit beschleunigt (Tabelle 3). Überdurchschnittlich stark war der Kostendruck für die Unternehmen in Großbritannien und Italien, die sich einer Zunahme der Lohnstückkosten von 21¹/₂ vH und von 17¹/₂ vH gegenübersehen. Vergleichsweise günstig ist das Bild in den kleineren Nachbarländern der Bundesrepublik und in Japan.

8. Bei wieder zunehmender Arbeitslosigkeit müssen jetzt die stabilitätspolitischen Versäumnisse der Vergangenheit korrigiert werden. Wie verfahren die Situation ist, zeigt sich daran, daß nicht einmal in den Jahren 1978 und 1979, als sich die Konjunktur in den meisten Ländern belebte, ein nennenswerter Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden konnte (Tabelle 4). Eine Ausnahme sind die Vereinigten Staaten. Trotz der Rezession liegt dort die Arbeitslosigkeit noch unter dem Niveau von 1975. In Europa sind die Bundesrepublik und Irland die beiden einzigen Länder, in denen es 1980 weniger Arbeitslose gab als auf dem Höhepunkt der Rezession von 1974/75. Überall ist zwar die Anzahl der Erwerbspersonen gestiegen, vor allem die der arbeitssuchenden Frauen und Jugendlichen. Das kann die seit Jahren desolatte Situation auf den Arbeitsmärkten aber nur vordergründig erklären. Denn nahezu überall fehlte es an der Kraft, vom Kostenniveau her die Beschäftigungsmöglichkeiten dauerhaft zu verbessern. In vielen Ländern scheint die Wirtschaftspolitik inzwischen gegenüber den Beschäftigungsproblemen eine resignierende Haltung einzunehmen.

Tabelle 3

Lohnkosten je Produkteinheit in ausgewählten Ländern¹⁾Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH²⁾

Land	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ³⁾	1980 ⁴⁾
Bundesrepublik Deutschland ⁵⁾	+ 8,2	+ 9,5	+ 6,0	+ 2,1	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 5,0
Belgien	+ 8,5	+15,0	+17,3	+ 8,5	+ 8,3	+ 4,7	+ 4,5	+ 6,0
Dänemark	+ 9,7	+18,7	+13,6	+ 4,6	+ 8,3	+ 8,1	+ 7,2	+ 9,5
Frankreich	+ 9,5	+15,6	+17,5	+10,3	+ 9,8	+ 9,1	+10,5	+11,5
Großbritannien	+ 6,8	+23,4	+31,1	+10,1	+ 9,8	+10,2	+15,7	+21,5
Irland	+15,7	+17,9	+26,1	+17,1	+10,7	+10,3	+ 9,5	+14,5
Italien	+13,6	+19,6	+26,0	+15,3	+20,2	+14,0	+13,8	+17,5
Niederlande	+ 9,3	+12,3	+13,9	+ 5,5	+ 6,4	+ 5,3	+ 4,9	+ 6,0
Vereinigte Staaten	+ 6,1	+11,0	+ 7,5	+ 5,6	+ 6,1	+ 8,0	+ 9,4	+ 9,5
Kanada	+ 7,8	+15,7	+15,1	+ 9,6	+ 7,8	+ 5,4	+ 8,2	+10,0
Japan	+14,7	+27,0	+15,2	+ 6,7	+ 5,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 4,5
Österreich	+11,3	+11,4	+13,4	+ 4,4	+ 5,9	+ 7,7	+ 1,3	+ 4,5
Schweden	+ 4,2	+11,0	+18,6	+17,0	+15,7	+ 8,4	+ 5,7	+11,0
Schweiz	+10,7	+ 9,6	+10,6	+ 2,2	- 0,5	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,0

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.

²⁾ Aus Angaben in Landeswährung.

³⁾ Teilweise geschätzt.

⁴⁾ Geschätzt.

⁵⁾ Bundesrepublik Deutschland: Eigene Schätzung.

Quelle: DIW

Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern

vH

Land	Berechnungsmethode ¹⁾	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	I	4,2	4,1	4,0	3,9	3,4	3,5
Belgien	I	5,3	6,8	7,8	8,4	8,8	9,4
Dänemark	I	4,6	4,7	5,8	6,5	5,3	5,8
Frankreich	I	3,9	4,3	4,8	5,2	6,0	6,5
Großbritannien	I	3,8	5,3	5,7	5,7	5,3	6,6
Irland	I	8,5	9,5	9,4	8,7	7,9	8,7
Italien	I	5,3	5,6	6,4	7,1	7,5	7,6
Niederlande	I	4,0	4,3	4,1	4,1	4,1	4,6
Vereinigte Staaten	II	8,5	7,7	7,0	6,0	5,8	7,2
Kanada	II	7,1	7,2	8,1	8,4	7,5	7,8
Japan	II	1,9	2,0	2,0	2,2	2,1	2,0
Österreich	III	2,0	2,0	1,8	2,1	2,0	1,9
Schweden	II	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1	2,3

¹⁾ Berechnungsmethode:

I: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten zivilen Erwerbspersonen (für den EG-Gebrauch standardisierte nationale Angaben).

II: Anteil der durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Stichproben) ermittelten Arbeitslosen an den geschätzten gesamten Erwerbspersonen.

III: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung am Monatsende als arbeitslos registrierten Personen an den abhängigen Erwerbspersonen.

²⁾ Eigene Schätzung.

Quelle: SAEG; ILO

9. Trotz der Konjunkturstockung im Jahre 1980 ist der Strukturwandel vorangekommen. Ein deutliches Indiz hierfür ist die vergleichsweise robuste Investitionsneigung der Unternehmen. Anders als 1974/75 blieb ein Einbruch der Investitionen in diesem Jahr aus (Tabelle 5). In fast allen Ländern außer den Vereinigten Staaten und Großbritannien sind die Anlageinvestitionen 1980 real gestiegen. Auch wenn im Jahresverlauf die Vergabe von neuen Investitionsaufträgen nicht mehr zugenommen hat, so scheinen doch die Investitionen, die der Anpassung an den höheren Ölpreis und den verschärften Wettbewerb auf den internationalen Märkten dienen, ein stabilisierendes Element darzustellen. Das Bewußtsein einer dauerhaften Verknappung von Öl hat sich verfestigt. Hinzu kommt der Wettbewerbsdruck aus Japan und den Schwellenländern, dem am besten offensiv begegnet werden kann.

10. Dank der widerstandsfähigen Investitionsneigung haben die dämpfenden Einflüsse, die 1980 wirksam waren, nicht in eine neue Weltrezession hineingeführt. Zu einer ausgeprägten Rezession kam es allerdings in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten. Die Mehrzahl der OECD-Länder konnte dagegen in der ersten Jahreshälfte noch von den expansiven Impulsen profitieren, die im Aufschwung des vorigen Jahres angelegt waren, offenbar verstärkt von Aufträgen, die wegen der weltpoli-

tischen Unsicherheit und zunehmenden Inflationserwartungen vorgezogen wurden. Zu den treibenden Kräften gehörte neben den Ausrüstungsinvestitionen und dem Lageraufbau auch der private Verbrauch, in Japan in erster Linie der Export. Zur Jahresmitte schwächten sich jedoch die Konsumnachfrage und die Baukonjunktur deutlich ab. Im zweiten Halbjahr 1980 ging die Produktion in fast allen Ländern zurück. Was das Konjunkturbild prägt, ist Unsicherheit, vor allem über die Dauer der Rezession in den Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie über das Ausmaß der Abkühlung in den übrigen Ländern.

II. Industrieländer im Anpassungsprozeß

11. In den Vereinigten Staaten begann die Talfahrt der Produktion im Frühjahr 1980. Schon für früher war wiederholt eine Rezession vorausgesagt worden, aber immer wieder ausgeblieben. Als sie dann kam, war der Einbruch der Produktion und der Anstieg der Arbeitslosigkeit so stark, daß sich allenthalben Nervosität ausbreitete. Die geldpolitischen Bremsen, die lange Zeit nicht recht gegriffen hatten, begannen im Frühjahr zu blockieren. Am stärksten betroffen war neben dem Wohnungsbau die Automobilindustrie, deren strukturelle Schwächen nun-

mehr deutlich zutage traten. Unter dem Eindruck des Nachfrageverfalls lockerte die Geldpolitik den Stabilisierungskurs jedoch schnell wieder. Das Geldvolumen nahm erneut kräftig zu, und die Zinsen fielen. Die Abwärtsbewegung der Konjunktur kam in den Sommermonaten vorerst zum Stillstand. Die Wohnungsbaunachfrage belebte sich. In der Automobilindustrie lag die Produktion im Herbst wieder merklich über dem Niveau vom Frühjahr. Als die Kreditnachfrage nach der Jahresmitte wieder kräftig expandierte, zogen auch die Zinsen deutlich an.

Am wenigsten sind vom Konjunkturerinbruch die Ausrüstungsinvestitionen getroffen worden. Sie wurden 1980 nicht nennenswert eingeschränkt. Das ist ein wesentlicher Unterschied zur Rezession von 1974/75, als sie drastisch zurückgegangen waren. Auch von den Lagerdispositionen gingen diesmal geringere restriktive Wirkungen aus. Die Abschwächung beim privaten Verbrauch war dagegen ebenso ausgeprägt wie damals. Die Arbeitslosigkeit stieg zunächst steil an, ohne jedoch die Rate von 1975, rund 9 vH, zu erreichen; es blieb seit Juni 1980 bei einer Arbeitslosenrate von rund 7¹/₂ vH. Die Rezession trug so stark zur Aktivierung der Leistungsbilanz bei, daß 1980 trotz der weiteren Verteuerung der Ölrechnung sogar noch ein leichter Überschuß erzielt wurde. Der erstrebte Erfolg bei der Inflationsbekämpfung ist in der kurzen Rezession allerdings nicht erreicht worden. Die Inflationsrate ging zwar, gemessen am Vorjahresvergleich, von 15 vH im Frühjahr auf 12 vH im Herbst zurück. Sie liegt damit aber immer noch höher als 1979.

Weder die Geldpolitik noch die Fiskalpolitik folgten in diesem Jahr einem klaren Kurs. Bis zum Frühjahr stand die Inflationsbekämpfung im Vorder-

grund. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür war mit der Neuorientierung der amerikanischen Geldpolitik im Oktober 1979 geschaffen worden. Die Geldpolitik konzentrierte sich vorrangig auf die Restriktion der Geldmenge und überließ die Entwicklung der Zinsen dem Markt — mit der Folge, daß diese kräftig anzogen. Im März 1980 wurde in Anbetracht der sich beschleunigenden Inflation der restriktive Kurs verstärkt. Der drastische Rückgang der Geldmenge (M1B), die neben Bargeld und Sichteinlagen auch kontokorrentähnliche Guthaben umfaßt, spiegelt dies deutlich. Die Zinsen erreichten Rekordhöhen, gaben unter dem Einfluß der einsetzenden Rezession jedoch bald nach. Die Geldpolitik schlug nun wieder einen expansiven Kurs ein. Die im März getroffenen Restriktionsmaßnahmen wurden in mehreren Schritten bis Juli 1980 aufgehoben. Die Expansion der Geldmenge, die bereits im Mai erneut einsetzte, war in den Sommermonaten so stark, daß das Geldmengenziel im September deutlich überschritten wurde. Die Währungsbehörden mußten jetzt feststellen, daß die Inflationsmentalität noch nicht gebrochen war. Sie erhöhten Ende September den Diskontsatz und gingen wieder zu einer restriktiven Mengenpolitik über.

Das im März vorgelegte Antiinflationsprogramm der Regierung wies auch der Finanzpolitik eine wichtige Rolle bei der Inflationsbekämpfung zu. Das Defizit im Bundeshaushalt 1979/80 sollte von 39,8 Mrd Dollar auf 36,5 Mrd Dollar begrenzt werden, und im Haushaltsjahr 1980/81, das im Oktober begonnen hat, sollte ursprünglich ein Überschuß von 18,5 Mrd Dollar erwirtschaftet werden. Rezessionsbedingte Steuerausfälle, der Anstieg der Unterstützungszahlungen an Arbeitslose, das Scheitern der geplanten Erdöleinfuhrabgabe im Kongreß sowie höhere An-

Tabelle 5

Reale Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ¹⁾	1980 ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 6,4	+ 3,5	+ 0,2	- 9,9	- 4,2	+ 4,7	+ 3,9	+ 5,8	+ 8,7	+ 3 1/2
Belgien	- 1,6	+ 2,8	+ 6,7	+ 7,4	- 1,6	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,9	- 0,6	+ 2
Dänemark	+ 1,8	+ 9,2	+ 7,4	- 10,6	- 10,7	+ 17,3	- 2,4	+ 1,1	- 3,0	- 8 1/2
Frankreich	+ 7,1	+ 7,1	+ 5,8	+ 0,6	- 2,7	+ 3,5	- 2,0	+ 0,7	+ 2,5	+ 2 1/2
Großbritannien	+ 1,3	+ 0,3	+ 7,1	- 2,7	- 1,0	+ 1,1	- 2,7	+ 3,5	- 1,4	- 3 1/2
Italien	- 3,0	+ 0,7	+ 7,7	+ 3,3	- 12,7	+ 2,3	- 0,4	- 0,1	+ 4,5	+ 7 1/2
Niederlande	+ 3,4	- 2,8	+ 4,5	- 3,8	- 4,9	- 2,8	+ 11,3	+ 3,1	+ 0,0	= 0
Vereinigte Staaten	+ 6,5	+ 11,6	+ 6,7	- 7,9	- 13,2	+ 9,4	+ 12,1	+ 7,1	+ 2,6	- 7 1/2
Kanada	+ 10,2	+ 5,6	+ 11,1	+ 5,4	+ 3,8	+ 2,8	- 0,5	+ 0,2	+ 4,4	+ 1 1/2
Japan	+ 4,2	+ 10,4	+ 15,3	- 9,4	- 2,1	+ 3,2	+ 5,2	+ 10,0	+ 8,6	+ 1
Österreich	+ 13,3	+ 12,3	- 1,3	+ 5,5	- 4,7	+ 5,2	+ 6,4	- 3,2	+ 4,2	+ 4 1/2
Schweden	- 1,5	+ 4,9	+ 1,2	+ 2,2	- 0,1	- 0,8	- 2,8	- 5,8	+ 5,3	+ 4
Schweiz	+ 9,9	+ 5,0	+ 2,9	- 4,3	- 13,6	- 10,5	+ 1,6	+ 4,4	+ 5,2	+ 6 1/2

1) Teilweise geschätzt.

2) Eigene Schätzung.

sätze für Verteidigungsausgaben haben dann im Juli 1980 eine Revision der Haushaltsansätze notwendig werden lassen. Das abgelaufene Budget 1979/80 dürfte nunmehr mit einem Defizit von rund 60 Mrd Dollar abgeschlossen haben. Für das laufende Budgetjahr ist statt eines Überschusses nun ebenfalls ein hohes Defizit zu erwarten, zumal umfangreiche Steuersenkungen in Aussicht gestellt sind.

12. Japan ist das Land, das am besten darauf vorbereitet war, der weltwirtschaftlichen Herausforderung offensiv zu begegnen, obwohl gerade dort die Ölverteuerung aufgrund eines hohen Ölanteils in der Energieversorgung außergewöhnlich stark zu Buche schlägt. Bis zum Frühjahr 1980 expandierte in Japan die gesamtwirtschaftliche Produktion kräftig; dann verlangsamte sich das Expansionstempo.

Die hohe Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen auf den Weltmärkten verschaffte der japanischen Wirtschaft einen Vorsprung im weltwirtschaftlichen Anpassungsprozeß. Die Abwertung des Yen seit dem Herbst 1978, die die starke Aufwertung der vorangegangenen Jahre wieder weitgehend kompensierte, hat hierzu freilich wesentlich beigetragen. Daß die Abwertung in große Exporterfolge umgesetzt werden konnte — und nicht einfach inflatorisch verpuffte — hing nicht zuletzt mit einer Entwicklung der Angebotsbedingungen zusammen, die für den Export vorteilhafter war als in anderen Ländern. Die Tarifpartner sorgten in den letzten Jahren dafür, daß es von der Lohnseite her zu keiner zusätzlichen Kostenbelastung kam. Überhaupt scheint in Japan das Klima für einen an den internationalen Marktchancen orientierten Strukturwandel besonders günstig zu sein. Ein guter Indikator hierfür sind die überdurchschnittlich hohen Produktivitätsfortschritte in der japanischen Wirtschaft. Zwar schwächte sich auch in Japan der Anstieg der Produktivität in den siebziger Jahren deutlich ab, nicht zuletzt infolge der schwächeren Investitionsneigung. Er blieb jedoch weit höher als in anderen Industrieländern. Zum Teil läßt sich dies darauf zurückführen, daß Rationalisierungsinvestitionen trotz der Investitionsabschwächung nur wenig beeinträchtigt worden sind. Hinzu kommt, daß die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die in anderen Ländern seit Anfang der siebziger Jahre deutlich hinter dem Anstieg des Brutto sozialprodukts zurückgeblieben sind, in Japan weiter kräftig ausgeweitet wurden. Der technische Fortschritt geriet daher nicht ins Stocken. Japanische Anbieter konnten in jüngster Zeit tief in angestammte Märkte ihrer amerikanischen und europäischen Konkurrenten eindringen, vor allem mit qualitativ und technologisch hochwertigen Produkten. Eine auf die japanischen Verhältnisse zugeschnittene Industriepolitik scheint diesen Prozeß wirkungsvoll zu unterstützen.

Für die Konjunktur in Japan waren aber nicht nur die Exporte, sondern auch die Ausrüstungsinvestitionen eine wichtige Stütze. Die Kapazitätsausweitung in den Wachstumssektoren, die Bereitschaft, Energie einzusparen und ein zunehmender Ersatzbedarf zählten zu den wichtigsten Triebfedern der Investitionstätigkeit. Die Konsumgüternachfrage

war dagegen wie in fast allen anderen Ländern seit dem Frühjahr 1980 rückläufig.

Trotz der Dynamik, die vom Export und von den Investitionen ausgeht, stellen Ölverteuerung und inländische Angebotsengpässe die Wirtschaftspolitik in Japan vor große Probleme. Zwar kam es in Japan anders als in allen anderen Industrieländern in diesem Jahr zu keinem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die mit der Passivierung der Leistungsbilanz einhergehende Abwertung des Yen trug aber zur Inflationsbeschleunigung wesentlich bei. Die Inflationsrate stieg von knapp 3 vH im ersten Vierteljahr 1979 auf über 8 vH im Frühjahr 1980; bis zum Herbst zeigte sich keine Verlangsamung des Preisauflaufs. Den Inflationsdruck in engen Grenzen zu halten, war von daher das Hauptziel der Wirtschaftspolitik, die jedoch im Sommer vor dem Hintergrund der konjunkturellen Verlangsamung die geldpolitischen Bremsen etwas lockerte. Der Diskontsatz war von 3,5 % im Frühjahr 1979 in mehreren Schritten auf 9 % im März 1980 erhöht worden; im August wurde er auf 8,25 %, im November auf 7,25 % gesenkt. Darüber hinaus hat die Bank von Japan die den Banken vorgegebenen Kreditrichtlinien bis zum Sommer zunehmend enger gefaßt; im Herbst kam es auch hier zu einer ersten Lockerung. Die Finanzpolitik war bemüht, im Budgetjahr 1980, das im April begann, einen Abbau des hohen Budgetdefizits einzuleiten. Ein im Herbst vorgelegtes Programm, das im wesentlichen höhere Ausgaben der öffentlichen Hand im vierten Quartal vorsieht, führte jedoch nicht zu zusätzlichen Staatsausgaben, weil öffentliche Bauprojekte im Frühjahr aufgeschoben worden waren.

13. Großbritannien befindet sich in diesem Jahr in einer schweren Stabilisierungskrise. Nach den wirtschaftspolitischen Versäumnissen früherer Jahre hatte die Regierung auf einen harten, mittelfristig orientierten Stabilisierungskurs gesetzt, an dem sie auch festhielt, als sich 1980 die Konjunktur zusehends verschlechterte. Am deutlichsten kommt die Rezession in der zunehmenden Arbeitslosigkeit zum Ausdruck; im Herbst wurden mehr als zwei Millionen Arbeitslose gezählt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion lag 1980 um 2 1/2 vH unter dem Niveau des Vorjahres. Deutliche Anzeichen für eine baldige Wende zum Besseren sind bislang nicht erkennbar.

Das neue wirtschaftspolitische Konzept, das die britische Regierung seit Mitte 1979 verfolgt, zielt im wesentlichen darauf, die Inflation zu brechen und damit wieder günstigere Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik steht eine restriktive Geldmengenzpolitik, mit der versucht wird, die Lohnerhöhungen in Schranken zu halten, um so die Kosteninflation zu stoppen. Die Finanzpolitik versucht in erster Linie dafür zu sorgen, daß der Wachstumsspielraum für den privaten Sektor vergrößert wird — durch eine Verlagerung der Steuerlast zu den indirekten Steuern, durch einen allmählichen Abbau der staatlichen Defizite sowie durch eine Rückführung der Staatsquote. Das im März 1980 vorgelegte Budget für das Haushaltsjahr 1980/81 spiegelt diese Konzeption deutlich. Sie wurde dahin gehend erweitert,

daß sowohl für die Geldmengenexpansion als auch für die Staatsverschuldung Zielvorgaben bis zum Jahr 1984 festgelegt wurden. Diese geben an, daß die Geldmengenexpansion (Sterling M3) je Jahr um einen Prozentpunkt vermindert werden soll (Tabelle 6). Die Neuverschuldung soll so zurückgeführt werden, daß sie im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt von $3\frac{3}{4}$ vH nach den Haushaltsansätzen von 1980/81 bis zum Haushaltsjahr 1983/84 je Jahr um drei Viertel Prozentpunkte abnimmt.

Weder bei der Kontrolle der Geldmenge noch bei der Rückführung der Staatsquote konnte die britische Regierung ihre Absicht bisher voll verwirklichen. Als im Sommer die Beschränkungen in bezug auf die Einlagenzuwächse bei den Banken aufgehoben wurden, schoß die Geldmenge weit über das Zielband hinaus; allein in den Monaten Juli und August stieg die Geldmenge um 8 vH an. Dies deutet jedoch kaum auf ein größeres Tempo der monetären Expansion hin. Vielmehr dürfte es sich dabei vorwiegend um eine Umschichtung von Mitteln handeln, die vorher außerhalb der den Beschränkungen unterworfenen Einlagekategorien gehalten worden waren und nun wieder in diese zurückgeführt worden sind.

Den Erfolg oder den Mißerfolg einer mittelfristig angelegten Strategie schon nach einem Jahr feststellen zu wollen, wäre nicht angemessen. Eine Stabilisierungskrise war wohl unvermeidbar. Das Ausmaß der Krise, insbesondere in der Industrie, geht aber wahrscheinlich über das hinaus, was die Regierung ursprünglich erwartet hatte. Bei der Inflationsbekämpfung steht ein deutlicher Erfolg noch aus. Daß die Stabilisierungskrise so langwierig und tief geworden ist, dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß die Gewerkschaften im ersten Jahr nicht bereit gewesen sind, der geänderten wirtschaftspolitischen Strategie in ihrer Lohnpolitik Rechnung zu tragen. Die Lohnrunde 1979/80 hat zu einem Anstieg der durchschnittlichen Verdienste um rund 22 vH geführt. Die Lohnerhöhungen entsprachen dem Anstieg der Verbraucherpreise, der zu einem beträchtlichen Teil auf die Anhebung der indirekten Steuern vom Juli 1979 zurückzuführen war und daher nicht als Orientierungsgröße für die Lohnpolitik hätte herangezogen werden dürfen. Da überdies die Produktivität im Zuge der Rezession zurückgegangen ist und die Aufwertung des Pfundes den Wettbewerbsdruck ausländischer Anbieter erhöht hatte, nahm der Kostendruck von der Lohnseite erheblich zu. Erst im Herbst 1980 kam es zu Lohnabschlüssen, die in der Nähe der von der Regierung formulierten Lohnleitlinie lagen.

Der gewogene Außenwert des Pfundes liegt in diesem Jahr um mehr als 10 vH über dem Niveau von 1979 und um mehr als 16 vH über dem von 1978. Angesichts der Ölreserven Großbritanniens und des wirtschaftspolitischen Stabilisierungskurses war das Pfund trotz der derzeit noch hohen Inflationsrate offenbar eine attraktive Anlagengewährung. Ein steigender Außenwert des Pfundes ist an sich eine gute Vorbedingung für mehr Stabilität. Denn er dämpft den Anstieg der Importpreise und verschärft den Wettbewerb. Er führt jedoch zu einer Belastung für die Unternehmensgewinne, wenn die Gewerk-

schaften nicht mitspielen und an hohen Lohnforderungen festhalten. Eine vorübergehende Schmälerung der Gewinne war sicherlich ebenso einkalkuliert wie ein vorübergehender Anstieg der Arbeitslosigkeit, nicht aber eine Zangenbewegung von Löhnen und Wechselkursen, die die Industriebeschäftigung rapide schrumpfen ließ. Was in der Stabilisierungskonzeption an anregenden Wirkungen für den privaten Sektor enthalten war, ist bisher nicht wirksam geworden. Die Industrie investierte in diesem Jahr 2 vH weniger als im Vorjahr, im Wohnungsbau sind die Investitionen um 7 vH gesunken. Es charakterisiert die aktuelle Situation, daß eine Politik, die ausgezogen ist, die Angebotsbedingungen zu verbessern, damit kritisiert wird, sie laufe auf eine Entindustrialisierung Britanniens hinaus.

14. In Frankreich hatte die Wirtschaft in den letzten Jahren an Fahrt gewonnen. Mit einer besseren Ertragslage der Unternehmen waren die privaten Ausrüstungsinvestitionen nach Jahren der Stagnation wieder in Gang gekommen. Die Staatsverschuldung war nach 1974/75 weniger angestiegen als in anderen Ländern. In der Leistungsbilanz gab es in den Jahren 1978 und 1979 Überschüsse. Im ganzen entsprach die französische Wirtschaftsentwicklung den Zielen der Ende 1976 festgelegten Strategie: Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Finanzen und der Leistungsbilanz sowie Verbesserung der Finanzierungssituation und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das Hauptziel der Strategie, Kontrolle über die Inflation, war jedoch nicht erreicht worden. Mit dem erneuten Ölpreisschub ist es wieder in weitere Ferne gerückt. Auch die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahr verstärkt angestiegen. Zuletzt wurden rund 1,5 Millionen Arbeitsuchende gezählt; Jugendliche sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen.

Die weltweite Nachfrageabschwächung und der ölpreisbedingte Kaufkraftentzug führten im Frühjahr 1980 auch in Frankreich zu einer konjunkturellen Abschwächung. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der sich vor allem auf Konsumgüter konzentrierte, hielt bis zuletzt an; immerhin ist es nicht zu einer Selbstverstärkung der Abschwüchungskräfte gekommen. Die Investitionsneigung blieb robust.

Die Wirtschaftspolitik sah keine Veranlassung, von ihrem Stabilitätskurs abzuweichen. Im Gegenteil: Da sich ein Rückgang der Inflationsrate von über 13 vH nicht abzeichnete und die Leistungsbilanz wieder in ein größeres Defizit geriet, blieb die Verteidigung des französischen Franken die vorrangige Aufgabe der Geldpolitik. Wie im Vorjahr wurde 1980 eine Zielvorgabe für die Ausweitung der Geldmenge (M2) von 11 vH im Jahresverlauf festgelegt; anders als 1979 scheint sie unter dem Druck verschärfter Kreditplafonds auch eingehalten zu werden. Im Jahr 1981 soll die Geldmenge nur noch um 10 vH ausgedehnt werden. Auch bei der Finanzpolitik gab es keinen Kurswechsel. Das Budgetdefizit dürfte in diesem Jahr mit rund 35 Mrd Franken nicht höher ausfallen als im Vorjahr. Im Budget des nächsten Jahres sind umfangreiche Steuererleichterungen für

strumente der italienischen Geldpolitik darstellen, wurden in diesem Jahr mehrfach verschärft. Der Diskontsatz blieb seit Dezember 1979 unverändert bei 15 %, nach dem Scheitern des Sanierungspaketes wurde er im September auf 16,5 % erhöht. Außerdem wurden Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt, um einer Spekulation gegen die Lira zu begegnen. Anders als in anderen OECD-Ländern orientiert sich die italienische Geldpolitik nicht an der Geldmenge, sondern an der gesamten inländischen Kreditgewährung. Die Zielvorgabe für das Jahr 1980 liegt um einen Prozentpunkt unter der des Vorjahres.

Im Sommer kam es auch in Italien zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der nach der vorangegangenen konjunkturellen Überhitzung stärker ausfiel als in den meisten anderen europäischen Ländern. Das unvermindert hohe Inflationsstempo setzte die italienischen Unternehmen bei unveränderter Parität der Lira einem wachsenden Wettbewerbsdruck durch das Ausland aus. Der Ausgabenspielraum der Verbraucher wurde dadurch eingeschränkt, daß der Anstieg des verfügbaren Einkommens durch die inflationsbedingt steigende Steuerprogression mehr und mehr geschmälert wurde, während die Transferzahlungen des Staates trotz Indexierung nur verzögert an die Inflation angepaßt wurden. Außerdem stieg die Sparquote im Jahresverlauf wieder an, da die steigenden Kreditzinsen, die im Herbst rund 30 vH erreichten, die Verschuldungsbereitschaft der Konsumenten dämpften.

16. Auch in den kleineren europäischen Ländern schwächte sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres 1980 merklich ab. Belgien und Dänemark, die schon in den letzten Jahren eine steigende Arbeitslosigkeit, hohe Leistungsbilanzdefizite und einen drastischen Anstieg der öffentlichen Verschuldung hatten hinnehmen müssen, sahen Grenzen ihres wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums. Dänemark, dessen internationale Kreditwürdigkeit durch die hohe und weiter zunehmende Auslandsverschuldung gelitten hat, ist schon zu Beginn dieses Jahres in eine Rezession geraten. Eine drückende Steuerlast entmutigt Unternehmer wie Arbeitnehmer. In Belgien war die gesamtwirtschaftliche Produktion zunächst noch gestiegen, seit dem Frühjahr überwiegen jedoch auch dort rezessive Einflüsse, die durch die weltweite Stahlkrise verschärft worden sind. Mit einer Arbeitslosenquote von $9\frac{1}{2}$ vH ist Belgien nach wie vor das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft. Soziale und regionale Spannungen verschärfen sich. Für die dringend notwendige Sanierung der öffentlichen Finanzen sind denkbar ungünstige Voraussetzungen gegeben. Allein im ersten Halbjahr 1980 hat die staatliche Kreditaufnahme den für das ganze Jahr vorgesehenen Betrag erreicht. Anders als Dänemark ist es Belgien in den letzten Jahren jedoch gelungen, die Inflationsrate deutlich zu senken, nicht zuletzt durch den Stabilisierungsdruck des festen Wechselkurses zur D-Mark. Die Geldpolitik sah unter diesen Voraussetzungen ihre vordringlichste Aufgabe darin, den Kurs des belgischen Franken im Europäischen Währungssystem zu verteidigen. Bei

einer Inflationsrate von rund 6 vH waren die Bedingungen dafür nicht ungünstig. Dennoch hat die belgische Industrie aufgrund ihres hohen Kosten-niveaus im internationalen Wettbewerb schwer zu kämpfen.

In den Niederlanden sind die strukturellen Probleme weniger gravierend. Sorge bereitet aber auch hier die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, weil das holländische Exportsortiment, vor allem aus der Nahrungsmittel-, Stahl-, Chemie- und Mineralölindustrie derzeit nur geringe Wachstumschancen bietet. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik steht daher die Investitionsförderung. Die Einnahmen, die der Staat aufgrund der drastisch heraufgesetzten Erdgaspreise erzielt, haben den Finanzierungsspielraum der öffentlichen Hand deutlich erhöht. Dies war dringend erforderlich, denn das Finanzierungsdefizit des Staates liegt derzeit mit einem Betrag von rund 6 vH des Volkseinkommens an der von der Regierung festgelegten Obergrenze der Neuverschuldung. Um den Kostendruck für die Unternehmen zu mindern, hat die Regierung in diesem Jahr in die Tarifaueinandersetzungen eingegriffen. Sie entschied, daß die Reallöhne in diesem Jahr nicht steigen sollten; die zur Jahresmitte üblicherweise fällige Lohnerhöhung zum Ausgleich des Preisanstiegs wurde daher nur zum Teil bewilligt. Bei einer kaum veränderten Beschäftigung war damit die Stagnation des privaten Verbrauchs in diesem Jahr vorgezeichnet. Auch von den Exporten, die sich real nur noch um 3 vH erhöhten, gingen in diesem Jahr kaum expansive Einflüsse aus; denn die weltweite Nachfrage nach Erdölprodukten und chemischen Erzeugnissen flachte nach dem hohen Lageraufbau vor und nach der Jahreswende 1979/80 deutlich ab. Ein Zuwachs des Sozialprodukts konnte in Holland in diesem Jahr nicht erreicht werden. Die Arbeitslosigkeit stieg deutlich an.

Die Schweiz und Österreich gingen ohne größere Stabilitätsprobleme in die konjunkturelle Schwächephase. In beiden Ländern ist die Arbeitslosigkeit geringer als in fast allen anderen OECD-Ländern. In der Schweiz liegt auch die Inflationsrate weit unter der in anderen Ländern. Die Investitionsneigung erwies sich in beiden Ländern als robust, obwohl die Exporte mit der Verschlechterung des Welthandels im Jahresverlauf unter das Niveau des Vorjahres zurückfielen und sich die Konjunktur, vor allem in Österreich, zur Jahresmitte deutlich abkühlte. Unterschiede bestehen auch in der Leistungsbilanzsituation. Die Schweiz, die vor der erneuten Ölverteuerung noch einen hohen Überschuß hatte, verzeichnet nun ein vergleichsweise geringes Defizit, das $\frac{3}{4}$ vH des Sozialprodukts entspricht; in Österreich beläuft sich das Defizit auf fast 4 vH des Sozialprodukts. Für die Geldpolitik besteht sowohl in der Schweiz als auch in Österreich das Hauptziel darin, einen festen Wechselkurs zur D-Mark aufrechtzuerhalten. Die Schweizerische Nationalbank hat für das Jahr 1980 wieder eine quantitative Zielvorgabe für die Geldpolitik festgelegt (Tabelle 7). Danach soll die Notenbankgeldmenge, die den Bargeldumlauf und Bankguthaben bei der Notenbank umfaßt, um 4 vH ausgedehnt werden. Bisher liegt die Geldmenge etwas unter der Zielmarke.

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1979	
20. Dezember	Auf ihrem Treffen in Caracas gelingt es den OPEC-Staaten nicht, gemeinsam neue Preise für Rohöl festzulegen. Jedes Land kann jetzt die Abgabepreise selbst bestimmen.
1980	
15. April	Die Notenbank-Gouverneure der Zehner-Gruppe und der Schweiz erklärten, daß die regelmäßige und systematische Beobachtung der internationalen Kapitalmärkte verstärkt werden sollte, insbesondere unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Weltwirtschaft und für einzelne Länder.
25. April	Der Interimsausschuß des Gouverneursrates des Internationalen Währungsfonds erörterte bei seiner Tagung in Hamburg die Aussichten für die Weltwirtschaft. Er zeigte sich dabei besonders über die weltweite Inflation und die Zahlungsbilanzungleichgewichte der ölimportierenden Entwicklungsländer besorgt. Der Ausschuß war sich darüber einig, daß der Währungsfonds bereit sein müsse, eine wachsende Rolle bei der Anpassung und Finanzierung dieser Ungleichgewichte zu übernehmen. Er legte es dem geschäftsführenden Direktor des Fonds nahe, mit potentiellen Kreditgebern Gespräche über die Modalitäten aufzunehmen, zu denen der Fonds zur Verstärkung seiner Mittel Kredite erhalten könne, falls ein Bedarf dafür entsteht.
11. Juni	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Algier einen Höchstpreis für leichtes Rohöl in Höhe von 32 US-\$ je barrel festzulegen. Je nach Qualität und Produktionsort darf darüber hinaus ein Zuschlag von bis zu 5 US-\$ je barrel erhoben werden.
23. Juni	Die Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industrieländer erklären bei ihrem Treffen in Bonn, daß die Inflationsbekämpfung im Mittelpunkt ihrer Politik stehe. Eine entschlossene Finanz- und Geldpolitik sei erforderlich, um die inflationären Erwartungen zu brechen. Investitionen und Innovationen müßten gefördert werden, um die Produktivität zu steigern und den Strukturwandel zu erleichtern. Um den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und dem Verbrauch von Öl zu brechen, sei die Einsparung von Öl erforderlich und eine zunehmende Produktion und Verwendung alternativer Energiequellen.
18. September	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Wien eine neue Preisuntergrenze von 30 US-\$ je barrel festzulegen. Die bisherige Preisobergrenze von 32 US-\$ je barrel wird außer Kraft gesetzt.
29. September	Der Interimsausschuß des Gouverneursrates des Internationalen Währungsfonds stellte anläßlich seiner Tagung in Washington fest, daß sich die Situation der Weltwirtschaft seit seiner Tagung im April 1980 in Hamburg kaum verändert hat. Er befaßte sich deshalb erneut besonders mit zwei Problemen: Der weltweiten Inflation und den Zahlungsbilanzungleichgewichten der ölimportierenden Entwicklungsländer. Der Ausschuß zeigte sich unverändert davon überzeugt, daß der absolute Vorrang, den der Kampf gegen die Inflation in vielen Ländern genießt, nicht aufgegeben werden darf. Der Abbau der Inflation und der Inflationserwartungen sei notwendig, um die Bedingungen für ein besseres Investitionsklima und für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum wieder herzustellen. Der Ausschuß erörterte darüber hinaus die Ausleihpolitik des Fonds. Im Rahmen dieser Politik sollen den Fondsmitgliedern in Zukunft wesentlich umfangreichere Hilfen als bisher zur Verfügung stehen. Der Ausschuß bekräftigte die Schlußfolgerung des Exekutivdirektoriums, daß Ziehungen bis zu einem jährlichen Limit von 200 Prozent der Mitgliedsquote, d. h. von insgesamt 600 Prozent der Quote während eines Zeitraums von 3 Jahren, in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage eine vernünftige Richtgröße darstellen würden. Der Ausschuß war sich über die Notwendigkeit einig, daß der Fonds seine Finanzmittel durch weitere Kreditaufnahmen ergänzt.
	Europäische Gemeinschaften
1979	
13. Dezember	Das Europäische Parlament lehnt das Budget für 1980 ab. Damit werden die Ausgaben im Jahre 1980 bis auf weiteres auf das Niveau von 1979 begrenzt.
1980	
13. Mai	Der europäische Ministerrat billigt die von der Kommission vorgeschlagenen energiepolitischen Ziele, die insbesondere vorsehen, daß im Jahre 1990 der Anteil des Erdöls am Energieverbrauch auf etwa 40 vH zu senken ist. Er weist darüber hinaus auf das Ziel hin, bis zum Jahre 1990 das durchschnittliche Verhältnis zwischen der Zuwachsrate des Bruttoverbrauchs an Primärenergie und der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts auf mindestens 0,7 zu verringern.

noch Tabelle 7

Datum	
1980	
30. Mai	Der europäische Ministerrat gelangt zu einer Vereinbarung über den Beitrag des Vereinigten Königreichs zum Haushalt der Gemeinschaften und über allgemeine Leitlinien, die das Inkrafttreten einer gemeinsamen Fischereipolitik spätestens am 1. Januar 1981 ermöglichen. Der Vereinbarung zufolge wird der Nettobeitrag des Vereinigten Königreichs zum Haushalt der Gemeinschaften für 1980 von 1 784 Mio ERE um 1 175 Mio ERE auf 609 Mio ERE vermindert. Für das Jahr 1981 ergibt sich eine Entlastung in Höhe von 1 410 Mio ERE.
9. Juli	Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften für das Jahr 1980 wird mit der endgültigen Feststellung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments mit halbjähriger Verspätung verabschiedet.
1979	Belgien
23. November	Die Regierung legt ein Programm in Höhe von 5,5 Mrd belgischen Franken zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Industrie vor.
13. Dezember	Die belgische Nationalbank erhöht den Diskont- sowie den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 10,5 % beziehungsweise 12,5 %.
1980	
28. Februar	Die belgische Nationalbank erhöht den Diskontsatz um 1 1/2 Prozentpunkte auf 12 %. Die übrigen Zinssätze werden um jeweils einen Prozentpunkt erhöht, so daß zwei Drittel der Diskontkredite, die unter den sogenannten Plafond B fallen, ebenso wie Lombardkredite mit 13,5 % verzinst werden müssen. Am 20. März 1980 wird der Diskontsatz für den Teilplafond A von 12 % auf 14 % angehoben. Für die übrigen Diskontkredite und für Lombardkredite wird der Ausleihesatz von 13,5 % auf 15 % erhöht.
21. März	Die Regierung beschließt im Budget des laufenden Jahres zusätzlich 17 Mrd belgische Franken einzusparen. Die Ausgabenstreichungen sollen gleichmäßig über alle Budgetposten verteilt werden. Jeder Minister muß bis Mitte April in seinem Ressort die Ausgaben um 2,2 vH kürzen. Darüber hinaus wurde beschlossen, daß die Ausgaben im Budget des Jahres 1981 nicht stärker ansteigen sollen als das nominale Bruttosozialprodukt.
4. Juni	Die belgische Nationalbank beschließt den Diskontsatz für den Teilplafond B und den Lombardsatz von 15 % auf 14,5 % zu senken. Am 25. Juni beschließt die Notenbank die Unterteilung ihres Diskontsatzes auszusetzen. Der einheitliche Diskontsatz wird ebenso wie der Lombardsatz auf 13 % gesenkt. Am 31. Juli werden beide Zinssätze um 1 Prozentpunkt auf 12 % verringert.
10. August	Die Regierung legt ihren Budgetentwurf für das Jahr 1981 vor, der bei laufenden Ausgaben von 1 195 Mrd belgischen Franken und Investitionsausgaben von 166 Mrd belgischen Franken mit einem Defizit von 242 Mrd belgischen Franken abschließt. Der Budgetentwurf sieht neben der verstärkten Besteuerung des Energieverbrauchs erstmals vor, alle öffentlichen Bediensteten mit einem Beitrag von 2 vH ihrer Löhne und Gehälter zu ihrer Altersversorgung heranzuziehen.
1979	Dänemark
8. November	Die Regierung beschließt einen Lohn- und Preisstopp bis zum Ende des Jahres, der vom Parlament am 14. November gebilligt wird.
30. November	Die dänische Krone wird im Europäischen Währungssystem um 5 vH abgewertet.
21. Dezember	Das Parlament ändert und nimmt den mehrjährigen Wirtschaftsplan an, den die Regierung am 4. Dezember vorgelegt hatte, und der im wesentlichen die nachstehenden Maßnahmen umfaßt: — Einfrieren der Preise, Gewinne usw. (mit einigen Ausnahmen und Sonderbestimmungen) unter der Aufsicht eines zentralen Kontrollorgans bis zum 28. Februar 1981; — Streichung der durch den Anstieg des Preisindex begründeten Lohn- und Gehaltserhöhungen.
1980	
18. Februar	Die dänische Zentralbank hebt ihren Diskontsatz von 11 % auf 13 % an.
29. Mai	Im Rahmen des im Dezember 1979 angenommenen mehrjährigen Wirtschaftsplans wird die Mehrwertsteuer mit Wirkung vom 30. Juni von 20,25 % auf 22 % angehoben. Darüber hinaus sollen die Verbrauchsteuern auf Erdöl und Elektrizität erhöht werden. Das im Dezember 1979 angenommene Industrie- und Beschäftigungsprogramm für den Zeitraum von 1981 bis 1983 wird im Jahr 1981 auf 5,5 Mrd Dänen-Kronen aufgestockt.
19. September	Die Zentralbank senkt den Diskontsatz von 13 % auf 12 %. Am 24. Oktober wird er auf 11 % gesenkt.

Datum	
	Frankreich
1979	
7. November	Die Regierung stimmt zusätzlichen Ausgaben für das Jahr 1979 zu. Danach erhöht sich das Defizit des Staatshaushalts für 1979 auf 34,8 Mrd Franken.
1980	
1. Januar	Kontrollen der Einzelhandelspreise werden abgeschafft (mit Ausnahme bestimmter Nahrungsmittel).
29. März	Die Kreditplafonds für das 2. Halbjahr 1980 werden eingeschränkt. Für die großen Banken wird der Jahresanstieg von 4 vH im Jahr 1979 auf 3,5 vH im Jahr 1980 beschränkt. Bei den mittleren Banken wird die Zuwachsrate von 7 vH auf 6 vH vermindert.
25. Juni	Die französischen Devisenkontrollen werden gelockert. Die Importeure von Rohstoffen können sich künftig ohne zeitliche Begrenzung auf dem Terminmarkt die entsprechenden Devisen beschaffen. Exporteure werden von der Verpflichtung entbunden, die von ihren Kunden erhaltenen Anzahlungen sofort in Franken umzutauschen. Eine Genehmigung für Direktinvestitionen im Ausland ist künftig nur noch für Beträge erforderlich, die 5 Millionen Franken überschreiten.
10. September	Die französische Regierung nimmt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1981 an. Er sieht eine Zunahme der Ausgaben von 16,4 vH und einen Anstieg der Einnahmen um 17,7 vH vor. Das Gesamtdefizit soll 29,4 Mrd Franken betragen. Der Haushaltsplan sieht wesentliche Beihilfen für Privatinvestitionen vor, die schon ab 1. Oktober 1980 gewährt werden sollen. Die Steuern für Mineralölgesellschaften sollen im Jahr 1981 um 2 Mrd Franken angehoben werden. Ausgaben zur Belebung der öffentlichen Investitionen in Höhe von 6,5 Mrd Franken sind für den Fall vorgesehen, daß es 1981 zu einer stärkeren konjunkturellen Abschwächung kommt.
7. Oktober	Das Geldmengenziel für das Jahr 1981 wird auf 10 vH festgesetzt, es liegt um einen Prozentpunkt unter der Vorgabe für das Jahr 1980.
15. Oktober	Die Bank von Frankreich legt die Kreditbeschränkungen für das Jahr 1981 fest. Danach dürfen die großen Banken ihre Kredite nur noch um 2,5 vH ausdehnen.
	Großbritannien
1979	
1. November	Die Regierung gibt in einem Weißbuch ihren Ausgabenplan für das Haushaltsjahr 1980/81 bekannt. Der Umfang der öffentlichen Ausgaben (Ausgaben für Programme sowie Finanzierungsbedarf der verstaatlichten Industrie, abzüglich Zinsendienst, Veräußerung öffentlicher Vermögenswerte und geschätzter Betrag der nichtgetätigten Ausgaben) würde demnach im Vergleich zum Haushaltsjahr 1979/80 unverändert bleiben.
15. November	Die Regierung kündigt verschiedene Maßnahmen zur Kontrolle der Geldmenge an; die wichtigsten davon sind: — Der Mindestsatz für Ausleihungen der Bank von England wird von 14 % auf 17 % erhöht; — die zusätzlichen Mindestreserven („corset“) werden sechs Monate verlängert; — die Zielvorgabe von 7 vH bis 11 vH für die Geldmenge (M3) wird bis Oktober 1980 beibehalten.
7. Dezember	Die Regierung veröffentlicht einen Gesetzentwurf (Employment Bill), der darauf abzielt, mißbräuchliches Verhalten der Gewerkschaften bei den Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu verhindern sowie die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes zu verbessern.
1980	
26. März	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1980/81 sowie die öffentlichen Ausgabenprogramme und die allgemeine Finanzstrategie bis einschließlich zum Haushaltsjahr 1983/84 vor. Wichtige Veränderungen auf der Einnahmenseite sind die Anhebung der Einkommensteuergrundfreibeträge für natürliche Personen um 18 vH, die Anhebung sämtlicher Steuerklassengrenzen um 11 vH, sowie die Heraufsetzung der Steuern auf Erdöl, Tabak und alkoholische Getränke sowie der Verbrauchsteuern auf Kraftfahrzeuge. Die zuvor veröffentlichten Ausgabenschätzungen für das Haushaltsjahr 1980/81 werden teilweise nach unten revidiert, so daß sich die Ausgaben um 600 Mio Pfund Sterling vermindern werden. Der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors soll sich von 9 Mrd Pfund im Jahr 1979/80 auf 8,5 Mrd Pfund verringern. Die mittelfristigen Ausgabenvorausschätzungen der Regierung gehen von einer schrittweisen Verringerung des Ausgabenvolumens in den 4 Jahren bis zum Haushaltsjahr 1983/84 aus. Die Zielvorgabe für die Geldmenge M3 soll von einer Marge von 7 vH bis 11 vH im Haushaltsjahr 1980/81 auf eine Bandbreite von 4 vH bis 8 vH im Haushaltsjahr 1983/84 verringert werden. Die Bank von England gibt bekannt, daß die Einlagenzuwachsbeschränkungen bis Mitte Juni abgeschafft werden sollen.
3. Juli	Die Bank von England senkt den Mindestsatz für Ausleihungen von 17 % auf 16 %.

noch Tabelle 7

Datum	
	Italien
1979	
6. Dezember	Der Diskont- und der Lombardsatz werden von 12 % auf 15 % angehoben.
1980	
14. März	Die Bank von Italien verschärft ihre Kreditbeschränkungen. Banken, die die Kreditzuwachsbeschränkung um mehr als 1 vH überschreiten, müssen ab März dafür eine zinslose Einlage bei der Notenbank in Höhe von 10 vH halten. Für Überschreitungen von mehr als 3 vH beträgt der zu hinterlegende Betrag sogar 30 vH. Gleichzeitig wird den Banken durch die Offenmarktpolitik des Schatzamtes Liquidität in Höhe von 200 Mrd Lire entzogen.
14. Juni	Die Regierung hebt den Preis für Erdöl und Mineralölerzeugnisse sowie die Stromtarife an. Superbenzin wird nunmehr 700 Lire pro Liter kosten, das sind 2,9 vH mehr als bisher, und Normalbenzin 685 Lire pro Liter.
29. Juni	Die Bank von Italien verlängert ihre Kreditbeschränkungen bis Ende März 1981; gleichzeitig werden die Strafen für das Überschreiten der Beschränkungen verschärft.
3. Juli	Die Regierung gibt Maßnahmen bekannt, durch die das Defizit im Haushalt 1980 verringert werden soll. Der Benzinpreis wird um 50 Lire je Liter erhöht; ebenso werden die Mehrwertsteuer und die Verbrauchsteuer auf Spirituosen angehoben. Die Maßnahmen umfassen darüber hinaus eine Verschärfung des Kampfes gegen die Steuerhinterziehung, eine Senkung der Sozialbeiträge der Industrie sowie die Errichtung eines besonderen Fonds, Bereitstellung von Mitteln für die in den südlichen Teilen des Landes tätigen Unternehmen.
27. September	Das italienische Parlament lehnt das gesamte Anfang Juli eingeführte Sanierungsprogramm ab. Mit Wirkung vom 1. Oktober werden damit alle im Juli verfügbaren Maßnahmen aufgehoben.
28. September	Die italienische Zentralbank erhöht den Diskont- und den Lombardsatz von 15 % auf 16,5 %. Darüber hinaus werden neue Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt, dadurch sollen die Zahlungsziele im Außenhandel verkürzt und die verfügbaren Mittel für die Spekulation eingeschränkt werden.
	Japan
1979	
2. November	Die Bank von Japan erhöht den Diskontsatz von 5 ¹ / ₄ % auf 6 ¹ / ₄ %.
1980	
19. Februar	Der Diskontsatz wird von 6 ¹ / ₄ % auf 7 ¹ / ₄ % erhöht.
1. März	Die Mindestreservesätze der Geschäftsbanken werden erhöht. Der Satz für Termineinlagen steigt von 1,65 % auf 1,75 % und die Sätze für sonstige Einlagen von 2,5 % auf 3,25 %.
3. März	Das Finanzministerium kündigt eine Reihe von Maßnahmen zur Verteidigung des Yen an. Sie umfassen u. a. eine verstärkte Kooperation mit anderen Notenbanken und den Abbau von Beschränkungen für Kapitalimporte.
8. März	Das Parlament stimmt den Budgetvorschlägen für das Haushaltsjahr 1980/81 zu. Die Ausgaben liegen um 10,7 vH über dem Haushaltsplan des Vorjahres, das Defizit soll um 1 000 Mrd Yen unter des Niveau des Vorjahres zurückgeführt werden.
10. März	Um den Wechselkurs des Yen zu stützen, werden Zinsbeschränkungen für Ausländerkonten aufgehoben.
19. März	Der Diskontsatz wird von 7 ¹ / ₄ % auf 9 % erhöht.
25. März	Die Bank von Japan gibt die Kreditzuwachsbeschränkungen für das zweite Halbjahr 1980 bekannt. Sie sind deutlich restriktiver gefaßt als die Beschränkungen der beiden vorangegangenen Halbjahre.
20. August	Angesichts des nachlassenden Inflationsdrucks senkt die Bank von Japan den Diskontsatz von 9 % auf 8 ¹ / ₄ %.
5. September	Die japanische Regierung verabschiedet ein Acht-Punkte-Programm zur Belebung der Wirtschaft. Die wesentlichste Maßnahme ist die Erhöhung der Ausgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Bauwirtschaft. Im vierten Quartal sollen für öffentliche Bauausgaben 30 vH mehr ausgegeben werden als in der entsprechenden Vorjahresperiode.
26. September	Die Bank von Japan beschließt eine Lockerung der Kreditrichtlinien. Danach dürfen die Banken ihre Kredite im letzten Quartal des laufenden Jahres um 7 vH mehr ausweiten als in der entsprechenden Periode des Jahres 1979.

noch Tabelle 7

Datum	
	Niederlande
1979	
1. November	Die Bank der Niederlande erhöht den Diskontsatz von 8 % auf 8,5 %. Am 29. November wird er auf 9,5 % festgesetzt.
5. Dezember	Die Bank der Niederlande behält die Kreditrestriktionen während des Jahres 1980 bei. Die Expansionsrate des Bankenkredits (ohne langfristige Verbindlichkeiten) wird für 1980 auf 8 vH festgesetzt (gegenüber 9 vH für 1979).
1980	
10. Januar	Die niederländische Regierung erläßt einen Lohnstopp für zwei Monate. Genehmigt werden nur Lohnerhöhungen zum Ausgleich des Verbraucherpreisanstiegs zwischen April und Oktober 1979 (2,5 vH).
18. Februar	Die Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, wonach der Lohnstopp um einen Monat bis zum 10. April 1980 verlängert werden soll. Am 20. Februar kündigt die Regierung an, daß angesichts der Verschlechterung der Leistungsbilanz, des geringen Wirtschaftswachstums und der ungünstigen Finanzlage im öffentlichen Haushalt Ausgabenkürzungen in Höhe von 3 Mrd Gulden vorgenommen werden sollen.
6. März	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, mit dem die Regierung ermächtigt wird, in die Lohnbildung einzugreifen. Die in Durchführung dieses Gesetzes getroffenen Maßnahmen sollen für sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger gelten.
24. März	Das Parlament beschließt ein Programm, das darauf abzielt, den Anstieg der Löhne und Gehälter im Jahre 1980 auf 6 vH bis 6 ¹ / ₂ vH zu beschränken. Zu diesem Zweck wird die übliche Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten im Juli ausgesetzt; stattdessen erhält jeder Beschäftigte 26 Gulden im Monat für die zweite Hälfte des Jahres 1980. Außerdem wird die Einkommensteuer ab 1. Juli um 100 Gulden jährlich gesenkt, damit die Kaufkraft der einkommensschwachen Schichten erhalten bleibt.
2. Mai	Im Zuge des weltweiten Zinsanstiegs erhöht die Bank der Niederlande ihre Ausleihezinsen um einen halben Prozentpunkt, der Diskontsatz beträgt jetzt 10 %. Am 23. Juni wird diese Anhebung wieder rückgängig gemacht. Am 21. Juli werden die Notenbankzinsen um einen weiteren halben Prozentpunkt gesenkt, der Diskontsatz beträgt jetzt 9 %.
16. September	Die Regierung bringt ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 1981 ein. Die Neuverschuldung soll von 14,7 Mrd Gulden im Jahr 1980 auf 13,1 Mrd Gulden zurückgeführt werden. Der Anstieg der Ausgaben soll 6 vH und der Anstieg der Einnahmen 8 vH betragen. Die Verringerung des Budgetdefizits soll durch Ausgabenkürzungen von 3,6 Mrd Gulden gegenüber der ursprünglichen Mehrjahresplanung erreicht werden. Die Schwerpunkte der Ausgabenstreichungen liegen im Bereich der sozialen Sicherheit und der Beamtenbesoldung. Auf der Einnahmenseite ist vorgesehen, die Sozialversicherungsbeiträge und die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Darüber hinaus wird mit steigenden Erdgaslösungen gerechnet. Für den Fall, daß die Tarifpartner sich bereit erklären, den Anstieg der Löhne geringer zu halten als bisher vereinbart, ist die Regierung bereit, für jeden Prozentpunkt Lohnzurückhaltung eine Erhöhung des Budgetdefizits um 0,5 Mrd Gulden hinzunehmen.
19. September	Die Bank der Niederlande gibt bekannt, daß sie ihre Ausleihezinsen um einen halben Prozentpunkt senken wird. Am 20. Oktober beschließt die Bank der Niederlande, ihre Ausleihezinsen erneut um einen halben Prozentpunkt zu senken. Der Diskontsatz beträgt jetzt 8 %.
	Österreich
1980	
24. Januar	Die Nationalbank erhöht den Diskont- und den Lombardsatz um 1 ¹ / ₂ Prozentpunkte auf 5 ¹ / ₄ % und 5 ³ / ₄ %. Am 21. März werden sie auf 6 ³ / ₄ % beziehungsweise 7 ¹ / ₄ % angehoben.
22. Oktober	Die Regierung legt ihre Budgetvorschläge für das Jahr 1981 vor. Das Budget sieht Ausgaben von 335 Mrd und Einnahmen von 285 Mrd Schilling vor, was gegenüber dem laufenden Haushaltsplan einen Anstieg von 11 vH und 12,6 vH ergibt. Nach Abzug des Tilgungsaufwandes für die Staatsschuld bleibt ein Nettodefizit von knapp 25 Mrd Schilling, das um 6 Mrd unter dem Ergebnis des Vorjahres liegt. Neben Erleichterungen bei den direkten Steuern sieht der Haushaltsentwurf eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze für Energieprodukte vor. Staatliche Leistungen sollen erheblich teurer werden; bereits in Kraft gesetzt wurden Preiserhöhungen für Tabakwaren und Salz.

noch Tabelle 7

Datum	
	Schweden
1979	
22. November	Die schwedische Reichsbank erhöht ihren Diskontsatz von 8 % auf 9 %.
1980	
10. Januar	Die Budgetvorschläge für das Fiskaljahr 1980/81 (Juli bis Juni) umfassen Ausgaben in Höhe von 204 Mrd Schwedischen Kronen; das entspricht einer Zunahme in Höhe von 9,3 vH gegenüber dem vorangegangenen Fiskaljahr. Das Defizit wird sich von 49 Mrd Kronen (11,2 vH des Bruttosozialprodukts) auf 55,4 Mrd Kronen (11,5 vH des Bruttosozialprodukts) erhöhen.
18. Januar	Der Diskontsatz wird von 9% auf 10% erhöht.
27. März	Die Regierung führt einen generellen Preisstopp ein, der bis zum 9. Mai in Kraft bleiben soll.
11. Mai	Die Tarifpartner einigen sich über durchschnittliche Lohnerhöhungen in Höhe von 6,8 vH für die Beschäftigten in der Industrie und im Handel. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen die Löhne um 7,5 vH erhöht werden. Nach dieser Einigung beendet die Regierung am 12. Mai den Preisstopp, den sie am 27. März eingeführt hatte. Er wird ersetzt durch Höchstpreise für Öl.
19. August	Die Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, der unter anderem eine Anhebung des normalen Mehrwertsteuersatzes von 17,1 vH auf 19 vH vorsieht.
	Schweiz
1979	
2. November	Angeichts weltweit steigender Zinsen erhöht die Nationalbank den Diskontsatz von 1 ¹ / ₂ % auf 2 % und den Lombardsatz von 2 % auf 3 %.
1. Dezember	Die Nationalbank hebt die Negativ-Zinsen auf, die Banken auf den Zuwachs von Auslandseinlagen zu zahlen hatten.
14. Dezember	Die Schweizerische Nationalbank legt ihr Geldmengenziel für 1980 fest. Danach soll die Geldbasis im Jahr 1980 um rund 4 vH ausgedehnt werden.
1980	
11. März	Angeichts der Schwäche des Schweizer Franken auf den Devisenmärkten gestattet es die Regierung, daß wieder Zinsen auf Ausländerkonten gezahlt werden dürfen, wenn diese eine Laufzeit von mehr als drei Monaten aufweisen.
28. März	Die Schweizerische Nationalbank gibt bekannt, daß sie auf den Devisenmärkten intervenieren werde, wenn der Schweizer Franken gegenüber der D-Mark über einem Kurs von 95 Rappen notiert wird. Die Bank ist entschlossen, den Franken zu stärken, um die importierte Inflation zu stoppen.
31. August	Alle noch verbleibenden Beschränkungen für Zinszahlungen auf Ausländerkonten werden aufgehoben. Seit dem 11. März waren nur noch Einlagen mit einer Laufzeit von weniger als 3 Monaten unter dieses Verbot gefallen. Am 1. September werden weitere Kapitalverkehrsbeschränkungen aufgehoben.
	Vereinigte Staaten
1979	
28. November	Der Kongress stimmt den Ausgabenbeschränkungen und den Steueransätzen des Budgets 1979/80 zu. Danach darf das Defizit im Fiskaljahr 1979/80 nicht mehr als 29,8 Mrd Dollar betragen.
1980	
19. Februar	Die Geldmengenziele für 1980 werden bekanntgegeben. Für die einzelnen Geldmengenaggregate sind folgende Ziele festgelegt worden: für M1A (Bargeld und private Sichteinlagen bei Banken) 3 ¹ / ₂ vH bis 6 vH, für M1B (M1A und alle kontokorrentähnliche Konten bei Geschäfts- und Sparkassen) 4 vH bis 6 ¹ / ₂ vH, für M2 (M1B und Sparkonten, Zertifikate von Geldmarktfonds, kurzfristige „Repurchase Agreements“ und gewisse Eurodollareinlagen) 6 vH bis 9 vH, für M3 (M2 und hohe Termineinlagen sowie längerfristige „Repurchase Agreements“) 6 ¹ / ₂ vH bis 9 ¹ / ₂ vH.

noch Tabelle 7

Datum	
1980	
13. März	Der Rat für Lohn- und Preisstabilität gibt neue freiwillige Lohnleitlinien bekannt, die eine Obergrenze für Lohnerhöhungen von 7 ¹ / ₂ vH bis 9 vH vorgeben.
14. März	Das Federal Reserve Board gibt eine Reihe von Maßnahmen bekannt, die auf eine Verlangsamung der Kreditexpansion abzielen: Verschiedene Kategorien von Konsumkrediten werden mit einer Sonderpflichtreserve von 15 vH belegt. Die im Oktober 1979 eingeführte Pflichtreserve auf die sogenannten „managed liabilities“ (Eurodollaraufnahmen, Einlagenzertifikate) der Banken wird von 8 vH auf 10 vH erhöht und außerdem auch denjenigen Banken auferlegt, die nicht dem Federal Reserve-System angehören. Ein 15%iges Depot wird ab sofort auf den Zuwachs der Aktiven der Geldmarktfonds erhoben. Darüber hinaus wird ein Aufschlag von 3 Prozentpunkten auf den Diskontsatz eingeführt, der aber nur für die größten Banken des Landes gilt. Für die übrigen Banken bleibt der alte Diskontsatz von 13% in Kraft.
15. März	Die Regierung Carter legt ihr 4. Antiinflationsprogramm vor. Im Mittelpunkt der Inflationsstrategie steht der Ausgleich des Haushalts für das Haushaltsjahr 1981. Dies soll durch eine Kombination von Ausgabenkürzungen in der Größenordnung von 13 Mrd Dollar und Einnahmenerhöhungen erreicht werden. Das laufende Budget wird dagegen kaum verändert. Zu zusätzlichen Einnahmen soll eine Erdölimportabgabe führen, die 4,62 Dollar je barrel betragen soll.
31. März	Im Rahmen des neuen Inflationsbekämpfungsprogramms legt der Präsident dem Kongress neue Budgetvorschläge vor. Der Haushalt des Rechnungsjahres 1981 sieht Ausgaben von 611,5 Mrd Dollar und Einnahmen in Höhe von 628 Mrd Dollar vor.
2. April	Der Präsident unterzeichnet ein Gesetz, das die Mehreinnahmen der Ölgesellschaften, die sich aus der Preisfreigabe für Rohölpreise ergeben, einer zusätzlichen Steuer unterwirft.
7. Mai	Das Federal Reserve Board hebt den Zuschlag in Höhe von 3 Prozentpunkten auf, den große Banken seit dem 14. März über den Diskontsatz hinaus zu zahlen hatten.
22. Mai	Das Federal Reserve Board lockert die am 14. April eingeführten Kreditrestriktionen weiter: Die Sondermindestreserven, die amerikanische Banken sowie die US-Filialen ausländischer Institute für sogenannte „managed liabilities“ halten mußten, werden von 10 vH auf 5 vH gesenkt, gleichzeitig wird der Basisbetrag, von dem an die Reservehaltung gefordert wird, um 7,5 vH erhöht. Darüber hinaus werden die Mindestreserven für fast alle Arten von Konsumentenkrediten von 15 vH auf 7,5 vH reduziert.
29. Mai	Der Diskontsatz wird von 13% auf 12% gesenkt.
6. Juni	Die vom Präsidenten vorgeschlagene Einführung einer Erdölimportsteuer wird im Kongress abgelehnt.
13. Juni	Der Diskontsatz wird auf 11% gesenkt.
3. Juli	Das Federal Reserve Board gibt bekannt, daß es alle noch verbliebenen Kreditrestriktionen aufheben wird, die am 14. März als Antiinflationsmaßnahmen eingeführt worden waren.
28. Juli	Der Diskontsatz wird von 11% auf 10% gesenkt.
29. Juli	Der Vorsitzende des Federal Reserve Board gibt die Geldmengenziele für das Jahr 1981 bekannt. Danach soll die Geldmenge M1A im Verlauf des Jahres 1981 zwischen 3 vH und 5 vH zunehmen, die Geldmenge M1B zwischen 3 ¹ / ₂ vH bis 6 vH und die Geldmenge M2 zwischen 5 ¹ / ₂ vH und 8 ¹ / ₂ vH. Die Zielvorgaben für die Geldmenge M3 und die Bankkredite betragen 6 ¹ / ₂ vH bis 9 ¹ / ₂ vH bzw. 6 vH bis 9 vH.
28. August	Der Präsident schlägt ein Maßnahmenpaket zur Belebung der Wirtschaft vor: Steuersenkungen in Höhe von 27,6 Mrd Dollar sollen im Jahre 1981 vor allem der Industrie zugute kommen. Darüber hinaus sollen die Ausgaben des Bundes im Haushaltsjahr 1981 um 4,7 Mrd Dollar über die bisherigen Ansätze angehoben werden.
26. September	Der Diskontsatz wird von 10% auf 11% erhöht, um dem steigenden Wachstum der Geldmengenaggregate entgegenzutreten.

III. Zunehmende Leistungsbilanzungleichgewichte

17. Der neue Ölpreisschub hat die Leistungsbilanzdefizite der Öleinfuhrländer enorm ansteigen lassen. Die Besorgnis ist aufgekommen, die internationalen Märkte könnten mit der Finanzierung solcher Defizite überfordert sein. Die OECD-Länder müssen

in diesem Jahr ein Defizit von über 80 Mrd Dollar, die ohnehin hoch verschuldeten ölimportierenden Entwicklungsländer ein Defizit von über 50 Mrd Dollar finanzieren. Bisher haben die Finanzmärkte den Rückfluß des Ölgeldes ohne große Schwierigkeiten bewerkstelligen können. Die Risiken werden jedoch zunehmend höher eingeschätzt. Insbesondere in bezug auf einige kleinere Industrieländer und

viele der ölimportierenden Entwicklungsländer wird von Grenzen der Verschuldungsfähigkeit gesprochen. Auch gibt es Befürchtungen, daß protektionistische Bestrebungen erneut an Boden gewinnen, weil einige Länder durch Abschotten ihrer Märkte versuchen könnten, sich dem Anpassungszwang zu entziehen. Trotz erheblicher Inflationsdifferenzen ist das Wechselkursgefüge im Zuge des Recycling nicht in Bewegung geraten. Vielmehr sehen sich traditionelle Hartwährungsländer einer unerwartet schwachen Notierung ihres Geldes auf den Devisenmärkten gegenüber.

Recycling mit Hindernissen

18. Die Erfahrungen aus der Zeit nach der ersten Ölteuerung stützen eigentlich das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte. Damals waren die Finanzierungsaufgaben freilich auch kleiner.

— Die OPEC-Staaten erhöhten unmittelbar nach der Ölpreiserhöhung von 1973/74 sprunghaft ihre Importe; in den Jahren 1974 und 1975 nahm ihr Importvolumen jeweils um fast 40 vH zu, in den Jahren 1976 und 1977 nochmals um jeweils rund 15 vH.

— Der reale Ölpreis stieg nach der abrupten Preiserhöhung nicht weiter an, sondern sank sogar wieder leicht.

— In den Industrieländern bewirkte die Rezession der Jahre 1974 und 1975 einen drastischen Rückgang der Importe; das Importvolumen der OECD-Länder nahm 1975 um rund 8 vH, die Menge des importierten Erdöls um 9 vH ab.

Ein großer Teil des Überschusses, der den OPEC-Staaten verblieben war, konnte von dem internationalen Bankensystem, vor allem über die Euromärkte, rasch an die Kapitalnachfrager weitergeleitet werden. Im Jahre 1974 betraf dies die Hälfte, später ein Drittel des anlagefähigen OPEC-Überschusses (Tabelle 8).

Der Rest wurde von den Ölproduzenten direkt angelegt. Internationale Finanzierungsinstitute wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren nur wenig gefordert.

19. Heute muß sich die Weltwirtschaft darauf einrichten, daß Leistungsbilanzdefizite in der Größenordnung des gegenwärtigen OPEC-Überschusses noch für einige Zeit bestehen bleiben. Denn ein so starker Nachfragesog aus den OPEC-Staaten wie 1974/75 ist nicht in Sicht. Auch lassen die Förderpoli-

Tabelle 8

Verwendung des anlagefähigen OPEC-Überschusses¹⁾

Mrd US-Dollar

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	Bestände Ende 1979
Bankeinlagen	+ 28,6	+ 9,9	+ 12,0	+ 13,0	+ 3,9	+ 37,3	+ 115
davon							
in der Währung des Anlagelandes ...	+ 7,0	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 2,8	+ 6,3	+ 26
Euro-Anlagen	+ 21,6	+ 7,9	+ 11,5	+ 10,7	+ 1,1	+ 31,0	+ 89
Kurzfristige öffentliche Anleihen ²⁾ ...	+ 8,0	- 0,4	- 2,2	- 1,1	- 0,8	+ 3,3	+ 7
Langfristige öffentliche Anleihen ²⁾ ...	+ 1,1	+ 2,4	+ 4,4	+ 4,5	- 1,8	- 0,7	+ 10
Andere Kapitalströme ³⁾	+ 7,1	+ 12,8	+ 13,2	+ 9,8	+ 5,8	+ 9,0	+ 58
IWF und Weltbank ⁴⁾	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,1	- 2,0	+ 46
Anlage bei Entwicklungsländern ⁵⁾	+ 4,9	+ 6,5	+ 6,4	+ 7,0	+ 6,2	+ 6,9	
Gesamter identifizierter OPEC- Überschuß	+ 53,2	+ 35,2	+ 35,8	+ 33,5	+ 13,4	+ 53,8	+ 236
Verbleibende nicht identifizierte Anlagen ⁶⁾	+ 1,9	+ 1,1	+ 2,8	+ 4,1	+ 5,4	+ 25,2	.
Gesamter anlagefähiger Überschuß ...	+ 55,1	+ 36,3	+ 38,6	+ 37,6	+ 18,8	+ 79,0	.

¹⁾ Leistungsbilanzüberschuß abzüglich dem Saldo aus Handelskrediten und Handelsforderungen im Ölgeschäft.

²⁾ Nur Anlagen in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien.

³⁾ Andere Portfolioinvestitionen, Direktinvestitionen.

⁴⁾ Reserveposition im IWF, Sonderziehungsrechte und Weltbankanleihen, spezielle Kreditlinien beim IWF („Ölfazilität“), zusätzliche Zahlungsbilanzhilfen („Witteveen-Fazilität“).

⁵⁾ Bilaterale Kredite und Kredite an regionale und internationale Entwicklungsgesellschaften (außer IWF und Weltbank).

⁶⁾ Angaben für 1979 vorläufig und mit den Vorjahren nicht voll vergleichbar; sie enthalten u. a. noch nicht zugerechnete Kapitaltransaktionen.

Quelle: Bank von England

tik der OPEC-Staaten und die Hemmnisse, die in den Industrieländern die Ölsubstitution erschweren, nicht hoffen, daß der reale Ölpreis nachhaltig sinkt. Eine tiefe Weltrezession wie 1975, die den Ölbedarf vermindert und den Ölpreis drückt, wäre ebenfalls keine Lösung des Problems; sie wird für die nahe Zukunft auch nicht erwartet. Ein Abbau der Defizite scheint nur längerfristig möglich zu sein, und zwar in dem Maße, wie Industrieländer und Entwicklungsländer ihre Abhängigkeit vom Öl vermindern und die Ölländer ihre Importkapazität steigern.

20. Die Importe der Ölländer aus den Industrieländern erhöhten sich 1980 dem Volumen nach um rund 25 vH; sie waren im Vorjahr freilich um 16 vH zurückgegangen (Ziffer 161). In den bevölkerungsreichen Ölländern, in denen meist die einfachsten Bedürfnisse der Bevölkerung noch nicht befriedigt sind, ist nach wie vor ein hoher Einfuhrbedarf vorhanden. Auch verfolgen einige Ölländer entwicklungspolitische Ziele, deren Realisierung rasch steigende Importe erfordert. Ging es in den siebziger Jahren darum, erst einmal eine Infrastruktur zu erstellen, so steht heute in diesen Ländern mehr der Aufbau eines industriellen Produktionsapparates im Vordergrund. Dieser soll dazu beitragen, später einmal die Einnahmen aus Ölexporten durch andere Exportgüter zu ersetzen. Viele Länder haben jedoch mit einer zu zügigen Ausgabenexpansion schlechte Erfahrungen machen müssen. Angebotsengpässe in der Infrastruktur hatten zu einer raschen Inflationsbeschleunigung beigetragen. Überdies waren mit der wirtschaftlichen Expansion der siebziger Jahre in arabischen Ölländern ausländische Arbeitskräfte in großem Umfang zugewandert. Heute sind Tendenzen zu erkennen, dieser Entwicklung, in der häufig eine Gefahr für die soziale und politische Stabilität gesehen wird, Einhalt zu gebieten. Ein so starker Importzuwachs der OPEC-Staaten wie nach der ersten Ölkrise ist deshalb nicht zu erwarten.

21. Recht günstig für die Lösung des neu entstandenen Recycling-Problems ist dagegen die Verteilung der Leistungsbilanzdefizite auf die einzelnen OECD-Länder. Über ein Drittel des gesamten Defizits dieser Ländergruppe entfällt auf Japan und die Bundesrepublik (Tabelle 9). Man darf dabei aber nicht übersehen, daß der starke Umschwung in der japanischen und der deutschen Leistungsbilanz auch für diese Länder nicht ohne Probleme war. In Japan vollzog sich 1979 die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits unter Bedingungen eines stark abgewerteten Yen. In der Bundesrepublik wurde 1980 ein großer Teil des Leistungsbilanzdefizits durch die Bundesbank, das heißt durch den Rückgriff auf Währungsreserven finanziert (Ziffer 176). Für die Weltkonjunktur erscheint es jedoch vorteilhaft, wenn auf Länder, die einen Schock am ehesten auffangen können, ein wesentlicher Teil des Gesamtdefizits entfällt und Länder mit ohnehin drängenden internen Problemen, wie Italien, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, nicht oder nur mit vergleichsweise geringen Defiziten belastet sind.

22. In Japan, dessen Leistungsbilanz sich schon 1979 gravierend verschlechtert hatte, führte der

enorme Anstieg der Ölrechnung 1980 zu einer weiteren Passivierung. Da Japan 70 vH seines Primärenergieverbrauchs durch Ölimporte deckt, erhöhte sich die Ölrechnung 1980 mit rund 30 Mrd Dollar stärker als in anderen Industrieländern. Das Leistungsbilanzdefizit nahm jedoch nur noch um 5 Mrd Dollar zu. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich mit der starken Abwertung des Yen und der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit japanischer Anbieter der Überschuß im Handel mit Fertigwaren kräftig erhöhte (Schaubild 3). Dies ist um so bemerkenswerter, als sich die Konjunktur in Japan weiterhin günstiger entwickelte als in anderen Ländern. Japan hat 1980 ein Leistungsbilanzdefizit von 14 Mrd Dollar.

23. Auch in Italien, das neben Großbritannien zu den Hauptdefizitländern der ersten Recycling-Runde gezählt hatte, sowie in Frankreich, kam es erst in diesem Jahr angesichts der weiter ansteigenden Ölrechnung und der wachsenden Auslandskonkurrenz zu einer merklichen Passivierung der Leistungsbilanz. Der Umschwung von 1979 auf 1980 beträgt in beiden Ländern rund 10 Mrd Dollar. In Italien dürfte dieses Jahr mit einem Defizit von 5 Mrd Dollar zu rechnen sein, in Frankreich mit einem Fehlbetrag von 9 Mrd Dollar. Probleme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zeichnen sich vor allem bei den italienischen Anbietern ab, deren Gewinnmargen bei dem hohen Kostenniveau in Italien und der unveränderten Parität der Lira im Europäischen Währungssystem zunehmend unter Druck gekommen sind.

24. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten 1980 keine Zahlungsbilanzprobleme. In den Vereinigten Staaten war dies nicht zuletzt die Folge der vorangegangenen realen Abwertung des Dollar. In Großbritannien wirkt sich mehr und mehr aus, daß das Land über eigenes Öl verfügt. Daß beide Länder wieder einen Überschuß in der Leistungsbilanz aufweisen, ist darüber hinaus auch durch ihre Rezession bedingt. Das positive Bild der britischen Leistungsbilanz darf jedoch nicht über die schweren Probleme der britischen Industrie hinwegtäuschen. Der hohe inländische Kostendruck und die starke Aufwertung des Pfund Sterling haben in diesem Jahr die internationale Wettbewerbsfähigkeit der englischen Unternehmen stark beeinträchtigt. Die Vereinigten Staaten hatten noch im Jahre 1978 ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von mehr als 14 Mrd Dollar aufgewiesen. Trotz der Ölverteuerung bildete sich das Defizit 1979 nahezu völlig zurück. Mit der Entwicklung der von der realen Abwertung begünstigten Warenströme läßt sich diese Verbesserung allerdings nicht allein erklären. Der Umschwung in der Leistungsbilanz ist zu einem großen Teil auf einen steigenden Überschuß in der Dienstleistungsbilanz, vor allem auf steigende Kapitalerträge, zurückzuführen. Der Überschuß nahm von 20 Mrd Dollar im Jahr 1978 auf 32 Mrd Dollar im Jahr 1980 zu.

25. Bei einigen kleineren OECD-Ländern und bei vielen ölimportierenden Entwicklungsländern zeigen sich sehr viel gravierendere Zahlungsbilanzprobleme. Die Finanzierungsmöglichkeiten dieser

Tabelle 9

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Mio US-Dollar

Land	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ¹⁾
	Salden der Handelsbilanz					
Bundesrepublik Deutschland	+15 900	+15 200	+18 400	+23 200	+ 17 700	+ 12 300
Belgien-Luxemburg	- 400	- 1 700	- 3 100	- 2 800	- 3 300	- 4 500
Dänemark	- 1 300	- 2 900	+ 2 700	- 2 400	- 3 400	- 3 000
Frankreich	+ 1 000	- 4 600	- 2 700	+ 700	- 1 400	- 13 000
Großbritannien	- 6 800	- 6 400	- 3 500	- 2 300	- 7 200	+ 1 000
Irland	- 500	- 600	- 800	- 1 100	- 2 000	- 1 500
Italien	- 1 200	- 4 200	- 100	+ 2 900	- 1 000	- 11 000
Niederlande	+ 1 000	+ 1 400	- 100	- 1 200	- 1 500	- 1 000
EG-Länder	+ 7 800	- 3 900	+10 700	+17 100	- 2 100	- 20 700
Vereinigte Staaten	+18 400	+ 4 600	-14 000	-14 600	- 29 500	- 26 000
Kanada	- 400	+ 1 700	+ 2 900	+ 3 400	+ 3 800	+ 5 000
Japan	+ 5 000	+ 9 800	+17 100	+25 300	+ 1 800	- 1 200
Österreich	- 1 500	- 2 600	- 4 000	- 3 200	- 3 800	- 6 500
Schweden	+ 1 100	+ 200	+ 300	+ 2 600	+ 900	- 500
Schweiz	+ 100	+ 400	+ 100	+ 100	- 1 500	- 5 500
OECD-Länder	+ 5 500	-17 500	-23 000	+ 6 000	- 42 000	- 76 000
OPEC-Länder ²⁾	+49 500	+65 000	+61 500	+42 000	+111 000	+154 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder ³⁾)	-29 000	-16 000	-12 000	-24 000	- 31 000	- 45 000
	Salden der Leistungsbilanz					
Bundesrepublik Deutschland	+ 3 500	+ 3 400	+ 4 200	+ 8 800	- 5 500	- 16 000
Belgien-Luxemburg	- 100	- 100	- 700	- 1 500	- 3 800	- 5 000
Dänemark	- 500	- 1 900	- 1 700	- 1 500	- 3 000	- 3 500
Frankreich	- 100	- 6 100	- 3 300	+ 3 700	+ 1 200	- 9 500
Großbritannien	- 4 100	- 2 000	+ 500	+ 1 800	- 3 900	+ 3 000
Irland	+ 0	- 200	- 300	- 300	- 1 300	- 1 500
Italien	- 800	- 2 800	+ 2 500	+ 6 400	+ 5 100	- 5 000
Niederlande	+ 2 000	+ 2 700	+ 200	- 1 300	- 2 300	- 2 000
EG-Länder	- 100	- 7 000	+ 1 400	+16 100	- 13 500	- 39 500
Vereinigte Staaten	+18 300	+ 4 600	-14 100	-13 500	- 800	+ 1 000
Kanada	- 4 700	- 3 800	- 4 000	- 4 600	- 4 400	- 4 000
Japan	- 700	+ 3 700	+10 900	+16 500	- 8 800	- 14 500
Österreich	- 300	- 1 500	- 3 000	- 1 500	- 1 800	- 4 500
Schweden	- 1 600	- 2 100	- 2 800	+ 100	- 2 600	- 5 000
Schweiz	+ 2 600	+ 3 500	+ 3 400	+ 4 400	+ 2 400	- 500
OECD-Länder	+ 500	-18 000	-24 000	+10 000	- 35 000	- 79 000
OPEC-Länder ²⁾	+27 000	+36 500	+29 000	+ 4 500	+ 68 000	+105 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder ³⁾)	-31 000	-17 000	-12 500	-25 500	- 35 000	- 53 000

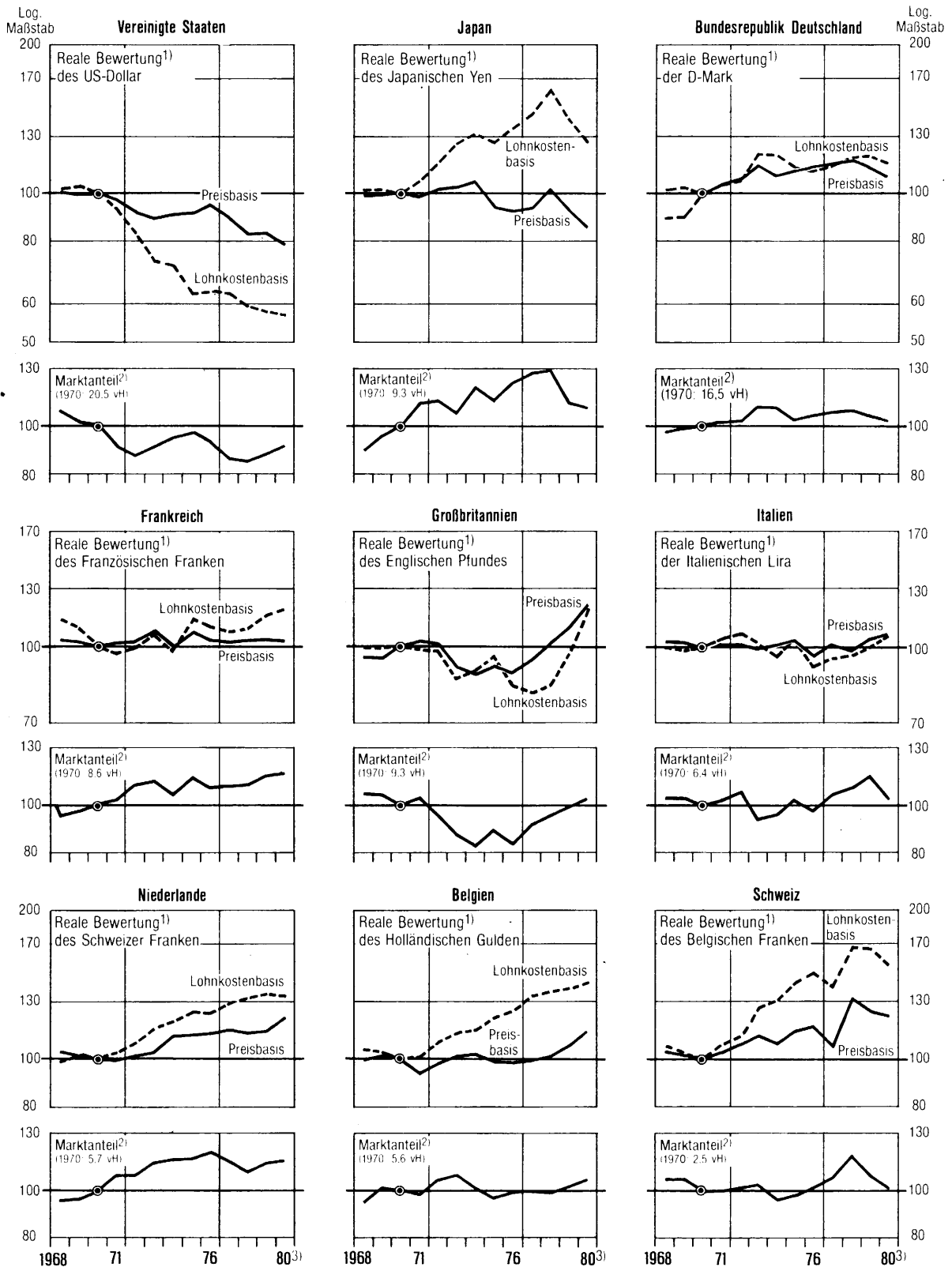
¹⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

²⁾ Algerien, Bahrain, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

³⁾ Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Schaubild 3

ZUR AUSSENHANDELSITUATION AUSGEWÄHLTER LÄNDER
1970 = 100



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr (ohne Staatshandelsländer). - 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. - 3) Eigene Schätzung. Für Marktanteile 1. Halbjahr.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

Länder werden schon dadurch eingeengt, daß die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte dort weitaus größer ist (Tabelle 10).

Während die in absoluten Beträgen hohen Defizite von Japan und der Bundesrepublik bezogen auf das Bruttosozialprodukt weniger als 2 vH ausmachen, liegen sie in OECD-Ländern wie Griechenland, Dänemark und Irland zwischen 4^{1/2} vH und 8 vH. Noch schwerwiegender sind offenbar die Probleme in manchen Entwicklungsländern mit einem schnell zunehmenden Industrialisierungsgrad (Schwellenländer). Der finanzielle Spielraum ist dort infolge der Ölverteuerung und der in der Vergangenheit eingegangenen internationalen Verschuldung noch sehr viel geringer als in den kleineren OECD-Staaten. In der Türkei, in Brasilien und auf den Philippinen wird schon heute mehr als die Hälfte der Exporterlöse zur Bezahlung der Ölrechnung und der Kreditzinsen benötigt (Tabelle 11). Gleichwohl wurden in diesem Jahr die Leistungsbilanzdefizite, sieht man von der Türkei ab, noch ziemlich problemlos finanziert, vor allem deshalb, weil die meisten Länder noch auf Währungsreserven zurückgreifen und bereits zugesagte Kreditlinien in Anspruch nehmen konnten. Hier werden jedoch Grenzen sichtbar. Währungsreserven lassen sich nur noch begrenzt zur Finanzierung einsetzen, zumal ein Mindestbestand an internationaler Liquidität für die Kreditwürdigkeit eines Landes unumgänglich ist. In Zu-

kunft werden sich die ölimportierenden Entwicklungsländer und einige der kleineren OECD-Länder wieder verstärkt um Auslandskredite bemühen müssen.

26. Auf den internationalen Finanzmärkten sind die Konditionen wieder ungünstiger geworden. Die Kreditnachfrage der bereits sehr stark verschuldeten Länder muß jetzt mit den Kreditwünschen der großen Industrieländer in Konkurrenz treten. Die Laufzeiten der Euro-Kredite haben sich deutlich verkürzt, ein Zeichen dafür, daß der Markt verunsichert ist. Die OPEC-Staaten sind offensichtlich bestrebt, ihre Überschüsse auf den Kapitalmärkten der Industrieländer nur kurz- bis mittelfristig anzulegen. Die öleinführenden Entwicklungsländer benötigen vor allem langfristige Kredite. Darin werden zunehmend Probleme für die internationalen Finanzmärkte gesehen. Grenzen werden vor allem sichtbar, wenn Kredite für laufende Ausgaben und nicht für ertragversprechende Investitionen benötigt werden. Mit Hindernissen im Recycling wird auch deshalb gerechnet, weil die Bankbilanzen heute in hohem Maße von den Finanzierungsvorgängen der siebziger Jahre geprägt sind. Viele der im internationalen Geschäft sehr aktiven Banken haben ihre Kredite auf wenige Schuldnerländer konzentriert. Eine weiterhin überdurchschnittliche Zunahme der Kredite an diese Länder müßten die

Tabelle 10

Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt
vH

Land	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ¹⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,3	+ 2,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,4	- 0,8	- 1,9
Belgien-Luxemburg	+ 2,6	+ 1,2	+ 0,4	- 0,1	- 0,9	- 0,3	- 3,4	- 4,1
Dänemark	- 1,6	- 2,8	- 1,4	- 4,6	- 3,7	- 2,6	- 4,5	- 5,1
Frankreich	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 1,7	- 0,9	+ 0,8	+ 0,3	- 1,4
Großbritannien	- 1,3	- 4,1	- 1,6	- 1,0	- 0,2	- 0,6	- 1,3	+ 0,7
Irland	- 3,5	- 10,0	- 0,3	- 3,7	- 3,1	- 2,5	- 8,9	+ 8,5
Italien	- 1,7	- 4,7	- 0,4	- 1,5	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,6	- 1,3
Niederlande	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 0,6	- 1,0	- 1,7	- 1,2
Vereinigte Staaten	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,0	+ 0,0
Kanada	+ 0,1	- 1,0	- 2,9	- 2,0	- 2,0	- 2,3	- 1,9	- 1,6
Japan	- 0,0	- 1,0	- 0,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,7	- 0,9	- 1,4
Finnland	- 2,1	- 5,2	- 7,8	- 3,9	- 0,5	+ 1,8	- 0,7	- 3,6
Griechenland	- 7,3	- 6,6	- 5,1	- 4,8	- 4,9	- 4,0	- 6,0	- 4,9
Norwegen	- 1,8	- 4,7	- 8,5	- 11,9	- 14,1	- 5,1	- 2,5	+ 1,1
Österreich	- 1,3	- 1,4	- 0,9	- 3,7	- 6,2	- 2,6	- 2,8	- 5,9
Portugal	+ 3,1	- 6,2	- 5,6	- 8,1	- 9,2	- 2,8	+ 0,3	- 1,6
Schweden	+ 2,4	- 1,7	- 2,3	- 2,8	- 2,3	- 0,3	- 2,5	- 4,0
Schweiz	+ 0,7	+ 0,4	+ 4,8	+ 6,2	+ 5,7	+ 5,0	+ 2,6	- 0,5
Spanien	+ 0,8	- 3,7	- 3,3	- 4,0	- 1,8	+ 1,1	+ 0,3	- 2,0
Türkei	+ 2,9	- 2,2	- 5,1	- 5,3	- 7,2	- 2,5	- 2,5	- 5,0

¹⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

Quelle: OECD

Zur Finanzierungssituation ausgewählter Entwicklungsländer

1980

Land	Öleinfuhr- rechnung	Öleinfuhrrechnung zu			Schulden- dienst	Öleinfuhr- rechnung und Schuldendienst
		Importe	Brutto- sozialprodukt	Exporte		
	Mio US-Dollar	vH				
Griechenland	2 600	26	6,5	—	—	—
Portugal	2 100	27	9,0	22,7	9,3	32,0
Spanien	9 900	34	6,2	28,7	7,0	35,7
Türkei	2 400	33	4,2	59,7	26,1	85,8
Brasilien	11 500	45	4,7	41,1	30,0	71,1
Chile	1 200	22	4,4	15,2	18,1	33,3
Senegal	220	18	10,0	.	.	.
Indien	5 300	41	3,7	33,6	4,2	37,8
Korea	5 900	23	9,3	25,5	9,5	35,0
Philippinen	2 200	30	7,1	38,8	11,6	50,4
Sri Lanka	170	17	5,8	.	.	.
Taiwan	5 400	30	16,3	18,5	5,0	23,5
Öleinführende Entwick- lungs- länder insgesamt	67 500	32	5,2	x	x	x

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, OECD

Banken zu hohen Risiken aussetzen. Dies gilt um so mehr, als die Eigenkapitalausstattung der Banken, die gleichsam als Stoßdämpfer für die Geschäftsrisiken dient, in den siebziger Jahren vielfach nicht mit der Expansion des Geschäftsvolumens Schritt gehalten hat. Den Banken steht es allerdings offen, neues Eigenkapital aufzunehmen. Es ist wohl die Verschlechterung der Schuldnerisiken, die die Banken hindert, dies in stärkerem Maße zu tun. Solche Erwägungen mögen auch die OPEC-Staaten davon abhalten, selbst stärker als Bankiers tätig zu werden, als es derzeit zu beobachten ist. Sie hätten freilich gute Voraussetzungen für die Übernahme von hohen Risiken.

Aus den genannten Gründen wird damit gerechnet, daß sich die Kreditkonditionen für manche öleinführende Entwicklungsländer und kleinere OECD-Länder verschlechtern. Besonders wird damit gerechnet, daß die nach der Kreditwürdigkeit des Schuldners gestaffelten Zinsaufschläge (Spreads) deutlich ansteigen. Steigende Finanzierungskosten könnten zur Folge haben, daß die betroffenen Länder in ihrer weiteren Entwicklung behindert und ihre Entwicklungsziele gefährdet werden und daß die erforderliche Anpassung an höhere Energiepreise nur unzureichend in Gang kommt. Um dem entgegenzutreten, wird vielfach die Schaffung neuer Finanzierungsinstitutionen gefordert. Es dürfte wenig strittig sein, daß die internationalen Finanzierungsinstitutionen, besonders die Weltbank, dieses Mal sehr

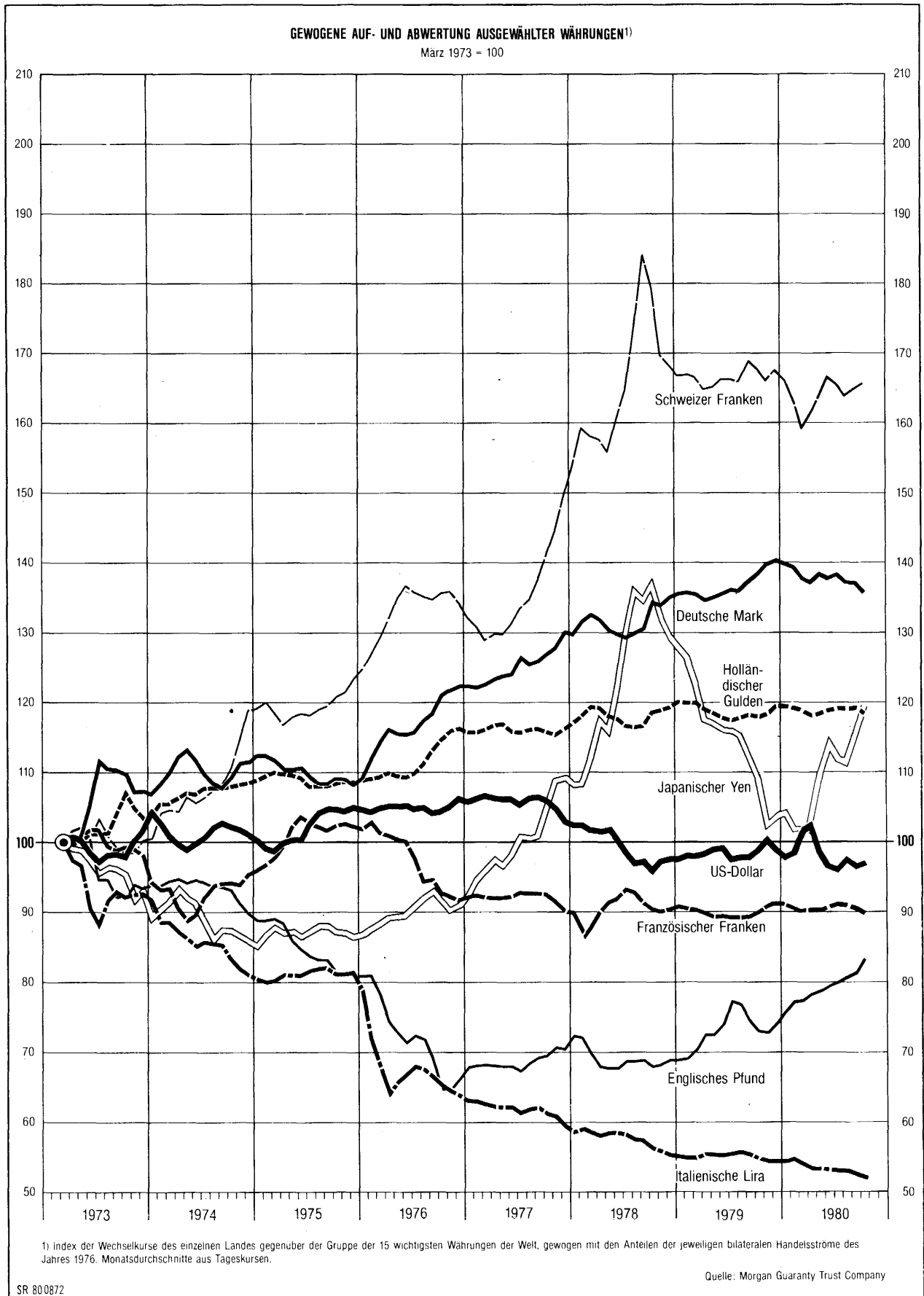
viel stärker gefordert sein werden als bei der ersten Ölkrise. Erneut soll auch der Internationale Währungsfonds zur Lösung der Probleme beitragen, für die sonst keine Lösung gefunden wird. Bei der Diskussion um die Finanzierungsprobleme der Entwicklungsländer sollte nicht aus dem Blick geraten, daß Kredite zwar die Anpassung erleichtern, diese aber nicht ersetzen können.

Wechselkurse im Sog der Zinsdifferenzen

27. Die Bewegung der Wechselkurse zeigt 1980 in ihren Richtungsänderungen eine deutliche Übereinstimmung mit den Veränderungen der internationalen Zinsdifferenzen. Auffällig ist besonders, daß die stabileren Währungen nicht erneut höher bewertet wurden (Schaubild 4). Eine wichtige Erklärung hierfür ist darin zu sehen, daß die Wirtschaftspolitik in den Ländern mit hohen Inflationsraten nicht mehr bereit ist, eine Abwertung der heimischen Währung hinzunehmen, da dies mit dem Ziel der Inflationsbekämpfung nicht vereinbar erscheint. Im Europäischen Währungssystem (EWS) wurde diese Politik durch die Regelungen des Währungsverbundes unterstützt.

28. Der Zusammenhang, der in diesem Jahr zwischen Veränderungen der internationalen Zinsdiffe-

Schaubild 4



renzen und den Wechselkursbewegungen bestanden hat, ist, wie der Blick auf die Jahre 1978 und 1979 zeigt, nicht selbstverständlich. Nur dann, wenn die Wechselkurserwartungen weitgehend stabil sind, führt der Zinsanstieg bei einer bestimmten Währung auch dazu, daß sie an den Devisenmärkten höher notiert wird (Ziffer 201).

Infolge des monetären Restriktionskurses in den Vereinigten Staaten waren dort die Zinsen bis März 1980 sehr viel stärker gestiegen als in anderen Ländern. Der Kurs des Dollar zog im selben Zeitraum stark an. Mit dem Zinseinbruch in den Vereinigten Staaten kam es Ende April wieder zu Kursverlusten des Dollar. Der erneute Zinsanstieg, der in den Vereinigten Staaten in den Sommermonaten einsetzte, führte im Herbst abermals zu starken Kursgewinnen.

Dem Ausmaß nach passen die Kursänderungen und die Änderungen der Zinsdifferenzen freilich nicht ohne weiteres zusammen. Es muß am Devisenmarkt entweder zu einer veränderten Einschätzung längerfristig bedeutsamer Faktoren gekommen sein, der amerikanischen Leistungsbilanzsituation etwa oder der Chancen auf einen Stabilisierungserfolg. Oder die Kursbewegung hat sich wegen verunsicherter Erwartungen jeweils selbst getrieben, wie wir es ja häufiger an Devisenmärkten erleben.

Durch das EWS sind den meisten europäischen Währungen solche Bewegungsmöglichkeiten genommen. Da im Verlauf des Jahres 1980 anscheinend die Erwartungen auf baldige Paritätsänderungen immer mehr schwanden, werden die Zinsdifferenzen und deren Änderungen allmählich sogar dominant für die Positionen der einzelnen europäischen Währungen im EWS (Schaubild 5 und Tabelle 12). Überdurchschnittlich hohe Zinsen waren für Anlagen zu erzielen, die auf die italienische Lira sowie auf den französischen Franken und den belgischen Franken lauten. Der französische Franken war die am höchsten notierte Währung im EWS. Die Lira, die von Anfang an eher unter Abwertungserwartung stand, hat trotz der hohen Inflation in Italien bisher weder die Abweichungsschwelle noch einen der bilateralen Interventionspunkte erreicht, die beide freilich für diese Währung weiter gefaßt worden sind. Die D-Mark mit einem für die Bundesrepublik hohen, für internationale Verhältnisse indes ausgesprochen niedrigen Zinsniveau zählt seit dem Frühjahr zu den schwach notierten Währungen des EWS (Ziffer 180).

29. Die monetäre Expansion hat sich in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr allgemein noch einmal deutlich verlangsamt. Eine gewisse Konvergenz ist unverkennbar. In dem am Europäischen Währungssystem beteiligten Ländern mag dazu beigetragen haben, daß alle Länder, auch die mit noch sehr hoher Inflationsrate, das Ziel haben, den Wechselkurs ihrer Währung innerhalb der vorgegebenen Bandbreiten zu halten. Die französische Geldpolitik der Jahre 1979 und 1980 spiegelt dies deutlich wider. Für den Verlauf im Jahre 1980 war wie für das Vorjahr eine Zielvorgabe für die Geldmenge (M2) in Höhe von 11 vH festgelegt worden. Anders als 1979, als die Zuwachsrate der Geld-

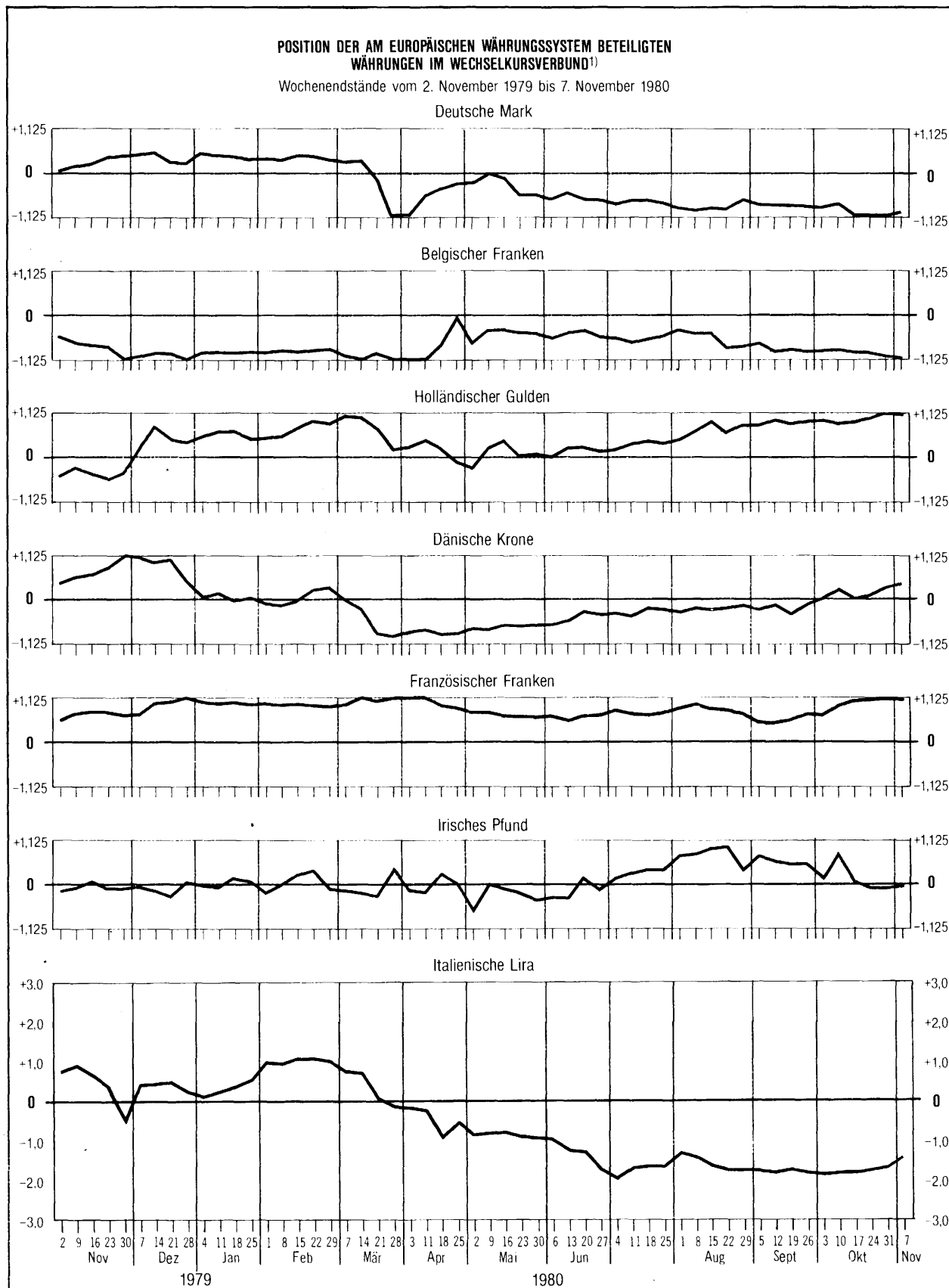
menge mit 14 vH weit über das Ziel hinausgeschossen war, scheint die Vorgabe in diesem Jahr eingehalten zu werden. Wechselkursprobleme gibt es für Frankreich wie erwähnt derzeit nicht. Im nächsten Jahr soll die Geldmenge nur noch um 10 vH ausgeweitet werden. In Italien war die Zielvorgabe für die gesamte inländische Kreditexpansion im letzten Jahr eingehalten worden; in diesem Jahr ist sie um einen Prozentpunkt auf 17,4 vH gesenkt worden. Die nur bis zur Jahresmitte vorliegenden Statistiken lassen auch in Italien sowie in Dänemark, in Irland und in Belgien eine deutliche Verlangsamung der monetären Expansion erkennen. In Großbritannien ist die Entwicklung der Geldmenge zur Zeit nur schwer zu beurteilen. Die Aufhebung von Einlagenzuwachsbeschränkungen im Jahre 1980 hat hier zu einer starken Umschichtung von Mitteln geführt, durch die die Geldmenge stark ausgeweitet wurde, ohne daß darin eine Lockerung des geldpolitischen Kurses gesehen werden muß. Die Schweizerische Notenbank, die den Kurs des Franken innerhalb frei bestimmter Bandbreiten gegenüber der D-Mark schwanken läßt, hat für das Jahr 1980 eine Zielgröße für die Expansion der Notenbankgeldmenge in Höhe von 4 vH festgelegt; bis zum Herbst blieb die Zuwachsrate hinter dem anvisierten Anstieg zurück.

IV. Zunehmende Probleme in der Europäischen Gemeinschaft

30. Die gemeinsame europäische Politik war in diesem Jahr schweren Belastungen ausgesetzt. Besonders deutlich wurde dies bei der Agrarpolitik. Der Unmut, der sich hier aufgestaut hatte, führte dazu, daß der Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften für 1980 erst nach einer Verzögerung von mehr als einem halben Jahr verabschiedet werden konnte. Bei den Haushaltsberatungen des Budgets 1981 gibt es ebenfalls große Probleme. Im Stahlbereich kam es zu schweren dirigistischen Eingriffen. Konflikte zeichnen sich bei der Handelspolitik ab; die Forderung, daß der Konkurrenz aus Japan mit gemeinsamen protektionistischen Maßnahmen begegnet werden müsse, gewinnt an Boden.

31. Bei den Beratungen über den Haushaltsplan kam es zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat zu einem ersten großen Konflikt. Das Parlament hatte im Gegensatz zur Vorlage des Rates auf eine Eindämmung des Agrarhaushalts, besonders bei den Ausgaben zur Stützung des Milchmarktes, gedrängt. Dadurch sollten Mittel für andere Bereiche frei werden, in denen bisher in weit geringerem Maße Ausgaben verbindlich festliegen (nicht-obligatorische Ausgaben). Da der Rat diesen Forderungen nicht entsprechen wollte, wurde der von ihm vorgelegte Haushaltsentwurf vom Parlament im Dezember 1979 abgelehnt. In dem im Sommer 1980 nach langwierigen Verhandlungen verabschiedeten Haushalt kam es jedoch zu keiner Senkung der Agrarausgaben. Da sich der Rat an bereits ergangene und in der Zwischenzeit neu getroffene Beschlüsse im Agrarbereich gebunden sah, lagen

Schaubild 5



¹⁾ Die Positionen der einzelnen Währungen werden durch ihre Wechselkurse gegenüber dem Dollar wiedergegeben. Zwar kann jede EWS-Währung gegenüber einer anderen EWS-Währung um 2,25 vH nach oben oder unten von ihrer Parität abweichen. In den Kursrelationen gegenüber dem Dollar, die diesem Schaubild zugrunde liegen, kann daher der jeweils maximale Abstand einer EWS-Währung von einer anderen EWS-Währung immer nur 2,25 vH betragen. - Errechnet auf der Basis der amtlichen Frankfurter Kassa-Mittelkurse. Italien nimmt am EWS mit einer Bandbreite von 6 vH teil.

SR 800873

Quelle: Deutsche Bundesbank

Zum Europäischen Währungssystem

Währung	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Italienische Lira	Dänische Krone	Irisches Pfund	Englisches Pfund ¹⁾
Fester Betrag im ECU-Korb (Währungseinheiten) ...	0,828	1,15	0,286	3,66 0,14	109,00	0,217	0,00759	0,0885
ECU-Leitkurs ab 30. November 1979 (1 ECU = ... Währungseinheiten) ...	2,48208	5,84700	2,74362	39,7897	1157,79	7,72336	0,668201	0,648910
Gewicht im ECU-Korb ²⁾ in vH	33,4	19,7	10,4	9,6	9,4	2,8	1,1	13,6
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH	±1,12	±1,36	±1,51	±1,53	±4,08 ^{a)}	±1,64	±1,67	(±1,46)
Abweichungsindikator ³⁾								
Zeitpunkt	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Italienische Lira	Dänische Krone	Irisches Pfund	Englisches Pfund ¹⁾
1979 13. März ⁴⁾	-14	+ 8	+ 8	-46	+ 6	+32	+14	+ 20
30. März	-33	- 6	0	-57	+20	+48	+45	+ 78
30. April	-14	+11	-13	-72	+33	+35	+17	+139
31. Mai	+31	+12	-32	-89	+33	-62	- 4	+193
29. Juni	+27	+ 3	-48	-77	+19	-63	- 1	+259
31. Juli	+30	-15	-43	-61	+24	-67	-13	+446
31. August	+42	-21	-33	-69	+28	-75	- 2	+373
28. September	- 6	0	-21	-48	+23	+60	+ 7	+ 2
31. Oktober	+ 4	+42	-21	-24	+21	+27	- 1	- 96
30. November ⁵⁾	+25	+31	-24	-60	-10	+43	-11	- 16
31. Dezember	-23	+51	+ 5	-65	+ 1	+ 4	-16	+ 16
1980 31. Januar	-11	+26	- 2	-72	0	-29	-30	+135
29. Februar	-16	+19	+13	-72	- 2	-14	-40	+225
31. März	-64	+67	+ 5	-47	-12	-30	+22	+384
30. April	-16	+39	-10	-44	-29	-39	-31	+282
30. Mai	-36	+36	+ 3	-23	-31	-25	-22	+347
30. Juni	-41	+42	+11	-19	-54	- 8	+ 9	+340
31. Juli	-55	+49	+27	- 4	-43	-13	+18	+369
29. August	-43	+40	+42	-39	-53	- 7	+16	+468
30. September	-53	+42	+51	-37	-54	+ 3	+15	+501
31. Oktober	-68	+69	+63	-50	-48	+ 7	-11	+767

¹⁾ Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.

²⁾ Berechnet auf Grund des jeweiligen ECU-Leitkurses.

³⁾ Abweichung des ECU-Tageswertes der Landeswährung vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung.

Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach oben: +
Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: -

Falls die italienische Lira oder das englische Pfund um mehr als 2,25 vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das englische Pfund um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweicht. Der Indikatorwert für das englische Pfund hat nur nachrichtliche Bedeutung.

⁴⁾ Beginn des EWS.

⁵⁾ Abwertung der dänischen Krone.

a) Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.

Quelle: Deutsche Bundesbank

jetzt die Agrarausgaben sogar noch über denen des abgelehnten Entwurfs.

32. Der Haushaltsplan 1980 sieht eine Zunahme der Ausgaben um fast 9 vH auf 15,7 Mrd ERE vor, das sind 39,7 Mrd DM. Im Jahre 1979 hatte der Ausgabenanstieg rund 18 vH betragen. Der Anteil der Agrarausgaben hat sich aber weiter erhöht; er beträgt jetzt fast 76 vH. Demgegenüber wurden die Ausgaben für den Sozialbereich und den Regionalfonds drastisch gekürzt.

Grenzen zeigen sich bei den „eigenen Einnahmen“ der Gemeinschaft, die im wesentlichen aus Zöllen und Agrarabschöpfungen sowie aus Beiträgen der Mitgliedsländer bestehen. Die Beiträge sind auf einen Betrag begrenzt, der 1 vH der einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer in den Mitgliedsländern entspricht. Bis 1977 wurden diese Mittel nur zu etwa einem Drittel ausgeschöpft; im Jahre 1980 bereits zu drei Vierteln.

33. Der vom Ministerrat für das Haushaltsjahr 1981 vorgelegte Budgetentwurf läßt erkennen, daß diese Probleme unvermindert fortbestehen. Die Gemeinschaft ist nahezu am Ende ihres finanziellen Spielraums angekommen. Bis zur Obergrenze von 1 vH der Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer verbleiben ihr nur noch etwa 1,3 Mrd ERE.

34. Das Ungenüge an gemeinsamer Agrarpolitik stand auch im Mittelpunkt des Konflikts, der zwischen Großbritannien und den anderen Mitgliedsländern ausgetragen wurde. Nach dem Wegfall von Übergangsbestimmungen wäre der britische Finanzierungsanteil in diesem Jahr von 17,5 vH auf 21 vH angestiegen. Die Nettobelastung für Großbritannien hätte im Jahre 1980 rund 1,8 Mrd ERE betragen. Die britische Regierung war nicht bereit, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, weil sie sie für unangemessen hoch hielt.

Transferbilanzen, in denen die Ausgaben der Gemeinschaft als Rückflüsse an die Mitgliedsländer den finanziel-

len Mitteln gegenübergestellt werden, die von den Ländern an die Europäische Gemeinschaft fließen, werden in der Auseinandersetzung um die Frage nach den „Nutznießern“ und „Zahlmeistern“ der europäischen Integration immer wieder herangezogen, um nationale Vorteile und Nachteile der Integration zu belegen. Solche Transferbilanzen können aber die Integrationseffekte, die sich aus einer intensiveren Arbeitsteilung innerhalb der Gemeinschaft ergeben haben, ebensowenig erfassen wie die Impulse, die von der Integration für die wirtschaftliche Dynamik in den einzelnen Ländern der Gemeinschaft ausgegangen sind. Aber selbst die Ermittlung von Nettoverteilungspositionen ist nur vordergründig einfach.

Bereits die Zurechnung der Einnahmen und Ausgaben des EG-Haushalts wirft Probleme auf; denn der Ort der Erfassung, auf den sich die Transferbilanzen stützen, ist nicht immer auch der Ort, an dem die Einnahmen und Ausgaben ökonomisch wirken. So werden die Zölle und Agrarabschöpfungen als finanzielle Leistungen für die Gemeinschaft den Ländern zugerechnet, an deren Grenze sie erhoben wurden. Sie werden aber nicht notwendigerweise von diesem Land auch getragen; denn durch innergemeinschaftlichen Handel mit importierten Gütern kann die Belastung weitergereicht werden. Auf der Ausgabenseite gibt es ähnliche Probleme. So werden beispielsweise die Verwaltungsausgaben voll als Rückflüsse den Ländern zugerechnet, in denen die Gemeinschaftsinstitutionen ihren Sitz haben, obwohl die Verwaltungsausgaben für die Gemeinschaft insgesamt wahrgenommen werden.

Verteilungswirkungen ergeben sich überdies auch durch den innergemeinschaftlichen Handel mit Agrarerzeugnissen, die nicht von außen importiert worden sind. Der gemeinsame Außenschutz begünstigt die Erzeuger innerhalb der Gemeinschaft und belastet nicht nur die Drittländer, sondern vor allem die Verbraucher, weil diese für die geschützten Erzeugnisse einen um den Außenschutz erhöhten Preis zahlen müssen. Bei einem innergemeinschaftlichen Handel mit diesen Erzeugnissen subventionieren die Verbraucher des importierenden Mitgliedlandes über den Preis die Erzeuger des exportierenden Mitgliedlandes. Diese Verteilungswirkungen über den Handel sind aber in Transferbilanzen nicht erfaßt. Derartige Vorbehalte gegen die Aussagekraft von Transferbilanzen sollten im Auge behalten werden, wenn man sich die Nettoposition der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Tabelle 13 anschaut.

Tabelle 13

Nettoposition der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft¹⁾
Mio RE/ERE²⁾

Land	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Bundesrepublik Deutschland	- 1 007	- 1 054	- 1 467	- 597	- 1 430	- 1 725
Belgien-Luxemburg ³⁾	+ 135	+ 346	+ 329	+ 337	+ 610	+ 711
Dänemark	+ 237	+ 294	+ 293	+ 381	+ 380	+ 406
Frankreich	+ 35	+ 58	- 310	- 371	- 78	- 365
Großbritannien	+ 104	- 90	+ 126	- 228	- 849	- 623
Irland	+ 175	+ 155	+ 212	+ 326	+ 545	+ 545
Italien	+ 40	+ 248	+ 294	- 334	+ 534	+ 684
Niederlande	- 27	+ 222	+ 88	+ 41	+ 288	+ 380

¹⁾ Die Nettoposition wird berechnet als Saldo aus den Zahlungen des jeweiligen Mitgliedstaates in den EG-Haushalt und den Rückflüssen der EG-Haushaltsmittel in den jeweiligen Mitgliedstaat (+ Nettoempfänger; - Nettozahler).

²⁾ Bis 1977 galt im EG-Haushalt die IWF-Parität von 1 RE = 3,66 DM; ab 1978 ersetzt durch die Europäische Rechnungseinheit (ERE): zur Zeit 1 ERE = 2,51 DM.

³⁾ Die Nettoposition Belgiens und Luxemburgs wird erheblich durch die Verwaltungsausgaben der Europäischen Gemeinschaften (Rückflüsse) beeinflußt, z.B. für 1979: Belgien 459 Mio ERE, Luxemburg 202 Mio ERE.

Erst nach sehr langwierigen Verhandlungen konnte Ende Mai 1980 ein Kompromiß gefunden werden, der für das Budgetjahr 1980 eine Entlastung Großbritanniens in Höhe von 1,4 Mrd ERE vorsieht. Für 1981 wurde eine Entlastung von 1,7 Mrd ERE vereinbart. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich müssen für den größten Teil der ausfallenden Mittel aufkommen.

Gefahr eines zunehmenden Protektionismus

35. Mit dem konjunkturellen Abschwung nahm in den Vereinigten Staaten und in Europa die Klage über den Wettbewerbsdruck durch ausländische Anbieter zu. Die Exporterfolge Japans, die in diesem Jahr auf besonders hart umkämpften Märkten erzielt wurden, ließen den Ruf nach staatlicher Protektion immer lauter werden. Zu zusätzlichen staatlichen Eingriffen von seiten der Importländer kam es in diesem Jahr bisher jedoch nicht. Zwischen Großbritannien und Japan besteht allerdings schon seit mehreren Jahren ein „freiwilliges Selbstbeschränkungsabkommen“ für japanische Automobilexporte, und in Italien und Frankreich haben die Regierungen schon seit längerem Beschränkungen für japanische Automobilimporte festgelegt. In diesem Jahr hat sich das japanische Handelsministerium zu einem Selbstbeschränkungsabkommen für Automobilexporte in die Vereinigten Staaten und in die Bundesrepublik bereit gefunden. Danach sollen bestimmte Automobilhersteller ihre Exporte in die Vereinigten Staaten im vierten Quartal 1980 um 2 vH unter das Niveau des Vorquartals zurückführen. Die Automobilexporte in die Bundesrepublik sollen im vierten Quartal etwas eingeschränkt werden, so daß der japanische Marktanteil 1980 unter 10 vH bleibt. Damit bestehen in allen wichtigen Exportmärkten Schranken für die japanischen Automobile.

In Anbetracht der wachsenden nationalen Forderungen nach mehr Protektion sah sich die Europäische Kommission gedrängt, ihrerseits mit Japan neue Handelsvereinbarungen zu treffen. Bisher hat sie jedoch hierfür kein Handlungsmandat vom Ministerrat erhalten. Die Pläne der Kommission sehen vor, daß vor allem für Automobile und elektronische Erzeugnisse Importbeschränkungen eingeführt werden — in Form von freiwilligen Selbstbeschränkungsabkommen. Diese Restriktionen sollen für alle Mitgliedsländer der Gemeinschaft gelten, auch für jene, die bisher keine Beschränkungen gegenüber japanischen Importen festgelegt haben.

Angesichts der wirtschaftlichen Situation des Jahres 1980 wurden keine Erfolge beim Abbau von Handelshemmnissen erzielt; immerhin sind zahlreiche Vereinbarungen, die 1979 in der Tokio-Runde des GATT (JG 79 Ziffern 471 ff.) getroffen worden waren, in diesem Jahr in Kraft gesetzt worden. Damit wurden sowohl tarifäre als auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse vermindert. Die Restriktionen, die von der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten im Rahmen des Welttextilabkommens schon vor längerer Zeit eingeführt worden sind, sollen im nächsten Jahr verlängert werden.

36. Nachdem schon in den Jahren 1975 und 1977 mit Unterstützung der Europäischen Kommission eine Kartellierung des europäischen Stahlmarktes auf freiwilliger Basis vereinbart worden war, kam es Ende Oktober 1980 nach dem Scheitern des freiwilligen Zusammenschlusses, Eurofer I genannt, zur Verkündung der „offensichtlichen Krise“ durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft und zum Erlaß von Erzeugungs- und Lieferquoten für die Unternehmen der europäischen Stahlindustrie.

Die Regelung bezieht alle Unternehmen mit Ausnahme der kleinen Hersteller ein, von denen angenommen wird, daß sie die Marktlage nicht wesentlich beeinflussen. Sie erstreckt sich auf Produkte aus Stahl und Edelstahl mit bestimmten Ausnahmen und verfügt, nach Erzeugnisgruppen unterschiedlich, prozentuale Produktionskürzungen. Basis für die Berechnung der Quoten ist der Zeitraum von Juli 1977 bis Juni 1980 (Vergleichszeitraum). Über das effektive Ausmaß der Kürzungen gibt es noch keine zuverlässigen Schätzungen.

Die Regelung versucht, einerseits den Interessen Rechnung zu tragen, die letztlich für den Zusammenbruch von Eurofer I maßgebend waren. Vergleichsweise höhere Quoten erhalten diejenigen Unternehmen, die bisher relativ niedrige Quoten hatten, weil bei der ursprünglichen Quotenberechnung von der Produktion des ersten Halbjahres 1974 ausgegangen worden war, die bei denjenigen Unternehmen eine ungünstige Basis darstellte, deren Kapazitäten im Bau, aber noch nicht in Betrieb genommen oder bei denen Anlaufschwierigkeiten mit neuen Kapazitäten aufgetreten waren.

Andererseits mußte den Interessen derjenigen Unternehmen Rechnung getragen werden, die in den letzten Jahren erfolgreiche Anstrengungen unternommen hatten, ihr Produktionsprogramm zu bereinigen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Diese Unternehmen erhalten ebenfalls eine vergleichsweise höhere Quote zugeteilt.

Die Kartellführung in Brüssel, die mit Hilfe derartiger unmittelbarer und verbindlicher Eingriffe bei den einzelnen Unternehmen Angebot und Nachfrage bei höheren Preisen ausgleichen will, muß damit rechnen, daß der Wettbewerb von außen, aber auch von innen das dirigistische Gebäude zum Einsturz bringen könnte. Zum einen ist zu erwarten, daß Stahlerzeuger aus Drittländern ihre Lieferungen auf den europäischen Markt verstärken. Gegen die Forderung, diese Lücke durch einen rigorosen Außenschutz zu stopfen, setzte sich die Bundesregierung durch. Damit verbot sich auch die Einführung von Mindestpreisen für die quotierten Erzeugnisse, da anderenfalls der Anreiz für Stahlproduzenten in Drittländern, ihre Erzeugnisse auf dem europäischen Markt abzusetzen, verstärkt worden wäre. Die EG-Kommission wird nun wahrscheinlich versuchen, Selbstbeschränkungsabkommen mit Drittländern einzusetzen, sobald es zu verstärkten Importen von Stahl aus diesen Ländern kommt.

Zum anderen ist damit zu rechnen, daß die ungelösten Strukturprobleme in der europäischen Stahlindustrie die Unternehmen veranlassen könnten, die Quotenregelung zu unterlaufen. Der Anreiz, zusätz-

liche Mengen stillschweigend auf den Markt zu bringen, ist in einem so fixkostenintensiven Wirtschaftszweig wie der Stahlindustrie groß. Die Einhaltung der Quoten soll daher durch ausgedehnte Berichtspflichten, durch Kontrollen sowie durch fühlbare Strafen für Verstöße gegen die Quotenregelung erzwungen werden. Die Kommission muß ferner befürchten, daß die Unternehmen bei Einhaltung ihrer Produktionsquoten einen größeren Teil ihrer Erzeugung als bisher auf den europäischen Markt liefern werden, wenn im Export weniger verdient wird. Um diese Störung des europäischen Marktes auszuschließen, hat die Kommission in extensiver Auslegung des EGKS-Vertrages neben den Produktionsquoten auch Lieferquoten verbindlich festgelegt. Der Anteil der Lieferungen auf den europäischen Markt an den Gesamtlieferungen darf nicht höher sein, als er es während des Vergleichszeitraumes war.

Die Unternehmen können für die Belastungen, die ihnen aus der Entlassung von Mitarbeitern als Folge der verfügbaren Produktionseinschränkungen entstehen, finanzielle Hilfe aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beantra-

gen. Die Mittel sollen aufgestockt werden. Das Stahlkartell läuft am 30. Juni 1981 aus.

37. Im Gegensatz zum Handelsbereich konnten beim Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen in diesem und im letzten Jahr deutliche Erfolge erzielt werden. Die Schweiz, Japan und die Bundesrepublik, die in den siebziger Jahren eine Reihe von Zugangsbeschränkungen zu ihren Kapitalmärkten errichtet hatten, bauten diese unter dem Eindruck einer schwächeren Nachfrage nach ihren Währungen teilweise ab; in der Bundesrepublik ist derzeit noch der Erwerb von festverzinslichen Papieren mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr genehmigungspflichtig. Großbritannien hat unter dem Eindruck des widerstandsfähigen Pfund-Kurses seit Oktober 1979 alle Beschränkungen für Kapitalexporte aufgehoben. Auch in Frankreich, das nach wie vor eine Reihe von Devisenkontrollen praktiziert, wurden im Juli einige Beschränkungen für Kapitalexporte gelockert. In Italien, wo der Kapitalverkehr mit dem Ausland ebenfalls verschiedenen Restriktionen unterliegt, wurden im September 1980 zur Abwehr der Lira-Spekulation allerdings neue Beschränkungen für Kapitalexporte festgelegt.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1980

I. Überblick

38. In der Bundesrepublik stand die wirtschaftliche Entwicklung 1980, wie in den meisten anderen Industrieländern, im Zeichen verschärfter Stabilitätsprobleme und eines verstärkten Zwangs zur strukturellen Anpassung. Im Jahresdurchschnitt war die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar noch um 2 vH höher als 1979, doch spiegelt sich darin vor allem die Stärke, die der von einem kräftigen Schub bei den Investitionen geprägte Aufschwung bis zum Frühjahr hatte. Im Jahresverlauf ist es zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität gekommen, und die ohnehin noch hohe Arbeitslosigkeit hat wieder zugenommen. Der Geldwertschwund beschleunigte sich abermals; inzwischen hat er seinen Höhepunkt allerdings überschritten. Im Jahresdurchschnitt betrug er, an den Verbraucherpreisen gemessen, nahezu 5 1/2 vH, im Oktober rund 5 vH im Vergleich zum Vorjahr. Das Defizit im Leistungsverkehr mit dem Ausland, das sich 1979 aufgetan hatte, stieg auf fast 30 Mrd DM.

39. In der Tendenz hatte sich schon im vorigen Herbst ein zunehmender Problemdruck angekündigt. Die vorhandenen Kapazitäten waren inzwischen weitgehend ausgelastet, so daß Produktion und Beschäftigung selbst dort, wo die Nachfrage unvermindert stieg, nicht mehr lange im bisherigen Tempo ausgeweitet werden konnten. Vor allem aber machte der Ölpreisschub mit seiner kostensteigernden und kaufkraftmindernden Wirkung Umstellun-

gen notwendig, die Zeit erforderten, auch wenn sie alsbald in Angriff genommen wurden. Mit der unerwarteten weiteren Anhebung der Ölpreise Ende 1979 und in der ersten Jahreshälfte 1980 vergrößerten sich die Belastungen dann noch erheblich. Hohe Zinsen kamen obendrauf. Vor diesem Hintergrund ist es eher bemerkenswert, daß die gesamtwirtschaftlichen Ziele 1980 im ganzen nicht stärker verletzt wurden.

40. Entgegen den Erwartungen beschleunigte sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion zu Beginn des Jahres noch einmal spürbar. Maßgeblich dafür mögen vermehrte Inflationsbefürchtungen gewesen sein, aber auch die im Anschluß an die Ereignisse im Mittleren Osten aufgekommene Sorge, die politischen Spannungen könnten zu Versorgungsengpässen führen. Als sich dies dann bald als wenig begründet erwies und zudem deutlich wurde, daß die Bundesbank den monetären Spielraum eng hielt, lief diese überraschende Nachfragewelle schnell aus. Die dämpfenden Einflüsse gewannen nun gegenüber der breiten, von Wachstumsdynamik gekennzeichneten Grundströmung des Jahres 1979 zunehmend an Gewicht.

41. Mit dem Ende November letzten Jahres verkündeten Ziel, die Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1979 bis zum vierten Quartal 1980 mit einer Rate zwischen 5 vH und 8 vH auszuweiten, hatte die Bundesbank für ihren Kurs wiederum einen recht breiten Rahmen vorgegeben; sie hatte freilich

zugleich betont, daß sie zwar, wie schon im abgelaufenen Jahr, den Finanzierungsspielraum für ein gesamtwirtschaftliches Ausgabevolumen bereitstellen wollte, das zu den Produktionsmöglichkeiten paßt, nicht aber für Preissteigerungen, die über das in der gegebenen binnenwirtschaftlichen wie außenwirtschaftlichen Situation unvermeidliche Maß hinausgehen. Das Jahr über ist die monetäre Expansion dann etwas unter der Zielmarke geblieben.

Die Finanzpolitik stand vor der Aufgabe, angesichts der zunehmenden Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte und der mit einem weiteren Anschwellen der öffentlichen Defizite verbundenen Gefahr, daß der Staat private Aktivität, insbesondere wachstumsnotwendige Investitionen, verdrängte, den staatlichen Kreditbedarf wenn nicht zu senken, so wenigstens nicht noch größer werden zu lassen. Die Haushaltspläne waren zunächst auch darauf gerichtet. Tatsächlich sind die Defizite dann doch gestiegen. Steuersenkungen wurden zwar, wie vorgesehen, im wesentlichen erst für 1981 beschlossen, die öffentlichen Ausgaben nahmen jedoch stärker zu als geplant.

42. Bei begrenzten Preiserhöhungsspielräumen auf der einen Seite sowie weiter steigenden Importkosten und Zinsen auf der anderen kam dem Ausgang der Lohnrunde besondere Bedeutung zu. Denn von ihm hing wesentlich mit ab, ob in der Einschätzung der Unternehmen die Gewinnaussichten hinreichend günstig blieben, so daß sich weiterhin hohe Investitionen in mittelfristiger Sicht lohnten. Auch von dieser Seite ergaben sich nicht unerhebliche Belastungen. Mit rund 7 vH fiel die Anhebung der tariflichen Stundenlöhne nach mehreren Jahren rückläufiger Steigerungsraten deutlich größer aus als 1979; hinzu kamen in vielen Fällen kostenwirksame Vorbelastungen aus den letztjährigen Abschlüssen, insbesondere die stufenweise Verlängerung des Urlaubs. Da zugleich die Produktivität langsamer als 1979 stieg, erhöhten sich die Lohnkosten je Produkteinheit erheblich stärker als im Vorjahr.

43. In ihrer überwiegenden Zahl sahen die Unternehmen in den verstärkten Lohnsteigerungen wohl eher eine nicht ganz unerwartete Reaktion auf die vorausgegangene Verbesserung der Ertragslage als eine nachhaltige, für die mittelfristige Rentabilität von Produktion und Investitionen gravierende Änderung des lohnpolitischen Kurses. Viele mochten zunächst auch darauf gesetzt haben, daß sie die Kostensteigerungen in den Preisen überwälzen könnten. Nicht wenige mußten das Jahr über allerdings feststellen, daß dies nur zum Teil gelang. Einbußen bei den Erträgen waren die Folge.

Zu einem ähnlich starken Druck auf die Gewinnmargen wie 1974/75, nach der ersten Ölkrise, ist es 1980 jedoch nicht gekommen. Das im Laufe der letzten Jahre allmählich wieder gewachsene Vertrauen, daß sich mittelfristig Gewinne erzielen ließen, die auf der Höhe der Risiken sind, blieb anscheinend im großen und ganzen erhalten.

44. Eine wichtige Rolle dürfte dabei auch gespielt haben, daß sich Wettbewerbsvorteile für die heimischen Anbieter aus dem stärkeren Anstieg von

Kosten und Preisen im Ausland ergaben. Denn anders als bis 1978 glichen Änderungen des Wechselkurses die Unterschiede im Preis- und Kostenauftrieb zwischen dem Inland und dem Ausland 1980 nicht aus. Auch 1979 war es schon so gewesen, wenn auch noch nicht so ausgeprägt. Im Herbst dieses Jahres wurde die D-Mark sogar niedriger bewertet als Ende 1979. Die Kehrseite waren allerdings entsprechend stärkere Preisauftriebstendenzen und Zinsen, die weniger hoch hätten sein müssen, wäre die heimische Währung für ausländische Anbieter attraktiver gewesen.

45. Preissteigerungen, die in erheblichem Umfang die Kaufkraft des Einkommens schmälerten, eine wieder voll wirksame Steuerprogression, die den Anstieg des verfügbaren Einkommens dämpfte, und Zinsen, die es kostspielig machten, die Ausgaben unvermindert auszuweiten, schlugen sich vom Frühjahr an in einer merklichen Abschwächung des privaten Verbrauchs nieder. Besonders deutlich ging die Nachfrage nach Automobilen zurück. Hinzu kam, daß auch die Baunachfrage verhaltener ausfiel, nachdem sie sich um die Jahreswende, nicht zuletzt bedingt durch einen Schub öffentlicher Aufträge, entgegen der zuvor bereits rückläufigen Tendenz noch einmal belebt hatte. Namentlich im Wohnungsbau veranlaßten zweistellige Steigerungsraten der Baupreise und hohe Finanzierungskosten viele Bauwillige, geplante Vorhaben aufzugeben oder zu vertagen. All dies blieb auch auf eine Reihe anderer Wirtschaftsbereiche nicht ohne Wirkung. Zurückhaltende Lagerdispositionen, teils Folge gedämpfter Absatzerwartungen, teils Folge hoher Zinsen, verstärkten die retardierenden Einflüsse im weiteren Verlauf des Jahres. Im Handel wie in der Bauwirtschaft, aber auch in der Industrie verschlechterte sich die Geschäftslage deutlich. Die Produktion wurde der schwächeren Nachfrage folgend gedrosselt, der Personalbestand nicht mehr ausgeweitet und vom Sommer an dann auch häufig vermindert, und sei es nur, indem ausscheidende Arbeitskräfte nicht ersetzt wurden.

46. Zu einer kumulativen Verstärkung von Abschwüngen, wie sie für konjunkturelle Rezessionsphasen typisch ist, ist es bislang nicht gekommen. Ausschlaggebend dafür war, daß sich die Investitionsneigung der Unternehmen vergleichsweise wenig abschwächte. Zwar wurden das Jahr über nicht mehr so viele Aufträge für Ausrüstungen und Bauten vergeben wie zuvor; die Ausgaben für neue Produktionsanlagen nahmen aber noch beträchtlich zu. Das Bestreben, Kosten zu senken und bestehende Kapazitätsengpässe zu beseitigen oder künftigen vorzubeugen, spielte dabei eine Rolle wie die Absicht, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Hinzu kam der Anreiz, den die Ölverteuerung für Investitionen in Fertigungsverfahren und Produkte mit sich brachte, die Öl einsparen oder durch andere Energieträger ersetzen. Dies spricht dafür, daß viele Unternehmen im Strukturwandel nicht nur Risiken, sondern auch Chancen sehen und daß sie sich auf die veränderten Marktbedingungen einstellen.

Daß sich mit einem attraktiven Angebot Nachfrage halten und neue gewinnen läßt, wurde nicht zuletzt im Export deutlich. Wenn die Bestellungen aus dem Ausland im Jahresverlauf auch das hohe Niveau nicht beibehielten, das sie im ersten Vierteljahr erreicht hatten, waren die Unternehmen im ganzen durch Ausfuhraufträge doch besser beschäftigt, als angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der meisten Partnerländer erwartet worden war.

47. Für Produktion und Beschäftigung war zudem eine Zeitlang von Bedeutung, daß sich bis in die ersten Monate dieses Jahres hinein in vielen Bereichen, insbesondere in der Bauwirtschaft, hohe Auftragsbestände aufgestaut hatten. Bei zunehmender Differenzierung der Beschäftigungslage zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen und deren Branchen ist die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Sachkapazitäten mittlerweile jedoch merklich gesunken; im jahresdurchschnittlichen Auslastungsgrad, der nicht viel niedriger sein dürfte als 1979, spiegelt sich dies noch nicht wider. Ebenso wenig wird aus der nahezu unveränderten Anzahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Jahresverlauf sichtbar; im Oktober 1980 waren 888 000 Personen arbeitslos gemeldet, das waren 126 000 mehr als ein Jahr zuvor.

48. Auf der anderen Seite ist dem Preisauftrieb mittlerweile die Spitze genommen. Sowohl auf der Erzeugerstufe als auch auf der Verbraucherstufe sind die Preise seit einigen Monaten nicht mehr so stark wie vordem gestiegen. Zum Teil ist dies wohl als Folge der verhalteneren Nachfrage zu sehen; zum Teil liegt der Grund aber auch darin, daß sich der Kostenschub bei den importierten Vorprodukten, insbesondere beim Öl, inzwischen weitgehend im inländischen Preisniveau niedergeschlagen haben dürfte und daß die im Durchwirken angelegten Preisauftriebstendenzen nun schwächer werden. Die Aussicht, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Reibungsverluste — Einbußen an Realeinkommen, Produktion und Beschäftigung — in Grenzen halten, ist damit besser geworden; Risiken bleiben freilich bestehen.

II. Unter Anpassungszwang

49. Die seit dem Frühjahr 1980 zu beobachtende Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität ist im Grunde weder Ausdruck einer unzureichenden Ausgabeneigung der privaten Haushalte noch Ausdruck eines Rückschlags in der Angebotsneigung der Unternehmen, die sich in den vergangenen beiden Jahren, ablesbar an dem Schub von Investitionen, deutlich gebessert hatte. Sie ist vielmehr, auch wenn andere Einflüsse dämpfend hinzukamen, vor allem Folge des Anpassungszwangs, in den die Volkswirtschaft mit der sprunghaften Verteuerung des Erdöls geriet. Von der Angebotsseite her gesehen haben sich die Ertragschancen nachhaltig verschoben. Produktion, die beim früheren Ölpreis rentabel war, ist es bei den neuen Preisen nicht mehr; andere Pro-

duktion, insbesondere solche, für die weniger Energie benötigt oder durch die Öl als Energiequelle und Rohstoff ersetzt wird, ist dafür nun lohnend geworden. Hand in Hand damit geht auf der Nachfrageseite die Verlagerung von Kaufkraft aus dem Inland, wie aus anderen ölimportierenden Ländern, in die Ölförderländer; zugleich hat sich die Nachfragestruktur geändert. Aus all dem sind neue Wachstumsprobleme entstanden, noch bevor die alten gelöst waren. An die Stelle unrentabel gewordener Produktion muß neue Produktion in rentabel gewordenen Bereichen treten, und es muß ein größerer Teil der möglichen Mehrproduktion für den Export bereitgestellt werden, zu Lasten des Teils, der für die zusätzliche Verwendung im Inland verfügbar ist, und zwar zu Lasten der konsumtiven Verwendung, da der notwendige Strukturwandel die Schaffung neuer Kapazitäten und damit einen steigenden Investitionsanteil erfordert. Von der Zusammensetzung her paßten Nachfrage und Produktion 1980 dazu; das heißt freilich nicht, daß auch ihr Umfang mit der Herausforderung von außen vorgegeben war. Unter günstigeren Bedingungen im übrigen — vor allem bei niedrigeren Zinsen und bei geringerem Lohnkostendruck — hätten sie durchaus höher sein können.

Privater Verbrauch durch Kaufkraftentzug gedämpft

50. Am frühesten und am deutlichsten wurde die Wirkung des starken Kaufkraftentzugs beim privaten Verbrauch sichtbar. Schon in der zweiten Jahreshälfte 1979 hatte sich eine deutliche Verlangsamung des bis dahin recht kräftigen Anstiegs abgezeichnet. Angesichts des verminderten Spielraums für reale Einkommenssteigerungen war zu erwarten, daß sich diese Entwicklung 1980 fortsetzte. Das galt erst recht, als die Ölpreise vor der Jahreswende erneut, und dazu in einem unerwartet starken Maße, angehoben wurden; denn daß die privaten Haushalte den zusätzlichen Kaufkraftentzug über Anpassungen beim Sparen wettmachen würden, stand kaum zu erwarten. Anfang 1980 fragten diese dann jedoch Konsumgüter in einem Umfang nach, der allgemein überraschte. Eine zunehmende Verlagerung von Käufen aus der Weihnachtszeit in die erfahrungsgemäß durch preisgünstige Sonderangebote gekennzeichnete Zeit danach mag ebenso eine Rolle gespielt haben wie das Bestreben, weiteren, vielfach bereits angekündigten Preissteigerungen zuvorzukommen. Diese Kaufwelle ebte indes schnell ab. Im zweiten Vierteljahr fiel die Konsumnachfrage auf das Niveau von Ende 1979 zurück. Seither hat sie zwar wieder etwas zugenommen, doch blieb der Anstieg verhalten. In konstanten Preisen gerechnet dürfte der Zuwachs des privaten Verbrauchs im Jahresdurchschnitt 1980 nur knapp 2 vH betragen, nach 3,2 vH im Jahre 1979, und dies obwohl die Haushalte ihre Ausgaben um reichlich 7 vH, das heißt ebenso stark wie im Vorjahr erhöhten.

51. Die Zunahme der Konsumausgaben blieb damit nur wenig hinter der des verfügbaren Einkommens zurück. Dieses erhöhte sich 1980 um gut 7 1/2 vH; im Jahr davor war es um 7,9 vH gestiegen.

Verlangsamt hat sich nach zwei Jahren beschleunigter Expansion der Zuwachs bei den Arbeitnehmer-einkommen, auf die knapp die Hälfte des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte entfällt; denn bei verstärkten Lohnerhöhungen war die Beschäftigungszunahme im Jahresdurchschnitt nicht mehr so groß, und außerdem wurde 1980 die Wirkung der Steuerprogression nicht durch Steuersenkungen gemildert, so daß von dem erzielten Mehr-einkommen weniger verfügbar blieb (Ziffern 150 ff.). Die Renten und die vielfältigen sonstigen staatlichen Einkommensübertragungen — Leistungen an Arbeitslose etwa oder die Zahlung von Kindergeld, von Ausbildungshilfen und von Wohngeld —, die zusammen rund ein Viertel des verfügbaren Einkommens ausmachen, stiegen wie im Vorjahr um rund 6 vH (Ziffer 152). Das den Haushalten aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen zufließende Einkommen nahm hingegen noch stärker als 1979 zu, nicht zuletzt wegen der nochmals gestiegenen Zinsen.

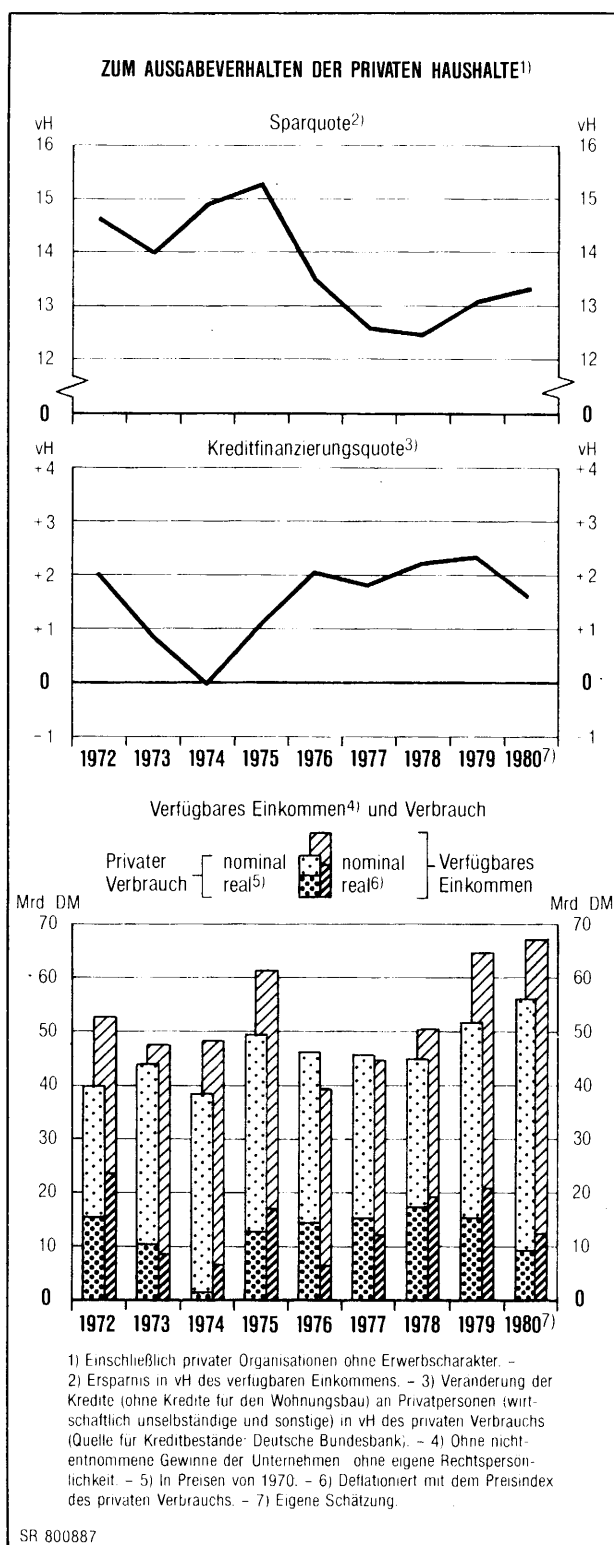
52. Daß die Sparquote der privaten Haushalte mit annähernd 13 1/2 vH im Jahresdurchschnitt 1980 etwas höher war als 1979, läßt nicht notwendigerweise darauf schließen, daß die einzelnen Haushalte weniger von ihrem Einkommen ausgaben und mehr davon sparten.

Für Änderungen im Sparverhalten der einzelnen Haushalte ist die Entwicklung der Sparquote nur ein unzulänglicher Maßstab. Denn diese wird auch von Unterschieden im Zuwachs der einzelnen Einkommensarten und damit von Änderungen in der Verteilung der Einkommen auf die Haushalte beeinflusst; außerdem ist sie davon abhängig, wieviel die privaten Haushalte aus ihrem laufenden Einkommen für den Bau oder für die Modernisierung von Häusern und Wohnungen aufwenden, rechnen solche Ausgaben doch zu den Investitionen und nicht zum Verbrauch. Wie im letzten Jahr wirkten beide Einflüsse auf einen Anstieg der Sparquote hin. Mit der beobachteten Entwicklung ist daher durchaus vereinbar, daß viele Haushalte, anders als es auf den ersten Blick scheint, angesichts der verstärkten Preissteigerungen mehr von ihrem laufenden Einkommen ausgaben oder auf angesammelte Ersparnisse zurückgriffen, um geplante Käufe zu finanzieren. Die Bereitschaft, sich für Konsumzwecke zu verschulden, war bei den hohen Zinsen indes nicht mehr so groß wie zuvor (Schaubild 6).

53. Am stärksten wurden die Verbraucher durch die Verteuerung der Mineralölerzeugnisse belastet. Die Ausgabenkürzung, die dadurch im übrigen notwendig wurde, wäre noch größer ausgefallen, hätten die Haushalte nicht Heizöl und Benzin gespart und wären nicht weniger Autos als im Vorjahr gekauft worden. Deutliche Wirkungen des Kaufkraftentzugs zeigten sich bei der Nachfrage nach elektrotechnischen Gebrauchsgütern sowie nach Hausrat und Möbeln; weniger ausgeprägt waren sie dagegen bei der Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs, insbesondere nach Nahrungs- und Genußmitteln. Die geringste Bereitschaft zu Abstrichen bestand bis ins Frühjahr hinein offenbar bei den Urlaubsausgaben. Dafür spricht, daß die Aufwendun-

gen für Auslandsreisen noch immer erheblich stärker stiegen als die Konsumausgaben insgesamt; obwohl sie im weiteren Verlauf des Jahres dann nicht mehr zunahm, waren sie in den ersten neun Monaten um 13 vH höher als ein Jahr zuvor. Angesichts der erheblichen Verteuerung von Ferienreisen als Folge der hohen Treibstoffkosten und der beschleunigten Inflation in allen Ländern, die von Verände-

Schaubild 6



rungen des Wechselkurses nicht ausgeglichen wurde, mußten allerdings, wie es scheint, nicht wenige darauf verzichten, immer weitere Ziele zu wählen und immer länger dort zu bleiben.

54. Weiter zugenommen hat der Anteil, den die privaten Haushalte von ihren verfügbaren Mitteln für die Modernisierung von Wohngebäuden aufwenden. Umfangreiche staatliche Fördermaßnahmen, nicht zuletzt zum Einsparen von Energie, gaben dabei einen zusätzlichen Anreiz. Auch die Ausgaben für den Bau neuer Häuser und Eigentumswohnungen stiegen 1980 noch einmal beträchtlich, wenn auch nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Der hohe Ausgabenzuwachs hing hier jedoch vor allem damit zusammen, daß 1978 und 1979 erheblich mehr Aufträge vergeben worden waren, als die Bauwirtschaft hatte ausführen können, und daß viele dieser Bauvorhaben deshalb erst im laufenden Jahr fertiggestellt wurden. Neue Aufträge sind dagegen nicht mehr so zahlreich erteilt worden wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Beim Abwägen, ob es angesichts anhaltend hoher Baupreissteigerungen auf der einen Seite und hoher Hypothekenzinsen auf der anderen Seite vorteilhafter war, geplante Projekte vorzuziehen oder hinauszuschieben, entschieden sich viele Bauwillige nun für ein Vertagen; nicht wenige waren wohl auch dazu gezwungen, weil die Belastung ihres laufenden Einkommens durch Zinsen und Tilgungsleistungen zu groß geworden wäre, wenn sie gebaut hätten. So waren die neu vergebenen Wohnungsbauaufträge im Durchschnitt der ersten acht Monate 1980 preisbereinigt um 12 vH niedriger als im entsprechenden Zeitraum 1979.

Differenzierte Auslandseinflüsse

55. Das Exportgeschäft ist 1980 im ganzen gesehen besser verlaufen, als angesichts der verhalteneren Nachfrage aus dem Ausland in der zweiten Jahreshälfte 1979 und der zusätzlichen Belastungen, die der weitere Ölpreisanstieg für die Weltkonjunktur mit sich brachte, vielfach befürchtet worden war. In den ersten Monaten des Jahres nahmen die Bestellungen beim verarbeitenden Gewerbe sogar kräftiger zu als die Inlandsaufträge, und die Abschwächung, die der überraschenden Belebung im Frühjahr folgte, hielt sich zunächst in engen Grenzen.

Vom Sommer an fielen die Auslandsaufträge dann allerdings deutlich niedriger aus, so daß sich von Januar bis September dieses Jahres dem Volumen nach insgesamt kein nennenswerter Zuwachs mehr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab.

56. Von Branche zu Branche entwickelte sich die Auslandsnachfrage das Jahr über recht unterschiedlich. Der Auftragsschub zu Jahresbeginn kam vor allem den Anbietern von Verbrauchsgütern sowie den Herstellern von Grundstoffen und Produktionsgütern zugute. Da es sich dabei aber offenbar größtenteils um spekulative Vorratskäufe handelte, war der nachfolgende Rückgang in diesen beiden Bereichen auch besonders deutlich; überwiegend erreichten

die Bestellungen dort im weiteren Verlauf des Jahres den letztjährigen Umfang nicht mehr. Spürbare Absatzeinbußen auf den Auslandsmärkten hatten, wie im Inlandsgeschäft, auch die Hersteller von Personenkraftwagen zu verzeichnen. Dagegen konnten die Anbieter von Ausrüstungsgütern weiterhin vergleichsweise hohe Aufträge aus dem Ausland buchen; dies gilt besonders für die Bereiche der elektrotechnischen Industrie, die Erzeugnisse für die Erschließung neuer Energiequellen oder das Einsparen von Öl liefern.

57. Im ganzen konnte die heimische Wirtschaft mehr Nachfrage aus dem Ausland auf sich ziehen, als der Entwicklung des Welthandels entsprochen hätte. Die Erklärung liegt sicherlich zu einem Teil darin, daß, von Großbritannien abgesehen, die Konjunktur in den europäischen Partnerländern, die allein fast die Hälfte der deutschen Ausfuhr abnehmen, weniger an Schwung verlor als in den übrigen Industrieländern. Eine möglicherweise noch wichtigere Rolle spielte, daß das heimische Exportsortiment mit seinem Schwergewicht bei Ausrüstungsgütern und seinem hohen technischen Stand gut zu den Erfordernissen des im Gang befindlichen weltwirtschaftlichen Anpassungsprozesses paßt. So profitierten Produktion und Beschäftigung im Inland nicht nur von der weiterhin vergleichsweise regen Investitionstätigkeit in den meisten Industrieländern, sondern auch von der zusätzlichen Nachfrage, die zahlreiche OPEC-Staaten inzwischen wieder entfalten, indem sie ihre hohen Mehreinnahmen für den Ausbau ihrer Infrastruktur und für eine breitere Industrialisierung nutzen. Ins Gewicht fiel außerdem, daß Kosten und Preise im Inland nicht so stark stiegen wie im Ausland; bei nachgebendem Wechselkurs für die D-Mark verbesserte sich daher auf zahlreichen Märkten die Wettbewerbsposition der inländischen Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten.

58. Die Lieferungen an das Ausland sind 1980 nicht nur, wie üblich, stetiger als die Neubestellungen verlaufen, sondern sie sind auch das Jahr über weniger als diese zurückgegangen. Zum Teil hing dies mit der Abwicklung früherer Großaufträge zusammen, die sich häufig über eine Reihe von Jahren erstreckt; zum Teil wurden zusätzlich zu den laufenden Bestellungen auch noch Aufträge ausgeführt, die im Jahr davor unerledigt geblieben waren, weil die Fertigung von den Produktionsmöglichkeiten her in vielen Fällen nicht so kräftig hatte ausgeweitet werden können, wie die Nachfrage zugenommen hatte. Von Januar bis September 1980 wurden so insgesamt fast 6 vH mehr Waren exportiert als im gleichen Zeitraum 1979. Die für Ausländer erbrachten Dienstleistungen, die im vorigen Jahr nur wenig zugenommen hatten, stiegen diesmal ebenfalls deutlich. Alles in allem dürfte daher der Zuwachs der Ausfuhr von Waren und Diensten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Volumen nach mit reichlich 5¹/₂ vH im Jahresdurchschnitt nicht kleiner, sondern sogar etwas größer sein als 1979.

59. Demgegenüber war die Zunahme der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr er-

heblich kleiner als im letzten und, anders als in den vergangenen zwei Jahren, auch kaum noch höher als die der Ausfuhr; dem Volumen nach dürfte sie sich im Jahresdurchschnitt noch auf 6 vH belaufen nach 11,2 vH im Jahre 1979. Wesentlich dazu beigetragen hat, daß wegen der Erwartung sinkender Weltmarktpreise für eine Anzahl von Rohstoffen und dann auch wegen der Produktionsabschwächung im Inland vom Frühjahr an weniger Vorprodukte eingeführt und auf Lager genommen wurden. Auch das zunehmende Bemühen, Öl einzusparen oder durch andere Energieträger zu ersetzen, blieb nicht ohne Wirkung; in den ersten neun Monaten 1980 wurden, mitbedingt allerdings durch den milden Winter, rund 9 vH weniger Rohöl und Mineralölerzeugnisse eingeführt als ein Jahr zuvor. Die Einfuhr von Fertigwaren ist dagegen weiter gestiegen, wenn auch das Jahr über mit merklich verlangsamtem Tempo, und die ausländischen Anbieter konnten weitere Marktanteile im Inland gewinnen. Zum Teil spiegelt sich darin zweifellos ein verschärfter Wettbewerbsdruck aus dem Ausland, deutlich sichtbar etwa in der Automobilindustrie, die offenbar mehr Käufer an japanische Konkurrenten verlor, als sie von europäischen Wettbewerbern zurückgewinnen konnte (Ziffer 90); zum Teil ist darin aber auch ein Ausdruck der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung zu sehen.

60. Der nominale Außenbeitrag hat trotz der günstigeren Mengenentwicklung im Warenhandel und im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland nicht nur um weitere knapp 13 Mrd DM abgenommen, sondern er ist sogar erstmals seit 1965 leicht ins Defizit geraten. Denn das Austauschverhältnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich verschlechtert: Während für die ausgeführten Waren und Dienstleistungen im gewogenen Durchschnitt gut 6 vH höhere Preise erzielt werden konnten, mußte für die eingeführten Güter durchschnittlich $9\frac{1}{2}$ vH mehr bezahlt werden.

61. Der Rückgang des nominalen Außenbeitrags im Vergleich zum Vorjahr ist somit im wesentlichen Folge der höheren Ansprüche, die das Ausland, insbesondere die Gruppe der Ölförderländer, gegenüber der inländischen Volkswirtschaft durchgesetzt hat. Genauer, in dem Rückgang wird sichtbar, daß der inländischen Volkswirtschaft durch die beträchtlich erhöhten Preisforderungen des Auslands Einbußen an Kaufkraft entstanden, die kurzfristig weder durch eine entsprechend geringere Nachfrage nach den verteuerten Importgütern, noch dadurch wettgemacht werden konnten, daß mehr Exportgüter und vor allem teurere an das Ausland geliefert wurden. Im Jahresverlauf 1980 hat sich das Austauschverhältnis nicht mehr weiter zu Lasten des Inlands verschoben; ein kleiner Teil der Verschlechterung, die bis zum Frühjahr eingetreten war, konnte inzwischen bei noch leicht steigenden Durchschnittswerten der exportierten Güter und bei stagnierenden Durchschnittswerten der importierten Waren und Dienstleistungen aufgeholt werden. Es mußten aber weiterhin erheblich mehr Exportgüter für eine gegebene Menge von Importgütern bereitgestellt werden als vor Beginn des Ölpreisschubs vor zwei Jahren.

Veränderte Angebotsbedingungen als Herausforderung

62. Bei der Frage, ob die dämpfenden Einflüsse auf Produktion, Beschäftigung und Einkommen das Jahr über hätten in engeren Grenzen bleiben können, ist der Blick vor allem auf die Angebotsbedingungen zu richten — außer auf die Importkosten also namentlich auf Löhne und Zinsen, aber auch auf staatliche Maßnahmen, die die Abgabenbelastung mildern oder auf andere Weise dazu beitragen, dem Strukturwandel Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Denn bei gegebener — aktueller wie erwarteter — Ausgabeneigung der privaten Haushalte im Inland und gegebenen Nachfrageimpulsen aus dem Ausland hängt von den Angebotsbedingungen wesentlich ab, was an Produktion, bisheriger wie möglicher neuer, auf Dauer lohnend erscheint und wieviel investiert wird, wieviel also die Unternehmen selbst zur wirtschaftlichen Expansion beitragen. Hier hat es im Jahre 1980 überwiegend Belastungen gegeben.

63. Entlastend schlug in diesem Jahr zu Buche, daß der Freibetrag bei der Gewerbeertragsteuer erhöht und die Lohnsummensteuer abgeschafft wurden. Beide Maßnahmen waren bereits im Herbst 1978 als Teil des Steueränderungsgesetzes 1979 beschlossen worden, dessen Schwerpunkt bei der Senkung der Einkommensteuer im vergangenen Jahr gelegen hatte. Ob die Unternehmen mit den neuen Steuererleichterungen tatsächlich in dem geplanten Umfang von 5 Mrd DM bis 6 Mrd DM entlastet wurden, ist allerdings fraglich, da die Gemeinden anscheinend die Einnahmenvorteile, die ihnen durch die Ausgleichsregelung im Zusammenhang mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer entstanden, nicht vollständig an die Unternehmen weitergegeben haben (Ziffer 235). Die Mittel, mit denen der Staat Forschung und Entwicklung fördert, wurden 1980 weiter aufgestockt, darunter auch die Zuschüsse zu den betreffenden Personalaufwendungen in kleinen und mittleren Unternehmen, die seit 1979 gewährt werden. Außerdem wurden die Kapitalhilfen für die Gründung neuer Unternehmen oder die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit in einem freien Beruf verstärkt.

64. Auf der anderen Seite war der Kostendruck deutlich größer als im Jahr davor.

Eine unerwartet hohe zusätzliche Belastung ging noch einmal von den Kosten für ausländische Vorleistungen aus. Besonders ins Gewicht fielen die bis zum Frühjahr anhaltenden Preissteigerungen bei zahlreichen importierten Rohstoffen, namentlich beim Öl; die Durchschnittswerte dieser Gütergruppe waren in den ersten neun Monaten 1980 um fast 51 vH höher als im Jahr zuvor. Eingeführte Halbwaren, die sich 1979 um mehr als ein Drittel verteuert hatten, kosteten im gleichen Zeitraum, trotz zeitweilig nachgebender Preise im Jahresverlauf, rund 23 vH mehr als vor Jahresfrist, und für Fertigwaren mußte an die ausländischen Lieferanten durchschnittlich gut 7 vH mehr bezahlt werden. Hinzu kam, daß sich ausländische Dienstleistungen überwiegend wesentlich stärker als im Vorjahr verteuerten.

65. Auch von den Löhnen her verstärkte sich der Kostendruck. Wie erwartet waren die Lohnverhandlungen durch den starken Anstieg der Verbraucherpreise belastet. Die Tarifpartner hatten eine Antwort auf die Frage zu finden, welchen Niederschlag die Verteuerung des privaten Verbrauchs in den Lohnabschlüssen finden sollte, da offensichtlich war, daß ein großer Teil des Preisanstiegs nicht den inländischen Unternehmen, sondern über höhere Einfuhrpreise dem Ausland zugute kam. Obwohl die Bundesbank keinen Zweifel ließ, daß sie ihren Stabilisierungskurs beibehalten würde, und obwohl mit einem Nachlassen der wirtschaftlichen Expansion im Verlauf dieses Jahres gerechnet wurde, schienen alle Beteiligten von höheren Abschlüssen als im Vorjahr auszugehen. So übertrafen die vereinbarten Lohnsteigerungen dann auch jene des Jahres 1979 deutlich, ohne daß dies als grundlegende Wende in der Lohnpolitik angesehen worden wäre. Gemessen an den Erfahrungen aus dem Jahre 1974, als zweistellige Lohnerhöhungen die kostensteigernde Wirkung des Ölpreisschubs noch erheblich verstärkt hatten, fiel der Anstieg der Lohnstückkosten in diesem Jahr, so belastend er für die Volkswirtschaft auch ist, nicht so aus, daß er zu einer grundlegenden Verschlechterung der Investitionsbedingungen führen mußte.

66. Angesichts der hohen Preissteigerungen kam es den Gewerkschaften in dieser Tarifrunde darauf an, im wesentlichen eine kräftige Erhöhung der Löhne und Gehälter durchzusetzen, nachdem in den letzten beiden Jahren Nebenabreden über eine kürzere Wochenarbeitszeit, höhere vermögenswirksame Leistungen, Urlaubsverlängerung sowie höhere jährliche Sonderzahlungen eine bedeutende Rolle gespielt hatten. Zumeist hatten Arbeitgeber und Gewerkschaften dabei Verträge für eine längere Frist geschlossen, vielfach in der Form von Stufenplänen, die für viele Arbeitnehmer in diesem Jahr eine zusätzliche Verbesserung mit sich brachten.

Die neu vereinbarten Leistungen unterschieden sich, wie in den letzten Jahren, zwischen den großen Tarifbereichen nur wenig. Die Steigerungsraten lagen im allgemeinen, Nebenabreden eingerechnet, zwischen 6,8 vH, dem Abschluß in der Eisen- und Stahlindustrie, und rund 7¹/₂ vH, auf die sich die Tarifpartner im Einzelhandel einigten. Die Zunahme der Lohnkosten je Stunde ging aber aufgrund der früheren Vereinbarungen in manchen Bereichen deutlich über diese Raten hinaus. Vor allem für die Unternehmen der Metallindustrie, bei denen rund 17 vH aller Arbeitnehmer beschäftigt sind, wurden neben dem diesjährigen Abschluß, der einen durchschnittlichen Anstieg der Löhne um rund 7 vH brachte, bedeutsame kostensteigernde Vorbelastungen wirksam. Zum Jahresanfang wurden dort die vermögenswirksamen Leistungen der Arbeitgeber erhöht, der bezahlte Urlaub wurde im Durchschnitt um mehr als einen Tag verlängert, und im Zuge der längeren Urlaubsdauer nahm auch das Urlaubsgeld zu; im Ergebnis dürften in diesem Wirtschaftsbereich die Lohnkosten je Stunde um rund 8¹/₂ vH gestiegen sein.

67. Nachdem es in der Metallindustrie nicht zu dem ursprünglich von den Gewerkschaften ange-

strebten Sockelbetrag, sondern zu einer nach Lohngruppen gestaffelten Einmalzahlung gekommen war, spielten Vereinbarungen, die die Tarifstruktur dauerhaft verändern, auch in den meisten übrigen Bereichen nur eine untergeordnete Rolle; Mindestbeträge oder sonstige tarifliche Strukturveränderungen zugunsten der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen wurden allerdings in der Druckindustrie, dem Versicherungsgewerbe, einzelnen Bereichen des Groß- und des Einzelhandels sowie vor allem im öffentlichen Dienst vereinbart (Tabelle 14).

Im Baugewerbe trat in diesem Jahr die letzte Stufe einer 1977 verabredeten Regelung in Kraft, nach der die Löhne der qualifizierten Facharbeiter drei Jahre hintereinander stärker als die übrigen Löhne angehoben wurden. Dies schlug zusätzlich zu der allgemeinen Lohnerhöhung von 6,6 vH, die für eine Laufzeit von elf Monaten vereinbart wurde, mit 1,5 vH im Tariflohniveau dieses Bereichs zu Buche.

68. Im Durchschnitt aller Bereiche wurden die Löhne und Gehälter, ohne Nebenabreden gerechnet, in diesem Jahr um knapp 7 vH erhöht. Nimmt man die Änderungen in der Tarifstruktur hinzu und berücksichtigt man, daß vermehrt vermögenswirksame Leistungen gezahlt wurden, so lag das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau je Stunde, das nur die monatlich wiederkehrenden Zahlungen enthält, nach dieser Tarifrunde um gut 7 vH über dem entsprechenden Vorjahreswert. Im Vergleich des Jahresdurchschnitts 1980 mit dem Jahresdurchschnitt 1979 beträgt die Steigerung allerdings nur reichlich 6¹/₂ vH, da die niedrigeren Abschlüsse des vergangenen Jahres im Tariflohn- und -gehaltsniveau noch nachwirkten, bis im Laufe dieses Jahres nach und nach alle neuen Abschlüsse in Kraft waren; hinzu kommt, daß die Laufzeit des letzten Tarifs in einigen Bereichen 13 oder gar 15 Monate betragen hatte und die neuen Verträge folglich später als im Vorjahr wirksam wurden.

69. Die tatsächlichen Kosten je geleistete Arbeitsstunde sind indes für die meisten Unternehmen deutlich stärker gestiegen. Allein die tarifliche Verlängerung des bezahlten Urlaubs ist im Durchschnitt mit mehr als einem halben Prozentpunkt anzusetzen. Außerdem wurde in manchen Tarifbereichen die jährliche Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) oder auch das Urlaubsgeld angehoben. Demgegenüber fielen weniger Zuschläge für Überstunden an, da nicht mehr so viel Mehrarbeit geleistet wurde. Zudem dürften die Unternehmen angesichts der zunehmenden Entspannung am Arbeitsmarkt auch nicht mehr so häufig veranlaßt gewesen sein, mit zusätzlichen außertariflichen Zahlungen Arbeitskräfte zu halten oder zu gewinnen. Im Ergebnis waren die durchschnittlichen Stundenverdienste 1980 um 7¹/₂ vH höher als im Vorjahr.

Je Beschäftigten sind die Arbeitsverdienste um knapp 6¹/₂ vH und damit weniger stark gestiegen, da im Laufe des Jahres nicht nur weniger Überstunden zu leisten waren, sondern auch vermehrt Kurzarbeit erforderlich wurde; die Zunahme der Verdienste war aber gleichwohl um reichlich einen Prozentpunkt größer als 1979.

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1980		
Januar	Soziale Sicherung	Am 1. Januar 1980 werden die Sozialversicherungsrenten, die Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz und die Altershilfe für Landwirte um 4,0 vH erhöht. Die Unfallrenten steigen um 5,2 vH. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 4 000 DM auf 4 200 DM im Monat angehoben, in der gesetzlichen Krankenversicherung von 3 000 DM auf 3 150 DM.
Februar	Metallindustrie Begünstigte: 3 800 000	Die Löhne und Gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen werden ab 1. Februar 1980 (in Bayern ab 1. März) um 6,8 vH erhöht. Die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen erhalten 1980 zusätzlich eine zwischen 165 DM (Lohngruppe 2) und 30 DM (Lohngruppe 6) gestaffelte Einmalzahlung. Die Angestellten in der untersten Gehaltsgruppe erhalten ebenfalls 165 DM. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 12 Monate.
	Industrie der Papier-, Pappe- und Kunststoff- verarbeitung Begünstigte: 108 500	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Februar 1980 um 6,8 vH. Zusätzliche Erhöhung bei den unteren vier Lohngruppen um 3,5 bis 6,5 Pfennig je Stunde sowie bei den unteren Gehaltsgruppen.
	Eisen- und Stahlindustrie Begünstigte: 255 000	Anhebung der Tarifverdienste um 6,8 vH ab 1. Februar 1980.
März	Druckindustrie Begünstigte: 169 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1. April 1980 um 6,8 vH. Zusätzliche Anhebung in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen von 1,5 vH bis 0,5 vH.
	Baugewerbe Begünstigte: 1 011 300	Anhebung der Löhne ab 1. Mai 1980 um 6,6 vH sowie der Gehälter um 6,8 vH. Tariflaufzeit 11 Monate.
	Großhandel Begünstigte: 1 000 000	Anhebung der Löhne und Gehälter zwischen 6,6 vH im Durchschnitt (Saarland) und 7,1 vH im Durchschnitt (Niedersachsen). Verlängerung des Urlaubs in Rheinland/Rheinessen, Pfalz und Saarland. Vereinbarung von Mindestbeträgen oder Strukturveränderungen in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen. Erhöhung des Urlaubsgeldes in Rheinland/Rheinessen, Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen. Festlegung höherer vermögenswirksamer Leistungen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen.
	Bankgewerbe Begünstigte: 300 000	Anhebung der Tarifgehälter ab 1. März 1980 um 6,8 vH. Alle Angestellten, die noch nicht 50 Jahre alt sind, erhalten einen Tag mehr Urlaub. Ausweitung des Abgruppierungsschutzes.
	Privates Versicherungs- gewerbe Begünstigte: 200 000	Anhebung der Tarifgehälter ab 1. April 1980 um 6,8 vH. Vorweganhebung der unteren Gehaltsgruppen. Verlängerung des Urlaubs um einen Tag für alle, die noch keine 30 Tage Urlaub haben. Erhöhung der Verantwortungs- und der Schichtzulage.
	Öffentlicher Dienst — Gebietskörperschaften, Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn und Sozialversicherung Begünstigte: 4 400 000	Erhöhung der Vergütungen ab 1. März 1980 um 6,3 vH. Einmalige Ausgleichszahlungen für diejenigen, bei denen diese Erhöhung nicht zu einem Einkommenszuwachs von 110,- DM führt. Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen von 13,- DM auf 26,- DM ab 1. März 1981 für diejenigen, deren Bezüge geringer als 1 900,- DM sind; von März 1980 bis Februar 1981 erhalten diese Arbeitnehmer 13,- DM zusätzlich in bar je Monat. Erhöhung der Zahl der Urlaubstage um 1 bzw. 2 Tage in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen.
April	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 201 500	Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1. Mai 1980 um 7,15 vH. Einführung einer Untertagezulage von 5,- DM je Schicht. Einführung von zwei Freischichten im Jahr für Übertage-Beschäftigte mit ungünstiger Schicht. Änderungen weiterer tariflicher Bestimmungen zum Abbau der Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten.
	Einzelhandel Begünstigte: 1 380 700	In einer Rahmenvereinbarung auf Bundesebene, die in den meisten Tarifgebieten übernommen wird, werden folgende Änderungen vereinbart: Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen von 13,- DM auf 26,- DM ab 1. Juli 1980; stufenweise Erhöhung des Urlaubsgeldes von 650,- DM auf 50 vH des Endgehalts der Tarifgruppe Verkäufer(innen); erstmalige tarifliche Vereinbarung von Weihnachtsgeld mit stufenweiser Erhöhung von 15 vH (1980/81) bis auf 40 vH (1984) eines Monatsverdienstes. Die Löhne und Gehälter werden in den einzelnen Tarifgebieten unterschiedlich, ab 1. März (Hessen) bzw. 1. April (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen) bzw. 1. Mai (übrige Tarifgebiete) um durchschnittlich 6,8 vH (Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen) bzw. 6,9 vH (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg, Bayern) bzw. 7,0 vH (Hessen), angehoben. Zusätzlich werden in einzelnen Tarifbereichen die Berufsjahrstaffeln gestrafft und die unteren Einkommen etwas überdurchschnittlich angehoben.

noch Tabelle 14

Monat		
1980 Mai	Textilindustrie Begünstigte: 300 000	Anhebung der Löhne und Gehälter ab 1. Mai in den verschiedenen Tarifbereichen unterschiedlich zwischen 6,3 vH und 6,9 vH. Teilweise werden Mindestbeträge vereinbart, Jahressonderzahlungen erhöht und das Urlaubsgeld angehoben.
	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 250 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter zumeist ab 1. Mai um 6,6 vH. Dynamisierung des Urlaubsgeldes. Zum Teil Erhöhung von Zeitlohnzuschlägen sowie der Jahressonderzahlung.
Juni	Chemische Industrie Begünstigte: 700 000	Die Löhne und Gehälter werden ab 1. Mai bzw. 1. Juni bzw. 1. Juli um 7,1 vH angehoben (Nordrhein 7,0 vH). Im Tarifgebiet Nordrhein werden die Tarifstundensätze der Arbeiter ab 1. November zusätzlich um 6 Pfennig erhöht, wobei aber eine Verrechnung mit derzeitigen übertariflichen Zahlungen erfolgen soll.

70. Für die Lohnstückkosten brachte dies alles einen beschleunigten Anstieg mit sich. Denn der Rückgang in der Auslastung der Produktionskapazitäten im Verlauf des Jahres führte dazu, daß je Erwerbstätigen nur 1¹/₂ vH mehr produziert wurde als 1979. Waren die Lohnkosten je Produkteinheit im vergangenen Jahr lediglich um 2,2 vH angestiegen, so betrug die Zunahme bei verstärkten Lohnerhöhungen und verringertem Anstieg des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigen in diesem Jahr 5 vH.

Besonders fühlbar fiel der Anstieg der Lohnstückkosten das Jahr über in der Industrie aus, denn dort wurden die Löhne stärker als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt angehoben; hinzu kam, daß das Produktionsergebnis je Beschäftigten unterdurchschnittlich zunahm, da die Unternehmen die Zahl der Beschäftigten wesentlich weniger verminderten, als es dem schwachen Verlauf der Produktion entsprochen hätte.

71. Zusätzlicher Kostendruck kam 1980 auch von den Zinsen. Schon vom Frühjahr 1978 an, als die Zinsen ihren Tiefstand erreicht hatten, waren Kredite fortgesetzt teurer geworden. Im Laufe des Frühjahrs 1980 erreichte der Kapitalmarktzins dann mit knapp 10% seinen Höchststand; die Zinsen für Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM zogen auf durchschnittlich 12¹/₂% an. Zu dem starken Anstieg in den ersten Monaten des Jahres trugen zum einen binnenwirtschaftliche Gründe bei — ein knappes Geldangebot und eine zunächst noch lebhaft wirtschaftliche Aktivität. Zum anderen spielte aber auch eine wesentliche Rolle, daß die Neigung der Ausländer, auf D-Mark lautende Titel zu kaufen, von der zeitweise stark restriktiven Geldpolitik in den Vereinigten Staaten nicht unbeeinflusst blieb; das ausländische Kapitalangebot verringerte sich bei anziehenden Zinsen in den Vereinigten Staaten, und das ließ die Zinsen zusätzlich steigen. In den folgenden Monaten gingen die Kapitalmarktzinsen dann — teilweise wieder im weltweiten Verbund, teilweise infolge einer nachlassenden Kreditnachfrage im Inland — zwar bis auf knapp 8% zurück; zuletzt zogen sie jedoch wieder an, und im ganzen blieben sie wei-

terhin höher als im vergangenen Jahr. Die Kosten für Kontokorrentkredite verharrten auf unverändert hohem Niveau (Ziffer 203).

72. Für die Fähigkeit der Unternehmen, sich wandelnden Marktbedingungen anzupassen und die damit verbundenen Risiken zu tragen, spielt neben den Zinsen, die aus dem Ertrag der Produktion zu zahlen sind, auch die Ausstattung mit Risikokapital eine wichtige Rolle, und das heißt vor allem die Ausstattung mit genügend eigenen Mitteln (JG 79 Ziffern 351 ff.).

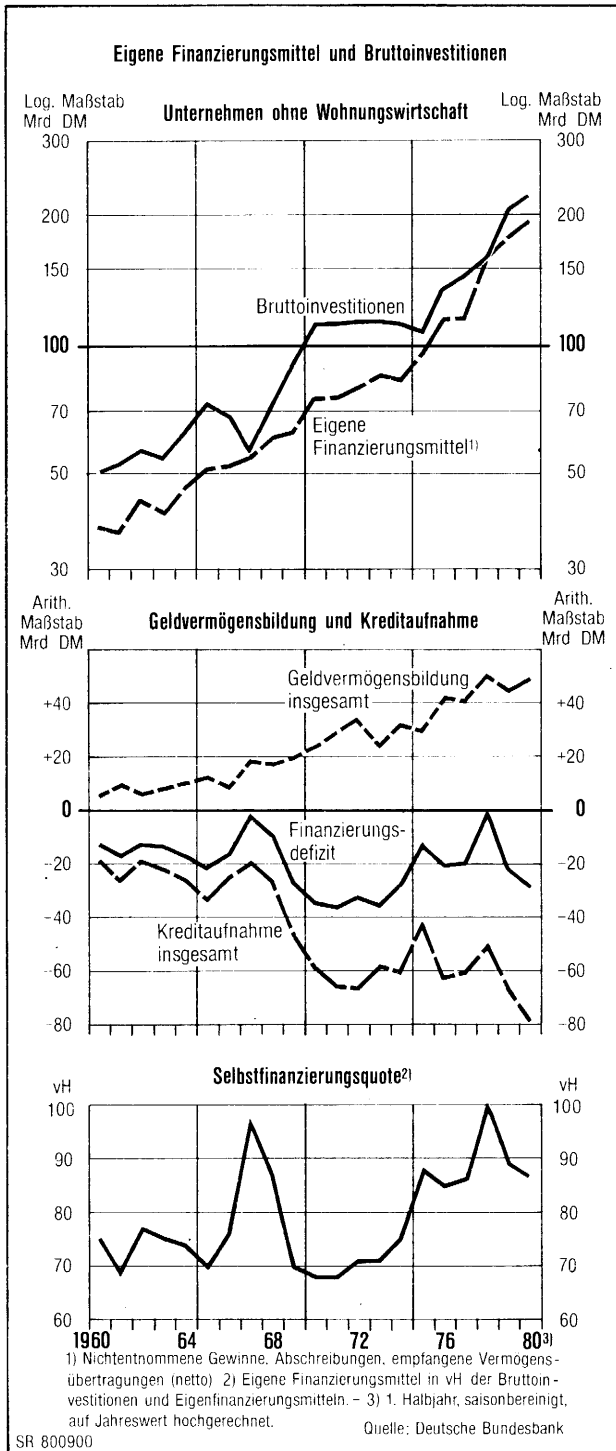
Die Verbesserung im Verhältnis von eigenen zu fremden Finanzierungsmitteln, zu der es nach dem starken Anstieg des Verschuldungsgrades während der ersten Hälfte der siebziger Jahre von 1978 an gekommen war, hat sich 1980, soweit erkennbar, nicht mehr fortgesetzt. Nach der Finanzierungsrechnung der Bundesbank für das erste Halbjahr, die einen deutlich verminderten Zuwachs der Eigenmittel ausweist, hat sich im laufenden Jahr eher wieder eine Verschlechterung ergeben. Im ganzen dürfte der Anteil der eigenen Mittel an der Bilanzsumme der Unternehmen daher nach wie vor erheblich niedriger sein als in den sechziger Jahren, und in nicht wenigen Fällen dürfte hier ein Engpaß für notwendige Umstellungen und für Neuerungen liegen.

So ungünstig wie Mitte der siebziger Jahre war die Finanzierungssituation 1980 im allgemeinen aber nicht.

Spielraum für eigenfinanzierte Sachinvestitionen über einbehaltene Gewinne, Abschreibungen und Vermögensübertragungen hinaus hatten viele Unternehmen nicht zuletzt deshalb, weil sie in den Jahren verhaltener Investitionsneigung nicht nur Schulden konsolidiert, sondern auch Geldvermögen in größerem Umfang gebildet hatten, das sie nun zur Finanzierung von Sachanlagen mit heranziehen konnten (Schaubild 7).

73. Sieht man die Angebotsbedingungen im ganzen, so überwogen 1980 im Zusammenwirken von weiteren Erleichterungen bei den Unternehmenssteuern und zusätzlichen wachstumspolitischen Hilfen des Staates, höheren Kosten für ausländische

Schaubild 7



Vorleistungen, wieder gestiegenen Lohnstückkosten und ungünstigeren Finanzierungsbedingungen die negativen Einflüsse deutlich. So wie die Stückkosten statistisch gemessen werden, ist das Bild allerdings auch dadurch mitbestimmt, daß die Nachfrage die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten im Verlaufe des Jahres nicht mehr so stark wie zuvor ausschöpfte; die Verschlechterung der Angebotsbedingungen ist insoweit also etwas überzeichnet. Wie es scheint, war sie nicht so ausgeprägt, daß sich mit den kurzfristigen Erwartungen, die sich das Jahr über zunehmend verschlechterten, auch die mittelfristi-

gen Erwartungen der Unternehmen, auf die es für die Wachstumsdynamik vor allem ankommt, gravierend geändert hätten. Wo die Erträge von der Nachfrage oder von den Kosten her unter Druck gerieten, wurden häufig auch Chancen gesehen, diesem durch die Einführung neuer Produkte oder kostensparender Fertigungsverfahren zu begegnen und so mehr Produktion auf mittlere Sicht rentabel zu halten oder rentabel zu machen.

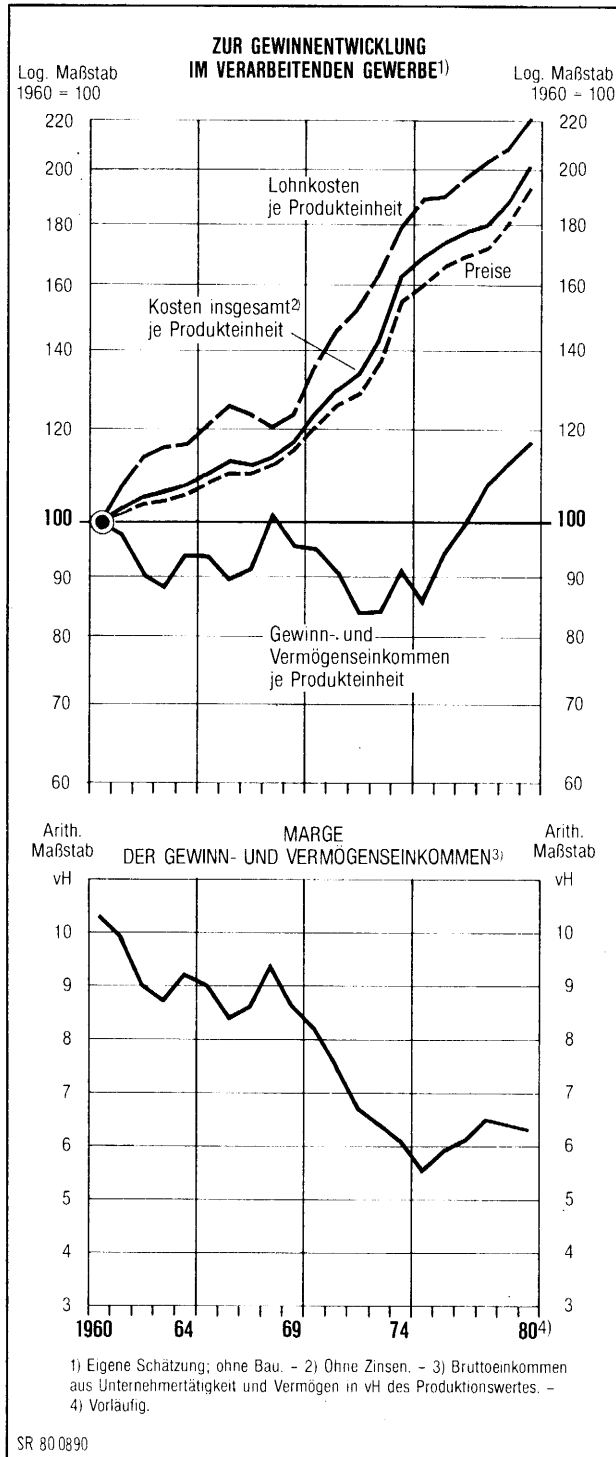
74. Im laufenden Jahr mußten die meisten Unternehmen allerdings Einbußen bei den Gewinnmargen hinnehmen; denn im Durchschnitt konnten die Preise nicht so kräftig angehoben werden, wie die Kosten stiegen. Aussagen darüber, wo noch Verbesserungen und wo bereits Einbußen überwogen und wie groß diese in den einzelnen Wirtschaftsbereichen waren, sind mangels detaillierter aktueller Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur mit großer Unsicherheit möglich (JG 79 Ziffer 75).

Soweit sich aus den laufenden amtlichen Statistiken Anhaltspunkte gewinnen lassen, deuten diese für das verarbeitende Gewerbe auf einen Rückgang der Gewinnmarge hin, wenn auch auf keinen ausgeprägten (Schaubild 8). Eine Auswertung der Zwischenberichte von Industrieaktiengesellschaften weist in die gleiche Richtung. In dieser Unternehmensgruppe hatte sich, wie eine repräsentative Stichprobe von 270 Gesellschaften zeigt, die Verbesserung der Ertragslage in den vergangenen Jahren länger als im verarbeitenden Gewerbe insgesamt hinausgezögert und überdies in engen Grenzen gehalten.

In der Bauwirtschaft dürfte sich die Verbesserung der Gewinnmargen, die dort 1978 und 1979 zu verzeichnen war, 1980 zwar nicht mehr fortgesetzt, aber auch noch nicht umgekehrt haben. Ein Rückgang wie beim Transportgewerbe, wo vor allem die hohen Kraftstoffpreise zu Buche schlugen, war im Dienstleistungsbereich wohl eher die Ausnahme. Im Handel und in der Landwirtschaft scheint sich die Ertragslage dagegen überwiegend verschlechtert zu haben.

75. Für die einzelnen Bereiche war die Veränderung der Angebotsbedingungen nicht zuletzt auch deshalb unterschiedlich spürbar, weil die geringe Neigung ausländischer Kapitalanleger, ihre Mittel in D-Mark zu halten, nicht nur zu den hohen Zinsen beitrug, sondern zugleich auch dazu führte, daß der Wechselkurs im Jahresverlauf, von kurzfristigen Schwankungen abgesehen, gegenüber dem Dollar ebenso wie gegenüber den meisten anderen Währungen nicht stieg, sondern sogar eine sinkende Tendenz zeigte. Zu Änderungen der Paritäten im Europäischen Währungssystem kam es ebenfalls nicht, obwohl die Inflationsraten in den Partnerländern beträchtlich über die Preissteigerungen im Inland hinausgingen; die D-Mark gehörte sogar zu den am schwächsten notierten Währungen. Im gewogenen Durchschnitt wurde sie in der ersten Novemberhälfte gegenüber allen anderen Währungen um rund 3 1/2 vH niedriger bewertet als zur Jahreswende. Nur wegen des vergleichsweise hohen Kursniveaus zu Anfang des Jahres ergab sich im Mittel der ersten zehn Monate 1980 im Vergleich zum entsprechenden

Schaubild 8



Vorjahreszeitraum noch ein gewogener Aufwertungseffekt von etwas mehr als $2\frac{1}{2}$ vH und gegenüber dem Dollar noch eine Höherbewertung von gut 3 vH.

76. Die Veränderung des Außenwerts der D-Mark war damit wesentlich geringer, als dem Unterschied im Anstieg von Kosten und Preisen zwischen dem Inland und dem Ausland entsprochen hätte. Unternehmen, die viele Vorleistungen aus dem Ausland beziehen, hatten so bei den Kosten kaum Entlastung, während sich für Unternehmen, die viel ex-

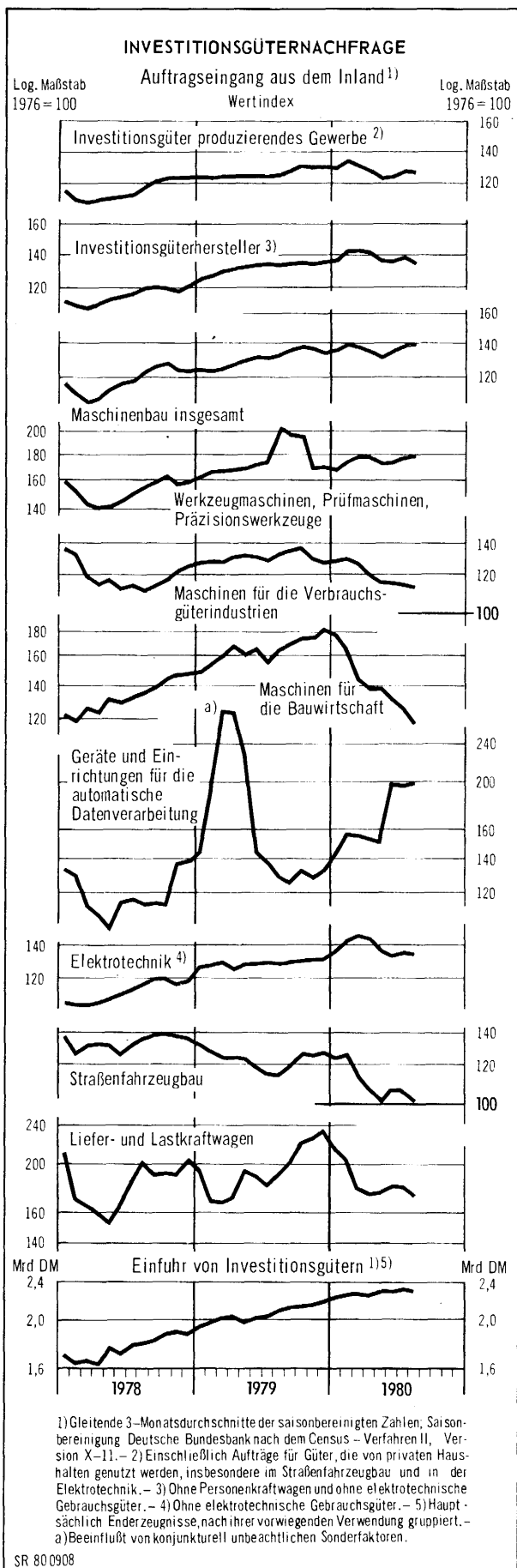
portieren oder im Inland mit ausländischen Anbietern konkurrieren, größere Preiserhöhungsspielräume ergaben. Das heißt indes nicht, daß diese in allen Fällen ihre Preise — jeweils in der gleichen Währung gerechnet — ebenso stark erhöhen konnten wie ihre ausländischen Konkurrenten, ohne dabei Gefahr zu laufen, Marktanteile zu verlieren; denn auf einer Reihe von Märkten wirkte vermutlich die starke Aufwertung der vorangegangenen Jahre noch nach. So ist die Tatsache, daß die Durchschnittswerte der heimischen Ausfuhr 1980 unter Berücksichtigung der Wechselkursentwicklung um etwa $4\frac{1}{2}$ Prozentpunkte weniger stiegen als die Durchschnittswerte der Ausfuhr in den wichtigsten anderen Industrieländern, mit Unterschieden in der Kostenentwicklung allein nicht zu erklären; zu einem großen Teil ist sie vielmehr wohl auch in dem Bemühen der heimischen Unternehmen begründet, Kunden zu halten und neue zu gewinnen (Ziffern 163 ff.).

Investitionsneigung vergleichsweise wenig beeinträchtigt

77. Nicht nur mit Blick auf die kurzfristige konjunkturelle Entwicklung, sondern auch mit Blick auf die mittelfristigen Beschäftigungschancen kam es vor allem darauf an, daß die Investitionsneigung möglichst wenig beeinträchtigt wurde, nachdem sie sich erst von 1978 an in einem Maße belebt hatte, das wieder mehr Wachstumsdynamik mit sich brachte. Daß sich die Nachfrage in vielen Bereichen abschwächte und daß auch die Angebotsbedingungen nicht mehr so günstig waren, hielt dann das Jahr über zwar eine zunehmende Anzahl von Unternehmen davon ab, ihre Aufträge für neue Produktionsanlagen weiter zu steigern, und viele vertagten auch geplante Projekte. Zu einem so ausgeprägten Rückgang der Investitionsneigung, wie er sonst in konjunkturellen Abschwungsphasen zu verzeichnen ist, kam es jedoch nicht. In nicht wenigen Fällen traten gerade mit den gewandelten Gewinnchancen auch Anreize zur Umstellung der Produktion und damit zum Investieren auf.

78. Was die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern betrifft, so unterzeichnet der Auftragseingang aus dem Inland beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, wie schon im Vorjahr, die tatsächliche Investitionsneigung; denn in ihm sind auch alle Bestellungen von Personenkraftwagen enthalten, die 1980 erheblich zurückgingen, und ebenso die Aufträge für elektrotechnische Gebrauchsgüter, die erneut recht schwach ausfielen. Klammert man beide aus, weil sie großenteils zum privaten Verbrauch und nicht zu den Unternehmensinvestitionen gehören, so zeigt sich, daß die Unternehmen in den ersten Monaten des Jahres die Aufträge für neue Ausrüstungen zunächst weiter steigerten, sie in der Folgezeit dann zwar einschränkten, aber weniger, als es auf den ersten Blick scheint (Schaubild 9); im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1980 überschritten die Inlandsbestellungen das hohe Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums dem Werte nach noch um $5\frac{1}{2}$ vH und dem Volumen nach um

Schaubild 9



knapp 1 vH. Hinzu kamen offenbar weiter erhöhte Aufträge an ausländische Hersteller. Bemerkenswert ist auch, daß sich die Abschwächung, die vom Frühjahr an zu verzeichnen war, nicht auf alle Ausrüstungsgüter erstreckte. Vertagt oder gekürzt wurden vor allem Bestellungen von solchen Investitionsgütern, die vornehmlich der Erweiterung vorhandener Kapazitäten dienen, während zahlreiche elektrotechnische Erzeugnisse sowie Datenverarbeitungsgeräte und zum Teil auch Maschinen — Ausdruck der Neuerungsaktivität — weiterhin gefragt blieben.

79. Bei den Bauaufträgen der Unternehmen, die nach einem zweijährigen kräftigen Anstieg ihren Höchststand in der zweiten Jahreshälfte 1979 überschritten zu haben schienen, zeigte sich um die Jahreswende noch einmal ein deutlicher Schub. Vermutlich wurden dabei auch für später geplante Projekte in der Absicht vorgezogen, durch einen möglichst frühen Baubeginn weiteren Verteuerungen zu entgehen. Schon von daher fiel die Auftragsvergabe in der Folgezeit etwas verhaltener aus. Die hohen Zinsen blieben wohl ebenfalls nicht ohne Wirkung; angesichts des großen Gewichts, das den Zinskosten gerade bei Bauvorhaben im Investitionskalkül oft zukommt, schien es vermutlich auch vielen Investoren, die in ihren mittelfristigen Absatz- und Ertrags-erwartungen zuversichtlich blieben, vorteilhaft, günstigere Finanzierungsbedingungen für ihre Projekte abzuwarten. Im Durchschnitt der ersten acht Monate wurden der Bauwirtschaft dem Werte nach noch 13 vH mehr Aufträge von den Unternehmen erteilt als ein Jahr zuvor; preisbereinigt ergab sich jedoch kein großer Zuwachs mehr.

80. Da 1980 noch zahlreiche Ausrüstungsgüter geliefert und Bauten fertiggestellt wurden, die bereits 1979 oder früher in Auftrag gegeben worden waren, sind die Aufwendungen für Investitionen im laufenden Jahr noch deutlich gestiegen. Insgesamt gaben die Unternehmen — ohne den Wohnungssektor — über 11 vH mehr für neue Anlagen aus als 1979. Für die realen Anlageinvestitionen ergab sich nach Abzug der Preissteigerungen allerdings eine Zuwachsrate, die mit 5 vH erheblich kleiner war als 1979, als sie 9,8 vH betragen hatte, und auch niedriger als in den drei Jahren davor. Im Blick zu behalten ist dabei, daß schon Zuwachsraten der Investitionen von rund 7 vH, wie sie zwischen 1976 und 1978 zu verzeichnen waren, kaum als ausreichend gelten konnten für das auf mittlere Sicht zur Lösung der Beschäftigungsprobleme notwendige Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und damit auch der Anzahl der Arbeitsplätze; inzwischen ist der ohnehin hohe Bedarf an Investitionen mit der starken Ölverteuerung weiter gestiegen.

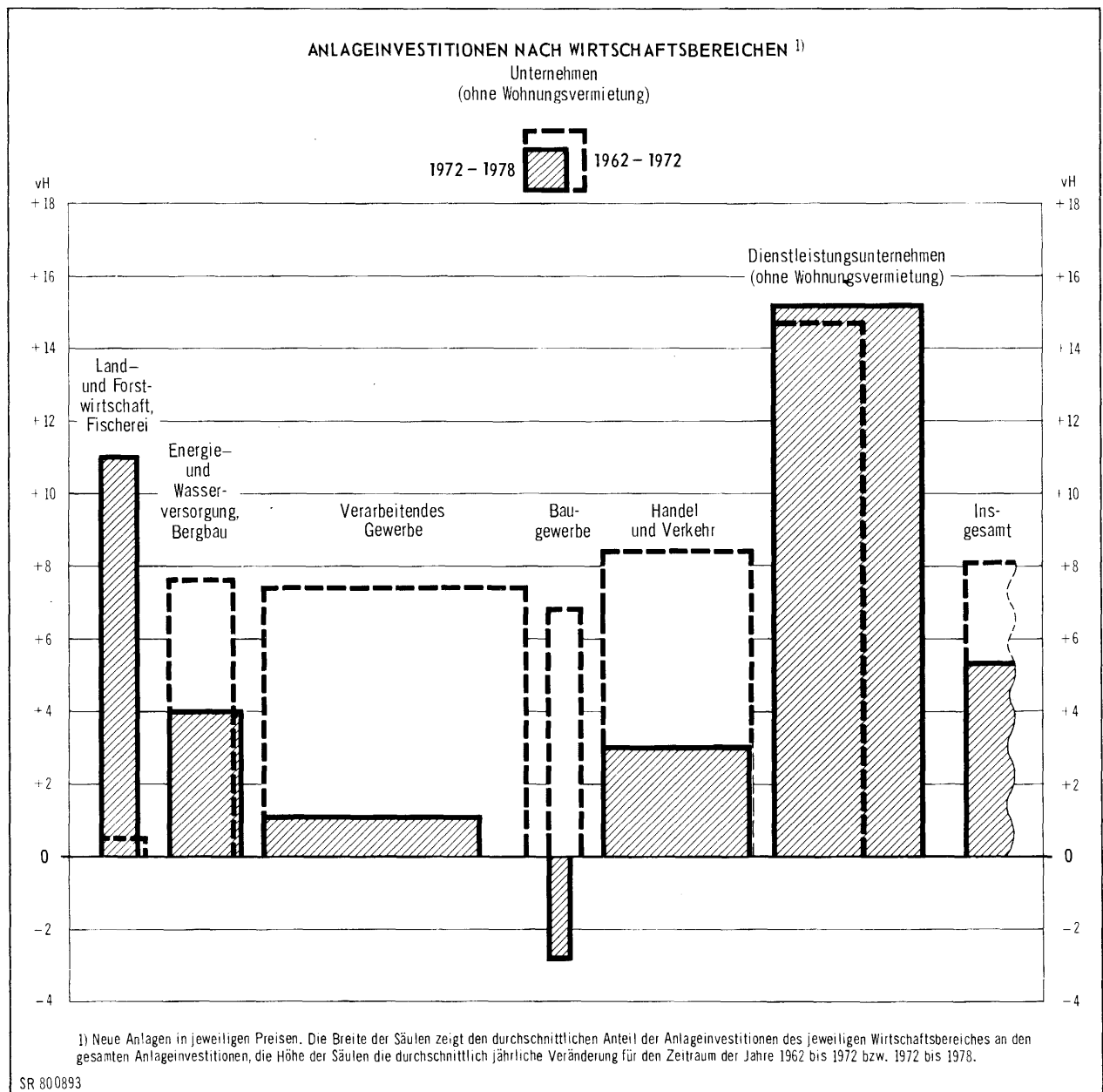
81. Positiv zu werten ist immerhin, daß vor allem die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ihre Investitionen nicht viel weniger als 1979 gesteigert haben dürften. Denn sie hatten zuvor mit am längsten gezögert, wieder mehr zu investieren (Schaubild 10); außerdem sind sie vom notwendigen Strukturwandel mit am stärksten gefordert. Lediglich die Hersteller von Verbrauchsgütern haben wie schon

im Jahr zuvor, ihre Investitionen nur wenig ausweiteten. Die Investitionsgüterproduzenten und zum Teil auch die Hersteller von Vorerzeugnissen erhöhten sie indes abermals kräftig. Dies gilt auch für die Automobilindustrie, ein besonders augenfälliges Beispiel dafür, daß in vielen Fällen nicht die laufende Nachfrage, sondern die Notwendigkeit, durch Umstellung und technische Neuerung angestammte Märkte zu verteidigen und neue zu erschließen, die Investitionen bestimmt; überdies ist es ein Beispiel dafür, daß der Ölpreisanstieg nicht nur dämpfend, sondern auch anregend auf die Investitionstätigkeit wirkt, wie sich auch an dem Investitionsschub in der Mineralölindustrie sowie — außerhalb des verarbeitenden Gewerbes — im Bergbau und in der Energieversorgung zeigte.

Demgegenüber haben die Investitionen in der Bauwirtschaft nach einem außerordentlich starken Anstieg in den beiden vorangegangenen Jahren 1980 nicht mehr zugenommen. Die Unternehmen im Handel, die sich schon 1979 zurückhaltend gezeigt hatten, investierten ebenfalls kaum mehr als im Vorjahr.

82. Die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen bestätigen, daß für eine immer größere Zahl von Unternehmen, jedenfalls im verarbeitenden Gewerbe, entscheidende Investitionsimpulse vom technischen Fortschritt sowie von dem Bemühen ausgehen, Öl als Energieträger und als Rohstoff für eine Vielzahl von Erzeugnissen einzusparen oder zu ersetzen. Fast jedes zweite Industrieunternehmen gab

Schaubild 10



beim Ifo-Investitionstest an, daß seine Investitionen im Jahre 1980 der Einführung neuer Produktionsverfahren dienten. Viele investierten zudem auch, weil sie neue Produkte in ihr Angebot aufnehmen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern wollten. Am ausgeprägtesten war die Innovationsaktivität in den Investitionsgüterindustrien selbst.

83. Anders als die Investitionen in Sachanlagen sind die Vorratsinvestitionen, die vor allem von den kurzfristigen Erwartungen der Unternehmen bestimmt werden, 1980 nicht mehr gestiegen. Zwar hatten die Zuspitzung der weltpolitischen Lage und der beschleunigte Preisanstieg zu Beginn des Jahres nochmals viele Unternehmen veranlaßt, ihre Läger vorsorglich aufzustocken, obwohl diese vom vergangenen Jahr her zumeist bereits reichlich gefüllt waren; bei gedämpften Absatzerwartungen und hohen Zinsen, die das Vorhalten großer Läger teuer machten, gingen die Vorratsinvestitionen im zweiten Vierteljahr jedoch deutlicher als saisonüblich zurück. Mit mehr als 11 Mrd DM waren sie in der ersten Jahreshälfte preisbereinigt indes noch um ein Viertel höher als ein Jahr zuvor; im zweiten Halbjahr sind sie dann jedoch deutlich gesunken.

84. Abgebaut wurden im Verlauf des Jahres vor allem die umfangreichen Vorproduktläger, da sich bereits zum Frühjahr hin zeigte, daß Versorgungsgänge nicht ernsthaft drohten und daß die Preise für eine Reihe von Rohstoffen und Halbwaren an den Weltmärkten nachgaben; überdies sank der laufende Bedarf bei der verhalteneren Produktion merklich. Wie der vorangegangene Lageraufbau schlug sich nun auch der Abbau am deutlichsten in der Einfuhr von Vorerzeugnissen nieder. Während diese dem Volumen nach zwischen dem ersten und dem dritten Vierteljahr 1980 um 9 vH zurückging, nahmen die Lieferungen von inländischen Herstellern lediglich um gut 6 vH ab.

Fertige Erzeugnisse wurden dagegen offenbar in nicht viel geringerem Umfang auf Lager genommen als 1979. Inwieweit sich darin ein geplanter weiterer Lageraufbau spiegelt oder ein ungeplanter, weil in falscher Einschätzung der Nachfrage mehr produziert wurde, als kurzfristig verkauft werden konnte, läßt sich nicht sicher sagen. Ungeplant dürfte der Lageraufbau am ehesten bei vielen Herstellern von langlebigen Gebrauchsgütern und wohl auch bei zahlreichen Handelsunternehmen gewesen sein, die ihre an den Nachfrageschub vom Jahresanfang geknüpften Erwartungen später enttäuscht sahen.

Wenig verminderte Expansion der staatlichen Nachfrage

85. Die staatliche Nachfrage ist 1980 zwar nicht mehr ganz im selben Maße wie im Jahr zuvor gestiegen; zu einer deutlichen Abschwächung der Expansion, wie es sich der Staat vorgenommen hatte, kam es jedoch nicht (Ziffern 215, 217).

86. Höher als erwartet fielen 1980 zunächst noch einmal die staatlichen Bauaufträge aus, nachdem diese in der zweiten Jahreshälfte 1979 angesichts

des wachsenden Auftragsüberhangs in der Bauwirtschaft und des immer stärkeren Anstiegs der Baupreise doch noch, einer Empfehlung des Finanzplanungsrates folgend, gestreckt worden waren. Besonders im Tiefbau stiegen die Aufträge in den ersten beiden Monaten des Jahres sprunghaft an, wobei mitgespielt haben dürfte, daß die Witterung das Bauen in diesem Winter vergleichsweise wenig behinderte. Auch im Hochbau wurden wieder mehr Aufträge vergeben. Im Frühjahr ging die staatliche Baunachfrage indes merklich zurück, und im weiteren Verlauf des Jahres ist sie nicht mehr gestiegen. Dabei war wohl auch von Bedeutung, daß der Schlußtermin für die Vergabe von Aufträgen aus dem mehrjährigen Programm für Zukunftsinvestitionen um ein Jahr bis Ende 1981 verlängert wurde. Insgesamt wurden der Bauwirtschaft von öffentlichen Stellen im Durchschnitt der ersten acht Monate dem Werte nach rund 5¹/₂ vH mehr Aufträge erteilt als ein Jahr zuvor; preisbereinigt ergab dies einen Rückgang des Auftragsvolumens um etwa 4 vH. Wegen des beträchtlichen Überhangs an unerledigten Aufträgen, der zu Jahresbeginn bestanden hatte, waren die Ausgaben für Bauten 1980 noch um fast 15 vH und die realen Bauinvestitionen um annähernd 4 vH höher als 1979.

87. Die übrigen, im Staatsverbrauch zusammengefaßten, Ausgaben des Staates haben 1980 wie schon in den Jahren davor zwar weniger als die Bauausgaben zugenommen. Mit annähernd 9 vH war die Steigerungsrate jedoch nicht niedriger, sondern sogar etwas höher als 1979. Zu einem guten Teil lag dies daran, daß die Einkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten stärker als im letzten Jahr angehoben wurden (Ziffer 215). Hinzu kam aber auch, daß der Staat mehr für militärische Güter ausgab. Lediglich die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, die der Erhaltung und dem Betrieb öffentlicher Einrichtungen dienen, hat den Ausgaben wie der Menge nach nicht verstärkt zugenommen. Alles in allem ergab sich für den Staatsverbrauch real gerechnet ein Zuwachs von knapp 3 vH wie im Jahre 1979.

Deutliche Unterschiede in der Produktionsentwicklung

88. Nachdem die Unternehmen im vergangenen Jahr ihre Fertigung nahezu allenthalben kräftig ausgedehnt hatten, wurde das Bild 1980 zunehmend differenzierter. Nur in wenigen Bereichen kam es das Jahr über noch zu einem weiteren deutlichen Anstieg. Vielfach wurde vom Frühjahr an weniger produziert, und in einigen Bereichen wurde die Fertigung sogar erheblich gedrosselt. Als Folge der rapiden Verteuerung von Energie und Rohstoffen entstanden einerseits zwar Absatzchancen für neue Güter, andererseits wurden aber mehr Produktionsmöglichkeiten als gewöhnlich unrentabel.

89. Weiter gut beschäftigt waren vor allem viele Unternehmen des Investitionsgütergewerbes, namentlich die Hersteller von Maschinen und von elektrotechnischen Ausrüstungsgütern (Schau-

Schaubild 11

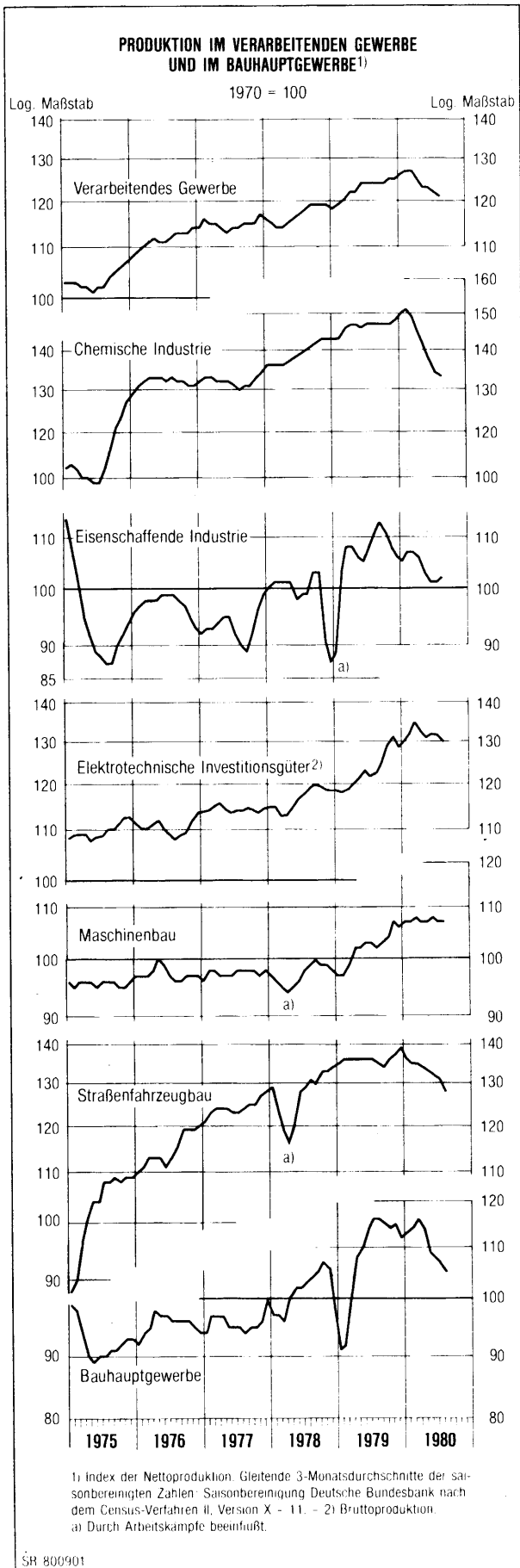


bild 11). Diese Branchen profitierten von dem gestiegenen Bedarf an Fertigungsanlagen für neue Güter und von dem verstärkten Übergang zu neuen Produktionsverfahren sowie von der vermehrten Nachfrage nach Geräten und Anlagen mit verbesserter Energieausnutzung. Günstiger als im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft verlief die Entwicklung auch im Stahl- und Leichtmetallbau und bei den Herstellern von Datenverarbeitungsgeräten. Dagegen mußten viele Hersteller von Verbrauchsgütern ihre Produktion schon vom zweiten Vierteljahr an merklich drosseln. Am stärksten wurde die Fertigung das Jahr über indes im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe eingeschränkt, so vor allem in der Mineralölverarbeitung und in der chemischen Industrie. Zu einem deutlichen und in der Öffentlichkeit stark beachteten Produktionsrückgang ist es auch in der Automobilindustrie gekommen.

90. Mit einer verhalteneren Entwicklung war in der Automobilindustrie nach Jahren eines beachtlichen Aufschwungs, der auch zu einem spürbaren Anstieg der Beschäftigung geführt hatte, durchaus gerechnet worden. Angesichts der hohen Aufträge Ende 1979 und Anfang 1980 kam der Nachfrageeinbruch im zweiten Vierteljahr dennoch überraschend. Obwohl er sich in der Folgezeit nicht weiter fortsetzte, sahen sich die Unternehmen doch veranlaßt, ihre Fertigung deutlich zurückzunehmen. So wurden in den ersten neun Monaten rund 12 vH weniger Personewagen produziert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Rückgang konzentriert sich weitgehend auf die obere Mittelklasse. Zum einen ist darin wohl eine Reaktion auf die besonders große Nachfragesteigerung in diesem Marktsegment während der vorangegangenen Jahre zu sehen. Zum anderen mag auch eine Rolle gespielt haben, daß die Käufer auf verbrauchsgünstigere, technisch verbesserte Modelle in niedrigeren Hubraumklassen auswichen.

Für das Jahr 1981 rechnen die Unternehmen mit einem weiteren leichten Rückgang der Produktion. Maßgeblich dafür sind vor allem gedämpfte Exporterwartungen, die teils mit einer verhaltenen konjunkturellen Entwicklung in den Abnehmerländern, teils mit verschärftem Wettbewerb japanischer Hersteller begründet werden. Auf dem Inlandsmarkt wird dagegen ein Auslaufen des Abschwungs erwartet, vorausgesetzt, daß die Ölpreise einigermaßen stabil bleiben. Auf mittlere Sicht ist die Automobilindustrie zuversichtlich. Das zeigen auch ihre Investitionspläne, die für 1981 einen weiteren Anstieg von 15 vH vorsehen, nicht zuletzt mit dem Ziel, verbesserte und sparsamere Fahrzeuge auf den Markt zu bringen und so die Wettbewerbsposition zu sichern. Dabei werden die Risiken freilich nicht kleingeschrieben. Doch werden insgesamt die mittelfristigen Wettbewerbschancen gegenüber der japanischen Konkurrenz von den heimischen Automobilherstellern keineswegs so düster gesehen, wie dies in der Öffentlichkeit gelegentlich geschieht, die sich leicht von Vergleichen beeindrucken läßt, wonach ein japanischer Automobilarbeiter dreimal so viele Fahrzeuge produziert wie ein deutscher, womit aber über die tatsächliche Produktivität in beiden Ländern so gut wie nichts gesagt ist, weil die japanischen Automobilunternehmen wesentlich mehr Vorlieferungen von anderen Unternehmen beziehen als die deutschen. Die Herausforderung aus Japan besteht gleichwohl.

91. Im verarbeitenden Gewerbe insgesamt führten die Anpassungsprobleme, aber auch die sich abschwächende Nachfrage aus dem Ausland dazu, daß im Herbst — von Saisoneinflüssen bereinigt — rund 5¹/₂ vH weniger Industriegüter hergestellt wurden

als im Frühjahr. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich in den ersten neun Monaten 1980 zusammen noch ein Produktionszuwachs von 1 1/2 vH. Im Jahre 1979 hatten die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ihre Produktion gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 5 vH ausgeweitet.

92. Die Bauwirtschaft hatte in den vergangenen Jahren zu den Bereichen gezählt, die ihre Produktion am stärksten gesteigert hatten. Im Herbst 1979 wurden über 22 vH mehr Bauten erstellt als zwei Jahre zuvor. Die Nachfrageabschwächung, die schon in der ersten Hälfte des letzten Jahres eingesetzt hatte, wirkte sich erst mit Verzögerung aus. Noch bis zum Frühjahr 1980 wurde, teilweise durch die Witterung begünstigt, etwa ebensoviel gebaut wie im Herbst 1979. Im weiteren Verlauf des Jahres schränkte das Bauhauptgewerbe seine Produktion dann allerdings deutlicher ein als viele andere Bereiche; im Herbst 1980 wurde das entsprechende Vorjahresniveau um mehr als 9 vH unterschritten. Dagegen blieb das Ausbaugewerbe mit der Fertigstellung von Rohbauten sowie mit Arbeiten zur Modernisierung und auch zur Energieeinsparung weiterhin gut beschäftigt. Da die Bautätigkeit zunächst weniger eingeschränkt wurde, als es dem rückläufigen Auftragseingang entsprochen hätte, verringerten sich die hohen Auftragsbestände der Bauunternehmen merklich. Reichten sie nach Angabe des Ifo-Instituts Ende 1979 noch aus, die Firmen des Bauhauptgewerbes für einen Zeitraum von etwa 3 1/2 Monaten zu beschäftigen, so waren es zuletzt nur mehr knapp 3 Monate.

93. Auch im Handel und im Verkehrsbereich kam es zu einer Abschwächung. Der Staat und die privaten Dienstleistungsunternehmen hingegen weiteten ihre Leistungen annähernd so aus wie zuvor; im ersten Halbjahr 1980 wurden rund 4 vH mehr Dienstleistungen erbracht als im gleichen Zeitraum 1979, und beim Staat betrug die Zuwachsrate rund 2 1/2 vH.

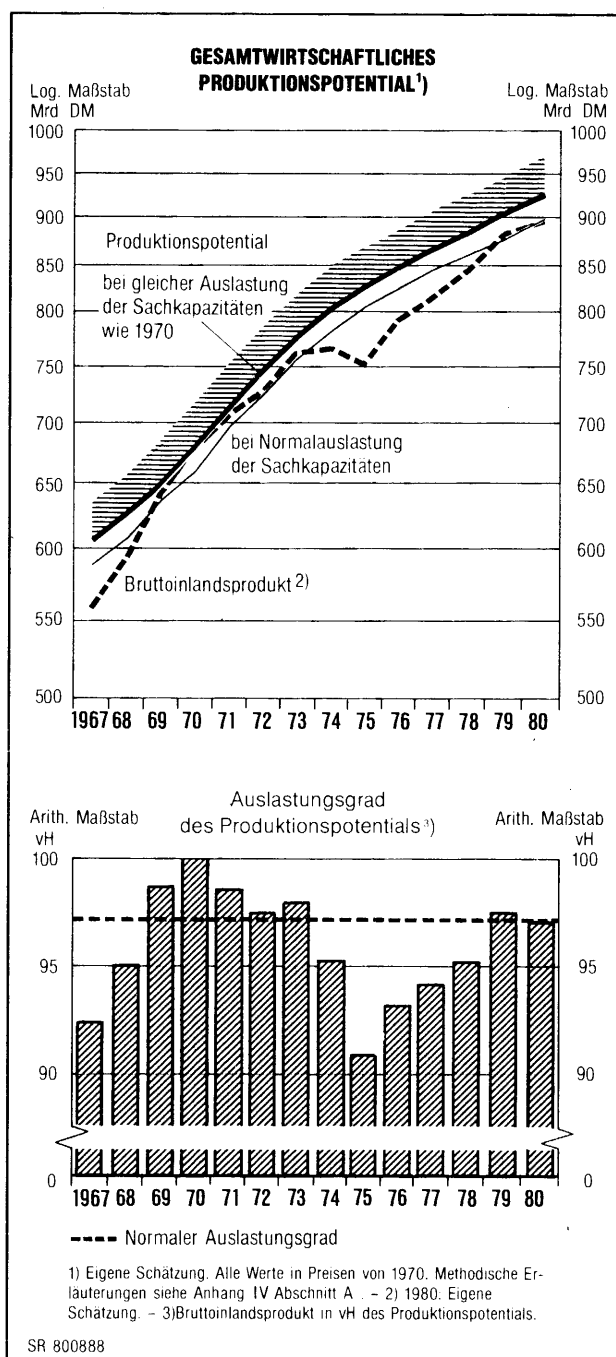
94. Das Produktionsergebnis aller Wirtschaftsbereiche zusammen, das Bruttoinlandsprodukt also, stieg nach einem unerwartet kräftigen Schub zu Beginn des Jahres vom Frühjahr an nicht mehr; zuletzt ist es sogar gesunken. Da während des vergangenen Jahres die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich ausgeweitet worden war und somit das Produktionsniveau schon um die Jahreswende 1979/80 erheblich höher war als im Durchschnitt des letzten Jahres, dürfte das Bruttoinlandsprodukt auf das ganze Jahr 1980 gesehen dennoch um 2 vH größer sein als 1979; im vergangenen Jahr hatte der Zuwachs 4,6 vH betragen.

Nochmals hohe Auslastung des Produktionspotentials

95. Als Folge der regen Investitionstätigkeit im vergangenen und auch noch in diesem Jahr nahmen die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten 1980 etwas stärker zu als in den vorangegangenen drei Jahren; verglichen mit den sechziger und den

frühen siebziger Jahren war das Wachstum freilich weiterhin gering. Daß es nicht stärker war, hängt auf der einen Seite damit zusammen, daß gegenwärtig ein größerer Teil der Investitionen dem Ersatzbedarf dient als damals. Außerdem ist der Kapitaleinsatz je Produkteinheit, legt man die Entwicklung im Trend zugrunde, weiter gestiegen (Anhang IV, Abschnitt A). Nach unserer Schätzung dürfte das Produktionspotential 1980 daher nur um etwa 2 1/2 vH gewachsen sein. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß infolge der starken Energieverteuerung seit 1978 mehr Anlagen als gewöhnlich unrentabel geworden sein dürften. In welchem Ausmaß dies die Produktionsmöglichkeiten schmälert, läßt sich derzeit allerdings kaum verlässlich ermitteln.

Schaubild 12



Da das Bruttoinlandsprodukt um 2 vH größer war als 1979, blieb die Auslastung der Produktionsanlagen im Jahresdurchschnitt weiterhin hoch. Wir schätzen, daß das Produktionspotential 1980 im Durchschnitt zu reichlich 97 vH genutzt wurde (Schaubild 12). Dies kann nach den Erfahrungen der Vergangenheit etwa als Normalauslastung bezeichnet werden. Für den Jahresbeginn ist die Auslastung höher zu veranschlagen; im Jahresverlauf hat sie dann abgenommen.

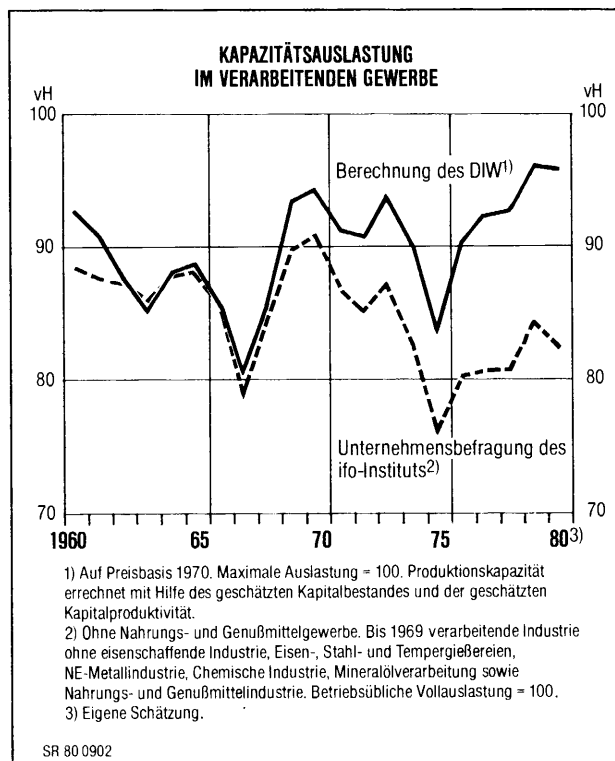
96. In der Bauwirtschaft waren die Fertigungskapazitäten trotz der zuletzt deutlich abgeschwächten Produktion im Durchschnitt des Jahres 1980 ähnlich wie 1979 zu etwa 64 vH ausgelastet, und das heißt für diesen Wirtschaftsbereich, der seine Geräte wegen des häufigen Baustellenwechsels und der starken Witterungsabhängigkeit nicht kontinuierlich einsetzen kann, in einem durchaus hohen Maße. Die vergleichsweise gute Auslastung hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß das milde Wetter in den ersten Monaten dieses Jahres das Bauen weit weniger beeinträchtigte als sonst um diese Jahreszeit. Im vergangenen Jahr war es umgekehrt gewesen; auf einen strengen Winter war eine starke Belegung der Bautätigkeit im Verlauf des Jahres gefolgt.

Im verarbeitenden Gewerbe hingegen konnten die Produktionsanlagen 1980 nicht mehr so gut genutzt werden wie im vorangegangenen Jahr. Nach eigener Einschätzung der Unternehmen betrug die Kapazitätsauslastung, wie sie vom Ifo-Institut erfragt und berechnet wird, auf das ganze Jahr gesehen etwa 82 vH nach 84 $\frac{1}{2}$ vH im vergangenen Jahr. Von Branche zu Branche ergaben sich allerdings deutliche Unterschiede. Während der Auslastungsgrad bei den Automobilunternehmen, aber auch bei den Herstellern von Grundstoffen und Vorprodukten, gegenüber dem Vorjahr besonders deutlich gesunken ist, war er im Maschinenbau höher als 1979.

97. Nach dem Urteil des DIW, das nicht auf Unternehmensumfragen, sondern auf Schätzungen des Kapitalbestandes und der Kapitalproduktivität beruht, wurden die Produktionsanlagen im verarbeitenden Gewerbe dieses Jahr kaum weniger genutzt als 1979. Die so ermittelte Auslastung dürfte 1980 etwa 96 vH betragen.

Das DIW hat 1980 seine Potentialrechnung und somit auch seine Schätzung der Kapazitätsauslastung revidiert. Die neue und die bisherige Rechnung unterscheiden sich durch einen geänderten Berichtskreis und vor allem durch veränderte Annahmen über die Nutzungsdauer von Ausrüstungsinvestitionen. Die unterstellte durchschnittliche Lebensdauer der Ausrüstungen wurde im Vergleich zu den früheren Annahmen des DIW um rund 30 vH verringert und damit den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes angenähert. Die Annahme einer verkürzten durchschnittlichen Lebensdauer führt dazu, daß die Ausrüstungen, die in den investitionsstarken 50er Jahren und frühen 60er Jahren in Betrieb genommen worden waren, seit etwa 1970 in größerem Umfang, als in der früheren Rechnung unterstellt wurde, aus dem Anlagevermögen ausscheiden. Nach der neuen Rechnung ergibt sich daher für die 70er Jahre ein langsames Wachstum des Anlagevermögens und des Produktionspotentials; außerdem reagiert das so berechnete Produktionspotential rascher auf Veränderungen im Investitionsverhalten. Die Auslastung wird für den Zeitraum ab Ende der 60er Jahre als Folge des geringeren

Schaubild 13



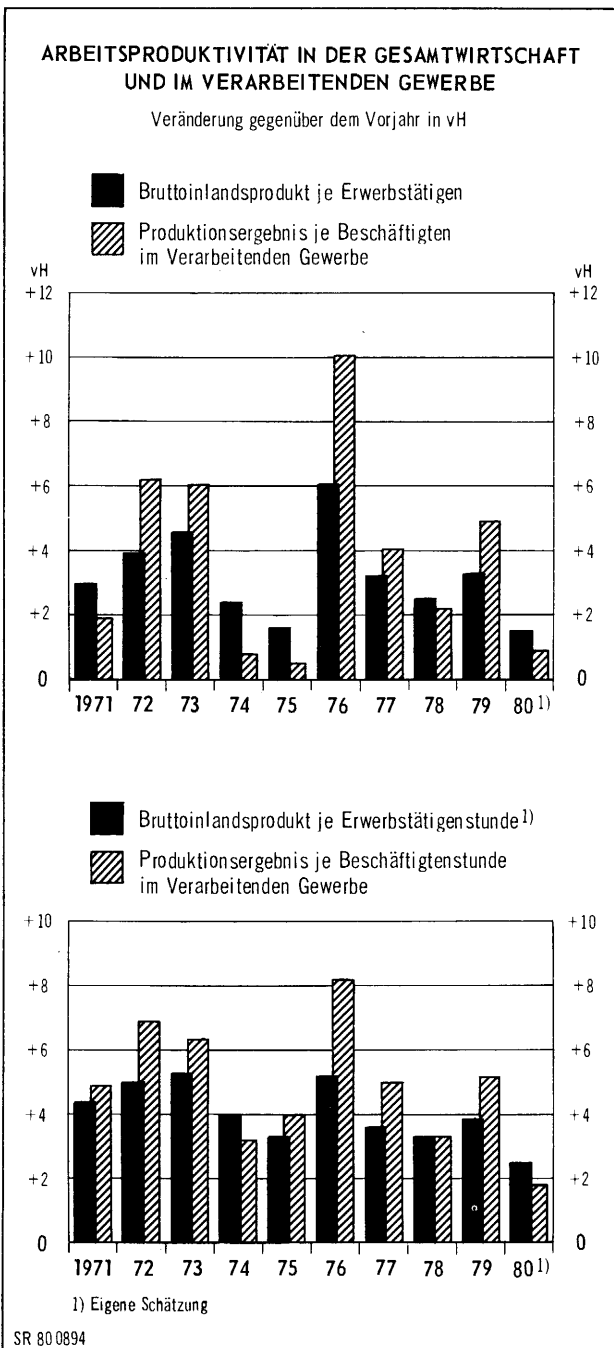
Potentialwachstums zunehmend höher ausgewiesen als nach der alten Rechnung. Für 1978, dem letzten Jahr, für das Berechnungen nach beiden Versionen vorliegen, wurde für das verarbeitende Gewerbe nunmehr eine Auslastung von rund 93 vH ermittelt; die frühere Schätzung hatte einen Wert von 88 vH ergeben. Für das Jahr 1979 wird nach der neuen Rechnung sogar eine höhere Auslastung geschätzt als für das Boomjahr 1970. Das Verlaufsmuster ist durch die Revision indes unverändert geblieben; es stimmt auch weiterhin mit dem Ergebnis der Unternehmensbefragungen durch das Ifo-Institut überein (Schaubild 13).

98. In unserer Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials gehen wir davon aus, daß tatsächliche Produktion und Produktionsmöglichkeiten nur im Unternehmenssektor, dieser ohne die Wohnungswirtschaft gerechnet, auseinanderfallen; für die übrigen Bereiche wird angenommen, daß ihr Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung gleichbedeutend mit ihren Produktionsmöglichkeiten ist. Dies bringt es mit sich, daß die Kapazitätsauslastung im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft höher veranschlagt wird als die Auslastung der Fertigungsanlagen im Unternehmenssektor und insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, in dem die Abschwächung der Produktion 1980 überdies stärker ausgeprägt ist als in den meisten anderen Unternehmensbereichen.

99. Die seit dem Frühjahr wieder rückläufige Kapazitätsauslastung und das Bemühen vieler Unternehmen, Personal trotz der verschlechterten Lage weiter zu beschäftigen, ließen das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen das Jahr über nurmehr wenig ansteigen. Im Jahresdurchschnitt war die so gemessene Arbeitsproduktivität lediglich um 1 $\frac{1}{2}$ vH höher als im Vorjahr. Je Arbeitsstunde ge-

rechnet wurde rund 2 1/2 vH mehr produziert; denn die Arbeitszeit, die im Durchschnitt geleistet wurde, ging weiter zurück, weil die Beschäftigten länger Urlaub hatten, weniger Überstunden leisten konnten und weil wieder häufiger Kurzarbeit eingeführt wurde. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Produktivität im Laufe des Jahres 1980 sogar gesunken; im Vergleich zum Vorjahr ist das Produktionsergebnis je Beschäftigten (+ 1 vH) wie je Arbeitsstunde (+ 2 vH) dort weniger gestiegen als in der Gesamtwirtschaft (Schaubild 14).

Schaubild 14



Beschäftigung im Jahresverlauf wieder vermindert

100. Nachdem die Unternehmen bis zum Sommer 1980 noch zusätzliches Personal eingestellt hatten, schwächte sich in der zweiten Jahreshälfte die Nachfrage nach Arbeitskräften im Zuge der gedämpften gesamtwirtschaftlichen Entwicklung merklich ab.

Im Baugewerbe wurde der Höhepunkt der Beschäftigung bereits im ersten Vierteljahr 1980 überschritten. Seither ist die Anzahl der Arbeitnehmer in diesem Wirtschaftsbereich überdurchschnittlich zurückgegangen. Vor allem die Unternehmen des Bauhauptgewerbes beschäftigten wieder weniger Arbeitskräfte.

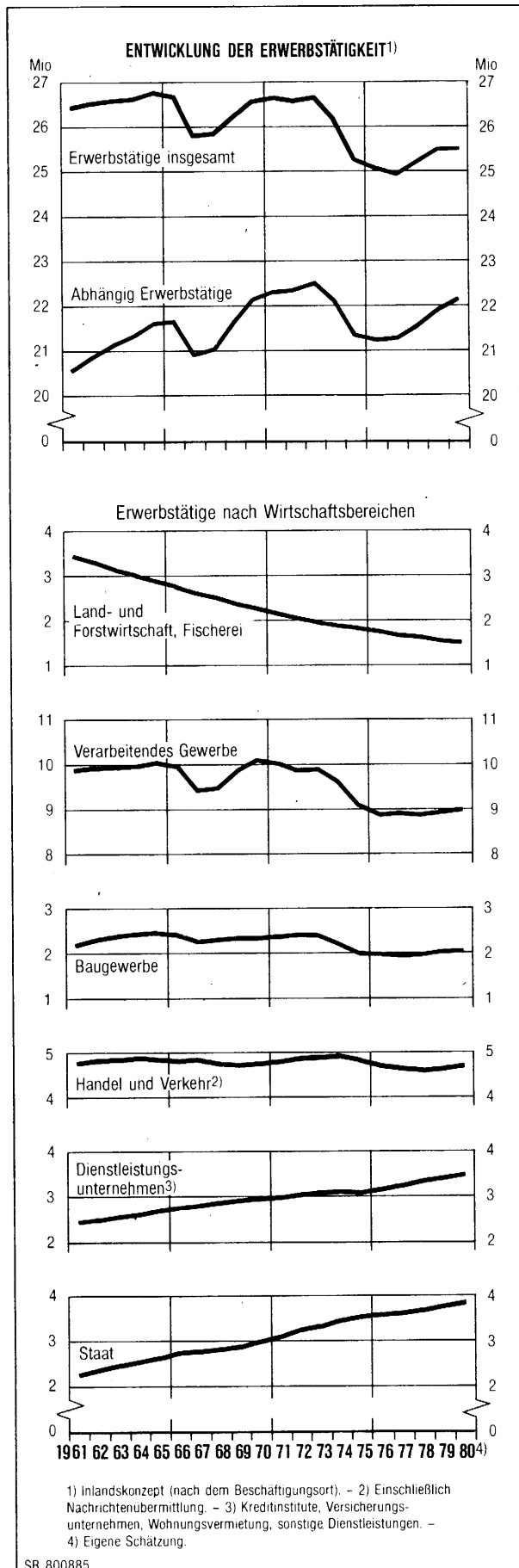
Auch im verarbeitenden Gewerbe setzte sich der Anstieg der Beschäftigtenzahl vom Frühjahr an nicht weiter fort. Seit dem Sommer haben die Unternehmen dann ihren Personalbestand verringert. Darüber hinaus war in diesem Bereich eine steigende Anzahl Personen von Kurzarbeit betroffen. Im Handel und im Verkehrsgewerbe dürfte sich die Beschäftigung ähnlich wie im verarbeitenden Gewerbe verändert haben. Die Dienstleistungsunternehmen dagegen, die sich im allgemeinen vergleichsweise geringen Nachfrageschwankungen gegenübersehen, haben das Jahr über weiterhin zusätzliches Personal eingestellt. Insgesamt waren im Herbst 1980, läßt man jahreszeitlich bedingte Schwankungen außer acht, etwa 60 000 weniger Arbeitnehmer beschäftigt als im Frühjahr. Im Durchschnitt des Jahres hatten allerdings noch rund 200 000 mehr Personen einen Arbeitsplatz als 1979, denn die Besserung auf dem Arbeitsmarkt bis zur Jahresmitte war alles in allem erheblich stärker ausgeprägt als die anschließende Verschlechterung (Schaubild 15).

101. Die Anzahl der Selbständigen ist in letzter Zeit erstmals seit längerem wieder angestiegen. Nachdem es im Dienstleistungssektor schon in den vergangenen Jahren zu einer Zunahme gekommen war, wurden nunmehr auch im verarbeitenden Gewerbe und im Handel, wo zuvor ein besonders kräftiger Rückgang eingetreten war, wieder mehr Selbständige gezählt. Ein stärkerer Wunsch zur selbständigen beruflichen Tätigkeit, vielfältige Hilfen zur Existenzgründung, in manchen Fällen auch Schwierigkeiten, eine Beschäftigung als Arbeitnehmer zu finden, mögen zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Die Anzahl der mithelfenden Familienangehörigen ist dagegen weiter zurückgegangen, und zwar stärker, als die Anzahl der Selbständigen stieg. Dies hängt im wesentlichen mit dem Schrumpfen des landwirtschaftlichen Sektors zusammen, wo der größte Teil der Mithelfenden arbeitet.

Die Anzahl aller Erwerbstätigen, also die Anzahl der abhängig Beschäftigten, der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zusammen, war 1980 im Durchschnitt mit 25,7 Millionen Personen um etwa 170 000 Personen größer als 1979.

102. Die im Jahresverlauf verminderten Beschäftigungschancen ließen die Arbeitslosigkeit 1980 wieder zunehmen. Da in der ersten Jahreshälfte die

Schaubild 15



Arbeitslosigkeit geringer war als ein Jahr zuvor, wurden im Jahresdurchschnitt indes nicht viel mehr Arbeitslose gezählt als 1979, nämlich rund 890 000 Personen nach 876 000 Personen im letzten Jahr. Daß es mehr — und nicht weniger — waren, obwohl die Unternehmen 1980 im Durchschnitt mehr Personal beschäftigten als 1979, hängt damit zusammen, daß die Anzahl der Personen, die berufstätig sein möchten, weiter gestiegen ist. Die Gruppe der Schulabgänger, die eine Beschäftigung oder einen beruflichen Ausbildungsplatz suchen, war zwar nicht größer als im vergangenen Jahr; es sind aber weniger Personen als zuvor in den Ruhestand getreten. Außerdem hat der Anteil der Frauen, die eine Beschäftigung wünschen, vermutlich abermals zugenommen.

103. Die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen bilden zusammen mit der Gruppe der Personen, die eine Arbeit suchen, aber nicht als arbeitslos gemeldet sind (Stille Reserve), das Erwerbspersonenpotential. Es wird nach einer Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf etwas über 27 Mio Personen beziffert. Im Vergleich zu 1979 sind dies etwa 240 000 Personen mehr. Da im Jahresdurchschnitt die Anzahl der Erwerbstätigen um rund 170 000 Personen größer war als im vorangehenden Jahr und die Anzahl der Arbeitslosen nur wenig zugenommen hat, vergrößerte sich die Stille Reserve nach dieser Rechnung wieder; ihr können insgesamt über 600 000 Personen zugerechnet werden (Tabelle 15). Die Schätzung des Erwerbspersonenpotentials und damit auch die der Stillen Reserve ist allerdings mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Zu wenig ist darüber bekannt, wie viele Personen insgesamt tatsächlich berufstätig sein wollen. Man ist daher weitgehend auf Trendfortschreibungen und Plausibilitätsüberlegungen angewiesen.

104. Vom Tiefpunkt des Beschäftigungsstandes Anfang 1976 bis zur ersten Jahreshälfte 1980 hat die Anzahl der Erwerbstätigen um mehr als 600 000 Personen zugenommen, und die Anzahl der abhängig Beschäftigten ist um knapp eine Million gestiegen. Am stärksten wurde die Beschäftigung in den Dienstleistungsunternehmen ausgeweitet (+ 500 000 Personen). Im verarbeitenden Gewerbe arbeiteten in diesem Frühjahr etwa 150 000 mehr Personen als vor vier Jahren. Der Handel beschäftigte ebenfalls etwa 150 000 mehr Arbeitnehmer; in diesem Bereich hat aber zugleich die Anzahl der Selbständigen und Mithelfenden überdurchschnittlich abgenommen. Die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen haben ihr Personal in den letzten vier Jahren um rund 130 000 Personen erhöht. In den meisten anderen Sektoren ist die Beschäftigung vergleichsweise wenig gestiegen. Die unterschiedliche Entwicklung spiegelt nicht nur Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfragestruktur wider, sondern auch die unterschiedlichen Möglichkeiten der einzelnen Sektoren, die Produktivität zu steigern. Ein erheblicher Anteil des zusätzlichen Personals waren Lehrlinge; im Jahre 1980 befanden sich etwa 330 000 mehr Jugendliche in einer Berufsausbildung als vier Jahre zuvor.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ¹⁾

Jahr	Erwerbs- personen- potential ²⁾	Erwerbstätige			Arbeits- lose	Stille Reser- ve ³⁾	Kurz- arbeiter	Offene Stellen	Arbeits- losen- quote ⁴⁾
		Abhängige		Selb- ständige ⁵⁾					
		zusammen	darunter Aus- länder ⁶⁾						
1000									vH
1960	26 398	20 090	279	5 990	271	47	3	465	1,3
1961	26 622	20 580	507	5 861	181	—	3	552	0,9
1962	26 689	20 876	629	5 658	155	—	4	574	0,7
1963	26 782	21 113	773	5 483	186	—	11	555	0,9
1964	26 787	21 349	902	5 269	169	—	2	609	0,8
1965	26 916	21 639	1 119	5 130	147	—	1	649	0,7
1966	26 890	21 650	1 244	5 036	161	43	16	540	0,7
1967	26 539	20 921	1 014	4 896	459	263	143	302	2,1
1968	26 300	21 054	1 019	4 785	323	138	10	488	1,5
1969	26 419	21 636	1 366	4 604	179	—	1	747	0,8
1970	26 719	22 148	1 807	4 422	149	—	10	795	0,7
1971	26 916	22 328	2 128	4 311	185	92	86	648	0,8
1972	26 973	22 360	2 285	4 220	246	147	76	546	1,1
1973	27 077	22 500	2 425 ⁷⁾	4 148	273	156	44	572	1,2
1974	26 943	22 092	2 323 ⁷⁾	4 063	582	206	292	315	2,6
1975	26 820	21 329	2 061	3 937	1 074	480	773	236	4,8
1976	26 654	21 233	1 925	3 800	1 060	561	277	235	4,7
1977	26 636	21 296	1 872	3 697	1 030	613	231	231	4,6
1978	26 765	21 556	1 857	3 625	993	591	191	246	4,4
1979	26 949	21 924	1 924	3 570	876	579	88	304	3,8
1980 ⁸⁾	27 187	22 130	1 940	3 535	887	635	130	303	3,9

¹⁾ Abgrenzung nach dem Inlandskonzept; Jahresdurchschnitte.

²⁾ Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

³⁾ 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.

⁴⁾ Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.

⁵⁾ Geschätztes Erwerbspersonenpotential abzüglich Erwerbstätige und Arbeitslose.

⁶⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept.

⁷⁾ Eigene Schätzung (ausgenommen Erwerbspersonenpotential).

Quelle: BA (ausgenommen Erwerbstätige und Arbeitslosenquote)

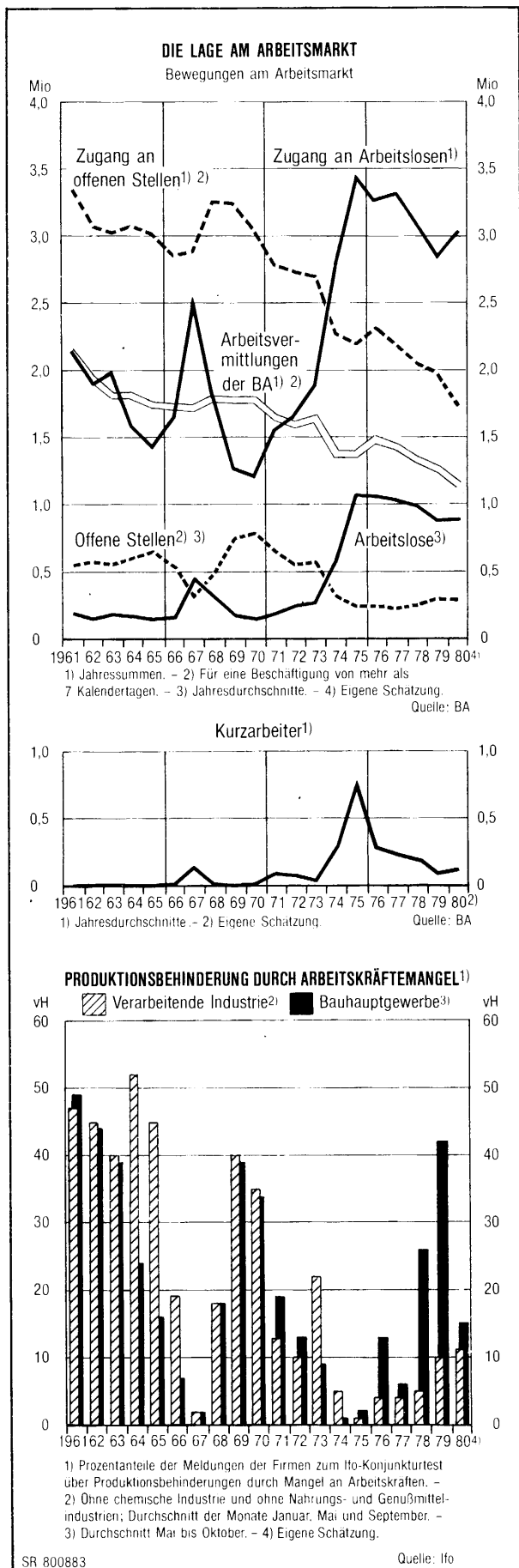
III. Wieder größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt

105. Im Verlauf des Jahres 1980 hat sich das Klima auf dem Arbeitsmarkt, das sich in den beiden vergangenen Jahren deutlich verbessert hatte, wieder verschlechtert. Zwar stieg die Beschäftigung noch bis zum Sommer dieses Jahres an, doch schon im Herbst vergangenen Jahres war der allmähliche Rückgang der Arbeitslosigkeit, sieht man von saisonalen Schwankungen ab, zum Stillstand gekommen, und die Arbeitslosenquote von rund 3,6 vH verringerte sich bis zum Frühjahr nicht weiter. Danach hat die Anzahl der Arbeitslosen bei zurückgehendem Stellenangebot zugenommen, die Arbeitslosenquote

ist saisonbereinigt auf 4,1 vH gestiegen, und es mußten mehr Betriebe als im gleichen Zeitraum des Vorjahres Kurzarbeit einführen (Schaubild 16).

Für Arbeitslose, die zu den Problemgruppen gezählt werden, wird es noch schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden, da zunehmend Arbeitskräfte arbeitslos werden, die im allgemeinen im Wettbewerb um freie Stellen bessere Chancen haben. Frauen, die Teilzeitarbeit suchten, Behinderte und Ältere, wie auch Personen ohne Berufsausbildung hatten es selbst während der Zeit zurückgehender Arbeitslosigkeit besonders schwer, eine Stelle zu bekommen. Die Arbeitsmarktpolitik ist also noch mehr als bisher gefordert, wenngleich ihre Möglichkeiten nicht überschätzt werden sollten.

Schaubild 16



Steigende Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf

106. Im Frühjahr 1980 belebte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften weniger als sonst um diese Jahreszeit. Viele Unternehmen hielten sich offenbar mit Einstellungen zurück. Mit Beginn der Ferienzeit wurden wieder mehr Entlassungen ausgesprochen. Auch der übliche Herbstaufschwung nach der Sommerpause hielt sich in engen Grenzen. Ende Oktober waren 888 000 Personen, 3,8 vH der Arbeitnehmer, arbeitslos. Das waren rund 126 000 mehr als im gleichen Monat im vergangenen Jahr. Ohne Saisoneinflüsse entspricht dies etwa einer Anzahl von 955 000 Arbeitslosen. Gleichzeitig waren 189 000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen. Im Oktober 1979 waren es nur 61 000 gewesen. Die Anzahl der offenen Stellen lag bei 275 000, das sind 10¹/₂ vH weniger als im Jahr zuvor.

Die Anzahl der Arbeitslosen hat im Verlauf dieses Jahres nicht viel stärker zugenommen, als sie sich im Verlauf des vergangenen Jahres verringert hatte. Somit waren im Jahresdurchschnitt 1980 mit knapp 890 000 nur wenig mehr Personen arbeitslos als 1979.

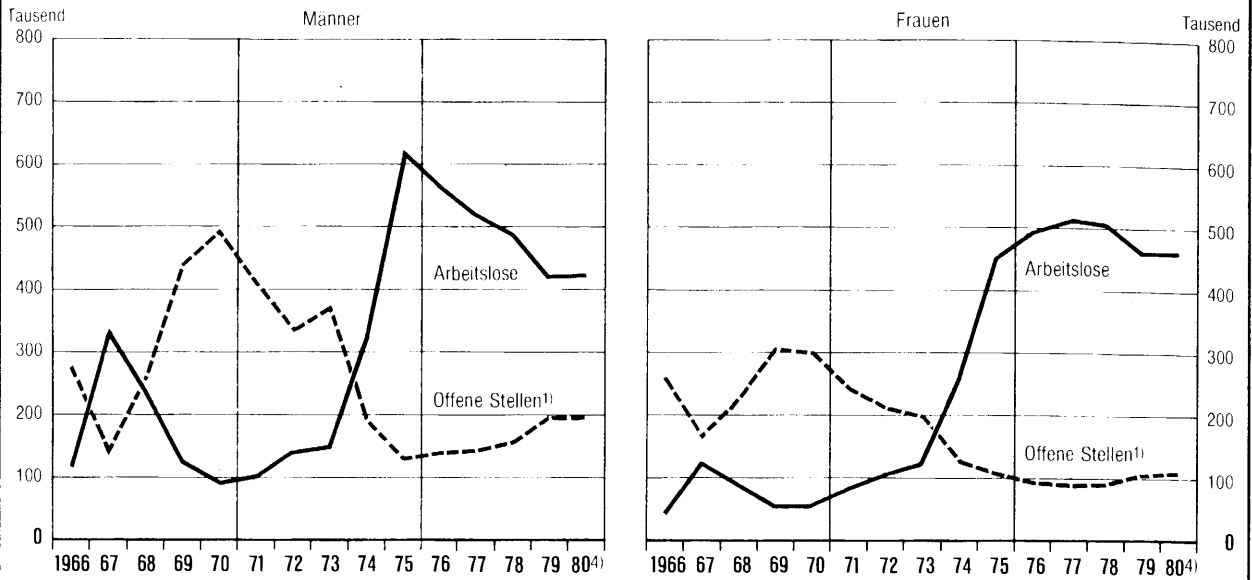
107. Am frühesten und am deutlichsten wurde die Verschlechterung des Klimas am Arbeitsmarkt für die Bauarbeiter und für die Metallarbeiter spürbar.

Bei den Bauarbeitern, deren Beschäftigungslage sich im vergangenen Jahr besonders deutlich verbessert hatte, war die Arbeitslosigkeit schon seit Jahresbeginn höher als im Vorjahr, wenngleich sie immer noch bei weitem niedriger blieb als im Durchschnitt der Jahre davor. Trotz der im Frühjahr noch lebhaften Auftragseingänge stellte vor allem das Bauhauptgewerbe schon zu dieser Zeit weniger Arbeitskräfte ein, als es im Winter entlassen hatte, so daß diese Berufsgruppe die erste war, für die mehr Arbeitslose und weniger offene Stellen gemeldet wurden als im Jahr zuvor (Schaubild 17). Besonders betroffen waren hiervon die Bauwerker und Bauhilfsarbeiter, weniger hingegen die Baufacharbeiter. Diese Entwicklung setzte sich auch im weiteren Verlauf des Jahres fort. Nur verhältnismäßig wenig wurde von der Bauindustrie die Möglichkeit zur Kurzarbeit genutzt.

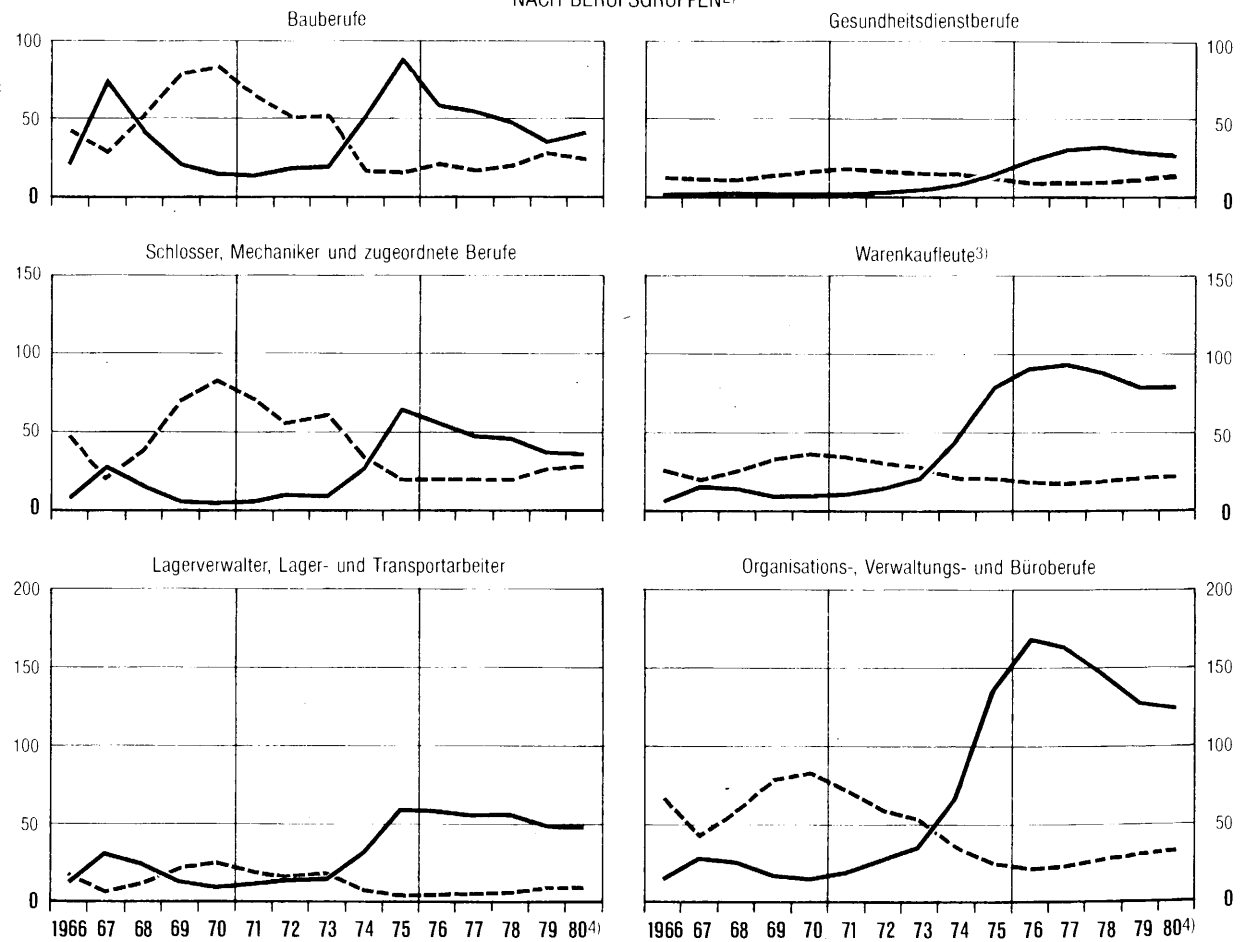
108. Die Entwicklung bei den Metallarbeitern wurde vor allem durch die Veränderung der Beschäftigungslage in der Automobilindustrie geprägt. Diese Veränderung war allerdings recht uneinheitlich. Eine Reihe von Betrieben, insbesondere diejenigen, die kleinere Personenkraftwagen mit geringem Benzinverbrauch produzieren, stellten noch bis in den Sommer hinein Arbeitskräfte ein; andere Betriebe, die bisweilen zu demselben Unternehmen gehören, mußten kurzarbeiten und dann auch ihre Belegschaft verringern. Wo sich ein größerer Personalabbau als unumgänglich erwies, wurde den Arbeitskräften, die sich bereiterklärten, eine Kündigung anzunehmen, eine Abfindung angeboten. Diese Möglichkeit wurde vielfach von jüngeren Arbeitnehmern angenommen, wohl weil sie mit nur geringen Schwierigkeiten rechnen, einen neuen Arbeitsplatz

Schaubild 17

ARBEITSLOSE UND OFFENE STELLEN¹⁾



NACH BERUFSGRUPPEN²⁾



1) Die seit Dezember 1978 gesondert nachgewiesenen offenen Stellen für Männer oder Frauen wurden je zur Hälfte den offenen Stellen nur für Männer und den offenen Stellen nur für Frauen zugeschlagen. - 2) Männer und Frauen. - 3) Verkäufer, Handelsvertreter, Reisende u. a. - 4) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

zu finden, aber auch von ausländischen Arbeitnehmern, die die Absicht gehabt haben, in ihre Heimat zurückzukehren, sowie von älteren Arbeitnehmern, die nach einjähriger Dauer der Arbeitslosigkeit vorgezogenes Altersruhegeld beziehen können. Einige Unternehmen boten ihren Beschäftigten eine Stelle

an einem anderen Ort an. Diese Möglichkeit wurde aber nur in geringem Umfang genutzt, teilweise auch dann nicht, wenn den Mitarbeitern eine Abfindung in gleicher Höhe wie den ausscheidenden, eine Umzugsbeihilfe und eine Beschäftigungsgarantie für zwei Jahre angeboten wurde. Die Beschäfti-

Tabelle 16

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	Mai									
	1976		1977		1978		1979		1980	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	954	100	946	100	913	100	776	100	767	100
Männer	500	52,4	465	49,1	439	48,1	345	44,5	353	46,0
Frauen	454	47,6	482	50,9	474	51,9	431	55,5	414	54,0
Nach Nationalität										
Deutsche	852	89,3	852	90,0	810	88,7	688	88,7	662	86,3
Ausländer	102	10,7	94	10,0	103	11,3	88	11,3	105	13,7
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	429	45,0	432	45,7	406	44,5	346	44,6	335	43,8
ohne Abschluß	525	55,0	514	54,3	507	55,5	430	55,4	431	56,2
Stellung im Beruf										
Facharbeiter			128	13,5	128	14,0	97	12,5	94	12,3
Nichtfacharbeiter			444	46,9	444	48,6	382	49,3	381	49,7
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit			228	24,1	216	23,7	187	24,1	183	23,8
mit einfacher Tätigkeit			147	15,5	125	13,7	110	14,1	109	14,2
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	787	82,4	762	80,5	730	80,0	604	77,9	610	79,5
Teilzeitarbeit	168	17,6	185	19,5	183	20,0	171	22,1	157	20,5
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	230	24,1	237	25,0	263	28,8	262	33,8	266	34,7
darunter: Schwerbehinderte	37	3,9	44	4,7	52	5,7	60	7,8	65	8,5
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit										
unter 1 Monat	110	11,6	123	13,0	106	11,6	100	12,9	112	14,6
1 bis unter 3 Monate	218	22,9	227	24,0	206	22,5	176	22,7	192	25,0
3 bis unter 6 Monate	199	20,8	201	21,2	214	23,5	154	19,9	160	20,8
6 bis unter 12 Monate	266	27,9	224	23,7	185	20,2	182	23,5	160	20,8
1 bis unter 2 Jahre	130	13,6	113	11,9	112	12,3	96	12,4	81	10,5
2 Jahre und länger	30	3,2	59	6,2	91	9,9	67	8,6	63	8,2
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	85	8,9	87	9,2	77	8,4	58	7,4	55	7,2
20 bis unter 25 Jahre	160	16,7	164	17,3	157	17,2	127	16,4	124	16,1
25 bis unter 45 Jahre	445	46,6	436	46,1	418	45,8	344	44,3	339	44,2
45 bis unter 55 Jahre	153	16,1	148	15,6	142	15,6	122	15,8	120	15,6
55 bis unter 60 Jahre	60	6,3	72	7,6	84	9,2	94	12,1	95	12,3
60 Jahre und älter	51	5,4	39	4,1	34	3,7	31	3,9	34	4,4
Mit Sozialplan							18	2,4	19	2,5
Leistungen nach dem Arbeitsförderungs- förderungsgesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	492	51,6	430	45,5	390	42,7	301	38,8	280	36,6
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	149	15,6	146	15,4	146	16,0	114	14,7	102	13,3
Leistungen beantragt	200	21,0	223	23,5	207	22,7	188	24,2	212	27,7
keine Leistungen	113	11,8	147	15,5	170	18,6	173	22,3	172	22,5
Nachrichtlich: Vor der Arbeits- losigkeit in schulischer Ausbildung			35	3,7	28	3,1	24	3,1	23	3,1

Quelle: BA

gungsprobleme der Automobilindustrie griffen im Verlauf des Jahres zunehmend auch auf verschiedene Zulieferbetriebe über. Die Anzahl der arbeitslosen Montierer und Metallhilfsarbeiter, die im ersten Halbjahr 1980 noch gesunken war, stieg wieder merklich an. Die Anzahl der Arbeitslosen in den qualifizierten Elektrikerberufen erhöhte sich kaum, wohl weil viele Unternehmen dieser Branche wegen der Erfahrung des Facharbeitermangels im vergangenen Jahr bemüht waren, die Fachkräfte zu halten.

109. Im späteren Verlauf des Jahres nahm die Arbeitslosigkeit überall zu. Besonders Arbeiter waren davon betroffen. Die weiterhin verhältnismäßig rege Nachfrage der Investitionsgüterhersteller nach Arbeitern konnte die Abschwächung in anderen Wirtschaftszweigen nicht aufwiegen. Mit Ausnahme der Verkäufer im Handel war zuletzt die Entwicklung für die Angestellten weniger ungünstig. Vor allem in einigen Dienstleistungsberufen lag die Anzahl der arbeitslosen Angestellten nur wenig über dem Stand von 1979.

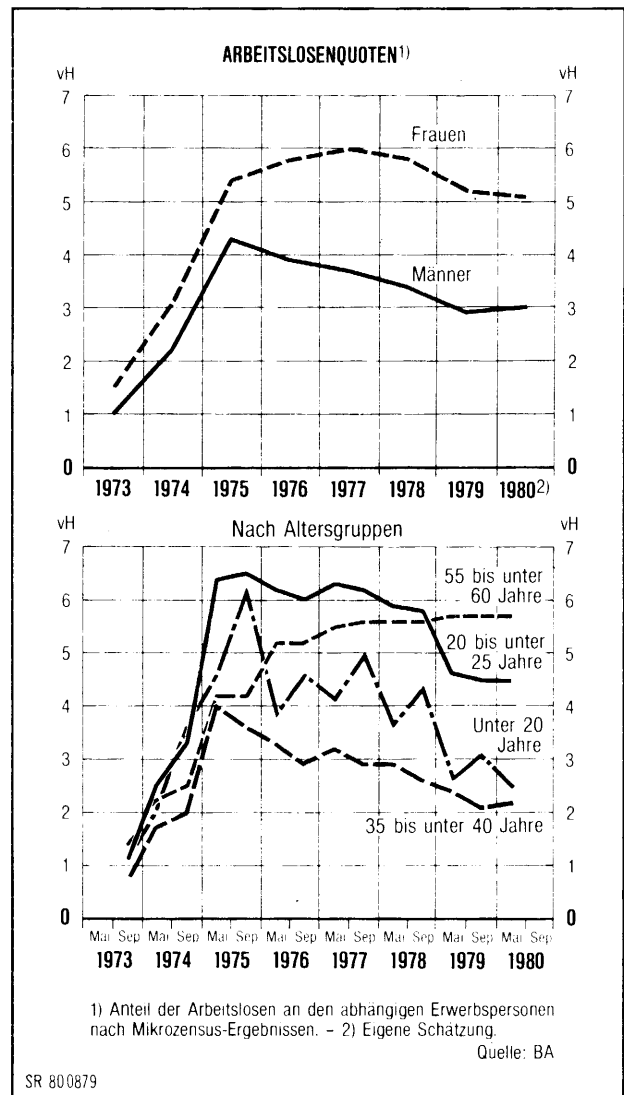
110. Die zunehmende Arbeitslosigkeit verdeckt allerdings, daß die Nachfrage nach Facharbeitern und qualifizierten Angestellten in vielen Bereichen noch groß ist. So lag im Mai 1980 in 74 von insgesamt 328 Berufen (im Vergleich zu 63 Berufen im Mai 1979 und zu 40 Berufen im Mai 1978) die Anzahl der offenen Stellen für Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung über der Anzahl der entsprechenden Arbeitslosen. Den rund 59 000 Arbeitslosen (rund 8 vH aller Arbeitslosen), die in diesen 74 Berufen ausgebildet waren, standen etwa 105 000 offene Stellen gegenüber, das entsprach gut 30 vH aller gemeldeten offenen Stellen. Gegenüber Mai 1979 hatte auch der Anteil der offenen Stellen für Facharbeiter, die für längere Zeit unbesetzt blieben, weiter zugenommen. Insofern spricht vieles für eine Verschärfung der strukturellen Probleme.

Aus einer kürzlich veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht hervor, daß in der Vergangenheit viele Unternehmen bereit waren, ungelernete oder in anderen Berufen ausgebildete Arbeitnehmer einzustellen und zu qualifizieren, wenn sie nicht die gewünschten Arbeitskräfte bekommen konnten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung findet auch bemerkenswert, wie hoch der Anteil der Arbeitslosen ist, die bereit sind, ihren Beruf zu wechseln.

111. Knapp zwei Fünftel der Erwerbstätigen haben derzeit keine abgeschlossene Berufsausbildung. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren ständig gesunken. Hingegen sind unter den Arbeitslosen fast drei Fünftel ohne Berufsausbildung, und dieser Anteil ist seit Jahren fast unverändert (Tabelle 16). Sogar gestiegen ist der Anteil der ungelernen Arbeitslosen, die nicht noch aus anderen Gründen als schwer vermittelbar gelten. Im Mai 1980 betrug er rund 28 vH, im Vorjahr waren es 25 vH. Diese Tendenz dürfte sich im Verlauf des Jahres noch verstärkt haben.

Auch eine neuere Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommt wieder

Schaubild 18



zu dem Ergebnis, daß diese Personengruppe größere Schwierigkeiten hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Weitaus häufiger als für andere endete die Arbeitslosigkeit für Personen ohne berufliche Ausbildung nicht damit, daß sie eine neue Stelle antraten, sondern daß sie die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgaben. Dies dürfte vor allem für Frauen und ältere Arbeitnehmer gelten (Ziffer 114).

112. Auch in diesem Jahr lag die Arbeitslosenquote der Frauen mit über 5 vH im Durchschnitt noch immer weitaus höher als die der Männer (Schaubild 18). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres war jedoch bei den Frauen deutlich schwächer ausgeprägt.

Dies ist vor allem Ausdruck einer besonderen Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den Frauen, die Teilzeitarbeit suchen. Ihre Anzahl ging, wenngleich hier die Arbeitslosenquote mit 11,9 vH immer noch extrem hoch ist, bis zum Sommer noch leicht zurück und stieg auch danach nur wenig an. Unklar ist, ob der Verzicht nach einer zum Teil langen und vergeblichen Arbeitssuche oder ein steigendes Angebot an Stellen für Teilzeitkräfte eine größere Rolle gespielt

haben. Ins Gewicht fällt wohl auch, daß seit dem 1. Juli 1979 Mütter nach der Geburt eines Kindes die Möglichkeit haben, einen sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub zu nehmen. Etwa 90 vH der berechtigten Frauen haben ihn in Anspruch genommen. Da üblicherweise vor allem Mütter mit kleinen Kindern halbtags arbeiten und sie jetzt nach der Geburt eines Kindes längere Zeit zu Haus bleiben, könnte diese Maßnahme dazu beigetragen haben, die Nachfrage nach Teilzeitstellen zu verringern. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schätzt, daß dadurch insgesamt der Arbeitsmarkt im Jahresdurchschnitt um etwas mehr als 20 000 Personen entlastet wird.

113. Eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt trifft oftmals vor allem Arbeitssuchende, die vorher nicht berufstätig waren. Angaben, die bis in die jüngste Zeit reichen, liegen allerdings nur für jugendliche Arbeitslose vor.

Im Oktober 1980 waren etwa 77 000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos, rund 24 vH mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote lag hier mit 3,4 vH etwas unter der aller Arbeitslosen (3,8 vH). Nicht als arbeitslos zählen Bewerber, die ausschließlich einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz suchen.

Es läßt sich nicht verkennen, daß es Berufsanfänger in diesem Herbst schwerer als noch vor einem Jahr hatten, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Anzahl der jugendlichen Arbeitslosen ohne jegliche Berufserfahrung ist stark gestiegen. Besonders gilt dies für junge Leute ohne Ausbildung. Ausländische Jugendliche ohne Berufsausbildung haben es am schwersten. Die geringsten Arbeitsplatzprobleme gibt es nach wie vor bei Hochschulabsolventen.

114. Weniger stark stieg zunächst die Anzahl der Arbeitslosen, die zuvor beschäftigt waren. Dies gilt vor allem für schwerbehinderte Arbeitnehmer, für die ein besonderer Kündigungsschutz besteht, sowie für Arbeitnehmer im Alter von 59 Jahren und älter. Im Oktober 1980 waren 16¹/₂ vH mehr Personen ohne Arbeit als im Oktober 1979, die Anzahl der Arbeitslosen im Alter von 59 Jahren und darüber lag dagegen nur 7¹/₂ vH höher als 1979, die Anzahl der arbeitslosen Schwerbehinderten 10¹/₂ vH. Allerdings bedeutet dies nicht, daß sich die Beschäftigungsprobleme für diese Personen verringert haben. Denn sind Ältere oder Schwerbehinderte einmal arbeitslos, so finden sie nur schwer eine neue Stelle. Sie sind länger arbeitslos als andere, und vielfach werden sie überhaupt nicht wieder erwerbstätig.

Tabelle 17

Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken
Ende Oktober

Landesarbeitsamtsbezirk	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Arbeitslosenquote in vH								
Schleswig-Holstein/Hamburg	1,3	2,9	4,5	4,3	4,4	4,3	3,4	3,9
Niedersachsen/Bremen	1,6	3,4	5,3	4,9	5,2	4,8	4,0	4,7
Nordrhein-Westfalen	1,5	3,4	4,8	4,5	4,8	4,8	4,1	4,7
Hessen	1,0	2,9	4,5	3,9	3,6	3,2	2,5	3,0
Rheinland-Pfalz/Saarland	1,3	3,5	5,3	4,7	4,9	4,5	3,7	4,3
Baden-Württemberg	0,6	2,0	3,7	2,9	2,7	2,3	1,9	2,3
Nordbayern	1,0	2,8	5,3	4,6	4,4	3,9	3,2	3,7
Südbayern	1,1	2,8	4,3	3,7	3,5	3,1	2,6	2,9
Berlin (West)	1,0	2,1	3,6	3,3	4,2	4,2	3,6	4,1
Bundesgebiet	1,2	3,0	4,6	4,1	4,2	3,9	3,3	3,8
Abweichung der Regionalquoten von der Quote des Bundesgebiets in Prozentpunkten								
Schleswig-Holstein/Hamburg	+0,1	-0,1	-0,1	+0,2	+0,2	+0,4	+0,1	+0,1
Niedersachsen/Bremen	+0,4	+0,4	+0,7	+0,8	+1,0	+0,9	+0,7	+0,9
Nordrhein-Westfalen	+0,3	+0,4	+0,2	+0,4	+0,6	+0,9	+0,8	+0,9
Hessen	-0,2	-0,1	-0,1	-0,2	-0,6	-0,7	-0,8	-0,8
Rheinland-Pfalz/Saarland	+0,1	+0,5	+0,7	+0,6	+0,7	+0,6	+0,4	+0,5
Baden-Württemberg	-0,6	-1,0	-0,9	-1,2	-1,5	-1,6	-1,4	-1,5
Nordbayern	-0,2	-0,2	+0,7	+0,5	+0,2	±0	-0,1	-0,1
Südbayern	-0,1	-0,2	-0,3	-0,4	-0,7	-0,8	-0,7	-0,9
Berlin (West)	-0,2	-0,9	-1,0	-0,8	±0	+0,3	+0,3	+0,3
Summe der (absolut genommenen) Abstände vom Bundesdurchschnitt	2,2	3,8	4,7	5,1	5,5	6,2	5,3	6,0

Quelle: BA

Bei Älteren entspricht es häufig dem eigenen Wunsch, nach einer längeren Arbeitslosigkeit vorzeitig in den Ruhestand zu treten, zumal wenn sie gleichzeitig durch Leistungen nach einem betrieblichen Sozialplan einen besonderen Anreiz hierfür erhalten oder wenn sie Möglichkeiten des Nebenerwerbs sehen. Allerdings wird es vielen älteren Arbeitnehmern von den Unternehmen nahegelegt, einer Kündigung zuzustimmen. Keine Wahl haben die, die wegen einer Betriebsaufgabe entlassen werden.

115. Im Jahre 1979 waren die regionalen Unterschiede in den Arbeitslosenquoten erstmals seit langem kleiner geworden. Dies setzte sich 1980 nicht weiter fort. Die Unterschiede sind jetzt wieder etwa so groß wie 1978. Nach der Sommerpause wurde deutlich, daß sich vor allem in den strukturschwachen Gebieten die Beschäftigungslage verschlechtert hatte. Dort, wo die Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr sehr viel höher gelegen hatte als im Durchschnitt, in Niedersachsen und Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, war im Oktober dieses Jahres der Vorjahresabstand noch etwas größer als in den anderen Regionen (Tabelle 17). Nicht zuletzt die kräftige Abschwächung in der Automobilindustrie wird hier eine Rolle gespielt haben. Sie dürfte auch für die Entwicklung in Hessen und in Baden-Württemberg von Bedeutung gewesen sein. In diesen beiden Regionen waren die Beschäftigungsprobleme in der Vergangenheit weniger groß gewesen. Nun nahm hier die Arbeitslosenquote fast ebenso stark zu wie im

Bundesdurchschnitt. Gleichwohl blieb das Niveau der Arbeitslosigkeit hier immer noch vergleichsweise niedrig. Auffällig schwächer als im übrigen Bundesgebiet stieg die Arbeitslosenquote nur in Südbayern, wo ebenfalls die Beschäftigungslage schon seit geraumer Zeit relativ günstig gewesen war. Der hohe Anteil der Arbeitnehmer im Dienstleistungsgewerbe, das im allgemeinen nicht allzu sehr von konjunkturellen Schwankungen betroffen ist, sowie die gute Beschäftigungslage in München und Umgebung, fallen hier ins Gewicht.

Ausbildungschancen weiter verbessert

116. In diesem Jahr suchten den Angaben des Berufsbildungsberichtes zufolge rund 670 000 Jugendliche eine Lehrstelle, gut 1 vH mehr als im Vorjahr (Tabelle 18). Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze liegt mit rund 700 000 schätzungsweise um 3 1/2 vH über dem Niveau des Vorjahres. Das Angebot ist somit etwa 4 vH größer als die Nachfrage. Dies bedeutet zwar eine weitere Annäherung an den im Ausbildungsplatzförderungsgesetz vorgesehenen Angebotsüberhang von mindestens 12 1/2 vH; erreicht wird dieses Ziel aber auch 1980 nicht. Regionale und berufliche Ungleichgewichte sind nach wie vor gegeben.

117. Den Arbeitsämtern lagen bis Ende September 502 000 Angebote an betrieblichen Ausbildungsplät-

Tabelle 18

Angebote und nachgefragte Ausbildungsplätze

1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge ¹⁾	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nichtvermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsplätzen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (1) + (3)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1972	456 ^{a)}	182	.	638	.
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	499	18	28	517	527
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	26	624	629
1979	640	37	20	677	660
1980	650 ^{b)}	46	18	696 ^{b)}	668 ^{b)}

¹⁾ Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.

²⁾ Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.

³⁾ Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.

^{b)} Eigene Schätzung.

zen vor, knapp 13 vH mehr als im Vorjahr. Diese kräftige Zunahme beruht wohl teilweise darauf, daß die Unternehmen in größerem Umfang als früher die Vermittlung der Arbeitsämter in Anspruch nehmen; die Bundesanstalt für Arbeit schätzt, daß ihr in diesem Jahr 72 vH aller Lehrstellen gemeldet wurden, gegenüber 66 vH im vergangenen Jahr. Vieles spricht aber auch dafür, daß der in den letzten Jahren spürbar gewordene Mangel an Fachkräften eine Reihe von Unternehmen veranlaßt hat, mehr Jugendliche als früher auszubilden. Hinzu kommt, daß die Bemühungen der Kammern, das Ausbildungsplatzangebot zu verbessern, nicht ohne Erfolg geblieben sind. Insgesamt errechnet sich ein Angebot von rund 700 000 neu zu besetzenden Ausbildungsstellen.

118. Ebenso wie die Anzahl der insgesamt angebotenen Ausbildungsplätze stellt die Anzahl der Bewerber um Ausbildungsstellen nur eine Schätzung dar. Den Berechnungen im Berufsbildungsbericht über die Nachfrage liegen als Annahmen zugrunde, daß 65 vH der Haupt- und Realschulabgänger und 12 vH der Abiturienten des Jahres 1980 sowie 12 vH der Schulabgänger des Jahres 1979, die zwischenzeitlich eine Berufsfachschule besucht haben, jetzt eine betriebliche Ausbildung anstreben. Dies ergibt eine Nachfrage nach Lehrstellen von etwa 670 000. Die Annahmen bilden die Wirklichkeit nur unvollkommen ab. Nur annäherungsweise erfaßt sind die Jugendlichen, die früher die Schule verlassen und keine Ausbildung begonnen hatten, sich jetzt aber um eine Lehrstelle bemühen.

Tabelle 19

Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen¹⁾
Stand: 31. Dezember

Ausbildungsberuf	1973	1976	1977	1978	1979
Alle Auszubildende	1 330 801	1 316 562	1 397 429	1 517 373	1 644 619
darunter:					
Kraftfahrzeugmechaniker	97 080	73 284	80 373	88 633	94 313
Verkäufer(in) (1. Stufe)	76 146	69 983	75 590	84 890	90 756
Friseur	45 034	55 616	61 790	68 584	72 838
Industriekaufmann	68 866	49 667	52 149	54 748	56 576
Elektroinstallateur	60 482	50 702	46 533	48 614	54 223
Bürokaufmann	42 825	39 975	42 310	45 647	49 195
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	52 719	41 983	43 314	45 691	48 748
Maschinenschlosser	42 192	41 744	41 811	41 571	43 885
Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	14 015	25 634	30 883	37 188	42 390
Einzelhandelskaufmann (2. Stufe)	32 137	32 812	35 567	38 445	41 863
Alle männlichen Auszubildende	860 169	841 631	887 182	950 984	1 023 004
darunter:					
Kraftfahrzeugmechaniker	97 021	73 200	80 259	88 425	93 947
Elektroinstallateur	60 447	50 645	46 470	48 509	54 054
Maschinenschlosser	42 185	41 730	41 790	41 486	43 699
Tischler	16 067	26 217	29 697	34 512	39 090
Maler und Lackierer	22 368	27 114	29 705	33 749	37 251
Maurer	18 977	22 156	27 949	31 969	36 874
Gas- und Wasserinstallateur	21 107	24 919	25 898	27 895	31 998
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	31 245	26 118	26 595	27 822	29 030
Bäcker	9 710	17 657	20 660	23 193	25 544
Fleischer	11 013	18 368	20 589	22 053	23 003
Alle weiblichen Auszubildende	470 632	474 931	510 247	566 389	621 615
darunter:					
Verkäuferin (1. Stufe)	62 650	54 098	59 205	67 767	72 408
Friseurin	43 088	52 977	59 070	65 076	69 803
Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	13 986	25 539	30 662	36 892	42 057
Bürokaufmannin	33 822	31 441	32 783	35 906	39 808
Industriekaufmannin	35 352	27 730	29 820	32 353	34 566
Arzthelferin	26 638	32 825	30 723	31 417	33 331
Einzelhandelskaufmannin (2. Stufe)	17 935	17 164	19 422	21 810	24 833
Zahnarzthelferin	17 941	24 737	24 318	23 810	23 797
Bankkaufmannin	25 817	18 836	19 078	19 968	21 758
Kaufmannin im Groß- und Außenhandel	21 474	15 865	16 719	17 869	19 718

¹⁾ Auswahl nach den im Jahre 1979 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen.

Auch in den nachträglichen Berechnungen für die vorangegangenen Jahre, die als Grundlage für die Bestimmung der Nachfrage im Sinne des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes dienen, sind nur die Bewerber berücksichtigt, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, sowie die, die jeweils noch am 30. September als Lehrstellenbewerber bei den Arbeitsämtern gemeldet waren. Nicht berücksichtigt werden die Jugendlichen, die die Vermittlung der Arbeitsämter nicht in Anspruch nahmen und erfolglos auf andere Weise versuchten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Hinzu kommt, daß etliche ihren Ausbildungswunsch aufgeben, da sie die Erfolgsaussichten einer Bewerbung als zu gering einschätzen. Die Vermutungen darüber, wie groß die Anzahl der nicht erfaßten Jugendlichen ist, gehen weit auseinander.

119. Auch im Jahre 1979 hielt die seit langem zu beobachtende starke Konzentration der Jugendlichen auf nur wenige der 451 anerkannten Ausbildungsberufe an. Auf nur jeweils zehn der am stärksten besetzten Berufe entfielen die Ausbildungsverhältnisse von rund 60 vH der weiblichen und rund 40 vH der männlichen Jugendlichen (Tabelle 19). Erste, noch unvollständige Informationen deuten an, daß sich diese Entwicklung im Jahre 1980 fortsetzte, wenn auch etwas abgeschwächt.

Einige besonders attraktive Berufe weisen im langjährigen Vergleich einen sehr hohen Zuwachs der Anzahl der Auszubildenden auf. Bemerkenswert stark stieg von 1973 bis 1979 die Anzahl der männlichen Jugendlichen, die in Ernährungsberufen ausgebildet werden. Die Anzahl derer, die eine Lehrstelle als Tischler, Maurer, Maler und Lackierer sowie Gas- und Wasserinstallateur hatten, nahm eben-

falls kräftig zu. Ungewöhnlich hoch war, was die weiblichen Jugendlichen betrifft, im gleichen Zeitraum der Anstieg bei der Ausbildung als Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk; hier verdreifachte sich die Anzahl der weiblichen Lehrlinge. Die Anzahl der weiblichen Jugendlichen, die sich für den Beruf der Friseurin und den der Zahnarzthelferin entschieden, nahm gleichfalls deutlich zu.

In einzelnen der am stärksten besetzten Ausbildungsberufe war das Verhältnis von Lehrlingen zu Fachkräften der Zahl nach besonders groß; so vor allem bei den Schlossern und Mechanikern, den Elektrikern, den Ernährungsberufen, den Malern und Lackierern sowie bei den Waren- und Dienstleistungskaufleuten. Dieses überdurchschnittliche Verhältnis und der hohe Zuwachs bei den Ausbildungsverträgen für etliche der besonders häufig gewählten Berufe sind teils Ausdruck eines hohen und zunehmenden Bedarfs an Fachkräften, teils Folge des Werbens dafür, daß Unternehmen auch über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, damit möglichst viele Jugendliche eine berufliche Qualifizierung erhalten. Nicht bei allen diesen Berufen werden die Zukunftsaussichten als günstig eingeschätzt. Allerdings sind Prognosen darüber, welche Berufe in Zukunft besonders gebraucht werden, unsicher. Und allemal gilt wohl, daß Jugendliche mit einer beruflichen Ausbildung bessere Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden, als solche ohne Ausbildung; dies gilt insbesondere, wenn man davon ausgeht, daß einige dieser Berufe ein breites Ausbildungsspektrum ausweisen, das die Mobilität des Ausgebildeten begünstigt.

120. Mit der Förderung der Ausbildung von Mädchen in traditionellen Männerberufen wird ver-

Tabelle 20

Auszubildende in ausgewählten traditionellen Männerberufen¹⁾
Stand: 31. Dezember

Ausbildungsberuf	Auszubildende					
	1977		1978		1979	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Anzahl						
Dreher	9 965	11	9 931	56	10 501	149
Elektroanlageninstallateur	14 522	20	14 601	42	14 547	83
Maschinenschlosser	41 811	21	41 571	85	43 885	186
Werkzeugmacher	21 511	27	21 269	114	22 245	203
Elektroinstallateur	46 533	63	48 614	105	54 223	169
Kraftfahrzeugmechaniker	80 373	114	88 633	208	94 313	366
Mechaniker	11 322	34	11 680	102	12 630	245
Feinmechaniker	4 180	44	4 234	87	4 385	157
Maler und Lackierer	30 048	343	34 370	621	38 503	1 252
Tischler	30 079	382	35 139	627	40 122	1 032
Fernmeldehandwerker	10 305	187	12 147	259	11 551	280
Nachrichtengerätemechaniker	4 098	83	4 405	135	4 972	295
Tankwart	3 827	180	4 082	276	4 267	379

¹⁾ Ausbildungsberufe mit einem Anteil weiblicher Auszubildender von unter 20 vH.

sucht, neue Berufe für Frauen vor allem im gewerblich-technischen Bereich zu erschließen. Auch über die geförderten Ausbildungsverhältnisse hinaus war ein steigendes Interesse von Mädchen für diese Ausbildungsplätze festzustellen (Tabelle 20). In einzelnen Männerberufen waren erhebliche Zuwachsraten bei den Verträgen mit Mädchen zu verzeichnen. Die absoluten Zahlen und die Anteile der jungen Frauen sind allerdings meist noch sehr gering.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber auch, daß die Ausbildung der Mädchen in den ausgewählten Lehrberufen keine besonderen Probleme aufwirft. Die Schwierigkeiten, noch mehr junge Frauen für solche Berufe zu gewinnen und noch mehr Betriebe anzuregen, für weibliche Jugendliche entsprechende Ausbildungsplätze anzubieten, haben ihre Ursache somit weder in mangelnder Eignung noch in schlechteren Leistungen der Mädchen. Neben sozialen Vorurteilen dürfte hier auch die Unsicherheit über die Fortgeltung überkommener Arbeitsschutzbestimmungen ins Gewicht fallen.

121. Insgesamt gesehen haben sich sowohl die Ausbildungschancen der Jugendlichen aber offenbar auch deren Ausbildungswilligkeit in den letzten Jahren erheblich verbessert. So entspricht die Anzahl der Berufsschüler ohne Ausbildungsverhältnis nur noch rund 6 vH der entsprechenden Altersjahrgänge. Vor zehn Jahren war dieser Anteil noch doppelt so hoch. Weil im Prinzip jeder Jugendliche unter 18 Jahren, der nicht eine andere Schule besucht, berufsschulpflichtig ist, kann aus diesen Angaben geschlossen werden, daß die Bemühungen aller Beteiligten, die berufliche Qualifikation der jüngeren Beschäftigten zu steigern, erfolgreich waren.

Arbeitsmarktpolitik: Erfahrungen der letzten Jahre

122. Im Arbeitsförderungsgesetz ist eine Vielfalt von Maßnahmen vorgesehen, um die Beschäftigungsprobleme einzelner Personengruppen zu mindern, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu verringern und Zeiten kurzfristiger Unterbeschäftigung zu überbrücken. Die Instrumente sind im Laufe der Jahre, je nach den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen, unterschiedlich genutzt worden.

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, als insbesondere ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte fehlten, lag das Schwergewicht auf der Förderung der beruflichen Bildung. Mit der Rezession von 1975 traten in größerem Umfang Beschäftigungsprobleme auf. Entsprechend wurden die Regelungen für das Kurzarbeitergeld, für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie für die Förderung der regionalen Mobilität der Arbeitnehmer neu gefaßt und die Ausgaben dafür beträchtlich erhöht. In den letzten Jahren rückten die Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt stärker in den Vordergrund. Die Arbeitsmarktpolitik bemühte sich nun nachhaltiger darum, die Beschäftigungsmöglichkeiten einzelner benachteiligter Personengruppen zu verbessern. Mit gezielten Lohnkostenzuschüssen und gezielten Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung wurde versucht, deren geringere Wettbewerbsfähigkeit auf

dem Arbeitsmarkt auszugleichen (Tabelle 21). Weiterhin und wieder verstärkt wurde durch die Förderung der beruflichen Bildung auf das Arbeitsangebot eingewirkt.

123. An Bedeutung gewonnen haben in den letzten Jahren vor allem Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber, die ungeschulte oder als schwer vermittelbar geltende Arbeitslose einstellen. Zwei Arten von Zuschüssen sieht das Arbeitsförderungsgesetz dafür vor.

Die Einarbeitungszuschüsse, die bis zu einem Jahr gezahlt werden, sollen es den Unternehmen erleichtern, ungeschulte Arbeitslose einzustellen und zu qualifizieren. In jedem Einzelfall muß der Arbeitgeber in Abstimmung mit dem Arbeitsamt das Können des Arbeitnehmers ermitteln und einen Einarbeitungsplan aufstellen, dessen Einhaltung überprüft wird. Zunächst scheint diese Art der Zuschüsse für die Unternehmen nicht sehr attraktiv gewesen zu sein. Erst als im Juni 1979 die Förderung von 60 vH auf 80 vH des tariflichen Lohns erhöht wurde, ist der Einarbeitungszuschuß stärker in Anspruch genommen worden.

Die Eingliederungsbeihilfe, die üblicherweise ebenfalls bis zu einem Jahr gewährt wird, soll die Bereitschaft der Arbeitgeber erhöhen, schwer vermittelbare Arbeitslose einzustellen. Normalerweise beträgt die Beihilfe 60 vH des Lohns, in Ausnahmefällen werden bis zu 80 vH gezahlt. In besonderen Fällen kann die Beihilfe auch zur Erhaltung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses gewährt werden. Sie wird immer noch weitaus häufiger als der Einarbeitungszuschuß in Anspruch genommen, wenngleich seit dem vergangenen Jahr eine Verschiebung zugunsten des letzteren stattfindet.

Die Eingliederungsbeihilfe hat sicherlich in vielen Fällen dazu beigetragen, schwer vermittelbaren Arbeitslosen eine Stelle zu verschaffen. Im Jahre 1979 wurden allerdings 12 000 schwer vermittelbare Arbeitnehmer weniger eingegliedert als im Vorjahr, insgesamt waren es 84 000. Dabei wurden die Mittel um 158 Mio DM auf 616 Mio DM aufgestockt.

Nach Einführung dieser Beihilfe waren Jugendliche ohne Berufserfahrung, ältere Personen und Dauerarbeitslose kaum noch ohne einen Lohnkostenzuschuß zu vermitteln. Überdies kann nicht ausgeschlossen werden, daß Unternehmen und Behörden die Förderung auch bei der Einstellung von Arbeitnehmern in Anspruch nehmen, die sie ohnehin beschäftigt hätten. Dies läßt sich offenbar nicht vollständig verhindern.

124. Mit Hilfe der allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden Arbeitslose in zusätzlichen und im öffentlichen Interesse liegenden Projekten beschäftigt. Die Träger, meist öffentliche Stellen oder gemeinnützige Verbände, aber auch private Unternehmen, bekommen die Lohnkosten für die auf diese Weise vermittelten Arbeitnehmer ganz oder teilweise vergütet.

Bisher wurden vor allem die Älteren und gesundheitlich Behinderten, aber auch Frauen, die Teilzeitarbeit suchen, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Tabelle 21

Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ¹⁾
	Mio DM								
Individuelle Förderung	1 770	1 771	2 057	2 801	2 135	1 460	1 601	2 201	2 712
Berufliche Ausbildung	281	238	211	277	260	303	332	326	448
Berufliche Fortbildung	298	233	265	374	288	217	291	375	458
Berufliche Umschulung	81	67	87	159	160	169	234	320	374
darunter: Einarbeitungs-									
zuschüsse	17	18	41	43	52	77	120	130
Unterhaltsgeld	1 110	1 233	1 494	1 991	1 427	771	744	1 180	1 433
Institutionelle Förderung der									
beruflichen Bildung	40	48	71	64	43	31	22	29	47
Förderung der Arbeitsaufnahme . .	114	142	123	186	272	382	600	763	835
darunter: Eingliederungs-									
beihilfen	9	17	100	186	266	459	616	—
Berufliche Rehabilitation ²⁾	199	315	393	434	452	479	554	1 049	1 097
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen .	17	20	32	127	170	581	796	1 032	1 147
darunter: Arbeitsbeschaffungs-									
maßnahmen für ältere									
Arbeitnehmer	2	1	1	1	2	9	27	41
Zusammen	2 140	2 296	2 676	3 612	3 072	2 933	3 573	5 074	5 838
Leistungen für ganzjährige									
Beschäftigung im Baugewerbe ³⁾ .	716	1 420	1 409	1 120	1 262	1 367	1 486	2 205	1 828 ^{a)}
Kurzarbeitergeld	279	74	677	2 207	989	594	596	334	569
Insgesamt	3 135	3 790	4 762	6 939	5 323	4 894	5 655	7 613	8 235
	Anteil in vH								
Individuelle Förderung	56,4	46,7	43,2	40,4	40,1	29,8	28,3	28,9	32,9
Berufliche Ausbildung	9,0	6,3	4,4	4,0	4,9	6,2	5,9	4,3	5,4
Berufliche Fortbildung	9,5	6,1	5,6	5,4	5,4	4,4	5,1	4,9	5,6
Berufliche Umschulung	2,6	1,8	1,8	2,3	3,0	3,4	4,1	4,2	4,5
darunter: Einarbeitungs-									
zuschüsse	0,4	0,4	0,6	0,8	1,1	1,4	1,6	1,6
Unterhaltsgeld	35,4	32,5	31,4	28,7	26,8	15,7	13,1	15,5	17,4
Institutionelle Förderung der									
beruflichen Bildung	1,3	1,3	1,5	0,9	0,8	0,6	0,4	0,4	0,6
Förderung der Arbeitsaufnahme . .	3,6	3,7	2,6	2,7	5,1	7,8	10,6	10,0	10,1
darunter: Eingliederungs-									
beihilfen	0,2	0,4	1,4	3,5	5,4	8,1	8,1	—
Berufliche Rehabilitation ²⁾	6,3	8,3	8,3	6,2	8,5	9,8	9,8	13,8	13,3
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen .	0,5	0,5	0,7	1,8	3,2	11,9	14,1	13,5	13,9
darunter: Arbeitsbeschaffungs-									
maßnahmen für ältere									
Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	0,5
Zusammen	68,3	60,6	56,2	52,0	57,7	59,9	63,2	66,6	70,9
Leistungen für ganzjährige									
Beschäftigung im Baugewerbe ³⁾ .	22,8	37,5	29,6	16,1	23,7	27,9	26,3	28,9	22,2
Kurzarbeitergeld	8,9	1,9	14,2	31,8	18,6	12,1	10,5	4,4	6,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Entsprechend dem Haushaltsplan der BA für 1980.

²⁾ 1979 und 1980 wegen Änderung der Finanzierung nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

³⁾ Schlechtwettergeld, Wintergeld, Mehrkostenzuschüsse und sonstige Leistungen an Arbeitgeber und Arbeiter des Baugewerbes, die teilweise durch die Winterbau-Umlage im Baugewerbe finanziert werden.

^{a)} Die tatsächlichen Ausgaben betragen bis zum 31. August 1980 bereits 1871 Mio DM.

nur in geringem Maße begünstigt. Dies lag vorwiegend daran, daß in der Vergangenheit Bauarbeiten und Maßnahmen des Landschaftsschutzes im Vordergrund standen, die nur wenig Arbeitsmöglichkeiten für diese Gruppen boten. Erst in letzter Zeit kam als zusätzlicher Schwerpunkt auch die Verbesserung der sozialen Dienste sowie die Förderung von Arbeitsplätzen in Berufen für Angestellte hinzu. Dadurch ergab sich eine größere Vielfalt von Stellen.

Auch waren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kaum dazu geeignet, das Hauptproblem vieler Arbeitsloser, ihre ungenügende berufliche Qualifikation, zu beheben. Vielfach wurde dies darauf zurückgeführt, daß eine gründlichere Einarbeitung während der geförderten Beschäftigungszeit von sechs Monaten für den Arbeitgeber nicht sinnvoll sei. Inzwischen wurde die Förderungszeit auf ein Jahr, in Ausnahmefällen auf drei Jahre, verlängert. Damit sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden, mehr schwer vermittelbare Arbeitnehmer einzustellen und diese weiter auszubilden. Um jedoch zu vermeiden, daß Mitnehmereffekte nun noch größer werden, wurde auch das Kriterium der Zusätzlichkeit der Projekte enger gefaßt. Bei Beschäftigungsverhältnissen, die länger als ein Jahr subventioniert werden, muß außerdem der Betriebsrat zustimmen.

125. Die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung sollen die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer verbessern und die berufliche Mobilität erhöhen. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt den Teilnehmern ein nach dem früheren Lohn bemessenes Unterhaltsgeld und übernimmt die Unterrichtskosten bis zu einer bestimmten Höhe. Die Lehrgänge selbst werden von den verschiedensten Trägern, wie etwa Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Gewerkschaften und Volkshochschulen durchgeführt.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat Arbeitslose ohne Berufsausbildung bisher nicht in dem von ihr gewünschten Umfang erreicht. Die bestehenden Bildungsmöglichkeiten sind häufig darauf ausgerichtet, Teilnehmer zu gewinnen und weiterzubilden, die schon eine berufliche Ausbildung haben und eine hinreichende Lernbereitschaft mitbringen. Spezielle berufsvorbereitende Angebote, die auch die niedrigere Bildung und geringere Motivation der arbeitslosen Ungelernten berücksichtigen, gibt es kaum. Allerdings wurde es der Bundesanstalt auch erst durch die fünfte Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz ermöglicht, solche Lehrgänge zu fördern.

126. Neben den im Arbeitsförderungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen gibt es eine Vielzahl von Sonderprogrammen und Modellversuchen sowohl des Bundes als auch der Länder, mit deren Hilfe versucht wird, die Arbeitslosigkeit einiger am Arbeitsmarkt benachteiligter Gruppen zu verringern, vor allem der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß, der Frauen, die Teilzeitarbeit suchen und der Schwerbehinderten.

So erhalten schon seit einigen Jahren in Nordrhein-Westfalen Arbeitgeber einen Zuschuß, wenn sie im

Rahmen von „Betreuungsverträgen“ Jugendlichen, die weder einen Ausbildungsplatz noch einen Arbeitsplatz finden, erste berufliche Kenntnisse vermitteln. Anfangs wurden die bereitgestellten Mittel voll ausgeschöpft. Seitdem jedoch im Jahre 1977 die Voraussetzungen dahin gehend geändert wurden, daß die Betriebe diese Jugendlichen nach der Förderung für eine begrenzte Zeit weiterbeschäftigen müssen, ist die Inanspruchnahme drastisch gesunken.

Im Spätsommer dieses Jahres lief ein Sonderprogramm der Bundesregierung an, das darauf abzielt, Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, das sind vor allem Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und ausländische Jugendliche mit nur geringen Deutschkenntnissen, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Soweit nach einer Förderphase keine betriebliche Lehrstelle vermittelt werden kann, soll die Ausbildung ganz in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte stattfinden.

In einigen Bundesländern gibt es Sonderprogramme und Modellversuche für Frauen, die Teilzeitarbeit suchen. Bei Einstellung einer zusätzlichen Teilzeitarbeitskraft erhalten die Unternehmen einen festen Betrag. Befragungen verschiedener Arbeitgeber im Rahmen eines Modellversuchs in Rheinland-Pfalz deuten darauf hin, daß auch ohne die Subventionen viele dieser Stellen geschaffen worden wären.

Seit 1976 ist durch drei aufeinander folgende Sonderprogramme auch die Förderung der Einstellung oder der Ausbildung von Schwerbehinderten nachhaltig verbessert worden. Bisher wurden für etwas mehr als 24 000 Schwerbehinderte Eingliederungshilfen gezahlt.

127. Seit dem Herbst letzten Jahres führt die Bundesregierung ein Sonderprogramm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen durch. Das Programm hat drei Schwerpunkte, nämlich die Qualifizierung von beschäftigten Arbeitnehmern, die Einarbeitung und Eingliederung von Arbeitslosen ohne Ausbildung oder von längerfristig Arbeitslosen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der sozialen Dienste und des Umweltschutzes. Ursprünglich waren für dieses Programm 500 Mio DM aus Bundesmitteln vorgesehen. Dieser Betrag wurde dann von der Bundesanstalt für Arbeit auf 860 Mio DM aufgestockt.

Innerhalb kürzester Frist waren die Mittel (rund 430 Mio DM) für die Qualifizierung beschäftigter Arbeitnehmer, dem ersten Schwerpunkt, ausgeschöpft. Der überwiegende Teil dient dazu, diese Arbeitnehmer innerhalb des Unternehmens ohne formalen Abschluß weiterzubilden. Mittel für eine Ausbildung mit formalem Abschluß wurden nur in verhältnismäßig geringem Umfang beantragt, obwohl dafür höhere Zuschüsse gewährt werden. Es wird vermutet, daß dieses in der Sache sehr sinnvolle Programm von vielen Betrieben dazu genutzt wurde, ohnehin geplante berufliche Lehrgänge für ihre Arbeitnehmer auf diese Weise finanzieren zu lassen. Kritik fand auch die Vergabe nach dem Windhundverfahren.

Die Anträge auf Mittel des zweiten Schwerpunkts, für die Einarbeitung und Eingliederung schwer vermittelbarer Arbeitsloser, gingen nur schleppend ein. Hierfür waren rund 61 Mio DM vorgesehen.

Die Gelder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die der Verbesserung der sozialen Infrastruktur und des Umweltschutzes dienen, dem dritten Schwerpunkt, in Höhe von 367 Mio DM wiederum waren äußerst rasch vergeben. Es wird vermutet, daß häufiger als bei den sonst von der Bundesanstalt geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Gemeinden geplante Projekte statt aus ihrem eigenen Etat mit diesen Mitteln finanzieren.

Für die wissenschaftliche Begleitforschung sind 3,5 Mio DM bereitgestellt. Ihre Aufgabe ist es zu untersuchen, welche Ergebnisse dieses Sonderprogramm hat und wie eine Förderung der betrieblichen Ausbildung und Weiterbildung vernünftigerweise aussehen sollte.

IV. Höhepunkt der Preissteigerungen überschritten

Geldwertschwund weiterhin hoch

128. Das Ziel eines stabilen Preisniveaus blieb auch 1980 noch weit entfernt. Der preistreibende Einfluß der Ölpreise und die starke Inflation im Ausland waren daran maßgeblich beteiligt. Auf der Erzeugerstufe belief sich die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt auf rund $7\frac{1}{2}$ vH nach 4,8 vH und 1,2 vH in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Verbraucher mußten knapp $5\frac{1}{2}$ vH mehr für die gekauften Güter und Dienstleistungen bezahlen als 1979; im Jahr zuvor hatte die Preissteigerungsrate 4,1 vH betragen und 1978 sogar nur 2,7 vH. Spektakulär war mit fast 11 vH weiterhin der Anstieg der Preise beim Wohnungsbau, der 1979 schon knapp 9 vH betragen hatte (Schaubild 19). Den Preisauftrieb einzudämmen, war 1980 eine vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

129. Von der Erhöhung der Preise im Jahresdurchschnitt unterscheidet sich allerdings die Preisentwicklung im Jahresverlauf deutlich. Schon zum Jahresende 1979 hatten die Verbraucherpreise um rund $2\frac{1}{2}$ vH über dem Durchschnitt des Jahres 1979 gelegen, die Erzeugerpreise sogar um 3 vH. In den ersten Monaten des Jahres 1980 zogen sie dann zwar noch einmal verstärkt an — nicht zuletzt wegen der nochmaligen Ölverteuerung sowie im Zusammenhang mit dem zeitweiligen Nachfrageschub auf fast allen Märkten. Danach stiegen die Preise nicht mehr ganz so stark, und in der Folgezeit verlangsamte sich der Preisanstieg weiter. In den letzten drei Monaten zogen die Verbraucherpreise zwar immer noch mit einer Rate an, die aufs Jahr gerechnet eine Zunahme um 4 vH ergibt; Befragungen von Unternehmen und Konsumenten deuten jedoch darauf hin, daß diese nunmehr eher mit einer weiteren Verminderung des Preisauftriebs rechnen — eine wichtige Vorbedingung dafür, daß es tatsächlich so kommt.

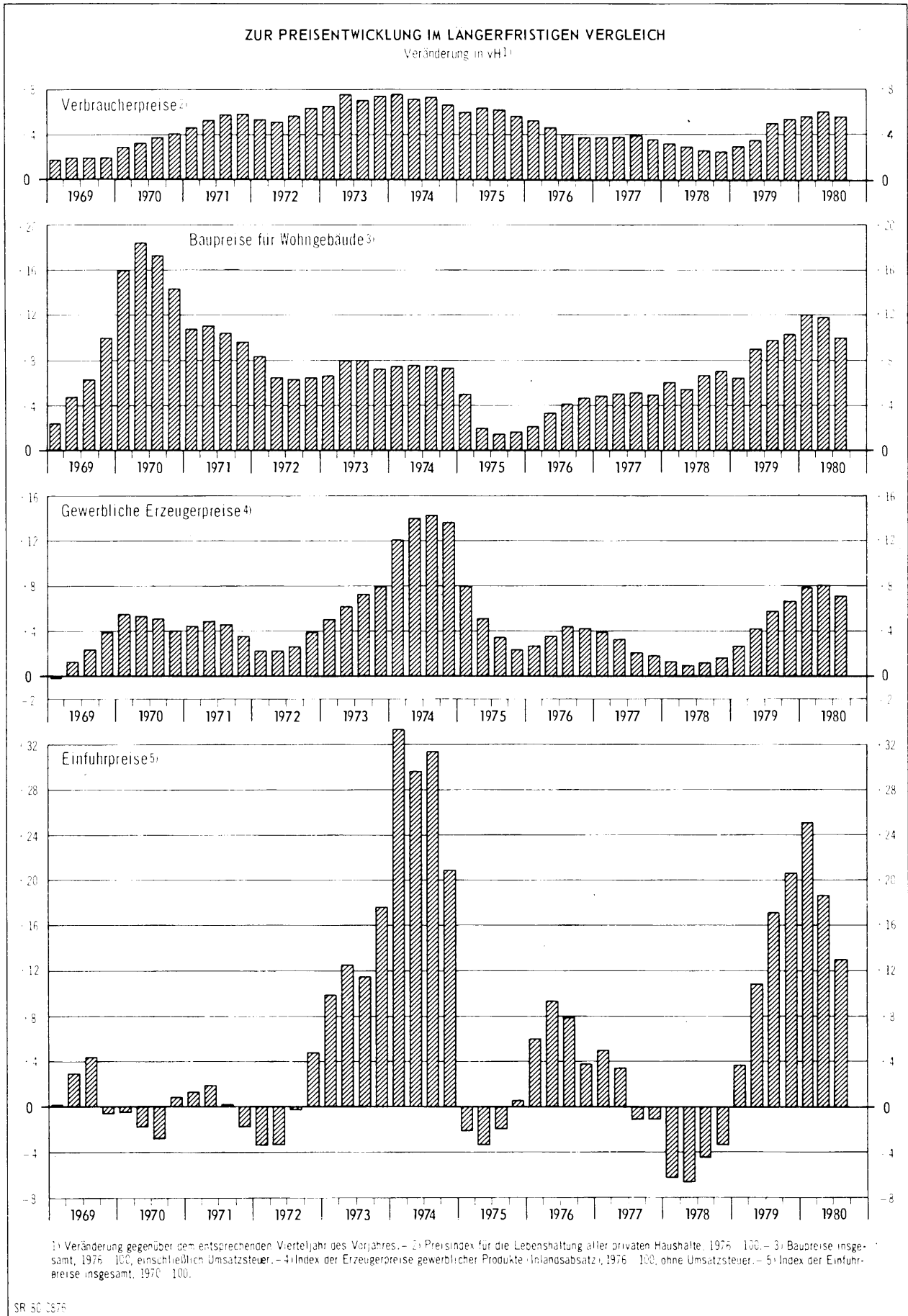
Auf die Frage, wie stark der Preisauftrieb ist, wird in der Bundesrepublik zumeist mit einem Vergleich des aktuellen Standes des Preisindex mit dem Indexstand im gleichen Vorjahresmonat geantwortet (beispielsweise September 1980 gegenüber September des Vorjahres: + 5,2 vH). In anderen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, legt man dagegen mehr Wert auf den Vormonatsvergleich; um das Ergebnis aber mit dem Vorjahresvergleich, was die Zeitspanne anbelangt, vergleichbar zu machen, wird die Vormonatsrate (beispielsweise September 1980 gegenüber August 1980: + 0,25 vH) „auf Jahresrate hochgerechnet“ (+ 3 vH); das heißt, man errechnet, um wieviel der Index ansteigen würde, wenn sich dieser monatliche Anstieg zwölf Monate lang fortsetzen würde. Dieses Verfahren erfordert, daß die Werte, mit denen gerechnet wird, vorher von saisonbedingten Preisbewegungen bereinigt werden müssen. Problematisch ist bei diesem Verfahren, daß Sondereffekte und Zufälligkeiten eines einzelnen Monats vervielfältigt werden und so die Aussage stark verzerrt werden kann.

Beim Vorjahresvergleich fallen derartige Mängel nicht so stark ins Gewicht. Andererseits ist der Vorjahresvergleich weit weniger aktuell; denn er gibt Auskunft über die Summe der Preisbewegungen innerhalb der letzten zwölf Monate, während der Vormonatsvergleich wirklich nur die aktuellen Preisänderungen berücksichtigt. Ein Blick auf die Veränderung der Preissteigerungsrate im Vorjahresvergleich von Monat zu Monat kann sogar irreführend sein; denn hierbei wird im Ergebnis die aktuelle Bewegung der Preise mit der vor zwölf Monaten verglichen. War diese damals beispielsweise zufällig oder aufgrund von Sondereinflüssen besonders kräftig, während die aktuelle Bewegung unverändert bleibt, dann führt der Vorjahresvergleich zu dem falschen Schluß, der Preisanstieg habe sich verlangsamt.

Es empfiehlt sich also, stets beide Informationen zu beachten, den Vorjahresvergleich und den Vormonatsvergleich, und bei beiden Verfahren die jeweiligen Probleme im Auge zu halten. Schaubild 20 verdeutlicht, welche unterschiedliche Informationen die beiden Verfahren im Jahre 1980 geliefert haben. Im Verlauf des Jahres signalisieren sie beide abnehmende Preissteigerungsraten; diese Entwicklung war beim Vormonatsvergleich freilich bereits im Mai erkennbar, als die Rate im Vorjahresvergleich noch anstieg.

130. Auf der Erzeugerstufe zeigte sich die Verlangsamung des Preisauftriebs am deutlichsten bei den Grundstoffen und Produktionsgütern. Allerdings hatten die Produzenten dieser Güter zu Jahresbeginn zunächst ihre Preise noch einmal schubartig angehoben. Danach stiegen die Preise nicht weiter an, freilich gingen sie auch trotz abgeschwächter Nachfrage kaum zurück; lediglich NE-Metalle und einige chemische Erzeugnisse wurden im Zuge des weltweiten Umschwungs der Rohstoffpreise billiger. Im Durchschnitt der ersten neun Monate waren die Produkte der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie aber immer noch $12\frac{1}{2}$ vH teurer als vor einem Jahr. Weit weniger verlangsamt hat sich der Preisauftrieb in der Verbrauchsgüterindustrie, obwohl sich die Nachfrage nach deren Produkten das Jahr über deutlich abschwächte. Im Durchschnitt der ersten neun Monate lagen hier die Preise um knapp 8 vH höher als 1979. Für Investitionsgüter blieb die entsprechende Rate mit 5 vH weiterhin niedriger als der durchschnittliche Preisanstieg auf der Erzeugerstufe ($7\frac{1}{2}$ vH). Trotz der regen Investitionsnachfrage im letzten Jahr waren die Investitionsgüterpreise erst spät und dann auch weit weni-

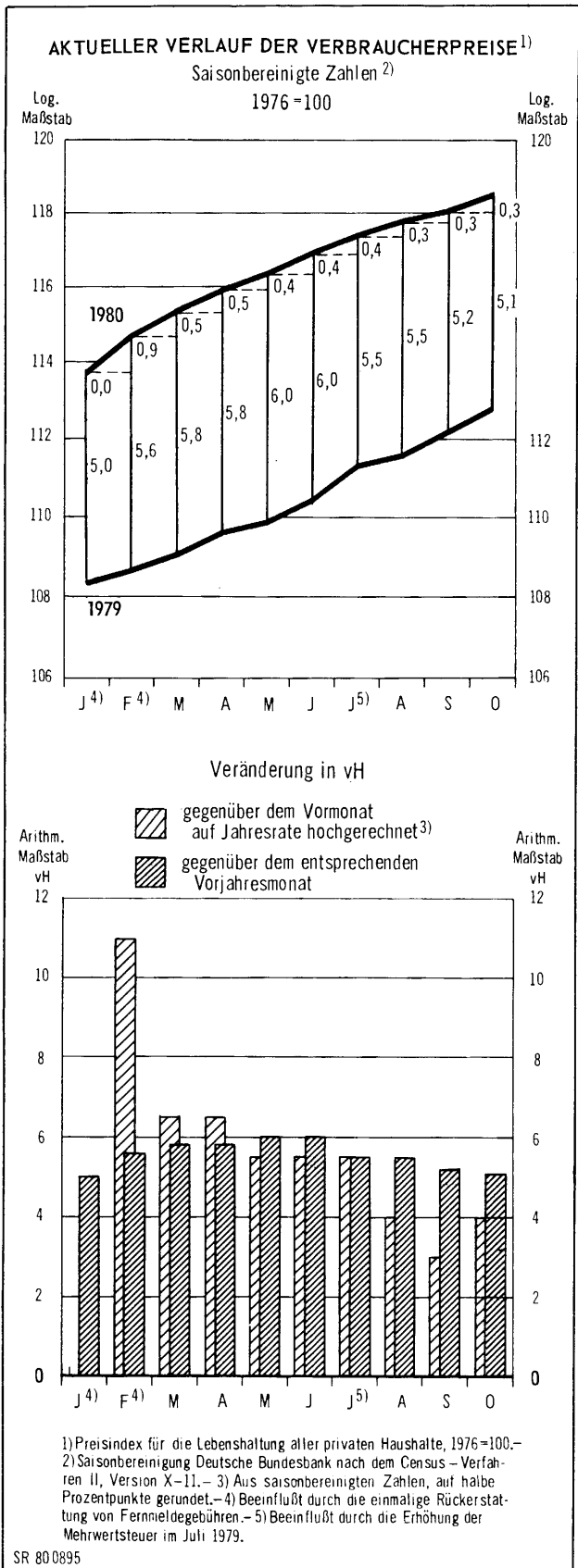
Schaubild 19



ger als die Verbrauchsgüterpreise in Bewegung geraten.

131. Die starke Verteuerung der gewerblichen Verbrauchsgüter zeigte sich auch auf der Einzelhandels-

Schaubild 20



delstufe. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres waren die Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs sowie die längerlebigen Gebrauchsgüter um 6,6 vH teurer als in den entsprechenden Monaten des vergangenen Jahres (Schaubild 21). Die Nahrungsmittelpreise lagen in dieser Zeit um 4,2 vH höher als 1979 (Ziffer 140). Dienstleistungen stiegen um 4,7 vH im Preis an und damit nur etwas weniger als das Wohnen (5,1 vH).

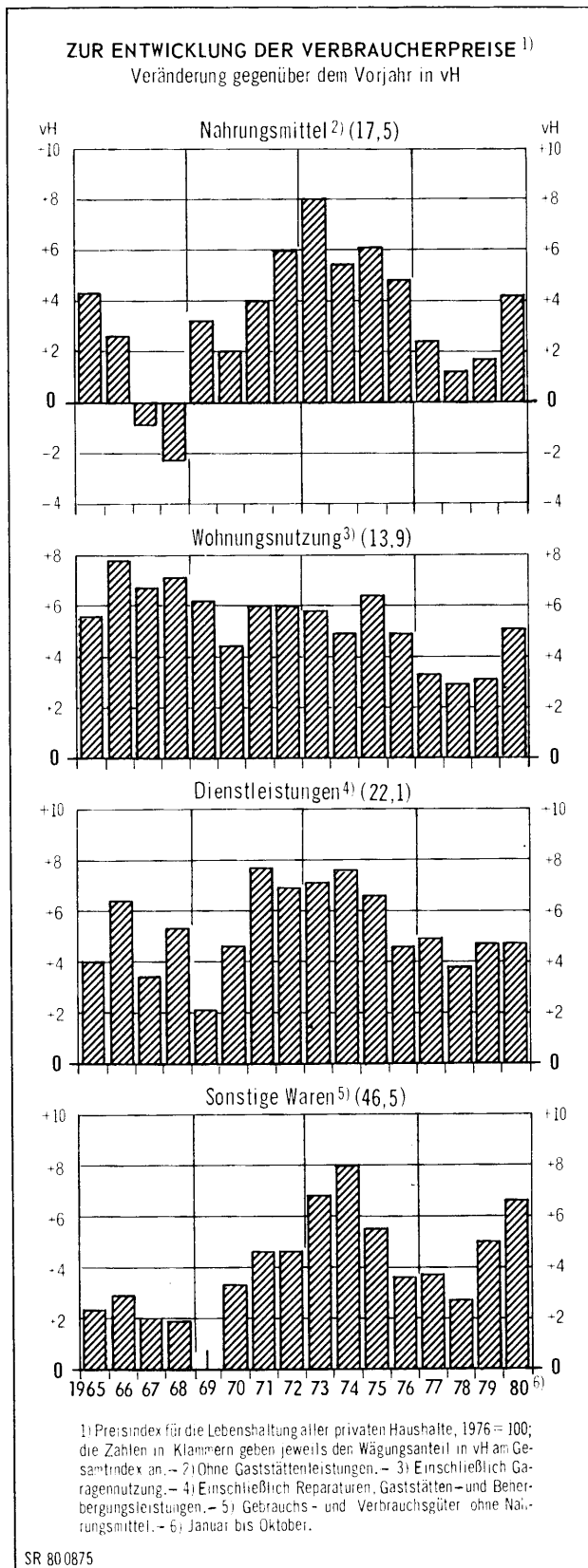
132. Die Baupreise steigen nun bereits seit mehreren Jahren stärker als die übrigen Preise in der Volkswirtschaft. In diesem Jahr wurden für Wohnbauten fast 11 vH höhere Preise durchgesetzt als im vergangenen Jahr; so stark stiegen die Preise am Bau zuletzt zu Beginn des abgelaufenen Jahrzehnts. Bis in das zweite Quartal 1980 hinein hielt das Tempo der Verteuerung von Bauleistungen unvermindert an. Bauunternehmen und Handwerker reagierten mit ihren Preisforderungen lange Zeit nicht auf die zunächst nur erwartete, dann aber auch tatsächlich eingetretene Abschwächung der Baunachfrage. Erst zur Jahresmitte hin verlangsamte sich der Anstieg der Baupreise, ohne daß er jedoch zum Stillstand gekommen wäre.

Die Teuerungswelle war nicht auf einzelne Bauleistungen beschränkt. Besonders kräftig wurden Straßenbauarbeiten im Preis angehoben. Im Durchschnitt der ersten drei Vierteljahre waren sie 13 1/2 vH teurer als ein Jahr zuvor. Hier spielt wohl auch eine Rolle, daß das bei der Mineralölverarbeitung anfallende Bitumen beim Bau von Straßen einen wesentlichen Kostenfaktor darstellt; Bitumen war in diesem Zeitraum 46 vH teurer als vor einem Jahr. Bei Rohbauarbeiten an Wohngebäuden lag die entsprechende Rate bei 12 vH, während sich Ausbauarbeiten mit 10 vH zwar ebenfalls stark verteuerten, aber doch etwas weniger als das Bauen insgesamt.

133. Der Preisauftrieb ist in den Jahren 1979/80 stärker von der Ölverteuerung geprägt, als es 1973/74 der Fall war. Damals waren Erzeugerpreise wie Verbraucherpreise bereits vor der OPEC-Preisanhebung stark angestiegen. Die inflatorischen Erwartungen hatten sich im Laufe einer mehrjährigen Zunahme der Preissteigerungsraten stark verfestigt, Löhne und Preise hatten sich wechselseitig getrieben.

Demgegenüber fiel der Beginn der Ölpreissteigerungen Ende 1978 in eine Phase vergleichsweise stabiler Erzeuger- und Verbraucherpreise, und der Höhepunkt des allgemeinen Preisauftriebs war im Frühjahr 1980 erreicht, als auch der Ölpreis weitgehend zum Stillstand kam. Im Verlauf des Jahres stiegen die Preise langsamer. Das könnte dafür sprechen, daß es der Wirtschaftspolitik diesmal besser gelungen ist, ein inflatorisches Preisklima erst gar nicht entstehen zu lassen, und dies mag das Vertrauen in ihre Glaubwürdigkeit verbessert haben. Allerdings: Noch ist der Preisanstieg zu hoch, als daß bereits von einem Erreichen des Stabilisierungsziels gesprochen werden könnte.

Schaubild 21



Was alles zum Preisanstieg beiträgt

134. Für die Öffentlichkeit, für die Wirtschaftspolitik, für die Tarifpartner und viele andere besteht immer wieder der Wunsch nach Antwort auf die Frage,

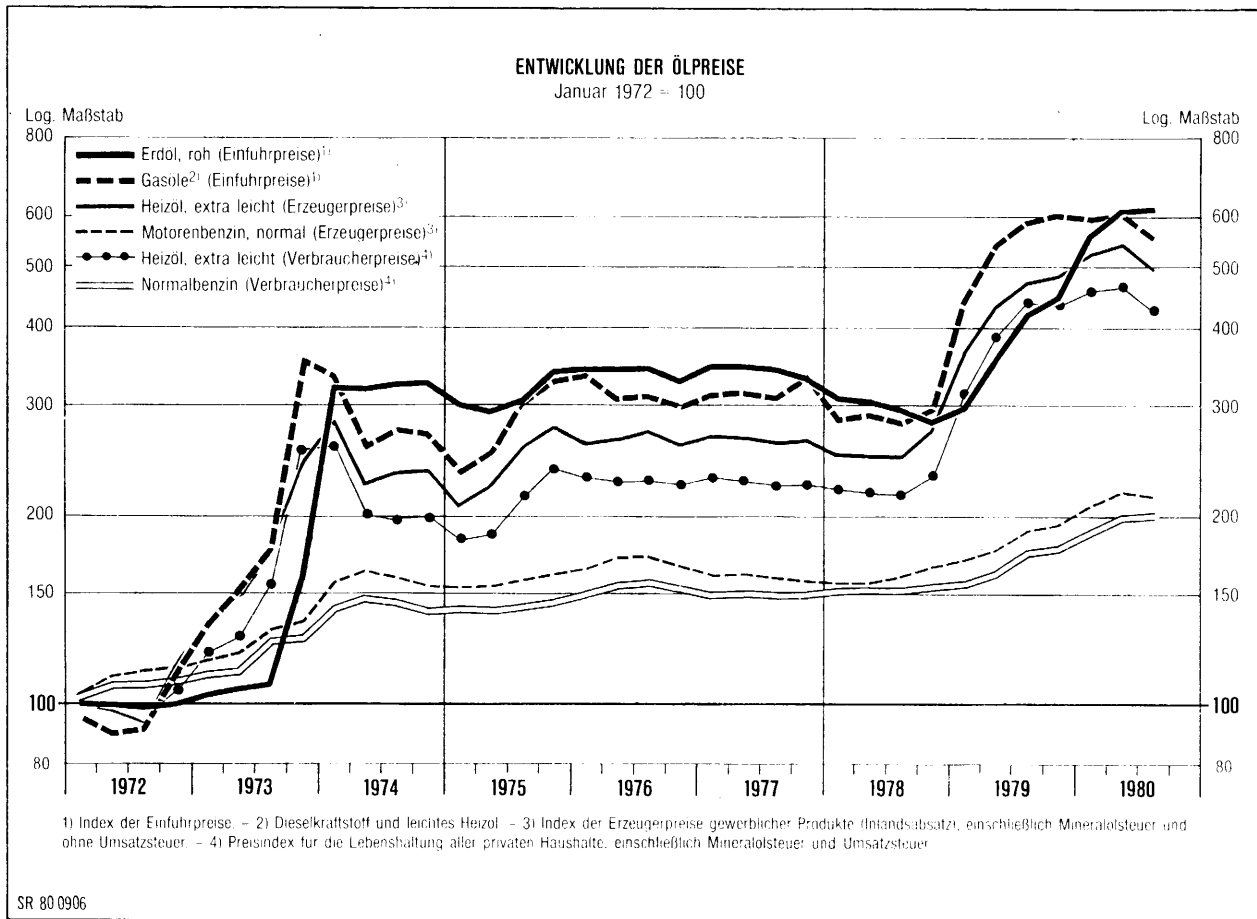
woher der jeweilige Preisanstieg rührt. Auf unsere heutige Situation bezogen, lautet die Frage: Gibt es eine Möglichkeit der Zurechnung, in welchem Maße die OPEC-Staaten, in welchem die großen Ölkonzerne, in welchem die Inflation bei unseren wichtigsten Handelspartnern, in welchem die inländischen Unternehmen, in welchem die Gewerkschaften oder in welchem der Staat als Verursacher des Preisauftriebs anzusehen sind? Die Antwort lautet, nein. Wegen der wechselseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Einflußfaktoren besteht keine Möglichkeit, eine derartige Zurechnung eindeutig vorzunehmen. Denn allemal bedeutet die Anhebung eines einzelnen Preises nicht, daß auch das gesamtwirtschaftliche Preisniveau steigen muß — andere Preise könnten ja im Zusammenhang mit dieser Anhebung oder aus anderen Gründen weniger stark steigen als sonst oder sogar sinken. Das schematische Zurechnen eines Preisauftriebs auf einzelne Preise oder Preisgruppen kann also allenfalls angeben, wer im Ergebnis am allgemeinen Preisauftrieb teilgehabt hat, nicht aber, was die Ursachen für den Anstieg des Preisniveaus waren.

In längerfristiger Sicht hängt die Möglichkeit, Preisveränderungen durchzusetzen, die in der Summe eine Erhöhung des Preisniveaus bedeuten, entscheidend davon ab, welcher monetäre Rahmen von der Geldpolitik gesetzt wird. Auf kurze Frist ist die Elastizität des monetären Systems freilich groß genug, daß auch andere Impulse Änderungen des Preisniveaus bewirken. Für die Geldpolitik ist es dann jeweils eine schwer zu beantwortende Frage, ob und in welchem Maße derartige Impulse den geldpolitischen Kurs berühren sollen.

135. Die starke Ölverteuerung der letzten beiden Jahre gehört zu solchen besonderen Impulsen. Eingeführtes Rohöl war im Herbst 1980 rund 120 vH teurer als Ende 1978. Die Preise für eingeführte Mineralölprodukte waren zunächst noch stärker als der Rohölpreis angestiegen; sie gingen aber im Sommer deutlich zurück (Schaubild 22). Erst im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen im Mittleren Osten zogen sie im Oktober wieder an.

Auf das Jahr gesehen hätte 1980 die Einfuhr von Rohöl und Mineralölprodukten zu Preisen von 1978 statt 65 Mrd DM nur etwa 31 Mrd DM gekostet. Diese Verteuerung mußte sich früher oder später in den Preisen im Inland sowie in den Preisen deutscher Exportgüter niederschlagen, soweit es von den übrigen Kosten her zu keinem Ausgleich kam. Rein rechnerisch, also unter den zuvor gemachten Vorbehalten, ist der Einfluß auf das Kostenniveau mit 1 vH im Jahre 1979 und noch einmal mit mehr als 1 vH im Jahre 1980 zu veranschlagen.

136. Aber auch die übrigen Einfuhrgüter waren 1980 wesentlich teurer als ein Jahr zuvor. Die Inflation im Ausland ging deutlich über die Preissteigerungsraten im Inland hinaus. Dieser inflationäre Impuls für das Inland wurde nicht dadurch kompensiert, daß die D-Mark gegenüber den ausländischen Währungen an Wert gewonnen hätte; im Gegenteil, im Verlauf des Jahres verlor die D-Mark an Wert. Im



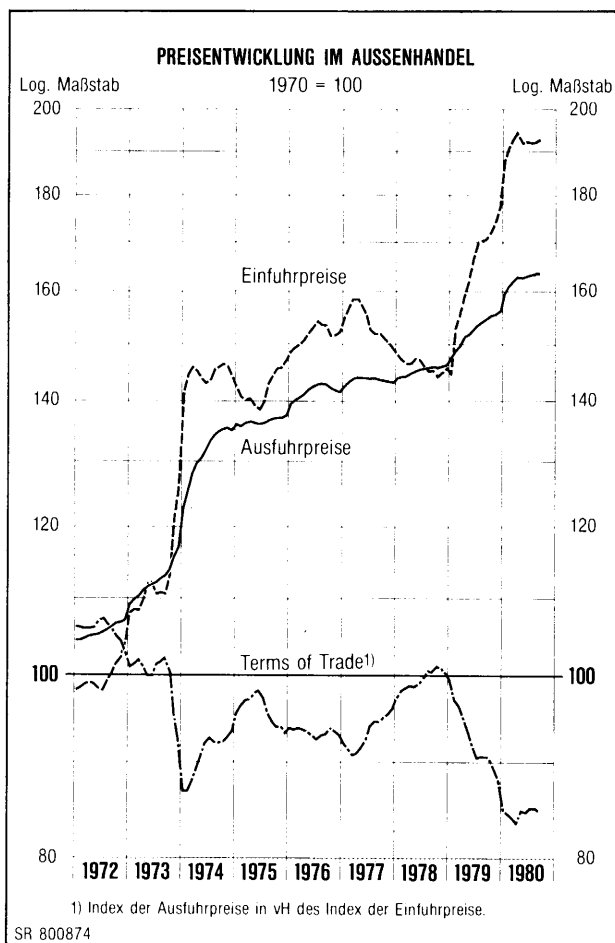
Jahre 1978 war die Lage umgekehrt gewesen, die D-Mark war stärker aufgewertet worden, als den Differenzen der Inflationsraten zwischen Inland und Ausland entsprochen hätte; die Wechselkursbewegung hatte maßgeblich dazu beigetragen, daß die Preise 1978 nur so wenig angestiegen waren. Im Jahre 1979 setzte sich dies nicht mehr fort, das Ausmaß der Aufwertung trug den Unterschieden im Inflationstempo sogar nur noch teilweise Rechnung. Stärker noch gilt dies im Jahre 1980. Real gerechnet hat die D-Mark im Jahresdurchschnitt an Wert verloren, und im Herbst war sogar ihr nominaler Außenwert geringer als noch zu Anfang des Jahres. Der starke Preisanstieg an den Märkten für Rohstoffe wie auch für Fertigwaren wurde so in seiner inflatorischen Wirkung für das Inland nicht nur nicht gebremst, sondern zeitweise sogar noch verstärkt.

Als dann im Laufe des Jahres die Preise für Rohstoffe und Halbwaren an den Weltmärkten etwas zurückgingen, schlug sich dies folglich nicht in entsprechend sinkenden inländischen Preisen nieder. Daß im Herbst die Preise für Einfuhrwaren sogar wieder stärker stiegen, war nicht zuletzt Folge des Wertverlustes der D-Mark. Im Durchschnitt der ersten neun Monate waren die Einfuhrwaren $18\frac{1}{2}$ vH teurer als vor einem Jahr (Schaubild 23). Nimmt man zu den Preisen für Öl sowie für alle anderen Einfuhrwaren die Preise für ausländische Dienstleistungen hinzu, so waren aufs ganze Jahr

gerechnet die Importe 1980 etwa $9\frac{1}{2}$ vH teurer als ein Jahr zuvor; im Jahre 1979 waren es 6,9 vH gewesen. Rein rechnerisch haben sich allein von diesem preistreibenden Impuls her die Preise für die im Inland und im Ausland verkauften Güter, die 1980 im Durchschnitt um etwa 6 vH gestiegen sind, um mehr als 2 vH erhöht.

137. Es wäre jedoch verfehlt, nun etwa mehr als 2 Prozentpunkte der Preissteigerungen als „importierte Inflation“ und die übrigen knapp 4 Prozentpunkte als „hausgemachte Inflation“ zu bezeichnen. Denn der Inflationimport besteht nicht nur darin, daß die höheren Importpreise im Inland und im Export weitergegeben werden, sondern auch darin, daß sich aufgrund der Verteuerung der ausländischen Konkurrenzprodukte auf heimischen und fremden Märkten für inländische Unternehmen zusätzliche Preiserhöhungsspielräume öffnen, die es sonst nicht gegeben hätte. So ist auch der Anstieg der deutschen Ausfuhrpreise um 7 vH in diesem Jahr teils auf binnenwirtschaftliche Faktoren und teils auf Preisbewegungen im Ausland zurückzuführen, ohne daß eine eindeutige Zurechnung möglich wäre. Heimische und importierte Einflüsse lassen sich schon deshalb nicht trennen, weil der Preisauftrieb im Ausland nur nach Maßgabe der Wechselkursentwicklung für das Inland wirksam wird; und diese wiederum ist nicht unabhängig von den grundlegenden wirtschaftlichen Faktoren im Inland.

Schaubild 23



Wohl aber läßt sich einer solchen Rechnung, die ja die Kostenseite betrifft, entnehmen, wem die Preiserhöhungen zugute gekommen sind, Anbietern im Inland oder Anbietern im Ausland. Der den ausländischen Anbietern zugute gekommene Teil des Preisanstiegs hat sich in den letzten beiden Jahren stark erhöht. Im Jahre 1978 hatte sich die Einfuhr im Zuge der starken Aufwertung der D-Mark sogar noch verbilligt. Im Jahre 1979 waren dann schon etwa $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte des Preisauftriebs zugleich Verteuerung der Einfuhr.

138. Der Teil des Preisauftriebs, der über entsprechende Einkommen den inländischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie dem Staat zugute gekommen ist, veränderte sich in den letzten Jahren nur wenig, nämlich von drei Prozentpunkten in den Jahren 1978 und 1979 auf knapp vier in diesem Jahr. Anders gewendet: Die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung, also der Anstieg der Löhne, der Kapitaleinkommen sowie der indirekten Steuern, blieb in der Summe 1979 zunächst noch unverändert, als sich der Preisauftrieb bereits deutlich zu beschleunigen begann. Im Jahre 1980 breitete sich dann die verstärkte Teuerung auch auf die inländische Wertschöpfung aus. Die Verteuerung der Wertschöpfung blieb jedoch weit geringer als in der ersten Hälfte der siebziger Jahre.

Von den Lohnkosten allein war im Jahre 1979 noch ein etwas verminderter Druck auf die Preise ausge-

gangen, da die Tarifabschlüsse unter denen des Vorjahres gelegen hatten. Im Jahre 1980 nun gingen die tariflichen Vereinbarungen deutlich über die des Vorjahres hinaus. Für sich genommen war dies Anlaß für die Unternehmen, die Preise stärker anzuheben als 1979. Hierzu kam es auch. Allerdings verlangsamte sich der Preisanstieg bereits kurz nach den wichtigsten Tarifverhandlungen, nämlich im Laufe des zweiten Vierteljahres. Hierbei mag eine Rolle gespielt haben, daß zu dieser Zeit die Importkosten nicht mehr stiegen, zu einem Teil ging der Lohnkostendruck aber wohl zu Lasten der Gewinnmarge der Unternehmen. Möglicherweise hatten die Unternehmen zu Beginn des Jahres die Chancen, im Jahre 1980 ihre Preise kräftig anheben zu können, noch als hoch eingeschätzt; im nachhinein erwies sich dies als Irrtum.

139. Daß die Gewinnmargen eingeengt wurden, daß also die Unternehmen ihre Preise im Verlauf des Jahres 1980 nicht so stark erhöhen konnten wie die Preise gestiegen sind, entspricht der veränderten gesamtwirtschaftlichen Lage. Im vergangenen Jahr sowie bis in das erste Vierteljahr 1980 hinein hatte die kräftige Nachfrage eine ständige Zunahme der Kapazitätsauslastung gestattet. Die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen waren groß geworden, und sie nutzten diese, um die gestiegenen Kosten zu überwälzen und ihre Gewinnmargen aufzubessern. Im Frühjahr dann schwächten sich Nachfrage und Produktion ab, die Marktlage änderte sich für viele Unternehmen in kurzer Zeit grundlegend. Die Erzeugerpreise reagierten auf die verschlechterte Auftragslage, und auch bei den Verbraucherpreisen machte sich die nachlassende Nachfrage, besonders die nach Gebrauchsgütern, rasch bemerkbar.

140. Schließlich ist kennzeichnend für die derzeitige Preisentwicklung, daß die Preise, die vom Staat festgelegt oder mitbestimmt werden, insgesamt eher unterdurchschnittlich erhöht worden sind. Das Telefonieren und die Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge wurden sogar billiger, Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die Kraftfahrzeugsteuer blieben unverändert. Ebenso stark wie alle übrigen Güter verteuerten sich die Leistungen der Bundesbahn. Stärker angehoben wurden die kommunalen Abwassergebühren, und bei den Gaspreisen, die im Oktober $21\frac{1}{2}$ vH über den Preisen vor einem Jahr lagen, wirkte sich aus, daß Erdgas im Ausland nur zu deutlich höheren Preisen erhältlich war.

Außerdem wurden Mitte 1979 und Mitte 1980 trotz der Überschüsse die Marktordnungspreise für Agrargüter heraufgesetzt. Die Preiserhöhungen fielen zwar wie schon in den Jahren zuvor geringer aus als der Preisanstieg, der sich bei den übrigen Gütern am Markt ergab; sie waren aber im Hinblick auf die strukturellen Probleme der europäischen Landwirtschaft immer noch zu hoch (Ziffern 417 ff.). Für die Verbraucher waren Nahrungsmittel 1980 rund 4 vH teurer als ein Jahr zuvor; 1979 hatte der Preisanstieg 1,7 vH betragen. Allerdings ist diese Beschleunigung nur zum Teil auf den Anstieg der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zurückzuführen; diese wiesen

1979 einen Vorjahresabstand von 1,5 vH aus und lagen in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 2,1 vH über den Preisen im vergangenen Jahr.

V. Geringer Anstieg der realen Einkommen

141. Der Spielraum für reale Einkommenssteigerungen war 1980 erheblich enger als in den letzten Jahren. Die gesamtwirtschaftliche Produktion überstieg die des vergangenen Jahres nur um 2 vH, je Erwerbstätigen nur um knapp 1 1/2 vH. Von diesem geringen Zuwachs stand überdies mehr als die Hälfte nicht für die Verteilung im Inland zur Verfügung, da die Preise für die Güter, die aus dem Ausland bezogen werden, deutlich stärker stiegen als die Preise, die im Exportgeschäft erzielt wurden. So blieb nur ein mäßig großer Rest zur Erhöhung der realen inländischen Einkommen.

Die nominellen Einkommen insgesamt nahmen jedoch nur wenig langsamer als 1979 zu. Die verstärkten Preissteigerungen drängten dann aber die Kaufkraft der Einkommen zurück, vor allem bei denjenigen, die sehr auf die besonders verteuerten Güter — vor allem Ölprodukte — angewiesen sind. Die in der Summe unvermindert angestiegenen Einkommen der Arbeitnehmer wurden zusätzlich durch die starke Zunahme der Steuerabzüge eingeengt. Die Gewinneinkommen, die 1979 kräftig angestiegen waren, gerieten im Verlauf des Jahres unter Druck, als die gesamtwirtschaftliche Abschwächung für die Unternehmen die Möglichkeit einengte, gestiegene Kosten im Preis weiterzugeben; allerdings waren davon nicht alle Wirtschaftsbereiche gleichmäßig betroffen. Der Staat hielt sich 1980 mit neuen verteilungspolitischen Regelungen eher zurück; für die Steuerzahler wie für die Rentner waren aber einige schon früher getroffene Entscheidungen erstmalig wirksam.

Wenig veränderte Verteilungsrelationen

142. Der einzelne Arbeitnehmer hat in diesem Jahr im Durchschnitt trotz des geringen zusätzlichen Verteilungsspielraums nominal einen größeren Einkommenszuwachs (6 1/2 vH) erhalten als 1979 (5 1/2 vH) (Ziffer 69). Gleichzeitig ging die Zunahme der Beschäftigung zurück; nur knapp 1 vH mehr Arbeitnehmer waren beschäftigt als im vergangenen Jahr. Die Summe der Einkommen aus unselbständiger Arbeit lag damit insgesamt um knapp 7 1/2 vH höher als 1979. Im letzten Jahr hatte der Zuwachs ebensoviel betragen, da mit dem schwächeren Anstieg der Löhne eine kräftigere Zunahme der Beschäftigung einhergegangen war.

143. Die Einkommen der Arbeitnehmer sind 1980 stärker angestiegen als die Gewinn- und Vermögenseinkommen, allerdings nur wenig stärker. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen hat sich wieder etwas erhöht. Stellt man in Rechnung, daß die Lohnquote schon deshalb angestiegen ist, weil der Anteil der Arbeit-

nehmer an den Erwerbstätigen weiter zugenommen hat, so ist die um diesen Strukturwandel näherungsweise bereinigte Lohnquote nahezu konstant geblieben (Tabelle 22).

144. Die bereinigte Lohnquote ist nach dem Höchststand der Jahre 1974 und 1975 inzwischen wieder fast auf dem Niveau der sechziger Jahre. Daß nicht auch gleichzeitig ein Beschäftigungsniveau wie in den sechziger Jahren erreicht worden ist, mag bei manchem Zweifel geweckt haben an der Bedeutung der Lohnentwicklung für die Beschäftigung. Die Veränderung der bereinigten Lohnquote zeigt jedoch nur die Entwicklung der Lohneinkommen gegenüber der Entwicklung aller anderen Einkommen. Bei diesen handelt es sich nicht nur um die Unternehmensgewinne, sondern auch um die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung und aus Kapitalvermögen. Für die Beurteilung der Frage, ob die Unternehmen ihr Residualeinkommen als ausreichend ansehen, um das Investitionsklima als günstig beurteilen zu können, kommt es aber vor allem auf die Unternehmensgewinne an und dabei im wesentlichen auf die erwarteten Gewinne.

Tabelle 22

Zur Entwicklung der Lohnquote vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich ¹⁾	bereinigt ²⁾	
1960	60,4	60,4	77,2
1961	62,7	62,1	78,0
1962	64,1	62,8	78,8
1963	65,1	63,2	79,5
1964	64,8	62,3	80,3
1965	65,6	62,6	80,9
1966	66,6	63,3	81,2
1967	66,4	63,2	81,1
1968	64,8	61,3	81,6
1969	66,1	61,8	82,5
1970	67,8	62,7	83,4
1971	69,1	63,6	83,9
1972	69,5	63,8	84,2
1973	70,7	64,6	84,5
1974	72,6	66,3	84,5
1975	72,3	66,1	84,5
1976	71,3	64,9	84,9
1977	71,5	64,8	85,2
1978	70,8	63,8	85,6
1979	70,3	63,1	86,0
1980 ⁴⁾	70,6	63,2	86,3

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

²⁾ Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁴⁾ Eigene Schätzung.

145. Fragen kann man sich in gesamtwirtschaftlicher Sicht immerhin, wie sich die Entwicklung der Löhne unter Berücksichtigung der Steigerung von Produktivität, Preisen und anderen Kosten darstellt, sprich, wie sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer verändert hat.

Seit vielen Jahren prüft der Sachverständigenrat Möglichkeiten, im Rahmen einer solchen Betrachtung auch die Entwicklung der Kapitalkosten der Wirtschaft abzuschätzen. Dies ist eigentlich unumgänglich, will man zu einem angemessenen Urteil darüber gelangen, ob die Lohnentwicklung sich in einem Rahmen gehalten hat, der im mittelfristigen Kalkül der Unternehmen eine unveränderte Erlös-Kosten-Relation zuläßt.

Aus einer ganzen Reihe von Gründen konnte sich der Rat bisher nicht entschließen, die Rechnungen, die er hierzu angestellt hat, in seine Gutachten aufzunehmen. Noch im vergangenen Jahr haben wir geschrieben:

„Einigermaßen verlässliche empirische Belege dafür, wie solche Prozesse (die im einzelnen eine Veränderung der Kapitalkosten bewirken) im ganzen zu Buche geschlagen haben, gibt es so gut wie keine, schon weil es außer auf die Menge der eingesetzten Produktionsfaktoren auch auf deren — kaum meßbare — Qualität ankommt und weil sich der hier relevante Preis für die Kapitalleistungen nicht einfach am Marktzins ablesen läßt“ (JG 79 Ziffer 164). „Ausagen darüber, wie sich die Reallohnposition längerfristig entwickelt hat, sind nicht unproblematisch. Zum einen müßte beim Vergleich über mehrere Jahre berücksichtigt werden, daß sich die Kapitalkosten wahrscheinlich stärker erhöht haben als die Lohnstückkosten. Nach wie vor halten wir aber nicht für möglich, dies auch nur der Größenordnung nach zu beziffern. ... Schließlich müßte auch der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die indirekten Steuern und die Subventionen als Einflußgrößen des Kostenniveaus des privaten Sektors nicht in allen Jahren das gleiche Gewicht gehabt haben; dies wird durch die Bereinigung des Preisanstiegs von Steuersatzänderungen in einzelnen Jahren nur sehr unvollkommen geleistet; auch hier besteht die Möglichkeit einer Fehlerkumulation über die Jahre.“ (JG 79 Ziffer 166).

Die methodischen Schwierigkeiten einer Erweiterung unserer Analyse bestehen fort. Andererseits hat man uns dargelegt, daß die Rechnungen zur Reallohnposition mehr und mehr entwertet werden, wenn man nicht die offenkundig starken Veränderungen einbezieht, die sich teilweise schon im Verlauf weniger Jahre im Bereich der übrigen Kosten vollzogen. Überdies hätten Schätzungen über den Einfluß solcher Vorgänge auf die Veränderungen der Reallohnposition von Jahr zu Jahr weniger methodische Bedenken gegen sich als etwa eine Berechnung und Interpretation der über sehr viele Jahre kumulierten Effekte. All dies trifft zu.

Am ehesten möglich ist eine vollständige Berücksichtigung der Veränderungen von Kosten und Erlösen, die sich bei der Belastung der Unternehmen mit Steuern sowie der Entlastung durch Subventionen ergeben hat. Zwar ist jede Entscheidung darüber, welche Steuern als Kostensteuern und welche als Steuern vom Einkommen anzusehen sind, in recht weiten Grenzen willkürlich, weil über die Überwälzbarkeit der einzelnen Steuern zu wenig bekannt ist. Aber die Scheidung in indirekte Steuern und direkte Steuern nach dem Gewicht der persönlichen Elemente in der Ausgestaltung der Steuern mag für die Zwecke, um die es hier geht, ausreichen. Freilich kommt wohl eine Berücksichtigung der Veränderungen bei den indirekten Steuern und Subventionen nur in Betracht, wenn man auch Schätzungen der Kapitalkosten wagen kann. Denn Steuern und Subventionen sind in einer stabilitätspolitischen Würdigung der Löhne nicht einfach Gegenposten oder Ergänzungsposten der Lohnkosten, sondern Elemente der Ge-

samtkosten. Ein unterdurchschnittlicher Anstieg der Zahlungen der Unternehmen an indirekten Steuern beispielsweise kann in der Erlös-Kosten-Relation Gegenposten eines überdurchschnittlichen Anstiegs der Kapitalkosten, aber auch der Lohnkosten sein. Nichts wäre vernünftig an einer bilateralen Verrechnung.

Das Hauptproblem bei der Schätzung der Kapitalkosten läßt sich sowohl bei der Frage nach der Größe des zu verzinsenden Kapitals als auch bei der Frage nach dem anzusetzenden Zinssatz sichtbar machen. Die Entwicklung des in der Volkswirtschaft zu verzinsenden Kapitals wird in erster Linie bestimmt durch die Ausgaben, die Unternehmen für Investitionen tätigen. Sie wird aber auch bestimmt durch Wertveränderungen am Kapitalbestand. Soweit diese auf einer Veränderung der Investitionsgüterpreise beruhen, lassen sie sich erfassen. Unberücksichtigt bliebe allerdings eine Änderung der Preise für nicht reproduzierbare Kapitalgüter, Boden insbesondere. Eine Kapitalwertänderung kann auch darauf beruhen, daß eine Investition der Vergangenheit sich als besonders glücklich oder besonders unglücklich erwiesen hat. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wird sich im Regelfall hierbei ein Ausgleich einstellen. Aber eben nicht in jedem Fall. In einer Strukturkrise der Volkswirtschaft beispielsweise kommt es massenhaft zu Kapitalverlusten, denen weder gleichzeitig noch notwendigerweise in zeitlich naher Nachbarschaft (wie etwa bei konjunkturellen Schwankungen) entsprechende Kapitalgewinne gegenüberstehen. Durch Konkurs, Vergleich, Kapitalschnitt kommt es hier zu einer neuen Geschäftsgrundlage. Es ist nicht sinnvoll, davon auszugehen, daß in einem solchen Fall nach der Krise derselbe Kapitalstock zu verzinsen ist wie vorher. Einräumen darf man wohl, daß es sich um exzeptionelle Fälle handelt. Wenn sie auftreten, macht man freilich auch gleich einen großen Fehler, wenn man ihnen nicht Rechnung trägt. Es ist allerdings ein Fehler, der in der kurzfristigen und mittelfristigen Rechnung für Perioden ohne große Krise keine ins Gewicht fallende Rolle spielen dürfte.

Ein ständiges Problem hingegen ist es, wie bei der statistischen Messung von Änderungen der Investitionsgüterpreise den Veränderungen in der Qualität der Investitionsgüter angemessen Rechnung getragen werden kann. Eine Fehleinschätzung kann in der Kumulation des gesamten Kapitalbestandes zu einer merklichen Überhöhung oder Unterschätzung beim Ausweis der rechnerischen Kapitalkosten führen. Die Ermittlung der richtigen Wertansätze ist ein Problem, mit dem man in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch bei der Schätzung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ständig zu tun hat.

Nach erneuter Abwägung des Für und Wider haben wir uns entschlossen, erweiterte Rechnungen zur Entwicklung der Reallohnposition der Arbeitnehmer zur Diskussion zu stellen, die alten Rechnungen jedoch vorläufig fortzuführen. Die neuen Rechnungen berücksichtigen in umfassenderer Weise als bisher Änderungen bei den indirekten Steuern und Subventionen sowie bei den Preisen, die für die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen von Bedeutung sind. Sie sollen im übrigen zeigen, wie sich das Gewicht der Kapitalkosten geändert hat, wenn man bei deren Schätzung den Informationen folgt, die in der Statistik der Kapitalbestände, in der längerfristigen Entwicklung der Realzinsen sowie in den Schätzungen über den Kapitalverzehr in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten sind. Im Anhang IV. Abschnitt B werden eingehende methodische Erläuterungen gegeben. Wir legen die Ergebnisse der neuen Rechnung für die Zeit bis zurück zum Jahre 1963 vor. Um einen Vergleich mit der alten Rechnung zu ermöglichen, enthält Tabelle 23 die Veränderungen von Jahr zu Jahr für beide Rechnungen.

Bei der Würdigung kumulierter Änderungen der Reallohnposition über mehrere Jahre hinweg ist große Vorsicht ge-

boten, schon wegen der erwähnten methodischen Probleme. Noch mehr Vorsicht ist angezeigt, wenn es darum geht, Änderungen des Beschäftigungsstandes mit Änderungen der Reallohnposition zu vergleichen. Zum Beispiel: Eine mäßige Lohnerhöhung mag zunächst zu einer Senkung der Reallohnposition führen. Die verbesserten Gewinnmöglichkeiten machen zusätzliche Produktion, zusätzliche Beschäftigung rentabel, beim einen Unternehmen mehr, beim anderen weniger, je nach den individuellen Produktionsbedingungen. Diese Chancen werden genutzt werden. Im Wettbewerbsprozeß gibt es ein neues Gleichgewicht erst, wenn durch Mehrproduktion nichts mehr zu verdienen ist. Da die zusätzliche Produktion tendenziell bei geringerer Produktivität hergestellt werden muß als die bisherige Produktion, wird, diesen Effekt für sich genommen, die durchschnittliche Produktivität langsamer ansteigen. Ohne daß sich sonst etwas änderte, bewegte sich also die Reallohnposition in Richtung auf ihren alten Wert. Das Ganze gilt um-

gekehrt auch für den Fall, daß stark steigende Löhne die Unternehmen zwingen, den unrentabel werdenden Teil ihrer Produktion aufzugeben und auch sonst zu rationalisieren. Das läßt, wiederum für sich genommen, die durchschnittliche Produktivität stärker steigen. Die Reallohnposition, die sich zunächst erhöht hat, bildet sich wieder zurück. Die Anpassungsprozesse ziehen sich meist über längere Zeit hin. Aus den beiden Beispielen sollte jedoch deutlich werden: Ein und dieselbe Reallohnposition, ein und dieselbe Erlös-Kosten-Relation kann auf längere Sicht sowohl mit einem hohen wie mit einem weniger hohen Beschäftigungsstand verbunden sein. Letztlich ist es die Höhe der Reallohne, welche die Menge an rentablen Beschäftigungsmöglichkeiten bestimmt. Hingegen weisen Erlös-Kosten-Relation und Reallohnposition auf längere Sicht eine verhältnismäßig große Konstanz auf. Das ist bei funktionstüchtigem Wettbewerb auch nicht überraschend.

Tabelle 23

Zur Entwicklung der Reallohnposition¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Brutto- lohn- und -gehalts- summe je Arbeit- nehmer ²⁾	Lohn- kosten- effekt der Arbeit- geber- beiträge ³⁾	Produk- tivitäts- effekt ⁴⁾	Kapital- kosten- effekt	Terms of Trade- Effekt ⁵⁾	Kosten- effekt von in- direkten Steuern und Sub- ventionen	Preis- effekt (Privater Ver- brauch und staat- liche Käufe)	Reallohn- position, neue Rechnung (1)+(2) minus (3) bis (7)	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾	Reallohn- position, alte Rechnung (1)+(2)- (3)-(5)-(9)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
1963	+ 6,0	-0,1	+3,0	+0,0	-0,3	+0,7	+3,0	-0,6	+2,9	+0,2
1964	+ 9,6	-0,8	+7,4	-0,1	+0,1	-0,1	+2,4	-1,0	+2,3	-1,2
1965	+ 8,9	+0,3	+5,4	-0,5	-0,1	+0,8	+3,1	+0,2	+3,3	+0,4
1966	+ 7,0	+0,4	+2,9	-0,2	+0,0	+0,1	+3,8	+0,6	+3,5	+0,8
1967	+ 3,1	-0,1	+3,6	-0,4	+0,2	-0,5	+1,5	-1,3	+1,5	-2,3
1968	+ 6,4	+0,5	+6,7	-0,9	-0,2	+1,4	+2,2	-2,1	+1,2	-0,7
1969	+ 9,1	+0,2	+6,7	-0,9	+0,1	-2,6	+2,3	+3,5	+1,5	+0,8
1970	+15,1	+0,8	+5,0	-0,3	+0,8	+2,4	+4,7	+2,5	+3,4	+6,0
1971	+11,0	+0,3	+3,3	-0,3	+0,6	+0,0	+6,1	+1,3	+5,3	+1,8
1972	+ 9,1	+0,9	+4,4	+0,1	+0,4	-0,2	+5,4	-0,3	+5,2	-0,1
1973	+11,9	+0,7	+5,0	+0,2	-0,9	+0,3	+7,1	+0,7	+6,6	+1,6
1974	+11,0	+0,7	+2,8	-0,3	-1,4	+1,0	+7,7	+1,7	+7,0	+3,0
1975	+ 7,1	+0,6	+1,9	-0,2	+1,1	+1,0	+6,1	-2,3	+6,0	-1,4
1976	+ 7,7	+0,9	+7,0	+0,0	-0,6	-0,3	+4,1	-1,5	+4,5	-2,2
1977	+ 7,0	-0,3	+3,5	-0,5	+0,0	-0,1	+3,8	-0,1	+3,2	-0,1
1978 } ⁷⁾	+ 5,3	+0,4	+2,8	-0,3	+0,9	-0,1	+2,9	-0,6	+2,1	-0,2
1979 }	+ 5,8	-0,0	+3,8	-0,5	-0,8	-0,4	+4,4	-0,7	+3,8	-1,1
1980 ⁸⁾	+ 6,4	+0,0	+1,5	-0,4	-0,9	+0,5	+5,7	-0,1	+5,1	+0,7

¹⁾ Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (8) und (10) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B.

²⁾ Inland.

³⁾ Tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen.

⁵⁾ Gesamtwirtschaft.

⁶⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuern auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.

⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁸⁾ Eigene Schätzung.

146. Im Jahre 1980 sind die Kosten für die Entlohnung der im privaten Sektor der Volkswirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt um 6,4 vH gestiegen und damit stärker als im vergangenen Jahr (Tabelle 23). Im Laufe des Jahres stellte sich aber heraus, daß sich die Zunahme des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigen 1980 stark verlangsamt hat, nämlich von 3,8 vH im vergangenen Jahr auf nur noch 1,5 vH; das war noch weniger als 1975. Als sehr belastend für die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen wirkte sich aus, daß in diesem Jahr wie schon 1979 die Preise für die Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen wesentlich stärker gestiegen sind, als die Ausfuhrpreise angehoben werden konnten; die daraus resultierende Belastung des Inlandes entspricht mit 0,9 vH mehr als der Hälfte der zusätzlichen Produktion in diesem Jahr. Gleichzeitig dürften die Kosten für den Kapitaleinsatz je Produkteinheit für die Unternehmen auch unabhängig von der verschlechterten konjunkturellen Lage weiter angestiegen sein. Andererseits hat es für die Unternehmen eine Entlastung dadurch gegeben, daß die indirekten Steuern weniger stark angestiegen sind als die Erlöse; allerdings wurden die Subventionen nur wenig angehoben. Die Preise haben die Unternehmen um 5,7 vH erhöhen können.

Vergleicht man die zusätzlichen Erlöse mit den zusätzlichen Kosten, so bleibt nach unserer Rechnung im Jahre 1980 die durchschnittliche Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen nahezu unverändert. Nach der Rechnung, die wir in den Gutachten der letzten Jahre angestellt haben, hätte sich 1980 ein leichter Anstieg der Reallohnposition, die ja die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen widerspiegelt, ergeben.

147. Bei im Jahresdurchschnitt geringer Änderung der Erlös-Kosten-Relation verminderte sich die Steigerungsrate der Unternehmensgewinne freilich stark. Nimmt man hierfür die Veränderung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die um knapp 6 vH zugenommen haben, als ersten Hinweis, so hätte sich der Anstieg fast halbiert. Denn 1979 betrug die Zunahme fast $10\frac{1}{2}$ vH — weit mehr, als ursprünglich erwartet worden war. Was die Entwicklung im Verlauf des Jahres 1980 angeht, so lassen Produktion und Preisbewegung darauf schließen, daß die Unternehmensgewinne nach dem ersten Vierteljahr, das noch einmal einen kräftigen Zuwachs gebracht haben dürfte, wohl nicht mehr gestiegen sind. In wichtigen Bereichen dürften sie in der zweiten Jahreshälfte sogar zurückgegangen sein.

148. Aussagen über die aktuelle Entwicklung der Gewinne sind allerdings stets mit einer großen Schätzunsicherheit behaftet (JG 79 Ziffer 167). Schon bei der umfassenden Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ ergeben sich im nachhinein häufig umfangreiche Korrekturen. Um so unsicherer ist eine Schätzung, wenn Aussagen zu dem Teil dieser Einkommensgröße gemacht werden, der die eigentlichen Gewinne der Unternehmen umfaßt.

In diesem Jahr wurde der Anstieg der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um knapp 6 vH in großem Maße dadurch geprägt, daß die Zins-einkommen der privaten Haushalte wegen der stark gestiegenen Zinsen für Spareinlagen wie für sonstige Kapitalanlagen überproportional zugenommen haben. Hinzu kommt, daß 1980 in umfangreichem Maße Mittel von den Sparkonten in zinsgünstigere Anlageformen geflossen sind. Zum anderen haben aber auch die Zinsen für Konsumentenkredite als Gegenposten zu den Zinseinkommen der privaten Haushalte kräftig zugenommen, und der Staat mußte wesentlich mehr Zinsen als im Vorjahr zahlen, so daß sich unter Einrechnung der Einkünfte aus den staatlichen Unternehmen seine „Verluste“ aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf etwa $12\frac{1}{2}$ Mrd DM erhöhten. Ohne die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und des Staates gerechnet, dürften die Unternehmenseinkommen im privaten Sektor 1980 wohl weniger als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in ihrer Gesamtheit angestiegen sein.

149. Die Unternehmenseinkommen, wie sie in der Statistik ausgewiesen werden, setzen sich freilich aus verschiedenen Einkommen zusammen, die sich durchaus unterschiedlich entwickeln können. Über die Einkommen der Selbständigen liegen keine aktuellen Informationen vor. Lediglich für die Landwirte wird alljährlich im Agrarbericht der Bundesregierung eine Schätzung des zu erwartenden Einkommens vorgenommen. Für das Wirtschaftsjahr 1979/80 rechnet der letzte Agrarbericht mit einem Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen.

Das Baugewerbe konnte wohl in diesem Jahr seine Gewinne noch einmal kräftig erhöhen. In der Industrie entwickelte sich die Ertragslage 1980 nicht mehr so einheitlich wie im Jahre 1979, das in nahezu allen Branchen eine deutliche Zunahme der Gewinne gebracht hatte. Den Zwischenberichten zufolge, die die großen deutschen Aktiengesellschaften zur Mitte des Jahres veröffentlichten, kamen besonders in der chemischen Industrie im Laufe des Jahres die Gewinne unter Druck, und auch im Bereich der Energieversorgung konnten manche Unternehmen die Erlöse nicht entsprechend den gestiegenen Kosten erhöhen (Ziffer 74). Demgegenüber gelang es den Aktiengesellschaften im Maschinenbau wohl großenteils, einen Rückgang der Gewinne zu vermeiden, und die Aktiengesellschaften in der Elektrotechnik und der Metallverarbeitung dürften neben anderen sogar deutlich höhere Gewinne als 1979 erzielt haben.

Versucht man, die jüngste Gewinnentwicklung in der Industrie vor dem Hintergrund längerfristiger Tendenzen zu sehen, so mag man die Verhältnisse bei den deutschen Industrieaktiengesellschaften, wie sie sich aus den Jahresabschlüssen ablesen lassen, als Anhaltspunkt wählen. Hier zeigt sich, daß die Umsatzrendite, also das Verhältnis von Gewinnen und Zinsaufwendungen zum Umsatz, bis in die siebziger Jahre hinein zwischen 4 vH und 5 vH lag. Der darauf folgende Einbruch ließ die Umsatzrendite bis unter 3 vH sinken, und die Erholung in den letzten beiden Jahren war nur schwach.

**Leichter Rückgang der Gewinnsteuern,
höhere Lohnabzüge**

150. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahmen in diesem Jahr um 8 vH zu und damit, wie die Bruttoeinkommen, nicht mehr so stark wie in den beiden vorangegangenen Jahren, in denen sie um 14 vH und 12 vH gestiegen waren. Daß die Abschwächung nicht noch stärker war, lag daran, daß in diesem Jahr weniger Einkommensteuer und Körperschaftsteuer als 1979 an die Finanzämter abgeführt wurde. Vielfältige Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre wirkten sich 1980 kumuliert aus, besonders die Änderungen im Einkommensteuertarif in den Jahren 1978 und 1979 sowie die Verbesserung der Abschreibungsregelungen aus dem Jahre 1977. Außerdem waren in den letzten Jahren die Steuervorauszahlungen so stark nach oben angepaßt worden, daß jetzt weniger Abschlußzahlungen als 1979 fällig wurden und die Finanzämter nur selten Anlaß hatten, die Vorauszahlungen weiter anzuheben.

Die Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit Steuern, die 1977 stark angestiegen war, ging 1980 bereits im dritten Jahr hintereinander zurück. Der zeitliche Zusammenhang zwischen Einkommensentstehung und Steuerzah-

lung ist bei diesen Einkommen allerdings wesentlich weniger eng als bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit, die der Lohnsteuer unterliegen.

151. Die Abzüge von den Einkommen der Arbeitnehmer sind in diesem Jahr erstmals seit 1977 wieder überproportional angestiegen. In den letzten beiden Jahren war die Abgabebelastung der Löhne und Gehälter — wie die der sonstigen Einkommen — durch Steuersenkungen jeweils vermindert worden, so daß die Nettoeinkommen deutlich stärker zunahmen als die Bruttoeinkommen (Tabelle 24). Im Jahre 1980 wirkte sich wieder voll aus, daß die Lohnsteuerbelastung bei unverändertem Tarif von Jahr zu Jahr stark ansteigt; nur der aufgebosserte Weihnachtsfreibetrag brachte eine gewisse Linderung. Die Sozialbeiträge hingegen sind wie in den drei vorangegangenen Jahren nicht stärker als die Verdienste angestiegen (Schaubild 24). Im ganzen ist trotz der im Durchschnitt verstärkten Expansion der Bruttoeinkommen das Einkommen je Beschäftigten nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben in diesem Jahr mit etwas mehr als $4\frac{1}{2}$ vH nicht mehr so stark angestiegen wie 1979 (5,9 vH).

152. Die Sozialversicherungen, Bund, Länder und Gemeinden übertrugen 1980 zusammen rund 225 Mrd DM an die privaten Haushalte. Das waren

Tabelle 24

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volks- einkommen	Einkommen aus			
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen	
		brutto ¹⁾	netto ²⁾	brutto	netto
1965 bis 1970	+ 8,3	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,8
1971 bis 1979 } ³⁾	+ 8,0	+ 8,2	+ 6,8	+ 7,4	+ 7,2
1965 bis 1979	+ 8,3	+ 8,8	+ 7,2	+ 7,1	+ 7,3
1970	+15,2	+18,1	+14,9	+ 9,5	+14,7
1971	+10,9	+13,0	+10,6	+ 6,4	+ 5,9
1972	+ 9,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 7,6	+ 7,9
1973	+11,7	+13,5	+ 9,0	+ 7,5	+ 3,2
1974	+ 7,1	+10,0	+ 7,8	+ 0,1	+ 0,3
1975	+ 4,4	+ 4,1	+ 3,6	+ 5,4	+ 8,2
1976	+ 8,9	+ 7,4	+ 3,9	+12,8	+11,2
1977	+ 6,7	+ 6,9	+ 5,9	+ 6,0	+ 1,4
1978 } ⁴⁾	+ 7,7	+ 6,7	+ 7,5	+10,3	+14,1
1979 } ⁴⁾	+ 8,2	+ 7,3	+ 7,7	+10,3	+12,0
1980 ⁵⁾	+ 7	+ $7\frac{1}{2}$	+ $5\frac{1}{2}$	+ 6	+ 8

¹⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

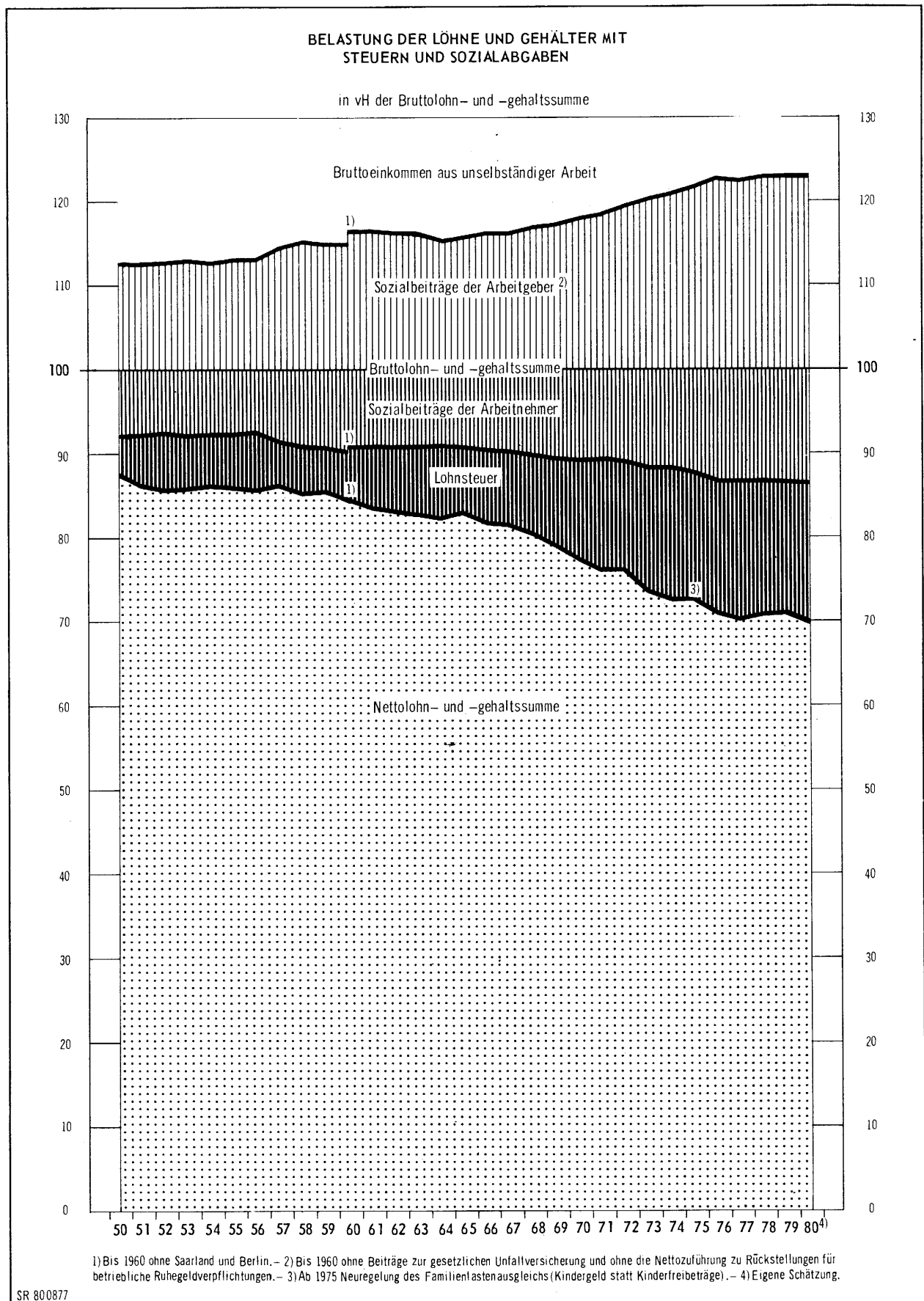
²⁾ Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).

³⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Eigene Schätzung.

Schaubild 24



6 vH mehr als im Jahre 1979. In Relation zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gingen die direkten staatlichen Zahlungen damit wie bereits im Vorjahr leicht zurück. Das Verhältnis beträgt jetzt 23¹/₂ vH. In den Jahren 1977 und 1978 waren es 24¹/₂ vH gewesen, 1970 noch 19 vH.

Tabelle 25

Rentenniveau

Jahr	Monatliche Rente ^{1) 2)}	Altersruhegeld ^{1) 3)} gemessen am	
		Brutto-	Netto-
		arbeitsentgelt ⁴⁾	
	bei 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren		
	DM	vH	
1957	214,10	50,9	59,3
1958	214,10	48,2	56,7
1959	227,10	48,6	57,1
1960	240,60	47,3	56,3
1961	253,60	45,3	54,3
1962	266,30	43,6	52,5
1963	283,90	43,8	53,0
1964	307,10	43,5	53,0
1965	335,90	43,7	52,7
1966	363,80	44,1	54,0
1967	392,90	46,1	56,7
1968	424,50	46,0	57,4
1969	459,80	45,7	57,9
1970	489,00	44,0	56,9
1971	515,90	41,5	54,6
1972	600,40	43,5	57,3
1973	668,60	41,6	56,6
1974	743,50	41,6	57,4
1975	826,00	43,2	59,5
1976	916,90	44,8	63,3
1977	1 008,10	46,3	66,2
1978	1 008,10	46,1	65,2
1979	1 053,50	45,7	64,4
1980	1 095,60	44,6	63,9
1981	1 139,50	44,7	64,1

¹⁾ Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst).

²⁾ Rentenbetrag am 1. Juli des Jahres.

³⁾ Rentenbetrag im Kalenderjahr; Abzug (1968, 1969) und Rückzahlung (1972) des Krankenversicherungsbeitrages berücksichtigt.

⁴⁾ Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten; das Nettoarbeitsentgelt ist daraus errechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller abhängig Beschäftigten mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen entsprechend den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

⁵⁾ Eigene Schätzung.

Quelle: BMA

Zum Rückgang dieser Relation kam es vor allem dadurch, daß die Altersrenten mit 4,5 vH im Jahre 1979 und 4 vH im Jahre 1980 weniger angehoben wurden, als es dem Anstieg der Einkommen der Erwerbstätigen in den Jahren zuvor entsprochen hätte. Diese Steigerungsraten waren bereits 1978 im voraus als Teil der Maßnahmen festgelegt worden, die die Finanzlage der Rentenversicherungen stabilisieren sollten. Das Einkommen der Rentner im Verhältnis zum Einkommen der Erwerbstätigen, das sogenannte Rentenniveau, ist daher auch in diesem Jahr weiter gesunken; das ist seit 1978 so, von 1974 bis 1977 war es sehr stark angestiegen (Tabelle 25).

Das Kindergeld war 1979 kräftig angehoben worden, und zwar zu Jahresbeginn für das dritte und alle weiteren Kinder und zur Jahresmitte dann auch für das zweite Kind. Für 1981 ist geplant, das Kindergeld erneut anzuheben.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat 1980 nur wenig mehr Zahlungen an die privaten Haushalte geleistet als im Jahr zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen war im Jahresdurchschnitt zwar etwas höher als 1979, und die durchschnittlichen Leistungen nahmen ebenfalls zu. Die Anzahl der Arbeitslosen, die Anspruch auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben, war aber 1980 im Jahresdurchschnitt niedriger als 1979.

Realeinkommen der privaten Haushalte nur wenig höher

153. Nimmt man die Arbeitseinkommen und die Zahlungen des Staates an die privaten Haushalte zusammen, und stellt man in Rechnung, daß im Zuge des Zinsanstiegs die Kapitaleinkommen der privaten Haushalte, aber wohl auch die Gewinnentnahmen der Unternehmer und der Selbständigen noch einmal kräftig gestiegen sein dürften, dann ergibt sich, daß das Einkommen, über das die privaten Haushalte in diesem Jahr verfügen konnten, etwa 950 Mrd DM betrug; es war reichlich 7¹/₂ vH höher als im Vorjahr (Tabelle 26). Der Ausgabenspielraum der privaten Haushalte im ganzen hat sich damit fast ebenso stark ausgeweitet wie 1979.

154. Das Bild ändert sich jedoch wesentlich, wenn man die inflatorische Entwertung der Einkommen berücksichtigt. Denn im Durchschnitt des Jahres 1980 sind die Preise für die Güter des privaten Verbrauchs um knapp 5¹/₂ vH höher gewesen als im Vorjahr; 1979 hatte die Geldentwertung dagegen nur rund 4 vH betragen. An der Kaufkraft gemessen sind die Einkommen also weit weniger gestiegen als die Nominaleinkommen. Mit etwas mehr als 2 vH hat sich die Zunahme gegenüber dem Vorjahr entsprechend der verringerten gesamtwirtschaftlichen Expansion stark verlangsamt.

Auch 1980 dürfte die Einkommensentwicklung bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich gewesen sein; für das jeweils laufende Jahr liegen hierüber aber wenig Informationen vor. Lediglich die Einflüsse auf die Einkommen der Rentner sind recht gut erfaßbar. Der Anhebung der Renten um 4,0 vH stand 1980 ein Anstieg der Preise

Tabelle 26

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte ¹⁾

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme ²⁾	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Verfügbares Einkommen ⁵⁾	Nettolohn- und -gehaltssumme ²⁾	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Verfügbares Einkommen ⁵⁾	
								nominal	real ⁶⁾
								Mrd DM	
1965 bis 1970	/				+ 7,1	+ 9,4	+ 7,5	+ 7,7	+ 5,1
1971 bis 1979 ⁷⁾					+ 6,8	+ 8,2	+ 11,6	+ 8,1	+ 2,9
1965 bis 1979					+ 7,2	+ 8,8	+ 10,0	+ 8,2	+ 3,8
1970	236,87	111,26	77,80	425,93	+ 14,9	+ 9,0	+ 5,5	+ 11,5	+ 7,7
1971	262,03	123,28	86,17	471,48	+ 10,6	+ 10,8	+ 10,8	+ 10,7	+ 5,0
1972	285,77	141,01	97,59	524,37	+ 9,1	+ 14,4	+ 13,3	+ 11,2	+ 5,3
1973	311,41	151,64	108,86	571,91	+ 9,0	+ 7,5	+ 11,5	+ 9,1	+ 1,8
1974	335,75	158,05	126,45	620,25	+ 7,8	+ 4,2	+ 16,2	+ 8,5	+ 1,4
1975	347,85	173,88	159,98	681,71	+ 3,6	+ 10,0	+ 26,5	+ 9,9	+ 3,5
1976	361,28	188,67	171,19	721,14	+ 3,9	+ 8,5	+ 7,0	+ 5,8	+ 1,3
1977	382,74	197,80	185,49	766,03	+ 5,9	+ 4,8	+ 8,4	+ 6,2	+ 2,4
1978 ⁸⁾	411,59	208,78	196,24	816,61	+ 7,5	+ 5,6	+ 5,8	+ 6,6	+ 3,7
1979 ⁸⁾	443,18	231,16	207,12	881,46	+ 7,7	+ 10,7	+ 5,5	+ 7,9	+ 3,9
1980 ⁹⁾	468	259	222	949	+ 5 1/2	+ 12	+ 7	+ 7 1/2	+ 2

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

³⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

⁴⁾ Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen und der Lohnsteuer auf Pensionen.

⁵⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

⁶⁾ Deflationiert mit dem Preisindex des Privaten Verbrauchs (1970 = 100).

⁷⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

⁸⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁹⁾ Eigene Schätzung.

für die von den Rentnerhaushalten gekauften Güter um knapp 5 vH gegenüber. Damit ist die Kaufkraft der Altersrenten, die schon 1979 nur noch wenig zugenommen hatte, in diesem Jahr sogar zurückgegangen.

VI. Zahlungsbilanz im Ungleichgewicht

Erhebliches Leistungsbilanzdefizit

155. Im Gegensatz zur ersten Ölkrise 1973/74, als sich trotz der erhöhten Ölrechnung die Überschüsse in der deutschen Leistungsbilanz sogar noch vergrößerten, kam es im Zusammenhang mit dem Ölpreisschub der beiden vergangenen Jahre zu hohen Defiziten (Tabelle 27). Im Jahre 1979 wies die Leistungsbilanz ein Defizit von rund 10 Mrd DM auf, in diesem Jahre wird es wahrscheinlich 29 Mrd DM betragen. Die unterschiedlichen Reaktionen der Leistungsbilanz auf den drastischen Anstieg der Öl-

preise damals und heute lenkt den Blick auf Unterschiede in der Konjunkturentwicklung, auf die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Außenwirtschaft sowie auf eine Reihe von Sonderinflüssen.

156. In der Leistungsbilanz eines Landes sind außer dem Warenaustausch noch der Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt sowie die unentgeltlichen Leistungen aus dem Ausland und ins Ausland zusammengefaßt. Zu dem grundlegenden Umschwung in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik haben diese beiden Teilbilanzen aber nicht entscheidend beigetragen. Alles Wichtige spielte sich beim Warenverkehr ab.

157. Die Dienstleistungsbilanz der Bundesrepublik weist traditionell einen Passivsaldo aus, und zwar einen von Jahr zu Jahr kräftig steigenden. In diesem Jahre rechnen wir mit einem Defizit in Höhe von rund 15 Mrd DM. Die Entwicklung ist durch die zunehmenden Ausgaben für Auslandsreisen geprägt; 1980 dürften diese um schätzungsweise 25 Mrd DM

Tabelle 27

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz
Mrd DM

Posten	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980 Jan-Sep
A. Leistungsbilanz	+ 2,6	+12,3	+26,6	+ 9,9	+ 9,7	+ 9,8	+17,5	-10,1	-24,5
1. Handelsbilanz ¹⁾	+20,3	+33,0	+50,8	+37,3	+34,5	+38,4	+41,2	+22,4	+ 6,1
Ausfuhr	149,0	178,4	230,6	221,6	256,6	273,6	284,9	314,5	259,3
Einfuhr	128,7	145,4	179,7	184,3	222,2	235,2	243,7	292,0	253,2
2. Dienstleistungsbilanz	- 3,1	- 5,0	- 7,0	- 8,3	- 6,6	-10,8	- 8,1	-12,4	-13,7
darunter:									
- Reiseverkehr	- 8,6	-10,9	-12,4	-14,7	-14,6	-16,4	-19,0	-22,4	-20,7
- Kapitalerträge	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,4	+ 4,6	+ 4,3	+ 0,7
- Transportleistungen	+ 4,2	+ 4,4	+ 5,9	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,3	+ 5,9
3. Übertragungsbilanz	-14,0	-15,6	-16,1	-17,9	-18,1	-17,9	-17,6	-20,8	-18,4
darunter:									
- Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte	- 7,5	- 8,2	- 7,7	- 7,4	- 6,7	- 6,1	- 5,9	- 6,4	- 4,9
- Zahlungen an die Europäischen Gemeinschaften (netto)	- 1,6	- 2,3	- 2,0	- 3,8	- 3,7	- 3,2	- 2,1	- 3,9	- 3,8
4. Ergänzungen zum Warenverkehr ²⁾ und Transithandel	- 0,6	- 0,1	- 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,5
B. Kapitalbilanz (Kapitalexport: -)	+12,0	+13,2	-25,3	-13,3	- 0,9	- 0,8	+ 5,8	+ 9,3	+13,3
1. Langfristige Kapitalbilanz	+15,6	+13,0	- 6,3	-18,2	- 1,5	-12,9	- 2,7	+10,4	+ 0,7
darunter:									
- Direktinvestitionen	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,5	- 3,3	- 3,5	- 3,2	- 3,9	+ 6,3	- 4,0
- Portfolioinvestitionen	+14,7	+ 6,9	- 3,0	- 4,2	+ 3,9	- 3,1	- 1,0	+ 2,9	- 4,4
- Kredite und Darlehen der Banken	+ 2,1	+ 8,0	- 2,4	-11,4	- 3,7	- 4,4	+ 6,2	+16,3	+ 0,4
- Öffentliche Kredite	- 1,5	- 2,2	- 0,9	+ 1,2	+ 2,4	- 1,6	- 3,3	- 1,5	+ 9,7
2. Kurzfristige Kapitalbilanz	- 3,5	+ 0,3	-19,1	+ 5,0	+ 0,5	+12,2	+ 8,5	- 1,1	+12,6
darunter:									
- Kurzfristige Nettoforderungen der Banken	- 0,4	- 5,1	- 9,7	- 2,3	+ 6,7	+ 8,1	+10,1	+ 4,3	- 5,6
- Finanzkredite	- 4,6	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,5	- 0,0	+ 8,5	+ 1,1	- 3,2	+15,8
- Handelskredite	+ 1,0	+ 4,6	-12,4	+ 4,1	- 5,7	- 3,9	- 3,9	- 1,7	- 2,8 ³⁾
C. Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen (A + B)	+14,6	+25,5	+ 1,2	- 3,4	+ 8,8	+ 9,0	+23,3	- 0,8	-11,2
D. Saldo der statistisch nicht auf- gliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 1,1	+ 0,9	- 3,2	+ 1,1	+ 0,0	+ 1,4	- 3,5	- 4,1	- 6,9
E. Saldo aller Transaktionen im Leistungs- und Kapitalverkehr (C + D)	+15,7	+26,4	- 1,9	- 2,2	+ 8,8	+10,5	+19,8	- 5,0	-18,1
F. Ausgleichsposten zur Auslands- position der Bundesbank ⁴⁾	- 0,5	-10,3	- 7,2	+ 5,5	- 7,5	- 7,9	- 7,6	- 2,3	—
G. Veränderung der Nettoauslands- aktiva der Bundesbank (Zunahme: +)	+15,2	+16,1	- 9,1	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	- 7,3	-18,1

¹⁾ Spezialhandel: Einfuhr eif. Ausfuhr fob.

²⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.

³⁾ Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank (Devisenbilanz), die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank.

⁴⁾ Januar bis August.

über die Einnahmen aus dem Reiseverkehr hinausgehen; die Zuwachsraten lagen in den letzten beiden Jahren jedoch nicht höher als zu Beginn der siebziger Jahre. Knapp die Hälfte des Defizits im Reiseverkehr wird, wie in den Jahren zuvor, durch die Überschüsse bei den Transportleistungen, die fast ausschließlich in Verbindung mit dem Warenverkehr entstehen, und durch die Nettoeinnahmen aus Kapitalerträgen aufgewogen. Der Überschuß in der Kapitalertragsbilanz hat sich, nicht zuletzt als Folge der stark gestiegenen Direktinvestitionen im Ausland, in den vergangenen Jahren rasch ausgeweitet, seit 1973 fast verdreifacht; er dürfte 1980 knapp 4 Mrd DM betragen.

158. Ein ähnlicher, wenn auch schwächer steigender Trend zu größeren Defiziten ist seit längerem bei den unentgeltlichen Leistungen zu beobachten. Im Jahre 1980 wird die Übertragungsbilanz einen Passivsaldo in Höhe von rund 24 Mrd DM erreichen. Der größte Teil des Defizits rührt aus den Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer und aus den Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft. Vor der Rezession des Jahres 1975, als die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ihren Höhepunkt erreichte, machten die Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte fast die Hälfte des Defizits in der Übertragungsbilanz aus. Seither ist dieser Teil der unentgeltlichen Übertragungen deutlich gefallen, denn die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer ging mehrere Jahre lang zurück, und viele haben ihre Familien nachkommen lassen, so daß sie nicht mehr so hohe Beträge überweisen. Dagegen waren die Nettzahlungen an die Europäische Gemeinschaft als Folge der stark steigenden Beiträge zum EG-Agrarfonds 1979 doppelt so hoch wie 1974; in diesem Jahr dürften sie mehr als 5 Mrd DM betragen.

159. Die hohen Defizite bei den sogenannten „unsichtbaren Leistungen“ (Dienstleistungen und unentgeltliche Leistungen) dürfen nicht isoliert von den Handelsströmen gesehen werden. Überschüsse der Bundesrepublik beim Warenverkehr einerseits und Defizite bei den „unsichtbaren Leistungen“ andererseits sind Ausdruck der internationalen Arbeitsteilung zwischen Ländern mit unterschiedlichen Produktions- beziehungsweise Standortvorteilen. Auf den ersten Blick scheint das Defizit in der Gesamtbilanz mit dem Überschuß in der Handelsbilanz, der 1980 knapp 10 Mrd DM betragen wird, nichts zu tun zu haben. Doch im Gegensatz zur Entwicklung der beiden anderen Teilbilanzen wich die Handelsbilanz in den Jahren 1979 und 1980 auffallend stark vom durchschnittlichen Verlauf der vorangegangenen Jahre ab (Schaubild 25). Die eigentliche Frage ist daher: Warum waren die Überschüsse im Handelsverkehr nach dem zweiten Ölpreisschub so viel niedriger als nach dem ersten?

160. Zunächst zur Einfuhrseite: Sowohl nach dem ersten als auch nach dem zweiten Ölpreisschub stiegen die Einfuhrwerte insgesamt etwa gleich stark an, nämlich um rund 20 vH. Der größte Teil davon ging auf Preisanhebungen zurück. Im Jahre 1974 verteuerte sich die Einfuhr, gemessen an den Durch-

schnittswerten, um fast 30 vH; im Jahre 1979 waren es knapp 10 vH und 1980 rund 13¹/₂ vH. Trotzdem hat die Einfuhr dem Werte nach in diesem Jahr nicht weniger stark zugenommen als 1974, da dieses Mal die Einfuhrmengen wegen der konjunkturellen Belebung im Inland bis ins Jahr 1980 hinein deutlich gestiegen sind, während sie damals im Zusammenhang mit der rasch schwächer werdenden Binnenkonjunktur gesunken waren.

Wie in den Jahren der ersten Ölkrise sind auch 1979 und 1980 wieder die Einfuhrpreise für Rohöl und Mineralölprodukte mit großem Abstand zu allen anderen Einfuhrwaren am stärksten gestiegen. Seit Herbst 1978 haben sie sich etwa verdoppelt. Während der ersten Ölkrise hatte der Ölpreisanstieg sogar rund 300 vH betragen; trotzdem war die Belastung aus der Ölverteuerung dieses Mal nicht geringer. Von 1972 bis 1974 stieg die gesamte Einfuhr an Rohöl und Mineralölprodukten dem Werte nach um 22 Mrd DM auf 32 Mrd DM, von 1978 bis 1980 voraussichtlich um etwa 32 Mrd DM auf etwa 65 Mrd DM. In beiden Fällen machte der Anstieg der Ölrechnung ungefähr 2 vH des jeweiligen Bruttosozialprodukts aus.

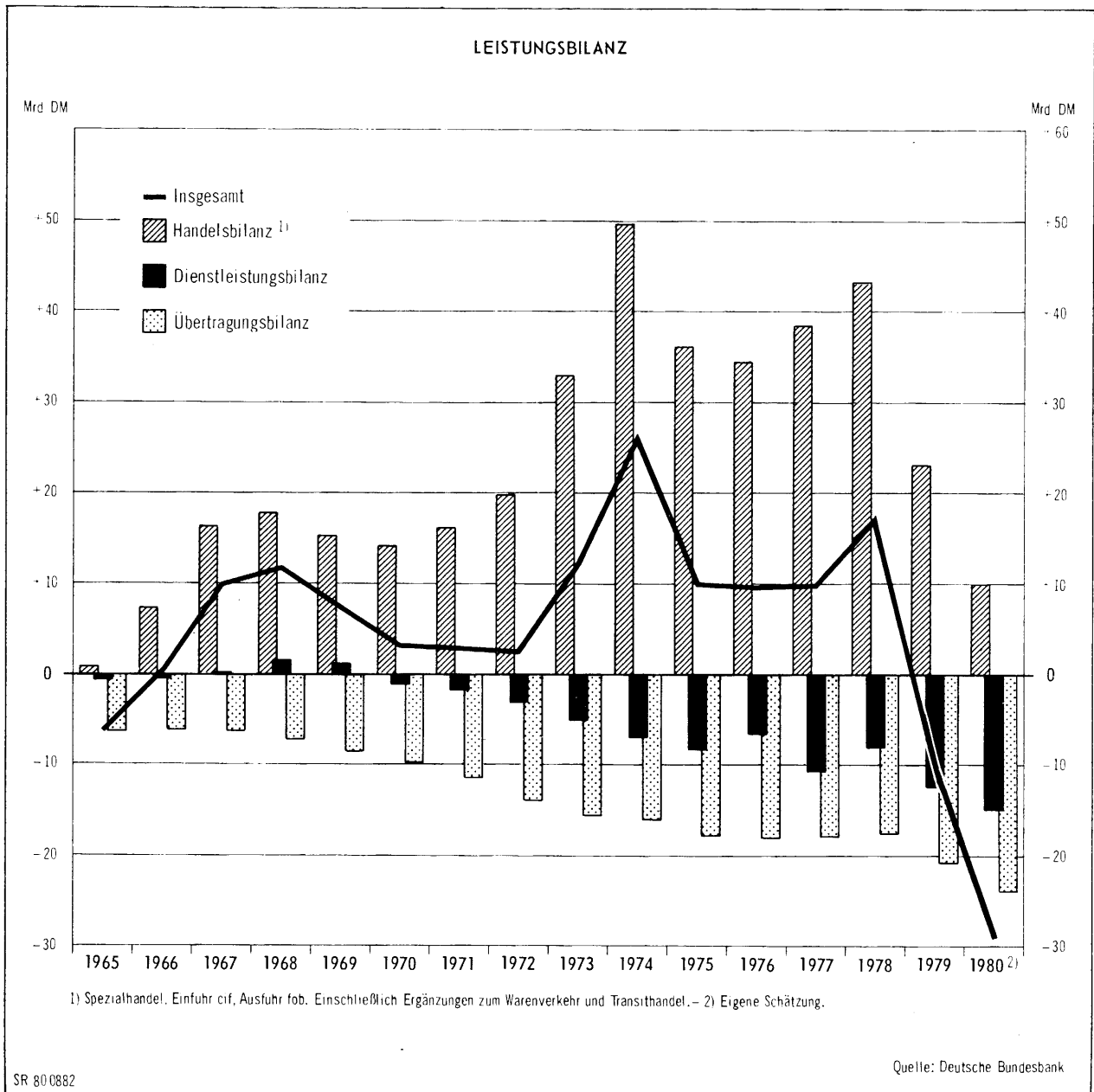
Es war die Einfuhr der übrigen Rohstoffe sowie der Halbwaren, die im Rezessionsjahr 1974 — anders als nach dem zweiten Ölpreisschub — der Menge nach zurückging. Dem Werte nach nahm sie damals wegen der außerordentlichen Preishausse auf den Rohstoffmärkten dennoch stärker zu als im Jahre 1979, obwohl sich auch dieses Mal nicht nur das Öl, sondern nach und nach fast alle Rohstoffe beträchtlich verteuerten, nur eben nicht so stark wie 1974. Erst in den letzten Monaten hat sich der Anstieg der Ausgaben für Rohstoffe wie auch für Halbwaren merklich verlangsamt.

Nur bei den Fertigwaren ist es nach dem zweiten Ölpreisschub zu einem deutlich höheren Zuwachs der Einfuhrwerte gekommen als während der ersten Ölkrise. Hier dominierte der Unterschied in der Mengenentwicklung gegenüber dem Unterschied in der Preisentwicklung. Im Jahre 1974 war die reale Fertigwareneinfuhr um 3 vH gesunken, 1979 nahm sie dagegen um nicht weniger als 12 vH zu.

Im Maschinenbau stieg die Einfuhr dem Werte nach 1979 dreimal so stark wie im Jahre 1974, obwohl der Preisanstieg seinerzeit bedeutend höher gewesen war. Auch 1980 hat die Fertigwareneinfuhr noch vergleichsweise kräftig zugenommen (Ziffer 59).

161. Im Gegensatz zur ersten Ölkrise 1973/74 reichte der Zuwachs der Ausfuhrwerte nach dem zweiten Ölpreisschub nicht aus, die Mehraufwendungen bei der Einfuhr auszugleichen. Zwar profitierte die deutsche Exportwirtschaft auch im vergangenen Jahr sowie im ersten Halbjahr 1980 von der Konjunkturlage in den westeuropäischen Industrieländern, was zu einer im ganzen durchaus befriedigenden Zunahme der Ausfuhr führte. In den Jahren 1973 und 1974 war das Ausfuhrvolumen aber fast doppelt so stark gestiegen. Hinzu kam, daß die heimischen Exporteure damals aufgrund der Produktions- und Lieferengpässe im Ausland große Preiserhöhungsspielräume hatten und nutzten.

Schaubild 25



Die Ausfuhr in die OPEC-Staaten, die im Jahre 1974 um nicht weniger als 74 vH gestiegen war, sank im Jahre 1979 beträchtlich, nämlich um mehr als 20 vH. Allerdings ist das Bild wegen des außerordentlich starken Rückgangs der Ausfuhr in den Iran verzeichnet. Rechnet man ohne die Ausfuhr in den Iran, so verbleibt immerhin noch ein Rückgang von 5 vH. Diese Entwicklung mag darin begründet sein, daß in den Jahren zuvor die Einfuhr mancher OPEC-Staaten noch rascher zugenommen hatte als ihre Öleinnahmen. Erst im Laufe des Jahres 1979 schlugen die neuen Preissteigerungen in den Einnahmen der OPEC-Staaten voll zu Buche. Die Lieferungen an diese sind dann auch wieder kräftig gestiegen, doch bei weitem nicht so stark wie die Ölrechnungen. Das Defizit im Warenaustausch mit dieser Ländergruppe ist sehr groß geworden.

Auffallend ist auch, daß die Ausfuhr in die Staatshandelsländer in den letzten Jahren nur noch im Umfang der durchschnittlichen Exportpreisanhebungen zugenommen hat; von 1972 bis 1974 hatten sie sich verdoppelt. Im ersten Halbjahr 1980 ist es real sogar zu einem Rückgang der Warenausfuhr in diese Länder gekommen. Nur die Sowjetunion, die steigende Einnahmen aus dem Ölexport erzielt, hat ihre Einfuhr stark erhöht.

Die Ausfuhr in die nicht-ölexportierenden Entwicklungsländer hat nach dem zweiten Ölpreisschub nur noch vergleichsweise wenig zugenommen. Viele dieser Länder haben enorme Zahlungsbilanzschwierigkeiten und sind zudem schon hoch verschuldet.

162. Zusammenfassend läßt sich der spektakuläre Rückgang des Handelsbilanzüberschusses nach

dem zweiten Ölpreisschub im wesentlichen auf drei Unterschiede zur Situation in den Jahren 1973/74 zurückzuführen. Anders als nach der ersten Ölkrise gab es in der Welt keine Hochkonjunktur. Der deutsche Konkunkturaufschwung hatte mehr Kraft als die leichte Erholung im Ausland; es kam zu einem Konjunkturgefälle, das zu einer starken Zunahme der Einfuhrmengen führte und die Expansion der Ausfuhr in Grenzen hielt. Die deutlich schwächere Importneigung der OPEC-Staaten und die geringe Importfähigkeit der Staatshandelsländer kamen erschwerend hinzu.

Zu fragen bleibt freilich, ob die schrumpfenden Überschüsse im Warenhandel nicht auch Ausdruck einer nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten sind.

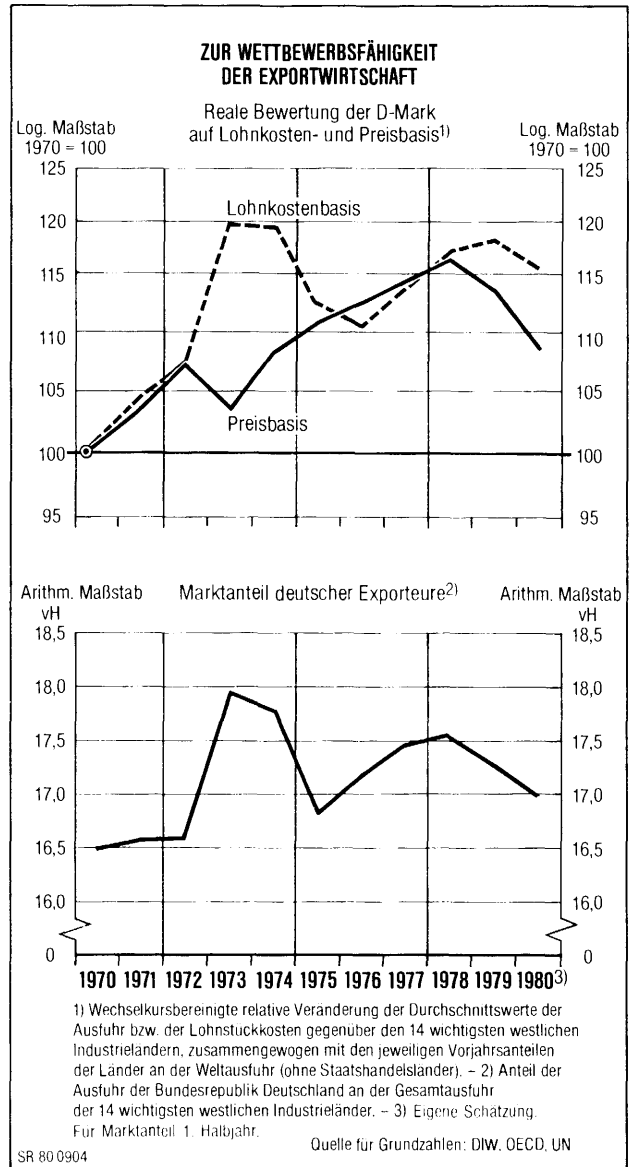
Wettbewerbsvorteile durch D-Mark-Schwäche

163. Die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit der am Außenhandel beteiligten oder indirekt von ihm betroffenen Sektoren eines Landes ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Einen eindeutigen Indikator gibt es nicht. Ins Bild gehört zunächst die Entwicklung von Marktanteilen. Wichtige Hinweise geben außerdem Preis- und Kostenänderungen der Ausfuhrgüter im internationalen Vergleich, wenn man sie um Wechselkursänderungen bereinigt. Aber auch Faktoren wie Lieferfähigkeit, Angebotsortiment, Produktqualität und Service spielen eine große Rolle, Faktoren also, die statistisch kaum quantifizierbar sind, aber die Aussagekraft anderer Indikatoren stark relativieren können.

164. Im Jahre 1979 hat erstmals seit mehreren Jahren der Anteil deutscher Exporte sowohl an der Weltausfuhr als auch an der Gesamtausfuhr der vierzehn wichtigsten westlichen Industrieländer abgenommen (Schaubild 26). Ohne einen Blick auf Sonderfaktoren besagt eine kurzfristige Veränderung von Marktanteilen freilich wenig. So haben beispielsweise die Ölausfuhren Norwegens sowie Großbritanniens die Gesamtausfuhr der westlichen Industrieländer abrupt erhöht und damit die Marktanteile deutscher Exporteure, die Rohöl gar nicht und Mineralölprodukte nur in bescheidenem Umfang auf den Weltmärkten anbieten, sinken lassen, ohne daß dies eine nachlassende Konkurrenzfähigkeit des deutschen Exportsektors bedeuten würde. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß die auf Dollarbasis errechneten Marktanteile auch durch kurzfristige Kursschwankungen bei der amerikanischen Währung beeinflußt werden, die nicht Ausdruck veränderter Wettbewerbsverhältnisse sein müssen.

165. Außerdem ist zu bedenken, daß der Rückgang der Marktanteile im Export mit der starken realen Aufwertung der D-Mark in den Jahren vor 1979 zusammenhängen kann und damit nicht unbedingt ein Indiz für eine verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit noch heute sein muß. Denn inzwischen ist diese reale Aufwertung korrigiert worden. Die seit mehr als einem Jahr anhaltende Schwäche der D-Mark auf den Devisenmärkten, die kontrastiert mit den fort-

Schaubild 26



bestehenden internationalen Unterschieden im Inflationstempo, bietet die Chance, die Marktanteile im Export wieder auszubauen. Nach der Entwicklung im ersten Halbjahr zu schließen, wird der Marktanteil 1980 allerdings noch unter dem Vorjahreswert liegen. Dies hängt nicht zuletzt mit der Verschlechterung des Preisverhältnisses im Außenhandel bis in das Jahr 1980 hinein zusammen.

166. Das Bild ist allerdings bei Preisen und Kosten nicht einheitlich. Die Preise deutscher Ausfuhrgüter sind in den Jahren 1979 und 1980 zumeist um mehrere volle Prozentpunkte weniger stark gestiegen als die Preise der ausländischen Konkurrenzprodukte in jeweiliger nationaler Währung. Und dieser Vorteil wurde nicht mehr dadurch wettgemacht, daß die D-Mark gegenüber den ausländischen Währungen an Wert gewann (Schaubild 26). Somit hat sich von den Preisen her die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure seit 1978 deutlich verbessert. Hinter einem Preisvorteil kann ein Kostenvorteil stehen, muß es aber nicht. Was die Lohnkosten an-

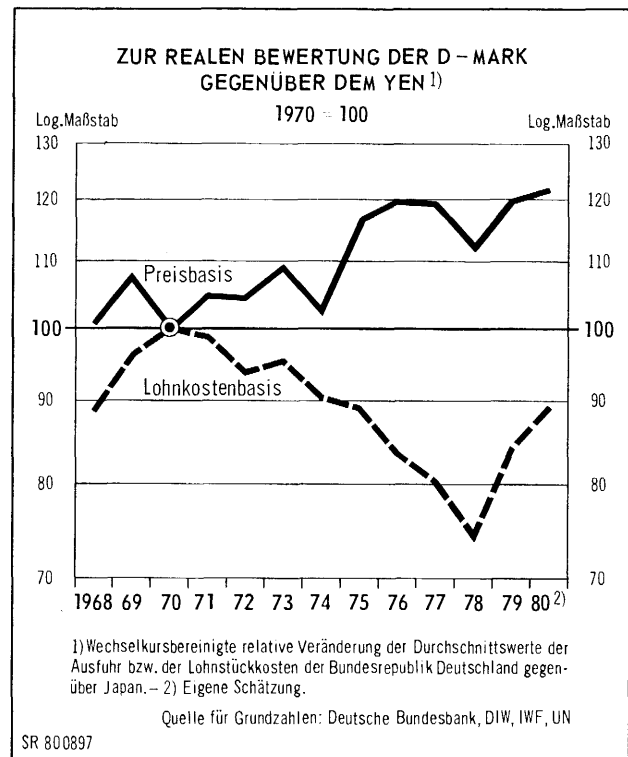
Schaubild 27

geht, so spricht der internationale Vergleich in diesem Falle dagegen¹⁾. Zwar sind auch die Löhne in der Bundesrepublik wesentlich schwächer gestiegen als im Ausland, berücksichtigt man jedoch die D-Mark-Aufwertung, so ist der Unterschied bei der Entwicklung der Lohnstückkosten nur gering. Dieser Rechnung zufolge ist also die reale Höherbewertung der D-Mark aus den Jahren 1976 bis 1978 zwar bei den Preisen, aber nur teilweise bei den Kosten korrigiert worden. Der Unterschied könnte eine Kompression der Gewinnmargen der deutschen Wettbewerber seit 1976 vermuten lassen. Dafür gibt es jedoch für den hier dokumentierten Zeitraum keinen Anhalt. Eher trifft das Gegenteil zu (Schaubild 8). Wenn nicht andere Kostenunterschiede im Spiele sind, läßt die Analyse daher nur den Schluß zu, daß die ausländischen Wettbewerber in den vergangenen Jahren ihre Erlös-Kosten-Relation im allgemeinen stärker verbessern konnten als die deutschen. Nur insoweit wären sie besser gerüstet für die Zukunft.

Im ganzen betrachtet geben also die Indikationen, an denen man eine Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit des außenwirtschaftlichen Sektors eines Landes ablesen will, für die Bundesrepublik keinen Anlaß zu größeren Sorgen, als sie andere Industrieländer auch haben.

167. Hinter dem globalen Bild, vor allem hinter der realen Bewertungsänderung der D-Mark gegenüber dem gewogenen Durchschnitt der Währungen aller wichtigen Handelspartner, stehen allerdings zu meist sehr viel stärkere Veränderungen in der realen Bewertung gegenüber den einzelnen Währungen. Auffallend ist besonders die reale Veränderung des D-Mark-Kurses gegenüber der japanischen Währung. Während die D-Mark im Jahre 1980 im gewogenen Durchschnitt der Währungen sowohl auf Preisbasis als auch auf Lohnkostenbasis real an Wert verloren hat, ist ihr Wert gegenüber dem Yen weiter gestiegen, jedenfalls im Vorjahresvergleich, nicht auch im Verlauf (Schaubild 27). Auch 1979 verhielt es sich schon so. Nimmt man beide Jahre zusammen, so ist die D-Mark gegenüber dem Yen auf Preisbasis um 9 vH und auf Kostenbasis sogar um 21 vH real höher bewertet worden. Allerdings darf man nicht vergessen, daß dem eine ganze Reihe von Jahren voranging, in denen die Lohnkosten der japanischen Wirtschaft, zum jeweiligen Wechselkurs umgerechnet, rascher gestiegen sind als bei uns. Immerhin: Bei den Lohnstückkosten ist durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Yen in den letzten zwei Jahren ein erheblicher Teil dessen wieder verlorengegangen, was in den acht Jahren zuvor im Kostenvergleich mit Japan durch ein Aufholen der Bundesrepublik gewonnen worden war. Beim langfristigen Vergleich der Preisentwicklung ist das Bild noch ungünstiger. Preis- und Wechselkursentwicklung zusammengenommen besagen, daß sich die ja-

¹⁾ Dabei wird mangels geeigneter statistischer Daten unterstellt, daß die Lohnstückkostenentwicklung in der Gesamtwirtschaft für die Entwicklung der Lohnkosten je Produkteinheit im Außenhandelssektor genügend repräsentativ ist. Vergleiche hierzu JG 76 Ziffer 156 und JG 78 Ziffer 163.



panische Wettbewerbsfähigkeit im vergangenen Jahrzehnt mit kurzen Unterbrechungen ständig verbessert haben muß. Vorsicht bei der quantitativen Interpretation der statistisch hier erfaßten Bewegungen ist freilich am Platze. Die ungewöhnlich stark geöffnete Schere zwischen den Unterschieden beim Anstieg der Preise und den Unterschieden beim Anstieg der Lohnstückkosten ist nicht leicht zu erklären.

168. Unter dem Druck verschärfter Konkurrenz aus den Niedriglohnländern haben die deutschen Unternehmen in der Vergangenheit den Weg in die Produktion von qualitativ und technologisch hochwertigen Produkten eingeschlagen und so ihren Kostennachteil gegenüber den Wettbewerbern ausgeglichen. Dieser Weg hat sich bisher als erfolgreich erwiesen. In jüngster Zeit jedoch sehen sich eine Reihe von Branchen einer Konkurrenz gegenüber, die nicht nur auf den Weltmärkten, sondern sogar im eigenen Lande Produkte auf hohem technologischen Stand preisgünstiger anzubieten vermag. Dies nährt die Sorge, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten sei gefährdet. Hierbei wird vor allem auf die Erfolge japanischer Unternehmen im internationalen Wettbewerb verwiesen.

Der Weltmarktanteil Japans weist seit längerer Zeit eine leicht steigende Tendenz auf. Der Anteil der deutschen Ausfuhr am Welthandel ist dagegen eher etwas gesunken. Sicher gibt es viele Gründe dafür, daß sich die Marktanteile von Staaten am Welthandel verändern. Wenn aber zwei Länder mit einem nicht unbedeutenden Teil ihrer Exporte auf wichtigen Märkten in direktem Wettbewerb liegen, wie das bei Deutschland und Japan der Fall ist, dann mag man in dem Zurückbleiben eines Landes alle-

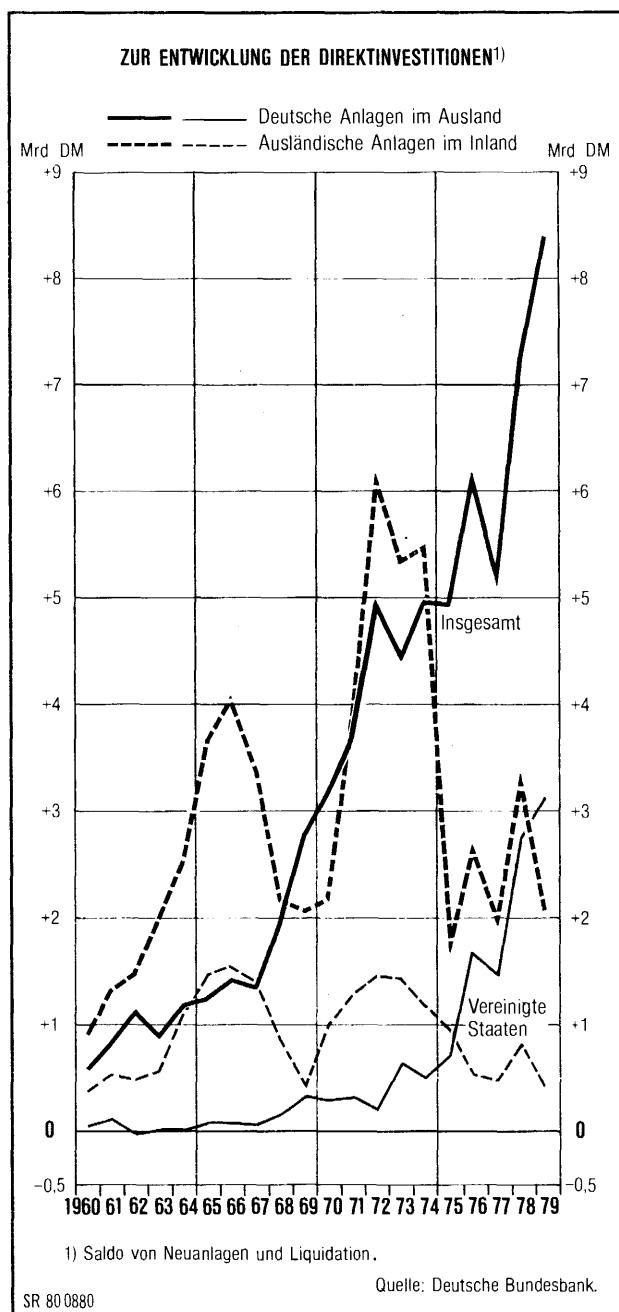
mal einen Hinweis sehen, daß Anstrengungen nötig sind, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Hohe Direktinvestitionen

169. Veränderte Wettbewerbsbedingungen im internationalen Rahmen beeinflussen nicht nur die Waren- und Dienstleistungsströme, sondern auch die Kapitalbewegungen zwischen Inland und Ausland und besonders, wenn gleich mit Verzögerung, die Direktinvestitionen. Nachdem die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland von 1972 bis 1977 — mit Ausnahme des Jahres 1976 — nicht mehr nennenswert gestiegen waren, fiel die Zuwachs-

rate in den beiden darauffolgenden Jahren mit durchschnittlich fast 30 vH spektakulär hoch aus (Schaubild 28). Dazu hat vermutlich auch beigetragen, daß die vorangegangene starke D-Mark-Aufwertung den Erwerb von Anlagevermögen in manchen Ländern erheblich verbilligte und so Direktinvestitionen im Ausland als Alternative zu Warenexporten, die durch die Aufwertung benachteiligt waren, zunehmend attraktiver machte. Vor allem die deutschen Anlagen in den Vereinigten Staaten, die seit längerem die Spitzenposition unter den Auslandsanlagen deutscher Investoren einnehmen und im letzten Jahr mit gut 3 Mrd DM ein Drittel aller Direktinvestitionen ausmachten, wurden durch den niedrigen Dollarkurs begünstigt. Das Engagement amerikanischer Investoren in der Bundesrepublik hat dagegen nachgelassen. Insgesamt sind die ausländischen Investitionen in der Bundesrepublik nach dem abrupten Rückgang im Jahre 1975, der nicht zuletzt rezessionsbedingt war, nurmehr geringfügig gestiegen, mit der Folge, daß die Bundesrepublik seither per Saldo zunehmend Kapital in Form von Direktinvestitionen exportiert. In den ersten neun Monaten des Jahres 1980 waren die Nettokapitalexporte in diesem Bereich mit 4 Mrd DM um ein Drittel höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Schaubild 28



170. Für die Zunahme der deutschen Direktinvestitionen im Ausland scheinen vor allem absatzorientierte Motive maßgeblich zu sein. So nannten bei einer Umfrage des Ifo-Instituts rund drei Viertel der befragten Unternehmen die Absatzsicherung als Hauptmotiv für die verstärkte Investitionstätigkeit im Ausland.

Nicht selten wird die lokale Präsenz des Unternehmens auf den Auslandsmärkten schon deshalb für erforderlich gehalten, weil man nur so Marktanteile verteidigen und Handelshemmnisse überwinden zu können glaubt. Dies gilt anscheinend in besonderem Maße für die stark exportintensiven Branchen wie den Maschinenbau, die chemische und elektrotechnische Industrie sowie den Straßenfahrzeugbau. Andere Unternehmen, wie etwa die der Eisen- und Stahlindustrie und der Grundstoffindustrie, vor allem die Mineralölunternehmen, investieren verstärkt im Ausland, um sich die Lieferung notwendiger Rohstoffe zu sichern.

An zweiter Stelle der Motive für die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland steht der Ifo-Umfrage zufolge der Anreiz niedrigerer Lohnstückkosten. Mit großem Abstand folgen Gründe wie Unterschiede in der Ertragsbesteuerung, weniger strenge Umweltschutzbestimmungen sowie Maßnahmen der Investitionsförderung.

171. Die zunehmende Auslandsorientierung deutscher Investoren wird nicht überall ohne Sorge gesehen, denn, so wird behauptet, was deutsche Unternehmen im Ausland für ausländische Märkte produzieren und dort absetzen, kann die Bundesrepublik nicht zugleich exportieren, mit der Folge nachteiliger Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung im Inland. Dabei wird häufig übersehen, daß die Unternehmen in vielen Fällen gar keine Wahl haben zwi-

schen Inlandsproduktion mit anschließendem Export und Auslandsproduktion, wollen sie nicht Marktanteile verlieren. Wie zwingend die Wahl zwischen Direktinvestitionen im Ausland oder dem Verlust des Auslandsmarktes ist, kann sicherlich nur von Fall zu Fall entschieden und empirisch kaum allgemeingültig belegt werden. Sofern aber die Auslandsinvestitionen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen, sei es wegen kostengünstigerer Produktion, sei es über die Erschließung neuer Absatzmärkte, wird man die mittel- und langfristigen Beschäftigungseffekte eher positiv einzuschätzen haben. Im übrigen induzieren Direktinvestitionen in vielen Fällen den Export von Investitionsgütern, Vor- und Halbfertigprodukten, die zur Errichtung, Ausstattung und Aufrechterhaltung des Produktionsablaufs in den Auslandsniederlassungen benötigt werden. Darüber hinaus erleichtert die Auslandspräsenz Marktkontakte, die den Absatz anderer Produkte des inländischen Mutterunternehmens fördern können. Nicht zuletzt ergeben sich für das Inland auf Grund der Direktinvestitionen zusätzliche Kapitalerträge, die das Volkseinkommen erhöhen. Kurz: Zunehmende Direktinvestitionen im Ausland sind ein selbstverständlicher Bestandteil des weltwirtschaftlichen Strukturwandels und Ausdruck einer funktionierenden internationalen Arbeitsteilung.

Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits durch Kapitalimporte noch nicht erreicht

172. Ein Defizit in der Leistungsbilanz muß durch Kapitalimporte oder durch die Abgabe von Währungsreserven finanziert oder schon im Entstehen verhindert werden.

Der Rückgriff auf die Währungsreserven ist nur einmal möglich und daher lediglich als Ausweg anzusehen. Die Deutsche Bundesbank geht folgerichtig davon aus, daß auch das gegenwärtige, extrem hohe Leistungsbilanzdefizit eigentlich über den Markt zu finanzieren (oder zu verhindern) ist und nicht durch Devisenreserven. Im Jahre 1979 gelang dies befriedigend. Zwar intervenierte die Bundesbank an den Devisenmärkten. Aufs ganze gesehen überließ sie die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits aber dem Markt. Das ausgewiesene Defizit von rund 10 Mrd DM konnte sogar vollständig durch langfristige Kapitalimporte finanziert werden. Ganz anders war es 1980.

173. *Hat man bewegliche Wechselkurse, so gibt es selbstverständlich immer einen Kurs, bei dem sich auch ohne Intervention der Notenbank Marktausgleich an den Devisenmärkten einstellt. Mit einem Leistungsbilanzdefizit geht eine Tendenz zur Abwertung der Währung einher, die einerseits dem Defizit im Entstehen entgegenwirkt, indem sie mehr Exporte und weniger Importe rentabel werden läßt, und die andererseits eine Geld- und Kapitalanlage in der abgewerteten Währung lohnender macht, etwa weil auf der Basis des neuen Kurses für die Zukunft eher mit einer Aufwertung der Währung gerechnet werden kann, mit einem Vorteil also, der zum Zinsertrag hinzukäme. Kurzfristig ist man meist vollständig auf diesen zweiten Effekt angewiesen. Denn die Einfuhr- und Ausfuhrmengen reagieren nicht sofort auf Preisänderungen, und daher ge-*

schieht es leicht, daß sich durch eine Abwertung das Leistungsbilanzdefizit zunächst einmal sogar vergrößert, dann nämlich, wenn bei wenig veränderten Handelsströmen die abwertungsbedingte Verteuerung der Einfuhr stärker zu Buche schlägt als der Mehrerlös aus zusätzlicher Ausfuhr.

Wie sich dies im konkreten Einzelfall auch immer verhalten mag, niemand kann im Vorhinein sagen, bei welchem Wechselkurs ein Marktausgleich ohne Intervention der Notenbank zustande kommt. Das muß auch niemand wissen, jedenfalls dann nicht, wenn man gleichmütig sein könnte gegenüber der Frage, welcher Kurs es sein wird. Insoweit gibt es bei beweglichen Wechselkursen ein Zahlungsbilanzproblem, das Problem der Finanzierung eines Leistungsbilanzdefizits, nicht. Man ist aber nicht gleichmütig gegenüber dem Kurs, der dieses Gleichgewicht schafft, und zwar vor allem deshalb nicht, weil sich aus Wechselkursänderungen Preisniveaueffekte, oftmals genug dauerhafte Preisniveaueffekte ergeben. Sehen muß man: Wechselkursänderungen können unvermeidlich sein und sind dann auch erwünscht, weil sie die nötigen Anpassungsprozesse rechtzeitig in Gang bringen helfen. Sie können aber auch eine Überreaktion darstellen, wozu es kommen mag, wenn nicht für einigermaßen robuste Stabilitätserwartungen gesorgt ist. Dann verursachen sie höchst unerwünschte Friktionskosten. Es wird noch komplizierter: Wechselkursänderungen mögen unvermeidlich sein, etwa um durch Reduktion eines Leistungsbilanzdefizits die Belastungen eines Landes aus dem Leistungsverkehr und dem normalen Kapitalexport in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen dauerhafter Kreditwürdigkeit. Doch gleichgültig ist nicht ohne weiteres, in welchem Tempo sich die unvermeidliche Wechselkursänderung vollzieht. Eine abrupte Abwertung mag überwiegend in einer binnenwirtschaftlichen Anpassungs-inflation verpuffen. Sie ist dann güterwirtschaftlich weitgehend wirkungslos und im übrigen schädlich. Eine allmähliche Abwertung hingegen mag tatsächlich überwiegend eine reale Abwertung bleiben. Wie wahrscheinlich eine Überreaktion des Wechselkurses ist und wie groß die Gefahr einer Anpassungs-inflation, darüber bestimmt nicht zuletzt die stabilitätspolitische Konstitution eines Landes. Was bei festen Wechselkursen als ein Konflikt zwischen dem Ziel des externen Gleichgewichts (Zahlungsbilanzgleichgewicht) und dem Ziel des internen Gleichgewichts (hoher Beschäftigungsstand, stabiler Geldwert) auftritt, kehrt bei beweglichen Wechselkursen in der Form eines Konflikts zwischen dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes und dem Ziel der Stabilität des Preisniveaus wieder, wenn die stabilitätspolitische Konstitution ungünstig ist.

Die Krux ist: Diese Probleme sehen, heißt nicht, eine einfache Antwort darauf haben. Denn die Geldpolitik kann nicht ohne weiteres einem bestimmten Wechselkursziel untergeordnet werden. Und das Bestreben, Wechselkursbewegungen entgegenzuwirken, die von vermeintlich fehlgeleiteten Erwartungen am Devisenmarkt bestimmt sind, hat schon oftmals zu fehlgeleiteter Intervention von Notenbanken Anlaß gegeben.

174. Das Jahr 1980 brachte für die Bundesbank Probleme solcher Art. Eine Finanzierung über den Markt, sowohl des Leistungsbilanzdefizits als auch des autonomen Kapitalexports, das heißt aller nichtzahlungsbilanzbedingten Kapitalexporte wie beispielsweise Direktinvestitionen, schien nur um den Preis einer hohen D-Mark-Abwertung möglich — und dies trotz eines unverändert hohen Inflationsgefälles zwischen Ausland und Inland, eines Gefälles also, zu dem eigentlich eine fortgesetzte Aufwertung der D-Mark gehört. Den Weg der Inkaufnahme einer hohen D-Mark-Abwertung ist die Bundesbank nicht

gegangen, aus Gründen der Inflationsabwehr. Sie hätte einen zweiten interventionsfreien Weg wählen können, nämlich den einer so restriktiven Geldmengenpolitik, daß ausreichend hohe Zinsen eine Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits über den Markt bei einem Wechselkurs sichergestellt hätten, der die auf mehr Stabilität des Geldwerts abzielende Politik unterstützt statt gefährdet hätte. Waren in der Vergangenheit die längerfristigen Ertrags- und Stabilitätserwartungen hierzulande attraktiv genug, große private Kapitalzuflüsse auch bei relativ niedrigen Inlandszinsen zustandezubringen, so reichte im Jahr 1980 der Zinsanreiz offenbar nicht aus. Möglicherweise hätte eine scharf restriktive Geldpolitik den erwünschten vertrauensschaffenden Effekt gehabt, so daß dann den zunächst hohen Zinsen rasch niedrige hätten folgen können, zusammen mit einer wiederkehrenden Aufwertungstendenz für die D-Mark. Die Bundesbank ist auch diesen Weg nicht gegangen, aus Gründen der Rezessionsfurcht. Statt dessen intervenierte sie an den Devisenmärkten, betrieb eine mäßig restriktive Geldmengenpolitik und versuchte so, einer übermäßig starken D-Mark-Aufwertung entgegenzuwirken (Ziffern 308f.).

Die hohen Devisenabflüsse verdeutlichen, daß es nicht gelang, auf diese Weise für eine Kapitalzufuhr zu sorgen, die dem Leistungsbilanzdefizit und dem autonomen Kapitalexport auch nur annähernd entsprach. Das Leistungsbilanzdefizit und der Kapitalexport wurden also nicht über den Markt finanziert, sondern größtenteils durch die Bundesbank selbst, das heißt durch den Rückgriff auf Währungsreserven.

175. Die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs schloß in den ersten neun Monaten des Jahre 1980 — trotz der beträchtlichen Kapitalimporte der öffentlichen Hand in Höhe von 9,7 Mrd DM — nur mit einem sehr geringen Überschuß, nicht einmal 1 Mrd DM, ab. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurde noch ein Überschuß von fast 12 Mrd DM erzielt. Ausschlaggebend für diese Verschlechterung waren in erster Linie zwei Komponenten: Zum einen stockten die Banken ihre langfristigen Kredite an Ausländer beträchtlich auf, so daß es bei den Bankkrediten per Saldo — anders als während der ersten neun Monate des Vorjahres — zu keinem nennenswerten Mittelzufluß mehr kam. Zum anderen drängten inländische Anleger zunehmend in höher verzinsliche DM-Anleihen ausländischer Emittenten. Die Sorge ausländischer Emittenten, eine fortgesetzte D-Mark-Aufwertung hinnehmen zu müssen, war anscheinend kleiner geworden und damit ihre Bereitschaft größer, höhere Zinsen zu bieten. Insgesamt flossen in den ersten neun Monaten durch Portfolioinvestitionen der Banken und Unternehmen mehr als 4 Mrd DM langfristiger Mittel ins Ausland. Bei den Direktinvestitionen setzte sich der Trend zu wachsenden Kapitalexporten fort (Ziffer 169).

Im Gegensatz zum langfristigen Kapitalverkehr trugen die kurzfristigen Kapitaltransaktionen wesentlich dazu bei, daß das Leistungsbilanzdefizit wenigstens teilweise über den Markt finanziert werden konnte. Eine eher langfristige Finanzierung des De-

fizits wäre allerdings erwünscht gewesen, da die kurzfristigen Kapitalströme auf Schwankungen der internationalen Zinsdifferenzen schnell reagieren und Kapitalimporte daher ebenso schnell wieder ausbleiben können. Von Januar bis September dieses Jahres betrug die kurzfristigen Kapitalimporte netto, bereinigt um die Devisenswapgeschäfte, fast 15 Mrd DM. Für hohe Geldzuflüsse sorgten hauptsächlich die Unternehmen. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres, als Euro-DM-Kredite zeitweise billiger waren als vergleichbare Inlandskredite, nahmen sie für gut 12 Mrd DM kurzfristige Finanzkredite im Ausland auf; bis Ende September des Jahres waren es rund 18 Mrd DM. Demgegenüber fielen die von inländischen Exportunternehmen an Ausländer gewährten Handelskredite relativ gering aus. Per Saldo erreichten die kurzfristigen Kapitalimporte der Unternehmen in den ersten neun Monaten rund 13 Mrd DM. Die Banken hingegen nahmen, anders als ein Jahr zuvor, keine Mittel mehr im Ausland auf. Vor allem im ersten Quartal 1980 kam es angesichts des beträchtlichen Zinsvorsprungs bei kurzfristigen Dollaranlagen vielmehr zu erheblichen Mittelabflüssen. Die Bundesbank sah sich sogar veranlaßt, den Banken bei der Kreditvergabe an Ausländer Zurückhaltung nahelegen. Nach dem Ende der Hochzinsphase in den Vereinigten Staaten im Frühjahr dieses Jahres und der darauffolgenden, bis in den Spätsommer anhaltenden Stabilisierung des DM-Kurses sind den Kreditinstituten zwar auch wieder kurzfristige Auslandsgelder zugeflossen; dennoch betrug dort die Abflüsse, bereinigt um die Devisenswapgeschäfte, bis Ende September 1980 rund 3¹/₂ Mrd DM.

176. Immerhin waren im zweiten Jahresdrittel keine Devisenabgaben mehr nötig. Einschließlich der Transaktionen, die sich im sogenannten Restposten der Zahlungsbilanz niederschlugen, das sind hauptsächlich statistisch nicht erfaßte Veränderungen bei den Handelskrediten, haben die Nettokapitalzuflüsse mehr als 15 Mrd DM betragen. Dabei dürfte der kleiner gewordene Zinsvorteil für Anlagen in Fremdwährung eine entscheidende Rolle gespielt haben. Den weitaus größten Teil der zugeflossenen Mittel machten freilich kurzfristige Gelder aus, insbesondere die Finanz- und Handelskredite an Unternehmen.

Ab Mitte August dieses Jahres verschlechterte sich die Devisenbilanz jedoch erneut. Im Zuge der wieder größer gewordenen Zinsdifferenz zugunsten von Dollar-Anlagen reichten die Kapitalzuflüsse jetzt nicht mehr aus, das Defizit in der Leistungsbilanz ohne ein weiteres Abgleiten des D-Mark-Kurses über den Markt zu finanzieren.

In den ersten neun Monaten des Jahres schloß der Kapitalverkehr mit dem Ausland, einschließlich der im Restposten der Zahlungsbilanz zusammengefaßten Vorgänge, mit einem Überschuß von knapp 6¹/₂ Mrd DM ab. Diesen Zugängen im Kapitalverkehr standen Abgänge im Leistungsverkehr in Höhe des Defizits von 24¹/₂ Mrd DM gegenüber; es wurden also Währungsreserven in Höhe von rund 18 Mrd DM eingesetzt, um eine weitere reale Verschlechterung des D-Mark-Kurses zu vermeiden.

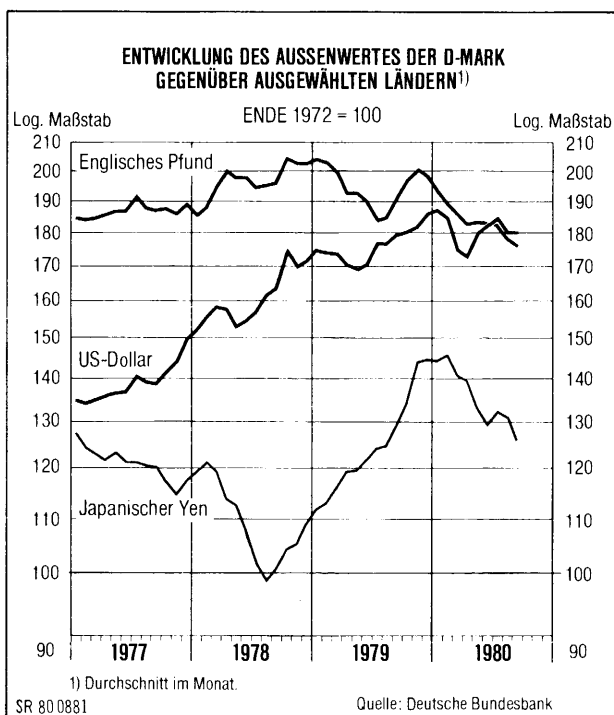
Zwar darf die Abnahme der Währungsreserven nicht gleichgesetzt werden mit der Höhe der Devisenabflüsse aufgrund von Interventionen, dennoch geht der weitaus größte Teil der Abflüsse auf die Devisenmarktinterventionen, insbesondere am D-Mark/Dollar-Markt zurück.

Starke reale Abwertung der D-Mark

177. Trotz der Interventionen und der übrigen geldpolitischen Maßnahmen wurde die D-Mark dieses Jahr auf den Devisenmärkten bis zuletzt ausgesprochen schwach notiert. Nicht nur, daß die D-Mark real an Wert einbüßte, sie wurde sogar nominal niedriger bewertet als zu Jahresbeginn. Wegen der eher größer gewordenen Inflationsdifferenz zwischen Inland und Ausland hat die D-Mark daher 1980 erheblich an Kaufkraft verloren und dies, nachdem sie bereits im Vorjahr real an Wert eingebüßt hatte. Das gilt unabhängig davon, ob man die Inflationsdifferenz an den Preisindizes für Konsumgüter, für Großhandelsgüter oder für Ausfuhrgüter mißt. Gemessen an den Durchschnittswerten der Ausfuhr beträgt die gewogene reale Abwertung im Vergleich der jahresdurchschnittlichen Kurse voraussichtlich fast 5 vH. Der „gewogene“ Wechselkurs liegt damit in realer Betrachtung etwa auf dem Stand des Jahres 1974.

178. Im Verlauf des Jahres korrespondierte die Entwicklung des D-Mark-Kurses zeitweise stark mit den Schwankungen der Zinsdifferenzen zum Ausland. Im ganzen ist sie damit jedoch nicht zu erklären (Ziffer 201). Hinzukommen muß der Blick auf die deutsche Leistungsbilanz, möglicherweise auch ein Blick auf schwer wägbare politische Faktoren.

Schaubild 29



179. Gegenüber dem US-Dollar sank der Kurs der D-Mark während der ersten drei Monate um über 13 vH (Schaubild 29). Mit dem raschen Rückgang des Dollar-Zinsniveaus begann sich die D-Mark im April aber schnell wieder zu erholen. Ende Juli war der Kursrückgang zum größten Teil wieder wettgemacht. Danach, als sich die Schere zwischen Dollar- und D-Mark-Zinsen erneut öffnete, geriet der Wechselkurs der D-Mark abermals unter Druck. Mit einer Dollarnote von 1,90 DM lag der Außenwert der D-Mark Mitte November um rund 11 vH niedriger als zu Jahresbeginn. Aber so gut sich die Richtungswechsel in der Kursentwicklung durch Änderungen bei den Zinsdifferenzen erklären lassen, die Frage, warum der Dollarkurs der Mark zuletzt wesentlich höher war als zu Jahresbeginn, obwohl die Zinsdifferenzen nicht größer geworden sind, wird von daher nicht beantwortet.

180. Auch im Europäischen Währungssystem (EWS) hat sich die Position der D-Mark merklich verschlechtert. Zeitweise ist die D-Mark gegenüber dem französischen Franken und Ende Oktober auch gegenüber dem holländischen Gulden an ihren unteren Interventionspunkt gestoßen (Ziffer 28). Zwar konnte sie sich im Zuge der Verringerung der Zinsdifferenzen auch innerhalb des Wechselkursverbundes vorübergehend deutlich erholen, jedoch nicht nachhaltig. Zusammen mit der italienischen Lira ist die D-Mark nun schon seit mehreren Monaten die am schwächsten notierte Währung im EWS. Nimmt man für gegeben, daß am Devisenmarkt für die nächste Zukunft keine Wechselkursänderungen im EWS erwartet werden, so ist an diesem Bild nichts Überraschendes. Wegen der vergleichsweise niedrigen Zinsen in der Bundesrepublik kann es dann gar nicht anders sein (Ziffer 314). Überraschend ist aber, daß trotz der teilweise erheblichen Unterschiede in den Inflationsraten Paritätsänderungserwartungen den Markt nicht bestimmen. Ende Oktober und Anfang November waren im EWS erstmals sogar größere Stützungsaktionen zugunsten der D-Mark nötig. Aufs ganze Jahr gesehen ist aber nach wie vor der weitaus kleinere Teil der gesamten Devisenabflüsse auf Interventionen im EWS zurückzuführen. Unter diesen Interventionen wiederum waren auch „intramarginale“ Interventionen, also Interventionen zu einem Zeitpunkt, zu dem der Wechselkurs noch innerhalb der vereinbarten Bandbreiten liegt; sie bedürfen der Zustimmung der beteiligten Notenbanken.

181. Die größte Abwertung hat die D-Mark im Verlauf des Jahres gegenüber dem Pfund Sterling und dem japanischen Yen hinnehmen müssen. In beiden Fällen waren es während der ersten zehn Monate über 15 vH. Der Kursrückgang gegenüber dem japanischen Yen ist allerdings nicht unabhängig von den Kursgewinnen vor 1980 zu sehen. Verglichen mit dem Indexstand zu Jahresbeginn 1979 ergibt sich beispielsweise immer noch eine Aufwertung um 4 vH. Das Pfund Sterling erreichte Ende Oktober gegenüber der D-Mark einen Kursstand, der die Pfundabwertung ab Frühsommer 1976 egalisierte. So stark haben die Zinsdifferenzen zwischen Pfund- und D-Mark-Raum nicht zugenommen. Für Dreimo-

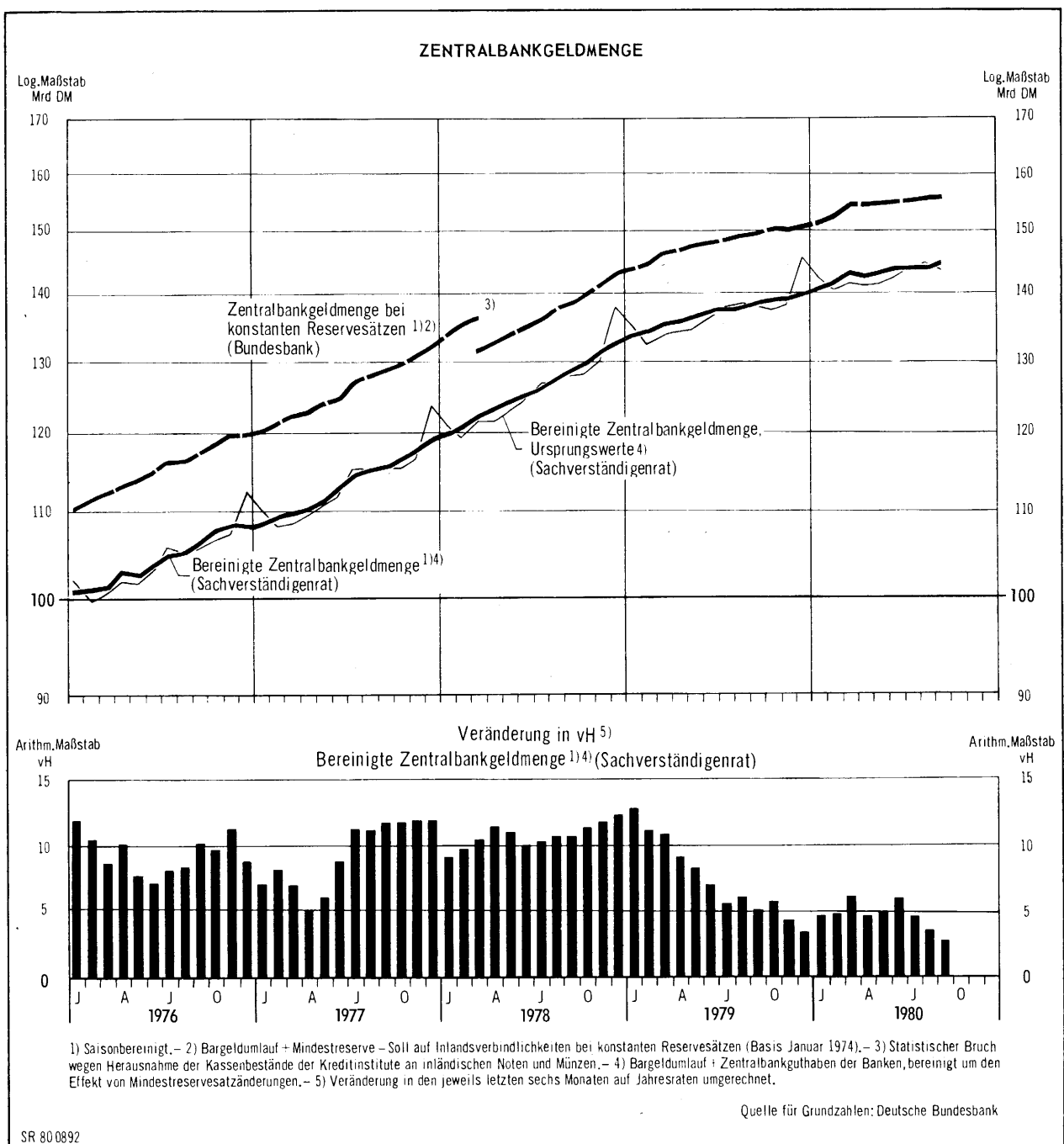
natsgeld am Euromarkt betrug der Zinsvorteil Ende Oktober knapp 8 Prozentpunkte. Festzustellen ist vielmehr auch hier, daß eine Wechselkurskorrektur unvermeidbar schien, da die Aufwertungserwartungen in bezug auf die D-Mark nicht mehr der Höhe der bestehenden Zinsdifferenzen entsprachen.

**VII. Geldpolitik:
Stabilisierung unter veränderten
außenwirtschaftlichen Bedingungen**

182. Der starke Anstieg des Preisniveaus, das hohe Defizit in der Leistungsbilanz und die Schwäche der D-Mark am Devisenmarkt haben die Geldpolitik

veranlaßt, den mittelfristig orientierten Kurs der stetigen, im Tempo dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten folgenden Expansion des Geldangebots vorübergehend zu verlassen. Bis zum Frühjahr stand dabei wie schon im vergangenen Jahr auch die Vorstellung auf der Probe, im konjunkturellen Aufschwung werde es gelingen, rechtzeitig und im rechten Ausmaß die zu starke monetäre Expansion zu korrigieren und zu kompensieren, die bis Anfang 1979 zugelassen worden war mit Rücksicht auf eine damals noch unbefriedigende Konjunkturlage und unter dem Eindruck einer unaufhaltsam erscheinenden Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark. Der stark beschleunigte Anstieg des Preisniveaus 1979 und noch

Schaubild 30



1980 wird von manchem trotz aller Sonderfaktoren wie der Ölverteuerung, letztlich auch als Ausdruck von Fehlern der Geldpolitik in der Zeit zuvor gesehen. Seit im Verlauf dieses Jahres die konjunkturelle Wende offenkundig geworden ist, hat sich freilich eine andere Frage in den Vordergrund geschoben, die Frage nämlich, inwieweit ein restriktiver Kurs der Geldpolitik zu der wieder unbefriedigten Konjunkturlage beigetragen hat und inwieweit das unumgänglich gewesen ist.

Schwache Expansion der Zentralbankgeldmenge

183. Für den Jahresverlauf 1980 konnte im vorhinein ein Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und ein als unvermeidlich anzusehender Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus von jeweils 3 vH angenommen werden. Im Rahmen einer mittelfristig orientierten Geldpolitik war daher eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6 vH angemessen (JG 79 Ziffer 310).

Die Deutsche Bundesbank legte Ende November 1979 wieder ein Jahresziel für die Zunahme der Zentralbankgeldmenge fest. Vom vierten Quartal 1979 bis zum vierten Quartal 1980 sollte die „Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen“ um 5 vH bis 8 vH ausgedehnt werden. Zum zweiten Mal wurde damit ein Verlaufsziel mit einer Bandbreite vorgegeben. Dabei wollte es die Bundesbank von der Entwicklung der Konjunktur, der Preise und der Wechselkurse abhängig machen, ob sie eher einen Wert im oberen Bereich oder im unteren Bereich des Zielkorridors anstrebte. Der neue Zielkorridor verlangte für den mittleren Pfad eine um einen Prozentpunkt geringere Expansion als die Vorgabe für 1979. Im vierten Quartal 1979 war die Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank tatsächlich dann um 6,3 vH höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Für die bereinigte Zentralbankgeldmenge hatte der Anstieg im gleichen Zeitraum ebenfalls 6,3 vH betragen, im Jahresverlauf aber nur 5,2 vH (Schaubild 30).

Die „bereinigte Zentralbankgeldmenge“, wie wir sie in unseren Analysen verwenden, unterscheidet sich von der „Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen“, wie sie die Bundesbank verwendet, außer durch die Methode der Bereinigung von Änderungen der Mindestreservesätze noch dadurch, daß auch Mindestreserven auf Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland und die Überschußreserven der Banken mit einbezogen werden (JG 74 Ziffer 382).

184. Die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen war nicht stetig. Nach einer Beschleunigung um die Jahreswende und im ersten Vierteljahr 1980 flachte sich der Anstieg im Frühjahr deutlich ab. Im zweiten Vierteljahr betrug der Zuwachs, rechnet man ihn auf eine Jahresrate um, nur 2,1 vH. Das Expansionstempo war also deutlich geringer, als der unteren Grenze des Zielbandes der Bundesbank entsprochen hätte. Danach kam es zu einer mäßigen Beschleunigung. Doch bis zuletzt blieb die Zentralbankgeldmenge etwas unterhalb des Zielbandes der Bundesbank.

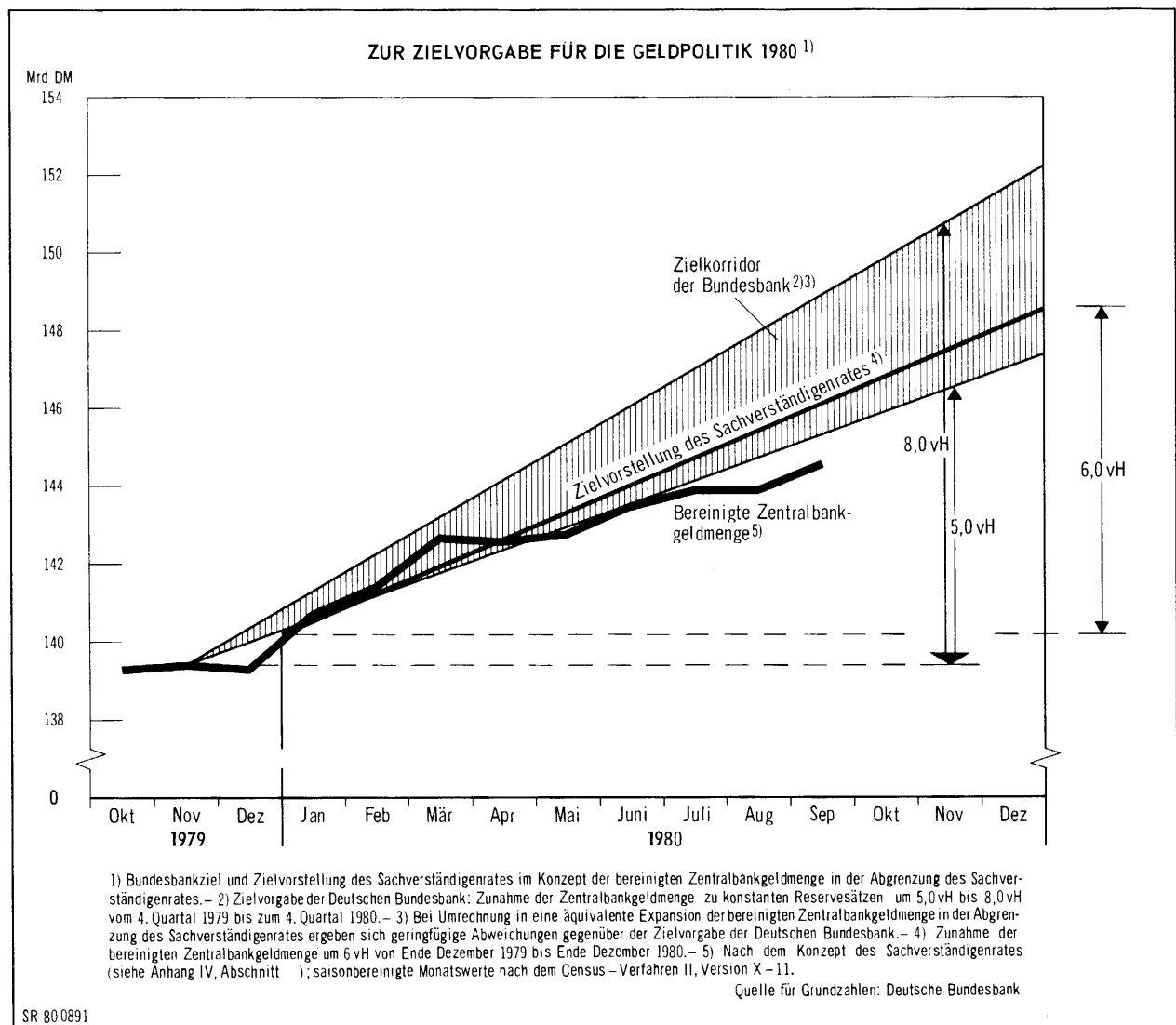
Das gleiche Bild zeigt die Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge. Bis September erreichte das Expansionstempo eine Jahresrate von 5 vH. Die Zunahme war also etwas geringer als diejenige, zu der der Sachverständigenrat unter den Bedingungen des vergangenen Herbstes geraten hatte (Schaubild 31).

185. Unter den Transaktionen, die die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge bestimmten, ragten die massiven Devisenverkäufe der Bundesbank hervor. Allein von Januar bis Mai haben die Währungsreserven, überwiegend durch Verkäufe am Devisenmarkt, um 16½ Mrd DM abgenommen. Nach einer vorübergehenden Gegenbewegung im Juni und Juli beherrschten auch im August, September und Oktober Abgaben das Bild (Tabelle 28). Insgesamt mußten bis Oktober 16 Mrd DM, die der Bundesbank auf diese Weise zuflossen, auf anderem Wege wieder zur Verfügung gestellt werden. Erst mit dem darüber hinaus geschaffenen Zentralbankgeld begann überhaupt die monetäre Expansion.

186. Bei der Antwort auf die Frage, inwieweit die Geldpolitik 1980 restriktiv war, ist die tatsächliche Entwicklung nicht nur mit der Zielvorgabe zu vergleichen, auch wenn es sich um eine Zielvorgabe handelte, wie sie zu einer mittelfristig orientierten, auf Stetigkeit bedachten Geldpolitik paßt. Es muß auch geprüft werden, inwieweit unerwartete Ereignisse eine Korrektur der Vorstellung nötig machen, die man im Vorhinein von einer gleichsam konjunkturneutralen Geldmengenentwicklung gehabt hatte. Dies können Ereignisse sein, die das Maß der für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen korrigieren. Es kann auch darum gehen, daß international eine deutliche Änderung in der Neigung zur Kasenhaltung in D-Mark festzustellen ist, eine Änderung des Währungsraums gleichsam, auf den das vorhandene Geldangebot zu beziehen ist. Für beide Fälle gibt es in diesem Jahr Gründe, wenngleich nicht ohne weiteres zwingende Gründe.

187. Eine Tendenz zur Veränderung des „Währungsraumes“ kann man nicht leicht erkennen, jedenfalls nicht unmittelbar messen (JG 78 Ziffer 405). Eine kräftige reale Abwertung des Wechselkurses, wie sie in diesem Jahre festzustellen war, ist zwar allemal ernst zu nehmen als ein Hinweis darauf, daß sich die Währungspräferenzen zuungunsten der D-Mark verschoben haben könnten, also die Neigung zur Kasenhaltung in D-Mark geringer geworden ist. Zwingend ist dieser Hinweis aber nicht. Eine reale Abwertung kann nicht einfach einer Verkleinerung des Währungsraumes gleichgesetzt werden. Denn reale Veränderungen des Wechselkurses kann es auch aus anderen Gründen geben, etwa wenn Trends in der Produktivitätsentwicklung von Land zu Land unterschiedlich sind oder wenn sich die Güternachfrage zugunsten oder zu Lasten eines Landes verlagert. Solche Vorgänge lassen freilich eher eine allmähliche Änderung des realen Wechselkurses erwarten, keine abrupte, wie wir sie beobachten. Abrupt geändert hat sich aber auch die Leistungsbilanz. Dies kann ohne weiteres eine kräftige reale Änderung des Wechselkurses erklären, ohne daß

Schaubild 31



Änderungen in der Neigung zur Kassenhaltung in D-Mark im Spiele sind. Der Devisenmarkt stellt auf diese Weise zur Wahl: Entweder rasche Reduktion des Leistungsbilanzdefizits oder hohe Zinsen. So kann man eine Änderung der Währungspräferenzen zu Lasten der D-Mark weder ausschließen noch eindeutig belegen. Es ist jedenfalls kein so klarer Fall, daß man sagen dürfte, eine Geldpolitik, die konjunkturneutral sein will, müßte um dieser Neutralität willen ihr im übrigen wohlbegründetes Mengenziel nennenswert nach unten korrigieren.

188. In die Gegenrichtung geht der Hinweis auf einen Korrekturbedarf, der in der exzessiven Ölverteuerung liegt. Zwar ist ein genereller Vorbehalt hinsichtlich der tatsächlichen Entwicklung des Preisniveaus mit dem Konzept einer potentialorientierten Geldpolitik nicht vereinbar. Man darf nicht deshalb mehr Geld geben, weil das Preisniveau stärker steigt als erwartet. Vielmehr läßt die Bundesbank mit ihrer Ankündigung, für einen bestimmten Zuwachs der Zentralbankgeldmenge zu sorgen, erkennen, welchen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Ausga-

ben sie zu finanzieren gewillt ist. Inwieweit damit größere Mengen oder höhere Preise finanziert werden, darüber entscheiden andere, nicht zuletzt die Tarifparteien. Die Bundesbank muß diese Entscheidungen hinnehmen, sie ist aber auch nicht in der Verantwortung für diese Entscheidungen. Das gilt im Grundsatz auch dann, wenn die Preissteigerungen, die die Forderung nach einer ausgleichenden Reaktion der Geldpolitik aufkommen lassen, im Ausland entstanden sind. Sie bedeuten eine Änderung der relativen Preise, mit der die Wirtschaft im Prinzip fertig werden soll und auch fertig werden kann, ohne daß es zu einem Anstieg des Preisniveaus kommen muß. Bei massiven abrupten Änderungen der Importpreise kann man dies allerdings anders sehen. Es mag die Flexibilität der Wirtschaft in einem solchen Fall überfordern, zum Ausgleich in entsprechendem Umfang geringere Preissteigerungen an anderer Stelle hervorzubringen, zumal wichtige Preise, vor allem die Löhne, nach unten ziemlich starr sind. Eine zusätzliche Erhöhung des Preisniveaus im Maße einer außenwirtschaftlich bestimmten abrupten Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen

Tabelle 28

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge¹⁾

Zeitraum	Zusammen	Entstehung (+) bzw. Vernichtung (-) von Zentralbankgeld durch Änderung der							Bereinigte Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) ⁶⁾		
		Bestimmungsgründe					Verwendung		Ursprungswerte	saisonbereinigt ⁷⁾	
		Währungsreserven ²⁾	Refinanzierungskredite an Banken ³⁾	Wertpapierbestände der Bundesbank	Kreditgewährung an den Staat ⁴⁾	Sonstige ⁵⁾	Bargeldumlauf	Bankreserven			
Bestand in Mrd DM											
Durchschnitt 1978	119,65	94,25	16,68	2,66	- 0,97	+ 7,03	74,33	45,32	125,73	×	
Jahresende 1978	133,73	107,00	11,86	4,31	+ 4,44	+ 6,12	82,17	51,56	137,98	132,44	
Durchschnitt 1979	135,22	92,85	28,95	3,49	+ 7,25	+ 2,68	81,51	53,71	136,99	×	
Jahresende 1979	144,67	93,30	33,81	2,34	+ 8,42	+ 6,80	88,24	56,43	146,19	139,28	
Durchschnitt Jan bis Sep 1980	137,34	80,37	43,27	1,67	+ 5,16	+ 6,87	85,30	52,04	142,42	142,90	
Januar 1980	140,92	90,90	32,82	2,03	+ 5,02	+10,15	83,87	57,05	142,46	140,70	
Veränderung gegen Vormonat in Mio DM											
1979 Januar	-2 483	+3 900	+ 881	- 154	-2 248	-4 862	-3 634	+1 151	-2 529	+1 323	
Februar	- 74	-4 300	+ 3 081	- 65	+1 709	- 499	- 594	+ 520	-2 780	+ 233	
März	+ 995	-3 300	+10 362	- 207	-6 513	+ 689	+1 129	- 134	+1 036	+1 066	
April	+ 570	-2 300	+ 2 459	- 57	+1 716	-1 284	+1 199	- 629	+ 596	+ 454	
Mai	+ 543	-4 800	+ 832	- 29	+3 714	+ 826	- 8	+ 551	+ 516	+1 013	
Juni	+1 614	+ 800	+ 4 934	- 29	-3 926	- 165	+ 903	+ 711	+1 585	+ 460	
Juli	+1 472	+4 300	+ 360	- 125	-2 300	- 763	+1 348	+ 124	+1 444	+ 460	
August	+ 328	+ 700	- 396	- 303	+2 809	-2 482	+ 159	+ 169	+ 373	+ 569	
September	- 172	+4 200	+ 893	- 122	-2 093	-3 050	- 89	- 83	- 85	+ 412	
Oktober	- 440	+5 700	- 5 823	- 222	- 656	+ 561	- 361	- 79	- 426	+ 916	
November	+ 765	-10 800	+ 3 096	- 192	+9 434	- 773	+ 401	+ 364	+ 707	+ 55	
Dezember	+7 812	+2 800	+ 1 271	- 467	+2 339	+1 869	+5 609	+2 203	+7 767	- 124	
1980 Januar	-3 745	+ 500	- 984	- 316	-3 403	+ 458	-4 370	+ 625	-3 723	+1 416	
Februar	-2 489	-2 700	- 257	- 146	+1 769	-1 155	- 620	-1 869	-2 371	+ 663	
März	+1 233	-5 400	+ 9 161	- 73	- 472	-1 983	+ 901	+ 332	+1 451	+1 378	
April	- 205	-5 900	+ 6 527	- 31	-3 916	+3 115	+ 444	- 649	- 186	- 148	
Mai	-4 408	-3 000	- 2 675	- 92	+2 985	-1 626	+ 518	-4 926	+ 507	+ 256	
Juni	+ 945	+2 400	+ 4 143	- 110	-3 175	-2 313	+ 487	+ 458	+ 962	+ 656	
Juli	+1 567	+2 300	+ 793	- 109	+1 940	-3 357	+1 481	+ 86	+1 526	+ 377	
August	+ 7	- 300	- 5 888	- 86	+3 958	+2 323	+ 256	- 249	+ 83	- 1	
September	-6 082	- 900	- 1 015	+ 79	-2 054	-2 192	- 587	-5 495	- 393	+ 750	

¹⁾ In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.

²⁾ Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen). Jahresdurchschnitte und Jahresendstände ohne Berücksichtigung der Neubewertung der Währungsreserven.

³⁾ Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.

⁴⁾ Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte.

⁵⁾ Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank.

⁶⁾ Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang IV, Abschnitt C.

⁷⁾ Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X - 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

Kostenniveaus zu finanzieren, haben wir daher für vertretbar gehalten (JG 79 Ziffern 383 f.). Sehr groß ist der zusätzliche Geldbedarf, den die Ölverteuerung verursacht, allerdings nicht; denn die Produktion der Einfuhrgüter zu finanzieren, ist in erster Linie Aufgabe des Auslandes.

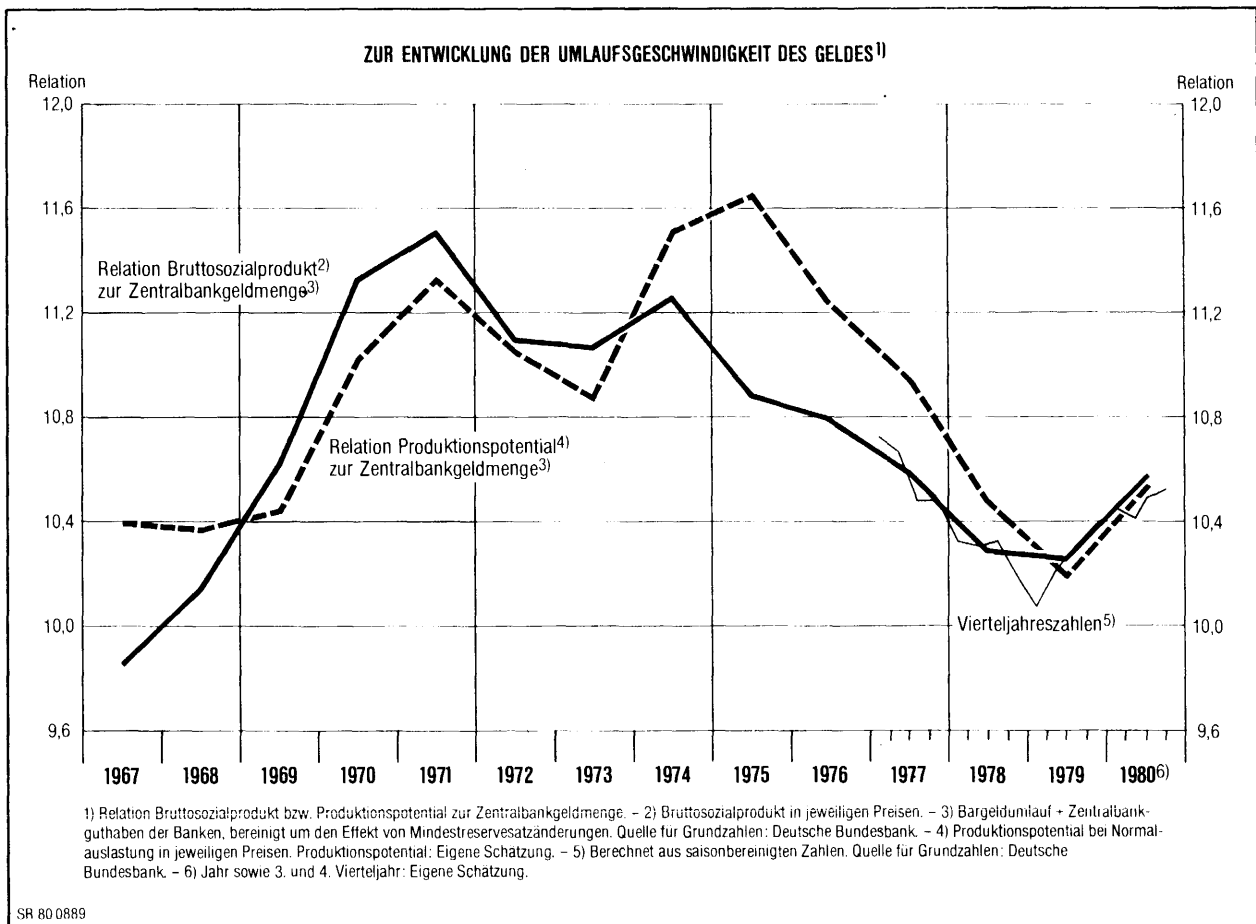
189. Nimmt man die Überlegungen zur Frage eines im nachhinein kleiner und zur Frage eines im nachhinein größer anzusetzenden Geldbedarfs der Volkswirtschaft zusammen, so kommt man offensichtlich aufs Ganze gesehen nicht zu einer wesentlichen Korrektur der Vorstellungen über die Geldmengenentwicklung, die vor Beginn des Jahres 1980 weder für expansiv noch für kontraktiv zu halten war.

190. Für die Frage, inwieweit die vorhandenen Geldbestände ausreichen, um Einkommen, die zu Vollbeschäftigung passen, ohne Friktionen finanzieren zu können, ist neben dem am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials auszurichtenden Geldmengenwuchs auch der Ausgangsbestand an Zentralbankgeld von Bedeutung (Schaubild 32). In den Jahren vor 1979 hatte die Bundesbank ihr Geldmengenziel stets überschritten und damit zusätzliche Finanzierungsspielräume geschaffen. Diese wurden zwar nicht sofort genutzt — die Umlaufgeschwindigkeit des Zentralbankgeldes sank — aber sie bildeten ein beachtliches Inflationspotential. Das Jahr 1979 brachte eine Änderung der

Situation, und zwar im doppelten Sinne. Zum einen wurde das Tempo der Geldmengenexpansion stark gedrosselt; zeitweise nahm die Zentralbankgeldmenge weniger stark zu, als dem Anstieg des potentialorientierten Expansionspfades entsprochen hätte. Insoweit fand eine Korrektur der zuvor übermäßig starken Geldmengenausweitung statt. Zum anderen wurden die vorhandenen Finanzierungsspielräume auch mehr und mehr genutzt: Im Zuge einer kräftigen Ausweitung der Produktion, aber auch verstärkter Preissteigerungen stieg die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes an, steigende Zinsen sorgten für eine rationellere Kassenhaltung. Schwer zu beantworten ist die Frage, inwieweit auch noch Anfang 1980 Finanzierungsreserven in dem Sinne gegeben waren, daß die Zentralbankgeldmenge im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential als eher überdurchschnittlich groß zu bezeichnen gewesen wäre. Noch immer herrscht eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich des Trends in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Man kann nicht ausschließen, daß die genannten Reserven inzwischen beseitigt sind, wenngleich die Umlaufgeschwindigkeit heute weit geringer ist als etwa in den frühen 70er Jahren.

191. Die Bundesbank hat im Laufe des Jahres mehrfach Maßnahmen ergriffen, um den Entzug an Zentralbankgeld, der sich aus dem Verkauf von Devisen ergab, zu kompensieren und darüber hinaus

Schaubild 32



Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1979	
10. Oktober	Die Bundesbank nimmt wieder Wechselpensionsgeschäfte auf.
24. Oktober	Die Bundesbank gibt die Emission von DM-Inhaberschuldverschreibungen der Vereinigten Staaten von Amerika (Carter-Bonds) für November 1979 und Januar 1980 bekannt.
31. Oktober	Zum 1. November wird der Diskontsatz von 5% auf 6% und der Lombardsatz von 6% auf 7% angehoben. Die Rediskontkontingente werden gleichzeitig um 4 Mrd DM erhöht.
6. November	Der Absatz der DM-Inhaberschuldverschreibungen der Vereinigten Staaten von Amerika (Carter-Bonds) erbringt 2 Mrd DM.
29. November	Die Bundesbank beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1980. Danach soll die Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1979 bis zum vierten Quartal 1980 um 5 vH bis 8 vH ausgeweitet werden. Von der Preis-, Konjunktur- und Wechselkursentwicklung soll es abhängen, ob eher die untere oder die obere Grenze der Bandbreite angestrebt wird.
1980	
17. Januar	Carter-Bonds mit einer Laufzeit von 2 ¹ / ₂ Jahren bzw. 3 ¹ / ₂ Jahren werden zu Zinsen von 8,5% bzw. 8,45% angeboten. Das Zeichnungsaufkommen beträgt rund 4 ¹ / ₂ Mrd DM. Zugeteilt werden rund 2 Mrd DM.
29. Februar	Der Diskontsatz wird von 6% auf 7% erhöht, der Lombardsatz wird von 7% auf 8,5% heraufgesetzt. Gleichzeitig wird beschlossen, vom 3. März die Rediskontkontingente um 4 Mrd DM zu erhöhen und die im Vorjahr eingeführten Lombardlinien wieder aufzuheben.
13. März	Der Zentralbankrat befürwortet eine Lockerung der Beschränkungen des Kapitalimports. Die Laufzeitgrenze für inländische festverzinsliche Wertpapiere, die ins Ausland verkauft werden dürfen, wird mit Wirkung vom 17. März von vier auf zwei Jahre herabgesetzt.
30. April	Die Mindestreservesätze werden ab 1. Mai linear um 8 vH ihres bisherigen Standes herabgesetzt; zum 2. Mai wird der Diskontsatz von 7% auf 7,5% und der Lombardsatz von 8,5% auf 9,5% angehoben.
30. Juli	Die Bundesbank führt, zum vierten Mal in diesem Jahr, Wertpapierpensionsgeschäfte durch. Den Kreditinstituten werden auf diesem Wege 5,4 Mrd DM für 25 Tage zur Verfügung gestellt. Der Zins liegt mit 9,2% erstmals unter dem Lombardsatz.
21. August	Der Zentralbankrat beschließt eine Senkung der Mindestreservesätze um 10 vH ihres bisherigen Standes. Die Maßnahme wird am 1. September wirksam und führt den Kreditinstituten Liquidität im Umfang von ca. 5,5 Mrd DM zu.
18. September	Der Lombardsatz wird mit Wirkung vom 19. September von 9,5% auf 9% herabgesetzt. Gleichzeitig nimmt die Bundesbank wieder Wertpapierpensionsgeschäfte auf.
16. Oktober	Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute werden mit Wirkung vom 20. Oktober um 3 Mrd DM heraufgesetzt, die Linie für die Einreichung von Privatdiskonten wird um 500 Mio DM angehoben.
30. Oktober	Die Laufzeitgrenze für inländische festverzinsliche Wertpapiere, die ins Ausland verkauft werden dürfen, wird auf ein Jahr herabgesetzt.

eine mäßige Expansion zu gewährleisten (Tabelle 29). Die Wahl der Instrumente war davon mitbestimmt, die Bedingungen für einen verstärkten Kapitalimport zu verbessern, sprich, die Zinsen hoch zu halten (Ziffer 173). Da mit einer Umkehr der Situation am Devisenmarkt auf kurze Sicht nicht gerechnet werden konnte, mußten es Maßnahmen sein, die den Banken auf Dauer Zentralbankgeld zur Verfügung stellen. In mehreren Schritten hat die Bundesbank die Rediskontkontingente ausgeweitet und die Mindestreservesätze herabgesetzt. Begleitet waren diese Entscheidungen in der ersten Jahreshälfte von zwei Erhöhungen der Leitzinsen auf zuletzt 7,5% für den Diskontsatz und 9,5% für den Lombardsatz. Die Liquidität der Banken war aber

knapp genug geblieben, die Zinsen von allein steigen zu lassen, so daß mit diesen Anhebungen im wesentlichen nur der Zinsanstieg an den Finanzmärkten nachvollzogen wurde.

All dies zeigt, wie schon an anderer Stelle dargelegt, auch das Bemühen der Bundesbank, den Wechselkurs nicht ableiten zu lassen. Nicht sofort brachte sie dies in Konflikt mit ihrem Geldmengenziel, aber doch bald. Die Bundesbank hielt die Zinsen auch dann noch hoch, als die stark verlangsamte monetäre Expansion, nimmt man diese für sich, es eigentlich geboten hätte, die Leitzinsen zu senken und mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Lediglich der Lombardsatz wurde im September wieder um einen halben Prozentpunkt herabgesetzt. Mit dem Ver-

zicht auf eine deutliche Zinssenkung wollte die Bundesbank einen Ausgleich der Zahlungsbilanz ohne weitere Abwertung der D-Mark erleichtern. Sie nahm in Kauf, daß die Zentralbankgeldmenge für mehrere Monate unter ihrer Zielgröße blieb.

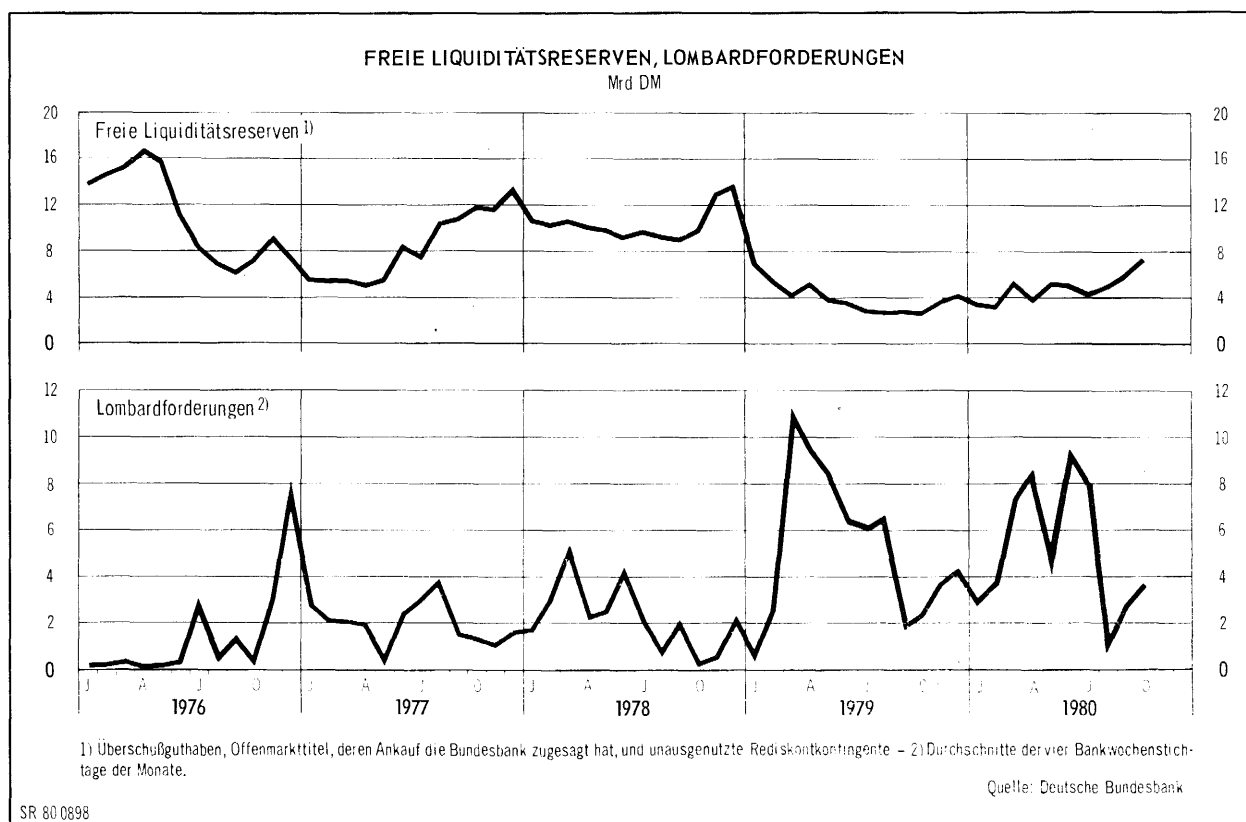
192. Was das Instrumentarium angeht, griff die Bundesbank wieder, wie schon im vergangenen Jahr, außer auf die traditionellen Instrumente der Geldpolitik auf Maßnahmen zur Feinsteuerung des Geldmarktes zurück.

Eine erfolgreiche Steuerung der Zentralbankgeldmenge setzt voraus, daß der Einfluß der Banken auf die Zentralbankgeldschaffung möglichst klein gehalten wird. Das ist dann der Fall, wenn es unausgenutzte Refinanzierungskontingente und Bestände von Aktiva, deren Ankauf die Bundesbank zugesagt hat, nicht oder jedenfalls nicht in größerem Umfang gibt. Nur unter diesen Umständen hat die Bundesbank auch einigermaßen kurzfristig die Zentralbankgeldmenge unter Kontrolle. Die Bundesbank ist im vergangenen Jahr über die Rückführung der freien Liquiditätsreserven einer solchen Situation nähergekommen (Schaubild 33). Im Gegenzug hat sie sich bereit gefunden, unvorhersehbare Schwankungen im Zentralbankgeldbedarf auszugleichen — eine Aufgabe, die bei entsprechender Einübung auch von den Geschäftsbanken selbst über die Haltung entsprechender Überschußreserven wahrgenommen werden könnte. Die Bundesbank benötigt dazu Instrumente, die kurzfristig wirksam werden und vor allem flexibel eingesetzt werden können.

Daher haben die sogenannten Pensionsgeschäfte stark an Bedeutung gewonnen. Es handelt sich dabei um Geschäfte, bei denen die Banken vorübergehend und gegen Zahlung eines Zinses Aktiva, neuerdings vor allem Wertpapiere, auf die Bundesbank übertragen, um in den Besitz von Zentralbankgeld zu gelangen. Neben dem Vorteil der Konditionenbestimmung durch die Notenbank erlauben es die kurzen Fristen der Pensionsgeschäfte vor allem, flexibel auf die sich ständig ändernden Bedingungen am Geldmarkt zu reagieren, ohne den Kapitalmarkt oder den Devisenmarkt unerwünscht zu beeinflussen. Über Wertpapierpensionsgeschäfte wurden den Banken in diesem Jahr jeweils zwischen 3 und 5¹/₂ Mrd DM Zentralbankgeld für einen Zeitraum von 25 bis 45 Tagen zur Verfügung gestellt. Die Verzinsung lag zunächst geringfügig über dem Lombardsatz. Ende Juli, später noch einmal im September und Oktober, wurde dann ein Zins unterhalb des Lombardsatzes festgelegt, was als Signal einer Lockerung der Geldpolitik verstanden wurde. Die Bundesbank wollte den Banken auch die Möglichkeit geben, die zeitweise unverhältnismäßig hohe Lombardverschuldung zu verringern (Schaubild 33).

Das Umsteigen im vergangenen Jahr von den Wechselpensionsgeschäften auf Wertpapierpensionsgeschäfte wird unter anderem damit begründet, daß die Kreditinstitute einen wesentlich höheren Bestand an Wertpapieren als an Wechseln haben und daß die Wertpapiere gleichmäßiger auf die Kreditinstitute verteilt sind. Das macht das Angebot von Wertpapierpensionsgeschäften zu einem sehr global wirkenden Mittel der Liquiditätspolitik.

Schaubild 33



In erster Linie liquiditätspolitische Ziele waren es auch, die die Bundesbank zu den ganz kurzfristig einsetzbaren Devisenswapgeschäften und Devisenpensionsgeschäften veranlaßt haben. Auch diese hat es in größerem Umfang erstmals im vergangenen Jahr gegeben. In diesem Jahr ist den Banken auf diesem Wege im ersten und dritten Vierteljahr Liquidität im Umfang von zusammen fast 7 Mrd DM zugeführt und im zweiten Vierteljahr in Höhe von 3 Mrd DM Liquidität entzogen worden.

Umschichtung zu höher verzinslichem Geld

193. Die Politik der Bundesbank, das Geld knapp und mit Blick auf die Zinsentwicklung im Ausland und die Zahlungsbilanzsituation auch teuer zu halten, hat dazu geführt, daß Geld in noch stärkerem Maße als im Vorjahr in verzinslicher Form angelegt wurde.

Schon 1979 war die Geldmenge im weiteren Sinne (M2), bedingt durch den großen Zuwachs bei den Termineinlagen, im Jahresverlauf mit 8,3 vH fast doppelt so schnell gestiegen wie die Geldmenge im engeren Sinne (M1), die nur unverzinsliche oder nahezu unverzinsliche Bestandteile umfaßt, das Bargeld nämlich und die Sichteinlagen bei den Kreditinstituten. Zur Zinsabhängigkeit der Bankeinlagenstruktur paßte ebenfalls, daß die Geldmenge in der weitesten Abgrenzung (M3), zu der auch die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist zählen, weniger als M2 zunahm (Schaubild 34); denn die Sparzinsen wurden wiederum nur verzögert und nicht in vollem Umfang der allgemeinen Zinsentwicklung angepaßt.

Die Entwicklung des vergangenen Jahres hat sich 1980 fortgesetzt. Der Zinsanstieg hielt an, so daß es immer kostspieliger wurde, Geld unverzinslich zu halten. Rechnet man die Entwicklung in den ersten neun Monaten auf Jahresraten um, so ergibt sich für die Geldmenge M1 eine leichte Zunahme um 1,9 vH, für M2 ein unvermindert starker Anstieg um 8,5 vH und für M3 eine Zunahme um 4,8 vH. Das Muster der monetären Expansion glich also dem im vergangenen Jahr; die Unterschiede in den Veränderungsraten haben sich sogar noch vergrößert.

194. Die erhöhte Bereitschaft, Liquidität aufzugeben, bei jedem einzelnen möglicherweise nur die Bereitschaft, Geld etwas längerfristig anzulegen als bisher, ist zwar durch die Zinssteigerung plausibel erklärt, sie kann jedoch noch andere Gründe haben (Ziffer 204). Im übrigen ist sie auch auf andere Weise als durch eine geänderte Struktur der Bankeinlagen deutlich geworden. Die Banken konnten verstärkt Sparbriefe und Bankschuldverschreibungen absetzen. Der Weg über die Banken wurde aber auch vermehrt abgewählt. Abermals kamen überproportional viele zusätzliche Mittel inländischer Nichtbanken direkt am Kapitalmarkt auf.

All dies sind Vorgänge, die zentralbankgeldsparend wirken. Bankeinlagen, die viel Geld in der Mindestreserve binden, werden durch solche ersetzt, für die geringe Reservesätze gelten, und von diesen wie-

derum ein Teil durch mindestreservefreie Bankverbindlichkeiten oder auch durch Kredite außerhalb der Banken.

195. In Zeiten, in denen sich die Geldmenge, je nachdem wie man sie abgrenzt, ganz unterschiedlich entwickelt, wird die Frage, welche Abgrenzung am besten geeignet ist, den Kurs der Geldpolitik — ihre expansiven oder kontraktiven Impulse — eindeutig erkennen zu lassen, stets erneut und heftig diskutiert. Eng verknüpft damit ist die Frage, welche Größe die Zentralbank steuern sollte, um das Preisniveau stabil zu halten und doch genug Geld für eine befriedigende Entwicklung von Produktion und Beschäftigung bereitzustellen.

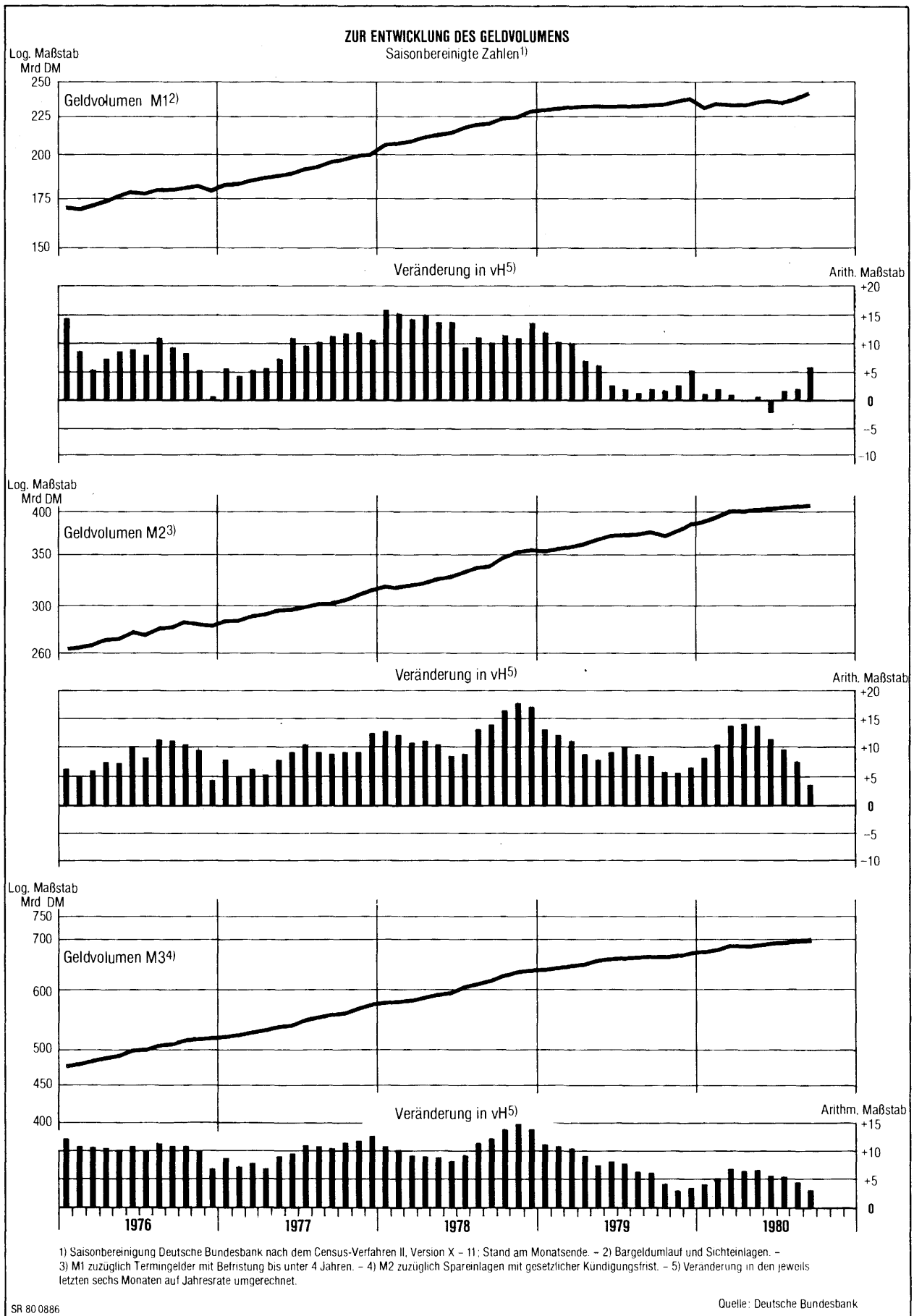
Die Frage nach der Indikatorqualität betrifft die Abbildung von Richtung und Stärke der monetären Impulse. Sie stellt sich ständig bei Aufgaben der Diagnose und Prognose, die ja immer auch die Aufgabe umfassen, aus dem, was man beobachtet oder voraussagt, das zu separieren, was einem bestimmten Politikbereich zuzurechnen ist. Das ist selten genug das, was die Politik „bewirkt“. Es ist oftmals nur unmittelbares Abbild dessen, was in einem Politikbereich getan wird, in der Geldpolitik etwa die Schaffung von Zentralbankgeld, also des Geldes, das nur unter Mitwirkung der Zentralbank entstehen kann. Zuweilen läßt sich Politik auch noch abbilden durch die Veränderungen einer Größe, in denen sich außer dem Einfluß der Politik selbst auch noch Einflüsse des Marktes spiegeln. Dies ist jedenfalls dann eine Möglichkeit, wenn die Größe von der Politik dominiert wird oder doch von ihr dominiert werden kann. Hier muß aber schon, um bei der Geldpolitik zu bleiben, ein bestimmtes geldpolitisches Konzept hinzukommen, eine Vorstellung darüber, was eine weder kontraktive noch expansive Geldpolitik ist.

Das führt hinüber zur Frage nach der richtigen Steuergröße, im Sinne eines wohldefinierten Zwischenziels der Geldpolitik. Eigentliches Ziel ist der Einfluß auf das Volkseinkommen — auf Produktion, Beschäftigung und vor allem das Preisniveau. Die Notwendigkeit, ein Zwischenziel der Geldpolitik zu haben, resultiert aus der Unfähigkeit, die eigentlichen Zielgrößen in kurzer Frist dominant zu beeinflussen. Die Aufgabe der Geldpolitik muß daher bescheidener formuliert werden. Als Zwischenziel wird die Zentralbank zweckmäßigerweise eine Größe wählen, die sie steuern kann und von der angenommen werden darf, daß sie in einer einigermaßen stabilen Beziehung zum Hauptziel der Geldpolitik steht.

Letzteres kann man auf mittlere Sicht von allen Geldmengengrößen sagen. Auf kürzere Sicht hingegen ist die Tauglichkeit der einzelnen Abgrenzungen der Geldmenge umstritten. Denn es kommt gelegentlich zu einer sehr unterschiedlichen Einschätzung der Wirkungen der Geldpolitik, je nachdem, welche Wahl man getroffen hat. Das ist auch gegenwärtig so.

Wer wie der Sachverständigenrat von der bereinigten Zentralbankgeldmenge als Indikator und Zwischenzielgröße der Geldpolitik ausgeht, wird das Handeln der Bundesbank im Jahre 1980 als viel weniger restriktiv einschätzen als jene, die etwa M1 für am geeignetsten halten. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge nahm in den ersten acht Monaten mit einer Jahresrate von 4,6 vH zu, M1 dagegen zeigt eine Abnahme um 0,4 vH. Dieser Unterschied überzeichnet zwar etwas die Kontroverse; denn für die Wirkungen der Geldpolitik ist nicht nur die Höhe der Zuwachsrate der Geldmenge von Bedeutung, sondern auch die Veränderung der Zuwachsrate im Zeitverlauf. Eine deutliche Verlangsamung des

Schaubild 34



Expansionstempos im Vorlauf zur Entwicklung dieses Jahres war bei allen Geldmengenaggregaten zu beobachten. Der Unterschied bleibt aber wichtig genug, zumal sich in der ersten Jahreshälfte allenthalben außer bei M1 wieder eine leichte Beschleunigung oder doch eine Stabilisierung des Tempos der monetären Expansion gezeigt hat.

Der Rückgang von M1 kann freilich nicht als unmittelbarer Reflex einer restriktiven Geldpolitik gewertet werden; denn die zinsbedingte Einlagenumschichtung der Nichtbanken zugunsten von Termineinlagen dominierte die Entwicklung von M1, und die Zinsentwicklung ihrerseits reflektiert Marktfaktoren ebensowohl wie Aktionen der Geldpolitik. Wenn man die monetären Impulse mehr am Anfang der Wirkungskette messen will, dort, wo die Zurechnung noch einigermaßen leicht fällt, ist die bereinigte Zentralbankgeldmenge als Indikator eindeutig überlegen. Damit ist allerdings nicht schon ausgeschlossen, daß die Geldmenge M1 zur Messung der Wirkungen der Geldpolitik und also auch als deren Zwischenzielgröße letztlich doch besser geeignet ist.

Ergebnisse empirischer Untersuchungen erlauben bisher nicht, eine eindeutige Entscheidung zugunsten eines der verschiedenen Geldmengenaggregate in bezug auf dessen Eignung als Zwischenzielgröße der Geldpolitik zu treffen. Dies ist möglicherweise auch deshalb so, weil die Stärke der Reaktion der Wirtschaft auf Änderungen im Geldangebot keineswegs stabil ist.

Wir haben diese Reaktionsmuster erneut untersucht. Nach unseren bisherigen Ergebnissen läßt sich ein Konzept der Geldmengensteuerung, was die empirisch faßbaren Zusammenhänge angeht, sowohl auf der Grundlage der Geldmenge M1 als auch auf der Grundlage der Zentralbankgeldmenge aufbauen.

Von der Empirie her fällt die Entscheidung über die „richtige“ Zwischenzielgröße also schwer. Für eine in mittelfristiger Orientierung auf Verstetigung des Geldangebots abzielende Politik braucht man jedoch eine Entscheidung; auch für ein Konzept der antizyklischen Steuerung des Geldangebots braucht man sie natürlich. Wir haben seit 1973 geraten, das Angebot an Zentralbankgeld zu verstetigen. Wir sehen keinen Anlaß, hiervon abzugehen. Die Risiken, stabilitätspolitisch schwere Fehler zu machen, wenn man die Entwicklung der Geldmenge M1 zu verstetigen trachtete, halten wir für erheblich.

Es sind oftmals Phasen besonders hoher oder besonders niedriger Zinsen, in denen die Entwicklung der Geldmenge M1 von der Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge abweicht. Dies ist wegen der Zinsreagibilität der Einlagenstruktur bei den Banken auch gut erklärlich. Hochzinsphasen sind zugleich Phasen starker konjunktureller Auftriebskräfte oder Phasen monetärer Restriktion. Möglich ist, daß sich in der von den hohen Zinsen mitbestimmten Verlangsamung der Expansion von M1 auch im Falle stetiger Expansion der Zentralbankgeldmenge schon die monetär programmierte näch-

ste Rezession vorankündigt — so etwa die Vertreter eines M1-Konzepts; eine rechtzeitige Erhöhung des Geldangebots mit dem Ziel, die Entwicklung von M1 zu verstetigen, wäre dann gute vorbeugende Politik. Möglich ist aber auch, daß der Zinsanstieg allein Ausdruck erwünschter Selbstdämpfung des konjunkturellen Aufschwungs ist und die ihm folgende Dämpfung der Expansion von M1 Ausdruck der Versuche der Wirtschaft, durch Rationalisierung der Kassenhaltung bei durchaus „normalem“ Angebot an Zentralbankgeld einen Boom zu finanzieren. Die Rationalisierung der Kassenhaltung ermöglicht zusätzliche Kreditketten, so daß wir im Ergebnis beobachten, daß die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M1 stärker zunimmt, als die Expansion von M1 abnimmt (JG 74 Ziffern 181 ff.). Es wäre ein schwerer — inflationstreibender — Fehler, würde man durch ein zusätzliches Angebot an Zentralbankgeld die Befriedigung dieser unerwünschten Finanzierungswünsche erleichtern. Daß auf eine Hochkonjunktur in der Regel eine konjunkturelle Abschwächung folgt und oftmals eine unerwünscht starke, wäre noch kein hinreichender Grund, hierfür die zu starken konjunkturellen Auftriebskräfte bei stetiger Expansion der Zentralbankgeldmenge nun einmal gehörende Verlangsamung im Wachstum der Geldmenge M1 verantwortlich zu machen, jedenfalls nicht für den unerwünschten Teil dieser konjunkturellen Abschwächung. Dieser könnte ganz andere, von Zyklus zu Zyklus durchaus wechselnde Ursachen haben. Die Regelmäßigkeit in der Abfolge Konjunkturaufschwung — Dämpfung der Expansion der Geldmenge M1 — Konjunkturabschwung würde in der empirischen Analyse eine Kausalität suggerieren, die tatsächlich nicht besteht.

In dem Konzept, zu dem wir raten, hat die Notenbank nur die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an dem Geld, bei dessen Entstehung es ohne sie — anders etwa als beim Buchgeld der Banken — nicht geht, dem Zentralbankgeld, also Bargeld und Einlagen bei der Zentralbank. Das Angebot an Zentralbankgeld stetig, orientiert am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, ausweiten und von diesem Pfad im Prinzip keinen Fußbreit abweichen heißt jede Verantwortung der Notenbank abweisen, bei Schwankungen der Geldnachfrage tätig zu werden. Mit Schwankungen der Geldnachfrage muß die private Wirtschaft, einschließlich der Banken, selbst fertig werden. Von dieser Grundregel gibt es in unserem Konzept zwar auch Abweichungen, jedoch nur Abweichungen, die wohlbegründet sein müssen. Das Konzept zur Steuerung der Geldmenge M1 hingegen, einer Größe, die teils vom Angebot an Geld, teils von der Nachfrage nach Geld bestimmt ist, beinhaltet, daß Änderungen der Geldnachfrage, die sich in einer Änderung der Geldmenge M1 im Verhältnis zur Zentralbankgeldmenge niederschlagen, in jedem Falle umgehend von der Geldangebotspolitik zu kompensieren wären. Daß empirisch faßbare Regelmäßigkeiten dies als einen gangbaren Weg erscheinen lassen, hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß in bestimmten Situationen, und zwar wichtigen, eine solche Kompensation äußerst unvernünftig erscheint.

Allmähliche Abschwächung der Kreditexpansion

196. Bei überwiegend noch steigenden Kreditzinsen in der ersten Jahreshälfte 1980 hielt die kräftige Expansion der Ausleihungen der Banken zunächst an. Die Kreditinstitute hatten in der zweiten Jahreshälfte 1979 ihre Kreditgewährung an inländische Unternehmen, private Haushalte und den Staat mit einer Jahresrate von knapp 10 vH ausgedehnt; die Expansionsrate im ersten Halbjahr dieses Jahres lag noch darüber. Erst zur Jahresmitte verlangsamte sich die Ausweitung des Kreditvolumens (Schaubild 35). Es war auch ein leichtes Nachgeben bei den Zinsen zu beobachten. Freilich, weniger noch als in früheren Jahren ist dies das ganze Bild. In außerordentlich hohem Maße hat das Ausland zur Befriedigung der inländischen Kreditnachfrage beigetragen.

Bestimmt wurde die rege Kreditnachfrage wohl vor allem von der insgesamt noch guten Konjunktur im ersten Halbjahr, den durch die Energieverteuerung ausgelösten Anpassungsvorgängen, dem anhaltend hohen Kreditbedarf des Staates und nicht zuletzt von der starken Verteuerung der Bauleistungen, die zunächst noch positiv auf den Kreditbedarf und erst später über die Dämpfung der Baukonjunktur negativ durchschlug.

197. Daß sich die Ausweitung des Kreditvolumens der Banken im ersten Halbjahr noch einmal beschleunigte, ging nicht von der Kreditnachfrage der Unternehmen aus. Hier kam es vielmehr erst einmal zu einer Beruhigung, jedenfalls bei der Verschuldung gegenüber inländischen Banken.

Die kurzfristige Verschuldung nahm allerdings weiterhin rasch zu, auch gegenüber inländischen Banken, jedenfalls wenn man von den Angaben über den gesamten privaten Sektor ausgeht. Angesichts des Auf und Ab bei den langfristigen Zinsen ist unsicher, ob sich darin die Vorstellung widerspiegelt, daß eigentlich eine Tendenz sinkender Zinsen bevorstehen müßte, eine Erwartung, die nach der Zinswende in den Vereinigten Staaten aufkam und die sich am Kapitalmarkt im Zusammenhang mit der Entwicklung im Ausland vom Mai an vorübergehend auch bestätigte.

Etwas später als bei den Unternehmen, nämlich seit dem zweiten Vierteljahr, kam es bei den privaten Haushalten zu einer langsameren Ausweitung der Bankkredite. Im Zusammenhang mit der starken Zunahme des privaten Verbrauchs zu Jahresbeginn war deren Kreditaufnahme zunächst noch einmal sehr kräftig gestiegen, im ersten Vierteljahr 1980 mit einer Jahresrate von 15 $\frac{1}{2}$ vH. Danach hat sich die Expansion dann stark abgeschwächt. Schon im zweiten Vierteljahr, der private Verbrauch war jetzt sogar etwas geringer als im ersten Vierteljahr, nahmen die Konsumentenkredite nur noch mit einer Jahresrate von 6 $\frac{1}{2}$ vH zu. Immerhin nahmen sie trotz des hohen Niveaus weiterhin zu, im dritten Vierteljahr sogar wieder etwas stärker.

Bei den Krediten, die die Banken an Unternehmen und Selbständige gewährten, zeigte sich im zweiten Vierteljahr vorübergehend wieder eine leichte Be-

schleunigung. Schon im dritten Vierteljahr setzte sich aber die Abschwächung fort. Dabei unterzeichnet die Kreditaufnahme der Unternehmen im Inland den Finanzbedarf massiv. Denn die Unternehmen nutzten in diesem Jahr verstärkt die Möglichkeiten, im Ausland Kredite aufzunehmen. Sie haben in den ersten neun Monaten des Jahres netto kurzfristige Kredite im Ausland in Höhe von 21 Mrd DM aufgenommen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aus Finanzkrediten waren damit Ende September schon 80 vH höher als am Jahresanfang. Ganz überwiegend handelt es sich dabei um D-Mark-Kredite, die zu ähnlichen Konditionen wie im Inland vergeben werden. Insgesamt hatte damit das Ausland bis einschließlich September als Kreditgeber für die Unternehmen ein etwa gleich großes Gewicht wie die inländischen Kreditinstitute.

Die im ganzen sehr kräftige Zunahme der Verschuldung der Unternehmen kann man als Ergebnis einer anhaltend regen Investitionstätigkeit bei gleichzeitig geringer werdenden Selbstfinanzierungsspielräumen deuten.

198. Die Entwicklung der Kredite für den Wohnungsbau hingegen steht im Zeichen der Reaktion auf die seit Mitte 1978 stark gestiegenen Zinsen für Hypothekarkredite und den verschärften Anstieg der Baupreise. Die Zinsen für Hypothekarkredite waren im Frühjahr 1980 mit gut 10% fast vier Prozentpunkte höher als zwei Jahre zuvor, die Baupreise stiegen allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres um rund 11 vH. Die Reaktion ist schon seit Ende 1978 am Rückgang der Kreditzuagen für den Wohnungsbau abzulesen, während die Auszahlungen mit einer Jahresrate von reichlich 11 vH im dritten Vierteljahr noch kräftig zunahmen. Nach einem Wiederanstieg der Kreditzusagen um die Jahreswende 1979/80 ist die Tendenz seit dem zweiten Vierteljahr 1980 wieder deutlich rückläufig.

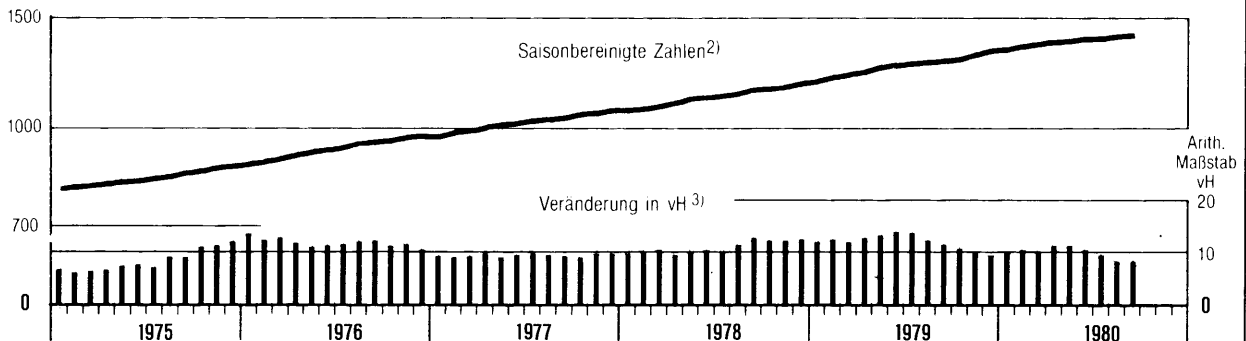
199. Hinweise auf die zu erwartende Kreditexpansion enthält die Entwicklung der Kreditzusagen. Danach steht eine Abschwächung der Kreditexpansion nicht bevor. Die Zusagen von Kontokorrentkrediten nahmen in den ersten neun Monaten 1980 mit einer Jahresrate von 9 $\frac{1}{2}$ vH zu und damit ähnlich stark wie im Verlauf des vergangenen Jahres. Bei den kurzfristigen Krediten lag die Zuwachsrate der Zusagen sogar noch über der des vergangenen Jahres.

Kapitalmarkt unter Auslandseinflüssen

200. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1980 waren die Kapitalmarktzinsen niedriger als die Zinssätze am Geldmarkt. Diese ungewöhnliche Zinsstruktur hatte sich im Herbst 1979 herausgebildet. Schon von Beginn des vergangenen Jahres an waren die Geldmarktsätze kräftig gestiegen. Im Frühjahr 1980 lag der Zins für Dreimonatsgeld mit rund 10% reichlich 6 Prozentpunkte höher als Anfang 1979. In der Folgezeit ging er nur wenig zurück und betrug im Oktober 9%. Auch der Kapitalmarktzins war im vergan-

ZUR KREDITENTWICKLUNG

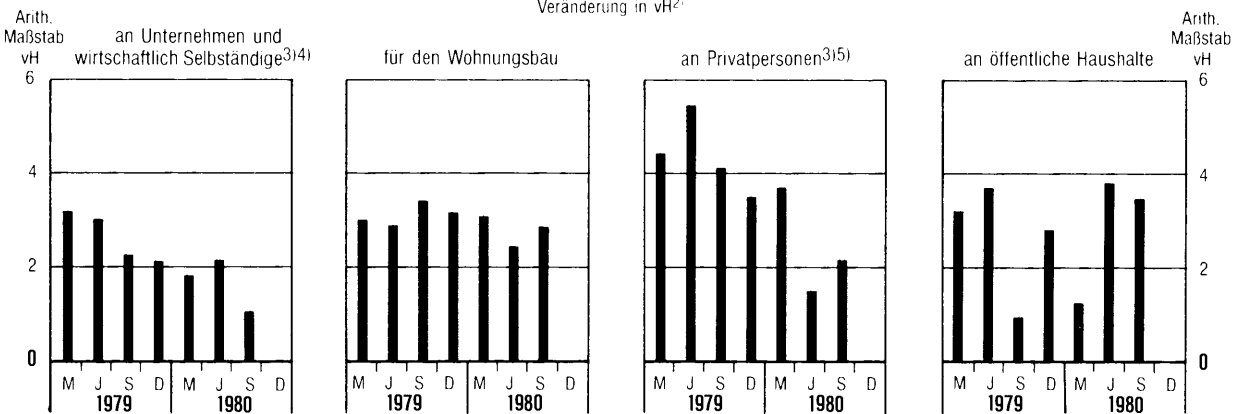
Bankkredite insgesamt¹⁾



1) Einschließlich Kredite in Form des Ankaufs von Schatzwechseln und Wertpapieren sowie von Ausgleichs- und Deckungsforderungen. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Censur - Verfahren II, Version X - 11. – 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen¹⁾

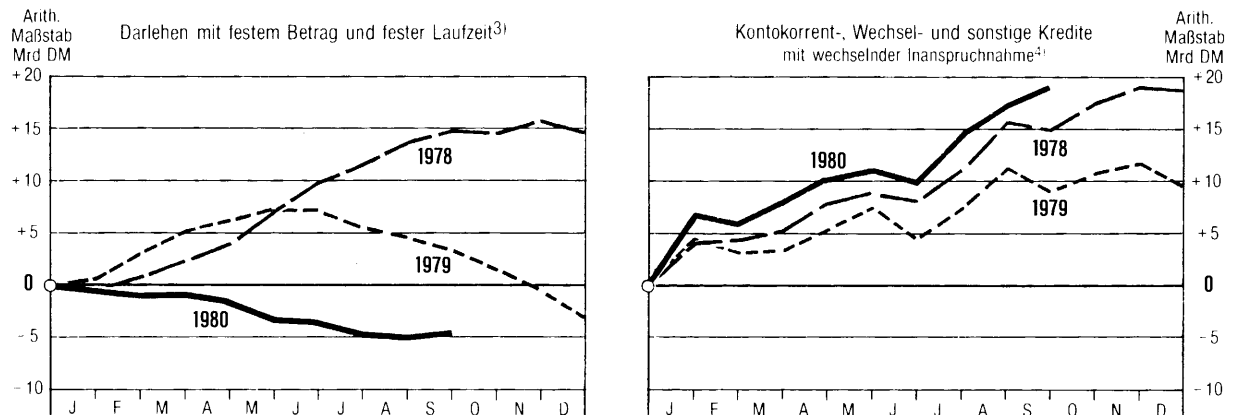
Veränderung in vH²⁾



1) Ohne Schatzwechselkredite und Wertpapierbestände. – 2) Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Quartalsendmonat, errechnet aus saisonbereinigten Zahlen. Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Censur - Verfahren II, Version X - 11. – 3) Ohne Kredite für den Wohnungsbau. – 4) Einschließlich Hypothekarkredite auf gewerblich genutzte Grundstücke, landwirtschaftlich genutzte Grundstücke und Schiffe. – 5) Privatpersonen (wirtschaftlich unselbständige und sonstige) und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Offene Kreditzusagen an inländische Unternehmen und Privatpersonen¹⁾

Veränderung in Mrd DM²⁾



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – 2) Veränderung gegenüber dem Vormonat, kumuliert. – 3) Stand der noch nicht durch Auszahlung erledigten Kreditzusagen. – 4) Stand der offenen Zusagen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

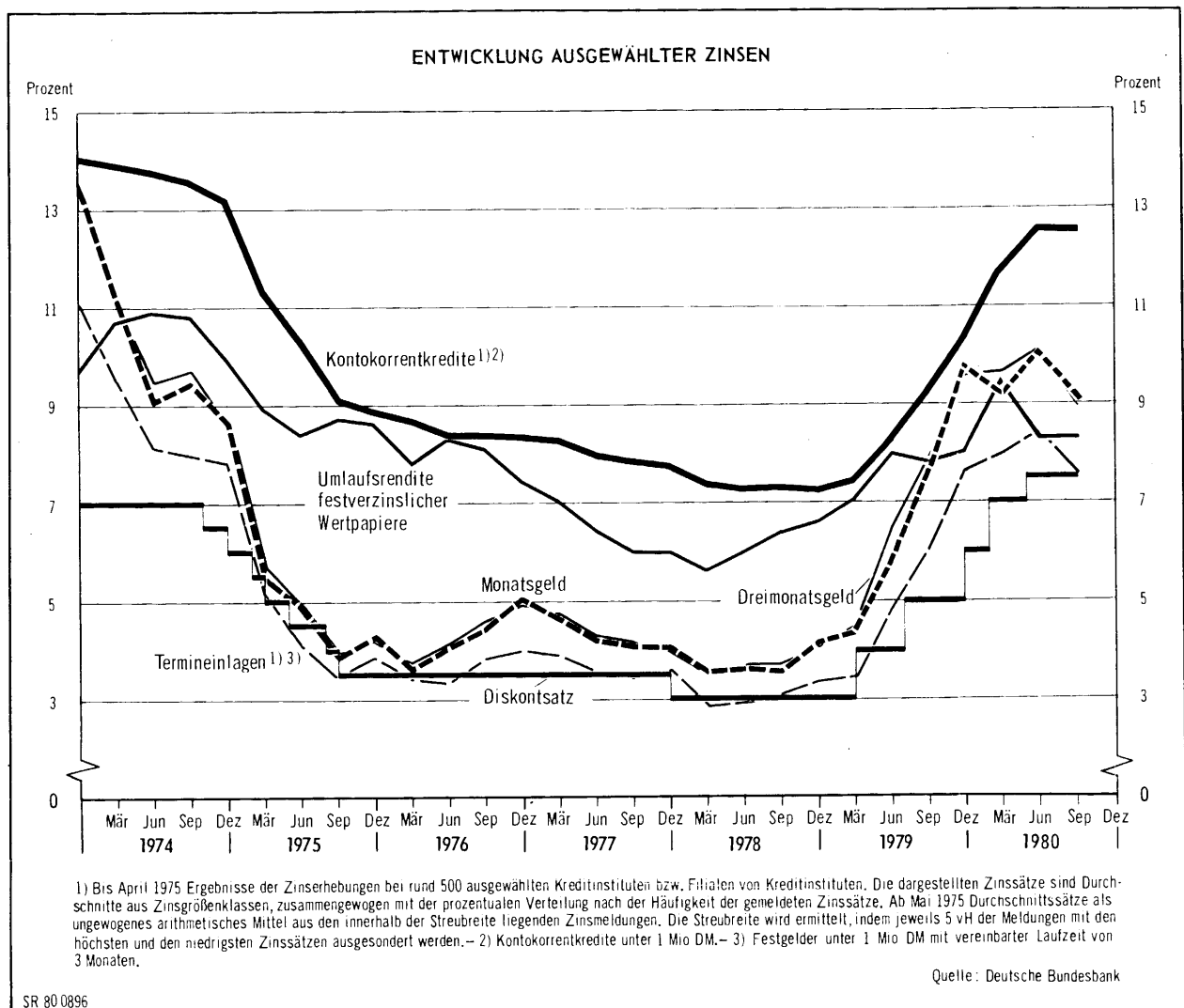
genen Jahr gestiegen, aber nur um 1,5 Prozentpunkte auf etwa 8% zur Jahreswende. Ein weiterer Anstieg auf fast 10% im März 1980 schien eine Korrektur der Zinsstruktur anzuzeigen. Aber schon im Mai änderte sich die Bewegungsrichtung im Zusammenhang mit dem Zinsrückgang in den Vereinigten Staaten. Mit 7,9% lag der Kapitalmarktzins im August geringfügig unter dem Satz vom Jahresanfang und auch kaum höher als ein Jahr zuvor. Ein erneuter Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten verfestigte sich im Spätsommer. Unter den gegebenen Bedingungen mußte das auch Zinserhöhungstendenzen in der Bundesrepublik stärken, die sich seit September durchgesetzt haben (Schaubild 36).

201. Bei beweglichen Wechselkursen ist eine Übertragung von Zinsschwankungen an ausländischen Kapitalmärkten, hier vor allem der Schwankungen der Dollar-Zinsen, auf das inländische Zinsniveau keineswegs selbstverständlich. Anders nämlich als unter einem Regime fester Wechselkurse, das bei freiem Kapitalverkehr und ungestörtem Vertrauen in die Stabilität der Wechselkurse allemal erwarten

läßt, daß sich ungeachtet unterschiedlicher Zinsniveaus Zinsänderungen international rasch angleichen, muß man bei beweglichen Wechselkursen in Rechnung stellen, daß Wechselkursänderungserwartungen das Renditekalkül im internationalen Kapitalverkehr ständig und wesentlich mitbestimmen. Das Zinsniveau im Inland kann um soviel niedriger sein als im Ausland, wie eine Aufwertungserwartung für die heimische Währung besteht. Inländische Anleger werden dann trotz eines höheren Zinses im Ausland ihr Geld dort nicht anlegen, weil sie bei Fälligkeit oder Verkauf der Forderung für den Betrag an ausländischer Währung aufgrund der Abwertung gerade soviel D-Mark weniger erzielen, wie durch den höheren Zins im Ausland zusätzlich zu verdienen sind.

Wenn sich also im Frühjahr dieses Jahres die Zinsen an den deutschen Kreditmärkten so deutlich parallel zu den Zinsen in den Vereinigten Staaten entwickelt haben, muß dies damit zusammenhängen, daß in diesem Jahr mit den amerikanischen Zinsänderungen nicht zugleich Änderungen der Wechselkursänderungserwartungen einhergingen. In den

Schaubild 36



vergangenen Jahren war es meist dazu gekommen. Zinssteigerungen begleiteten damals in Amerika den Weg einer sich beschleunigenden Inflation ebenso wie sich verstärkende Abwertungserwartungen in bezug auf den Dollar. Diese Phase scheint vorerst beendet. Die amerikanischen Zinssteigerungen im frühen Teil dieses Jahres waren Ausdruck ernsthafter Stabilisierungsanstrengungen und die anschließende Zinssenkung Ausdruck dessen, daß die Restriktionsmaßnahmen griffen. Zu neuen Abwertungserwartungen in bezug auf den Dollar kam es offensichtlich nicht. Daher mußten sich mit den Zinsbewegungen entweder die Wechselkurse ändern und dadurch Wechselkursänderungserwartungen entsprechend den Zinsbewegungen erzeugen, oder die Zinsen im Inland mußten den amerikanischen Zinsen folgen. Die Bundesbank hat durch umfangreiche Interventionen einer allzu starken Abwertung der D-Mark am Devisenmarkt entgegengewirkt und ist damit teilweise den Weg der Zinsanpassung gegangen. Sie hat unter den möglichen eine ihr noch erträglich erscheinende Kombination aus Wechselkursen und Zinsen gewählt (Ziffer 309).

Eine Erklärung des gemeinsamen Teils der Zinsbewegungen in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten kann auch außerhalb Amerikas liegen. Dieser Teil war nämlich zugleich Teil eines weltweiten Zinsanstiegs, der sich als Reaktion der Kapitalmärkte auf die Unsicherheit nach der erneuten Ölverteuerung deuten läßt.

Im späteren Verlauf des Jahres war der Dollarkurs an den Devisenmärkten gegenüber der D-Mark so fest, daß die Kursentwicklung von der Zinsbewegung her, zieht man die unbefriedigenden Stabilisierungserfolge der Vereinigten Staaten ins Bild, nicht mehr plausibel erklärt werden kann. Läßt man mögliche Einflüsse politischer Ereignisse beiseite, die durchaus großes Gewicht haben können, so kommt als Erklärung nur in Betracht, daß wegen der deutschen Leistungsbilanzsituation trotz des nach wie vor enormen Inflationsgefälles vorläufig keine Aufwertung der D-Mark mehr erwartet wurde, die den bestehenden Zinsdifferenzen entsprach. Denn wenn sich diese Erwartungen ändern, muß sich auch der Wechselkurs ändern, bis vom neuen Kurs her gesehen die Aufwertungserwartungen wieder auf der Höhe der Zinsdifferenzen sind — oder die Geldpolitik muß die deutschen Zinsen hinauftreiben.

202. Die angespannte Situation am Geldmarkt, gekennzeichnet etwa durch einen Zins für Dreimonatsgeld, der in den ersten zehn Monaten zwischen knapp 9 % und reichlich 10 % lag, ist also im wesentlichen das Ergebnis der in der ersten Jahreshälfte insgesamt noch guten Konjunktur und einer Politik der Bundesbank, die über ihren Einfluß auf die Konditionen am Geldmarkt beabsichtigte, einen für Kapitalimporte ausreichend attraktiven Zins zu bewirken, Kapitalimporte, die wegen des Leistungsbilanzdefizits nötig sind und wegen des Leistungsbilanzdefizits nicht billiger zu haben waren.

203. Die stufenweise Anhebung der Notenbankzinsen im ersten Halbjahr hat auf die Zinsen im Massengeschäft der Banken mit privaten Haushalten durchgewirkt. Der Zins für Kontokorrentkredite ist

mit $12\frac{1}{2}\%$ seit Mai 1980 2 Prozentpunkte höher als zu Jahresanfang und reichlich 4 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Der Zins für Hypothekarkredite hatte bereits im April mit rund 10 % seinen Höchststand und war danach leicht rückläufig. Im Oktober lag er bei 9,3 %. Die Zinsen für Termineinlagen waren parallel zu den Geldmarktsätzen seit Anfang 1979 stark angestiegen. Für Dreimonatsfestgeld war im Januar 1979 wenig mehr als 3 % zu erzielen, ein Jahr später mehr als 7 % und zur Jahresmitte 1980 etwa $8\frac{1}{2}\%$. Auch hier ist seit Juni ein Rückgang zu beobachten. Der Spareckzins hingegen ist gegenüber dem Stand vom Anfang 1979 nur um 2,5 Prozentpunkte auf 5 % im April 1980 angehoben worden und liegt derzeit bei $4\frac{1}{2}\%$. Er ist damit auch weniger gestiegen als der Zins für langfristige Ausleihungen der Banken.

204. Und es war nicht wenig, was bei diesen Zinsen an Anlagebereitschaft mobilisiert wurde. Trotz der Unsicherheiten erwies sich der Kapitalmarkt, vor allem im ersten Halbjahr, als sehr ergiebig; der Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere war in der ersten Jahreshälfte um 35 vH höher als vor einem Jahr (Tabelle 30). Im dritten Vierteljahr ging der Netto-Absatz dann zwar — unter anderem aufgrund hoher Netto-Tilgungen öffentlicher Anleihen — erheblich zurück. Auf's Ganze gesehen bleibt in den ersten neun Monaten aber noch ein Zuwachs von 10 vH gegenüber dem Vorjahr. Umschichtungen spielten offensichtlich eine beträchtliche Rolle, nicht zuletzt zu Lasten der Spareinlagen.

Unter den inländischen Erwerbern von Wertpapieren standen 1980 wie schon im Vorjahr die Banken nicht mehr im Vordergrund. Im Gegenteil, die Kreditinstitute haben in den ersten neun Monaten Wertpapiere für $10\frac{1}{2}$ Mrd DM erworben, alle anderen im gleichen Zeitraum für 30 Mrd DM (Schaubild 37). Diese Aufteilung ist auch Folge des Kurses der Geldpolitik, der es den Kreditinstituten nicht erlaubte, gleichzeitig Wertpapiere in großem Umfang zu erwerben und das Kreditvolumen stark auszuweiten. Allerdings nahm das Kaufinteresse der Banken zur Jahresmitte zu, als sich die Kreditnachfrage abschwächte und ein rückläufiger Kapitalmarktzens Kursgewinne zu versprechen schien. Allein im Juli nahmen die Kreditinstitute Wertpapiere für 2,2 Mrd DM auf, während die übrigen in diesem Monat nur 200 Mio DM anlegten.

Die zeitweise noch vergrößerte Zinsdifferenz zum Ausland, möglicherweise auch größere Unsicherheit über die Wechselkursentwicklung führten dazu, daß das Interesse der Ausländer an inländischen Rentenwerten nicht sehr ausgeprägt war. Im ersten Vierteljahr wurden von ihnen per Saldo inländische Rentenwerte sogar verkauft. Nach dem Zinsrückgang in den Vereinigten Staaten kam es wieder zu Käufen, von April bis September in Höhe von 0,8 Mrd DM.

205. Die Mittel aus dem Absatz von Wertpapieren sind auch in diesem Jahr in erster Linie den Kreditinstituten zugeflossen. In den ersten neun Monaten entfielen neun Zehntel des Volumens inländischer Rentenwerte auf Bankschuldverschreibungen. Den

Tabelle 30

Mittelaufkommen und Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Mittel- auf- kommen ¹⁾	Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten ²⁾						
		ins- gesamt ³⁾	Industrie- obliga- tionen ⁴⁾	Bankschuld- verschreibungen ³⁾		Anleihen der öffent- lichen Hand ⁵⁾	Kapitalmarkt- beanspru- chung durch inländische öffentliche Stellen ⁶⁾	Nachricht- lich: Verände- rung des Aktien- umlaufs
				zusammen	darunter Kommunal- obligationen			
1967	13 719	15 321	892	9 338	5 384	5 094	10 478	1 631
1968	18 072	17 795	— 70	14 166	8 429	3 700	12 129	2 054
1969	12 850	13 479	— 164	13 033	7 542	610	8 152	2 647
1970	14 385	15 059	220	12 769	7 941	2 069	10 010	1 770
1971	20 565	21 267	1 463	15 341	7 335	4 464	11 799	4 108
1972	34 426	35 043	799	26 838	13 109	7 402	20 511	4 064
1973	25 038	26 825	— 525	23 005	4 563	4 365	8 928	2 823
1974	24 638	26 655	— 370	20 989	9 266	6 033	15 299	3 611
1975	40 487	48 924	— 166	35 621	23 969	13 471	37 440	5 352
1976	54 393	48 361	— 545	32 023	21 419	16 883	38 302	2 696
1977	50 503	50 474	— 417	29 699	16 651	21 191	37 842	4 095
1978	36 307	44 620	— 1 023	31 404	16 307	14 239	30 546	2 663
1979	43 351	42 134	— 1 116	37 956	15 927	5 294	21 221	2 621
1979 1. Vj.	12 972	14 923	— 232	14 444	7 677	711	8 388	460
2. Vj.	9 273	10 746	— 189	9 333	4 742	1 602	6 344	766
3. Vj.	10 784	8 334	— 203	6 959	2 957	1 578	4 535	655
4. Vj.	10 322	8 131	— 492	7 220	551	1 403	1 954	740
1980 1. Vj.	12 730	15 909	— 481	15 315	8 065	1 074	9 139	327
2. Vj.	20 797	18 906	— 167	12 390	6 717	6 684	13 401	725
3. Vj.	2 882	2 532	— 249	6 579	4 161	— 3 797	364	1 221
1980 Jan	5 472	6 752	— 356	5 772	2 660	1 335	3 995	21
Feb	2 462	3 226	— 48	2 248	1 026	1 026	2 052	210
Mär	4 796	5 931	— 77	7 295	4 379	— 1 287	3 092	96
Apr	11 097	9 914	— 69	6 795	3 236	3 188	6 424	247
Mai	4 655	4 768	— 31	3 485	2 117	1 314	3 431	104
Jun	5 045	4 224	— 67	2 110	1 364	2 182	3 546	374
Jul	2 083	1 410	— 35	3 593	2 081	— 2 148	— 67	442
Aug	1 786	1 458	— 158	379	750	1 237	1 987	468
Sep	— 987	— 336	— 56	2 607	1 330	— 2 886	— 1 556	311

¹⁾ Netto-Absatz (zu Kurswerten) inländischer Rentenwerte plus/minus Veränderungen der Eigenbestände der Emittenten abzüglich Erwerb durch die Bundesbank (zu Buchwerten).

²⁾ Bruttoabsatz abzüglich Tilgung. Negatives Vorzeichen: Tilgung übersteigt den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.

³⁾ Ab 1969 ohne Bank-Namenschuldverschreibungen.

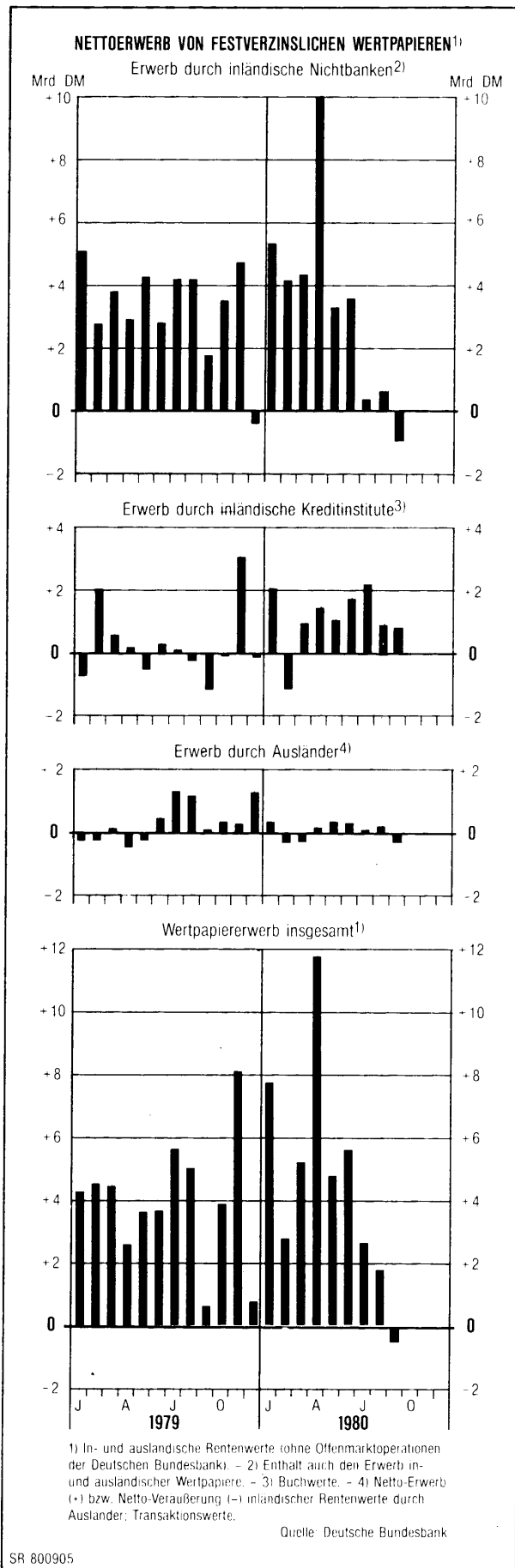
⁴⁾ Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.

⁵⁾ Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Kommunalobligationen und Anleihen der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 37



größten Anteil daran hatten wie schon in den Vorjahren die Kommunalobligationen. Der Anteil der sonstigen Bankschuldverschreibungen, die den Banken Mittel zur kürzerfristigen Finanzierung verschaffen, ohne Zentralbankgeld in der Mindestreserve zu binden, und die nicht an bestimmte Aktivgeschäfte gekoppelt sind, ging etwas zurück.

Von ausländischen Emittenten wurden bis September D-Mark-Anleihen im Umfang von netto 7¹/₂ Mrd DM am deutschen Kapitalmarkt abgesetzt. Sie wurden freilich wie üblich nur zu einem geringen Teil von Inländern erworben. Eine Ausnahme waren die Kassenobligationen der Vereinigten Staaten (Carter-Bonds), für die 2 Mrd DM von inländischen Abnehmern aufgebracht wurden.

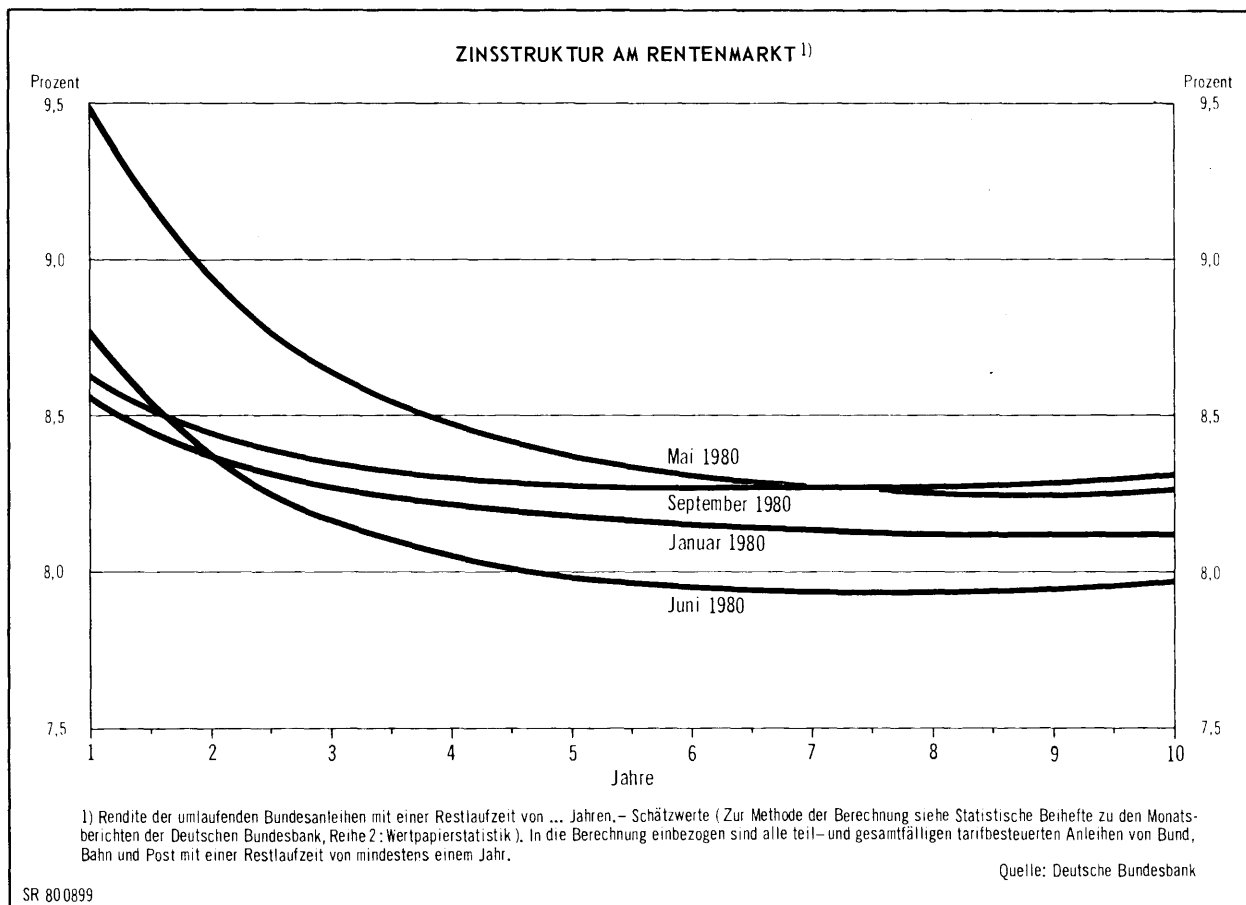
206. Die Tendenz zu kürzeren Laufzeiten der Papiere, die sich 1979 abgezeichnet hatte, nachdem in den drei Jahren davor ganz allmählich wieder längere Laufzeiten hatten durchgesetzt werden können, setzte sich 1980 zunächst fort. In den ersten fünf Monaten war der Anteil der Wertpapiere mit einer Laufzeit über vier Jahre am gesamten Bruttoabsatz mit 64 vH abermals um 3 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. In den Sommermonaten, als sich der Kapitalmarktzins bei 8% zu stabilisieren schien und ein weiterer Rückgang auch aufgrund der wieder ansteigenden Zinsen im Ausland fürs erste nicht mehr zu erwarten war, wurden wieder verstärkt Wertpapiere mit längeren Laufzeiten begeben. Kreditinstitute, die sich vornehmlich am Kapitalmarkt refinanzieren, waren nun wieder wettbewerbsfähig.

Mit der leichten Entspannung der Situation am Geldmarkt nach der vorsichtigen Lockerung der Politik der Bundesbank haben sich seit September auch die Renditen von Wertpapieren mit unterschiedlicher Restlaufzeit wieder angeglichen (Schaubild 38).

207. Die öffentlichen Haushalte haben im ersten Halbjahr 1980 von den Kreditmärkten 28¹/₂ Mrd DM beansprucht; allein der Bund hat in den ersten sechs Monaten fast 20 Mrd DM aufgenommen. Zur Finanzierung dienten Kredite bei Kreditinstituten in Höhe von rund 18 Mrd DM und sonstige Darlehen im Umfang von fast 5 Mrd DM. Bundesobligationen und Anleihen erbrachten im ersten Halbjahr insgesamt knapp 9 Mrd DM. Gleichzeitig wurden unverzinsliche Schatzanweisungen und Bundesschatzbriefe im Umfang von mehr als 2¹/₂ Mrd DM netto getilgt.

Nicht nur inländische Kreditinstitute und Nichtbanken haben den öffentlichen Haushalten Kredite gewährt, sondern mit fast 10 Mrd DM im ersten Halbjahr in erheblichem Umfang auch das Ausland. Bei den inländischen Kreditinstituten wurden fast nur langfristige Kredite aufgenommen. Auch die öffentlichen Anleihen hatten wieder vorwiegend Laufzeiten von über vier Jahren. Die zeitliche Verteilung der Begebung der öffentlichen Anleihen gab Anlaß zur Kritik. Die öffentlichen Emittenten haben gerade in den drei Monaten, als es am teuersten war, sich Geld am Kapitalmarkt zu beschaffen, fast die Hälfte ihres Bedarfs der ersten neun Monate gedeckt.

Schaubild 38



208. Der Aktienmarkt wurde auch in diesem Jahr wieder von der Entwicklung am Rentenmarkt geprägt. Der starke Anstieg der Kapitalmarktzinsen im Frühjahr führte am Aktienmarkt zu einem Kurssturz. Der Index der Aktienkurse fiel innerhalb eines Monats um 10 vH. Mit dem Rückgang der Kapitalmarktzinsen stiegen die Aktienkurse allmählich wieder an. Im August waren die Kursverluste weitgehend aufgeholt; mit dem Wiederanstieg der Zinsen im September gaben die Kurse aber wieder leicht nach. Die Dividendenrendite lag Ende Oktober mit 5,9% (einschließlich Steuergutschrift) etwas höher als Ende letzten Jahres. In den ersten neun Monaten sind Aktien im Kurswert von 5,6 Mrd DM emittiert worden, davon knapp die Hälfte allein im Januar und Februar.

VIII. Finanzpolitik: Keine Abkehr von hohen Defiziten

209. Hohe Ausgaben und weiter steigende Defizite sind die Kennzeichen der meisten öffentlichen Haushalte in diesem Jahr. Das ist alles andere als selbstverständlich. Die Finanzpolitik hatte sich für 1980 vorgenommen, der ständigen Zunahme der Defizite bei Bund, Ländern und Gemeinden Einhalt zu gebieten und deren allmählichen Abbau einzuleiten. Da mit einem Anstieg der Steuerquote in diesem

Jahr nicht zu rechnen war, hätte der Ausgabenzuwachs erheblich hinter der Zuwachsrate des Sozialprodukts zurückbleiben müssen. Um mit der Konsolidierung voranzukommen, wäre ein Ausgabenanstieg von etwa 5 vH ein guter Anfang gewesen. Die Absichtserklärungen für das Jahr 1980 gingen auch in diese Richtung. Sie hatten sich insofern deutlich von den Entscheidungen der beiden vorangegangenen Jahre abgehoben, in denen vor allem die Sorge um die Tragfähigkeit des konjunkturellen Aufschwungs den finanzpolitischen Kurs bestimmt hatte.

Tatsächlich kam es anders. Die hohen Ausgabenzuwächse in den ersten Monaten dieses Jahres wurden im weiteren Verlauf zwar allmählich zurückgeführt, im ganzen erreicht der Ausgabenanstieg jedoch rund 8 vH. Vor allem Länder und Gemeinden tragen dazu bei, daß die Ausgaben so viel stärker als beabsichtigt zugenommen haben.

Konsolidierung: Die Last früherer Jahre

210. Die Defizite der öffentlichen Haushalte und die daraus erwachsenden Probleme haben ihren Ursprung in finanzpolitischen Fehlentwicklungen, die weit zurückreichen.

Es waren die frühen siebziger Jahre, in denen der Staat eine besonders expansive Ausgabenpolitik be-

trieb. Am kräftigsten stiegen die Ausgaben von Ländern und Gemeinden, im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974 um fast 15 vH; Entscheidungen, die auf Bundesebene fielen, hatten hieran freilich erheblichen Anteil. Der Bund selbst dehnte seine Ausgaben um rund 10 vH pro Jahr aus. Ein starkes Anschwellen der Finanzierungsdefizite war mit diesem Kurs zunächst noch nicht verbunden. Dies lag vor allem daran, daß die jahrelange Hochkonjunktur und das zunehmende Inflationsstempo die Kassen des Staates füllten. Der ständige Anstieg der Steuerquote erlaubte es, die Staatsquote zu erhöhen, ohne die Defizite hinaufzutreiben.

Die anschließende Inflationsbekämpfung führte zu Einnahmeausfällen. Die Steuerquote blieb gleichwohl hoch, und es machte sich massiver Widerstand gegen die im Inflationsprozeß angestiegene Steuerlast breit. Die Finanzpolitik sah sich zu umfangreichen Steuerentlastungen gedrängt. Es zeigte sich, daß der Staat nicht auf Dauer so viel an Ausgaben-spielraum gewonnen hatte, wie der Anstieg der Steuerquote glauben machen konnte.

211. Durch die Reform des Einkommensteuertarifs im Jahre 1975 sank die Steuerquote deutlich. Zu einem sprunghaften Anstieg der staatlichen Defizite kam es außerdem wegen der großen konjunkturbedingten Steuerausfälle. Auch der Ausgabenzuwachs blieb zunächst hoch (Tabelle 31). Die extrem großen Defizite erzwangen dann aber eine Kehrtwendung. Die Jahre 1976 und 1977 wurden Jahre vergleichsweise niedriger Ausgabensteigerung, und es schien eine Zeitlang so, als ob selbst ein sehr beträchtlicher Konsolidierungsbedarf in kurzer Zeit gedeckt werden könnte. Diesem finanzpolitischen Kurs war jedoch aus zwei Gründen kein dauerhafter Erfolg beschieden. Erstens erwies sich das Tempo der Konsolidierung aus konjunkturellen Gründen als zu hoch. Zweitens führte der Wiederanstieg der Steuerlast zu verstärktem Steuerwiderstand, und noch im Jahre 1977 wurden abermals umfangreiche Steuerentlastungen beschlossen. Konjunktur- und wachstumspolitische Probleme trugen dazu bei. In den Jahren 1978 und 1980 wurden noch zwei weitere Steuerentlastungsgesetze verabschiedet.

212. Als schwere Bürde erwies sich, daß der Anstieg der Steuerquote in den Jahren vor 1974 zur Finanzierung eines Anstiegs der Staatsquote genutzt worden war. Dem Staat war daher mit der Korrektur der Steuerquote die Aufgabe gestellt, über Jahre hinweg die Ausgabenpolitik zurückhaltend zu führen, sollten die öffentlichen Defizite nicht ständig steigen.

Tatsächlich ist er dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Im Gegenteil, im Jahre 1977 fielen Entscheidungen für eine erneut kräftige Ausgabenexpansion, die sich in den Jahren danach fortsetzte. Die Defizite nahmen stark zu; wieder stellte sich die Aufgabe der Konsolidierung.

Ausgabenanstieg nicht gebremst

213. Im Jahre 1980 sollte ein erster Schritt auf diesem Wege getan werden. Gemäß den Empfehlungen

des Finanzplanungsrates legte der Bund dann auch einen Haushaltsentwurf vor, der einen Ausgabenanstieg von $5\frac{1}{2}$ vH vorsah und der damit deutlich unter der Zuwachsrate von 7,2 vH im Jahre 1979 blieb. Die Länder stellten in ihre Pläne 7 vH an Mehrausgaben ein, was zwar einer Verlangsamung des Expansionsstempos gegenüber dem vorangegangenen Haushaltsjahr gleichkam (+ 8,6 vH); aber bereits darin war eine beträchtliche Ausweitung der Defizite angelegt. Die Gemeinden schienen ihre Ausgaben zunächst ebenfalls weniger steigern zu wollen als im Vorjahr (7 vH).

214. Tatsächlich gaben die Gebietskörperschaften zusammen 504 Mrd DM aus, weit mehr, als sie sich in ihren Planungen vorgenommen hatten. Der Ausgabenanstieg war noch höher als im letzten Jahr, er betrug rund 8 vH (Tabelle 32). Das erklärte Ziel, die Finanzierungsdefizite im ganzen nicht auszuweiten, wurde nicht erreicht. Der starke Ausgabenanstieg war im wesentlichen der Haushaltspolitik der Länder und Gemeinden zuzuschreiben. Dem Bund gelang es, die Überschreitung des Ausgabenplans in Grenzen zu halten. Das Volumen des Bundeshaushalts beträgt unter Berücksichtigung eines Nachtrags etwa $215\frac{1}{2}$ Mrd DM, das sind rund 6 vH mehr als im letzten Jahr. Die Ausgaben der Länder erhöhten sich im Jahre 1980 voraussichtlich um 9 vH auf etwas mehr als 209 Mrd DM¹⁾. Bei mehreren Ländern haben Nachtragshaushalte dazu geführt, daß der geplante Ausgabenanstieg überschritten wurde. Die Gemeinden weiten ihre Ausgaben wohl noch kräftiger aus, und zwar um etwa $10\frac{1}{2}$ vH auf 141 Mrd DM.

215. Erheblich belastet wurden die Haushalte dieses Jahres durch die Zunahme der Personalausgaben. Der Anstieg der tariflichen Entgelte der Arbeiter und Angestellten belief sich einschließlich vereinbarter Nebenleistungen und Sockelbeträge auf rund $6\frac{1}{2}$ vH; hinzu kam ein zusätzlicher Urlaubstag. Auf diesen Tarifabschluß und auf die entsprechende Anhebung der Beamtengehälter waren Bund, Länder und Gemeinden in ihren Ausgabenansätzen nicht eingerichtet. Deshalb mußten die Mehrausgaben im Wege von Nachtragshaushalten teils durch Einsparung, teils durch Erhöhung der Nettokreditaufnahme finanziert werden. Wegen der Finanzierungsschwierigkeiten wurden in diesem Jahr eher weniger Arbeitskräfte eingestellt als im letzten Jahr; hier sind unmittelbar Beschäftigungsfolgen hoher Lohnsteigerungen sichtbar geworden. Es lag vor allem an den Gehaltssteigerungen, daß die Zunahme der Personalausgaben mit 8 vH über diejenige des Vorjahres hinausging.

Entlastung kam auch nicht vom Sachaufwand und nicht von den Verteidigungsausgaben, die mit den Personalausgaben zum Staatsverbrauch zusammengefaßt werden. Die Zunahme des Sachaufwands, also der laufenden Ausgaben für den Sachmittelverbrauch, waren wegen hoher Preissteige-

¹⁾ Die Ausgaben von Ländern und Gemeinden schließen die Ausgaben der Krankenhäuser ein, die in den Haushaltsplänen und in der Vierteljahresstatistik nicht mehr erfaßt werden. Hierzu werden Schätzungen einer Arbeitsgruppe des Finanzplanungsrates übernommen.

Tabelle 31

Die Entwicklung der

	Einheit	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Ausgaben										
Bund ²⁾	Mio DM	49 868	54 765	58 149	64 192	66 879	74 643	75 771	82 262	87 987
	Vä in vH		9,8	6,2	10,4	4,2	11,6	1,5	8,6	7,0
Länder ³⁾	Mio DM	43 514	45 962	50 181	54 549	57 875	60 145	63 380	67 777	77 649
	Vä in vH		5,6	9,2	8,7	6,1	3,9	5,4	6,9	14,6
Gemeinden/Gv. ³⁾	Mio DM	28 042	31 484	35 810	39 023	41 026	41 023	43 186	48 421	56 487
	Vä in vH		12,3	13,7	9,0	5,1	- 0,0	5,3	12,1	16,7
Öffentlicher Gesamthaushalt ⁴⁾	Mio DM	106 481	116 342	127 154	139 302	145 023	153 786	158 828	174 550	196 315
	Vä in vH		9,3	9,3	9,6	4,1	6,0	3,3	9,9	12,5
Einnahmen										
Steuern	Mio DM	86 659	91 626	100 048	106 160	112 708	114 976	122 006	145 588	154 043
	Vä in vH		5,7	9,2	6,1	6,2	2,0	6,1	19,3	5,8
Sonstige Einnahmen	Mio DM	18 173	19 255	21 406	23 711	24 726	26 705	29 283	31 345	34 247
	Vä in vH		6,0	11,2	10,8	4,3	8,0	9,7	7,0	9,3
Öffentlicher Gesamthaushalt ⁴⁾	Mio DM	104 832	110 881	121 454	129 871	137 434	141 681	151 289	176 933	188 290
	Vä in vH		5,8	9,5	6,9	5,8	3,1	6,8	17,0	6,4
Finanzierungssalden										
Bund ²⁾	Mio DM	- 606	- 2 220	- 263	- 997	- 1 192	- 7 612	- 4 920	+ 1 178	+ 352
Länder ³⁾	Mio DM	+ 157	- 828	- 1 702	- 4 074	- 3 753	- 3 441	- 1 135	+ 1 676	- 3 058
Gemeinden/Gv. ³⁾	Mio DM	- 1 110	- 2 159	- 3 528	- 4 326	- 3 362	- 1 532	- 1 707	- 248	- 5 655
Öffentlicher Gesamthaushalt ⁴⁾	Mio DM	- 1 796	- 5 289	- 5 563	- 9 362	- 7 660	- 12 112	- 7 383	+ 2 453	- 8 087
Nachrichtlich:										
Produktionspotential in jeweiligen Preisen ³⁾	Mrd DM	370,2	399,7	432,1	469,6	509,0	535,1	562,3	604,3	678,8
	Vä in vH	10,1	8,0	8,1	8,7	8,4	5,1	5,1	7,5	12,3
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd DM	360,5	382,1	419,6	458,2	487,4	493,7	535,2	597,7	679,0
	Vä in vH	8,8	6,0	9,8	9,2	6,4	1,3	8,4	11,7	13,6
Staatsquote ⁶⁾	vH	28,8	29,1	29,4	29,6	28,5	28,7	28,2	28,9	28,9
Steuerquote ⁷⁾	vH	24,0	24,0	23,8	23,2	23,1	23,3	22,8	24,4	22,7

1) Schätzung nach Teilergebnissen.

2) Einschließlich Konjunkturprogramme.

3) Einschließlich Sonderrechnungen und Krankenhäuser.

4) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik; bereinigt um Zahlungen zwischen den Ebenen.

rungen bei Energie und zunehmenden Preisen für Dienstleistungen ebenfalls nur schwer zu begrenzen. Für die Gemeinden, die über mehrere Jahre viel investiert haben, kommt hinzu, daß sich als Folge davon in vielen Fällen ein höherer laufender Sachaufwand einstellt.

Im Verteidigungshaushalt stiegen die Personalausgaben nicht nur nach Maßgabe des Einkommensanstiegs im öffentlichen Dienst, sondern auch aufgrund beträchtlicher struktureller Aufbesserungen. Zusammen mit der Beschaffung militärischer Güter ergab sich ein Ausgabenanstieg von über 8 vH. Durch Verpflichtungen im Atlantischen Bündnis ist der Spielraum für Einsparungen begrenzt.

216. Die hohen Mehrausgaben für den Zinsendienst (+ 11 1/2 vH) waren die Folge der hohen Kre-

ditaufnahme und des beträchtlichen Zinsanstiegs. Die Zinsausgaben machen mittlerweile 5 1/2 vH der Gesamtausgaben aus.

Die Geldleistungen an private Haushalte, an Unternehmen und an das Ausland nahmen um 6 vH zu. Zwar zeigte sich beim Wohngeld und Kindergeld, bei der Kriegspopferversorgung und bei der Jugendhilfe ein vergleichsweise langsamer Ausgabenanstieg; hingegen nahmen die Ausgaben für Sozialhilfe und Ausbildungsförderung verstärkt zu.

Die Finanzhilfen, die der Staat an Unternehmen verschiedener Branchen leistet, wurden in diesem Jahr nur wenig ausgeweitet; für die Subventionen an die Landwirtschaft gilt dies allerdings nicht. Auch andere öffentliche Mittel, die den Unternehmen in Form von Investitionszuschüssen und Kapital-

öffentlichen Haushalte

1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ¹⁾	Einheit	
98 482	111 098	122 561	134 043	158 796	165 197	172 386	189 658	203 408	Mio DM	Ausgaben
11,9	12,8	10,3	9,4	18,5	4,0	4,4	10,0	7,2	Vä in vH	Bund ²⁾
89 533	100 382	115 849	134 053	146 275	154 388	161 596	176 495	191 648	Mio DM	Länder ³⁾
15,3	12,1	15,4	15,7	9,1	5,5	4,7	9,2	8,6	Vä in vH	
67 416	74 721	84 075	95 845	101 228	104 077	107 649	119 075	127 414	Mio DM	Gemeinden/Gv. ³⁾
19,3	10,8	12,5	14,0	5,6	2,8	3,4	10,6	7,0	Vä in vH	
226 484	252 124	280 485	318 263	360 511	376 759	395 170	433 899	466 683	Mio DM	Öffentlicher Gesamthaushalt ⁴⁾
15,4	11,3	11,2	13,5	13,3	4,5	4,9	9,8	7,6	Vä in vH	
172 258	196 982	224 831	239 589	242 084	267 514	299 052	319 119	342 861	Mio DM	Einnahmen
11,8	14,4	14,1	6,6	1,0	10,5	11,8	6,7	7,4	Vä in vH	Steuern
38 920	42 239	46 642	51 286	54 561	61 181	64 949	74 389	77 983	Mio DM	Sonstige Einnahmen
13,6	8,5	10,4	10,0	6,4	12,1	6,2	14,5	4,8	Vä in vH	
211 178	239 221	271 473	290 875	296 645	328 695	364 001	393 508	420 844	Mio DM	Öffentlicher Gesamthaushalt ⁴⁾
12,2	13,3	13,5	7,1	2,0	10,8	10,7	8,1	6,9	Vä in vH	
- 1 395	- 4 789	- 2 593	- 10 346	- 34 985	- 28 540	- 22 641	- 26 463	- 26 102	Mio DM	Finanzierungssalden
- 5 536	- 1 437	- 1 982	- 9 101	- 19 878	- 15 509	- 8 103	- 12 376	- 14 598	Mio DM	Bund ²⁾
- 8 948	- 6 897	- 4 942	- 8 294	- 9 203	- 3 932	- 1 348	- 2 368	- 4 754	Mio DM	Länder ³⁾
- 15 615	- 13 086	- 8 822	- 27 256	- 63 843	- 48 033	- 31 179	- 40 348	- 46 080	Mio DM	Gemeinden/Gv. ³⁾
										Öffentlicher Gesamthaushalt ⁴⁾
765,2 ⁵⁾	847,0	937,7	1 036,8	1 138,8	1 204,5	1 276,2	1 354,8	1 436,0	Mrd DM	Nachrichtlich:
12,7	10,7	10,7	10,6	9,8	5,8	6,0	6,2	6,0	Vä in vH	Produktionspotential in jeweiligen Preisen ⁵⁾
756,0	827,2	920,1	986,9	1 034,9	1 125,0	1 200,6	1 293,6	1 404,2	Mrd DM	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
11,3	9,4	11,2	7,3	4,9	8,7	6,7	7,7	8,5	Vä in vH	
29,6	29,8	29,9	30,7	31,7	31,3	31,0	32,0	32,5	vH	Staatsquote ⁶⁾
22,8	23,8	24,4	24,3	23,4	23,8	24,9	24,7	24,4	vH	Steuerquote ⁷⁾

⁵⁾ Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

⁶⁾ Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁷⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

diensthilfen zufließen, zeigten einen eher verhaltenen Anstieg.

Die Zahlungen an das Ausland, vorwiegend Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft, nahmen weiterhin kräftig zu. Allerdings spiegeln sich darin noch nicht die künftigen Belastungen des Bundes, die das Ergebnis des Brüsseler Kompromisses über die Verteilung der zusätzlichen Lasten zur Finanzierung des EG-Agrarhaushaltes sind (Ziffer 31 ff.).

217. Die Ausgaben für Sachanlagen, das sind Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, die vor allem von den Gemeinden getätigt werden, sind in diesem Jahr besonders stark gestiegen (14¹/₂ vH), nachdem sie bereits im letzten Jahr ein hohes Niveau erreicht hatten. Allerdings stand dahinter nur ein geringer realer Anstieg der Sachinvestitionen. Zahlungen für

früher erbrachte Bauleistungen und hohe Preissteigerungen, zu denen die staatliche Nachfrage freilich selbst mit beigetragen hatte, schöpften die Ausgabenansätze weitgehend aus. Seit dem Nachfrageschub zu Beginn des Jahres hat sich die Nachfrage in allen Bereichen der öffentlichen Bautätigkeit beträchtlich abgeschwächt (Ziffer 86).

218. Der hohe Anstieg der Staatsausgaben in diesem Jahr stand teils für gestiegene staatliche Nachfrage nach Diensten und Sachgütern, teils für höhere Geldleistungen an private Haushalte und Unternehmen. Die Staatsquote, die die vom Staat unmittelbar oder mittelbar bewirkten Ansprüche an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential abbildet, ging über das hohe Niveau von 1979 hinaus; sie belief sich 1980 auf 32,6 vH. Sie lag damit be-

Tabelle 32

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1977	1978	1979 ²⁾	1980 ³⁾	1978	1979 ²⁾	1980 ³⁾
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung) ⁴⁾ ⁵⁾	395,2	433,9	466,7	504	+ 9,8	+ 7,6	+ 8
Laufende Rechnung	321,3	348,4	372,0	401	+ 8,5	+ 6,7	+ 8
davon:							
Personalausgaben	132,1	140,6	149,5	161 ^{1/2}	+ 6,4	+ 6,3	+ 8
Sachaufwand ⁶⁾	59,0	63,4	68,9	75	+ 7,6	+ 8,6	+ 9
Laufende Übertragungen ⁷⁾	109,6	122,5	129,0	137	+11,8	+ 5,3	+ 6
Zinszahlungen	20,7	21,9	24,6	27 ^{1/2}	+ 6,3	+12,0	+11 ^{1/2}
Kapitalrechnung	74,1	83,4	92,7	101 ^{1/2}	+12,5	+11,2	+ 9 ^{1/2}
davon:							
Sachinvestitionen	43,2	48,4	52,8	60 ^{1/2}	+12,2	+ 9,1	+14 ^{1/2}
Vermögensübertragungen	20,7	23,5	26,0	27	+13,8	+10,7	+ 4 ^{1/2}
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	10,2	11,4	13,8	14	+12,0	+20,9	+ 1 ^{1/2}
Saldo im Verrechnungsverkehr ⁷⁾ .	- 0,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1 ^{1/2}	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) ⁴⁾	364,0	393,5	420,8	447	+ 8,1	+ 6,9	+ 6
Laufende Rechnung	352,8	380,3	406,7	432	+ 7,8	+ 7,0	+ 6
darunter: Steuern	299,1	319,1	342,9	363 ^{1/2}	+ 6,7	+ 7,4	+ 6
Kapitalrechnung	11,2	13,2	14,1	15	+18,2	+ 6,6	+ 6 ^{1/2}
Saldo der durchlaufenden Mittel .	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	x	x	x
Finanzierungssaldo	-31,2	-40,3	-46,1	-57	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote ⁸⁾	31,0	32,0	32,5	32,6	x	x	x
Steuerquote ⁹⁾	24,9	24,7	24,4	24,2	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	384,5	416,3	452,3	491	+ 8,3	+ 8,7	+ 8 ^{1/2}
Einnahmen	359,0	383,2	411,2	436 ^{1/2}	+ 6,7	+ 7,3	+ 6
davon:							
Steuern	313,7	331,3	355,2	376 ^{1/2}	+ 5,6	+ 7,2	+ 6
Sonstige Einnahmen	45,3	51,9	56,0	60	+14,6	+ 7,9	+ 7
Finanzierungssaldo	-25,5	-33,1	-41,1	-54 ^{1/2}	x	x	x

¹⁾ Bund. Lastenausgleichsfonds. ERP-Sondervermögen. EG-Anteile. Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.

²⁾ Schätzung nach Teilergebnissen.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser der Länder und Gemeinden.

⁵⁾ Einschließlich der Zahlung früher gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung; 1978: 1,5 Mrd DM, 1979: 1,5 Mrd DM, 1980: 1,5 Mrd DM.

⁶⁾ Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.

⁷⁾ Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.

⁸⁾ Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁹⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

trächtlich über der Staatsquote Ende der sechziger Jahre und sogar deutlich über dem hohen Niveau des Rezessionsjahres 1975¹⁾. Die Rückführung der Staatsquote in den Jahren 1976 und 1977 hat sich als nur vorübergehend erwiesen.

Steuerquote trotz Progressionswirkung rückläufig

219. Die Steuereinnahmen stiegen 1980 insgesamt um 6 vH auf etwa 363¹/₂ Mrd DM an und blieben damit hinter dem erwarteten Ergebnis zurück (Tabelle 33). Die konjunkturelle Dämpfung im Jahresverlauf spielte dafür ebenso eine Rolle wie die Folgen vielfältiger Steuerrechtsänderungen in der Vergangenheit. Einkommen, Umsätze und Verbrauch, also die Größen, an die die Steuerpflicht überwiegend anknüpft, und das Aufkommen aus den einzelnen Steuern zeigten eben wegen der Steuerrechtsänderungen einen weniger engen Zusammenhang als sonst. Die Steuerausfälle bei der Einkommensteuer der Veranlagten, bei der Körperschaftsteuer, bei der Lohnsummensteuer, bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sowie bei der Kraftfahrzeugsteuer waren etwas größer als die Mehreinnahmen

¹⁾ Dies gilt selbst dann, wenn man berücksichtigt, daß der Anstieg der Staatsquote von 1974 nach 1975 nicht nur durch hohe Mehrausgaben bedingt war, sondern auch durch die Umstellung des Familienlastenausgleichs von Kinderfreibeträgen auf Kindergeldzahlungen.

bei der Lohnsteuer. Die Steuerquote ging wie schon in den beiden vergangenen Jahren zurück; sie betrug 24,2 vH.

220. Den Steuerzahlern waren in den beiden letzten Jahren umfangreiche Entlastungen zugute gekommen, vor allem in Form einer zeitweiligen Entschärfung der Progressionswirkung bei der Einkommensteuer. In diesem Jahr war der progressive Steuertarif wieder annähernd voll wirksam. Bei der Lohnsteuer hat dies bei unverändertem Steuerrecht zur Folge, daß das Aufkommen doppelt so rasch zunimmt wie die Verdienste der Arbeitnehmer. Der Anstieg fiel denn auch mit fast 14¹/₂ vH entsprechend hoch aus, und dies, obwohl das Zusammenspiel verschiedener Steuerrechtsänderungen etwas Erleichterung brachte. Dazu gehörte zum einen die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages um 200 DM auf 600 DM je Arbeitnehmer, die an sich Bestandteil des Steuerentlastungsgesetzes für 1981 ist. Zum anderen waren im letzten Jahr die Möglichkeiten verbessert worden, verschiedene private Ausgaben wie Vorsorgeaufwendungen und Unterhaltskosten, vom Einkommen abzusetzen; sie wirkten sich im Steueraufkommen erstmals in diesem Jahr aus. Gleichwohl stieg die Lohnsteuerquote, also der Anteil des Lohnsteueraufkommens an der Summe aller Löhne und Gehälter, in diesem Jahr wieder kräftig an. Der Rückgang während der letzten beiden Jahre wurde dadurch größtenteils schon wieder ausgeglichen.

Tabelle 33

Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern¹⁾

Steuerart	1977	1978	1979	1980 ²⁾	1978	1979	1980 ²⁾
	Mrd DM				Veränderung in vH ³⁾		
Gesamtsteueraufkommen	299,5	319,1	342,8	363 ¹ / ₂	+ 6,5	+ 7,4	+ 6
Lohnsteuer	90,8	92,0	97,1	111	+ 1,3	+ 5,5	+ 14 ¹ / ₂
Veranlagte							
Einkommensteuer	35,5	37,4	37,6	36 ¹ / ₂	+ 5,4	+ 0,5	- 3
Körperschaftsteuer	16,8	19,8	22,9	22	+17,8	+15,6	- 4
Steuern vom Umsatz	62,7	73,3	84,2	92 ¹ / ₂	+16,9	+14,8	+10
Mineralölsteuer	19,2	20,5	21,1	21 ¹ / ₂	+ 6,8	+ 2,9	+ 1 ¹ / ₂
Tabaksteuer	9,8	10,5	10,7	11	+ 7,1	+ 1,9	+ 3
Branntweinabgaben	3,7	3,9	4,0	4	+ 5,4	+ 2,6	+ 1
Kraftfahrzeugsteuer	5,9	6,3	7,6	6 ¹ / ₂	+ 6,8	+20,6	-13
Gewerbesteuer ⁴⁾	23,0	24,0	25,1	26 ¹ / ₂	+ 4,3	+ 4,6	+ 5 ¹ / ₂
Nachrichtlich:							
Steuerquote ⁵⁾	24,9	24,7	24,4	24,2	x	x	x

¹⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen.

²⁾ Eigene Schätzung.

³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

⁴⁾ Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.

⁵⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

221. Trotz der progressionsbedingten Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer ging 1980 die gesamtwirtschaftliche Steuerquote leicht zurück. Dies lag vor allem an der Einkommensteuer der Veranlagten und an der Körperschaftsteuer. Die Einkommensteuer der Veranlagten zeigte zum ersten Mal seit vielen Jahren ein rückläufiges Aufkommen (–3 vH). Eine Rolle spielte dabei zum einen Teil, daß die Erstattungen an Steuerzahler, die Lohnsteuer gezahlt hatten, aber zur Einkommensteuer veranlagt wurden, beträchtlich zunahm; dies führte zu einer Verminderung des Aufkommens. Zum anderen Teil wirkten sich frühere Veränderungen des Steuerrechts, insbesondere Veränderungen des Steuertarifs, auf die Steuerzahlungen von Selbständigen und Unternehmen in diesem Jahr aus. Trotz hoher Gewinneinkommen in den Geschäftsjahren, die in diesem Jahr zur Veranlagung anstanden, ergaben sich daher nur geringe Abschlußzahlungen. Die Vorauszahlungen, die sonst eher hinter der Zunahme der Gewinneinkommen zurückbleiben, erwiesen sich jetzt im nachhinein als richtig, in manchen Fällen gar als zu hoch. Denn die Steuerrechtsänderungen, die früher in Kraft getreten waren, minderten die Steuerschuld; dies wird normalerweise bei den Vorauszahlungen in der Mehrzahl der Fälle nicht sofort berücksichtigt. Die geringe Höhe der Abschlußzahlungen in diesem Jahr hatte vermutlich wiederum Einfluß auf die Anpassung der Vorauszahlungen für 1980. Bei der Körperschaftsteuer blieb wegen beträchtlicher Rückgänge bei den Abschlußzahlungen und offensichtlich mäßiger Anhebung der Vorauszahlungen das Aufkommen hinter dem des Vorjahres zurück. Wegen der konjunkturellen Abschwächung haben offenbar viele Unternehmen ihre Vorauszahlungen herabsetzen lassen. Wir rechnen für dieses Jahr mit einem Rückgang von 4 vH.

222. *In diesem Jahr ist nach langen politischen Auseinandersetzungen die Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft neu geregelt worden. Eine Gesetzesänderung war dringlich, weil die bisherigen Sonderregelungen für die Landwirte mehr und mehr als ungerecht gegenüber anderen Steuerpflichtigen empfunden wurden und auch weil diese Form der Subventionierung als nicht durchsichtig genug und zu wenig gezielt angesehen wurde. Das Gesetz sieht für Landwirte drei Gruppen von Steuerpflichtigen vor, die sich in der Art der Gewinnermittlung unterscheiden: Für kleine Betriebe, deren landwirtschaftliche Flächen einen Einheitswert von 32 000 DM nicht überschreiten, wird der Gewinn wie bisher nach einem pauschalen Verfahren bestimmt. Oberhalb dieser Grenze ist in einer nächsten Gruppe eine Gewinnermittlung aufgrund einer einfachen Aufzeichnung der Einnahmen und Ausgaben vorgesehen. Erst wenn der auf diesem Wege ermittelte Gewinn 36 000 DM im Jahr übersteigt, wird ein Landwirt in die dritte Gruppe eingestuft; dann unterliegt er der allgemeinen Buchführungspflicht. Die „Mehrbelastung“ der Landwirtschaft infolge dieser Neuregelung, die außerdem einige Veränderungen bei den Abschreibungsregeln umfaßt, wird mit etwa 300 Mio DM pro Jahr veranschlagt. Die Gesetzesänderungen bleiben weit hinter den Empfehlungen der Kommission zur Begutachtung der Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft, aber auch noch hinter dem Regierungsentwurf zurück.*

223. Der Anstieg des Umsatzsteueraufkommens stand noch im Zeichen der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zum 1. Juli 1979. Deswegen und weil

Sondereffekte im Zusammenhang mit der Steuererhöhung im zweiten Halbjahr 1979 zu einem überhöhten Aufkommen geführt hatten, war, verglichen mit dem Anstieg des Sozialprodukts, für die ersten sechs Monate dieses Jahres mit einer hohen, danach mit einer niedrigen Zuwachsrate zu rechnen. Daß diese noch geringer als erwartet ausfiel, lag an der konjunkturellen Abschwächung während der letzten Monate des Jahres. Über das ganze Jahr gesehen flossen dem Staat 10 vH mehr Einnahmen zu als im vergangenen Jahr.

Das Aufkommen der speziellen Verbrauchsteuern nahm, da ihre Bemessungsgrundlage vorwiegend die Menge und nur zu einem kleinen Teil der Wert der besteuerten Güter ist, weniger zu als das der meisten anderen Steuern. So stiegen die Einnahmen aus der Tabaksteuer in diesem Jahr um etwas weniger als 3 vH, die Branntweinabgaben um 1 vH. Die Mineralölsteuer verzeichnete um 1¹/₂ vH höhere Erträge.

224. Die Umsatzsteuer und die Verbrauchsteuern standen im Vordergrund der Diskussion, als sich in diesem Jahr der Streit um die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern verschärfte. Anlaß dazu hatte die Verteilung der Mindereinnahmen und Mehrausgaben gegeben, die das Steuerentlastungsgesetz 1981 mit sich bringt. Weiterhin spielten Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Gemeinschaft eine Rolle, die der Bund zur Entlastung Großbritanniens übernommen hat. Die Verteilung der Umsatzsteuer ist nicht wie die Verteilung der Steuern vom Einkommen im Grundgesetz festgelegt, sondern kann durch ein einfaches Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, geändert werden. So soll es möglich werden, Verschiebungen im Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder im Rahmen des Steuerverbundes Rechnung zu tragen. Eine solche Revision steht im nächsten Jahr wieder an.

Öffentliche Defizite nochmals gestiegen

225. Der hohe Ausgabenanstieg läßt die öffentlichen Defizite in diesem Jahr um mehr als 11 Mrd DM auf 57 Mrd DM ansteigen. Der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegt mit 54¹/₂ Mrd DM nicht weit darunter.

Dem Bund könnte es bei entsprechender Ausgabenpolitik in den letzten Monaten des Jahres gelingen, mit einem Finanzierungssaldo von 28¹/₂ Mrd DM in der Nähe des letztjährigen Defizits zu bleiben. Da der geplante Ausgabenrahmen etwas überschritten wird und die Steuereinnahmen hinter den Haushaltsansätzen zurückbleiben, kann der veranschlagte Finanzierungssaldo von 24,7 Mrd DM allerdings nicht eingehalten werden. Bei den Ländern ist eine beträchtliche Ausweitung der Defizite zu erwarten. Im letzten Jahr hatten sie sich auf 14,6 Mrd DM belaufen, in diesem Jahr ist mit einem Betrag von rund 24 Mrd DM zu rechnen. Das Finanzierungsdefizit der Gemeinden (4¹/₂ Mrd DM) nimmt trotz expansiver Ausgabenpolitik nicht zu. Die ver-

änderte Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften brachte den Gemeinden Mehreinnahmen. Außerdem flossen ihnen mehr Zuweisungen zu.

226. Die Sozialversicherung konnte hingegen weitere Fortschritte bei der Konsolidierung ihrer Haushalte erzielen. Ihre Finanzierungsdefizite waren in den vergangenen Jahren beständig zurückgegangen. In diesem Jahr ist erstmals wieder ein Überschuß von 1¹/₂ Mrd DM zu verzeichnen. In den vergangenen Jahren hatte ein beträchtlicher Anstieg der Beschäftigung und der Einkommen für hohe Einnahmen gesorgt. Eine wesentliche Rolle hatte aber auch die Ausgabenentwicklung gespielt. Dem Einnahmewachstums von 7¹/₂ vH stand im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1980 eine Zunahme der Ausgaben von nur 6¹/₂ vH gegenüber. Dies geht auf das Hinausschieben der Rentenerhöhung im Jahre 1978 und auf die Abkoppelung der Rentenanpassung von der Entwicklung der Bruttolöhne zurück. Im Jahre 1979 wurden die Renten um 4,5 vH erhöht, in den Jahren 1980 und 1981 beträgt die Zuwachsrate jeweils 4 vH. Die Geldleistungen der Sozialversicherung nahmen von 1978 bis 1980 mit durchschnittlich 6 vH entsprechend langsam zu. Die Sachleistungen, insbesondere die der Krankenversicherungen, sind stärker angestiegen; die Ausgaben dafür haben sich seit dem letzten Jahr trotz des staatlichen Bemühens um Kostendämpfung im Gesundheitswesen wieder merklich beschleunigt. Bei der Bundesanstalt für Arbeit ergab sich trotz zunehmender Arbeitslosigkeit in diesem Jahr noch keine beträchtliche Ausweitung der Zahlungen an Arbeitslose. Das Defizit fällt mit 2 Mrd DM sogar geringer aus als zunächst veranschlagt; der Bund deckt dieses Defizit mit Zuschüssen im Umfang von 1¹/₂ Mrd DM ab.

Konjunktureller Impuls außerordentlich hoch

227. Die Höhe des Defizits von Bund, Ländern und Gemeinden und dessen Anstieg gegenüber dem Vorjahr gibt nur einen ersten und oftmals wenig zuverlässigen Anhaltspunkt dafür, welche Impulse vom staatlichen Finanzgebaren auf die konjunkturelle Entwicklung ausgegangen sind. Will man zu einem besseren Urteil darüber kommen, müssen die Einflüsse, die umgekehrt von der Konjunkturentwicklung auf die öffentlichen Haushalte wirken, vor allem auf die Steuereinnahmen, ausgeschaltet werden. Außerdem muß man berücksichtigen, daß der Staat im Prinzip ständig, also auch bei konjunktureller Normallage, einen Teil seiner Ausgaben durch Kredite finanzieren kann. In dem Maße, in welchem sich die Volkswirtschaft hieran gewöhnt hat, geht von dem kreditfinanzierten Teil der öffentlichen Ausgaben kein konjunkturell bedeutsamer Impuls aus.

Berücksichtigt man all dies, so wird sichtbar, daß das Bild, das man sich aufgrund des unbereinigten Defizits gemacht hat, in diesem Jahr nicht trägt. Das Volumen des öffentlichen Gesamthaushalts hat 1980 das, was wir konjunkturalneutrales Haushaltsvolumen nennen, sogar stärker übertroffen als in irgendeinem Jahr zuvor.

228. Die Berücksichtigung einer Normalverschuldung des Staates ebenso wie die Bereinigung des Haushalts von den wichtigsten Konjunkturlinien ist Gegenstand unserer Rechnungen nach dem Konzept des konjunkturalneutralen Haushalts. Verglichen wird dabei das tatsächliche Haushaltsvolumen eines Jahres mit dem fortgeschriebenen Haushalt einer langjährigen Bezugsbasis. Wir schreiben den Basishaushalt entsprechend dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials fort, dieses bewertet zu Preisen, aus denen ebenfalls aktuelle Konjunkturlinien nach Möglichkeit herausgehalten werden. Überdies wird berücksichtigt, in welchem Umfang Änderungen der steuerlichen Einnahmenregelungen Ausgabenpielraum schaffen oder einschränken.

Als konjunkturalneutrale Bezugsbasis, als Basis also, von der wir annehmen, daß sie bei entsprechender Fortschreibung das Finanzgebaren des Staates abbildet, an das die Volkswirtschaft „gewöhnlich“ ist, dient ein Haushaltsvolumen, ermittelt auf der Grundlage der Staatsquoten und der volkswirtschaftlichen Steuerquoten in den Jahren 1966 bis 1977. Wir haben die Gründe für diese Wahl und die Probleme, die sie ungelöst läßt, im vergangenen Jahr ausführlich dargelegt (JG 79 Ziffern 229 ff.). Die Tabellen 34 und 35 veranschaulichen in ihrem Aufbau den Gang der Rechnungen. Die methodischen Erläuterungen enthält Anhang IV, Abschnitt D.

229. Die für konjunkturbedeutsam zu haltende Komponente des Finanzierungsdefizits, der konjunkturelle Impuls, wuchs etwa ebenso stark wie das Finanzierungsdefizit im ganzen, nämlich um fast 13 Mrd DM auf nunmehr über 45 Mrd DM (alle Angaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen). Dem Betrage nach ist dies, wie erwähnt, mehr als in jedem anderen Jahr zuvor. Wenn man freilich, wie es sinnvoll ist, die Beträge, die in den einzelnen Jahren für den konjunkturellen Impuls des öffentlichen Haushalts stehen, ins Verhältnis setzt zu den wachsenden Angebotsmöglichkeiten der Wirtschaft, dem gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential also, ergibt sich für ein Jahr, allerdings nur für das Rezessionsjahr 1975, mit 3,2 vH ein noch höherer Wert als für 1980 (3 vH).

230. Für das Jahr 1979 weisen die Rechnungen einen Impuls von rund 33 Mrd DM aus. Dies sind etwa 10 Mrd DM mehr, als wir im Herbst letzten Jahres geschätzt hatten. Es hat sich im nachhinein herausgestellt, daß die Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften bedeutend expansiver ausfiel, als noch im Herbst zu erkennen war.

231. Bestimmend für den starken expansiven Impuls im Jahre 1980 war der rasche Anstieg der Staatsausgaben, vor allem der in den vergangenen drei Jahren. Mit 491 Mrd DM liegen diese 1980 um 65 Mrd DM höher, als im Vergleich zu der durchschnittlichen Staatsquote des Zeitraums von 1966 bis 1977 konjunkturalneutral gewesen wäre. Allein in den letzten drei Jahren haben sie um rund 35 Mrd DM, das heißt um fast 10 vH stärker zugenommen, als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential gewachsen ist. Nur zu knapp einem Achtel, rund 8 Mrd DM, ist der überproportionale Anstieg von 65 Mrd DM durch eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote gedeckt. Zeitweise war die Steuerquote zwar viel kräftiger gestiegen. Der Widerstand hingegen erwies sich jedoch als zu groß. Wie erwähnt haben zahlreiche Steuerrechtsänderungen seit 1975 den Anstieg zu einem erheblichen Teil wieder

Tabelle 34

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht¹⁾

Mrd DM

	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ²⁾	1979 ²⁾	1980 ³⁾
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen ⁴⁾	937,7	1 036,8	1 138,8	1 204,5	1 276,2	1 354,6	1 436,0	1 545,2
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr ⁵⁾	919,4	1 018,6	1 120,1	1 213,9	1 272,5	1 335,9	1 417,3	1 521,8
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum ⁶⁾	239,5	273,6	304,1	333,3	353,0	373,8	396,5	425,8
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials ¹⁾	894,1	990,6	1 089,3	1 180,5	1 237,5	1 299,1	1 378,3	1 480,0
(5) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum ⁶⁾	210,6	238,2	262,7	285,4	300,0	317,7	337,1	362,0
(6) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr ⁸⁾	225,8	248,9	263,7	295,9	323,3	332,7	348,7	370,1
(6a) nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ¹⁾ ohne konjunkturpolitische Sondersteuern	232,4	248,0	250,5	282,0	313,7	331,3	355,2	376,5
(6b) nachrichtlich: konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+ 1,8	+ 2,6	- 0,1	- 4,2	- 3,7	- 1,2	- 0,5	+ 0,0
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) / (5)	+ 15,2	+ 10,8	+ 1,0	+ 10,5	+ 23,4	+ 15,0	+ 11,6	+ 8,1
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“	+ 6,4	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,7	+ 5,7	+ 9,1	+ 10,8	+ 11,5
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	261,2	289,2	307,8	347,5	382,0	397,9	418,9	445,4
(10) Tatsächliche Staatsausgaben ¹⁾ ⁹⁾ ..	268,5	303,8	343,7	359,8	380,8	414,9	451,8	491,0
(11) Konjunktureller Impuls ¹⁰⁾ (10) / (9)	+ 7,3	+ 14,6	+ 35,9	+ 12,3	- 1,2	+ 17,0	+ 32,9	+ 45,6
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	- 2,5	+ 7,2	+ 21,4	- 23,6	- 13,5	+ 18,3	+ 15,8	+ 12,7
(13) nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (11) / (6b)	+ 5,5	+ 12,0	+ 36,0	+ 16,5	+ 2,5	+ 18,2	+ 33,4	+ 45,6
(14) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... ¹⁾ ..	+ 2,8	+ 10,0	+ 31,4	+ 14,7	- 2,2	+ 12,2	+ 28,1	+ 39,7

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang IV, Abschnitt D. – Differenzen in den Summen durch Rundung.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

⁵⁾ Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

⁶⁾ Bis 1973: Quote des Jahres 1966; 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.

noch Tabelle 34

		1973	1974	1975	1976	1977	1978 ²⁾	1979 ²⁾	1980 ³⁾
Zum Vorjahresvergleich		vH							
Steigerungsrate									
(a)	der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 12,2	+ 13,1	+ 13,1	+ 4,7	+ 5,8	+ 9,0	+ 8,9	+ 8,7
(b)	des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	+ 9,1	+ 7,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 6,2	+ 4,5	+ 1,0	- 1,4
Bestimmungsfaktoren von (b) ¹²⁾									
(c)	Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	+ 4,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4
(d)	„Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5
(e)	Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (15) von der des jeweiligen Vorjahres	+ 2,1	- 0,5	- 3,3	+ 3,0	+ 3,7	- 1,8	- 1,0	- 0,9
(f)	Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres	+ 0,4	+ 0,3	- 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0
(g)	Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (19) von der konjunkturneutralen (16) im jeweiligen Vorjahr	- 1,8	- 0,8	- 3,2	- 9,8	- 4,3	+ 0,6	- 2,8	- 6,4
(15)	Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	25,26	25,13	24,21	25,07	26,13	25,61	25,30	25,01
(16)	Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	28,41	28,40	27,48	28,63	30,02	29,78	29,56	29,27
(17)	Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	29,20	29,83	30,69	29,64	29,93	31,06	31,88	32,26
(18)	Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): $(17) \times (16)$	+ 0,80	+ 1,43	+ 3,21	+ 1,01	- 0,10	+ 1,27	+ 2,32	+ 3,00
(19)	Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	28,64	29,30	30,18	29,87	29,84	30,63	31,46	31,78

⁷⁾ Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.

⁸⁾ Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem“ Preisanstieg ergäbe.

⁹⁾ Von den in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Staatsausgaben wird die Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (Zeile 6 b) abgezogen.

¹⁰⁾ Expansiv: +; kontraktiv: -.

¹¹⁾ Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang IV, Abschnitt D).

¹²⁾ (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang IV, Abschnitt D). In den Jahren 1974 bis 1978 weicht (b) von dem ab, was den Komponenten (c) bis (g) entspricht, weil die in diesen Jahren als Basis zugrunde gelegten Quoten jeweils von unterschiedlichen Zeiträumen bestimmt sind.

Tabelle 35

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mrd DM

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme ²⁾	-4,5	- 5,5	- 7,8	-10,8	-13,4	-13,5	-14,3	-15,3
(b) Auslastungsbedingte Steuer-mehreinnahmen bzw. -minder-einnahmen ³⁾	+2,0	- 5,3	-17,3	-11,7	-10,6	- 6,0	+ 1,9	+ 0,7
(c) Inflationsbedingte Steuer-mehreinnahmen ⁴⁾	+4,5	+ 4,4	+ 4,1	- 2,2	+ 0,9	+ 4,6	+ 4,6	+ 5,7
I. (a) bis (c) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo ⁵⁾ (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	+2,0	- 6,4	-21,0	-24,7	-23,0	-14,9	- 7,7	- 8,9
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	-5,3	-21,0	-56,9	-37,0	-21,8	-31,9	-40,6	-54,5
IIa. Tatsächlicher Finanzierungssaldo einschließlich konjunkturpolitischer Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	-3,5	-18,4	-57,0	-41,2	-25,5	-33,1	-41,1	-54,5
I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: -)	+7,3	+14,6	+35,9	+12,3	- 1,2	+17,0	+32,9	+45,6
I. / IIa. Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+5,5	+12,0	+36,0	+16,5	+ 2,5	+18,2	+33,4	+45,6

¹⁾ Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D.²⁾ Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basiszeitraum, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, und mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.³⁾ Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen“ Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.⁴⁾ Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale“ Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen“ abweichen kann.⁵⁾ Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

rückgängig gemacht. Etwas stärker als durch die Erhöhung der Steuerquote wurde die Finanzierung der Ausgabenexpansion durch die kräftige Zunahme der sonstigen öffentlichen Einnahmen erleichtert. Sie sind derzeit um mehr als 11 Mrd DM höher, als einem gegenüber dem Basiszeitraum unveränderten Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen entsprochen hätte.

Insgesamt wären also 1980 Ausgaben konjunkturneutral finanzierbar gewesen (konjunkturneutrales Haushaltsvolumen), die um rund 20 Mrd DM über den Ausgaben bei einer gegenüber dem Basiszeit-

raum unveränderten Staatsquote gelegen hätten. Tatsächlich lagen sie aber um etwa 65 Mrd DM darüber. Die Differenz ist wiederum der Betrag, der für den konjunkturellen Impuls steht.

232. Überraschen mag, daß der hierfür ausgewiesene Betrag nur um knapp 9 Mrd DM niedriger ist als das Finanzierungssdefizit im ganzen, soll doch die öffentliche Hand auch bei konjunkturneutraler Haushaltspolitik einen Teil ihrer Ausgaben durch Kredite finanzieren dürfen, ohne daß dadurch konjunkturelle Impulse ausgelöst werden. Man muß freilich sehen, daß der Staat 1980 inflationsbedingt

fast 6 Mrd DM an zusätzlichen Steuereinnahmen hatte, die bei konjunkturneutraler Haushaltsführung nicht Basis zusätzlicher Ausgaben sein können, sondern zur Minderung der im übrigen für konjunkturneutral zu haltenden Verschuldung führen müssen, gegebenenfalls auch zur Schuldentilgung. Dies ist nichts anderes als der Gegenfall zur Inkaufnahme erhöhter Defizite in der Rezession, wenn die Steuereinnahmen hinter dem zurückbleiben, was bei Vollbeschäftigung aufkommen würde.

Gewerbsteuer: Verhalten der Gemeinden umstritten

233. Zu Beginn des Jahres traten eine Reihe von Steuerrechtsänderungen in Kraft, darunter die Abschaffung der Lohnsummensteuer. Die Einnahmeausfälle, die sich dadurch bei den Gemeinden einstellten, wurden über die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 vH auf 15 vH und über die Kürzung der Gewerbesteuerumlage, die je zur Hälfte Bund und Ländern zufließt, um ein Drittel ausgeglichen. Die Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben hatten, sollten die ihnen zufließenden Mehreinnahmen dazu verwenden, die ortsansässigen Betriebe über eine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze zu entlasten. Das geschah in einigen Fällen überhaupt nicht, in den meisten Fällen nur zu einem mehr oder minder großen Teil. Nun mögen Gemeinden aus achtbaren Gründen für zusätzliche Ausgaben mehr Steuern benötigen oder auf diese Weise Einnahmeausfälle an

anderer Stelle auszugleichen haben. Das hätte jedoch nicht einfach in der Form geschehen sollen, daß die Entlastung nicht oder nur zum Teil weitergegeben wird. Wegen mehr Klarheit in der Haushaltspolitik und damit besserer Information für die Bürger wäre es wohl besser gewesen, diese Entscheidungen nicht zu vermischen.

234. Ähnlich wie in den Jahren 1969/70, nur dieses Mal mit umgekehrtem Vorzeichen, kam es offenbar auch 1979/80 wieder zu Verschiebungen der Gewerbesteuerzahlungen über die Jahre. Soweit diese Zahlungen nämlich aus dem Jahre 1979 in das Jahr 1980 verlagert wurden, entstanden bei den Gemeinden zu Lasten von Bund und Ländern Mehreinnahmen, weil die Gewerbesteuerumlage zum 1. Januar 1980 um ein Drittel gesenkt wurde. Es ist uns nicht bekannt, in welchem Umfang das geschehen ist und wie weit Gemeinden dabei mitgewirkt haben. Daß es dazu gekommen ist, scheint jedoch sicher zu sein.

Neue steuerpolitische Entscheidungen

235. Im Juli dieses Jahres beendete ein Kompromiß den Streit um das Steuerentlastungsgesetz 1981. Das vorgesehene Paket von Maßnahmen umfaßt sowohl Steuererleichterungen als auch eine Ausweitung sozialer Leistungen, insbesondere des Kindergeldes und des Wohngeldes (Tabelle 36).

Das Kernstück des Steuerentlastungsgesetzes sind die Änderungen am Einkommensteuertarif, die am

Tabelle 36

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1979	
14. Dezember	Der Bundeshaushalt 1980 wird erstmals vor Beginn der Rechnungsperiode vom Bundestag verabschiedet. Den Ausgaben im Umfang von 214,5 Mrd DM (+ 5,5 vH) stehen Einnahmen von 190,3 Mrd DM (+ 7,2 vH) gegenüber; der Finanzierungssaldo beträgt 24,3 Mrd DM.
17. Dezember	Der Wissenschaftliche Beirat beim BMF überreicht eine Stellungnahme zur Steuervereinfachung.
1980	
1. Januar	Mehrere steuerliche Erleichterungen, die im Jahre 1978 beschlossen wurden, treten in Kraft: <ul style="list-style-type: none"> — Anhebung des Vorwegabzugs von Sonderausgaben bei der Lohn-Einkommensteuer von bisher 1 500/3 000 DM auf 2 500/5 000 DM (Ledige/Verheiratete) — Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastungen bei der Lohn-Einkommensteuer bis zu 600 DM je Kind (bis zum 18. Lebensjahr) und Elternteil — Abschaffung der Lohnsummensteuer, die bisher in etwa 800 Gemeinden erhoben wurde und von der ca. 13 vH der Betriebe betroffen waren — Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer von 24 000 DM auf 36 000 DM — Einführung einer Freigrenze von 5 000 DM bei der Gewerbeertragsteuer für Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Körperschaften. Das Entlastungsvolumen aller Maßnahmen zusammen beträgt etwa 5 Mrd DM. Das Umsatzsteuer-Gesetz 1980 tritt in Kraft.
20. Februar	Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1981. Vorgeesehen sind für den Zeitraum von Ende 1980 bis 1982 Steuererleichterungen und Leistungsverbesserungen im Umfang von insgesamt 17,5 Mrd DM; davon entfallen auf das Jahr 1980 noch rund 1 Mrd DM und auf das Jahr 1981 rund 11,5 Mrd DM.

noch Tabelle 36

Datum	
1980	
11.—13. März	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ revidiert in der ersten Sitzung im laufenden Jahr seine Schätzung vom Herbst 1979 für die Steuereinnahmen 1980 um 2 Mrd DM nach unten. Insgesamt werden jetzt 365,9 Mrd DM erwartet, das sind 6,6 vH mehr als im Jahre 1979. Die Steuerquote wird deshalb annähernd konstant bleiben und 24,58 vH betragen. Während die Steuerquote bei geltendem Recht auch im Jahre 1981 nicht ansteigen wird, ergibt sich für die Jahre 1982 bis 1984 eine rasche Zunahme auf 25,34 vH im Endjahr der Finanzplanung.
21. März	Der Finanzplanungsrat berät erste volks- und finanzwirtschaftliche Annahmen für die Aufstellung der Haushaltsentwürfe 1981 und für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzpläne bis 1984. Er empfiehlt, die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1981 unter Berücksichtigung des Steuerpaketes 1980/81 nicht über diejenige des laufenden Jahres ansteigen zu lassen.
30. April	Das Bundeskabinett verabschiedet den Nachtrag zum Bundeshaushalt 1980. Die Neuansforderungen von 1,8 Mrd DM infolge der Türkei-Hilfe, höherer Verteidigungsausgaben und der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst sowie der Steuerausfälle wegen der Erhöhung des Weihnachtstfreibetrages werden durch Ausgabenkürzungen, Umschichtungen und Verwaltungsmehreinnahmen gedeckt. Die Gesamtausgaben betragen nun 214,5 Mrd DM. Wegen der nach unten revidierten Steuerschätzung erhöht sich die Nettokreditaufnahme um 1,4 Mrd DM auf 25,7 Mrd DM.
19.—21. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ überprüft die Ergebnisse der März-Sitzung. Im wesentlichen infolge veränderter gesamtwirtschaftlicher Annahmen werden nunmehr insgesamt 367,8 Mrd DM an Steuereinnahmen für 1980 erwartet; das sind 1,9 Mrd DM mehr als bei der Schätzung im März. Der Anstieg der Steuereinnahmen beträgt nun 7,3 vH gegenüber den Ist-Einnahmen des Jahres 1979. Dies ergibt einen leichten Anstieg der Steuerquote gegenüber 1979 auf 24,62 vH. Diese Schätzergebnisse enthalten erstmals die erwarteten Steuerausfälle wegen der Erhöhung des Weihnachtstfreibetrages, die ab 1980 gelten soll.
30. Mai	Die Außenminister der EG einigen sich auf eine Verringerung des britischen Beitrages zum EG-Budget um rund 3,6 Mrd DM im Jahre 1980 und um 4,3 Mrd DM im Jahre 1981. Für die Bundesrepublik bedeutet diese Umverteilung von Finanzierungslasten Mehrausgaben von insgesamt 2,5 Mrd DM in den Haushaltsjahren 1980/81.
4. Juni	Das Bundeskabinett stimmt den Brüsseler Beschlüssen zu und beschließt Deckungsvorschläge. Danach können die Mehrausgaben zum geringen Teil aus dem Bundeshaushalt 1980 finanziert werden, ohne daß die Nettokreditaufnahme erhöht werden muß. Überwiegend fallen die Mehrbelastungen im Bundeshaushalt 1981 an (rund 1,8 Mrd DM). Da die Bundesregierung entschlossen ist, die in der Finanzplanung für 1981 veranschlagte Nettokreditaufnahme von 27 Mrd DM nicht zu erhöhen, werden zur Finanzierung eine Neuverteilung der Umsatzsteueranteile angestrebt oder — sollte dies nicht erreichbar sein — eine Erhöhung der Mineralölsteuer und der Branntweinabgaben.
12. Juni	Der Bundestag stimmt einem Kompromißvorschlag des Vermittlungsausschusses zur Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft zu. Der Bundestag beschließt die „Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes und anderer Gesetze“, aufgrund derer die Möglichkeit, Verluste mit anderen Einkünften zu verrechnen, bei beschränkt haftenden Unternehmen grundsätzlich auf den Haftungsbetrag begrenzt wird. Zudem enthalten die Änderungen ergänzende Regelungen zur Anrechnung von Körperschaftsteuer. Der Haushaltsausschuß beschließt den Nachtrag zum Bundeshaushalt 1980; der Regierungsentwurf erfährt dabei geringfügige Änderungen. Die Berücksichtigung der Ergebnisse der Steuerschätzungen vom Mai ergibt nun wieder die vordem im Bundeshaushalt veranschlagte Nettokreditaufnahme von 24,2 Mrd DM.
3. Juli	Im Vermittlungsausschuß wird ein Kompromiß zum Steuerentlastungsgesetz 1981 erzielt: Einkommensteuer: Schon im Jahre 1980 wird der Weihnachtstfreibetrag um 200 DM auf 600 DM erhöht. Von 1981 an wird die Proportionalzone von 16 000/32 000 DM auf 18 000/36 000 DM verlängert; der Tariffreibetrag wird in den Grundfreibetrag eingearbeitet, der von 3 690/7 380 DM auf 4 212/8 424 DM angehoben wird; bis zu einem Einkommen von 60 000/120 000 DM wird der Progressionsanstieg gemildert. Außerdem wird die Anerkennung der Kinderbetreuungskosten bundeseinheitlich geregelt. Von 1982 an werden die Sonderausgaben-Höchstbeträge um 240/480 DM auf 2 340/4 680 DM erhöht; der steuerliche Vorwegabzug für Vorsorgeaufwendungen wird um 500/1 000 DM auf 2 500/5 000 DM angehoben, ebenso der Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern um 1 200 DM auf 4 200 DM. Wohngeld: Von 1981 an wird das Wohngeld erhöht, wobei insbesondere die kinderbezogenen Geldleistungen verbessert werden. Kindergeld: Vom 1. Februar 1981 an wird das Kindergeld für das zweite Kind um 20 DM monatlich erhöht; für das dritte und jedes weitere Kind beträgt die Erhöhung 40 DM. Insgesamt werden die öffentlichen Haushalte im Jahre 1981 mit Steuerausfällen und Mehrausgaben im Umfang von 11,8 Mrd DM belastet; 1982 nimmt diese Belastung auf 15,9 Mrd DM und 1983 auf 19,8 Mrd DM zu.

1. Januar 1981 in Kraft treten werden. Danach ist eine Ausweitung der Proportionalzone von 16 000 DM für Ledige und 32 000 DM für Verheiratete auf 18 000/36 000 DM vorgesehen; der Tariffreibetrag wird in den Grundfreibetrag eingearbeitet, der dann 4 212/8 424 DM betragen wird. Die Verlängerung der Proportionalzone wird zu einem steileren Verlauf der direkten Progression führen. Dies ergibt sich zwangsläufig daraus, daß der Spitzensteuersatz von 56 vH und das Einkommen, von dem ab dieser gilt (130 000/260 000 DM), unverändert geblieben sind, während für den unteren Teil der Progressionskurve, nämlich bis zu einem Einkommen von 60 000/120 000 DM, ein flacherer Verlauf als bisher festgelegt wurde.

Umstritten waren die Einführung eines sogenannten Kindergrundfreibetrages und die Abschaffung der 1978 eingeführten Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für die Kinderbetreuung. Über die Einführung des Kindergrundfreibetrages kam keine Einigung zustande. Statt dessen wurde das Kindergeld für das zweite und alle weiteren Kinder ab 1. Februar 1981 um 20 DM beziehungsweise 40 DM erhöht. Die Länder erklärten sich bereit, bis zum Inkrafttreten der Neuregelung über die Umsatzsteuerverteilung (1981) die Mehrausgaben zur Hälfte, das

sind rund 1 Mrd DM, zu übernehmen. Der Kinderbetreuungsbetrag blieb dagegen erhalten; im strittigen Punkt der Nachweispflicht wurde ein Kompromiß erzielt, wonach bis zum Betrage von jährlich 600 DM je Kind Aufwendungen für die Kinderbetreuung ohne Nachprüfung anerkannt werden.

Insgesamt entlasten die Maßnahmen die Steuerzahler im Jahre 1981 um mehr als 9 Mrd DM; in den darauffolgenden Jahren nimmt die Entlastung auf 13 Mrd DM (1982) beziehungsweise 17 Mrd DM (1983) zu, nicht zuletzt weil die Maßnahmen zeitlich gestaffelt in Kraft treten. Überdies werden vom nächsten Jahr an das Wohngeld und das Kindergeld erhöht. Den Empfängern solcher Leistungen fließen dadurch im Jahre 1981 etwa 2¹/₂ Mrd DM und 1982 etwa 3 Mrd DM mehr zu als bisher.

236. Noch im Herbst sind Entscheidungen über Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern vorbereitet worden. Vom 1. April 1981 an soll die Mineralölsteuer um 7 Pfennige je Liter Motorenbenzin und um 3 Pfennige je Liter Dieselmotorenkraftstoff erhöht, die Branntweinabgabe um 300 DM je Hektoliter angehoben werden. Dem Bund würden daraus im nächsten Jahr Mehreinnahmen von rund 2¹/₂ Mrd DM zufließen, in den Folgejahren etwa 3¹/₂ Mrd DM.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussichtliche Entwicklung

237. Bei unserer Vorausschau auf das Jahr 1981 gehen wir davon aus, daß es die Grundlinie der Wirtschaftspolitik ist, mehr Wachstum und mehr Stabilität zugleich möglich zu machen. Es ist allerdings nicht leicht, den Kurs der Geldpolitik und der Finanzpolitik konkret zu beschreiben. Unserer Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die Geldpolitik setzt sich das Ziel, die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate auszuweiten, die dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung des für unvermeidlich zu haltenden Preisanstiegs entspricht (Ziffer 312). Wir gehen davon aus, daß sie dieses Ziel auch dann erreichen kann, wenn die außenwirtschaftlichen Bedingungen ungünstig bleiben. Inwieweit dies der Fall sein wird, ist schwer abzuschätzen. Wir sehen uns jedenfalls nicht im Stande, eine Zins- und Wechselkursprognose zu geben. Wir haben uns daher für folgende Arbeitshypothese entschieden: Der Wechselkurs der D-Mark steigt über kurz oder lang wieder, aber zunächst nicht so stark, wie das Kosten- und Preisgefälle zum Ausland zunimmt. Es kommt also fürs erste zu einer realen Abwertung. Erst im Jahresverlauf zeigt sich dann, so unsere Erwartung, eine deutliche Aufwertungstendenz, durch die die vorangegangene reale Abwertung zurückgebildet wird. Auf's ganze Jahr gesehen gehen wir von einer unveränderten realen Bewertung der D-Mark aus.
- Die Finanzpolitik wird sich im wesentlichen an die Empfehlungen des Finanzplanungsrates halten, den Ausgabenanstieg der öffentlichen Haushalte auf 4 vH zu begrenzen. Allerdings bedarf es dazu großer Anstrengungen, die vermutlich nicht alle Gebietskörperschaften auf sich nehmen wollen oder können. Wir erwarten deshalb, daß die durchschnittliche Steigerungsrate darüber liegt. Für den konjunkturellen Impuls der Haushalte der Gebietskörperschaften steht nach unserer Rechnung ein Betrag von annähernd 40 Mrd DM. Er muß zunächst als eine grobe Schätzgröße angesehen werden, da bislang nicht alle finanzpolitischen Entscheidungen, die sich darin widerspiegeln, festgeschrieben sind.

238. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf dem Mineralölmarkt ist unverändert groß. Es ist nicht möglich, eine einigermaßen sichere Aussage darüber zu machen, welche Mengen an Mineralöl im nächsten Jahr zur Verfügung stehen, und vor allem, welche Preise dafür zu zahlen sein werden.

Brauchte man sich nur an die wirtschaftlichen Fakten zu halten, so spräche eigentlich mehr für einen stabilen oder kurzfristig sogar sinkenden als für einen steigenden Ölpreis: Bei der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung wird der Ölverbrauch in

der Welt voraussichtlich nur wenig zunehmen; überdies sind die Vorratslager allenthalben gut gefüllt.

Das Geschehen an den Ölmärkten ist jedoch in den vergangenen Jahren nicht in erster Linie von voraussehbaren ökonomischen Faktoren bestimmt gewesen, sondern von Ereignissen, die viel weniger oder die überhaupt nicht kalkulierbar waren. Dies kann im nächsten Jahr durchaus wieder so sein. Falls der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran anhalten oder sogar auf andere Golfstaaten übergreifen sollte, wären ernste Versorgungsprobleme und neue starke Preissteigerungen nicht auszuschließen.

Wir haben uns im folgenden für eine mittlere Variante entschieden, nämlich, daß eine ausreichende Versorgung mit Mineralöl und Mineralölprodukten im nächsten Jahr sichergestellt werden kann und daß die Preise für Rohöl nicht nennenswert stärker steigen werden als die Preise für Industriegüter in der Welt (unveränderter realer Ölpreis). Käme es entgegen dieser Annahme zu einem neuerlichen Preisschub, wären die Perspektiven für die Weltwirtschaft im ganzen und damit auch für die deutsche Wirtschaft wesentlich ungünstiger einzuschätzen.

239. Das Problem einer gesicherten Ölversorgung zu tragbaren Preisen ist freilich nur eines von mehreren Risiken, unter denen unsere Prognose steht, und es ist vielleicht nicht einmal das größte. In einer Zeit wachsender weltpolitischer Spannungen ist vieles unberechenbar geworden, was an Annahmen explizit oder implizit in die Prognose eingeht. Es ist durchaus möglich, und es wäre auch nicht das erste Mal, daß wir uns über kurz oder lang vor ganz andere oder vor zusätzliche Probleme gestellt sehen, als sie uns bei der Abfassung des Gutachtens beschäftigt haben. Es gehörte dann zu unserem Auftrag, nach neuen Lösungen zu suchen, die zu der veränderten Situation passen.

Es ist jedoch nicht Aufgabe einer Prognose, alle Entwicklungen zu beschreiben, die denkbar sind, sondern nur diejenige Entwicklung, die man für am wahrscheinlichsten halten kann. Auch im Hinblick auf die weltpolitische Situation gilt: Nicht alles was denkbar erscheint, ist gleichermaßen wahrscheinlich. Jedenfalls sehen wir keinen Sinn darin, derzeit beispielsweise ein Szenario zu beschreiben unter der Annahme, der Ölstrom aus den Golfstaaten werde abrupt unterbrochen. Dies schließt keinesfalls aus, daß man Überlegungen darüber anstellt, wie in einem solchen Fall die Versorgungs- und Verteilungsprobleme gelöst werden können.

240. Wie in früheren Gutachten bringen wir auch diesmal wieder eine quantitative Vorausschätzung in der Form der Volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

nungen. Sie zeigt auf der Basis von Jahres- und Halbjahreswerten die Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts und deren Veränderungsrate gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wir haben an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, daß der Vorjahresvergleich nicht unproblematisch ist (Ziffer 129). Er ist häufig nicht in der Lage, die aktuelle Entwicklung abzubilden; vor allem dann nicht, wenn in der Referenzperiode, den letzten zwölf Monaten, Sonderfaktoren wirksam waren, die sich ein Jahr später nicht wiederholen (Basisseffekt). Noch schwieriger ist der Vorjahresvergleich anhand von Jahresdurchschnittswerten zu interpretieren. Es wird hier die Entwicklung im Durchschnitt eines Jahres mit der Entwicklung im Durchschnitt eines anderen Jahres verglichen. Es werden also gemittelte Beobachtungen aus jeweils 12 Monaten zueinander in Beziehung gesetzt.

Bei der Präsentation unserer Vorausschätzung stellt sich das Problem diesmal in besonderer Weise: Viele Komponenten des Sozialprodukts zeigen für das 2. Halbjahr 1980 eine rückläufige und für das 2. Halbjahr 1981 — jedenfalls nach den Annahmen unserer Prognose — eine wieder aufwärts gerichtete Entwicklung. Bei der Gegenüberstellung der beiden Jahresdurchschnittswerte für 1980 und 1981 kommt diese gegenläufige Bewegung in der Regel nicht angemessen zum Ausdruck. Hier ergibt sich häufig für das Jahr 1981 eine Jahresrate in der Nähe von plus/minus Null. Sie suggeriert dem Betrachter Stagnation. In Wirklichkeit steht hinter dieser Rate eine mehr oder weniger deutliche Aufwärtsbewegung in der Zukunft, die eine gleich große Abwärtsbewegung in der Vergangenheit gerade ausgleicht. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß Veränderungsra-

ten im Vorjahresvergleich meistens einen Nachlauf gegenüber der aktuellen Entwicklung haben.

Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, haben wir in einer schematischen Darstellung zu zeigen versucht, welche Entwicklung sich hinter einer Veränderungsrate im Vorjahresvergleich von plus/minus Null verbergen kann (Schaubild 39).

I. Die voraussichtliche Entwicklung der Konjunktur im Ausland

241. Die Weltwirtschaft befindet sich in einem schwierigen Anpassungsprozeß. Seit einem halben Jahr überwiegen die rezessiven Einflüsse, die der erneute Ölpreisschub und der weltweite wirtschaftspolitische Stabilisierungskurs ausgelöst haben. Der Kaufkraftentzug durch die Ölförderländer und der spürbare Zinsanstieg trafen vor allem den privaten Verbrauch und den Wohnungsbau. Die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen kam zwar in Gang, wie die Investitionen in neue Produktionsanlagen zeigen; sie kam jedoch nicht so voran, daß sie die deutlichen Abschwächungstendenzen ausgleichen konnte. Dämpfend kam hinzu, daß Läger abgebaut wurden.

Eine Wende ist erst für später in Sicht. Dies gilt vor allem für die europäischen Länder. In Japan, wo die Konjunktur ebenfalls deutlich an Fahrt verloren hat, sind geringere Anpassungsprobleme zu erwarten. In den Vereinigten Staaten scheint die Wirtschaft nach dem ausgeprägten Konjunkturreinbruch inzwischen zwar wieder Tritt gefaßt zu haben; angesichts ungelöster Stabilisierungsprobleme ist die Gefahr eines erneuten Rückschlags aber noch nicht gebannt.

242. Im ganzen ist für das kommende Jahr nur mit einer allmählichen Besserung der Wirtschaftslage in den Industrieländern zu rechnen. Das reale Sozialprodukt dürfte um nicht mehr als 1 vH höher sein als 1980 (Tabelle 37). In den europäischen Ländern dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht über die des laufenden Jahres hinausgehen, da sie im Verlauf des nächsten Jahres voraussichtlich um nicht mehr steigen wird, als sie im Jahresverlauf 1980 zurückgegangen ist. Damit steht ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit bevor. Bei einer verhaltenen Zunahme der Nachfrage und einem weiterhin stabilitätsorientierten Kurs der Wirtschaftspolitik zeichnet sich eine merkliche Verlangsamung des noch immer hohen Inflationstempos ab. Die Zahlungsbilanzsituation der großen OECD-Länder dürfte sich deutlich verbessern; in den kleineren Ländern werden die Leistungsbilanzdefizite jedoch hoch bleiben.

243. Von der Wirtschaftspolitik sind fürs erste keine großen konjunkturellen Hilfen zu erwarten.

Die Haushaltsentwürfe für 1981 stehen allenthalben im Zeichen anhaltender Stabilisierungsanstrengungen. Sieht man davon ab, daß konjunkturbedingte Einnahmehausfälle zu einem Anstieg der öffentlichen Neuverschuldung führen, so kommt in den fi-

Schaubild 39

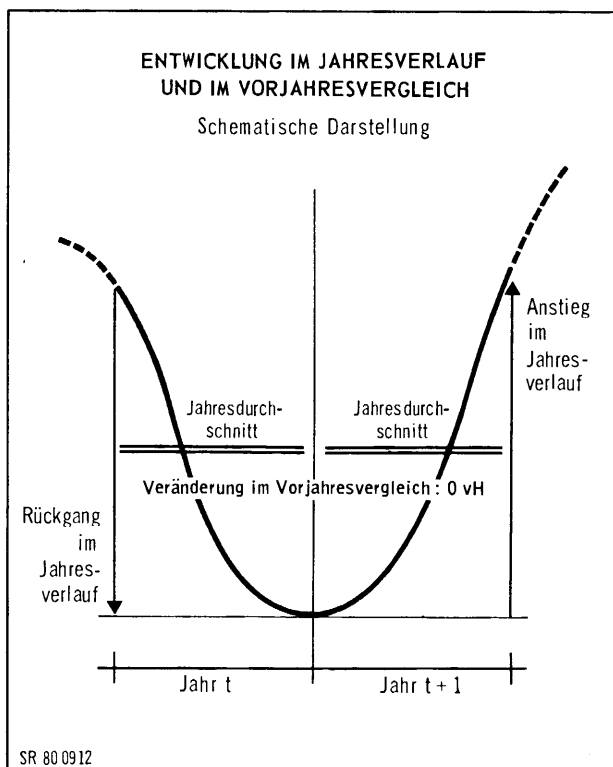


Tabelle 37

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am		Brutto-sozialprodukt (real) ²⁾		Wareneinfuhr (Volumen) ²⁾		Verbraucherpreise ²⁾ 4)	
	Brutto-sozialprodukt ¹⁾ der OECD-Länder	Export der Bundesrepublik Deutschland						
	1979		1980	1981	1980	1981	1980	1981
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Bundesrepublik Deutschland	11,1	×	+2	+ 1/2	+6 1/2	+0	+ 5 1/2	+ 4
Belgien	1,7	8,5	+1 1/2	+1	+3 1/2	+ 1/2	+ 6 1/2	+ 7
Dänemark	1,0	2,2	- 1/2	±0	-3 1/2	+1	+13 1/2	+ 9 1/2
Frankreich	8,4	12,7	+2	+1	+6	-1	+13 1/2	+11 1/2
Großbritannien	5,9	6,7	-2 1/2	-1 1/2	-3	+1 1/2	+16	+13
Irland	0,2	0,4	+1 1/2	+2	-4 1/2	+3	+18	+13 1/2
Italien	4,7	7,8	+4	-1	+5 1/2	-1	+21	+17
Niederlande	2,2	10,0	+ 1/2	±0	+2	±0	+ 6 1/2	+ 6
EG-Länder ³⁾	35,2	48,3	+1	±0	+3 1/2	+0	+11 1/2	+ 9 1/2
Vereinigte Staaten	34,6	6,6	-1	+ 1/2 bis 1	-7	±0	+10 1/2	+10
Japan	14,9	1,3	+5	+3 1/2	-4 1/2	+2 1/2	+ 6 1/2	+ 5 1/2
Kanada	3,3	0,7	- 1/2	+1	-6 1/2	+1 1/2	+10	+10
Österreich	1,0	5,2	+2 1/2	+ 1/2	+7 1/2	-1	+ 6	+ 5
Schweden	1,5	2,9	+2	+1	+2 1/2	-2 1/2	+14	+10 1/2
Schweiz	1,4	5,2	+2 1/2	+ 1/2	+4 1/2	+2	+ 4	+ 3
Insgesamt ³⁾	91,9	70,2	+1	+1	+0	+ 1/2	+10	+ 9

¹⁾ In Preisen und Wechselkursen von 1979, Quelle: OECD.

²⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

³⁾ Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt der OECD-Länder des Jahres 1979; Einfuhr zusammengewogen mit den Anteilen an der Wareneinfuhr der OECD-Länder insgesamt im Jahre 1979.

⁴⁾ Deflator des privaten Verbrauchs. Index der Verbraucherpreise für Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden und Schweiz.

nanzpolitischen Festlegungen für 1981 im allgemeinen das Bemühen um eine Verringerung der Defizite zum Ausdruck. Mit dem Rückgang der Inflationsraten und dem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist allerdings nicht auszuschließen, daß der Kurs in manchen Ländern gelockert wird, besonders dann, wenn die konjunkturelle Wende allzu lange auf sich warten läßt.

Für die Linie der Geldpolitik in den OECD-Ländern kommt den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle zu. Sollte sich dort die Inflation auf einem hohen Niveau verfestigen, müßte die amerikanische Geldpolitik einen weiterhin restriktiven Kurs verfolgen. Es besteht die Gefahr, daß sich viele Länder nicht aus dem Sog hoher Dollar-Zinsen befreien können.

244. Wir gehen davon aus, daß das Volumen des Welthandels im Durchschnitt des Jahres 1981 nicht

größer sein wird als im Durchschnitt des Jahres 1980; im Jahresverlauf würde dies wieder einen allmählichen Anstieg bedeuten. Der Welthandel könnte indes behindert werden, wenn protektionistische Bestrebungen an Boden gewinnen. So ist etwa die Europäische Kommission derzeit bemüht, die europäischen Märkte vor allem gegenüber dem Import von Automobilen und von elektrotechnischen Produkten aus Fernost abzuschotten. Auch in den Vereinigten Staaten ist die Gefahr neuer Importbeschränkungen nicht gebannt.

Mit einer nur allmählichen Ausweitung des Welthandels ist auch wegen der größer werdenden Recycling-Probleme zu rechnen. Angesichts der verhaltenen Konjunktur in den Industrieländern zeichnet sich für die ölimportierenden Entwicklungsländer eine weitere Zunahme der schon jetzt sehr hohen Leistungsbilanzdefizite ab, da diese Länder wenig

Aussicht haben, ihre Exporterlöse zu steigern. Viele dieser Länder haben sich in den letzten Jahren stark verschuldet und sind weiterhin in hohem Maße auf Auslandskredite angewiesen. Die Kapitalanbieter in der Welt scheinen aber weniger als bisher bereit, höhere Risiken zu übernehmen. Daher ist nicht auszuschließen, daß die Importe der Entwicklungsländer ohne eigene Ölvorkommen 1981 schwächer steigen werden als in unserer Prognose angenommen. Ähnliches gilt auch für die Importe der kleineren OECD-Länder.

245. Eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1981 kommt den Investitionen zu. Anders als in den Rezessionsjahren 1974/75 scheint diesmal den meisten Ländern ein Einbruch der Investitionsneigung erspart zu bleiben. Die Ergebnisse einer im Herbst 1980 von europäischen Konjunkturforschungsinstituten durchgeführten Unternehmensbefragung lassen erkennen, daß die Unternehmen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 1981 kaum weniger investieren werden als in diesem Jahr. Dies hat seinen Grund in dem hohen Investitionsbedarf, den die Ölverteuerung geschaffen hat, für das Einsparen von Energie ebenso wie für die Erschließung neuer Energiequellen.

Eine wichtige Determinante der Investitionsneigung ist im Verhalten der Tarifpartner zu sehen. Bisher hat sich die Lohnpolitik problembewußter gezeigt als in den Jahren 1974/75. Daß sich das Konjunkturklima in diesem Jahr weniger verschlechtert hat als damals, hängt damit eng zusammen. Wir gehen davon aus, daß die Lohnabschlüsse des nächsten Jahres zu keiner starken Beeinträchtigung der Investitionsneigung führen.

Unter der Voraussetzung mäßiger Lohnsteigerungen und unter der Annahme, daß der Preis für Erdöl nicht wiederum kräftig angehoben wird, dürfte sich der weltweite Preisauftrieb 1981 nach und nach abschwächen. Der Spielraum für die Expansion des privaten Verbrauchs wird daher wieder größer werden. Die allmähliche konjunkturelle Belebung, die daraus resultiert, dürfte von einer Umkehr des Lagerzyklus verstärkt werden. In der zweiten Hälfte des nächsten Jahres dürften die wirtschaftlichen Auftriebskräfte deutlicher werden.

246. In den Vereinigten Staaten ist die gesamtwirtschaftliche Produktion nach dem starken Einbruch im zweiten Vierteljahr 1980 nicht weiter gesunken. Die Frühindikatoren zeigen seit den Sommermonaten wieder nach oben, das Verbrauchervertrauen hat sich deutlich gefestigt, und im Wohnungsbau sind die Baugenehmigungen nach der Jahresmitte kräftig angestiegen. Von daher stehen die Zeichen nicht schlecht, daß es zu einer vor allem vom privaten Verbrauch und vom Wohnungsbau getragenen konjunkturellen Erholung kommen wird. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte jedoch sehr viel schwächer ausfallen als in den vorangegangenen Aufschwungsphasen.

Der Geldpolitik kommt eine wichtige Rolle für den weiteren Konjunkturverlauf zu. Eine klare geldpolitische Linie war 1980 nicht immer zu erkennen. Im

Kern dürfte der künftige Kurs der Geldpolitik davon bestimmt bleiben, daß der Stabilisierungsbedarf der amerikanischen Wirtschaft noch nicht gedeckt ist. Daraus können sich vorläufig weiterhin hohe Zinsen ergeben, was besonders für den Wohnungsbau beträchtliche Risiken birgt. Mit einem allmählichen Nachlassen der Inflationserwartungen kann sich das Bild aber verhältnismäßig rasch ändern. Die Zinsen am Kapitalmarkt, die heute nahezu ebenso hoch sind wie zu Beginn des Jahres 1980, als allenthalben mit einer Beschleunigung des Preisauftriebs gerechnet wurde, könnten dann bald deutlich nachgeben.

Das finanzpolitische Konzept für das Jahr 1981 ist bislang nur in Umrissen zu erkennen. Mehr als bisher soll auf die Eigendynamik des privaten Sektors gesetzt werden, um so über mehr Wachstum und größere Produktivitätsfortschritte auch die Inflation zu bekämpfen. Bei den direkten Steuern wurde eine kräftige Entlastung in Aussicht gestellt; die Steuersätze sollen bis 1983 um 10 vH jährlich gesenkt werden. Mit diesen Steuererleichterungen ist erst zur Jahresmitte 1981 zu rechnen. Die vor dem Regierungswechsel geplanten Abschreibungserleichterungen könnten dagegen schon zum Jahresbeginn wirksam werden. Ein Abbau der Neuverschuldung wird über eine Verminderung der Staatsausgaben angestrebt. Wieviel von diesen Absichtserklärungen im nächsten Jahr wirksam werden wird, läßt sich derzeit nur schwer abschätzen. Manches spricht dafür, daß die Finanzpolitik 1981 im ganzen weniger restriktiv ausfallen wird als in den bisherigen Haushaltsansätzen unterstellt. Positive Effekte dürften sich vor allem für die privaten Investitionen ergeben. Dagegen wird der private Verbrauch zunächst durch eine kräftige Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge belastet, die am Jahresanfang in Kraft tritt.

247. In Japan hat die Konjunktur seit den Frühjahrsmonaten 1980 durch eine Abschwächung des privaten Verbrauchs und den Abbau von Lägern an Fahrt verloren. Hinzu kommt eine deutliche Verlangsamung des Expansionstempos der Ausfuhr, im wesentlichen Reflex der weltweiten Konjunkturschwäche und der wachsenden Handelshemmnisse für japanische Exporte. Zusammen dürfte dies dazu führen, daß die verhaltene Konjunktur bis zur Jahresmitte 1981 andauert. Mit der Verlangsamung des Preisauftriebs und einem wieder kräftigeren Anstieg der Realeinkommen ist dann im Verlauf von 1981 eine spürbare Zunahme des privaten Verbrauchs angelegt; das wird der Konjunktur wieder Auftrieb geben. Eine ähnliche Rolle kommt den Ausüstungsinvestitionen zu. An die Stelle der Exporte tritt somit mehr und mehr die Inlandsnachfrage. Sie wird dadurch gestützt, daß zurückgestellte öffentliche Ausgaben nunmehr nachgeholt werden. Für das am 1. April beginnende neue Haushaltsjahr liegt allerdings noch kein Budgetentwurf vor. Die Geldpolitik verfolgt bereits seit einigen Monaten einen weniger restriktiven Kurs. Mit dem Abbau des Leistungsbilanzdefizits, der 1981 weiter vorankommen dürfte, und der Preisberuhigung, die sich bisher vor allem auf der Großhandelsstufe zeigt, scheinen die Stabilitätsprobleme in den Hintergrund zu treten. Dies

macht eine weitere Lockerung der geldpolitischen Bremsen im kommenden Jahr wahrscheinlich.

Japan wird wohl das einzige Industrieland sein, in dem die gesamtwirtschaftliche Produktion 1981 deutlich höher sein wird als 1980. Das Sozialprodukt dürfte 1981 um etwa 3¹/₂ vH über dem des Jahres 1980 liegen.

248. In Europa sind Anzeichen für eine konjunkturelle Wende derzeit noch nicht zu erkennen. Die Produktionserwartungen der Unternehmen sind in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft deutlich nach unten gerichtet, die Auftragsbestände sind stark geschrumpft, und die Fertigwarenläger werden als zu hoch angesehen.

Für den späteren Verlauf des Jahres 1981 erwarten wir gleichwohl wieder eine allmähliche konjunkturelle Belebung. Der Abschwung, der im Frühjahr 1980 einsetzte, hat bisher vor allem Vorprodukte und Verbrauchsgüter erfaßt. Die Investitionsgüterindustrien haben ihre Produktion nur wenig eingeschränkt. Die Investitionspläne für 1981 spiegeln eine im ganzen widerstandsfähige Investitionsneigung wider. Der Abbau von Lägern, der in diesem Jahr den Abschwung verstärkte, dürfte sich im nächsten Jahr nicht weiter fortsetzen. Mit der deutlichen Verlangsamung des Ölpreisanstiegs und der schwächeren Kapazitätsauslastung stehen die Aussichten nicht schlecht, daß es auch in Europa zu einem Rückgang des Preisauftriebs kommen wird. Den privaten Haushalten verbleibt dann 1981 wieder ein größerer Zuwachs an Kaufkraft, was zu einem wieder kräftigeren Anstieg des privaten Verbrauchs beitragen dürfte. Die expandierende Nachfrage der OPEC-Staaten und die konjunkturelle Erholung in den Vereinigten Staaten lassen auch vom Export eher positive Impulse erwarten.

Die Geldpolitik der europäischen Notenbanken dürfte weiterhin darauf ausgerichtet sein, die monetäre Expansion zu vermindern. Bei nachlassendem Preisauftrieb halten wir es aber für durchaus wahrscheinlich, daß diese Politik mit einem sinkenden Zinsniveau einhergeht und so die Voraussetzungen für eine konjunkturelle Belebung besser werden. Von der Finanzpolitik dürften 1981 hingegen überwiegend dämpfende Einflüsse ausgehen.

Der in unserer Prognose angenommene Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Verlauf des Jahres 1981 wird indes nicht so stark sein, daß das Sozialprodukt nennenswert über dem des Vorjahres liegt. Mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit muß in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gerechnet werden.

249. In Frankreich hat sich die Konjunktur bisher nicht so stark abgekühlt wie in den anderen europäischen Ländern. Die Investitionsneigung ist vergleichsweise wenig beeinträchtigt worden. Die Ausstattungsinvestitionen der privaten Industrie dürften in der zweiten Jahreshälfte 1981 nach einer vorübergehenden Stagnationsphase wieder etwas stärker expandieren; dazu tragen Abschreibungserleichterungen bei, die seit Oktober 1980 gelten. Deutlich höhere Zuwachsraten sind bei den Investitionen des

Staates zu erwarten. In der Entwicklung des privaten Verbrauchs dürfte sich außer dem etwas geringeren Geldwertschwund auch die geplante Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen bemerkbar machen. Die Finanzpolitik scheint weniger als in anderen Ländern auf Ausgabenzurückhaltung angelegt zu sein. Die Geldpolitik beabsichtigt, die Zuwachsraten der Geldmenge weiter zu vermindern. Im ganzen gesehen kann damit gerechnet werden, daß das Sozialprodukt 1981 um etwa 1 vH größer sein wird als 1980.

250. In Großbritannien dürfte die Wende zum Besseren länger auf sich warten lassen als in Kontinentaleuropa. Die Rezession wird sich noch weit in das Jahr 1981 hinein erstrecken. Dies hängt mit den Fehlentwicklungen in der Vergangenheit zusammen (Ziffer 13). Die britische Industrie sieht sich einem zunehmenden Wettbewerbsdruck durch ausländische Anbieter ausgesetzt. Im nächsten Jahr dürften die Exporte weiter sinken. Die anstehende Lohnrunde läßt zwar deutlich geringere Abschlüsse als die im laufenden Jahr vereinbarten erwarten; es ist jedoch fraglich, ob dies noch zu einer wesentlichen Verbesserung der Exportchancen im Jahre 1981 beitragen kann. Durch den starken Rückgang der Gewinnmargen, vor allem im Außensektor der britischen Wirtschaft, sind die Erwartungen der Unternehmer so sehr verunsichert worden, daß die Investitionspläne in Großbritannien nach unten korrigiert werden. Obwohl sich für 1981 eine weitere Zuspitzung der Beschäftigungsprobleme abzeichnet, läßt die Wirtschaftspolitik bisher keine Lockerung ihres Stabilisierungskurses erkennen. Wir erwarten, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion 1981 um rund 1¹/₂ vH geringer sein wird als in diesem Jahr.

251. In Italien ist die rezessive Entwicklung, die auf die vorangegangene konjunkturelle Überhitzung folgte, durch die weltweite Nachfrageschwäche verstärkt worden. Der Wirtschaftspolitik ist es bisher nicht gelungen, den von ihr angestrebten Stabilisierungskurs durchzusetzen. Das Stabilisierungsproblem ist ungelöst. Gleichwohl herrscht die Erwartung vor, daß es in der zweiten Jahreshälfte 1981 wieder zu einer vor allem vom privaten Verbrauch getragenen Aufwärtsbewegung kommen wird, zumindest vorübergehend. Dafür spricht nicht zuletzt, daß sich die Transferzahlungen des Staates noch nach den vorangegangenen höheren Preissteigerungen richten, so daß die Kaufkraft dieser Einkommen kräftig steigt. Einer nachhaltigen Erholung steht freilich entgegen, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Unternehmen 1980 weiter verschlechtert hat. Bei unverändertem Wechselkurs sind vom Export daher keine Wachstumsimpulse zu erwarten. Das Sozialprodukt wird 1981 wahrscheinlich um rund 1 vH kleiner sein als in diesem Jahr.

252. Auch in den kleineren europäischen Ländern ist nur eine geringe Zunahme des Sozialprodukts zu erwarten. Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenzahlen zeichnet sich ab. Der Konjunkturverlauf in diesen Ländern hängt wesentlich davon ab, ob sich die Ausfuhr belebt. Für die Schweiz und Österreich ha-

ben sich mit der realen Abwertung des Franken und des Schilling die Bedingungen dafür verbessert. In den Niederlanden und besonders in Belgien war die Entwicklung von Löhnen und Wechselkursen für den internationalen Wettbewerb weniger vorteilhaft. In Belgien dürfte die Arbeitslosenquote im Durchschnitt des Jahres 1981 auf über 10 vH steigen. Wie in den großen OECD-Ländern dürfte sich in allen vier Ländern jedoch eine allmähliche Belebung des privaten Verbrauchs einstellen. Die Investitionsneigung erscheint recht fest. In den Niederlanden werden die Investitionen 1981 zudem durch höhere Investitionsprämien und Erleichterungen bei den Gewinnsteuern begünstigt. Die staatlichen Lohnkontrollen werden verlängert; die Löhne sollen nur noch um 5¹/₂ vH und nicht wie ursprünglich erwartet um 8 vH angehoben werden. Die Neuverschuldung des Staates soll im Gegenzug nicht so stark zurückgeführt werden wie ursprünglich geplant. In Belgien und in Österreich soll die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorangebracht werden. In beiden Ländern dürfte sich die Leistungsbilanz im nächsten Jahr zwar etwas verbessern; die Defizite bleiben jedoch weiterhin sehr hoch.

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

253. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich die wirtschaftliche Aktivität deutlich abgeschwächt. Unter dem Eindruck abnehmender Auftragsbestände und wachsender Lagervorräte haben die Unternehmen die Produktion stark gedrosselt und, wenngleich zögernd, die Beschäftigung verringert.

Im Rückgang von Nachfrage und Produktion sind die Belastungen sichtbar geworden, die der Ölpreischub mit sich brachte. Die deutsche Wirtschaft steht daher trotz der Erfolge bei der Eindämmung des Preisauflaufs am Jahresende 1980 im ganzen weniger günstig da, als dies vor einem Jahr erwartet wurde. Erschwerend kommt hinzu, daß sich nahezu alle westlichen Industrieländer in einer ähnlichen Situation befinden; denkt man an die bislang geringen Erfolge der Stabilisierungspolitik in diesen Ländern, so ist die Situation dort noch schlechter.

Anders als nach der ersten Ölpreiserhöhung ist die deutsche Wirtschaft diesmal jedoch nicht in eine Rezession abgeglitten. Die Ölverteuerung hat die wirtschaftlichen Aktivitäten weit weniger gelähmt, und sie hat vor allem Abwehrkräfte mobilisiert, um durch verstärkte Maßnahmen zur Energieeinsparung und durch verstärkten Strukturwandel die Abhängigkeit vom Öl zu verringern. So gesehen ist die Situation zwar schlechter als vor einem Jahr, aber sie ist deutlich besser als Mitte der siebziger Jahre.

254. In unserer Prognose haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß sich die deutsche Wirtschaft derzeit nicht in einem zyklischen Abschwung nach herkömmlichem Konjunkturmuster befindet, sondern in einer vorübergehenden Wachstumspause, die durch Störungen von außen verursacht wor-

den ist. Man kann in der gegenwärtigen Konstellation zwar auch zyklische Elemente ausmachen, etwa das Ende des Booms im Fahrzeugbau oder in der Bauwirtschaft. Aber für dominant halten wir sie nicht. Deshalb erscheint uns die Erwartung gerechtfertigt, daß die Antriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen, wenn die kontraktiven Wirkungen der Ölsteuerung abklingen, und das dürfte im nächsten Jahr der Fall sein.

255. Wenn wir für 1981 nicht mit einer anhaltenden Stagnation oder gar Rezession rechnen, dann vor allem deshalb, weil wir eine nach wie vor hohe Bereitschaft zum Investieren feststellen. Diese steht zwar im auffälligen Kontrast zu dem skeptischen Konjunktururteil der Unternehmen; sie signalisiert aber Zuversicht auf mittlere Sicht. Bemerkenswert ist, daß die Investitionsbudgets, die im Vergleich zum Vorjahr nochmals kräftig aufgestockt worden waren, im Verlauf des Jahres 1980 kaum gekürzt worden sind.

Nach allem was uns bekanntgeworden ist, zeichnen sich Kürzungen auch für 1981 nicht ab, jedenfalls nicht, wenn man die Unternehmen insgesamt betrachtet.

In der widerstandsfähigen Investitionsneigung kommt nicht zuletzt die Verschiebung in den Investitionszielen zum Ausdruck. Es werden vermehrt Investitionen getätigt, um Energie und andere Rohstoffe zu sparen und um technologische Neuerungen durchzusetzen, sei es in Form von Produktinnovationen, mit denen neue Märkte erschlossen werden können, sei es in Form von Prozeßinnovationen, mit denen sich Produktionskosten senken lassen. Es sind Investitionen, die häufig keinen Aufschub dulden, die also weitgehend unabhängig von der aktuellen Absatzlage vorgenommen werden.

Bemerkenswert ist, daß unter den Investitionsmotiven das der Kapazitätserweiterung wieder stärker in den Vordergrund rückt. Allerdings sind es wiederum nur wenige Branchen, die ihre Produktionsanlagen erweitern wollen, wie die Bereiche Straßenfahrzeugbau, Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten, Zellstoff-, Papier- und Papperzeugung sowie Luftfahrzeugbau, bei denen teilweise die Erweiterung das Nebenprodukt von Umstellungsmaßnahmen ist.

256. Um Anhaltspunkte für unsere quantitative Schätzung zu bekommen, haben wir uns an den Investitionsplänen von Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen orientiert, wie sie vor allem vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung sowie vom Deutschen Industrie- und Handelstag erfaßt werden. Sie zeigen für 1981 ein von Branche zu Branche zwar recht unterschiedliches, insgesamt aber keineswegs ein negatives Bild:

— Ein geringer Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen zeichnet sich in der Landwirtschaft, im Handel und, nach einem kräftigen Anstieg in den letzten beiden Jahren, auch in der Energiewirtschaft ab. Stark gekürzt werden die Investitionen nur beim Baugewerbe, das erfahrungsgemäß immer prozyklisch investiert; hier

dürften sogar die nominalen Investitionsausgaben geringer ausfallen als 1980.

- Mit einem annähernd unveränderten Investitionsvolumen ist beim verarbeitenden Gewerbe zu rechnen, allerdings mit unterschiedlichen Entwicklungstendenzen in den einzelnen Bereichen. Während die Unternehmen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe weniger investieren wollen, planen die Unternehmen im Investitionsgüter herstellenden Gewerbe eine weitere deutliche Zunahme. An der Spitze stehen dabei der Fahrzeugbau, der Maschinenbau und der Luftfahrzeugbau, die schon 1980 ihre Investitionsbudgets kräftig aufgestockt hatten.
- Zu einem deutlichen Anstieg der Investitionen dürfte es im Bergbau sowie bei der Bundesbahn und der Bundespost kommen. Ähnliches gilt auch für andere Dienstleistungsbereiche, in denen hohe Zuwachsraten schon seit längerer Zeit die Regel sind. Das ist Ausdruck des verstärkten Strukturwandels, der den Bereich der Dienstleistungen gegenüber dem Waren produzierenden Gewerbe begünstigt.

Gewichtet man diese Einzelschätzungen, so ergibt sich für 1981 kein Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen, aber auch kein Anstieg. Man muß sich allerdings fragen, ob nicht die rasche Eintrübung des Konjunkturklimas in den letzten Monaten die Unternehmen dazu veranlaßt hat, ihre Budgets zu vorsichtig zu bemessen. Wäre dies der Fall, käme es erfahrungsgemäß zu einer Revision der Investitionspläne nach oben, wenn sich die Erwartungen wieder verbessern — allerdings auch zu einer Revision nach unten, falls sie sich weiter verschlechtern. Wir neigen dazu, die erste Möglichkeit für wahrscheinlicher zu halten. Daher haben wir für 1981 mit einer Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen gerechnet, wenn auch nur mit einer leichten.

257. Für eine im ganzen positive Einschätzung spricht auch, daß sich die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat. Die Bestellungen bei den inländischen Investitionsgüterherstellern sind bisher nur wenig zurückgegangen, die bei ausländischen Herstellern, die in der Statistik des Auftragseingangs nicht erfaßt werden, vermutlich sogar noch etwas gestiegen. Die Gefahr, daß die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern abgleiten könnte, schätzen wir gering ein. Wir erwarten vielmehr, daß sie im nächsten Jahr wieder anzieht, wenn der verbreitete Konjunkturpessimismus weicht. Die seit dem Frühjahr 1980 anhaltende Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen dürfte also im nächsten Jahr von einem neuerlichen Anstieg abgelöst werden. Für den Durchschnitt des Jahres 1981 rechnen wir mit einer Zuwachsrate von rund 3 vH, nach 4 vH für den Durchschnitt des Jahres 1980.

258. Die Bereitschaft der Unternehmen, trotz unsicherer Absatzerwartungen zu investieren, wird auch die Baukonjunktur stützen und verhindern, daß es in der Bauwirtschaft, wie in den Jahren 1966/67 und 1974/75 zu einem Einbruch kommt. Der gewerbliche

Bau wird somit ein Gegengewicht zu den rezessiven Einflüssen bilden, die vom starken Rückgang der Nachfrage im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau ausgehen. Die Aufträge von Unternehmen an die Bauwirtschaft haben sich bis zuletzt auf einem recht hohen Niveau gehalten; Anzeichen dafür, daß dies im nächsten Jahr nicht mehr so sein wird, sehen wir nicht.

Im Wohnungsbau wird die Entwicklung dagegen abwärts gerichtet bleiben. Das gilt vor allem für Neubauten; denn viele potentielle Bauherren werden sich bei unsicherer Einkommenserwartungen und sinkenden Zinsen zunächst noch abwartend verhalten. Die Abwärtsbewegung wird allerdings gebremst durch die verstärkten Bemühungen um Energieeinsparung und um die Modernisierung von Altbauten, wobei das Modernisierungsziel häufig mit dem Ziel gekoppelt ist, Energie zu sparen.

Auch im öffentlichen Bau ist für 1981 mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen. Die Anstrengungen der öffentlichen Hand, die Defizite einzudämmen, werden erfahrungsgemäß in den Investitionshaushalten Spuren hinterlassen. Allerdings gehen wir davon aus, daß sich die Kürzungen in Grenzen halten werden: Die Gemeinden, der bei weitem größte Investor im öffentlichen Bereich, haben allem Anschein nach 1980 finanzielle Reserven gebildet, die sie voraussichtlich einsetzen werden. Überdies scheinen sie ihr Verschuldungspotential nicht ausgeschöpft zu haben, so daß es ihnen auch noch möglich ist, verstärkt Kredite aufzunehmen.

259. Anders als bei den Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir bei den Bauinvestitionen im ganzen mit einem Rückgang. Er dürfte indes nicht spektakulär ausfallen, da die Bauproduktion bereits weitgehend an die niedrigere Nachfrage angepaßt ist und die Auftragsbestände der Bauwirtschaft noch nicht stark geschrumpft sind. Wir gehen davon aus, daß das Bauvolumen im Durchschnitt des Jahres 1981 um 3 vH und damit fast so stark sinkt, wie es im Durchschnitt des Jahres 1980 gestiegen ist (4 vH).

260. Bei den Vorratsinvestitionen stehen kurzfristige Motive im Vordergrund. Zu Beginn des Jahres 1980 waren als Folge übertriebener Absatzerwartungen zu hohe Vorratslager aufgebaut worden, die sich später bei steigenden Zinsen und nachgebender Nachfrage als zu kostspielig erwiesen. Inzwischen haben aber die Unternehmen ihre überhöhten Lagerbestände bei Fertigwaren und Vorprodukten kräftig verringert und damit einen großen Teil des Korrekturbedarfs gedeckt. Künftig wird also der konjunkturdämpfende Effekt entfallen, der in letzter Zeit vom Lagerabbau ausgegangen war.

Es ist sogar damit zu rechnen, daß die Unternehmen in der nächsten Zeit dazu übergehen, die Lager aufzustocken, und zwar überall dort, wo sie unter das normale Maß abgesunken sind. Einen kräftigen Lageraufbau, wie er am Beginn eines Aufschwungs die Regel ist, erwarten wir für das nächste Jahr aber noch nicht, denn bei einer nur allmählichen wirtschaftlichen Belebung, wie sie in Aussicht steht, wird die Unsicherheit der Unternehmen über ihre Absatzchancen noch groß bleiben.

Aufs ganze Jahr gesehen dürften die Lagerinvestitionen 1981 nach unserer Schätzung 5 Mrd DM geringer sein als 1980. Dies hängt mit dem kräftigen Lageraufbau im ersten Quartal 1980 zusammen, der die Perspektive beim Vergleich der Vorratsveränderungen von Halbjahr zu Halbjahr verzerrt (Schaubild 40).

261. Die Risiken für 1981 sehen wir nicht bei den Investitionen, sondern, wie schon erwähnt, bei Export. Wie die meisten Prognosen für die gewichtigen westlichen Länder gehen wir aber davon aus, daß im nächsten Jahr die dämpfenden Einflüsse aus der Ölverteuerung abklingen und die endogenen Auftriebskräfte allmählich wieder die Oberhand gewinnen werden (Ziffern 241 ff.). Der Rückgang beim Export, der sich in den letzten Monaten deutlich abzeichnete, dürfte somit von einem erneuten Anstieg abgelöst werden.

262. Man muß allerdings keine optimistischen Erwartungen haben, wenn man auf eine Tendenzwende beim Export setzt. In der Regel reicht schon das Ende einer Talfahrt der Konjunktur aus, damit der Welthandel wieder expandiert. Die Belebung des Welthandels setzt meistens früher ein und fällt meistens stärker aus als die Belebung der Produktion. Aus den Schätzungen internationaler Organisationen geht hervor, daß man dort für das nächste Jahr mit einer weiteren Expansion der Nachfrage auf den Märkten rechnen muß, die für die deutschen Exporteure besonders wichtig sind. Unternehmen, die über freie Kapazitäten verfügen, werden die Absatz-

chancen nutzen. Das gilt um so mehr, als sie wegen des stärkeren Anstiegs von Kosten und Preisen im Ausland erhebliche Wettbewerbsvorteile erlangt haben, die sie zumindest solange ausspielen können, wie eine deutliche Aufwertungstendenz für die D-Mark auf sich warten läßt. Allerdings wird der Export nicht der Schrittmacher im Aufschwung sein. Es wäre jedenfalls riskant, darauf zu setzen, zumal eine Belebung der Weltkonjunktur nicht sicher ist.

Bei der Durchrechnung unserer Prognose sind wir von einem recht verhaltenen Anstieg der Exporte ausgegangen. Wie bei einer Reihe anderer Größen unterzeichnet aber auch hier die Zuwachsrate von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt (+ $\frac{1}{2}$ vH) die Aufwärtsentwicklung: Zu Beginn des Jahres 1980 waren die Exporte unter dem Einfluß von Sonderfaktoren zunächst emporgeschwungen, später aber wieder deutlich abgefallen. Die niedrige Zuwachsrate für 1981 bringt also mehr den Rückgang in diesem Jahr und weniger den Anstieg im nächsten Jahr zum Ausdruck.

263. Keine zu hohen Erwartungen sollte man beim privaten Verbrauch hegen. Die privaten Haushalte haben die Belastung aus der Ölverteuerung, soweit sie davon direkt betroffen sind, zwar schon voll zu spüren bekommen, aber manches davon wirkt sich in Produktion und Beschäftigung erst noch aus. Im nächsten Jahr wird der Spielraum für eine Steigerung der Einkommen und damit für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs wiederum gering sein.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird unserer Prognose zufolge etwas langsamer zunehmen als im Jahre 1980. Selbst bei einem Sinken der Preissteigerungsrate, wie es sich abzeichnet, wird der Zuwachs an Kaufkraft nicht nennenswert höher sein. Dabei ist schon berücksichtigt, daß die privaten Haushalte bei der Einkommensteuer entlastet werden und mehr Kindergeld erhalten; sie werden allerdings auch höhere Verbrauchsteuern sowie höhere Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Krankenversicherung zahlen müssen.

Mitentscheidend ist aber auch, wie groß die Kaufbereitschaft sein wird. Bislang haben die Verbraucher auf die veränderte Situation durchaus besonnen reagiert; für einen starken Anstieg der Sparquote wie nach der ersten Ölverteuerung in den Jahren 1974/75 gibt es jedenfalls keine Anzeichen. Man kann dies dahin gehend deuten, daß die Verbraucher für das nächste Jahr trotz der Skepsis, die sie in Umfragen hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zum Ausdruck bringen, mit keiner gravierenden Verschlechterung ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation rechnen.

Wir gehen daher davon aus, daß die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte im nächsten Jahr etwa mit der gleichen Rate expandieren wie die verfügbaren Einkommen. Beim realen privaten Verbrauch veranschlagen wir die Steigerungsrate für den Durchschnitt des Jahres 1981 auf 2 vH; im Jahre 1980 war es ebensoviel.

Schaubild 40

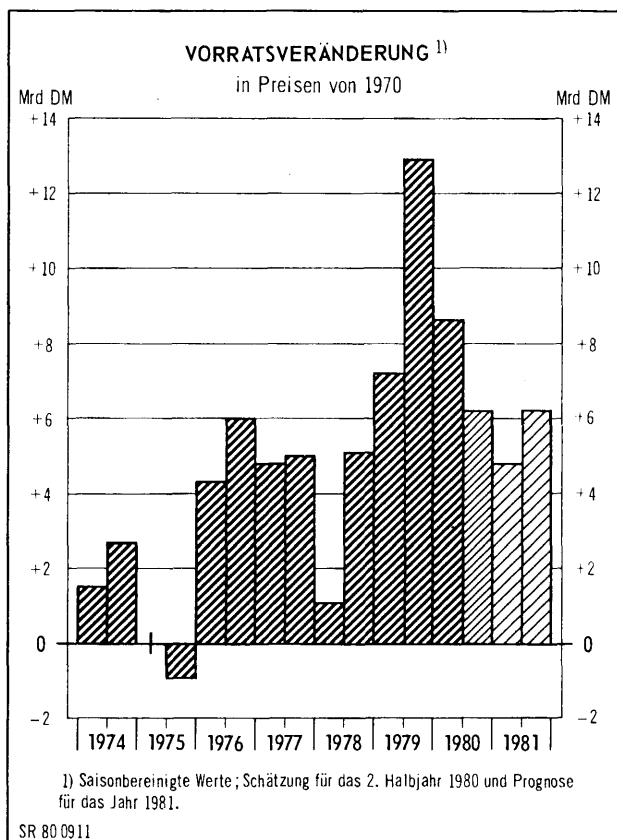


Tabelle 38

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾

Schätzung für das Jahr 1980 und Prognose für das Jahr 1981

	1979	1980	1981	1980	1981
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	612,2	653 ^{1/2}	687 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 5
Steuern	355,2	376 ^{1/2}	390 ^{1/2}	+ 6	+ 4
Sozialbeiträge	214,1	231 ^{1/2}	246 ^{1/2}	+ 8	+ 6 ^{1/2}
Sonstige laufende Einnahmen	28,5	30	34	+ 5 ^{1/2}	+13 ^{1/2}
Vermögensübertragungen und Abschreibungen ..	14,4	15 ^{1/2}	16 ^{1/2}	+ 7 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}
Ausgaben insgesamt	654,5	706 ^{1/2}	746 ^{1/2}	+ 8	+ 5 ^{1/2}
Staatsverbrauch	277,9	302 ^{1/2}	320	+ 9	+ 6
Einkommensübertragungen	267,9	283	302 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}	+ 7
Private Haushalte	218,6	231 ^{1/2}	248 ^{1/2}	+ 6	+ 7 ^{1/2}
Unternehmen und übrige Welt	49,3	51 ^{1/2}	54	+ 4 ^{1/2}	+ 5
Zinsen	24,2	27	30 ^{1/2}	+11 ^{1/2}	+13
Vermögensübertragungen	32,9	35 ^{1/2}	35 ^{1/2}	+ 8	0
Investitionen	51,6	58 ^{1/2}	58	+13 ^{1/2}	- 1
Finanzierungssaldo ²⁾	-42,3	-53	-59	x	x
vH					
Nachrichtlich:					
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes ³⁾	45,6	45,7	45,4	x	x
Abgabenquote ⁴⁾	40,5	40,3	40,3	x	x
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	411,2	436 ^{1/2}	456 ^{1/2}	+ 6	+ 4 ^{1/2}
Steuern	355,2	376 ^{1/2}	390 ^{1/2}	+ 6	+ 4
Sonstige Einnahmen	56,0	60	66	+ 7	+10
Ausgaben	452,3	491	515 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}	+ 5
Finanzierungssaldo ²⁾	-41,1	-54 ^{1/2}	-59	x	x
Nachrichtlich:					
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	420,8	447	468 ^{1/2}	+ 6	+ 5
Steuern	342,9	363 ^{1/2}	377 ^{1/2}	+ 6	+ 4
Sonstige Einnahmen	77,9	83 ^{1/2}	91	+ 7	+ 9
Ausgaben	466,7	504	529 ^{1/2}	+ 8	+ 5
Finanzierungssaldo ²⁾	-46,1	-57	-61	x	x
vH					
Nachrichtlich:					
Staatsquote des Gesamthaushaltes der Gebietskörperschaften ⁵⁾	31,5	31,8	31,3	x	x
Steuerquote ⁶⁾	25,3	25,0	24,7	x	x

¹⁾ Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.²⁾ Überschuß: +, Defizit: -.³⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.⁴⁾ Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.⁵⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.⁶⁾ Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.

264. Daß der Staat steuerliche Entlastungen beschlossen hat, muß im Blick behalten werden, wenn man die Wirkungen der öffentlichen Haushalte für das nächste Jahr abschätzen will. Allerdings ist bislang nur ein vorläufiges Urteil möglich, weil sich die Haushalte der meisten Gebietskörperschaften erst im Stadium der Planung befinden und in einigen wichtigen Punkten lediglich Absichtserklärungen vorliegen, die teilweise umstritten sind. Das gilt vor allem für die ins Auge gefaßte Streichung von Subventionen.

Nach den Empfehlungen des Finanzplanungsrates soll, um die Neuverschuldung zu begrenzen, der Anstieg der Ausgaben im Jahre 1981 nicht über 4 vH hinausgehen. Es gehört zu den Annahmen unserer Prognose, daß dieses Ziel nicht überall erreicht werden wird. Nach den uns vorliegenden Informationen laufen die Planungen der Gebietskörperschaften auf einen Anstieg der Ausgaben (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) um knapp 5 vH hinaus. Sie stehen dabei unter dem Vorbehalt, daß die Anhebung der Vergütung für die öffentlich Bediensteten unter dieser Rate liegt, weil bei anderen Ausgaben, namentlich bei Einkommensübertragungen an private Haushalte, hohe Zuwachsraten aufgrund gesetzlicher Regelungen festgeschrieben sind.

Die Eindämmung der Defizite gestaltet sich im nächsten Jahr auch deshalb schwierig, weil die wirtschaftliche Entwicklung zunächst noch durch die Auswirkungen der Ölverteuerung gedrückt bleibt und somit die Steuereinnahmen nur schwach fließen werden. Dazu kommen die steuerlichen Entlastungen, vor allem die Korrekturen beim Einkommensteuertarif, die auf ungefähr 9 Mrd DM zu veranschlagen sind. Die vorgesehene Anhebung der Mineralölsteuer und der Branntweinabgaben zum 1. April 1981, die zusammen Mehreinnahmen in Höhe von 2¹/₂ Mrd DM erbringen sollen, werden nur zum Teil einen Ausgleich schaffen. Nach unserer Schätzung werden die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1981 um 4¹/₂ vH zu nehmen, nach einem Anstieg von 6 vH im Jahre 1980 (Tabelle 38).

Wegen der geringen Steigerung der Einnahmen wird sich trotz des Kurzhaltens der Ausgabenzuwächse das Finanzierungsdefizit in der Abgrenzung der Finanzstatistik um schätzungsweise 4 Mrd DM auf 61 Mrd DM erhöhen. Der konjunkturelle Impuls, an dem wir die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte messen, wird mit etwa 40 Mrd DM um rund 5 Mrd DM geringer sein als 1980 (Tabelle 40).

Die Sozialversicherung wird anders als 1980 keinen Überschuß mehr aufweisen, obwohl die Beitragsätze in der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben werden. Dies liegt vor allem daran, daß der Bund seine Zuschüsse an die Rentenversicherungsträger kürzen wird. Bei der Bundesanstalt für Arbeit wird es sogar wieder zu einem beträchtlichen Defizit kommen, für dessen Finanzierung der Bund einstehen muß.

265. Bei der sich für die nächsten Monate abzeichnenden Entwicklung der Anlage- und Lagerinvesti-

tionen, des privaten und öffentlichen Verbrauchs sowie der Ausfuhr, ist zunächst mit kaum mehr als einer Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials wird damit weiter sinken. Es spricht jedoch nicht viel dafür, daß die Stagnationsphase längere Zeit dauern oder daß es sogar zu einem weiteren Produktionsrückgang kommen wird — unsere Diagnose liefert kaum Anhaltspunkte für einen im Gang befindlichen zyklischen Abschwung. Wir erwarten im Gegenteil, daß sich die wirtschaftliche Aktivität spätestens im zweiten Halbjahr 1981 erholt, die Produktion also wieder anzieht.

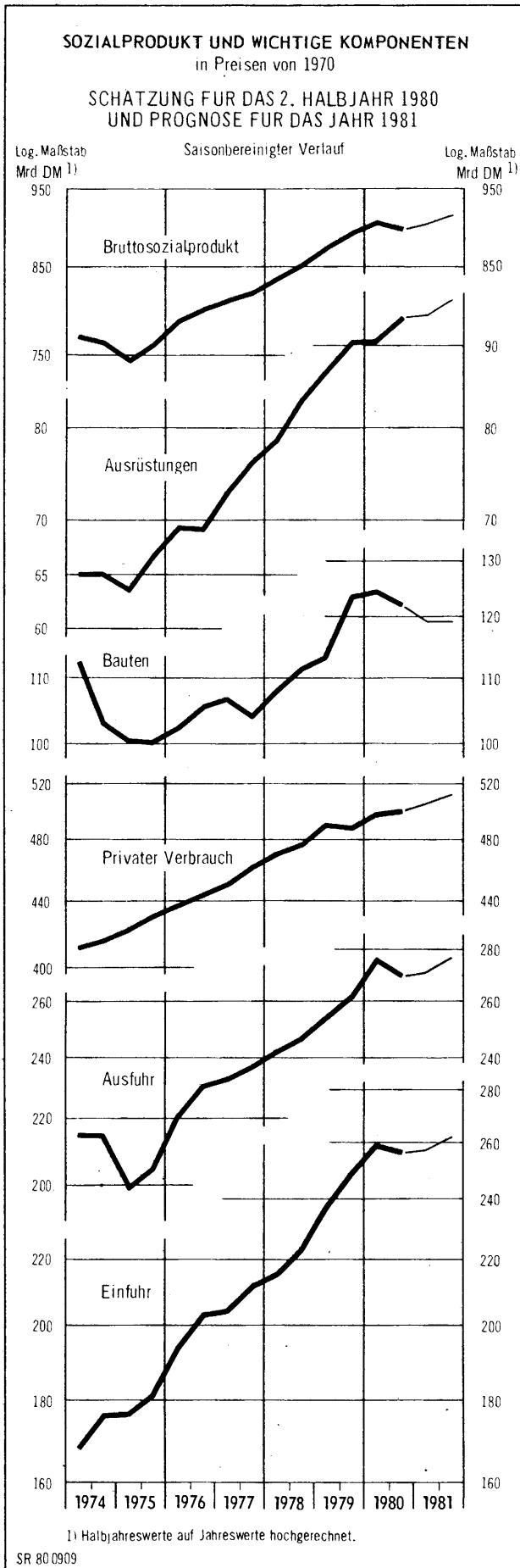
In der Zuwachsrate des Sozialprodukts für den Durchschnitt des Jahres 1981 (+¹/₂ vH), wie sie in unserem Tableau ausgewiesen ist, kommt diese Entwicklung allerdings nicht angemessen zum Ausdruck. Es kann sogar der Eindruck entstehen, als erwarteten wir für das ganze nächste Jahr eine Stagnation. Tatsächlich verbirgt sich aber dahinter, wie schon mehrfach erwähnt wurde, eine gegenläufige Entwicklung im Verlauf der beiden Jahre 1980 und 1981: ein Rückgang vom ersten zum zweiten Halbjahr 1980 und — umgekehrt — ein Anstieg vom ersten zum zweiten Halbjahr 1981 (Schaubild 41).

266. Die Beschäftigung wird in den kommenden Monaten weiter zurückgehen, die Anzahl der Arbeitslosen weiter zunehmen. Das Ausmaß läßt sich allerdings nur schwer abschätzen. Es wird davon abhängen, wie die Unternehmen die absehbare wirtschaftliche Entwicklung beurteilen; ob sie eine längere Flaute erwarten oder eine rasche Erholung. Und es wird nicht zuletzt auch davon abhängen, welche Kostenbelastung ihnen daraus entsteht, daß sie Arbeitskräfte weiterbeschäftigen, die sie vorübergehend nicht benötigen. Bei den anstehenden Tarifverhandlungen wird es auch darum gehen, die Beschäftigungsrisiken möglichst gering zu halten.

267. Kernpunkt der lohnpolitischen Diskussion wird sein, daß der Spielraum für eine Anhebung der Effektivlöhne im Jahre 1981 recht klein ist. Auf das Jahr gesehen ist mit einem nur geringen Produktionszuwachs zu rechnen; und es zeichnet sich auch kein besonders hoher Kompensationsbedarf für unvermeidliche künftige Preissteigerungen ab. Wir erwarten daher, daß die Lohnabschlüsse für das Jahr 1981 deutlich niedriger ausfallen werden als die Abschlüsse, die für 1980 vereinbart worden sind. Es gibt Anzeichen dafür, daß dies von den Tarifparteien auch so gesehen wird.

Bei der Durchrechnung unserer Prognose sind wir von der Annahme ausgegangen, daß sich die tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen auf Stundenbasis gerechnet (und unter Einschluß aller Nebenleistungen, wie Ausgleich für Arbeitszeitverkürzung, erhöhtes Urlaubsgeld und dergleichen) in einer Größenordnung von 4 vH bis 4¹/₂ vH halten werden. Es handelt sich wohlgerne hierbei nicht um eine Orientierungsgröße für die kommenden Lohnverhandlungen. Man wird geteilter Auffassung darüber sein, ob derartige Abschlüsse der Situation angemessen sind (Ziffern 364 ff.). In unsere Rechnung können jedoch nicht die Abschlüsse eingehen, die

Schaubild 41



man für situationsgerecht hält, sondern es müssen diejenigen Abschlüsse sein, die man vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung für wahrscheinlich ansieht.

Bei der Interpretation dieser Zahl ist zu beachten, daß es Vorbelastungen aus früheren Tarifverhandlungen gibt, die erst im nächsten Jahr kostenwirksam werden. Die Steigerungsrate bei den Effektivverdiensten, wird daher etwas höher sein als die Steigerungsrate bei den neu abgeschlossenen Verträgen.

268. Zeigt die Lohnpolitik Augenmaß, wie wir es erwarten, dann dürfte sich der Beschäftigtenrückgang in Grenzen halten. Dabei spielt auch eine Rolle, daß Fachkräfte knapp sind, und es daher für die Unternehmen letztlich billiger ist, sie in der Flaute weiterzubeschäftigen als zu entlassen. Trotzdem rechnen wir damit, daß die Anzahl der Arbeitslosen weiter steigt, vermutlich sogar stärker, als die Anzahl der Beschäftigten zurückgeht. Da mehr junge Menschen ins Erwerbsleben eintreten als alte Menschen ausscheiden werden, ergibt sich selbst dann eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, wenn die Anzahl der Beschäftigten unverändert bliebe.

In den Wintermonaten wird sich freilich die Arbeitslosenzahl auch aus saisonalen Gründen rasch erhöhen und die Marke von einer Million deutlich überschreiten. Die allein auf Saisoneinflüssen beruhende Arbeitslosigkeit geht im Frühjahr wieder rasch zurück. Wir rechnen damit, daß auch die von Saisoneinflüssen bereinigte Anzahl der Arbeitslosen in den nächsten sechs bis acht Monaten noch einmal merklich zunehmen wird, nämlich um 100 000 bis 150 000 Personen. Für den Durchschnitt des Jahres veranschlagen wir die Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt wegen des schon ungünstigen Verlaufs im zweiten Halbjahr 1980, auf etwa 1,1 Millionen, das sind fast 200 000 Personen mehr als im Durchschnitt des Jahres 1980.

269. Das Weiterbeschäftigen von Arbeitskräften bei gedrosselter Produktion hat freilich seinen Preis. Es muß mit einem geringeren Anstieg beim Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde, also bei der gemessenen Arbeitsproduktivität, bezahlt werden. Den Produktivitätszuwachs veranschlagen wir unter diesen Umständen auf kaum mehr als 2 1/2 vH, verglichen mit etwa 4 vH, wie er bei einer dem Beschäftigungsstand entsprechenden Produktion zu erwarten wäre. Dem geringeren Anstieg steht gegenüber, daß auf diese Weise mehr Menschen an ihrem Arbeitsplatz bleiben können, bis mehr Produktion Absatz findet. Man muß freilich im Bild haben: Der geringe Zuwachs an Produktion — und dies ist das Kernproblem bei der Lohnfindung 1981 — muß ausreichen, die höheren Löhne auch für diejenigen zu bezahlen, die innerhalb der Betriebe vorübergehend nicht voll beschäftigt sind (Tabelle 39).

270. Für die Erwartung deutlich niedrigerer Lohnabschlüsse als im letzten Jahr spricht auch, daß sich der Preisanstieg aller Voraussicht nach weiter abschwächen wird. Niedrigere Lohnzuwächse bedeu-

ten daher für die Arbeitnehmer nicht notwendigerweise einen geringeren Zuwachs an Kaufkraft.

Die Geldpolitik hat in den beiden letzten Jahren zwar toleriert, daß die Ölverteuerung auf das Preis- und Kostengefüge im Inland durchwirkt. Sie hat jedoch verhindert, daß sich daraus ein inflatorischer Prozeß entwickelt, bei dem sich, wie in den frühen siebziger Jahren, Kosten und Preise wechselseitig in die Höhe treiben. Es hat den Anschein, als sei das Weiterwälzen der Belastung auf der Produzentenstufe inzwischen weitgehend abgeschlossen; der Stabilisierungsprozeß hat in den letzten Monaten auch auf der Verbraucherstufe merklich Fortschritte gemacht.

271. Wir erwarten, daß sich der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung im nächsten Jahr weiter deutlich abschwächt. Die Steigerungsrate im Jahresverlauf, Jahresende 1981 gegen Jahresende 1980 gerechnet, veranschlagen wir auf rund 3 vH. Sie wäre dann Ende 1981 kaum noch höher als Ende 1978, vor dem zweiten Ölpreisschub — immer vorausgesetzt, der fortschreitende Stabilisierungsprozeß wird nicht durch Einflüsse von außen durchkreuzt.

An dieser Einschätzung brauchte sich auch nichts zu ändern, wenn die wirtschaftliche Erholung früher einsetzen und stärker ausfallen sollte, als wir dies aus heutiger Sicht für wahrscheinlich halten. Denn erfahrungsgemäß ziehen die Preise nicht schon verstärkt an, wenn noch freie Kapazitäten auf den Markt drücken.

Bei der Steigerungsrate im Vorjahresvergleich wird sich die Abschwächung allerdings erst etwas später zeigen als bei der laufenden Rate, welche die aktuelle Entwicklung von Monat zu Monat mißt; hier wird es im Januar 1981 wegen eines durch die Senkung der Telefongebühren verursachten Preisrückgangs zum Jahresbeginn 1980 sogar kurzfristig wieder zu einem Anstieg kommen (Basiseffekt). Der Grund für die höhere Steigerungsrate im Vorjahresvergleich ist der große „Überhang“: Am Jahresende 1980 wird der Preisindex schon um knapp 2 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1980 liegen. Wir rechnen für den Durchschnitt des Jahres 1981 mit einer Rate von knapp 4 vH, nach 5^{1/2} vH für den Durchschnitt des Jahres 1980.

272. Unsere Prognose über die Preisentwicklung wäre freilich, dies sei nochmals betont, nicht mehr plausibel,

— falls die Ölpreise die Ölpreise etwa im Gefolge neuer weltpolitischer Spannungen wieder in Bewegung gerieten und

— falls sich die reale Abwertung der D-Mark längere Zeit fortsetzte, der Inflationsimport mithin nicht wirksam unterbunden würde.

In beiden Fällen käme man nicht umhin, die Steigerungsrate deutlich nach oben zu korrigieren.

273. Die fortschreitende Stabilisierung des Preis- und Kostenniveaus ist eine Voraussetzung dafür, daß das hohe Leistungsbilanzdefizit, das in diesem Jahr auf rund 29 Mrd DM aufgelaufen ist, allmählich zurückgeführt werden kann. Im Jahre 1981 wird damit zumindest ein Anfang gemacht werden können.

Will man das Ausmaß der Verbesserung abschätzen, dann muß man noch einmal die Gründe für das hohe Defizit im Jahre 1980 ins Licht rücken:

— Durch die kräftige Anhebung der Preise für Mineralöl und andere Rohstoffe stiegen die Preise für Importgüter deutlich rascher als die Preise für Exportgüter. Die Abwertung der D-Mark verteuerte die Einfuhr zusätzlich. Dem Werte nach schrumpfte der Exportüberschuß stark zusammen. Unter der Voraussetzung, daß ein erneuter Schub bei den Ölpreisen ausbleibt, wird sich die Entwicklung der Importpreise zu den Exportpreisen im nächsten Jahr wieder umkehren, das heißt, die Terms-of-Trade werden sich verbessern. Hierzu könnte eine Aufwertung der D-Mark, wie sie zu den Annahmen der Prognose gehört, Hilfestellung geben.

— Durch das Konjunkturgefälle zum Ausland stiegen die Importe bis zur Jahresmitte 1980 der Menge nach rascher als die Exporte. Da die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr wieder stärker mit der Weltkonjunktur gleichlaufend sein wird, ergibt sich auch von daher eine gewisse Entlastung. Sie zeigt sich freilich mehr an der Entwicklung der Exporte und Importe im Jahresverlauf als im Durchschnitt des Jahres.

Alles in allem ergibt sich aus unseren Annahmen, daß die Leistungsbilanz 1981 ein Defizit in der Größenordnung von 24 Mrd DM ausweisen wird, rund 5 Mrd DM weniger als im Jahre 1980. Dabei ist allerdings im Auge zu behalten, daß der Saldo der Leistungsbilanz selbst auf geringe Veränderungen der Zuwachsraten von Mengen und Preisen im Leistungsverkehr mit dem Ausland sehr sensibel reagiert.

Tabelle 39

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1980

Absolute Werte

	Einheit	1979	1980	1981	1980		1981	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	766,3	822,5	870,5	394,3	428,0	417,5	452,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	277,9	302,5	320,0	139,2	163,5	147,5	172,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	318,1	355,0	369,0	162,7	192,5	169,0	199,5
Ausrüstungen	Mrd DM	123,7	134,0	143,0	61,4	73,0	66,0	77,0
Bauten	Mrd DM	194,3	221,0	226,0	101,3	119,5	103,0	123,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 29,6	+ 25,5	+ 18,0	+ 19,2	+ 6,5	+ 11,0	+ 6,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 12,4	- 0,0	+ 3,5	+ 0,6	- 1,0	+ 2,5	+ 1,0
Ausfuhr	Mrd DM	382,5	429,5	447,0	213,1	216,5	217,0	230,0
Einfuhr	Mrd DM	370,1	429,5	443,5	212,5	217,0	214,5	229,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 404,2	1 505,5	1 580,5	716,0	789,5	748,0	832,5
In Preisen von 1970:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	489,0	498,5	508,0	242,5	256,0	246,0	262,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	152,0	156,5	159,0	76,1	80,0	77,5	81,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	206,9	215,0	214,5	99,7	115,0	99,5	115,0
Ausrüstungen	Mrd DM	88,5	92,0	95,0	42,4	49,5	44,0	51,0
Bauten	Mrd DM	118,4	123,0	119,5	57,3	65,5	55,5	64,0
Ausfuhr	Mrd DM	257,7	272,5	274,0	136,7	136,0	134,0	139,5
Einfuhr	Mrd DM	243,3	258,0	259,5	127,6	130,5	126,5	133,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	882,5	900,5	907,0	439,1	461,0	437,5	469,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1970 = 100	156,7	165,0	171,5	162,6	167,5	169,5	173,0
Bruttosozialprodukt	1970 = 100	159,1	167,0	174,5	163,1	171,0	171,0	177,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1000	25 494	25 665	25 580	25 596	25 730	25 480	25 680
Arbeitszeit	Stunden
Arbeitsvolumen	Mrd Std.
Produktivität	DM je Std.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	Mrd DM	880,2	898,5	905,0	438,9	459,5	437,5	467,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	766,8	823,5	855,5	394,7	428,5	408,5	447,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	324,4	343,0	358,5	155,6	187,5	161,5	197,0
Volkseinkommen	Mrd DM	1 091,2	1 166,5	1 214,0	550,3	616,0	570,5	644,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit ¹⁾	Mrd DM	443,2	468,5	485,0	225,2	243,0	232,0	253,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	257,5	278,0	293,0	122,6	155,5	128,5	164,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²⁾	Mrd DM	881,5	949,0	1 005,5	455,9	493,0	483,0	523,0

1) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

2) Nettolohn- und -gehaltssumme.

schafflichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1981

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1979	1980	1981	1980		1981	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 7,2	+ 7 ¹ / ₂	+ 6	+ 7,0	+ 7 ¹ / ₂	+ 6	+ 5 ¹ / ₂
Staatsverbrauch	+ 8,0	+ 9	+ 6	+ 8,9	+ 9	+ 6	+ 5 ¹ / ₂
Anlageinvestitionen	+15,6	+11 ¹ / ₂	+ 4	+16,0	+ 8	+ 4	+ 4
Ausrüstungen	+12,1	+ 8 ¹ / ₂	+ 6 ¹ / ₂	+ 8,3	+ 8 ¹ / ₂	+ 7 ¹ / ₂	+ 5 ¹ / ₂
Bauten	+18,0	+13 ¹ / ₂	+ 2 ¹ / ₂	+21,2	+ 8	+ 2	+ 2 ¹ / ₂
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+ 9,9	+12 ¹ / ₂	+ 4	+16,4	+ 8 ¹ / ₂	+ 2	+ 6 ¹ / ₂
Einfuhr	+19,1	+16	+ 3 ¹ / ₂	+23,3	+10	+ 1	+ 5 ¹ / ₂
Bruttosozialprodukt	+ 8,5	+ 7	+ 5	+ 8,2	+ 6 ¹ / ₂	+ 4 ¹ / ₂	+ 5 ¹ / ₂
In Preisen von 1970:							
Privater Verbrauch	+ 3,2	+ 2	+ 2	+ 1,5	+ 2 ¹ / ₂	+ 1 ¹ / ₂	+ 2 ¹ / ₂
Staatsverbrauch	+ 2,9	+ 3	+ 2	+ 2,8	+ 2 ¹ / ₂	+ 2	+ 2
Anlageinvestitionen	+ 8,7	+ 4	- ¹ / ₂	+ 7,0	+ 1 ¹ / ₂	- ¹ / ₂	- 0
Ausrüstungen	+ 9,5	+ 4	+ 3	+ 3,9	+ 4	+ 4	+ 2 ¹ / ₂
Bauten	+ 8,1	+ 4	- 3	+ 9,2	- ¹ / ₂	- 3 ¹ / ₂	- 2 ¹ / ₂
Ausfuhr	+ 5,4	+ 5 ¹ / ₂	+ ¹ / ₂	+ 8,8	+ 3	- 2	+ 3
Einfuhr	+11,2	+ 6	+ ¹ / ₂	+ 9,1	+ 3	- 1	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 4,5	+ 2	+ ¹ / ₂	+ 3,6	+ ¹ / ₂	- ¹ / ₂	+ 1 ¹ / ₂
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 3,9	+ 5 ¹ / ₂	+ 4	+ 5,4	+ 5	+ 4 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂
Bruttosozialprodukt	+ 3,9	+ 5	+ 4	+ 4,5	+ 5 ¹ / ₂	+ 5	+ 3 ¹ / ₂
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	+ 1,2	+ ¹ / ₂	- ¹ / ₂	+ 1,0	+ ¹ / ₂	- ¹ / ₂	- 0
Arbeitszeit ¹⁾	- 0,5	- 1	- 1 ¹ / ₂	- 0,8	- 1	- 2 ¹ / ₂	- ¹ / ₂
Arbeitsvolumen	+ 0,7	- ¹ / ₂	- 2	+ 0,2	- 1	- 3	- 1
Produktivität	+ 3,9	+ 2 ¹ / ₂	+ 2 ¹ / ₂	+ 3,5	+ 1 ¹ / ₂	+ 2 ¹ / ₂	+ 2 ¹ / ₂
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	+ 4,6	+ 2	+ ¹ / ₂	+ 3,7	+ ¹ / ₂	- ¹ / ₂	+ 1 ¹ / ₂
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,3	+ 7 ¹ / ₂	+ 4	+ 8,1	+ 6 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂	+ 4 ¹ / ₂
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+10,3	+ 6	+ 4 ¹ / ₂	+ 6,3	+ 5 ¹ / ₂	+ 4	+ 5
Volkseinkommen	+ 8,2	+ 7	+ 4	+ 7,6	+ 6 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂	+ 4 ¹ / ₂
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit ²⁾	+ 7,7	+ 5 ¹ / ₂	+ 3 ¹ / ₂	+ 6,1	+ 5 ¹ / ₂	+ 3	+ 4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+12,0	+ 8	+ 5 ¹ / ₂	+ 8,7	+ 7 ¹ / ₂	+ 5	+ 5 ¹ / ₂
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	+ 7,9	+ 7 ¹ / ₂	+ 6	+ 7,8	+ 7 ¹ / ₂	+ 6	+ 6

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

DRITTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für 1981 und danach

I. Zur Grundlinie

Schwere Störungen

274. Die Wirtschaftspolitik ist im Jahre 1980 in rauhes Wasser geraten. Abermals droht ein Ölschock die Weltwirtschaft zu lähmen. Die Signale der Weltkonjunktur weisen nach unten. In allen Ländern steigt die Arbeitslosigkeit. Die Inflation ist noch nicht auf ein erträgliches Maß zurückgeführt. Auch in der Bundesrepublik stockt die Konjunktur. Der Strukturwandel, der in den letzten Jahren gut vorangekommen ist, stößt auf Hindernisse. Geldpolitik und Finanzpolitik stehen vor schwierigen Aufgaben. Das hohe Defizit in der Leistungsbilanz nagt am internationalen Vertrauen in die D-Mark und stellt die Bundesbank vor ein Dilemma. Die Bundesregierung hat ein umfassendes Sparprogramm eingeleitet, um das Haushaltsdefizit in Grenzen zu halten. Manövrierspielraum für wirtschaftspolitisches Gegensteuern ist so gut wie nicht vorhanden. Wieder einmal sind die Tarifparteien gefordert, der Wirtschaftspolitik auf schwierigem Kurs beizustehen. Noch haben die Unternehmen die Orientierung an dem, was ihnen auf mittlere Sicht gute Gewinne verspricht, nicht verloren.

275. Gemessen an den wirtschaftspolitischen Zielen, die der Sachverständigenrat seiner Arbeit zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1980 unbefriedigend verlaufen. Zielverletzungen sind bei allen vier Zielen festzustellen:

- Die Abweichung vom Ziel eines stabilen Preisniveaus war 1980 größer als in den vorangegangenen Jahren. Der Stabilisierungserfolg, der nach der Rezession von 1975 mühsam errungen worden war, drohte 1980 unter dem Schub des Ölpreises verloren zu gehen. Inzwischen scheint der Höhepunkt der Preissteigerungen überschritten zu sein. Die Geldpolitik, mit der die Bundesbank den Gefahren für den Geldwert entgegentreten mußte, hat jedoch die Schwächetendenz der Wirtschaft verstärkt.
- Die allmähliche Besserung der Beschäftigungslage, die sich in den letzten Jahren durchgesetzt hatte, wurde unterbrochen. Seit dem Frühjahr 1980 steigt die Arbeitslosigkeit wieder. Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist damit weiter hinausgerückt.
- Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist durch das hohe Defizit in der Leistungsbilanz ge-

stört. Bei den vorherrschenden Zinsen und Wechselkursserwartungen hat der internationale Kapitalmarkt das Defizit nicht finanziert. Die Bundesbank hat vielmehr einen erheblichen Teil ihrer Devisenreserven einsetzen müssen.

- Das Wachstum der Produktionskapazitäten droht wieder schwächer zu werden, weil im Zuge der Produktionsabschwächung auch die Investitionen, die der Kapazitätserweiterung dienen, zurückgegangen sind. Die Kapazitäten wachsen derzeit nur noch mit einer Rate von 2 bis 2¹/₂ vH. Das reicht nicht aus, die Beschäftigungsprobleme wenigstens allmählich zu lösen.

276. Die Wirtschaftspolitik wurde durch die neu aufgetretenen Störungen zurückgeworfen. Sie hatte nach der Rezession von 1975 eine Konzeption verfolgt, die mehr Stabilität und auch eine Verbesserung der Angebotsbedingungen anstrebte. Den vollen Ertrag konnte sie jedoch nicht ernten. Um über 30 Mrd DM wäre 1980 das reale Einkommen der Bürger in der Bundesrepublik höher, wenn sie ihr Öl noch zu den Preisen von 1978 beziehen könnten. Produktion und Beschäftigung hätten keinen Rückschlag zu erfahren brauchen, wäre diese Kaufkraft im Inland geblieben. Zu ersetzen ist der Kaufkraftentzug freilich nicht. Denn was die Ölproduzenten den Bürgern abnehmen, kann ihnen der Staat nicht wiedergeben. Es kommt jetzt darauf an, den Produktionsapparat so umzurüsten, daß Güter wettbewerbsfähig hergestellt werden können, die für das teurer gewordene Öl hergegeben werden müssen und die Öl sparen helfen. Um diese Aufgabe anzugehen, sind mehr Investitionen nötig. Dazu braucht man auch mehr Arbeitskräfte. Der gegenwärtige Beschäftigungsrückgang darf den Blick dafür nicht verstellen.

Der Verzicht auf eine inflationäre Politik und die Anstrengungen, die auf die Angebotsseite gerichtet waren, zahlen sich dennoch aus. Die Bundesrepublik braucht jetzt, wo neue Anpassungsaufgaben ins Haus stehen, nicht erst die Hypothek einer gescheiterten Wirtschaftspolitik abzutragen. Für eine Stabilisierungskrise wie in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien gibt es keinen Anlaß. Die Chance, daß in der deutschen Wirtschaft der Umstellungsprozeß an einer Rezession vorbeigeführt werden kann, ist gegeben. Die Wirtschaftspolitik braucht insofern nicht umzudenken. Ohne schwere Belastungen aus der Vergangenheit ist sie allerdings auch in der Bundesrepublik nicht. Als Ergebnis der Finanzpolitik der vergangenen Jahre sind die Defizite in den öffentlichen Haushalten übergroß geworden. Der Weg, den die Wirtschaftspolitik vor sich hat, ist nicht einfach.

Was uns die Weltwirtschaft aufgibt

277. Die Wirtschaftspolitik des Demand Management hat ihren Zauber verloren, seit die Länder, die am meisten auf sie gesetzt hatten, dafür mit einer Rezession bezahlen mußten. International herrscht heute weitgehend Konsens, daß die angemessene Antwort auf den Ölchock und auf die Anpassungsprobleme, die den Industrieländern auch aus anderen Gründen auferlegt sind, nicht bei einer expansiven Nachfragepolitik gesucht werden kann. Ob sich die Regierungen von dieser Politik abwenden, weil ihnen ein erneuter Versuch zu riskant erscheint oder weil sie ihre Manövriermasse verspielt haben, ist unerheblich. Wichtig ist, daß allenthalben nach Lösungen gesucht wird, die helfen, die Produktionsstruktur zu modernisieren, den Lohnkostendruck zu verringern, das Wachstum des Staatssektors zu begrenzen, die Investitionsrisiken zu vermindern, die Neuerungstätigkeit zu ermutigen und — ganz allgemein — die Risikobereitschaft zu erhöhen. Das bedeutet eine Besinnung auf Prinzipien, von denen das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung auf Dauer abhängen. Noch ist freilich nicht zu übersehen, welche Last der letzte Ölchock der Weltwirtschaft aufgebürdet hat, gar nicht zu reden von der Gefahr weiterer Ölpreisschübe in der Zukunft.

278. Die gegenwärtige Anpassungsstörung kann durchaus zu einer Dauerkrise werden, wenn es nicht gelingt, in Industrieländern wie Entwicklungsländern die Investitionsbedingungen zu verbessern. Für die nächste Zeit wird damit gerechnet, daß die Ölländer einen jährlichen Überschuß von 50 bis 100 Milliarden Dollar zur Anlage anbieten werden. Eine Finanzierungsaufgabe dieser Größenordnung hat sich den internationalen Kapitalmärkten bisher nicht gestellt.

279. Eine solche Recycling-Aufgabe bereitet Schwierigkeiten, wenn an guten Schuldner Mangel herrscht, wenn also auf den Finanzmärkten nicht genügend attraktive Anlagemöglichkeiten angeboten werden. Ein Mangel an guten Schuldnern ist im Grunde genommen nur Ausdruck davon, daß rentable und sichere Investitionschancen nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind. Zinsen, die an den internationalen Finanzmärkten gezahlt werden, müssen ja von Investoren erwirtschaftet werden, die am Ende einer mehr oder weniger langen Kreditkette stehen. Das gilt letztlich auch für die Zinsen, die ein Staat seinen Gläubigern bezahlt. Auch die Kreditwürdigkeit eines Staates hängt davon ab, wieviel die Bürger erwirtschaften, die ihm steuerpflichtig sind. Eine unsolide Wirtschafts- und Währungspolitik, die die Ertragschancen mindert und die Ertragsrisiken erhöht, schlägt so auf die Kreditwürdigkeit des Staates zurück.

280. Das Recycling-Problem kann erst dann als gelöst gelten, wenn die Anpassung bei den Investitionsbedingungen gelungen ist. Davon ist die Weltwirtschaft noch entfernt. Den Anlegern von Kapital sind die Risiken für längerfristige Engagements zu hoch. Die international tätigen Banken zögern, kurzfristige Einlagen langfristig auszuleihen. Sie klagen

über einen Mangel an risikotragendem Eigenkapital. Letztlich bedeutet dies nichts anderes, als daß ihren potentiellen Kapitalgebern die Risiken im Anlagegeschäft zu hoch erscheinen. Den Defizitländern, deren Wirtschaftspolitik nicht genügend Vertrauen ausstrahlt, kann die Ölrechnung nur kurzfristig gestundet werden. Der einzige Weg, die Kreditwürdigkeit zu verbessern, führt dann über einen scharfen Restriktionskurs, der die Inlandsausgaben wie die Importe drosselt, meist um den Preis einer Stabilisierungskrise. In vielen Entwicklungsländern, aber auch in einigen Industrieländern, ist eine solche Situation nicht mehr weit entfernt. Darüber darf nicht hinwegtäuschen, daß bisher die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite noch einigermaßen gelungen ist. Das Recycling-Problem ist eine latente Gefahr.

281. Je höher die Investitionsrisiken, ob wirtschaftlichen oder politischen Ursprungs, in einem Land sind, um so größer ist die Risikoprämie im Zins, die es bezahlen muß, wenn es an internationales Kapital zu Marktbedingungen herankommen will. Einer Risikoprämie im Zins steht gleich eine Abwertungstendenz bei der Währung des Landes. Politische Risiken spielen vor allem in bezug auf Entwicklungsländer eine Rolle. In den Industrieländern sind es häufig die wirtschaftlichen oder auch wirtschaftspolitischen Risiken, die das Anlagekalkül belasten. Sie gering halten, verspricht gesamtwirtschaftlichen Gewinn. Denn jedes Land kann sich eine Stabilisierungsprämie, also günstigere Zinskonditionen, verdienen, wenn es für attraktive Standort- und Anlagebedingungen sorgt. Für Kapital, das herbeiströmt, brauchen weniger hohe Zinsen gezahlt zu werden als für Kapital, nach dem man gehen muß.

282. Die Defizitländer stehen miteinander als Nachfrager auf den Kapitalmärkten und als Anbieter auf den Gütermärkten im Wettbewerb. Je mehr die Investitionsbedingungen in einem Land verbessert werden, um so mehr kann es an internationaler Konkurrenzfähigkeit gewinnen. Andere Länder müssen versuchen, Schritt zu halten. So hat man sich vorzustellen, daß im Wettbewerb unter den Ländern allmählich die Bedingungen entstehen, die in der Weltwirtschaft im ganzen herrschen müssen, wenn sie gesunden soll. Es geht dabei nicht um eine Exportförderungs politik zu Lasten der Nachbarn. Es geht darum, mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung im eigenen Land möglich zu machen. Das erhöht die Exportfähigkeit der inländischen Unternehmen, aber auch die Nachfrage nach den Gütern des Auslandes. Größere Leistungsbilanzdefizite der Handelspartner müssen keineswegs die Folge sein, zumal dann nicht, wenn ein verschärfter Wettbewerb auf den Kapitalmärkten und auf den Gütermärkten für die Wirtschaftspolitik in den Partnerländern den Anstoß dazu gibt, es ebenfalls mit einer solchen Strategie zu versuchen. Ein solcher angebotspolitischer Wettbewerb ist kein Null-Summen-Spiel, bei dem der eine nur das gewinnt, was der andere verliert. Vielmehr werden letztlich alle gewinnen.

283. Länder, die sichere und renditeträchtige Investitionschancen eröffnen, brauchen wegen eines Leistungsbilanzdefizits keine großen Sorgen zu haben. Die OPEC-Staaten werden ihr Kapital bei ihnen arbeiten lassen. Das Recycling-Problem wäre insoweit gelöst. Für die Weltwirtschaft würde dann die Gefahr geringer sein, daß die OPEC-Staaten die Ölproduktion deshalb drosseln, weil sie für ihre Einnahmenüberschüsse keine Anlagemöglichkeiten sehen, die ihnen attraktiv genug erscheinen. Die ölimportierenden Länder haben sich darauf einzurichten, daß sie eine Zeitlang einen Teil ihres Wachstums durch Kapitalimport finanzieren müssen. Das mag in Anbetracht des riesigen Kapitalbedarfs in den weniger entwickelten Regionen der Welt anormal erscheinen. Der Ölpreis hat jedoch auf der weltwirtschaftlichen Landkarte zunächst einmal neue Grenzen gezogen. Die ölabhängigen Industriestaaten werden erst dann wieder Kapitalexportländer sein können, wenn sie sich durch Sparen und Substituieren von Öl aus der Abhängigkeit vom OPEC-Kartell gelöst haben.

Das Dilemma der Wirtschaftspolitik

284. In der Bundesrepublik gibt es derzeit nicht die Angebotsbedingungen, die es erlauben würden, die neu aufgetretenen Fehlentwicklungen rasch zu beseitigen. So sehr sich im internationalen Vergleich sehen lassen kann, was bei der Stabilisierung des Kostenniveaus und der Verbesserung der übrigen Investitionsbedingungen in den letzten Jahren erreicht worden ist, der Belastung durch den erneuten Ölpreisschub war auch die deutsche Wirtschaft nicht gewachsen. Von der weltweiten Produktionsstokung blieb sie nicht verschont. Die Wirtschaftspolitik hat eine Durststrecke durchzustehen. Die Tarifparteien sehen, wie eng der verteilungspolitische Spielraum geworden ist. Die Gewerkschaften werden gleichwohl das Ansinnen von sich weisen, allein für bessere Angebotsbedingungen in die Pflicht genommen zu werden.

285. Die beste Wirtschaftspolitik in einer solchen Situation ist, der Wirtschaft die Flucht nach vorne so leicht wie möglich zu machen. Die Konjunktur mag schwach sein, die mittelfristigen Wachstumschancen werden jedoch von den Unternehmen nicht ungünstig eingeschätzt. Noch vor wenigen Jahren gab es verbreitete Furcht vor einer säkularen Stagnation, genährt durch einen Nachfragepessimismus, der die menschlichen Bedürfnisse für begrenzt ansieht. Diese Stimmung scheint verflogen zu sein, wenngleich einige Prognosen über die mittelfristige Beschäftigungsentwicklung noch von ihr zeugen. Heute ist wenig umstritten, daß die weltwirtschaftliche Herausforderung gewaltige Investitionen verlangt, Investitionen, die die Ölabhängigkeit mindern helfen, die ein schärfer werdender internationaler Wettbewerb erzwingt und die der Erneuerung des Produktionsapparates dienen. Weltweit ist der Anpassungsprozeß unterwegs. Japan scheint Vorreiter zu sein. Die industriellen Schwellenländer, von denen viele hoch verschuldet sind, können gar nicht anders, als soviel Exportgüter wie möglich anzubie-

ten. Auch die Unternehmen in den Vereinigten Staaten und in den europäischen Partnerländern drängen mehr als früher in den Export, teils weil die Konjunktur schwach ist, teils weil eine auf Verbesserung der Investitionsbedingungen ausgerichtete Wirtschaftspolitik ihnen zugute kommt. Die deutsche Wirtschaft gehört gewiß nicht zu den Nachzüglern. Das hohe Leistungsbilanzdefizit signalisiert jedoch einen großen noch ungedeckten Anpassungsbedarf. Den Unternehmen muß es erleichtert werden, mit der neuesten Technik zu produzieren und Produkte auf die Märkte zu bringen, die weltweit gefragt sind. Die Wirtschaft steht erst am Anfang eines sich möglicherweise sehr lang hinziehenden Investitionszyklus, dem die Wirtschaftspolitik Hindernisse aus dem Weg räumen muß.

286. Die Finanzpolitik ist mit einer Flurbereinigung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen beschäftigt. Die Zunahme des Staatsdefizits hatte ein derartiges Tempo angenommen, daß ein Umdenken unvermeidlich wurde. Die Bundesregierung mußte ein Sparprogramm auf den Weg bringen. Aber selbst wenn die Regierung ihre Sparziele verwirklicht, wird im Jahre 1981 von den öffentlichen Haushalten ein expansiver Impuls von 40 Mrd DM ausgehen. Ein so starker Impuls ist in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht unerwünscht. Doch ist er angebotspolitisch problematisch; denn er steht für einen weiter extrem hohen Kreditbedarf des Staates im kommenden Jahr und in den Jahren danach. Der Staat darf mit dem Sparen nicht aufhören, wenn er die jährliche Neuverschuldung wieder auf ein Normalmaß zurückführen will. Er wird vor allem prüfen müssen, wo Subventionen und andere Begünstigungen noch abgebaut werden können, auch solche, die fest im Besitzstandsdenken verankert sind.

287. Eine Sparpolitik, wie sie gegenwärtig betrieben wird, läßt sich erfahrungsgemäß am ehesten durchsetzen, wenn sie vor nichts und niemand haltmacht. Daß dabei auch an wachstumsnotwendigen Investitionen gespart wird, ist zu befürchten. Eine Formel wie „Jäten und Säen“, mit der nach der Rezession von 1967 die Doppelaufgabe der Wirtschaftspolitik umschrieben worden war, ist heute nicht im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Die alte Formel kann freilich nicht ohne weiteres übertragen werden. Denn das „Säen“ verlangt heute nicht nach einer konjunkturpolitischen, sondern einer angebotspolitischen Antwort, weil die Probleme, die es zu lösen gilt, eher Probleme des verschärften Strukturwandels und der damit verbundenen Friktionen sind als Probleme eines Nachfragemangels. Die Anpassungsfriktionen sind zwar gegenwärtig so stark, daß sie den Wirtschaftsprozeß vorübergehend lähmen. An expansiven Impulsen der öffentlichen Haushalte mangelt es jedoch nicht. Weitere Ankurbelungsprogramme erscheinen nicht angezeigt. Sie würden den Unternehmen bei den eigentlichen Anpassungsaufgaben nicht helfen. Eine Feinsteuerung, die jede Durststrecke zu vermeiden sucht, schadet nach aller Erfahrung mehr als sie nützt.

288. Das Ausland scheint die Fähigkeit der Bundesrepublik, wirtschaftliche Probleme lösen zu kön-

nen, nicht mehr so hoch zu bewerten wie früher, jedenfalls wenn man den Wechselkurs der D-Mark als Indikator für die Einschätzung dieser Fähigkeit nimmt. Von selbst strömt das Geld nicht herbei, das zur Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits nötig ist. Solange die Finanzpolitik und die Tarifparteien nicht durch schlüssiges Handeln dokumentieren, daß die Skepsis der ausländischen Kapitalanleger unbegründet ist, sieht sich die Bundesbank in die Rolle gedrängt, den Außenwert der Währung verteidigen zu müssen. Genauer: Sie muß einen unbequemen Mittelweg suchen zwischen dem binnenwirtschaftlich nicht unbegründeten Drängen nach einer Lockerung der geldpolitischen Bremsen und den stabilitätspolitischen Gefahren, die von einer stärkeren Abwertung der D-Mark ausgehen können. Letzteres verlangt hohe Zinsen, die ein allzu starkes Abgleiten der Wechselkurse verhindern, den realwirtschaftlichen Anpassungsprozeß aber behindern. An sich dürfte die Finanzierung eines Leistungsbilanzdefizits bei beweglichen Wechselkursen keine Probleme aufwerfen. Es gibt immer einen Wechselkurs, bei dem sich das Defizit von selbst am Markt finanziert. Zur Erleichterung des realwirtschaftlichen Anpassungsprozesses mag dieser Wechselkurs sogar erwünscht sein. Nur könnte es ein Wechselkurs sein, bei dem zusätzliche Gefahren für die Stabilität des Preisniveaus heraufziehen. Denn eine starke Abwertung kann leicht eine Inflationswelle auslösen, wenn im Inneren latente Preisauftriebstendenzen vorhanden sind. Aus diesem Grund ist die Bundesbank 1980 in ein Dilemma geraten.

289. Eine Politik, die darauf zielt, das Leistungsbilanzdefizit so schnell wie möglich abzubauen, würde die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft sicherlich überfordern. Sie wäre mit hohen Friktionskosten verbunden. Es geht um mehr als nur um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Der realwirtschaftliche Anpassungsprozeß muß auf nicht-inflatorische Weise und auf nicht-deflatorische Weise zustande gebracht werden. Eine drastische Abwertung scheidet aus Stabilitätsgründen als Mittel zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aus. Eine deflatorische Politik, die den Realtransfer über eine Rezession erzwingt, kommt ebensowenig in Betracht. Die Wirtschaftspolitik muß einen beschwerlichen, aber stabilitäts- und wachstumsgerechten Weg gehen, auf dem die Kosten gesenkt und die übrigen Angebotsbedingungen verbessert werden. Je entschlossener sie diesen Weg einschlägt, um so eher wird das Ausland mehr Vertrauen in die D-Mark fassen, so daß die Finanzierung der Defizite keine Schwierigkeiten bereitet. Eine Mischung aus Konsequenz und Gelassenheit ist vonnöten.

290. Ein Teil des Leistungsbilanzdefizits ist durch das Konjunkturgefälle bedingt, das zwischen der Bundesrepublik und ihren Handelspartnern bestand. Dieses Konjunkturgefälle wird im kommenden Jahr verschwunden sein. Aus diesem Grunde und wegen eines Gewinns aus einem besseren Preisverhältnis im Außenhandel wird das Defizit wieder kleiner werden. Das sollte den Kurs der D-Mark stabilisieren helfen. Der wohl größere, strukturelle Teil des Defizits spiegelt die erhöhte Ölrechnung und an-

dere dauerhafte Einflüsse wider. Das ist der Teil des Defizits, der nur allmählich abgebaut werden kann. Den Realtransfer dadurch zu erzwingen, daß die Ausfuhr bewußt forciert oder die Einfuhr und die Auslandsreisen administrativ eingeschränkt werden, kann kein vernünftiges Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Ausdrückliches Ziel sollte dagegen sein, die Produktionsbedingungen im Inland so zu verbessern, daß der Markt das Defizit zu möglichst niedrigen Zinsen finanziert. Die Unternehmen in der Bundesrepublik würden auf das importierte Kapital — kombiniert mit inländischer Arbeitskraft, eigener Technologie und eigener Initiative — eine Rendite erwirtschaften können, die die Bundesrepublik ihrer gegenwärtigen Finanzierungssorgen enthebt. Die Höhe des Leistungsbilanzdefizits selbst wäre dann nur noch eine Angelegenheit der volkswirtschaftlichen Buchhaltung. Die Bundesbank wäre aus ihrem gegenwärtigen Dilemma heraus. Da die realwirtschaftlichen Bedingungen dann einen ausreichenden Kapitalzustrom sichern, brauchte sie sich nicht mit geldpolitischen Maßnahmen, die den Investitionen wenig förderlich sind, um diesen zu bemühen.

291. Wie schnell die Bundesrepublik das strukturelle Leistungsbilanzdefizit abbauen kann, hängt nicht zuletzt von der Energiepolitik ab. Die Investitionen, die die Abhängigkeit vom Öl mindern, sind dabei von strategischer Bedeutung. Die Rentabilität dieser Investitionen stellt bei dem hohen Ölpreis kein Problem dar. Die Hemmnisse, die sich ihnen entgegenstellen, liegen woanders. Die Nutzung der Kernenergie stößt auf harten Widerstand. Die verantwortlichen Politiker haben bisher Konflikte zu vermeiden versucht. Mehr als ein langsamer Ausbau der Kernenergie scheint nicht konsensfähig zu sein. Ein nennenswerter Beitrag der Kernenergie zur Ölsubstitution kann so nicht erreicht werden. Auch die Nutzung von Kohle, insbesondere von Importkohle, kommt nicht im erwünschten Maße voran. Nachdem die Absatzgarantie für den deutschen Bergbau vertraglich erweitert worden ist, konnte immerhin ein Stufenplan für die Liberalisierung der Kohleimporten beschlossen werden, der von 1981 an erhöhte Einfuhren von Steinkohle für Kraftwerke, Industriebetriebe und den Bereich der Kohleveredelung vorsieht. Der Prozeß der Umstellung auf verstärkte Kohlenutzung ist aber noch nicht richtig angelaufen. Über die Zukunft der Kohleveredelung herrscht große Unsicherheit. Voll in Gang gekommen sind dagegen die Umrüstungsinvestitionen in der Automobilindustrie, die die Fertigung sparsamerer Autos erlauben, sowie die vielen kleinen Investitionen, die der besseren Wärmeisolierung von Häusern und Wohnungen dienen.

292. Als Folge der Ölvertuerung und der ungünstigen außenwirtschaftlichen Konstellation mußte die Beschäftigungspolitik einen gravierenden Rückschlag hinnehmen. Vom Weg, der zur Vollbeschäftigung führt, ist die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 1980 abgedrängt worden. Es ist abzusehen, daß auch in der Bundesrepublik bald wieder so viele Personen arbeitslos sein werden wie in der Rezession von 1975. Ein tiefer Einbruch bei der Beschäftigung, der die Arbeitslosigkeit weit über die Millionenmarke

ansteigen ließe, braucht zwar nicht befürchtet zu werden. Dennoch ist das Beschäftigungsproblem eine wachsende Bürde für die Wirtschaftspolitik und die Tarifparteien. Es ist geradezu paradox, daß in der Zeit, in der die weltwirtschaftlichen Anpassungsaufgaben und hohe Leistungsbilanzdefizite eine vermehrte Produktion von Gütern verlangen, weniger gearbeitet wird.

293. Die Friktionen, mit denen der Anpassungsprozeß gegenwärtig verbunden ist, können diesen Widerspruch nur zu einem geringen Teil erklären. Denn auch in den vergangenen Jahren guter Konjunktur ist die Arbeitslosigkeit wenig abgebaut worden. Ein sogenannter harter Kern der Arbeitslosigkeit erwies sich als äußerst zählebig. Offenbar geht er auf eine dauerhafte Störung des Arbeitsmarktes zurück. Allenfalls im Sog einer allgemeinen Übernachfrage könnte dieser Teil der Arbeitslosigkeit rasch vermindert werden. Bei Gewinnmargen der Unternehmen, wie sie verteilungspolitisch toleriert werden, ist eine solche Übernachfrage aber kaum vorstellbar. Der Staat kann diesen harten Kern der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsmarktpolitik bekämpfen, beseitigen kann er ihn nicht. Denn die Wirkungsmöglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik sind begrenzt. Eine schnelle Lösung des Beschäftigungsproblems, die von niemandem große Opfer verlangt, ist nicht in Sicht. Um so mehr müssen weiterhin die Chancen für eine allmähliche Anpassung des Kostenniveaus genutzt werden. Auch die nächste Lohnrunde sollte dafür Spielraum lassen.

294. In jüngster Zeit wurden prognostische Vorstellungen erarbeitet, die Aufschluß über die künftige Beschäftigungsentwicklung geben sollen. Die meisten solcher Prognosen zeigen auf, daß unter bestimmten Annahmen bis Ende der achtziger Jahre mit einer Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von eineinhalb bis zwei Millionen Personen zu rechnen ist. Bei der Beurteilung solcher Prognosen muß im Bild bleiben, daß die Ergebnisse nicht mehr und nicht weniger sind als die logische Folge der gesetzten Annahmen. In den längerfristigen Beschäftigungsprognosen wird neben anderem davon ausgegangen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion langsamer zunimmt als die Arbeitsproduktivität. Die Entwicklung beider Größen ist jedoch sehr unsicher. Nichts ist auf mittlere und längere Sicht so fest vorgegeben, wie es diese Prognosen für die Produktion und Produktivität unterstellen. Letztlich weiß heute niemand, welchen Verlauf die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden zehn Jahren nehmen wird. Zu vieles — der Welthandel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Kosten und Erträge, um nur einige wichtige Punkte zu nennen — ist auf längere Sicht nicht in tolerablen Grenzen vorhersagbar.

Die Prognoseergebnisse reagieren überdies sehr empfindlich auf Änderungen der gesetzten Annahmen. Nur geringfügige Variationen der unterstellten Entwicklungspfade können schon gravierende Unterschiede der Prognoseergebnisse bewirken. Um ein Beispiel zu nennen: Liegt der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktivität bei sonst unveränderten Annahmen pro Jahr nur um 0,2 vH unter

der ursprünglich angenommenen Entwicklung, dann würde man allein aus diesem Grunde Jahr für Jahr mit fünfzigtausend zusätzlichen Beschäftigten, das sind eine halbe Million Personen in einem Jahrzehnt, rechnen. Es gibt keine Methode, mit der man die längerfristige Produktivitätsentwicklung auch nur auf einen Prozentpunkt genau voraussagen könnte. Trendrechnungen bilden in der Regel nur die Entwicklung der Vergangenheit ab. Auch wenn man meint, neue Einflußgrößen — wie etwa die vermehrte Anwendung arbeitssparender Technologien im Dienstleistungssektor — erkannt zu haben, und deshalb bei den Annahmen für die Zukunft von der Erfahrung der Vergangenheit abweicht, bleiben langfristige Prognosen zu unsicher, als daß man sie als wahrscheinlichste von allen denkbaren Entwicklungen nehmen kann.

Eine wirtschaftspolitische Strategie, die solche Prognosen heranzieht, um damit einen quantifizierten Handlungsbedarf zu begründen, stünde auf einem zu unsicheren Boden. Wie viele und welche Investitionen auf längere Sicht benötigt werden, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, kann nicht genau genug vorausgesagt werden. Einigermaßen sicher ist nur, daß mehr Investitionen nötig sind, und zwar vorwiegend im privaten Sektor, weil die Probleme, die zunehmend in der staatlichen Verschuldung gesehen werden, sowie der wachsende Steuerwiderstand als Indiz dafür genommen werden können, daß die Mehrheit der Bürger eine exzessive Ausdehnung der staatlichen Leistungen nicht wünscht, möglicherweise sogar dem Staat mit zunehmender Entfremdung gegenübersteht.

295. Die hohe Staatsverschuldung war vor der Bundestagswahl ein heftig umstrittenes Thema. Tiefsitzende Ängste sind wach geworden. Von einer bevorstehenden Währungsreform war die Rede und von der Belastung künftiger Generationen. Zur Rechtfertigung der Staatsverschuldung wurde angeführt, daß sich der Staat im Interesse der Beschäftigung habe verschulden müssen. Die Auseinandersetzung glich teilweise einem Glaubensstreit. Die eigentliche wirtschaftspolitische Problematik der Staatsverschuldung geriet dabei jedoch aus dem Blick. Obwohl der Streit inzwischen abgeklungen zu sein scheint, dürften die aufgekommenen Argumente für die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit weiter von Bedeutung sein.

Unsinnig ist die Behauptung, wegen der hohen Staatsverschuldung sei eine Währungsreform notwendig. Hier wird offenbar ein unzulässiger Vergleich mit der Währungsreform von 1948 hergestellt, mit der sich der Staat des inflationär finanzierten Schuldenbergs entledigte, den das Dritte Reich hinterlassen hatte. Die Staatsschuld von heute ist nicht inflationär finanziert. Eine Ausweitung des Geldumlaufes aus Gründen der staatlichen Verschuldung hat es nicht gegeben.

Komplizierter ist das Argument, daß die Staatsverschuldung eine Belastung künftiger Generationen darstellt. Die Güter und Dienste, die der Staat durch Kreditaufnahme beansprucht, mindern auf jeden Fall das, was die heutige Generation an privaten Gütern und Diensten beanspruchen kann. Ob künftige

Generationen belastet werden, hängt davon ab, wie die Kreditaufnahme und die damit finanzierten Staatsausgaben auf das Produktionspotential der Volkswirtschaft wirken. Finanziert der Staat mit den Krediten Investitionen, deren volkswirtschaftlicher Ertrag auf der Höhe der Rentabilität privater Investitionen ist, so kann man nicht von einer Belastung der künftigen Generationen sprechen, selbst dann nicht, wenn durch die staatliche Kreditaufnahme private Investitionen verdrängt worden sind. Allerdings ändert sich die Verteilung zwischen Privaten und Staat. Die künftige Generation muß zwar über ihre Steuern oder durch Verzicht auf sonst mögliche staatliche Leistungen die finanziellen Mittel aufbringen, die der Staat bei der Bedienung der Staatsschuld seinen Gläubigern wieder zuleitet. Das ist in diesem Falle jedoch unproblematisch, da sie zugleich den Nutzen aus den Investitionen haben, die mit den Krediten finanziert worden sind. Der volkswirtschaftliche Ertrag staatlicher Investitionen ist freilich kaum meßbar. Er unterliegt politischer Bewertung. Und hier fängt der Streit gewöhnlich an. Wenn der Staat als wenig produktiv angesehene Investitionen oder gar konsumtive Ausgaben mit Krediten finanziert und private Investitionen im Umfang seiner Kreditaufnahme verdrängt, so hat das zur Folge, daß die künftige Generation ein insofern gemindertes Sachvermögen übernimmt und außerdem die Last hat, über den Staat den von der vorigen Generation hinterlassenen Schuldendienst abwickeln zu müssen. Das verengt bei gegebener Obergrenze für die Steuerquote den Spielraum der künftigen Generation, ihrerseits den Staat mit Aufgäben zu betrauen, die Geld kosten. So gesehen ist das Generationenargument nicht ohne Berechtigung. Es setzt aber ein Urteil über die relative Dringlichkeit von Staatsaufgaben, die ökonomischen Wirkungen der Kreditaufnahme und Vorstellungen über die Grenze der Steuerlast voraus. Für einen Gebrauch in vergrößerter Form eignet es sich nicht. Nicht ohne weiteres richtig ist das Argument, der Staat habe sich verschulden müssen, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Ein kreditfinanzierter Impuls von seiten des Staates war in Zeiten schlechter Konjunktur zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie beispielsweise 1975 angemessen. Über die beschäftigungspolitische Notwendigkeit einer hohen Neuverschuldung in anderen Jahren kann man zumindest geteilter Meinung sein. Kreditfinanzierte Staatsausgaben mögen Arbeitsplätze schaffen, sie können aber auch private Investitionen verdrängen, die Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten hätten. Der Saldo der Beschäftigungswirkungen ist alles andere als sicher, insbesondere in Jahren, in denen von der Konjunktur her kein Bedarf für eine expansive Politik zu erkennen war.

Die wirtschaftspolitischen Probleme, die mit der Staatsverschuldung verbunden sind, haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Der laufende Schuldendienst beansprucht die öffentlichen Haushalte inzwischen in einem Maße, daß der Handlungsspielraum eingeschränkt ist und dort gekürzt wird, wo es am ehesten möglich ist, nämlich bei den Investitionen. Auch belastet die Finanzierung der Staatsschuld den Kapitalmarkt und behindert einen Rückgang der Zinsen. Dieses sind im Hinblick auf

die Anpassungsaufgaben, die vor uns liegen, unerwünschte Wirkungen.

296. Auf die Widerstände der Bürger stößt der Staat nicht nur wegen seiner zunehmenden Verschuldung, sondern auch wegen der drückender werdenden Steuer- und Abgabenlast und der immer zahlreicheren und komplizierteren Gesetze und Verordnungen. In der Bundesrepublik könnte sich wie in anderen Ländern eine Entfremdung zwischen Bürgern und Staat bemerkbar machen, die ihre wirtschaftliche Ausformung in der sogenannten Schattenwirtschaft findet, also der Abwahl der geltenden Normen für wirtschaftliche Tätigkeit. Mit einer solchen „*economia sommersa*“ ist die wirtschaftliche Betätigung gemeint, die sich am Rande oder jenseits der Legalität abspielt: Schwarzarbeit während der Freizeit, bei Arbeitslosigkeit oder bei Krankmeldung, graue Umsätze, unbesteuerter Gewinne, Beschäftigung von Ausländern ohne Arbeitserlaubnis — dies sind Stichworte, die den Problemkreis umreißen. Daneben gibt es selbstverständlich die völlig legale Form des Rückzugs in die Eigenwirtschaft und die Nachbarschaftshilfe. Die offizielle arbeitsteilige Wirtschaft weist sicher Unvollkommenheiten auf, die in manchen Fällen durch die Schattenwirtschaft gemindert werden mögen. Denn diese produziert ohne die Verzerrungen, die sich aus den staatlichen Abgaben und einem Übermaß an Regulationen ergeben. Das dürfte in einzelnen Bereichen eine durchaus effiziente Nutzung von Arbeit und Kapital erlauben, wegen der hohen Anreize möglicherweise sogar eine sehr effiziente. Anscheinend gibt es auch antizyklische Schwankungen im Umfang der Schattenwirtschaft. Daß diese Form des Wirtschaftens dem sozialen Frieden eher dient als schadet, hat anscheinend zu einer gewissen Toleranz gegenüber der Schattenwirtschaft geführt. Es wäre wohl auch kein angemessener Weg, sie mit scharfen Kontrollen zu bekämpfen. Das würde den Widerstand gegen den Staat nur vergrößern. Besser ist es, darauf zu sehen, daß Regeln festgelegt werden, im Abgabebereich ebenso wie anderwärts, die die Bürger als fair ansehen können. Der Staat muß darauf bedacht sein, daß er die Loyalität seiner Bürger nicht überfordert. Sollte sich unter den Bürgern die Haltung ausbreiten, das Ausweichen in die Schattenwirtschaft als etwas Selbstverständliches anzusehen, so wäre Gefahr im Verzuge.

Grundmuster einer Lösung

297. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht darin, der Wirtschaft die Rückkehr auf einen mittelfristigen Wachstumspfad zu ermöglichen. Von kurzfristigen Störungen des Anpassungsprozesses sollte sie sich nicht irritieren lassen. Wichtiger als der Versuch einer konjunkturellen Feinsteuerung ist eine verlässliche Politik, die die angebotspolitischen Grundlagen weiter stärkt. Es besteht durchaus die Chance, daß der Bundesrepublik eine tiefe Rezession erspart bleibt. Die Erwartung, daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft erreichbar ist, versteht sich jedoch nicht von selbst. Zwischen der Geldpolitik, der Finanzpolitik und der Lohnpolitik stimmt die

Rollenverteilung nicht. Nicht jeder dieser drei Bereiche löst die Aufgaben, die er am besten lösen kann. Das muß bald anders werden:

- Die Bundesbank sollte sich erneut auf eine strikt potentialorientierte Geldmengenpolitik festlegen. Sie braucht bei ihrer Stabilitätspolitik jedoch Entlastung von der Finanzpolitik und den Tarifparteien. Dann wird ihr Kurs auch mit niedrigeren Zinsen verbunden sein.
- Die Finanzpolitik, von der gegenwärtig starke expansive Impulse ausgehen, muß ihr Sparprogramm durchsetzen und bald den mittelfristigen Konsolidierungskurs festlegen. Dabei kommt es weiterhin darauf an, daß Subventionen abgebaut werden, die funktionslos geworden sind und die Leistungsbereitschaft hemmen.
- Gesetzgeber und Regierung sind gefordert, der privaten Wirtschaft möglichst sichere Planungsdaten an die Hand zu geben und Hemmnisse für Investitionen und Innovationen zu beseitigen. Das erscheint gegenwärtig vordringlich.
- Die Tarifparteien müssen sehen, daß der Verteilungsspielraum sehr eng geworden ist. Flexibilität wird in der nächsten Lohnrunde verlangt, so daß Spielraum bleibt für eine Korrektur des Kostenniveaus bei wieder aufstrebender Konjunktur. Zusätzlicher Kostendruck könnte viele Unternehmen, die Absatzprobleme haben, zu Entlassungen zwingen oder in den Konkurs treiben.

298. Die Grundlinie der Geldpolitik sollte im nächsten Jahr durch eine Expansion der Zentralbankgeldmenge von etwa 5 1/2 vH gekennzeichnet sein. Das ist der Wachstumspfad, auf dem von der Geldpolitik weder expansive noch kontraktive Impulse ausgehen. Wenn die Bundesbank diesen Kurs mit Entschiedenheit (und rechtzeitig vor Beginn der nächsten Lohnrunde) festlegt, wird sie stabilisierend auf den Kurs der D-Mark wirken. Unter einen Konjunkturvorbehalt sollte die Festlegung des Ziels nicht gestellt werden. Das könnte Irritation auslösen. Ein ausdrücklicher Vorbehalt hinsichtlich der Wechselkursentwicklung erscheint bei einer Zielgröße von 5 1/2 vH an sich überflüssig. Er versteht sich aber von selbst für den Fall, daß vom Wechselkurs her die Stabilität bedroht wird. Die Bundesbank sollte gelassen bleiben und nicht selbst am Erfolg ihrer Politik zweifeln. Die stabilitätspolitische Konstellation in der Welt und in Europa wird der D-Mark Rückenwind verschaffen. Der zu erwartende Rückgang des Leistungsbilanzdefizits mag helfen, die Wechselkursänderungserwartungen wieder an die Inflationsdifferenzen heranzuführen. Das Europäische Währungssystem erweist sich bei den gegenwärtigen Unterschieden von Inflationsraten und Zinsen nicht unbedingt als verlässlicher Wegweiser für die Erwartungsbildung an den Devisenmärkten. Daß die D-Mark am unteren Interventionspunkt notiert, ist zwangsläufige Folge der herrschenden Zinsdifferenzen bei Abwesenheit von Paritätsänderungserwartungen. Dies läßt nicht auf eine Schwäche der D-Mark schließen. Die europäischen Währungsbehörden sollten dafür sorgen, daß die Länder mit niedrigen Preissteigerungsraten den Anpassungs-

bedarf bei ihren Wechselkursen rechtzeitig decken können.

299. Die Geldpolitik braucht dringend Entlastung von der Finanzpolitik und der Lohnpolitik. Die Bundesbank kann bei der derzeitigen währungspolitischen Konstellation nicht ohne weiteres eine ausreichende, an den binnenwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientierte Geldversorgung sicherstellen, wenn sie immer wieder den äußeren Wert der D-Mark verteidigen muß. Ein Konflikt zwischen Stabilität und Beschäftigung kann in krasser Form hervortreten: Die Bundesbank muß sich entweder den Gefahren einer Rezession gegenüber gleichgültig zeigen, um am Stabilitätsziel festhalten zu können, oder sie muß ihren Stabilisierungsauftrag vernachlässigen, um eine ausreichende Geldversorgung im Innern sicherzustellen. Der Konflikt läßt sich nur vermeiden, wenn der Staat und die Tarifparteien dazu beitragen, daß am Wert der Mark keine Zweifel aufkommen.

300. Neue Expansionsprogramme der Finanzpolitik sind nicht angezeigt. In den öffentlichen Haushalten ist für das Jahr 1981 — trotz der jüngsten Sparmaßnahmen — ein expansiver Impuls von rund 40 Mrd DM angelegt. Gäbe es keine Zweifel daran, daß der Staat seine Defizite mittelfristig auf ein vernünftiges Maß zurückführen wird, wäre von einem Impuls dieser Größenordnung eine stark belebende Wirkung zu erwarten. Es lasten jedoch die ungelösten Probleme der Staatsfinanzen wie eine Hypothek auf den privaten Investitionen. Am Kapitalmarkt beansprucht der Staat ein riesiges Kreditvolumen, während die privaten Investoren auf niedrigere Zinsen warten. Jedes Expansionsprogramm würde den Kreditbedarf weiter hinauftreiben, möglicherweise auch die Zinsen. Die nachfrageorientierte Globalsteuerung scheint am Ende ihres Handlungsspielraums angelangt zu sein. Auch für die Angebotspolitik, etwa zusätzliche Investitionsförderung, ist derzeit kein Geld vorhanden, das nicht an anderer Stelle eingespart werden muß. Wir raten daher im Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftslage zu keinen weiteren finanzpolitischen Maßnahmen. Der Staat sollte vielmehr den mittelfristigen Konsolidierungskurs so deutlich wie möglich festlegen.

301. Die Konsolidierungsaufgabe, also der allmähliche Abbau der Haushaltsdefizite auf eine konjunkturneutrale Größe, darf nicht wieder in der Hoffnung auf bessere Zeiten vertagt werden. Ein erster Schritt ist mit dem Sparprogramm getan. Weitere Anstrengungen werden nötig sein. Steuererhöhungen größeren Stils scheiden aus, von Anpassungen einzelner Verbrauchsteuern möglicherweise abgesehen. Im wesentlichen müssen die Staatsausgaben die Konsolidierung tragen. Eine Grundlinie, auf der die Konsolidierung in einer Reihe von Jahren erreicht werden könnte, liefe darauf hinaus, die Staatsausgaben je Jahr um 1 1/2 bis 2 vH weniger zu erhöhen, als dem Zuwachs des nominalen Sozialprodukts entspricht. Wo gespart werden soll, ist eine Frage, die Politiker lieber an andere als an sich selbst stellen. Zur Dringlichkeit einzelner Staatsausgaben kann sich der Sachverständigenrat nicht äu-

Bern. Er hat jedoch in diesem Gutachten vier große Subventionsbereiche — die Sparförderung, die Wohnungsbauförderung, die Bundesbahn und besonders die Agrarpolitik — daraufhin überprüft, ob Einsparmöglichkeiten vorhanden sind, die in den kommenden Jahren ohne größeren Schaden für andere Ziele der Wirtschaftspolitik genutzt werden können.

302. Da es an öffentlichem Geld für zusätzliche Investitionsförderung fehlt, ist es besonders dringlich, daß der Staat die von ihm zu verantwortenden Investitionsrisiken und Investitionshemmnisse abbaut. Die Energiewirtschaft hat damit am meisten zu kämpfen und indirekt auch die Wirtschaftsbereiche, die auf ein kostengünstiges Energieangebot angewiesen sind. Planungssicherheit, für die der Staat sorgen muß, ist eine notwendige Vorleistung für private Investitionen. Es ist dringlich, daß über die Bedingungen, unter denen Kraftwerke in der Bundesrepublik gebaut und betrieben werden dürfen, bald entschieden wird. Ebenso scheint es an der Zeit zu sein, die Rahmenbedingungen für den gesamten Kommunikationsbereich dahin gehend zu überprüfen, ob hier nicht Innovationen größeren Umfangs blockiert werden. Auch das geltende Mietrecht hat sich als Belastung für das Investitionskalkül im Wohnungsbau erwiesen. Eine Lockerung der Vergleichsmietenregelung ist geplant. Ob dies ausreicht, muß abgewartet werden.

303. Die Lohnpolitik wird sich für die nächste Runde auf sehr kleine Verteilungsspielräume einrichten müssen. Wir raten zu Abschlüssen, die Raum lassen für eine Korrektur des Kostenniveaus im Verlauf des Jahres. Die Produktivitätssteigerung, mit der wir für 1981 rechnen, ist eine Erwartungsgröße. Sie wird nur zu realisieren sein, wenn sich die Wirtschaft wieder belebt. Ob es zu einer Besserung kommt, hängt aber in nicht geringem Maße vom Ergebnis der nächsten Lohnrunde ab. Was real verteilbar erscheint, muß noch erarbeitet werden.

Riskant wäre es, den Anstieg der Produktivität zu hoch einzuschätzen. Lohnabschlüsse, die auf einer solchen Schätzung beruhen, könnten zwar die gemessene Produktivität hochtreiben, aber — das ist die Gefahr — nur dadurch, daß die Beschäftigung weiter sinkt, weil die Unternehmen in größerem Maße als bisher vorgesehen Arbeitskräfte entlassen würden.

Im Mittelpunkt der Tarifrunde steht die Frage nach dem Inflationsausgleich. Die Preissteigerungsrate für das nächste Jahr ist nicht festgeschrieben. Sie kann um so niedriger ausfallen, je mehr durch die Tarifabschlüsse die Stabilitätsbedingungen in der Bundesrepublik verbessert werden. Die Lohnpolitik kann dafür sicherlich nicht allein sorgen, ohne sie geht es aber nicht.

Aufgrund der schlechten Lage in der Wirtschaft und besonders am Arbeitsmarkt werden die Arbeitgeber in der nächsten Tarifrunde eine starke Verhandlungsposition haben. Es wäre kurzfristige Politik, diese Position voll auszureizen. Künftige Verhandlungen würden unnötig vorbelastet. Zu guten Angebotsbedingungen gehört auch ein gutes tarifpolitisches Klima.

304. Die Arbeitnehmer brauchen bei einer Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum richtig einschätzt und der größeren Unsicherheit Rechnung trägt, keinen Schaden zu haben. Ihr Realeinkommen wäre auf mittlere Sicht nicht niedriger, vielleicht sogar höher als bei einer weniger kostenorientierten Grundlinie der Lohnpolitik,

- wegen der günstigen Beschäftigungswirkungen,
- wegen der geringeren Preissteigerungen und
- wegen des wieder größer werdenden Spielraums für künftige Lohnerhöhungen, den produktivitätssteigernde Investitionen eröffnen.

Was zunächst Zurückhaltung bei den Nominallöhnen wäre, könnte im nachhinein durchaus höhere Reallöhne bedeuten.

305. Jedes wirtschaftspolitische Konzept muß sich daran messen lassen, ob es zu mehr Beschäftigung, zu einem geringeren Anstieg des Preisniveaus und zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht hinführt. Wir sind davon überzeugt, daß eine Problemlösung, wie wir sie skizziert haben, die deutsche Wirtschaft diesen Zielen wesentlich näherbringen kann. Doch werden die Hauptwirkungen eines solchen wirtschaftspolitischen Kurses noch nicht im Jahre 1981 zu erwarten sein. Besonders beim Abbau der Arbeitslosigkeit werden größere Erfolge nicht vor 1982 eintreten. Selbst wenn die stabilitätspolitische Entlastung der Bundesbank durch Finanzpolitik und Lohnpolitik alsbald erreicht werden kann, wird 1981 die wirtschaftliche Entwicklung nicht viel besser ausfallen, als wir sie im zweiten Kapitel als derzeit absehbare Entwicklung beschrieben haben. Denn wir haben bei den Annahmen, die unserer Prognose zugrundeliegen, schon weitgehend vorweggenommen, daß Einsicht in das Notwendige allenthalben das Verhalten stark bestimmt.

306. Die wieder zunehmenden Beschäftigungsprobleme haben in der Öffentlichkeit Vorschläge für eine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik laut werden lassen, die eine schnellere Besserung der Lage in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt zum Ziel haben. In der Diskussion sind nicht nur Vorschläge, die für eine stärkere Lohnzurückhaltung werben, sondern auch Vorschläge, die zu einem bewußt nachfrageorientierten Kurs sowohl der Finanzpolitik als auch der Geldpolitik raten. Um uns ein Bild davon zu verschaffen, welchen Einfluß die von uns erwarteten Wirkungen solcher Strategien auf die gesamtwirtschaftlichen Größen hätten, haben wir zwei Varianten zu unserer Status-quo-Prognose durchgerechnet. Die Abweichungen von den Prognosewerten für 1981, die sich aufgrund unserer Einschätzung der kurzfristigen Wirkungen dabei ergeben, sind jedoch so gering, daß es in Anbetracht der Fehlermöglichkeiten kaum zu verantworten wäre, sie in Zahlenform mitzuteilen. Die wirklich wichtigen Unterschiede dürften erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres liegen, größtenteils sogar jenseits des Jahres 1981. Dann werden sie allerdings sehr bedeutsam sein.

Wie wir auf mittlere Sicht die Wirkungen der von uns aufgezeigten Problemlösung sehen, war Gegenstand der vorangegangenen Erörterungen zur

Grundlinie der Wirtschaftspolitik und wird Gegenstand der folgenden Überlegungen zu den Politikbereichen im einzelnen sein.

II. Zu den Politikbereichen im einzelnen

Geld- und Währungspolitik

307. Die Bundesbank hat die Veränderung der außenwirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik sehr ernst genommen, nach dem Urteil mancher Kritiker zu ernst. Sie hatte 1980 klar die Führungsrolle in der raschen Dämpfung der inflatorischen Impulse, die in der Öl- und Rohstoffteuerung lagen, und sie hat heute eine besondere Rolle im Drängen auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und auf Begrenzung des binnenwirtschaftlichen Kostenauftriebs, das heißt auf Korrekturen an den Stellen der Volkswirtschaft, wo letztlich die Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung der großen Anpassungsaufgaben geschaffen werden müssen. Selbst wohlwollende Kritiker fürchten, daß die Bundesbank sich zu Lasten der Binnenkonjunktur übernimmt. Man muß ihre Last leichter machen. Sie kann sie nicht abwerfen.

308. Im Dilemma des Jahres 1980 sah sich die Bundesbank veranlaßt, mit ihrer Geldpolitik für Zinsen zu sorgen, die ein allzu starkes Abgleiten des Wechselkurses der D-Mark verhindern. Ganz ist ihr das nicht gelungen. Denn so hohe Zinsen, wie im Hinblick auf einen Zahlungsbilanzausgleich bei unverändertem Wechselkurs nötig gewesen wären, hat sie mit Rücksicht auf Konjunktur und Beschäftigung nicht anstreben wollen.

309. Die trotz der konjunkturellen Abschwächung mäßig kontraktive Geldmengenpolitik und die sehr kräftige Markttendenz zur realen Abwertung der D-Mark bewirkten zusammen eine Kombination von Zinsen und Wechselkursen, in der dieser mittlere Kurs zum Ausdruck kam. Die Tendenz zur realen Abwertung der Mark wurde nur teilweise konterkariert. Eine deutliche reale Abwertung der D-Mark blieb übrig. In entsprechendem Maße gab es vom Markt her einen expansiven Impuls für den außenwirtschaftlichen Sektor. Kontraktiv verstärkt hingegen wurden die konjunkturellen Tendenzen, die vom Inland wie vom Ausland her nach unten weisen. Insoweit war der binnenwirtschaftliche Sektor doppelt negativ betroffen. Ihm blieb freilich die noch kräftigere Verteuerung von Einfuhrwaren erspart, die sich aus einer noch kräftigeren realen Abwertung der D-Mark ergeben hätte.

Denn dies wäre ja die Alternative gewesen. Die Bundesbank hätte sich gleichmütig gegenüber der Wechselkurstendenz des Marktes geben und sich bei der Geldmengenpolitik strikt auf dem Pfad der mittelfristig orientierten Ausweitung des Geldangebots halten können. Mit der höheren Abwertung wären vermutlich niedrigere kurzfristige Zinsen kombiniert gewesen, im Ergebnis also ein stärkerer ex-

pansiver Impuls für den außenwirtschaftlichen Sektor bei monetärer Neutralität im ganzen. Unsicher ist freilich schon das Urteil, wie sich wohl die langfristigen Zinsen entwickelt hätten. Diese werden stark von längerfristigen Erwartungen bestimmt, nicht zuletzt von den Erwartungen über die Entwicklung des inneren und des äußeren Geldwerts. Hier hätte Gleichmut gegenüber der Wechselkurstendenz des Marktes leicht das Gegenteil des Erwünschten bewirken können, also eher eine Zinssteigerung statt einer Zinssenkung (Ziffer 173).

310. In dieser Unsicherheit des Urteils über die vermutliche Entwicklung der langfristigen Zinsen bei einem anderen Kurs der Geldpolitik im Jahre 1980 — und schon 1979 — wird deutlich, und zwar in doppelter Weise, daß die Bundesbank einen schwierigen Grat zu gehen hat.

Ein kräftiger expansiver Impuls für den außenwirtschaftlichen Sektor ist — so sehr man ihn zum Abbau des Leistungsbilanzdefizits nötig hat und auch konjunkturell nützlich finden mag — erwünscht nur als ein nachhaltig wirkender Impuls, nicht als einer, der binnen kurzem überwiegend oder ganz inflatorisch verpufft. Es verhält sich hier wie mit übermäßig großen oder der Art nach falschen expansiven Impulsen der Finanzpolitik in einer Periode schwacher wirtschaftlicher Dynamik. Was an Defizitpolitik inflatorisch verpufft, bedeutet hinausgeworfenes Geld, das nichts bewirkt, und verlangt darüber hinaus noch früher oder später eine Stabilisierungskur für die Wirtschaft und eine Konsolidierungsaktion für die öffentlichen Haushalte. Ob ein expansiver Impuls — hier eine Tendenz zur Abwertung der D-Mark — inflatorisch verpufft, bestimmt zwar nicht zuletzt die Bundesbank selbst, durch den Kurs nämlich, den sie auf Dauer beim Geldangebot steuert. Es gibt keine dauerhafte Erhöhung des Preisniveaus, die nicht von der Notenbank finanziert wird; nur in der ersten Runde der Anpassungsinflation geht es auch ohne zusätzliches Geld, wegen der Elastizität, die in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steckt. Doch die Bundesbank muß in Rechnung stellen, daß es sehr schwer ist, eine Steigerung des Preisniveaus wieder rückgängig zu machen, wenn diese Steigerung nicht mehr nur eine abwertungsbedingte Verteuerung von Einfuhrwaren spiegelt, sondern inzwischen auch eine Anpassungsinflation bei Löhnen und Preisen für Güter des binnenwirtschaftlichen Sektors. In keinem Falle wäre der Umweg über eine dann wieder unter Kontrolle zu bringende Anpassungsinflation ein guter Weg.

Dies ist die güterwirtschaftliche Seite des Problems. Die andere Seite betrifft das Vertrauen derer, die das Geld einer Notenbank halten oder Vermögenswerte, die auf deren Währung lauten. Da inzwischen hohe Vermögenswerte, die auf D-Mark lauten, international gehalten werden, kann es sehr teuer werden, wenn die D-Mark an Vertrauen verliert. Man muß entweder sehr hohe Zinsen zahlen oder zu einem für die Volkswirtschaft sehr ungünstigen Wechselkurs möglichst rasch mehr exportieren und die Einfuhr einschränken. Übrigens ist es auch schwierig, den Prozeß dann noch unter Kontrolle zu halten, wie das Beispiel des Dollar in den siebziger Jahren lehrt.

311. Das steht freilich nicht bevor. Die Kurstendenz der D-Mark in diesem Jahre läßt sich nicht als Mißtrauen in die Stabilität der Mark deuten. Es geht im Grunde nicht um Abwertungserwartungen, sondern um die Verringerung von Aufwertungserwartungen. Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens eingehend dargelegt, ist die Kurstendenz Ausdruck dessen, daß die Aufwertungserwartungen in bezug auf die Mark nicht mehr auf der Höhe der internationalen Zinsdifferenzen waren. Die von dem hohen Bedarf an Inflationsbekämpfung im Ausland bestimmten hohen Auslandszinsen sind dafür ebenso ein Grund wie das deutsche Leistungsbilanzdefizit. Die Korrektur der Erwartungen in bezug auf den künftigen Wechselkurs mußten auf den Kassakurs durchschlagen. Für die schwache Position der D-Mark im Europäischen Währungssystem gilt noch stärker, daß sie von den hohen Auslandszinsen bestimmt war (Ziffern 180, 201). Die straffe Geldpolitik der Bundesbank dürfte keinen Zweifel gelassen haben, daß zu mehr als solcher Korrektur kein Anlaß besteht. Die fortdauernden Unterschiede im Inflationstempo sowie die Exportkraft der deutschen Wirtschaft sollten gewährleisten, daß auch künftig eine Aufwertung der D-Mark der Normalfall sein wird. Wir halten daher nicht für nötig, daß sich die Bundesbank für 1981 einen geldpolitischen Kurs vornimmt, der vor allem von der Sorge geprägt ist, eine Aufwertung der D-Mark werde erneut ausbleiben.

312. Am Konzept der vom Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials bestimmten Geldmengenpolitik sollte die Bundesbank festhalten und auch für 1981 ein Geldmengenziel im vorhin ein verkünden.

Wir schätzen das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials für den Verlauf des Jahres 1981 auf etwa 2 vH. Der Finanzierungsspielraum soll außerdem zulassen, das an Preissteigerungen zu finanzieren, was auch eine auf Geldwertstabilität bedachte Wirtschaftspolitik kurzfristig nicht verhindern kann. Wegen des Auslaufens der binnenwirtschaftlichen Preiserhöhungen, die von der Ölverteuerung ausgelöst worden sind, besteht freilich kein Anlaß, für den Verlauf des Jahres 1981 erhebliche Preissteigerungen in diesem Sinne für unvermeidlich zu halten. Eine Erhöhung der Lohnkosten je Produkteinheit ist nicht unvermeidlich. Eine Erhöhung indirekter Steuern, die das Aufkommen an indirekten Steuern im Verhältnis zum Sozialprodukt gravierend verändern würde, steht nicht bevor. Die Verteuerung von Einfuhrwaren ist abhängig vom Wechselkurs und insoweit im vorhinein auch nicht unvermeidlich. Der wichtigste schon jetzt nicht mehr aufzuhaltende Einfluß auf das Preisniveau des Jahres 1981 dürfte also in Kostensteigerungen des Jahres 1980 liegen, die noch nicht voll preiswirksam geworden sind. Auch eine Reihe administrierter Preise steht zur Erhöhung an. Nach unserem Urteil müßte ein Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1981 um 2¹/₂ vH voll ausreichen, solchen Erfordernissen Rechnung zu tragen, ohne daß ein die Beschäftigung gefährdender Deflationsdruck erzeugt wird. Gemes-

sen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt wären das etwa 3 vH.

Zu fragen bleibt, ob die Basis, von der aus die monetäre Entwicklung des Jahres 1981 beginnt, eine normale Geldversorgung darstellt. In den Jahren 1979 und 1980 ist die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge etwas hinter dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung der für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen zurückgeblieben. Nach unserem Urteil war dies jedoch nicht mehr, als sie zuvor darüber hinausgegangen war. Einem möglicherweise sinkenden Trend in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mag freilich vorsichtig Rechnung zu tragen sein.

Faßt man alle diese Gesichtspunkte zusammen, so müßte die Geldpolitik dafür sorgen, daß die (bereinigte) Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1981 um etwa 5¹/₂ vH zunimmt. Im Vergleich der jahresdurchschnittlichen Bestände bedeutet dies für den Fall der stetigen Expansion einen Zuwachs von reichlich 5 vH. Dabei gehen wir davon aus, daß die (bereinigte) Zentralbankgeldmenge zum Jahresende 1980 um 2,4 vH über dem Jahresdurchschnitt 1980 liegen wird.

313. Bestimmte Zinsen anzustreben, ist auch unter den veränderten außenwirtschaftlichen Umständen nicht Aufgabe der Geldpolitik. Die Variation der Zinsen für den Notenbankkredit ist Mittel der Geldpolitik, nicht ihr Ziel, auch nicht ihr Zwischenziel. Richtig ist freilich, daß niedrige Zinsen sehr erwünscht sind, wenn sie nicht von der Notenbank verfügt sind, sondern auf einer hohen Ersparnisbildung und einer guten Anlageneigung der Geldvermögensbesitzer beruhen. In diesem Sinne zielt à la longue im Grunde jede gute Geldpolitik auf niedrige Zinsen ab, sind sie doch ihr Qualitätsausweis.

Zu der konjunkturellen Entwicklung, die wir voraussehen, paßt durchaus die Erwartung, daß sich bei der angenommenen stetigen Ausweitung des Geldangebots die gegenwärtig vergleichsweise hohen Zinsen allmählich zurückbilden. Sicher ist dies freilich nicht. Die längerfristigen Erwartungen, die von so großem Einfluß auf die Zinsen sind, lassen sich nicht prognostizieren. Wichtig sind vor allem Wechselkursänderungserwartungen. Ohne verstärkte Aufwertungserwartungen zugunsten der D-Mark halten die hohen Auslandszinsen die deutschen Zinsen weiterhin hoch, wenn sich die Bundesbank genötigt sieht, den Kurs der D-Mark zu stützen. Es ist dies, wie schon beschrieben, der Weg, auf dem die Bundesrepublik über den direkten Einfluß der gedrückten Weltkonjunktur hinaus in die Restriktionspolitik unserer Partnerländer hineingezogen werden kann, der binnenwirtschaftliche Sektor der Bundesrepublik jedenfalls. Dem außenwirtschaftlichen Sektor bliebe als Gegenposten zur Teilhabe an der schlechten Weltkonjunktur immer noch der expansive Impuls einer zu solchen Bedingungen gehörenden und von der Bundesbank im Zweifel nicht voll konterkarierten Tendenz zur realen Abwertung der D-Mark. Ein Ende der Politik der hohen Zinsen im Ausland zeichnet sich zwar noch nicht ab; das liegt jedoch nicht zuletzt an den geringen Erfolgen in der Inflationsbekämpfung. Und aus eben diesem

Grunde wäre es überraschend, wenn die D-Mark im kommenden Jahr nicht wieder im Zeichen von Aufwertungserwartungen gehandelt würde.

314. Dies wird um so wahrscheinlicher, je früher man sich im Europäischen Währungssystem über ein Konzept für Wechselkursänderungen verständigt. Es herrscht allenthalben im Prinzip kein Zweifel, daß sich wegen der Inflationsdifferenzen mehr und mehr ein Aufwertungsbedarf für die D-Mark aufbaut. Dies wird derzeit nur vordergründig völlig überspielt durch die Marktreaktion auf die hohen Zinsdifferenzen in Europa, die notwendigerweise den Kurs der D-Mark an die Bandgrenzen, an denen die Interventionspflicht der Notenbanken beginnt, treibt, solange die feste Erwartung vorherrscht, die verabredeten Interventionspunkte würden auf absehbare Zeit unverändert bleiben. Die energische Verteidigung des Außenwertes der Währung gehört heute zur Grundlinie der Wirtschaftspolitik fast aller Staaten in Europa. Der binnenwirtschaftlichen Stabilisierung den Vorzug zu geben vor der Abwertung der Währung, verdient auch Unterstützung. Man darf aber nicht verkennen, daß kein Vorteil darin liegt, während des Zeitraums, den man für diese Stabilisierung braucht, allzu falsche Wechselkurse entstehen zu lassen und dann zu verteidigen, Kurse, an die sich eine Volkswirtschaft, die von sehr hohen Inflationsraten kommt, auch auf Dauer nicht anpassen wird, weil dies nicht nur eine Angleichung des Inflationstempos an das geringere der Partner voraussetzt, sondern für längere Zeit ein Unterschreiten dieses Tempos, damit die Überhöhung des Preisniveaus aus der Phase, in der die Inflationsraten noch höher waren, abgebaut werden könnte. Wir halten deshalb den Gedanken der Kommission der Europäischen Gemeinschaft für erwägenswert, daß Länder mit niedrigerer Inflationsrate ermutigt werden könnten, ihre Währung im EWS rechtzeitig aufzuwerten, Länder mit hoher Inflationsrate sich hingegen voll dem Stabilisierungsdruck des Festkursystems aussetzen sollten, also eine Abwertung entweder gar nicht oder doch erst dann in Erwägung ziehen, wenn sie einen aussichtsreichen Stabilisierungsprozeß voll in Gang gebracht haben.

Eine baldige Diskussion über eine Aufwertung der D-Mark im EWS wäre selbst dann angezeigt, wenn sich der D-Mark-Kurs in seinem Kursband vorläufig noch nicht nach oben bewegte. Die Position einer Währung im Kursband eines Festkursystems ist wegen der Marktlogik der Zinsarbitrage kein Indikator für einen Wechselkursänderungsbedarf, sondern bei gegebenen Zinsdifferenzen allenfalls ein Indikator dafür, ob für bald mit der Befriedigung eines Wechselkursänderungsbedarfs gerechnet wird.

315. Zu den Versuchen, die Finanzierung des deutschen Leistungsbilanzdefizits — und die Finanzierung des Staatsdefizits — zu erleichtern, gehörte 1980 die öffentliche Kreditaufnahme im Ausland. Im Prinzip ist es selbstverständlich unbedenklich, daß Schuldverschreibungen oder Schuldscheine deutscher öffentlicher Stellen im Ausland gehalten werden, und dort auch von öffentlichen Stellen. Angesichts der Verlagerung der Kapitalbildung in der Welt ist dies sogar erwünscht. Umstritten waren die

Transaktionen gleichwohl. Es hat die internationalen Kapitalmärkte möglicherweise zusätzlich irritiert, wie ein Land, das in den vergangenen Jahren mehr und mehr zum Reservewährungsland geworden ist, in diesem Jahr nach dem Gelde ging.

316. Ein Land, das sich den Zustrom von Auslandskapital wünscht, hat im allgemeinen keine Kapitalimportbeschränkungen. Folgerichtig hat die Bundesbank die aus der Zeit der Abwehr zu hoher Devisenzuflüsse stammenden Reste solcher Hindernisse weiter abgebaut. Noch immer ist freilich für Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr der Kauf durch Ausländer genehmigungspflichtig. Vorzuziehen ist zwar die Hereinnahme längerfristiger Mittel. Doch so gut wie die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits durch Devisenreserven wären kurzfristige Auslandskredite wohl allemal.

Den Import langfristigen Kapitals behindert die sogenannte Kuponsteuer, eine Kapitalertragsteuer für Gebietsfremde, die inländische festverzinsliche Wertpapiere kaufen. Sie ist ebenfalls einmal zur Abwehr unerwünschter Kapitalzuflüsse geschaffen worden. Für sie wird heute vor allem der Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung von Kapitalerträgen geltend gemacht. Angesichts der zahlreichen Unvollkommenheiten und Unterschiedlichkeiten, die es in der steuerlichen Behandlung internationaler Kapitalströme gibt, wäre aber vielleicht neu abzuwägen zwischen den steuersystematischen Bedenken einerseits und den Vorteilen eines ungehinderten Kapitalimports andererseits. Dabei sollte das Problem der Doppelbelastung ausländischer Anteilseigner mit bedacht werden (JG 78 Ziffern 331 ff.).

Finanzpolitik

Rückblick auf 1980

317. Der Staat hat auch 1980 viel Schulden gemacht. Die Netto-Neuerschuldung ist um rund 11 Mrd DM auf über 57 Mrd DM angestiegen. Der expansive Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts, den wir aufgrund unserer Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt ermitteln, hat um rund 12¹/₂ Mrd DM zugenommen; er beläuft sich auf 45¹/₂ Mrd DM. Das Defizit ist eine Erbschaft der Vergangenheit. Zu einem wesentlichen Teil geht es auf die expansive Finanzpolitik zurück, die seit 1978 betrieben worden ist. Damals war zwar eine Initialzündung angebracht, aber die Finanzpolitik hat dabei zu sehr auf Ausgabenerhöhungen gesetzt.

318. Eine solche Ausgabenpolitik wäre im Hinblick auf die Konsolidierungsaufgabe nur unbedenklich gewesen, wenn man darauf hätte vertrauen können, daß es gelingen werde, die Steuerquote ohne größere Schwierigkeiten und auf Dauer zu erhöhen. Dann wäre nämlich die Konsolidierung von der Einnahmenseite her möglich gewesen. Die Steuerquote hätte sich der höheren Staatsquote angenähert, das tatsächliche Defizit und das strukturelle Defizit wären zurückgeführt worden. Wer damals darauf ge-

setzt hat, muß wohl Erfahrungen der Vergangenheit mit dem Steuerwiderstand unbeachtet gelassen haben; jedenfalls muß er heute feststellen, daß die Konsolidierung auf diesem Wege nicht gelungen ist.

Bei mehr Respekt vor dem offenbar nicht zu überspielenden Steuerwiderstand hätte die Finanzpolitik wohl einen anderen Weg eingeschlagen, den Weg über mehr Steuersenkungen. Die Staatsquote hätte nicht zunehmen müssen. Die Steuerquote wäre unter ihren mittelfristigen Stand gesenkt worden und hätte, weil die Steuern insgesamt überproportional zum nominalen Bruttosozialprodukt ansteigen, im Zeitablauf wieder auf ihre normale Höhe anwachsen und so die Konsolidierung besorgen können.

Dieser Weg wäre auch aus wachstumspolitischen Gründen besser gewesen. Denn eine Finanzpolitik, die expansive Impulse über eine hohe Zuwachsrate der Staatsausgaben herbeiführte, hatte Bedenken gegen sich, weil die Gefahr bestand, daß sie beschäftigungspolitisch wichtige private Investitionen verdrängte.

Wahrscheinlich wären die Folgen dieser Expansionspolitik noch zu steuern gewesen, wenn in den Jahren 1979 und 1980 der Ausgabenanstieg hätte gebremst werden können. Aber auch das ist nicht gelungen. Zudem hatte sich, besonders wegen des Anstiegs der Belastung bei der Lohnsteuer, ein Bedarf an Steuersenkungen aufgestaut, wurden Steuerentlastungen beschlossen. Die öffentliche Verschuldung hat daher in den letzten Jahren abermals spektakulär zugenommen, und die Probleme, die sie mit sich bringt, sind ungelöst geblieben.

319. Die sprunghafte Zunahme der Defizite seit 1978 hat bei den Bürgern anscheinend zu Sorgen, teilweise sogar zu unsinnigen Ängsten geführt und möglicherweise das Zukunftsvertrauen beeinträchtigt, das bestehen muß, will man Wachstum erreichen, das Vollbeschäftigung schafft. Zu vermuten ist außerdem, daß die Finanzpolitik, eben wegen der hohen Verschuldung, zinstreibend gewirkt und auch insoweit die Angebotsbedingungen verschlechtert hat.

320. In dem Finanzplan 1979 bis 1983, dem letzten, den die Bundesregierung veröffentlicht hat, heißt es, daß „die unmittelbaren Nachfragewirkungen der öffentlichen Haushalte auf Wachstum und Beschäftigung entsprechend der konjunkturellen Belegung zurückgeführt werden (müssen), ohne unvermittelt abzubrechen; im Vergleich zum nominalen Bruttosozialprodukt sollten die öffentlichen Ausgaben ... ab 1980 mit deutlich unterproportionalen Zuwachsraten (nämlich mit einem Abstand von 1½ Prozentpunkten) steigen“. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Das nominale Bruttosozialprodukt wird 1980 um etwas mehr als 7 vH zunehmen; die Zuwachsrate der gesamten öffentlichen Ausgaben liegt nicht darunter, sondern mit 8 vH um mehr als einen halben Prozentpunkt darüber.

321. Um die Finanzpolitik des Jahres 1980 würdigen zu können, sind kurzfristige, also konjunkturpolitische Gesichtspunkte und mittelfristige, also

wachstumspolitische Gesichtspunkte zu beachten. Wegen der konjunkturellen Entwicklung war im Prinzip eine expansive Finanzpolitik am Platze. In der Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität war vor allem der Anpassungsdruck spürbar, der von dem neuerlichen Ölpreisanstieg ausgeht. Das was die OPEC-Staaten an Kaufkraft entziehen, kann der Staat nicht ausgleichen. Verhindern kann und soll er jedoch, daß aus der so verursachten Abschwächung ein sich selbst verstärkender Prozeß nach unten wird (JG 79 Ziffer 379). Möglicherweise hätte dafür jedoch ein geringerer expansiver Impuls ausgereicht. Es ist auch zu bedenken, daß bei einer sehr expansiven Finanzpolitik die Anpassungsaufgabe verdeckt werden kann und daher nicht oder doch später als möglich in Angriff genommen wird. Ob das 1980 der Fall war, läßt sich freilich nicht sagen. Wir müssen einräumen, daß das Urteil über den expansiven Impuls für dieses Jahr in konjunkturpolitischer Sicht nicht eindeutig ist.

Im Hinblick auf die Konsolidierungsaufgabe, also unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten, führt die Würdigung dagegen zu einem klaren Ergebnis. Denn es kann sinnvollerweise nicht darum gehen, mit Hilfe einer expansiven Politik für ein Jahr eine ansehnliche Zunahme des Bruttosozialprodukts zu erzielen, ohne Rücksicht darauf, daß hierdurch die Schuldenlast für künftige Jahre, in denen die wirtschaftliche Entwicklung möglicherweise schwächer ist, immer schwerer wird.

Wir haben in unserem letzten Jahresgutachten aufgezeigt, daß aufgrund der damaligen Annahmen die Konsolidierungsaufgabe bei den öffentlichen Haushalten innerhalb von vier Jahren hätte gelöst werden können, wenn die Ausgabenexpansion bei einer jährlichen Rate von 5 vH gehalten worden wäre. Grob gerechnet wäre dann heute das strukturelle Defizit, das zu konsolidieren ist, um rund 15 Mrd DM niedriger.

Zu der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Jahres hätte gewiß keine forcierte Konsolidierung gepaßt; aber ein erstes Stück des Weges — etwa in dem Sinne, wie es die Bundesregierung im Finanzplan 1979 bis 1983 dargelegt hat — hätte doch zurückgelegt werden können. Das ist jedoch nicht geschehen. Nicht einmal die hohe Kreditaufnahme des Vorjahres konnte gehalten werden.

Ausblick auf 1981

322. Noch schwieriger als sonst ist es dieses Mal abzuschätzen, was im nächsten Jahr von den öffentlichen Haushalten an konjunkturellen Impulsen ausgehen wird. Anhaltspunkte lassen sich den Entwürfen der Haushaltspläne der Länder, einer Äußerung des Finanzplanungsrates sowie anderen Absichtserklärungen entnehmen. Der Finanzplanungsrat hat im Sommer dieses Jahres festgestellt, daß wegen des Steuerentlastungspaketes der Anstieg der Ausgaben in den Haushalten 1981 und in den Folgejahren in engen Grenzen zu halten sei und daß 1981 der Ausgabenzuwachs bei den öffentlichen Haushalten 4 vH nicht übersteigen dürfe.

Tabelle 40

Die öffentlichen Haushalte 1981 in konjunktureller Sicht¹⁾

	Einheit	1980	1981
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum (3)	Mrd DM	425,8	457,1
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum (5)	Mrd DM	362,0	388,6
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	370,1	392,5
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+ 8,1	+ 4,0
Konjunktur-neutrales Haushaltsvolumen (9)	Mrd DM	445,4	475,0
Tatsächliche Staatsausgaben (10)	Mrd DM	491,0	515,5
Konjunktureller Impuls (11)	Mrd DM	+45,6	+40,5
Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunktur-neutralen Staatsquote entsprechen... (14)	Mrd DM	+39,7	+37,6
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	+12,7	- 5,1
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+ 8,7	+ 5,0
(b) des konjunktur-neutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	- 1,4	- 3,3
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	vH	+ 2,4	+ 2,2
(d) „Konjunktur-neutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts ..	vH	+ 3,5	+ 3,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	- 0,9	- 1,0
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres	vH	- 0,0	+ 0,3
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunktur-neutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	- 6,4	- 8,6
Volkswirtschaftliche Steuerquote (15)	vH	25,01	24,71
Konjunktur-neutrale Staatsquote (16)	vH	29,27	29,07
Beanspruchte Staatsquote (17)	vH	32,26	31,55
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (18)	vH	+ 3,00	+ 2,48
Realisierte Staatsquote (19)	vH	31,78	31,33

¹⁾ Eigene Schätzung. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 34 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D. - Differenzen in den Summen durch Rundung.

Bund, Länder und Gemeinden scheinen große Anstrengungen zu machen, den Ausgabenanstieg für nächstes Jahr in dieser Größenordnung zu halten. Ob sie das Ziel vollständig erreichen, ist freilich unsicher; wir nehmen an, daß bei den Gebietskörperschaften nicht allenthalben die Marke von 4 vH erreicht wird.

323. Wir sind in unserer Prognose davon ausgegangen, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik im nächsten Jahr um etwas weniger als 5 vH zunehmen; das bedeutet ein Ausgabenvolumen von rund 529^{1/2} Mrd

DM (Tabelle 38). Da das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, unter Berücksichtigung der für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen, im nächsten Jahr um etwas mehr als 5^{1/2} vH wachsen wird, bleibt die Expansion der Staatsausgaben also nur wenig hinter diesem Wachstum zurück. Bei der Schätzung der Steuereinnahmen sind die für 1981 beschlossenen und geplanten Änderungen des Steuerrechts zu berücksichtigen (Ziffern 235 f.). Wir rechnen für das nächste Jahr mit einer Zunahme der Steuereinnahmen um 4 vH auf etwa 377^{1/2} Mrd DM. Die volkswirtschaftliche Steuerquote, also das Verhältnis von Steueraufkommen zum Bruttosozialpro-

dukt, wird geringfügig auf 23,9 vH zurückgehen. Für das Defizit des öffentlichen Gesamthaushaltes ist danach für das nächste Jahr ein Betrag von 61 Mrd DM zu erwarten; das sind 4 Mrd DM mehr als im Jahre 1980.

In der Abgrenzung der Ausgaben und der Einnahmen, wie sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgenommen werden, entspricht dies einem Finanzierungssaldo von rund 59 Mrd DM. Fast zwei Drittel davon, nämlich ungefähr 40 Mrd DM stehen für den expansiven Impuls, der nach den Annahmen unserer Prognose für 1981 von den öffentlichen Haushalten ausgehen wird. Das sind rund 5 Mrd DM weniger als in diesem Jahr; bezieht man den expansiven Impuls auf das Produktionspotential, so ergeben sich 2,5 vH verglichen mit 3,0 vH im Jahre 1980 (Tabellen 40, 41).

Der konjunkturelle Impuls der öffentlichen Haushalte nimmt also von 1980 auf 1981 ab, obwohl das Haushaltsdefizit insgesamt ansteigen wird. Dies rührt daher, daß wegen des Rückgangs im Auslastungsgrad des Produktionspotentials und der Abnahme der Preissteigerungen im nächsten Jahr Steuern ausfallen. Der Teil des Finanzierungssaldos, dem wir keine konjunkturellen Impulse zumessen, liegt aus diesen Gründen um fast 10 Mrd DM höher als im vergangenen Jahr.

Bezieht man die Haushalte der Sozialversicherung in die Betrachtung ein, ändert sich das Bild nur wenig. Zum 1. Januar 1981 wird der Beitragssatz für die Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt angehoben. Berücksichtigt ist auch, daß der Bund der Rentenversicherung 3¹/₂ Mrd DM weniger an Zuschüssen zahlen will. Die Bundesanstalt für Arbeit wird wegen der höheren Arbeitslosigkeit höhere Ausgaben haben als in diesem Jahr. Ihr Defizit wird

der Bund abdecken. Der expansive Impuls des gemeinsamen Haushalts wird 1981 um rund 7¹/₂ Mrd DM geringer sein als 1980.

324. Auch mit dem Blick auf 1981 ist zu fragen, wie ein expansiver Impuls von 40 Mrd DM unter konjunkturpolitischen und unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten zu würdigen ist. In konjunktureller Sicht ist für ein Jahr wie 1981, in dem das reale Brutto sozialprodukt nur wenig zunimmt und das Produktionspotential nicht normal ausgelastet ist, zwar grundsätzlich ein expansiver Impuls von seiten der Finanzpolitik erwünscht. Aber auch hier gilt das Bedenken, daß ein zu hoher expansiver Impuls die Anpassungsaufgabe verdeckt. Es kommt hinzu, daß wir einen sich selbst verstärkenden Abschwung nicht für wahrscheinlich halten, sondern davon ausgehen, daß sich die Wirtschaft im Verlauf des nächsten Jahres von dem durch die Ölpreiserhöhung erlittenen Schock erholt. So gesehen brauchte es keinen expansiven Impuls von dieser Größe. Noch mehr gar sollte es gewiß nicht sein, ja, noch mehr kann es auch eigentlich gar nicht sein. Die expansive Finanzpolitik der vergangenen (guten) Jahre hat zu einem Konsolidierungsbedarf von solcher Höhe geführt, daß der Staat 1981, also in einem Jahr, das nicht gut zu werden verspricht, kaum noch Handlungsspielraum hat. Von konjunkturpolitischer Untätigkeit des Staates kann freilich nicht die Rede sein. Denn für 1981 sind ins Gewicht fallende Steuersenkungen beschlossen.

Betrachtet man nur die Konsolidierungsaufgabe, so wird das Jahr 1981 trotz der Anstrengungen auf der Ausgabenseite nur einen mäßig großen Beitrag leisten. Immerhin, das strukturelle Defizit wird um etliche Milliarden geringer sein als in diesem Jahr. Wichtig ist auch, daß einige Entscheidungen bereits

Tabelle 41

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1981¹⁾

Mrd DM

	1980	1981
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos ²⁾		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	- 15,3	- 16,5
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	+ 0,7	- 4,8
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	+ 5,7	+ 2,8
I. (a) bis (c) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo	- 8,9	- 18,5
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)		
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo	- 54,5	- 59,0
I. - II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte:	+ 45,6	+ 40,5
(expansiv: +; kontraktiv: -)		

¹⁾ Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

²⁾ Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 35 und Anhang IV, Abschnitt D.

gefallen und andere in Vorbereitung sind, die die Konsolidierung in den nächsten Jahren ein weiteres Stück voranbringen sollen.

Zur Konsolidierung

325. Wir haben in früheren Gutachten die haushaltspolitischen, die konjunkturpolitischen und besonders die wachstumspolitischen Probleme der öffentlichen Verschuldung eingehend erörtert (JG 78 Ziffern 305 ff.). Seither hat die Zinslast im Verhältnis zu den gesamten Ausgaben weiter zugenommen, den Spielraum in den öffentlichen Haushalten also weiter eingeengt. In bezug auf den großen Bedarf an Kapital für private Investitionen, der gedeckt werden muß, um das Beschäftigungsproblem zu lösen, zeigt sich bis 1981 ebenfalls noch keine wesentliche Entlastung. Und die Zukunftserwartungen von privaten Haushalten und Unternehmen sind wegen der Zunahme der öffentlichen Defizite und des Schuldenstandes vermutlich eher gedämpft als verbessert worden.

326. Auch ein Ersatz der Verschuldung im Inland durch eine staatliche Kreditaufnahme im Ausland bringt grundsätzlich keine Entlastung. Fiskalisch gesehen besteht kein Unterschied; denn statt an inländische werden nun an ausländische Gläubiger Zinsen gezahlt. Sollten die Zinsen im Ausland niedriger sein, würden entweder Kurssicherungskosten anfallen, oder es wäre ein Wechselkursrisiko zu tragen.

Kommt es zu einer insgesamt höheren staatlichen Kreditaufnahme, die zu einem größeren Teil als bisher durch eine Placierung der Schuldtitel im Ausland finanziert wird, so mag der damit verbundene Kapitalimport bei international eng verflochtenen Kapitalmärkten den heimischen Kapitalmarkt entlasten. Dies gilt dann, wenn im Zusammenhang mit den höheren Kapitalimporten des Staates die Kapitalimporte insgesamt tatsächlich zunehmen.

In diesem Falle kann nunmehr ein etwa vorhandenes Leistungsbilanzdefizit ohne einen weiteren Abwertungsdruck auf die heimische Währung finanziert werden. Die reale Belastung der Volkswirtschaft tritt in dem Maße ein, wie in Zukunft vom Volkseinkommen ein größerer Teil für Zins- und Tilgungszahlungen an das Ausland abgezweigt werden muß, was dann eine entsprechende Aktivierungstendenz in der Leistungsbilanz voraussetzt (JG 78 Ziffer 311).

Sicher ist aber keineswegs, daß die Verlagerung der realen Belastung der Volkswirtschaft in die Zukunft durch eine öffentliche Verschuldung im Ausland überhaupt gelingt. Hohe Kredite, die der Staat zur Deckung größerer Defizite im Inland und im Ausland aufnimmt, mögen zu einer Verunsicherung der internationalen Kapitalanleger beitragen. Die Fähigkeit der Volkswirtschaft, ihren durch Staatsverschuldung und Kapitalimport auf die Zukunft gezogenen Wechsel bei unverändertem Wechselkurs einzulösen zu können, würde international geringer eingeschätzt. Die Bereitschaft zur Kreditgewährung an das Inland sänke. Trotz höherer Kapitalimporte durch den Staat wären die Kapitalimporte insge-

samt eher rückläufig oder sie nähmen nicht so stark zu, wie es sonst der Fall gewesen wäre — mit der Folge eines Absinkens des Wechselkurses und eines Anstiegs der Zinsen im Innern. Beides wären Wege, durch die die Volkswirtschaft zur Finanzierung ihrer hohen Staatsdefizite auf sich selbst verwiesen wird. Besonders bedeutsam werden diese Zusammenhänge erfahrungsgemäß, wenn eine durch Staatsverschuldung angetriebene Konjunktur über höhere Importe zu Leistungsbilanzdefiziten führt. Dann kommt auch von dieser Seite eine Tendenz zur Abwertung der Währung ins Spiel.

327. Die Auslandsverschuldung ist also kein Ersatz für die Konsolidierung. Für die Konsolidierung sollte es einen Plan geben, der nur im Falle eines gefährlichen konjunkturellen Einbruchs zeitlich gestreckt werden dürfte, im Fall der Hochkonjunktur beschleunigt werden müßte, und der sobald wie möglich in Gang zu setzen wäre. Gelingt das nicht, gibt es also keine Konsolidierung in guten Zeiten aus Angst vor schlechten Zeiten, und wird in weniger guten Zeiten die Konsolidierung ohnehin vertagt, dann steht zu befürchten, daß Defizitpolitik betrieben wird, bis die Verschuldung ein solches Ausmaß erreicht hat, daß eine Revision nur noch über Haushaltssicherungsgesetze, also über dramatische Ausgabenkürzungen oder über Steuererhöhungen möglich ist. Anstelle der Allmählichkeit, die die mit dem Konsolidierungsprozeß verbundene Anpassung erleichtern soll, würden dann von Zeit zu Zeit abrupte Einschnitte treten, die unweigerlich erhebliche Spannungen zur Folge hätten. Es wäre das Ende einer mittelfristig orientierten und Anpassungszwänge erleichternden Finanzpolitik.

Für 1981 und die Jahre danach geht es darum, einen Konsolidierungskurs zu steuern, der trotz der enormen Höhe des strukturellen Defizits Hektik vermeidet, aber konsequent durchgehalten wird. Wegen der Höhe des strukturellen Defizits muß die Aufgabe auf eine Reihe von Jahren verteilt werden. Notwendig ist also ein langer Atem und eine feste Hand.

328. Von Seiten der Steuern ist nicht viel für die Konsolidierung zu erwarten. Im Jahre 1981 geht es zunächst sogar erst einmal in die Gegenrichtung. Wegen der Steuerentlastung wird die Steuerquote 1981 etwas zurückgehen. Zu einer Senkung der Abgabenlast im ganzen wird es freilich nicht kommen. Der Beitragssatz für die Rentenversicherung wird um einen halben Prozentpunkt angehoben, und es ist auch mit einer Erhöhung der Beitragssätze für die Krankenversicherung in ungefähr der gleichen Höhe zu rechnen. Die Abgabenlast wird daher annähernd gleich bleiben. Da mehr und mehr respektiert wird, daß die allgemeine Steuerlast nicht weiter ansteigen soll, wird es schwierig sein, in den nächsten Jahren Steuern zu erhöhen. Im Gegenteil, wegen der überproportionalen Zunahme von Lohn- und Einkommensteuer (und des damit verbundenen Anstiegs der Steuerquote) sind in absehbarer Zeit wieder Steuersenkungen nötig.

Der weitaus größte Teil der Konsolidierungsaufgabe würde über die Ausgabenseite zu lösen sein; die Ausgabenexpansion müßte also auch nach 1981 in engen Grenzen gehalten werden. Als Richtschnur könnte

dienen, was die Bundesregierung 1979 schon einmal als Leitlinie für die Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden vorgeschlagen hat, nämlich den Anstieg der Ausgaben ungefähr $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte unter der Zuwachsrate des nominalen Brutto sozialproduktes zu halten. Auf diese Weise wäre es über vier Jahre hinweg, also bis 1985 möglich, die Konsolidierung annähernd zu erreichen. Gelänge es, den Abstand zwischen Ausgabenanstieg und Sozialproduktsentwicklung auf etwas über 2 Prozentpunkte auszudehnen, dann ließe sich die Konsolidierung schon in den Jahren bis einschließlich 1984 schaffen.

329. Ein Plan, das strukturelle Defizit über eine Reihe von Jahren zu konsolidieren, wäre in konjunktureller Hinsicht unter den genannten Vorbehalt zu stellen.

Falls es zu einem gefährlichen konjunkturellen Einbruch kommen würde, sollte der dann erwünschte expansive Impuls durch das Vorziehen von Steuer senkungen herbeigeführt werden (JG 77 Ziffern 419f.). Die Ausgabenpolitik hätte den Konsolidierungskurs zu halten. Das Defizit, das auf diese Weise entstünde, würde bei unverändertem Steuerrecht allmählich durch Mehreinnahmen gedeckt werden, die sich aufgrund der im Steuersystem angelegten Progressionswirkungen ergeben.

330. Die Konsolidierung bringt auch Probleme für die Budgetstruktur mit sich. Das wird deutlich, wenn man bedenkt, daß bei der Drosselung des Ausgabenanstiegs, Ausgabenkürzungen wohl unvermeidlich sein werden. Dabei wird vermutlich dort eingespart, wo es kurzfristig ohne große Widerstände möglich ist. Das muß freilich keineswegs mit dem übereinstimmen, was besonders wenig wichtig ist. Infolgedessen wird es nötig sein, im Verlauf des Konsolidierungsprozesses die Ausgaben auch in ihrer Struktur auf die mittelfristigen Aufgaben auszurichten, also Fehler, die beim Kürzen gemacht worden sind, zu korrigieren.

331. Ausgaben, die dem Wachstum förderlich sind, sollten mittelfristig nicht zurückgehen, sondern, jedenfalls in ihrer Gesamtheit, gesteigert werden. So gesehen sind beispielsweise die Vorschläge nicht unproblematisch, im Rahmen des vorgesehenen Sparprogramms die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung pauschal zu kürzen. Vermutlich gibt es auch in der Regionalpolitik einen Revisionsbedarf. Aber der Idee nach sollen diese Ausgaben strukturelle Schwächen beheben und so mehr Produktion und Beschäftigung möglich machen.

Ein anderes Beispiel dafür, wie es bei Kürzungen nicht gemacht werden sollte, sind die Ausgaben für Sachinvestitionen. Diese haben im Jahre 1980 nominal noch um $14\frac{1}{2}$ vH, real um $3\frac{1}{2}$ bis 4 vH zugenommen; im nächsten Jahr werden sie voraussichtlich nicht mehr ansteigen, wegen der Preissteigerung in ihrem Volumen also zurückgehen. Nun ist es keineswegs so, daß die Sachinvestitionen ständig zunehmen oder auch nur unverändert bleiben müssen;

vielmehr muß der Bedarf ihre Entwicklung bestimmen, und das kann auch eine Abnahme bedeuten. Aber solch exzessive Schwankungen, wie soeben beschrieben, können nicht sinnvoll sein. Der Ausbau öffentlicher Einrichtungen wird gestört; die Bauwirtschaft muß mit Unstetigkeiten in der Nachfrage und dieserhalb mit erheblichen Beschäftigungsschwankungen fertig werden, die unnötig sind.

332. Auch die für 1981 vorgesehenen Änderungen des Steuerrechts haben Rückwirkungen auf die Budgetstruktur, hier Rückwirkungen auf die Struktur der Steuereinnahmen. So werden die Steuerausfälle von über 9 Mrd DM, die sich 1981 aufgrund der Entlastung bei der Einkommensteuer einstellen werden, zum kleineren Teil durch Anhebungen bei der Mineralölsteuer und bei den Branntweinabgaben ausgeglichen werden; dadurch werden im nächsten Jahr rund $2\frac{1}{2}$ Mrd DM mehr an Steuern aufkommen.

Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern liegen nahe, weil die Einnahmen daraus in den letzten Jahren real ständig entwertet worden sind — eine Folge des Zusammentreffens von Preissteigerungen und mengenbezogenen Bemessungsgrundlagen. Die Steuern vom Verbrauch und Aufwand, zu denen auch die ebenfalls mengenbezogene Kraftfahrzeugsteuer gerechnet wird, sind daher ihrem Anteil am gesamten Steueraufkommen nach trotz einiger Steueranhebungen in den letzten zwölf Jahren von 20,2 vH auf 15,3 vH zurückgegangen; der Lohnsteueranteil ist trotz wiederholter Lohnsteuersenkungen von 18,6 vH auf 30,5 vH angestiegen.

Veränderungen im Steuersystem können auch unabhängig von Konsolidierungsmaßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung beitragen. In den kommenden Jahren könnte das in der Weise geschehen, daß man bei der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, die von Zeit zu Zeit nötig ist, um die Steuerlast in tolerablen Grenzen zu halten, über das hinausgeht, was hierzu erforderlich ist, und gleichsam im Tausch dagegen indirekte Steuern erhöht. So würde eine Steuer, die die Investitionen belastet, zum Teil durch die Anhebung von Abgaben ersetzt, die die Investitionen frei lassen.

333. Strukturelle Wirkungen sind auch von Änderungen zu erwarten, die in bezug auf die Mineralölsteuer vorgeschlagen worden sind. So deutet der Plan, Freistellungen von der Mineralölsteuer aufzuheben, darauf hin, daß, um Öl einzusparen oder zu substituieren, die Mineralölprodukte künftig in ihrer Breite besteuert werden sollen (Ziffer 409). Zu fragen bleibt, ob die Mineralölsteuer gleichwohl auch in Zukunft so ausgestaltet bleiben kann, daß sie weiterhin gleichsam als Straßenkostendeckungsabgabe dienen kann. Dies ließe sich dadurch erreichen, daß man die Steuer nach der Verwendung der Mineralölprodukte differenziert. Anders gewendet: Eine Steuer auf alle Mineralölprodukte zum Sparen und Substituieren würde bei Motorenkraftstoffen, die zum Antrieb von Kraftfahrzeugen verwendet werden, zu der derzeitigen Belastung hinzukommen.

Subventionen

334. Die Subventionswirtschaft ist seit langem ein Ärgernis; gleichwohl ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, sie einzuschränken. Im Gegenteil, die Subventionen sind Jahr für Jahr angestiegen und belaufen sich in der Abgrenzung des letzten Subventionsberichtes im Jahre 1980 auf über 55 Mrd DM; mehr als 25 Mrd DM davon sind Finanzhilfen, knapp 30 Mrd DM Steuervergünstigungen. Wegen der massiven und vielfältigen Interessen, die von einem Abbau der Subventionen betroffen wären, bedarf es offensichtlich besonderer Umstände, um dabei erfolgreich zu sein. Es hat den Anschein, als ob eine solche Konstellation gegenwärtig gegeben ist — wegen der finanziellen Enge in den öffentlichen Haushalten und weil eine neue Legislaturperiode begonnen hat. Der Bundesminister der Finanzen hat Ende Oktober ein Kürzungsprogramm vorgelegt. Bei den Betroffenen hat es heftige Reaktionen ausgelöst, ein Indiz dafür, wie schwer es ist, Subventionen zurückzuführen.

335. Wie wir an anderer Stelle dieses Gutachtens zeigen, muß die Ausgabenexpansion 1981 im Vergleich zu den Jahren zuvor fast um die Hälfte zurückgenommen werden, sollen die Defizite der öffentlichen Haushalte nicht in Größenordnungen getrieben werden, die es in der Bundesrepublik bisher noch nicht gegeben hat; ohne Kürzungen bei den Subventionen ist das nicht zu erreichen. Für die Konsolidierung, die für die folgenden Jahre angestrebt wird, werden diese Kürzungen freilich kaum ausreichen. Aus diesem Grunde wird der Abbau von Subventionen nach 1981 fortgeführt werden müssen. Da das Zurücknehmen in vielen Fällen Zeit braucht, sind jetzt Beschlüsse notwendig, um in Zukunft davon los zu kommen. Auch insoweit ist also Eile geboten.

336. Dies darf jedoch nicht dazu führen, ohne Rücksicht auf den Subventionszweck zu kürzen. So wäre es grundsätzlich falsch, bei wachstumsfördernden Maßnahmen zu streichen und andere Subventionen ungeschoren zu lassen, nur weil dort der politische Widerstand größer ist. Freilich, auch bei manchen Subventionen, die der Verbesserung der Investitionsbedingungen dienen sollen, mag die Wirksamkeit wegen großer Mitnehmereffekte, wegen unerwünschter Nebenwirkungen oder wegen ungeeigneter Zuteilungsverfahren gering sein. Leitlinie beim Durchforsten der Subventionswirtschaft sollte sein, die Subventionen überall dort zu beschneiden, wo sie ihre Funktion verloren haben, nicht mehr erfüllen oder Schaden im übrigen anrichten.

337. Probleme der Subventionierung erörtern wir anhand von vier Beispielen. Dazu gehören die Agrarpolitik, der ein eigenes Kapitel gewidmet ist, ferner die Sparförderung, die Wohnungswirtschaft und die Bundesbahn. Diese Bereiche bilden zwar nur einen Ausschnitt der Subventionswirtschaft, aber einen wichtigen, denn sie umschließen einen großen Teil des Ganzen.

Beispiel: Sparförderung

338. Aufgrund des Sparprämiengesetzes wird das längerfristige Konten- und Wertpapiersparen begünstigt. Das geschieht gegenwärtig in Form einer Prämie, die 14 vH beträgt und die je Kalenderjahr auf Sparbeträge bis höchstens 800 DM, bei Ehegatten zusammen bis höchstens 1 600 DM gewährt wird: für Kinder, jünger als 17 Jahre, ist ein Zuschlag von 2 vH vorgesehen. Daneben gibt es eine auf das Jahr bezogene Einkommensgrenze, die 24 000 DM, für Ehegatten 48 000 DM, beträgt und die für jedes Kind, jünger als 17 Jahre, um 1 800 DM erhöht wird. Außerdem muß derjenige, der die Prämie erhalten will, seine Sparbeiträge für mindestens sechs Jahre, bei Sparratenverträgen für mindestens sieben Jahre festlegen. Die Prämie ist steuerfrei, sie wird samt einer Verzinsung vom Bund getragen. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Beschlüsse zum Subventionsabbau vorgesehen, die Sparförderung auslaufen zu lassen.

339. Die Sparförderung stammt aus dem Jahre 1959. Zur Begründung wurde damals angeführt, daß mit Hilfe der Prämien der Sparwille breiter Bevölkerungsschichten gefördert und die Investitionsfinanzierung aus privaten Ersparnissen erleichtert werden sollte. Die Einkommensgrenzen sind erst später, im Jahre 1975, eingeführt worden. Hierbei ging der Gesetzgeber davon aus, daß Prämien nur für Sparleistungen gewährt werden sollten, die mit Konsumverzicht verbunden sind, und daß es für Bezieher von Einkommen oberhalb dieser Grenzen keiner besonderen Sparförderung bedürfe. Diskutiert wurde auch eine Begrenzung der Förderung auf Sparformen, die zugleich die Ausstattung der Unternehmen mit dringend benötigtem Eigenkapital verbessern könnten. Dazu ist es jedoch bisher nicht gekommen. Tatsächlich werden inzwischen rund 13 Mrd DM, das sind nicht viel mehr als ein Zehntel der privaten Ersparnisse, durch Prämien begünstigt. Den Bund kostet das rund 1 1/2 bis 2 Mrd DM pro Jahr. Eine nennenswerte Lücke bei der Investitionsfinanzierung hätte man bei Beseitigung der Sparförderung nicht zu befürchten. Die Summe der jährlichen Ersparnisse würde vermutlich nicht stark sinken. Anders wäre es nur in dem unwahrscheinlichen Fall, daß vor allem der Prämie wegen gespart würde.

340. Überdies, und das ist der Haupteinwand gegen die Sparförderung, ist trotz der Einkommensgrenzen keineswegs sichergestellt, daß die prämierten Sparbeiträge auch tatsächlich mit einem Konsumverzicht verbunden sind. Denn Prämien sind auch zu erlangen, wenn man schon vorhandene Ersparnisse in Sparbeiträge umwandelt, für die ein Begünstigungsanspruch besteht. Gerade zusätzliches Sparen ist aber nötig, um zusätzliche Investitionen finanzieren zu können, die mittelfristig zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nötig sind. Bedenkt man dies und auch den Mitnehmereffekt, der wie erwähnt dadurch entsteht, daß auch ohne Prämien gespart würde, so erweist sich die Sparförderung in wesentlichen Teilen als eine auf komplizierte Weise zustande kommende Einkommensübertragung zugunsten derjenigen, die Einkommen unter 24 000 DM

beziehungsweise unter 48 000 DM im Jahr beziehen. Die Sparförderung zu diesem Zweck aufrechtzuerhalten, gibt es keinen überzeugenden Grund. Die Erfüllung so allgemeiner verteilungspolitischer Ziele ist Aufgabe der Einkommensteuer. Aus diesen Gründen könnte die Sparförderung ohne weiteres abgeschafft werden. Die in der Vergangenheit erworbenen Prämienansprüche müßten noch erfüllt werden; die Sparförderung liefe innerhalb von sechs Jahren aus.

Beispiel: Wohnungswirtschaft

341. Entscheidungen über die Zukunft des § 7b EStG, der dem Erwerber von Wohnungseigentum für den Fall der Eigennutzung steuerliche Vorteile bietet, die je nach den sonstigen Umständen sehr erheblich sein können, müssen als Angelpunkt jeder Neuorientierung der Wohnungspolitik angesehen werden. Das ist jedenfalls dann so, wenn es Ziel sein sollte, im Rahmen der für die kommenden Jahre anstehenden Konsolidierungsaufgabe die Subventionierung des Wohnungswesens deutlich einzuschränken, wenn also künftig auch für die Wohnung im Prinzip gelten soll, daß für ein Gut zu bezahlen ist, was es kostet, es bereitzustellen. Bei all diesen Überlegungen muß man freilich unterstellen, daß auf andere Weise als durch Subventionen dafür gesorgt wird, daß ausreichend viele Wohnungen rentabel gebaut werden können. Dies ist gegenwärtig ja nicht der Fall.

342. Ohne einen Abbau der Eigentümerförderung nach § 7b wird es kaum zu der Entscheidung kommen, auf den sozialen Wohnungsbau für breite Bevölkerungsschichten — derzeit umfaßt die Zielgruppe des sozialen Wohnungsbaus etwa 60 vH der Bevölkerung — zu verzichten, sozialen Wohnungsbau also nur noch für sehr eng abzugrenzende Zielgruppen zu betreiben. Der soziale Wohnungsbau verschafft einem Teil der bisher weit gefaßten Zielgruppe und nicht einmal dem bedürftigsten Teil einen großen Gewinn, über die Zeit gerechnet teilweise einen sehr großen Gewinn, und läßt die übrigen leer ausgehen. Die unzureichende Legitimation seiner Verteilungswirkungen hat den sozialen Wohnungsbau immer problematischer werden lassen. Dies gilt nicht zuletzt auch für den verbilligten Erwerb von Wohnungseigentum im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Andere Effizienzmängel dieser Form der Wohnungspolitik kommen hinzu. Ein einseitiger Abbau nur dieser Form der Förderung dürfte gleichwohl schwierig sein.

343. Die Förderung nach § 7b EStG ist freilich auch aus sich heraus fragwürdig. Seit ihrer Neufassung im Jahre 1977 bedeutet die Regelung keine gezielte Förderung des Wohnungsbaus mehr. Den angebotenen steuerlichen Vorteil erhält, wer Wohnungseigentum erwirbt und es selbst nutzt. Die Wohnung muß nicht, wie es die alte Regelung vorsah, neu gebaut sein. Sie muß auch nicht modernisiert werden. Man muß sie nur besitzen und darin wohnen. Eine Änderung der alten Regelung war durchaus wohlbegründet, enthielt diese doch durch ihre Beschränkung auf neugebaute Wohnungen eine ungerecht-

fertigte Diskriminierung der Wohnungsmodernisierung. Diese Diskriminierung war zwar schon immer problematisch. Sie wurde aber erst deutlich bewußt, als die Aufgabe der Modernisierung gegenüber dem Neubau stark an Boden gewann. Eine problemgerechte Reform hätte freilich nicht, wie es jetzt der Fall ist, jede Wohnung beliebig oft zur Abschreibung nach § 7b zugelassen, sondern jede Wohnung und jeden aktivierungspflichtigen Modernisierungsaufwand nur einmal. Oder man hätte den Abschreibungen nach § 7b in der Wirkung den Charakter von Zusatzabschreibungen (Abschreibungen über 100 vH) nehmen müssen.

344. Diesen Charakter einer Zusatzabschreibung, die den Vermögenswert des Angebots, das der § 7b dem Steuerpflichtigen macht, erst so hoch erscheinen läßt, diesen Charakter schafft der § 7b freilich nicht schon selbst. Es muß die Eigenmietenregelung des § 21 a EStG in Verbindung mit der Einfamilienhausverordnung hinzukommen und auch die Steuerfreiheit eines allfälligen Veräußerungsgewinns, damit der § 7b für den Steuerpflichtigen so wertvoll wird.

Die Eigenmietenregelung legt fest, daß als Mietentkommen der eigengenutzten Wohnung ein bestimmter Vomhundertsatz des Einheitswertes der Wohnung — gegenwärtig 1,4 vH — anzusetzen ist. Bei dieser Festlegung sind alle laufenden Kosten der Wohnung außer den Schuldzinsen, aber einschließlich einer normalen Abschreibung schon pauschal berücksichtigt. Ohne diese Regelung brächte die erhöhte Abschreibung — jeweils 5 vH in den ersten acht Jahren — nur den Zinsvorteil der Vertagung einer Steuerschuld bis zu dem Zeitraum, in dem wegen der vorgezogenen 7b-Abschreibung nur noch eine geringere Abschreibung möglich und damit ein höheres Einkommen zu versteuern wäre.

Allerdings ist auch ein Gegenposten zu der im übrigen sehr vorteilhaften Eigenmietenregelung zu bedenken. Aus Gründen, die steuersystematisch kaum zu erklären sind, dürfen Schuldzinsen nur bis zur Höhe der pauschalierten Eigenmiete abgesetzt werden. Bei höheren Schuldzinsen bleibt also ein Teil der Kosten der Wohnung steuerlich unberücksichtigt. Den vollen Vorteil aus der gegenwärtigen Regelung hat mithin nur derjenige, der seine Wohnung mit einem so hohen Anteil an Eigenkapital finanziert hat, daß seine Fremdkapitalzinsen die pauschalierte Eigenmiete nicht übersteigen. Auch hier zeigt sich, daß die 7b-Regelung in Verbindung mit der Eigenmietenregelung eher eine Förderung der Vermögensbildung, wenn auch in wohnungswirtschaftlicher Einkleidung, darstellt als gezielte Wohnungsbaupolitik. Die Tilgung von Schulden durch Ersparnisse bringt, solange die Schuldzinsen höher als die Eigenmieten sind, eine Rendite, wie wenn einem Steuerfreiheit auf Zinseinkommen gewährt wird.

Den Gegenposten hat nicht in Rechnung zu stellen, wer ein Zweifamilienhaus baut und darin selbst wohnt. Für ihn gilt nicht zwangsläufig die Eigenmietenregelung des § 21 a. Er hat neben etwa tatsächlich erzielten Mietentnahmen eine marktgerechte Miete als Eigenmiete anzusetzen, darf freilich ohne Beschränkung alle Kosten, also auch sämtliche Schuld-

zinsen, als Werbungskosten absetzen. Er sichert sich den 7b-Vorteil als Zusatzabschreibung (wenn auch nicht vollständig) dadurch, daß er eine Artfortschreibung des Zweifamilienhauses zum Einfamilienhaus zu dem Zeitpunkt vornimmt, zu dem die anzusetzende Marktmiete die abzugsfähigen Kosten zu übersteigen beginnt. Von diesem Zeitpunkt an nimmt er die Vorteile der Eigenmietenregelung in Anspruch.

Daß alle steuerlichen Vorteile der Förderung von Wohnungseigentum, soweit sie über einen Zinsvorteil im Zusammenhang mit der Vertagung einer Steuerlast hinausgehen, letztlich in der Eigenmietenregelung und nicht im § 7b wurzeln, wird noch an einem anderen Fall deutlich. Wer ein Zweifamilienhaus baut, das wesentlich mehr als 200 000 DM kostet, nimmt schon heute freiwillig den § 7b nicht in Anspruch, sondern die Möglichkeit, den gesamten Bauaufwand degressiv abzuschreiben — in den ersten zwölf Jahren je $3\frac{1}{2}$ vH —, alle Kosten als Werbungskosten abzusetzen und rechtzeitig die Artfortschreibung zum Einfamilienhaus vorzunehmen, die ihm dann die Anwendung der Eigenmietenregelung verschafft. Er kumuliert die Vorteile der degressiven Abschreibung mit den Wohltaten der Eigenmietenregelung, verhindert aber die in den Jahren hoher Verschuldung unangenehme Beschränkung der Absetzung von Schuldzinsen, die im Falle des Einfamilienhauses und der Eigentumswohnung gilt.

Der Möglichkeit, im Falle eines Zweifamilienhauses durch Artfortschreibung zum Einfamilienhaus die Anwendung der Eigenmietenregelung zu erlangen und auf diese Weise eine vorangegangene 7b-Abschreibung oder eine vorangegangene degressive Abschreibung zu einer Zusatzabschreibung werden zu lassen, steht gleich die Möglichkeit, durch den Verkauf des Hauses einem anderen Erwerber die Chance für den Beginn eines neuen Abschreibungszyklus zu eröffnen; denn der beim Verkauf erzielte Gewinn ist nicht steuerpflichtig.

345. Was ist aus alledem zu folgern?

- (a) Die Regelung des § 7b in Verbindung mit der Eigenmietenregelung gewährt dem Erwerber eigengenutzten Wohnungseigentums dann keine großen steuerlichen Vorteile, bringt ihm unter ungünstigen Umständen sogar Nachteile, wenn der Erwerber sich für lange Zeit hoch verschulden oder inflationsbedingt sehr hohe Zinsen zahlen muß.
- (b) Die beiden Regelungen gewähren einen erheblichen Vermögensvorteil demjenigen, der Wohnungseigentum von vornherein mit einem hohen Anteil an Eigenkapital erwirbt oder Schulden rasch tilgt oder sehr niedrige Zinsen zahlt.
- (c) Der größte Vorteil winkt dem Erwerber eines Zweifamilienhauses, der dieses rechtzeitig in ein Einfamilienhaus umwandelt oder es nach Ausschöpfung der Steuervorteile mit Gewinn wieder verkauft.
- (d) Für den Erwerber eines teuren Zweifamilienhauses ist das Angebot des § 7b nicht interessant (wohl aber die Eigenmietenregelung für spätere Jahre). Er wählt die degressive Abschreibung.
- (e) Eine Aufhebung der Regelung des § 7b ohne jede sonstige Änderung kann kaum in Betracht gezogen werden. Sie würde für die unter (a) bezeichneten Fälle vermutlich bedeuten, daß der Wohnungserwerb eher regelmäßig als ausnahmsweise steuerliche Verluste mit sich bringt. Für die unter (b) bezeichneten Fälle bedeutete sie einen weitgehenden Entzug der steuerlichen Vorteile, es sei denn, sie würden zu Fällen unter (d). Für die unter (d), aber auch unter (c) bezeichneten Fälle brächte sie keine oder kaum eine Änderung; denn die Möglichkeit, degressiv abzuschreiben, ist hier selbst für denjenigen schon heute eine fast gleichwertige Alternative, der noch das 7b-Angebot wahrnimmt.
- (f) Eine Aufhebung der Regelung des § 7b könnte mit einer Aufhebung der Eigenmietenregelung kombiniert werden. Der fiskalische Ertrag der kombinierten Änderung würde vermutlich durchaus zu Buche schlagen, da die derzeitige Eigenmietenregelung, sieht man von dem Problem des Schuldzinsenabzugs einmal ab, durchweg zu einem niedrigen Ansatz für die Eigenmieten führt. Hier werden zwar Probleme des Vertrauensschutzes sichtbar. Denn, daß die Eigenmietenregelung im Kern günstig ist, mag man als Gegenposten zur Begrenzung des Schuldzinsenabzugs ansehen. Und wer die Phase hoher Schuldzinsen, die nicht voll absetzbar waren, endlich hinter sich hat, wird sich beklagen, wenn ihm jetzt der Vorteil der niedrigen Eigenmiete genommen werden soll. Einer reinlichen Lösung für die Zukunft sollte dies jedoch nicht im Wege stehen. Erwünscht und für den fiskalischen Ertrag ebenfalls wichtig wäre, daß bei einer Aufhebung der Eigenmietenregelung auch die degressive Abschreibung des Zweifamilienhauses nicht mehr ohne weiteres zu einer Zusatzabschreibung gemacht werden könnte, wenn man es später allein bewohnt. Nicht beklagen werden sich nur die Erwerber von Wohnungseigentum, die sehr wenig eigenes Vermögen einsetzen und sehr hohe Zinsen zahlen; sie hätten bei einem Wegfall der beiden Regelungen keinen Schaden; in bestimmten Fällen würden sie durch die Reform sogar gewinnen. Zurückschrecken mag man vor den Schwierigkeiten, künftig für alle eigengenutzten Wohnungen in der Bundesrepublik marktgerechte Mieten festsetzen zu müssen. Weniger schwer dürfte der Einwand wiegen, daß bei Fortbestehen der Möglichkeit zur degressiven Abschreibung der schädliche Anreiz an Bedeutung gewönne, ein Haus auch deshalb zu verkaufen und ein anderes zu kaufen, weil damit die degressive Abschreibung neu beginnen könnte. Da kaum in Betracht käme, die degressive Abschreibung im Wohnungsbau abzuschaffen, während sie im übrigen bestehen bliebe, und wohl auch nicht daran zu denken wäre, etwa aus solchen Gründen eine Besteuerung von Veräußerungsgewinnen einzuführen, bliebe nur der Weg, die Mög-

lichkeit zur degressiven Abschreibung je Wohnung nur einmal zuzulassen.

346. Eine Aufhebung der Eigentümerförderung nach § 7 b würde es nicht nur erleichtern, beim sozialen Wohnungsbau zu den nötigen Einschränkungen zu kommen, sondern zugleich auch bei der ungezielten Modernisierungsförderung nach § 82 a EStDV. Trotz der Erweiterung des 7 b-Angebots auf Altbauwohnungen ist es bei der steuerlichen Diskriminierung des aktivierungspflichtigen Modernisierungsaufwands teilweise geblieben. Der § 82 a sorgt hier für ein Gegengewicht. Es würde doppelt Geld gespart, wenn beides wegfiel.

347. Zur breit angelegten Förderung des Wohnungsbaus gehört auch die Grundsteuerbefreiung nach dem Zweiten Wohnungsbauförderungsgesetz. Auch sie begünstigt der Tendenz nach den Neubau stärker als die Modernisierung, was schon grundsätzlich nicht leicht zu rechtfertigen ist und neuerdings zudem städtebaupolitisch als problematisch angesehen wird. Der Subventionswert der Regelung beträgt dem Subventionsbericht zufolge immerhin 1,5 Mrd DM.

348. Diskutiert wird allerdings nicht in erster Linie der Abbau, sondern die Umgestaltung der Förderung von Wohnungseigentum, eine familienpolitische Umgestaltung zumal.

In Betracht gezogen wird, beim Erwerb von Wohnungseigentum statt einer erhöhten Abschreibung den Abzug bestimmter Beträge von der Steuerschuld zuzulassen, möglicherweise nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelter Beträge. Das würde die Abhängigkeit der Höhe des Steuergeschenks von der Höhe der Grenzsteuersätze aufheben.

Verkannt wird leicht, daß es im Grunde nicht darum geht, einen klaren Fall von Zusatzabschreibung zu reformieren, sondern daß die Fördermechanik, in die man eingriffe, aus einem komplizierten Zusammenspiel von 7 b-Regelung und Eigenmietenregelung besteht. Will man zu einer sauberen Lösung kommen, müßte man daher bei einer Umgestaltung des § 7 b auch die Eigenmietenregelung ändern.

Dann aber wäre zu befürchten, daß die Reform fiskalisch nicht nur nichts brächte, sondern sogar zusätzliches Geld kostete. Auch fragt sich, was die Bestrebungen zur familienpolitischen Umgestaltung des § 7 b angeht, ob es richtig ist, weitere Ansatzpunkte für den Familienlastenausgleich zu suchen, statt diesen auf wenige Stellen des staatlichen Abgaben- und Leistungssystems zu konzentrieren. Ohnehin hat die Überlagerung der vielen verteilungspolitischen Regelungen des Staates schon dazu geführt, daß deren Gesamtwirkungen undurchsichtig geworden sind und so wie sie sind oftmals nicht gewollt.

349. Sieht man die Regelung des § 7 b weniger als wohnungspolitisches Instrument, sondern eher als Mittel zur Förderung des Sparens und der Vermögensbildung, so schneidet sie im Vergleich zur allgemeinen Sparförderung nicht schlecht ab. Zwar nicht prinzipiell, aber doch praktisch hat sie weniger als diese gegen sich, daß die bloße Aufrechterhaltung

bestimmter Vermögensbestände ausreicht, in den Genuß der Fördermittel zu gelangen.

Beispiel: Bundesbahn

350. Die Eisenbahn fährt weiter mit Defizit. Der Fehlbetrag, den der Bund deckt, hat in den Jahren von 1970 bis 1979 um 10 Mrd DM auf über 14 Mrd DM zugenommen. Im Jahre 1979 waren davon über 8 Mrd DM Zahlungen, die als Erträge in die Gewinn- und Verlustrechnung der Bundesbahn eingehen und deshalb erfolgswirksam genannt werden. Daneben gibt es sogenannte erfolgsneutrale Zahlungen, die in der Finanzierungsrechnung der Bundesbahn erscheinen (im Jahre 1979 nahezu 6 Mrd DM) und mit denen verbleibende Verluste unter der Bezeichnung Liquiditätshilfen (1979 rund 1 1/2 Mrd DM) gedeckt und Investitionen (1979 rund 4 1/2 Mrd DM) finanziert werden. Diese Unterscheidung sagt freilich nichts darüber aus, wieviel die Bundesbahn an betriebsfremden Lasten, zum Beispiel Pensionszahlungen an ehemalige Bedienstete der Deutschen Reichsbahn und Mindereinnahmen aufgrund staatlich verordneter Sondertarife, tragen muß und wie groß der Verlust ist, der sich aus dem Betrieb der Bundesbahn ergibt. Was hier und dort zuzurechnen ist, mag im einzelnen nicht immer einfach sein, aber man kann wohl davon ausgehen, daß die betriebsfremden Lasten nicht mehr als ein Drittel der Zuschüsse des Bundes ausmachen. Rund zwei Drittel davon, also 9 bis 10 Mrd DM im Jahre 1979, sind als Subventionen anzusehen.

351. Unstreitig ist seit Jahren, daß die Subventionierung der Bundesbahn zurückgeführt werden sollte — sowohl durch eigene innerbetriebliche Anstrengungen als auch durch geeignete verkehrspolitische Zielvorgaben. Mitte der siebziger Jahre wurde, nach mehreren gescheiterten Plänen zuvor, ein Sanierungsprogramm entwickelt. Danach sollte sich die Eisenbahn auf den Fernverkehr konzentrieren. Ziel war es, im Personenfernverkehr und im Wagenladungsverkehr Kostendeckung, im Stückgutverkehr eine Verminderung der Defizite zu erreichen. Im Personennahverkehr auf der Schiene, wo die Defizite besonders hoch waren, wurde ebenfalls eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades angestrebt. Das Streckennetz der Bundesbahn sollte eingeschränkt werden. Vorgesehen war, die besonders unrentablen Leistungen abzubauen; die Verkehrsbedienungen in der Fläche sollte teilweise auf die Straße verlagert und auch privaten Verkehrsbetrieben überlassen werden. Vor dem Hintergrund eines von der Bundesbahn erarbeiteten Modells für ein betriebswirtschaftlich optimales Netz, das einschließlich S-Bahnlinien und Neubaustrecken 16 000 Streckenkilometer umfaßte, kam ein Staatssekretärsausschuß im Jahre 1977 zu dem Schluß, daß unter Einbeziehung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte im Güterverkehr 3 000 und im Personenverkehr 6 000 Streckenkilometer stillgelegt werden könnten; das Streckennetz der Bundesbahn war Mitte der 70er Jahre 28 000 Kilometer lang. Außerdem sollte die Bundesbahn fürderhin als erfolgsorientiertes Unternehmen geführt werden; dazu war

eine entsprechende Umorganisation des schwerfälligen Verwaltungsaufbaus geplant.

352. Im Zusammenhang mit diesem Programm war vorgesehen, den Personalbestand zurückzuführen, von 1974 bis 1979 und von 1980 bis 1985 um jeweils 60 000 Beschäftigte. Tatsächlich hat sich der Personalbestand während der ersten Periode um 80 000 Beschäftigte vermindert. Die Ausgaben für das aktive Personal konnten so in den vergangenen fünf Jahren annähernd konstant gehalten werden. Im Jahre 1979 haben die Personalausgaben insgesamt 66 vH des Gesamtaufwandes der Bahn ausgemacht; im Jahre 1974 waren es noch 70 vH. Damit scheinen die Reserven für eine Senkung der Personalkosten allerdings vorerst im wesentlichen erschöpft zu sein. In einigen Bereichen bestehen bereits Personalengpässe, die die Bundesbahn durch Neueinstellungen zu beheben sucht. Eine weitere ins Gewicht fallende Rückführung des Personalbestandes wird nur für möglich gehalten, wenn die Bundesbahn, wie vorgeschlagen, ihre Leistungen deutlich abbaut. Bis heute ist das Streckennetz freilich fast unverändert geblieben. Für die Zukunft ist nur für das Personenverkehrsnetz eine Einschränkung vorgesehen, im Fernverkehr dort, wo das Aufkommen beträchtlich zurückgeht, im Nahverkehr dort, wo Busse an die Stelle des Schienenverkehrs treten können. In bezug auf das Güterverkehrsnetz bestehen zur Zeit keine Abbaupläne.

353. Die Rückführung des Personalbestandes seit 1975 hat den Anstieg der Zuschüsse an die Bundesbahn nicht aufhalten können; diese haben vielmehr seither um ungefähr 5 Mrd DM zugenommen. Ein Konzept, wie die Subventionierung in Zukunft abgebaut werden soll, zugleich ein Konzept, wie die unternehmerischen Chancen, die im Verkehr auf der Schiene liegen, genutzt werden können, scheint nicht zu bestehen. Wahrscheinlich wird ein Abbau des Defizits auch nur möglich sein, wenn die Bundesbahn das Angebot an unrentablen Leistungen drastisch einschränkt. Dagegen bestehen aber offensichtlich nach wie vor massive Widerstände. Gegen einen Leistungsabbau der Bundesbahn wird ins Feld geführt, daß man auch volkswirtschaftliche Erträge, beispielsweise regionalpolitische und umweltpolitische, bedenken müsse, die der Betrieb der Bundesbahn mit sich bringt (JG 75 Ziffern 347 ff.). Aber auch der Ausbau gewinnträchtiger Leistungen stößt auf Widerstände, so etwa der Neubau der Magistralen, der wegen vielfältiger, nicht zuletzt lokaler Hindernisse, nicht vorankommt.

Diejenigen, die gegen einen Leistungsabbau der Bundesbahn sind, nutzen auch die Ölkrise, um die hohen Defizite zu entschuldigen. Danach sollen volkswirtschaftliche Erträge auch darin gesehen werden, daß die Bahn zur Einsparung von Öl beitragen könne und daß sie zudem Transportkapazitäten für den Fall eines gänzlichen Ausbleibens von Öllieferungen vorhalten müsse. Einsparen und Subventionieren müssen jedoch in Balance sein. Daher kann man mit dem Hinweis auf das Ölsparen nicht jedwedes Defizit der Bahn rechtfertigen. Auch der Hinweis auf eine mögliche Notlage in der Ölversor-

gung ist nicht überzeugend, und zwar schon deshalb nicht, weil keineswegs zur Debatte steht, den Betrieb der Bundesbahn einzustellen.

Rentenversicherung

354. Für die kommenden Jahre stehen sozialpolitische Entscheidungen an, die beträchtliche Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und auf die Finanzlage der öffentlichen Haushalte haben können. Sie zielen vor allem darauf, wichtige Teile des Rentenversicherungssystems neu zu ordnen.

Bis 1984 hat der Gesetzgeber, einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zufolge, die Hinterbliebenenversorgung so zu regeln, daß Witwer und Witwen rentenrechtlich gleich behandelt werden. Heute erhalten in der gesetzlichen Rentenversicherung Witwen im allgemeinen 60 vH der Rentenansprüche ihres verstorbenen Mannes; Witwer bekommen 60 vH der Rentenansprüche ihrer verstorbenen Frau aber nur dann, wenn diese den gemeinsamen Lebensunterhalt überwiegend bestritten hatte.

Die geplante Neuordnung soll diese ungleiche Behandlung beseitigen; gleichzeitig soll sie die soziale Sicherung der verheirateten Frau verbessern. Man kann dieses doppelte Ziel auf verschiedenen Wegen erreichen, sicherlich auch auf solchen, die der Rentenversicherung und damit der Solidargemeinschaft keine zusätzlichen finanziellen Lasten aufbürden. Dem Versicherungsprinzip entspräche es, die soziale Sicherung der Frau dadurch zu verbessern, daß der Ehemann für seine nicht erwerbstätige Ehefrau Beiträge zahlt und diese dadurch eigene Rentenansprüche erwirbt. Bei diesem Weg würde das Privileg, Rentenleistungen zu erhalten, ohne dafür beitragsgerechte Vorleistungen erbracht zu haben, zumindest nicht ausgeweitet; heute zahlen in der gesetzlichen Rentenversicherung alle erwerbstätigen Mitglieder, ledige wie verheiratete, grundsätzlich den gleichen Prozentsatz ihres Bruttoarbeitsentgelts als Beitrag; die Chance auf Witwen- und gegebenenfalls auf Witwerrente ist für Verheiratete also gleichsam kostenlos zu haben.

Der derzeit eingeschlagene Weg wird das Rentenversicherungssystem weiter von dem Prinzip beitragsgerechter Leistungen wegführen. Denn die Varianten der sogenannten Teilhaberrente und der abgeleiteten Rente wegen Kindererziehung beziehungsweise vorgerückten Alters, die gute Chancen haben, verwirklicht zu werden, laufen allesamt auf teilweise erhebliche Leistungsverbesserungen hinaus, ohne daß diese durch entsprechende Beitragsleistungen erworben sein müßten. Die zusätzlichen finanziellen Lasten sollen also von der Solidargemeinschaft im ganzen getragen werden, auch von denen, die gar nichts von den Leistungen haben werden, die sie damit finanzieren. Dieser Weg wirkt zahlreiche Probleme auf. Zu den Problemen, die allzu leicht beiseite geschoben werden, gehört, daß die Annäherung der Sozialversicherungsbeiträge an steuerliche Abgaben die Bereitschaft der Bürger weiter verschlechtern wird, eine hohe Abgabenlast hinzunehmen. Das Gegenteil wäre geboten (Ziffer 328).

355. Nach den derzeitigen Plänen soll die soziale Sicherung der Frau auch dadurch verbessert werden, daß dem Elternteil, der Kinder aufzieht, dafür Rentenansprüche eingeräumt werden; die erforderlichen finanziellen Mittel soll der Bund aufbringen, wenn die entsprechenden Rentenzahlungen fällig sind. Die einzelnen Vorschläge sehen vor, für eine bestimmte Zahl von Kindern und Lebensjahren den erziehenden Elternteil so zu stellen, als ob er in dieser Zeit Rentenversicherungsbeiträge gezahlt hätte. Es mag gute Gründe dafür geben, diejenigen, die Kinder erziehen, rentenrechtlich nicht grundsätzlich schlechter zu stellen als jene, die keine Kinder haben und sich heute als Erwerbstätige den Anspruch auf künftige Rentenzahlungen sichern. Wegen der Finanzierung durch den Bund wäre es auch nicht nur die begrenzte Solidargemeinschaft der Pflichtversicherten, die die zusätzlichen Lasten zu tragen hätte. Man muß aber sehen, daß es hier um viel Geld geht, bei manchen Vorschlägen anscheinend um zweistellige Milliardenbeträge je Jahr und mehr, wenn es zu der heute absehbaren Entwicklung der Anzahl der Anspruchsberechtigten und der Anzahl ihrer Kinder kommt. Ohne eine abermals steigende Abgabenlast ist das nicht zu finanzieren. Bedenkt man dies und sieht man die geplante Reform im ganzen, hätte es naheliegen müssen, in den Entwürfen zur Teilhaberente und zur abgeleiteten Rente wegen Kindererziehung beziehungsweise vorgerückten Alters das Prinzip beitragsgerechter Rentenleistungen nicht zu schwächen, sondern viel eher zu stärken. So steht zu befürchten, daß erneut ein Wechsel auf die Zukunft gezogen wird, von dem ungewiß ist, inwieweit er eingelöst werden kann.

356. Die Sorge vor neuen Leistungsversprechen gründet nicht zuletzt in den langfristigen demographischen Veränderungen, die sich aus dem Geburtenrückgang der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte ergeben. Heute kommen rund 36 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren auf 100 Personen im Alter von 18 bis 60 Jahren; dieses Verhältnis geht bis Anfang der 90er Jahre zurück, steigt danach aber stark an, und zwar deutlich über den heutigen Wert. Da die jeweils erwerbstätige Generation aus ihrem Einkommen die Mittel abzweigen muß, von denen die nicht mehr erwerbstätige Generation leben kann, wird die Rentenfinanzierung von der demographischen Entwicklung her zwar auf mittlere Sicht entlastet, auf lange Sicht aber so wesentlich belastet, daß wohl gar nichts anderes in Betracht kommen wird als sowohl eine Erhöhung der Abgabenlast wie auch eine Einschränkung der Leistungsansprüche, und zwar beides in massiver Form. Das gilt schon dann, wenn es überhaupt nicht zu den geplanten Leistungsverbesserungen kommt. Wer dennoch heute Leistungsverbesserungen beschließt, tut das also im wesentlichen zugunsten der heutigen Rentner und zugunsten derer, die im nächsten Jahrzehnt ins Rentenalter treten; denn es ist von vornherein klar, daß die Leistungsverbesserungen durch die Angehörigen einer Generation zu finanzieren sind, die selbst nicht in den Genuß dieser Verbesserungen kommen kann. Mit einem fairen Solidarausgleich zwischen Generationen hätte das wenig zu tun. Auch von daher spricht viel für eine kostenneutrale Reform.

357. In der Diskussion um die künftige Alterssicherung geht es auch um die Frage, nach welchen Regeln die Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden sollen. Erörtert werden vor allem die Bruttoanpassung mit anschließender Besteuerung der Renten und die Nettoanpassung; eine dritte Variante, die Bruttoanpassung mit Krankenversicherungsbeitrag der Rentner, soll zunächst einmal ab 1982 gelten. Von der Finanzierungsaufgabe her interessiert vor allem, inwieweit sich die einzelnen Varianten in ihren finanziellen Auswirkungen auf das Budget der Rentenversicherungsträger unterscheiden.

Bei dem ursprünglichen Verfahren der reinen Bruttoanpassung, das bis 1978 angewandt wurde, steigen die Renten wie die Bruttoarbeitsentgelte; Beitragseinnahmen und Rentenausgaben entwickeln sich deshalb grundsätzlich parallel, sieht man von den besonderen Wirkungen ab, die sich aus der zeitlich verzögerten Anpassung der Renten ergeben.

Wenn die Rentner die Beiträge zu ihrer Krankenversicherung selbst entrichten, ändert sich an dieser Parallelität nichts. Bei der Einführung des Krankenversicherungsbeitrags sollen, damit die Einkommen der Rentner nicht sinken, die Renten einmalig um die Beträge erhöht werden, die den Krankenversicherungsbeiträgen entsprechen; gleichzeitig entfallen die Zahlungen, die die Rentenversicherungen bis dahin an die Krankenversicherungen leisten. Nach der Umstellung steigen Beitragseinnahmen und Rentenausgaben wieder mit den Bruttoarbeitsentgelten; die Rentner werden jetzt aber an steigenden Kosten im Gesundheitswesen beteiligt, was nicht nur heißt, daß sie von höheren Beitragssätzen ebenso betroffen sind wie die Erwerbstätigen, sondern auch bedeutet, daß der Zwang zu Erhöhungen der Beitragssätze kleiner wird.

Bei der Bruttoanpassung mit anschließender Besteuerung der Renten kann man im Jahr der Umstellung ebenfalls die Renten einmalig um die Beträge erhöhen, die den Abgaben im gleichen Jahr entsprechen, und die aufkommenden Mittel dann wieder den Rentenversicherungen zuleiten. Nach der Umstellung steigen Einnahmen und Ausgaben allerdings nicht mehr mit der gleichen Rate, weil die durchschnittliche steuerliche Belastung der Renten bei unverändertem Einkommensteuerrecht normalerweise steigt; die Rentenversicherungen erhalten dann direkt oder indirekt im Maße dieser Mehrbelastung zusätzliche Mittel.

Beim Verfahren der Nettoanpassung schließlich steigen die Renten wie die Nettoarbeitsentgelte; Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich deshalb nur dann parallel, wenn sich auch die Brutto- und die Nettoarbeitsentgelte parallel entwickeln. Bei unveränderten steuerrechtlichen Regelungen werden die Löhne aber progressiv besteuert, die Nettolöhne und mit ihnen die Renten steigen also entsprechend weniger als die Bruttolöhne; bei den Rentenversicherungen kommt es gleichsam progressionsbedingt zu Minderausgaben, was für sich genommen zu Überschüssen führt.

Die drei Anpassungsverfahren unterscheiden sich also in ihren finanziellen Auswirkungen im wesent-

lichen insoweit, wie Renten beziehungsweise Arbeitsentgelte progressiv belastet werden; das Budget der Rentenversicherungsträger wird in dem Maße entlastet, wie die Rentner (Rentenbesteuerung) beziehungsweise die Arbeitnehmer (Nettoanpassung) mehr belastet werden. Nimmt man den erklärten politischen Willen, die Steuerbelastung durch regelmäßige Korrekturen konstant zu halten, für die Tat, dann sind die finanziellen Unterschiede zwischen den drei Verfahren gering. Das gilt jedenfalls dann, wenn man die Rentenbesteuerung beziehungsweise die Nettoanpassung in dem Jahr einführt, in dem gerade die Steuerbelastung realisiert ist, die auf mittlere Sicht stabil gehalten werden soll. Nähme man die Umstellung in einem Jahr mit unterdurchschnittlich großer Steuerlast vor, etwa im Jahr einer Tarifkorrektur, würden die Rentenversicherungsträger auf längere Sicht erheblich profitieren, bei der Nettoanpassung mehr als bei der Besteuerung. Die Mittel fehlten dann allerdings beim Staat.

Gemeindefinanzen

358. Bei den Gemeinden zeigt sich immer wieder, wie sehr ihre Ausgaben und besonders ihre Investitionsausgaben durch die Entwicklung ihrer Einnahmen bestimmt sind. In den letzten Jahren haben die Einnahmen und mit ihnen die Ausgaben im allgemeinen sowie die Investitionsausgaben im besonderen stark zugenommen. Im nächsten Jahr wird für die Expansion der kommunalen Ausgaben vermutlich nur wenig Spielraum bestehen, und wahrscheinlich wird in erster Linie bei den Investitionen gekürzt werden. Diese Entwicklung bestätigt die Erfahrung, daß sich bei den Gemeinden infolge der Einnahmensorientierung häufig unerwünschtes prozyklisches Ausgabenverhalten zeigt, wobei zu beachten ist, daß Investitionsausgaben üblicherweise erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung kassenwirksam werden.

Die Gemeinden operieren also gleichsam einzelwirtschaftlich. Um das prozyklische Ausgabenverhalten zu verhindern, und, wenn schon keine antizyklische, so doch eine stetigere Ausgabenentwicklung zu erreichen, müssen die Schwankungen bei den Einnahmen vermindert werden.

359. Gebühren und Beiträge sowie die sonstigen Einnahmen, die kaum prozyklisch schwanken, machen rund ein Drittel der kommunalen Einnahmen aus. Von ihnen könnte ein noch stärker dämpfender Einfluß ausgehen, wenn es gelänge, ihren Anteil in den kommunalen Haushalten zu erhöhen. Nachdem in den vergangenen Jahren die Gemeinden bei vielen ihrer Leistungen, für die sie spezielle Entgelte erheben, nach einem hohen Kostendeckungsgrad gestrebt und diesen wohl auch erreicht haben, wird man hiervon allerdings nicht viel für eine Verstetigung der kommunalen Einnahmen erwarten können.

360. Ein wichtiger Ansatz für die Verstetigung ist die Besteuerung, und hier vor allem die besonders

konjunkturresistente Gewerbesteuer. Der Anteil der Steuern an den gesamten Einnahmen der Gemeinden beträgt rund ein Drittel, die Gewerbesteuer macht davon rund 40 vH aus. Der Sachverständigenrat hat sich wiederholt zum Abbau der Gewerbesteuer geäußert (JG 77 Ziffern 432 ff., JG 78 Ziffern 323 ff.). Sie sollte vollständig nur dann abgeschafft werden, wenn es gelingt, als Ersatz eine andere erziehbare, originäre Gemeindesteuer zu finden, deren Aufkommen nicht nur konjunkturell weniger schwankt und zu weniger Steuerkraftunterschieden zwischen den Gemeinden führt, sondern die auch das Interesse der Gemeinden am ortsansässigen und ansiedlungswilligen Gewerbe aufrecht erhält. Ein möglicher Ersatz könnte vielleicht in einer Steuer auf die Wertschöpfung gesehen werden, die breiter angelegt ist und beispielsweise nicht nur Unternehmen, sondern auch Behörden in die Steuerpflicht einbezieht. Gelänge es auf diese Weise, die Steuereinnahmen zu verstetigen, wäre zu bedenken, den Anteil der Steuern in den kommunalen Budgets zu erhöhen. Konjunkturpolitisch wäre das unbedenklich und in bezug auf die finanzielle Autonomie der Gemeinden ein Fortschritt.

361. Der dritte große Einnahmenblock der Gemeinden sind die Finanzausweisungen der Länder, die gleichfalls rund ein Drittel der gesamten kommunalen Einnahmen ausmachen. Vom Umfang her gesehen haben sie also Gewicht, und für eine Verstetigung der Gemeindefinnahmen kommen sie deswegen in Betracht, weil sie, wie die Erfahrung lehrt, eher prozyklische Schwankungen zeigen. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, daß die Länder in ihren Haushalten für die Finanzausweisungen an die Gemeinden eine sogenannte Finanzausgleichsmasse bilden, die sich aus der Anwendung eines Verbundsatzes auf die Verbundmasse ergibt. Der Verbundsatz wird zwar gelegentlich geändert, in der Regel sind dafür aber andere als konjunkturelle Gründe maßgebend. Ganz anders ist es bei der Verbundmasse. Sie besteht nämlich zum größten Teil aus den wichtigsten Steuereinnahmen der Länder, insbesondere aus dem ihnen zufließenden Aufkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer, und hier gibt es, wenn auch zeitlich etwas versetzt, erhebliche prozyklische Schwankungen. Um deren Durchwirken zu verhindern, müßte dafür gesorgt werden, daß sich die Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse stetig entwickeln, konjunkturbedingte Veränderungen der Finanzausgleichsmasse selbst also ausgeschaltet werden. Dadurch würde nicht nur ein großer, prozyklisch schwankender Posten der kommunalen Einnahmen und insoweit auch das Ausgabenverhalten der Gemeinden verstetigt, sondern für die Kommunen entfielen auch ein Teil der von ihnen beklagten Planungsunsicherheiten.

362. Für die Lösung dieser Aufgabe gibt es drei Ansätze: die Verbundmasse, den Verbundsatz und die Ausgleichsmasse. Unzweckmäßig wäre es, die Verbundmasse durch eine Variation ihrer Bestandteile, beispielsweise das Herausnehmen oder Hineingeben des Aufkommens einer Steuer, zu manipulieren; denn dadurch dürften die konjunkturellen Schwan-

kungen der Gesamtverbundmasse kaum auszugleichen sein. Das ist anders beim Verbundsatz; dieser wäre an sich für antizyklische Veränderungen geeignet. Hier gäbe es jedoch vermutlich erheblichen Widerstand, weil davon auch die Einnahmenverteilung zwischen Gemeinden und Land berührt würde. Der Verbundsatz ist also politisch umstritten, und es ist nicht wahrscheinlich, daß er rechtzeitig und in genügendem Ausmaß geändert würde. So bleibt die Variation der Ausgleichsmasse, und das heißt weniger Auszahlungen im Aufschwung und mehr Auszahlungen im Abschwung. Den Gemeinden darf mittelfristig nichts verloren gehen, weil sie sonst für diese Maßnahme kaum zu gewinnen sein werden.

363. Technisch könnte die antizyklische Variation der Zuweisungen entweder über die Aufnahme und das Zurückzahlen von Krediten oder über die Bildung und das Auflösen einer besonderen Rücklage bewerkstelligt werden. Im ersten Fall müßte der Kredit, den ein Land zu diesem Zweck im Abschwung aufnimmt, im Aufschwung zurückgezahlt werden, im zweiten Fall würden die Zuweisungen an die Gemeinden im Abschwung, wenn Steuern ausfallen, zum Teil aus der im Aufschwung gebildeten Rücklage finanziert. Das erste Verfahren ließe sich gegenüber den Gemeinden vermutlich schwerer vertreten als das zweite; denn hier wird sichtbar, was zugesichert ist und nur zeitlich verschoben ausbezahlt werden soll, während dort bei den Gemeinden Mißtrauen entstehen könnte, weil eine Vermengung mit der Aufnahme von Krediten allgemeiner Art naheläge. Ein besonderer Fonds, dessen Auszahlungen antizyklisch verändert werden, machte die Garantie augenfällig, daß den Gemeinden über mittlere Frist keine Einnahmehausfälle entstehen werden, und bewirkte zugleich, daß mehr Stetigkeit in die Zuweisungen und in das Ausgabenverhalten der Gemeinden kommt.

Lohnpolitik und Arbeitsmarkt

Lohnpolitik

364. Die lohnpolitische Diskussion wird in den nächsten Monaten im Bewußtsein geführt werden, daß der Verteilungsspielraum enger geworden ist. In der zurückliegenden Lohnrunde war dies noch anders. Unter dem Eindruck des zügigen Beschäftigungsanstiegs und der deutlichen Verbesserung der Ertragslage, die der Aufschwung mit sich gebracht hatte, und angesichts verstärkter Preissteigerungen waren Gewerkschaften wie Arbeitgeber von vornherein auf höhere Lohnsteigerungen eingestellt, als sie in den beiden Jahren davor vereinbart hatten. Diskutiert wurde eher, wie weit die Abschlüsse ohne Gefahr für die mittelfristigen Beschäftigungschancen über die vorangegangenen hinausgehen konnten.

365. Aufs ganze gesehen wurden die tariflichen Stundenverdienste dann um rund 7 vH angehoben; im Jahr davor waren es 5 vH gewesen. Ein grundlegender Wandel der lohnpolitischen Linie, die in den

letzten Jahren Raum für ein besseres Verhältnis von Kosten und Erlösen gelassen hatte, wurde darin im allgemeinen nicht gesehen, auch wenn in einer Reihe von Bereichen zusätzliche Kosten aufgrund früherer Stufenvereinbarungen über mehr Urlaub und höhere Sonderzahlungen hinzukamen.

366. Ob die Lohnsteigerungen damit auch situationsgerecht waren, wird im nachhinein von vielen indes nicht mehr für so sicher genommen. Zwar war auch schon zum Zeitpunkt der Lohnabschlüsse bekannt, daß eine der wichtigsten Annahmen, unter denen die im ganzen zuversichtlichen Prognosen für das Jahr 1980 gestanden hatten — kein nennenswerter weiterer Anstieg des realen Ölpreises —, von der Wirklichkeit überholt war; für eine Weile wurden jedoch offenbar die zusätzlichen Belastungen für verkraftbar gehalten. Im Verlauf des Jahres ist dann deutlich geworden, daß die höheren Kostensteigerungen im Innern zusammen mit den weiteren Belastungen von außen nicht ohne weiteres überwältigt werden konnten. Ein Druck auf die Gewinnmargen war die Folge.

367. Gewiß, zu einer ähnlichen Beeinträchtigung der Erlös-Kosten-Relation wie nach der ersten Ölkrise ist es diesmal nicht gekommen. Auch wenn man die weitere Verschlechterung im Austauschverhältnis mit dem Ausland, die Zunahme der Kapitalkosten und die deutliche Verlangsamung des Produktivitätsanstiegs berücksichtigt, ist den Unternehmen 1980 im Jahresdurchschnitt bei den Löhnen, die sie zu zahlen hatten, und den Preisen, die sie erzielten, kaum weniger an Ertrag geblieben als 1979, wie auch die nur geringe Änderung der Reallohnposition zeigt. Daß es nicht schlechter kam, mag Zuversicht für die Zukunft begründen.

Für die Absatz- und Beschäftigungschancen auf mittlere Sicht ist jedoch nicht ohne Bedeutung, ob eine bestimmte Erlös-Kosten-Relation bei hoher Steigerung von Kosten und Preisen zustande gekommen ist oder bei geringer Steigerung von beiden. Bei niedrigeren Kosten und Preisen kann mehr Produktion abgesetzt werden, sei es weil bei gegebener Wechselkursentwicklung mehr im Ausland verkauft werden kann, sei es weil die nicht marktbestimmten Einkommen, nicht zuletzt die Renten, eine höhere Kaufkraft haben oder sei es weil ganz allgemein mit geringeren Ansprüchen an das Produktionsergebnis mehr Produktionsanstrengungen lohnend erscheinen. Nachdenklich stimmen muß daher, daß Löhne und Produktivität 1980 angesichts des von außen kommenden Kostenschubs nur bei Preissteigerungen miteinander in Einklang zu bringen waren, die bei der verhaltenen Nachfrage am Markt nicht mehr ohne Absatzeinbußen durchgesetzt werden konnten.

368. Nach wie vor gilt, daß die zu einem hohen Beschäftigungsstand passenden Löhne nur am Markt herausgefunden werden können. Die Lohnpolitik des kommenden Jahres steht damit vor keiner leichten Aufgabe. Sie sollte konsensfähig bleiben, denn nicht zuletzt ist auch der soziale Konsens ein nicht unbedeutendes Element guter Angebotsbedingungen. Sie sollte zugleich so viel Flexibilität zeigen, daß

eine Ausweitung von Produktion und Beschäftigung nicht an zu hohen Kosten scheitert.

Unstrittig ist, daß der Verteilungsspielraum mit der Herausforderung von außen erheblich enger geworden ist. Das wird von allen so gesehen. Wie eng er ist, wird indes umstritten bleiben.

- Der Anstieg der Produktivität als wichtigster Bestimmungsgröße für das, was real zusätzlich zu verteilen sein wird, ist für das nächste Jahr kaum größer einzuschätzen, als er 1980 war. Fest vorgegeben ist er zwar nicht, hängt er doch außer vom trendmäßigen technischen Fortschritt unter anderem auch davon ab, inwieweit die Unternehmen ihren Personalbestand anpassen, wenn sie vorübergehend nicht für alle Arbeit haben; mit einem verstärkten Produktivitätszuwachs und zugleich mit höherer Beschäftigung im Durchschnitt des kommenden Jahres zu rechnen, ließe sich aber mit der Erfahrung nur schwer vereinbaren, es sei denn, es käme bei den absehbaren Nachfragetendenzen zu einer deutlichen Kostenentlastung.
- Unsicherer dürfte sein, inwieweit der reale Verteilungsspielraum durch die Entwicklung der Terms of Trade weiter eingeengt oder wieder vergrößert wird. Unter den Annahmen, die unserer Prognose zugrundeliegen, könnte sich der Anstieg der Einfuhrpreise 1981 etwas stärker abschwächen als der Anstieg der Ausfuhrpreise; das Austauschverhältnis könnte sich also wieder etwas verbessern. Dies gilt allerdings nur dann, wenn sich weitere Ölpreisanhebungen in engen Grenzen halten. Verlaß ist darauf nicht.
- Was die Entwicklung der Kapitalkosten betrifft, so kann von den Zinsen zwar eine gewisse Entlastung erwartet werden; dies wäre aber in erster Linie eine Korrektur der jüngsten Zinssteigerungen. Eine allfällige trendmäßige Senkung des Realzinses schlägt pro Jahr nicht stark zu Buche. Im übrigen werden die Zinsen, jedenfalls die langfristigen, vom Verlauf der Lohnrunde mitbestimmt sein. Der notwendige Kapitalaufwand je Produkteinheit wie je Arbeitsplatz wird weiter steigen.
- Eine Entlastung der Unternehmen bei den Kostensteuern und den Subventionen ist nicht angelegt.

All dies spricht dafür, den realen Verteilungsspielraum vorsichtig einzuschätzen.

369. Wie stets wird in den bevorstehenden Lohnverhandlungen eine wichtige Rolle spielen, was die Arbeitnehmer an Preissteigerungen erwarten und was die Unternehmen an Kosten in den Preisen überwälzen zu können glauben. Daß die Meinungen der Tarifparteien darüber auseinandergehen, ist wahrscheinlich. So wenig jedoch in der letzten Lohnrunde offenbar umstritten war, daß die Preissteigerungen höher als davor sein würden, so wenig wird diesmal allseits in Zweifel gezogen, daß sie, nachdem sie inzwischen ihren Höhepunkt überschritten haben, weiter zurückgehen dürften. Als weithin anerkannt kann wohl auch gelten, daß Preissteigerungen, die aus einem möglichen neuen Schub bei den

Ölpreisen oder aus erhöhten Abgabenansprüchen des Staates bei den Verbrauchsteuern resultierten, lediglich durchlaufende Mittel in die Unternehmenskassen brächten und nicht zur Verteilung zwischen den Tarifparteien anstünden.

Bei der Einschätzung der weiteren Preisentwicklung sollte auch im Blick sein, daß sich eine ähnliche Entwicklung des Wechselkurses wie im abgelaufenen Jahr im kommenden wohl nicht wiederholen dürfte, jedenfalls nicht mit einer Sicherheit, daß in den Lohnvereinbarungen darauf gesetzt werden könnte.

370. Nicht nur die Erfahrung dieses Jahres spricht dagegen, bei den Lohnabschlüssen an die Obergrenze dessen zu gehen, was sich als Verteilungsspielraum für den Fall abzeichnet, daß die Risiken, die in der Prognose liegen, nicht Wirklichkeit werden. Ein vorsichtiger Kurs in der Lohnpolitik würde auch bei der Lösung der Probleme helfen, die sich über das Jahr 1981 hinaus stellen. Denn unbestritten ist, daß die Volkswirtschaft unter hohem Anpassungsdruck steht. Teures Öl einsparen und ersetzen, im Wettbewerb mit der Auslandskonkurrenz bestehen, die Märkte stärker für Produkte der Entwicklungsländer öffnen — all dies sind Aufgaben, deren Lösung günstige Angebotsbedingungen erfordert.

371. Die Sorge der Gewerkschaften, die Löhne könnten bei der Einkommensverteilung ins Hintertreffen geraten, ist verständlich. Was zu verteilen ist, steht jedoch nicht von vornherein fest. Die Lohnpolitik selbst entscheidet mit darüber, indem sie den Umfang rentabler Produktion beeinflusst und damit Produktivität und Preise. Herauszufinden, welche Nominallohnsteigerung etwa zu einer Reallohnsicherung für die Arbeitnehmer führte, wäre mehr als eine einfache Rechenaufgabe mit der Preissteigerung als einer Konstanten. Wenn die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen im ganzen abnehmende Preissteigerungsraten möglich machen, können niedrige Nominallohnsteigerungen durchaus den Arbeitnehmern im Ergebnis reale Einkommensverbesserungen bringen. Der Preiswettbewerb auf den Gütermärkten wird von der Konjunkturlage her und auch außenwirtschaftlich im nächsten Jahr voraussichtlich ausreichend scharf bleiben.

372. Konsens über einen vorsichtigen Kurs ließe sich wohl um so eher erzielen, je weniger die Arbeitnehmer den Eindruck haben könnten, es würden ihnen Vorleistungen abverlangt, die sie in der Einkommensverteilung schlechter stellten, ohne daß diese zu genügend mehr und sicheren Arbeitsplätzen führten. Es ist daher zu bedauern, daß die Diskussion über die vermögenspolitische Flankierung der Lohnpolitik, die einen wichtigen Beitrag zur Entspannung der Tarifauseinandersetzung und zum Aufbau von mehr Risikokapital leisten könnte, nach wie vor nicht vorankommt.

373. Daß sich der Spielraum, den die Lohnpolitik für eine Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation in den letzten Jahren gelassen hatte, beschäftigungspolitisch nicht ausgezahlt hätte, wird man angesichts der Tatsache, daß die Anzahl der beschäftig-

ten Arbeitnehmer seit 1976 um nahezu eine Million gestiegen ist, wohl kaum sagen können. Die im ganzen unzureichenden Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit sollten den Blick dafür nicht verstellen, sondern eher Ansporn sein, in den Tarifvereinbarungen auch nach Möglichkeiten der Differenzierung im Lohnanstieg zu suchen, die den strukturellen Problemen am Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

Arbeitsmarktpolitik

374. Die Arbeitsmarktpolitik kann weder eine Wirtschaftspolitik, die günstige Bedingungen für mehr Wachstum und damit für mehr Arbeitsplätze schafft, noch eine beschäftigungskonforme Lohnpolitik ersetzen. Sie kann jedoch flankierende Hilfe leisten, vor allem was die Problemgruppen des Arbeitsmarktes betrifft.

375. Bei dem Versuch, die Arbeitsmarktpolitik gezielt zur Ausweitung der Beschäftigung einzusetzen, haben Lohnkostenzuschüsse wachsende Bedeutung gewonnen. Hierzu zählen nicht zuletzt die sogenannten Eingliederungsbeihilfen und Einarbeitungszuschüsse, das heißt direkte Zahlungen an Arbeitgeber, mit dem Ziel, die Einstellungschancen von Personen zu verbessern, die als schwer vermittelbar gelten. Grundsätzlich sind solche Maßnahmen zu begrüßen, wenn damit erreicht wird, daß Arbeitskräfte mit begrenzter Leistungsfähigkeit oder auch solche, die eine vollwertige Leistung erst nach einer gewissen Einarbeitungszeit erbringen, eingestellt und über den subventionierten Zeitraum hinaus weiter beschäftigt werden. Dabei sollte dem Einarbeitungszuschuß künftig ein größeres Gewicht zukommen; denn zum einen ist mit dieser Maßnahme eine betriebliche Qualifizierung verbunden, was die Chancen für eine Dauerbeschäftigung verbessert, zum anderen dürfte der Mitnehmereffekt hier geringer sein, da wegen des notwendigen Einarbeitungsplans eine bessere Kontrolle möglich ist. Auszuschließen sind Mitnehmereffekte freilich nicht. Dafür spricht, daß hier wie bei der Eingliederungsbeihilfe ein gewisser Gewöhnungseffekt festzustellen ist; ohne diese Zuschüsse der Arbeitsämter sind die Arbeitgeber immer weniger bereit, als schwer vermittelbar geltende Arbeitslose einzustellen.

376. Eine weitere Möglichkeit der Arbeitsmarktpolitik, zur Ausweitung der Beschäftigung beizutragen, stellen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dar. Mit ihnen soll zweierlei erreicht werden. Es sollen Arbeitslose beschäftigt werden und, soweit sie zu den Problemgruppen zählen, über vermehrte Qualifikation mehr Chancen am Arbeitsmarkt erhalten; gleichzeitig sollen mit diesen Maßnahmen gemeinnützige Aufgaben erfüllt werden, von der Landschaftspflege bis hin zu den Humandiensten. Der Anspruch, die Qualifikation der Begünstigten zu erhöhen, war bislang nur in Grenzen zu verwirklichen. Das lag einerseits daran, daß die Arbeitskräfte für Tätigkeiten eingestellt wurden — etwa bei Bauvorhaben —, für die häufig nur ein enger Kreis der Problemgruppen geeignet ist; andererseits war die sub-

ventionierte Beschäftigung in vielen Fällen zu kurz, als daß ein nachhaltiger Qualifikationseffekt hätte erreicht werden können. Beide Hemmnisse müssen überwunden werden, wenn man mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über den kurzfristigen Beschäftigungseffekt hinaus Problemgruppen am Arbeitsmarkt wettbewerbsfähiger machen will, sei es, daß man die Arbeitstätigkeit auf Bereiche ausdehnt, die den Arbeitsmöglichkeiten der betreffenden Personen besser entsprechen, sei es, daß man die subventionierte Beschäftigungsdauer verlängert; letzteres ist im Oktober dieses Jahres geschehen.

377. Das allgemeine Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes ist in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von Sonderprogrammen — zuletzt durch ein hoch dotiertes Programm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen — erweitert worden. Die Frage liegt nahe, ob die Mittel für derartige Sonderprogramme nicht besser hätten genutzt werden können, wenn sie von vornherein zur Haushaltsaufstockung der Bundesanstalt für Arbeit verwandt worden wären. Sie hätten dann kontinuierlich eingesetzt werden können, zumal die Zielrichtung den allgemeinen Maßnahmen der Bundesanstalt gleichgerichtet ist. Der ad-hoc-Charakter eines Sonderprogramms begünstigt überdies jene Unternehmen — in der Regel sind es die großen —, die ausgearbeitete Anträge rasch vorlegen können. Außerdem ist mit hohen Mitnehmereffekten zu rechnen, wenn die Mittel im Windhundverfahren vergeben werden.

378. Eine wichtige Frage ist auch, ob eine innerbetriebliche Qualifizierung von Personen, die zwar noch eine Beschäftigung haben, aber von Arbeitslosigkeit bedroht sein könnten, von der Bundesanstalt gefördert werden soll. Wenn es eines Beleges dafür bedurfte hätte, daß die Unternehmen eine solche Förderung in hohem Maße nutzen, dann könnte dieser mit dem erwähnten Sonderprogramm, dessen Schwerpunkt 1 entsprechende Maßnahmen zum Inhalt hatte, sicherlich als erbracht gelten. Die zur Verfügung stehenden Mittel waren binnen kurzem überzeichnet. Die hohen Mitnehmereffekte sprechen jedoch dafür, daß man es so nicht machen sollte. Besser ausgearbeitete Förderkriterien, strengere Auflagen und mehr Kontrollen scheinen nötig. Wenn vermieden werden kann, daß die Unternehmen öffentliches Geld für reine Anlernmaßnahmen oder betriebsspezifische Qualifizierung von Arbeitskräften erhalten, die sie ohnehin durchführen würden, hat eine betriebliche Qualifizierung Vorteile gegenüber einer, die keinen unmittelbaren Kontakt mit der ausübenden Tätigkeit hat. Deshalb müßte der Personenkreis, der in die Förderung einbezogen wird, hinreichend genau abgegrenzt sein, und das Schwergewicht der zu fördernden Maßnahmen müßte auf eine nicht nur im jeweiligen Betrieb verwertbare Ausbildung gelegt werden, mit dem Ziel eines anerkannten Abschlusses.

379. Neben den Maßnahmen, die auf mehr Beschäftigungsmöglichkeiten ausgerichtet sind, behalten alle jene arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

ihre Bedeutung, die auf einen besseren strukturellen Ausgleich von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage abzielen. Der trotz der wieder ungünstigeren Arbeitsmarktlage teilweise vorhandene Facharbeitermangel und die Tatsache, daß weniger qualifizierte Arbeitskräfte allemal ein höheres Arbeitsplatzrisiko tragen, zeigt die hohe Bedeutung, die der Förderung der Mobilität weiterhin zukommt. Dabei gilt es indessen zu differenzieren.

Die Mittel zur Förderung der regionalen Mobilität wurden in den vergangenen Jahren erheblich aufgestockt. Ob eine Ausweitung der Förderung noch große Wirkung hätte, ist fraglich. Wichtiger wäre möglicherweise, steuerliche Mobilitätshemmnisse abzubauen, wie sie etwa in der Grunderwerbsteuer liegen, oder Hemmnisse, die sich aus der Fehlbelegung im sozialen Wohnungsbau ergeben. Bei der Struktur der Arbeitslosigkeit ist überdies zu vermuten, daß gerade jene Arbeitslosen, die zu den Problemgruppen zählen — ältere oder behinderte Arbeitslose beispielsweise oder auch Frauen, die eine Teilzeitarbeit suchen —, häufig nur schwer in der Lage sind, den Wohnort zu wechseln.

Um so wichtiger ist die Förderung der beruflichen Mobilität durch Maßnahmen zur Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung. Ein Sonderproblem bleibt hier allemal die Beschäftigungssituation für ausländische Jugendliche; deren Chancen für eine berufliche Ausbildung weiter zu verbessern, gehört zu den vordringlichen Aufgaben. Das Lehrstellenangebot im ganzen ist hingegen in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Das heißt indes nicht, daß die allgemeine Ausbildungssituation in allen Belangen befriedigend wäre. Nach wie vor bestehen neben regionalen auch erhebliche berufsspezifische Diskrepanzen zwischen dem Angebot an Ausbildungsplätzen und der Nachfrage. Ein wichtiger Beitrag könnte hier sein, mehr gewerblich-technische Berufe für Frauen zu öffnen, indem überkommene rechtliche Hemmnisse abgebaut werden. Verstärkte Anstrengungen sind möglicherweise auch nötig, Arbeitslose ohne Berufsausbildung für eine berufliche Qualifizierung zu gewinnen. Erst neuerdings ist es der Bundesanstalt für Arbeit möglich, berufsvorbereitende Lehrgänge einzurichten, die im Vorfeld der eigentlichen Berufsausbildung darauf zielen, die Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen zu erleichtern.

380. Nach wie vor ist auch dringlich, mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Die bestehenden Schwierigkeiten, die Arbeitszeitwünsche der Arbeitsuchenden mit den Möglichkeiten der betrieblichen Organisation in Einklang zu bringen, muß man nicht für unlösbar halten. Bereits in unserem letzten Jahresgutachten haben wir darauf verwiesen, daß die Arbeitsmarktpolitik hier nur begrenzt Hilfestellung leisten kann und daß es vor allem auf die Anpassungsbereitschaft von Arbeitsuchenden wie Arbeitgebern ankommt (JG 79 Ziffer 349). Ausländische Erfahrungen — etwa mit den verschiedenen Formen der Teilzeitkumulierung — mögen dabei von Nutzen sein.

Marktpolitik

381. Das Vertrauen in die Fähigkeit, die Anpassungsaufgaben der kommenden Jahre im Wettbewerb bewältigen zu können, läßt nach in Europa, deutlicher als die Fähigkeit selbst. Die Wettbewerbspolitik hat einen zunehmend schwierigen Stand. In den Ländern um uns herum wächst die Neigung, protektionistische Lösungen zu suchen, aber auch im Inneren zeigt sich hier und dort Bereitschaft, einen stärker dirigistischen Weg einzuschlagen.

Zugegeben, der Anpassungsdruck ist größer geworden, das Wettbewerbsklima härter; die Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten haben als Folge neuer dirigistischer Maßnahmen zugenommen. Gleichwohl, die deutschen Unternehmen stehen besser gerüstet da als 1975; ihre Wettbewerbsfähigkeit hat sich, insgesamt gesehen, nicht vermindert (Ziffern 163 ff.). Auch dadurch mag sich die Wettbewerbspolitik bestätigt sehen.

Die Entwicklung in der Stahlindustrie, protektionistische Hilfsangebote für die Automobilindustrie und Forderungen nach Schutz für Wirtschaftszweige, die der internationalen Konkurrenz besonders hart ausgesetzt sind, sollten keine Verunsicherung aufkommen lassen darüber, daß der wettbewerbspolitische Kurs unbeirrt fortgesetzt wird.

382. In der Stahlindustrie ist der Marktwirtschaft eine Schlappe zugefügt worden. Schon in der Vergangenheit war es nicht leicht, die europäischen Stahlunternehmen auf den Wettbewerb zu verweisen, wenn es darum ging, mit Überkapazitäten fertig zu werden. Staatsbetriebe, staatlich subventionierte und privatwirtschaftliche Unternehmen suchen mit sehr unterschiedlichen Mitteln dem Anpassungsdruck zu begegnen und im internationalen Wettbewerb zu überleben. Groß ist die Versuchung, beim Staat zu holen, was der Markt nicht hergibt. Verführerisch ist die Erwartung, zu geringe Anstrengungen am Markt würden durch Subventionen zur Sicherung der Beschäftigung belohnt. Kein Wunder, die Lösung der strukturellen Probleme in der europäischen Stahlindustrie ist immer wieder vertagt worden.

383. Auch das Ende Oktober verfügte Kartell der europäischen Stahlindustrie wird die Probleme nicht lösen. Konzipiert scheint es eher als eine große Umschuldungsaktion zu Lasten der Kasse der Europäischen Gemeinschaft. Aus allen Ländern gehen jetzt die Anträge ein auf finanzielle Unterstützung der Anpassungsmaßnahmen, die die Unternehmen im Zusammenhang mit den Produktionsauflagen durchführen. Die Europäische Kommission hat bereits eine Aufstockung des Haushalts der Gemeinschaft zugunsten der betroffenen Arbeitnehmer gefordert. Ob damit nur Verluste abgedeckt werden, die bisher von den Haushalten einiger Mitgliedsländer getragen wurden, oder ob zusätzliche Maßnahmen finanziert werden sollen, die zum Abbau von Produktionskapazitäten führen, ist noch nicht klar. In dem einen und dem anderen Land sind Maßnahmen zum Kapazitätsabbau bereits eingeleitet und teilweise auch Subventionen vermindert worden. An

den Kosten dieser Programme wird die Gemeinschaft nun beteiligt werden. Noch schlimmer wäre, wenn Kapazitäten, die bisher auf Staatskosten aufrechterhalten wurden, nunmehr auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft aufrechterhalten werden. Wichtig ist aber, daß die Flurbereinigung in der europäischen Stahlindustrie schneller vorangetrieben wird. Kapazitäten müssen aus dem Markt genommen werden. Eine Erhaltung würde, wie die Erfahrung lehrt, sehr teuer. Der von den Staaten der Europäischen Gemeinschaft inzwischen vereinbarte Subventionskodex, bisher kaum ernst genommen, muß glaubwürdig angewandt werden. Finanzhilfen, die über das Konto Forschungsförderung laufen, sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie Subventionen darstellen, die den Wettbewerb verzerren.

384. Unter dem Kartell wird aus einer Umschuldungsaktion schnell eine Entschuldungsaktion über höhere Preise. Die Gefahr ist um so größer, je wirksamer der faktische Außenschutz ist und je länger das Kartell läuft. Die Schwierigkeiten der Stahlindustrie blieben damit im Grunde ungelöst. Sie werden in ihrer Auswirkung aber auf die Abnehmer ausgedehnt. Diese haben höhere Kosten und verlieren damit an Wettbewerbsfähigkeit. Dies mag durch Außenschutz — angeboten oder gefordert — für den europäischen Markt abgefangen werden, auf den Auslandsmärkten wird die Benachteiligung voll fühlbar. Das schleichende Gift der Kartellierung wirkt fort in alle Glieder der Wirtschaft und lähmt ihre Wettbewerbskraft. Wenn schon Gift für Arznei gehalten wird, muß es auf kleinste Dosen begrenzt und darf nur kurze Zeit angewandt werden.

385. Das Kartell endet automatisch am 30. Juni 1981. Die Strukturprobleme der europäischen Stahlindustrie sind so kurzfristig natürlich nicht zu lösen. Zudem ist der Druck niedrigerer Quoten für diejenigen Unternehmen, die bisher weniger dafür getan haben zu rationalisieren, nicht groß genug. Die Zeit mag aber ausreichen, Entschuldungsaktionen durchzuführen, die die Bereitschaft wachsen lassen, auf marktwirtschaftlichem Wege die Reorganisation der Unternehmen herbeizuführen und dadurch sowohl eine günstige Kapazitätsauslastung als auch eine höhere Flexibilität bei Marktschwankungen zu erreichen. Das strategische Spiel um günstige Ausgangspositionen für diese Reorganisation ist seit Jahren im Gange. Die Wirtschaftspolitik mag auf kurze Frist mehr tun als die Rahmenbedingungen für dieses Spiel setzen. Sie mag mitspielen, wenn denn anders nicht verhindert werden kann, daß es zum Ruinspiel mit gesamtwirtschaftlich nachteiligen Folgen kommt. Spielt sie zu lange mit, kann sie nur verlieren. Die kurze Laufzeit des Kartells hat auch deshalb große Bedeutung. Die Erwartung, daß am Ende des derzeitigen Zwangskartells ein neues entstehen könnte, sollte nicht gehegt werden können. Die Glaubwürdigkeit der Wettbewerbspolitik würde Schaden nehmen.

386. Sorgen vor vermeintlich nachteiligen Folgen des internationalen Wettbewerbs für die Beschäftigung werden auch mit Blick auf die Automobilindustrie geäußert. Die Berichte über Entlassungen in

der europäischen und der amerikanischen Automobilindustrie und über riesige Verluste in der amerikanischen haben manchen verschreckt. Zu den Schwierigkeiten, mit denen die Automobilindustrie als Folge der Ölvertierung zu kämpfen hat, kommen die Absatzerfolge der japanischen Automobilindustrie auf dem amerikanischen und dem europäischen Markt hinzu.

387. Sorgen um die mittelfristigen Wettbewerbschancen ihrer Automobilindustrie haben eine Reihe von Nachbarländern bewogen, mit Japan Selbstbeschränkungs- und Stillhalteabkommen abzuschließen (Ziffer 35). Die in diesen Ländern hergestellten Personenkraftwagen haben in den letzten Jahren auf den europäischen Märkten Marktanteile verloren. Die deutschen Automobilhersteller haben dagegen ohne Selbstbeschränkungsabkommen ihre Marktanteile weitgehend halten können. Bemühungen, die Japaner zum Stillhalten zu bewegen, sind schwer zu rechtfertigen.

Der Schutz der heimischen Industrie durch Selbstbeschränkungsabkommen ist nicht der richtige Weg, auf die japanische Konkurrenz zu antworten. Im Gegenteil, das würde den Anpassungsprozeß in der Automobilindustrie verzögern, bis er ohne staatliche Subventionen und ohne Massenentlassungen nicht mehr zu bewältigen wäre. Europas Autoindustrie braucht keine Atempause, auch keine dirigistische Bevormundung und keine wohlgemeinten Angebote zu politischer Hilfestellung. Das von der Europäischen Kommission beantragte Handlungsmandat zum Abschluß eines Selbstbeschränkungsabkommens mit der japanischen Automobilindustrie braucht nicht gewährt zu werden.

388. Von einer Krise wird auch in Teilen der elektrotechnischen Industrie Europas gesprochen. Hier ist einerseits ein großes Marktpotential, andererseits aber auch ein tiefgreifender Prozeß der Umstrukturierung zu verzeichnen. Eine Reihe von Produkten kann in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig hergestellt werden. Bei anderen wachsen die Marktanteile der Hersteller aus Ostasien. Wieder andere haben bisher noch hohe Wachstumsraten aufzuweisen, aber nicht zuletzt unter dem Schutz von Lizenzverträgen. Wenn diese auslaufen, muß mit stark steigenden Einfuhren aus Fernost gerechnet werden.

Der Ruf nach einem Selbstbeschränkungsabkommen, wie es die Vereinigten Staaten für diese Produkte im Jahre 1977 mit Japan unterzeichneten, wird auch in Europa laut. Andere fordern die Abschaffung der UNCTAD-Zollpräferenzen für Entwicklungsländer in Fernost, die über eine hochentwickelte Unterhaltungselektronikindustrie verfügen. Schließlich wird verlangt, die japanische Elektronikindustrie zur Errichtung von Produktionsstätten in der Europäischen Gemeinschaft zu verpflichten, um auf diese Weise die Importe zu drosseln.

389. Maßnahmen zum Schutze der deutschen Unterhaltungselektronikindustrie zu erlassen, sollten nicht erwogen werden. Wichtig ist, daß die Wirtschaftspolitik Hindernisse beseitigt, die es erschwe-

ren, mit neuen, überlegenen Produkten den Wettbewerb zu suchen. Der Strukturwandel in diesem Industriezweig erfordert hohe Produktivität und hohe personelle Flexibilität. Er erfordert gleichzeitig Investitionen in neue, erfolgversprechende Arbeitsgebiete. Die Chancen sind gegeben. Sie nutzen zu können, braucht es in bestimmten Bereichen Grundsatzzentscheidungen. Hierzu gehören nicht zuletzt Entscheidungen über die Einführung neuer Techniken im Kommunikationsbereich. Wir haben im Jahresgutachten 1978 für eine aggressive Marktpolitik geworben, die auf die Entwicklung neuer Produkte für neue Märkte durch die Unternehmen setzt und dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft (JG 78 Ziffern 424 ff.). Geschieht dies, so stellt sich auch die Frage eines Schutzes für die Elektronikindustrie nicht.

Energiepolitik

Steigende Kosten

390. Die Herausforderung von außen ist für die Energiepolitik unvermindert groß. Nach den dramatischen Preissteigerungen für Rohöl im Jahre 1979 haben die OPEC-Staaten auch 1980 ihre Preise weiter deutlich erhöht. Die offiziellen Listenpreise sind von September 1979 bis September 1980 noch einmal um rund 60 vH heraufgesetzt worden. Freilich, die Marktanspannung ließ nach, die 1979 aus den Bemühungen der Industrieländer entstanden war, bei zunehmender wirtschaftlicher Aktivität auch noch die Läger aufzustocken, was die Preise an den Spotmärkten in die Höhe getrieben hatte, das heißt auf den Märkten für Ölmengen, die nicht aufgrund längerfristiger Verträge gehandelt werden. Im Laufe des Jahres 1980 sanken die Preise am Rotterdamer Spotmarkt auf das Niveau der offiziellen Preise; im September lagen sie sogar geringfügig darunter. Im Oktober stiegen die Spotpreise schon wieder, nicht zuletzt wegen der Verunsicherung des Marktes durch den Konflikt im Mittleren Osten, über die offiziellen Preise für Rohöl.

391. Im Sog der Ölpreise zogen auch die Preise für andere Energieträger an. Die Lieferanten von Erdgas, die vor der ersten Ölkrise langfristige Gaslieferungsverträge zu Festpreisen abgeschlossen hatten, haben inzwischen diese Verträge meist einseitig so geändert, daß in Zukunft der Gaspreis an die Bewegungen des Ölpreises angepaßt sein wird. Ob die Erdgaslieferanten freilich Preiskonditionen durchsetzen werden, wie sie Algerien, aber auch Norwegen, gegenwärtig fordern, nämlich Preisgleichheit mit Rohöl (Rohöläquivalent) am Bohrloch, scheint nicht zuletzt wegen der hohen Transportkosten des Erdgases zweifelhaft. Die Erdgaspreise für die Industrie stiegen von Ende 1979 bis September 1980 um 24 vH. Angesichts solcher Preiserhöhungen wird damit gerechnet, daß Erdgas in Zukunft aus der industriellen Verwendung verdrängt wird und vorwiegend im Bereich von Haushalt und Kleingewerbe eingesetzt wird.

Die Kohlepreise, die im Laufe des Jahres 1979 um 7 vH angehoben worden waren, stiegen im Jahre

1980 stärker. Für heimische Kohle, die zu Ende des Jahres 1979 noch 206 DM/t kostete, mußte im dritten Quartal 1980 um 12 vH mehr bezahlt werden. Die Preise lagen geringfügig unter dem Wärmepreis für schweres Heizöl. Wesentlich niedriger als die Preise für heimische Steinkohle waren die Weltmarktpreise (127 DM/t cif Hamburg). Sie boten einen deutlicheren Anreiz, von Öl auf Kohle umzusteigen. So lag der Wärmepreis für Kraftwerkskohle um 47 vH unter dem entsprechenden Preis für schweres Heizöl.

Die Preise für Elektrizität in der Industrie waren im September um 5,7 vH höher als die Preise am Jahresende 1979. Die Kostensteigerungen der Primärenergieträger haben allerdings noch nicht voll auf die Strompreise durchgeschlagen. Die zuständigen Behörden genehmigen Anträge auf Preiserhöhungen nur schleppend und anscheinend ziemlich restriktiv. Nach Ansicht der Elektrizitätswirtschaft werden die Strompreise wegen weiter steigender Kosten für die Primärenergie in Zukunft häufiger und in stärkerem Maße als bisher angehoben werden müssen. Da Kohle bei der Elektrizitätserzeugung ein hohes Gewicht behalten soll, kommt es hierfür freilich sehr darauf an, in welchem Maße billige Importkohle eingesetzt werden kann.

392. Die Bundesrepublik war beim internationalen Vergleich der Energiepreise 1978 in der Spitzengruppe der Länder, mit denen sie auf den Weltmärkten in Wettbewerb steht (Tabelle 14* im Anhang). Wenig deutet darauf hin, daß sich an der Wettbewerbssituation der Industrie, was die Energiepreise angeht, inzwischen etwas gebessert hätte. Vorläufig gibt es auch kaum Anhaltspunkte dafür anzunehmen, daß es in Zukunft anders würde.

393. Dies gilt besonders für die Erzeugung von kostengünstigem Strom. Während in der Bundesrepublik nur geringe Fortschritte erzielt wurden, hat Frankreich durch ein massives Ausbauprogramm für Kernkraftwerke die mittelfristigen Aussichten, Strom kostengünstiger erzeugen zu können, erheblich verbessert. Dieses Programm ist Bestandteil des französischen Energieprogramms, das 1980 aktualisiert und fortgeschrieben wurde. Die Abwicklung des Programms vollzieht sich planmäßig und ohne wesentliche Widerstände. Nach der Inbetriebnahme von zwei Kernkraftwerken im Jahre 1979 wurden 1980 drei weitere Kraftwerksblöcke in Dienst gestellt. Im Bau sind 28 Kernkraftwerke, zehn weitere in der Planung. Bis zum Jahre 2000 soll nach dem Programm bei jährlichen Zubauraten von 15 vH mehr als ein Viertel des Energieangebots durch Kernenergie bereitgestellt werden. Aber auch der günstigen Importkohle wird in Frankreich erhebliche Bedeutung beigemessen. Ihr Anteil soll von heute 50 vH bis zum Jahre 2000 auf 90 vH der gesamten eingesetzten Kohle gesteigert werden. Frankreich setzt also sehr nachdrücklich auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie über ein kostengünstiges Energieangebot.

Die Wettbewerbsfähigkeit Japans hängt in besonderer Weise von der Energieversorgung ab. In Japan hat das Öl einen Anteil von drei Vierteln am gesam-

ten Verbrauch von Primärenergie. Nach den vorliegenden Plänen soll Kernenergie viermal so schnell wie das Gesamtenergieangebot wachsen und um die Jahrtausendwende rund ein Fünftel des gesamten Energieangebots ausmachen. Der Importkohle kommt bereits heute eine große Bedeutung zu. Ihr Anteil soll in Zukunft weiter steigen. Japan sieht in Importkohle nicht nur eine billige, sondern auch — wegen der stärkeren Streuung der Vorkommen — eine sichere Energiequelle.

Unsicherheiten nicht gemindert

394. Die Risiken einer reibungslosen Versorgung mit Öl sind nicht kleiner geworden. Im Gegenteil: Eine Reihe von Förderländern, insbesondere Algerien, Libyen und Venezuela, sind entschlossen, ihre Förderung eher zu drosseln als auszuweiten, jedenfalls mittelfristig. Kriegerische Verwicklungen unterbrechen die Lieferungen und gefährden mit zunehmender Dauer auch die Förderung. Die Bereitschaft anderer Lieferländer, die Ausfälle auszugleichen, beseitigen das Risiko von Versorgungsengpässen nicht, bedenkt man die unstabilen Verhältnisse in manchen dieser Länder.

Einen Eindruck von der Versorgungslücke, die sich auftun könnte, wenn die Anstrengungen, Öl einzusparen und neue Ölquellen zu erschließen, nicht verstärkt werden, hat die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrer jüngsten Weltölbilanz vermittelt. Mögen auch, wie die Energieagentur selbst betont, solche Rechnungen mit einem hohen Grad an Unsicherheit behaftet sein, so wird aus ihnen doch deutlich, daß die Möglichkeit einer unzureichenden Versorgung mit Rohöl nicht kleingeschrieben werden kann.

395. Noch stärker als für die Gesamtwirtschaft haben sich die Risiken, keine ausreichenden Mengen zum rechten Zeitpunkt bekommen zu können, für den einzelnen Abnehmer vergrößert. Es ist schwieriger und teurer geworden, zu verlässlichen langfristigen Lieferbeziehungen zu kommen. Die Lieferländer sind nicht mehr bereit, sich im gleichen Maße wie bisher an den enormen Investitionen für solche Geschäfte, etwa dem Bau von Pipelines, zu beteiligen. Dadurch verringert sich die faktische Sicherheit solcher Verträge, da das Interesse des Förderlandes an der Kontinuität der vertraglich vereinbarten Lieferungen geringer ist. Auch sonst hat die Vertragssicherheit gelitten. Die Weigerung von Abnehmern, sich mit immer neuen Auflagen und Abgaben einverstanden zu erklären, wird als Begründung dafür genommen, bestehende Vertragsbeziehungen abzubrechen. Die Möglichkeit, Verträge über den vollen Jahresbedarf abzuschließen, ist kleiner, das Risiko, kurzfristig auf den Spotmarkt angewiesen zu sein, größer geworden. Verträge werden gekündigt, einseitig abgeändert, rückwirkend modifiziert und um immer neue preiswirksame Tatbestände ergänzt. Vertragstreue und Rechtssicherheit sind im internationalen Öl- und Erdgasgeschäft nicht länger selbstverständlich.

396. Die Versuche der OPEC, zu einem System gemeinsamer Preise zurückzufinden, waren auf der Konferenz in Caracas im Dezember 1979 erneut gescheitert. Die einzelnen OPEC-Staaten fanden es weiterhin erfolversprechender, ihre Preise autonom festzusetzen. Dabei konnten sie nicht nur die höheren Preise am Spotmarkt, den sie während des Jahres 1979 zum Ausbau neuer Vertriebswege an den großen Ölgesellschaften vorbei ausgebaut hatten, als Indikator für die Preisbereitschaft ihrer Abnehmer verwenden, sondern sich auch auf Preiserhöhungen bei den offiziellen Listenpreisen anderer Länder berufen, denen sie folgten oder zu denen der alte Abstand wieder hergestellt werden sollte.

So war nicht verwunderlich, daß auch die OPEC-Konferenz in Algier bei dem Versuch scheiterte, die Preispolitik ihrer Mitgliedsländer zu koordinieren und eine Einigung auf gemeinsame Preise herbeizuführen. Wenige Monate später schlugen aber auch Bemühungen fehl, zu einer Vereinbarung über eine Preisformel zu kommen, die die Preissteigerungen für Rohöl verstetigen und für die Abnehmerländer vorhersehbar machen sollte. Eine solche Indexformel hätte die Unsicherheit über die Ölpreise für die Abnehmer wohl auch nicht verringert, sondern den Markt eher noch unübersichtlicher gemacht. Wenn der Preis, der sich aus der Formel ergibt, nicht zum Angebot und zur Nachfrage am Markt paßt, suchen Anbieter oder Nachfrager nach Wegen, die Formel unter der Hand außer Kraft zu setzen.

Verminderung der Risiken durch Energiepolitik?

397. Manche Industrieländer sind in der Hoffnung, die Risiken der Ölversorgung ihres Landes dadurch vermindern zu können, auf die Wünsche einer Reihe von ölexportierenden Ländern eingegangen, bilaterale Abkommen über die Lieferung von Rohöl abzuschließen. Nach Schätzungen aus der Internationalen Energieagentur ist der Anteil der Öllieferungen, die aufgrund von direkten Verträgen zwischen Ölförderländern und Abnehmerländern abgewickelt werden, beachtlich gestiegen. Nach 3 vH im Jahre 1973 und 11 vH im Jahre 1978 wird der Anteil der Rohöllieferungen, die auf direkten Beziehungen zwischen den Regierungen beruhen, im Jahre 1980 auf etwa 21 vH steigen.

Bilaterale Lieferverträge schränken die Flexibilität in der Beschaffung ein und verbessern daher auf mittlere Frist die Versorgungssicherheit kaum. Beim Ausfall eines Lieferlandes als Folge politischer Ereignisse hat die Regierung eines einzelnen Landes weniger Möglichkeiten, schnell für Ersatz zu sorgen, als international tätige Unternehmen mit einem breiten Netz von Beschaffungsquellen. Die Bundesregierung hat bisher auf die Flexibilität der Privatwirtschaft gesetzt. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, bei denen direkte Regierungsverträge zum Teil einen beachtlichen Anteil an den gesamten Ölimporten erreichen, spielen Regierungsverträge in der Bundesrepublik keine Rolle. Eine Änderung dieser Politik würde möglicherweise die Risiken eher erhöhen als vermindern.

Tabelle 42

Energiesparziele

<p>Europäischer Rat in Bremen Juli 1978</p>	<p>Verpflichtungen der EG-Länder bis 1985:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Verminderung der Abhängigkeit von eingeführter Energie auf 50 vH — Begrenzung der Nettoölimporte auf das Niveau von 1978 — Verminderung des durchschnittlichen Verhältnisses zwischen der Zuwachsrate des Bruttoverbrauchs an Primärenergie und der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts (Elastizitätskoeffizient) auf 0,8.
<p>Gipfelkonferenz in Bonn Juli 1978</p>	<p>Verpflichtungen der Vereinigten Staaten: Verminderung der Ölimporte um 2,5 Millionen barrel je Tag bis 1985, insbesondere durch Anhebung des US-Ölpreises auf Weltmarktniveau bis Ende 1980 und durch Erhöhung der Kohleproduktion um zwei Drittel bis 1985.</p> <p>Die auf dem Bremer EG-Gipfel beschlossenen Ziele wurden lediglich zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Verwaltungsrat der Internationalen Energieagentur März 1979</p>	<p>Der für das Jahr 1979 erwartete Mineralölverbrauch soll um 5 vH gesenkt werden.</p>
<p>Europäischer Rat in Straßburg Juni 1979</p>	<p>Die EG-Länder verpflichten sich, von 1980 bis 1985 pro Jahr nicht mehr Öl einzuführen als im Jahre 1978; das sind 472 Mio t.</p> <p>Der Ölverbrauch im Jahre 1979 soll auf 500 Mio t beschränkt werden.</p>
<p>Gipfelkonferenz in Tokio Juni 1979</p>	<p>Für die EG-Länder werden die Straßburger Beschlüsse wiederholt.</p> <p>Verpflichtungen der Vereinigten Staaten, Japans und Kanadas:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Der für das Jahr 1979 erwartete Mineralölverbrauch soll um 5 vH gesenkt werden — Im Jahre 1980 soll das Einfuhrvolumen für Mineralöl des Jahres 1979 nicht überschritten werden — Für 1985 soll ein Einfuhrvolumen für Mineralöl je Tag von 8,5 Mio barrel für die Vereinigten Staaten, von 0,6 Mio barrel für Kanada und von 6,3 bis 6,9 Mio barrel für Japan angestrebt werden.
<p>Ministertagung der Internationalen Energie- agentur in Paris Dezember 1979</p>	<p>Die Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur legen Ölimportziele für die Jahre bis 1985 fest (Tabelle 43).</p>
<p>Europäischer Rat in Venedig Juni 1980</p>	<p>Energiesparziele für die Zeit bis 1990:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Verringerung des durchschnittlichen Verhältnisses zwischen Zuwachsrate des Bruttoverbrauchs an Primärenergie und der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in der gesamten Gemeinschaft auf 0,6 oder weniger — Senkung des Erdölverbrauchs auf ein Niveau von etwa 40 vH des Bruttoverbrauchs an Primärenergie — Verdoppelung der Kohleförderung und -nutzung.
<p>Gipfelkonferenz in Venedig Juni 1980</p>	<p>Energiesparziele bis 1990:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Senkung des Erdölverbrauchs auf ein Niveau von etwa 40 vH des Bruttoverbrauchs an Primärenergie — Senkung des Elastizitätskoeffizienten im kommenden Jahrzehnt auf 0,6 — Gesamter Erdölverbrauch soll 1990 beträchtlich unter dem Niveau von 1980 liegen.

Ölimporte und Ölimportziele

Mio t

Ausgewählte Industrieländer	Nettoölimporte			Ölimportziele	
	1973	1978	1979	1980	1985
Kanada	-9,6	11,2	7,8	7,4	29,4
Vereinigte Staaten	304,6	414,5	405,5	437,2	436,0
Japan	279,5	260,1	274,9	265,3	308,7
Frankreich	129,6	112,0	124,8		
Bundesrepublik Deutschland	146,5	141,1	146,6	143,0	141,0
Italien	104,6	94,4	98,5	103,5	124,0
Niederlande	40,2	35,6	42,2	42,0	49,0
Großbritannien	116,1	41,5	18,9	12,0	-5,0
Mitgliedsländer der IEA ¹⁾ insgesamt	1 172,9	1 177,4	1 186,2	1 205,3	1 289,6
Nachrichtlich:					
Millionen barrel pro Tag	23,9	24,5	24,3	24,5	26,3

¹⁾ Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigte Staaten.

Quelle: Internationale Energieagentur

398. Die Regierungen der Industrieländer sind bemüht, die Versorgungsrisiken durch eine Strategie „weg vom Öl“ zu vermindern. Sie haben wiederholt Einsparziele beschlossen, zuletzt auf der Gipfelkonferenz in Venedig (Tabellen 42, 43). Dabei haben sie die Erwartung geäußert, daß es gelingt, den Anteil des Erdöls am gesamten Energiebedarf bis 1990 auf etwa 40 vH zu senken und den gesamten Ölverbrauch so zu vermindern, daß er 1990 beträchtlich unter den derzeitigen Werten liegt. Zur Verwirklichung dieser Ziele wird mittelfristig eine Verdoppelung der Kohleförderung und eine vermehrte Nutzung der Kernkraft angestrebt.

Geht man von den jüngsten Prognosen der Internationalen Energieagentur aus, dann ist nicht ausreichend wahrscheinlich, daß die in Venedig festgelegten Ziele mit den absehbaren Programmen und energiepolitischen Maßnahmen erreicht werden können. Es kommt darauf an, daß die Regierungen das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit ihrer energiepolitischen Ziele verstärken, wenn nicht die Energiepolitik selbst zur Quelle von Unsicherheit bei den Investoren werden soll.

Die Hauptaufgabe: Marktwirtschaftliche Energiepolitik

399. Wenn die Energiepolitik die Angebotsbedingungen in der Wirtschaft verbessert, klare Rahmenbedingungen für die Entwicklung von anderen Energiequellen setzt, die Öl substituieren können, und deutliche Signale gibt, die den Sparprozeß fördern, vertraut sie darauf, daß das Problem der Anpassung an steigende Ölpreise mit marktwirtschaftlichen

Mitteln gelöst werden kann. Dieses Vertrauen gilt es auch in der Öffentlichkeit zu stärken.

Die Sorge, der Marktprozeß könnte durch diese Aufgabe überfordert sein, ist nicht gering. Nicht nur außerhalb der Bundesrepublik mehrten sich die Zweifel. Sie werden vor allem von denjenigen genährt, die eine Anpassung vorwiegend vom Energiesparen erwarten. Ihnen dauern die Anpassungsprozesse über den Markt zu lang. Sie wollen mit administrativen Eingriffen schnellere und durchgreifendere Wirkungen erzielen. Daß dies zu Sparen am falschen Platze, zu Kapitalfehlleitung und zu höheren Kosten führt, scheint ihnen von untergeordneter Bedeutung.

Aber auch nicht alle unter denjenigen, die auf eine Anpassung über die Substitution von Öl setzen, mögen sich einer Lösung über den Preismechanismus anvertrauen. Sie versuchen zu zeigen, daß der Kapitalbedarf, der für die Finanzierung von Investitionen im Bereich der Energieversorgung entsteht, so gewaltig sei, daß die Aufbringung der Mittel den privaten Kapitalmarkt überfordere. Nur der Staat könne die erforderlichen Mittel bereitstellen. Den Vertretern dieser Meinung fehlt offenbar die Zuversicht, daß Wettbewerb ebenso wie technischer Fortschritt den Kapitalbedarf mindern und daß der Staat die Bedingungen fördern könnte, die eine Aufbringung der Mittel erleichtern.

Wenn der Staat die Rahmenbedingungen schafft, unter denen sich das Angebot alternativer Energieträger entwickeln kann und die Nachfrager die richtigen Anreize zum Sparen von Öl haben, sind Zweifel der einen wie der anderen Seite unbegründet.

Wichtig ist, daß die Energiepolitik deutlich macht: Die Anpassung ist eine Aufgabe, die die Marktkräfte bewältigen können und müssen. Administrative Hemmnisse, die der Substitution des Öls entgegenstehen, sind zu beseitigen.

400. Die Bundesregierung setzt auf beides: Sparen von Energie und Substitution von Öl. Die Wege dazu sind umstritten. Sparen allein ist kein Weg. Seit Jahren stockt das Ausbauprogramm für Kernenergie. Die Liberalisierung der Einfuhr von Kohle kommt nur zäh voran. Die vom Bundestag eingesetzte Enquête-Kommission sollte den Weg durch das Dickicht von Ängsten und Interessen freischlagen. Sie sollte Klarheit in den Streit der Meinungen bringen, ob auf Kernenergie verzichtet werden kann oder nicht. Sie hat die Antwort auf diese Frage bis 1990 vertagt.

Für die Zeit bis 1990 empfiehlt die Kommission, über die vorhandenen Kraftwerke hinaus neue Kraftwerke im Rahmen des Bedarfs zu bauen, den Schnellen Brüder weiter zu entwickeln, eine Demonstrations-Wiederaufbereitungsanlage zu planen, zu prüfen und zu bauen, Energieeinsparungen so stark wie möglich zu fördern und die Nutzung erneuerbarer Energieträger nicht zu behindern.

Die Empfehlungen räumen ein, daß Sparen allein die Probleme der Energieversorgung bis 1990 nicht löst. Ein Weg ohne Kernenergie wäre politisch und administrativ äußerst aufwendig; er verlangte an Maßnahmen zur rationellen Energienutzung alles, was technisch möglich ist; die Grundstoffindustrie in der Bundesrepublik könnte nicht weiter wachsen, da nicht genügend Energie zur Verfügung stünde. Ein Weg, der weniger auf Reglementierung und dirigistische Eingriffe setzt, erforderte nicht nur mehr Kohle, sondern auch den Bau weiterer Kernkraftwerke.

Die Empfehlungen geben Raum für einen bedarfsgerechten Zubau von Kernkraftwerken. Unsicherheit über den Kurs der Energiepolitik nach 1990 könnte jedoch die notwendigen Entscheidungen belasten. Die Energiepolitik sollte die Unsicherheit so gering wie möglich halten.

Sparen vorangekommen

401. Sparen von Energie tut not. Doch es erfordert auch Zeit. Steigende Preise und — mehr noch — die Erwartung weiter steigender Ölpreise verstärken die Anstrengungen zu sparen. Die Energiepolitik

- muß steigende Preise durchwirken lassen,
- muß Behinderungen des Preismechanismus beseitigen,
- kann Sparen von Öl durch Förderung von energiesparenden Investitionen unterstützen und
- kann die Preise für Mineralölerzeugnisse durch steuerliche Maßnahmen erhöhen.

402. Die deutlich gestiegenen Energiepreise haben auch den Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten der industriellen Produktion beachtlich steigen lassen. In einer Vielzahl von Unternehmen liegt der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten

nach Untersuchungen des Ifo-Instituts heute bei mehr als 10 vH. Der Anreiz, Sparpotential soweit wie möglich zu nutzen, ist sehr wirksam.

Zwar haben regional begrenzte Erhebungen von Industrie- und Handelskammern deutlich gemacht, daß etwa die Hälfte der befragten Unternehmen bei dem heutigen Stand der Technik den Energieverbrauch nicht glaubt senken zu können; und auch eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages bei 10 000 Unternehmen läßt erkennen, daß der Energieeinsparung in den Unternehmen vielfach technische Grenzen gesetzt sind. Gleichwohl kommt diese Untersuchung zu dem Ergebnis, daß der Energieeinsparung nach der Senkung der Personalkosten und der Verbesserung von Produktionsverfahren und Produkten ein sehr hoher Rang unter den Investitionsmotiven zukommt. Eine Befragung, die das Ifo-Institut durchgeführt hat, unterstreicht diese Tatsache. Über 40 vH der befragten Unternehmen wollten auf weitere Energiepreiserhöhungen mit Einsparungen reagieren. Die Hälfte davon hatte schon konkrete Investitionspläne.

403. Der Benzinverbrauch ist in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um etwa 2 vH gestiegen. Berücksichtigt man die Unterschiede im Winterwetter sowie die Veränderungen des PKW-Bestandes, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der spezifische Benzinverbrauch um etwa 2 vH bis 3 vH gesunken ist.

Im Jahre 1979 war der spezifische Benzinverbrauch noch etwas stärker gesunken. Gut die Hälfte der Einsparungen ist nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie auf geringere Fahrleistung und energiebewußteres Fahrverhalten zurückzuführen. Daneben haben technische Verbesserungen sowie ein Trend zugunsten verbrauchsgünstigerer Fahrzeuge zur Einsparung beigetragen.

404. Der Verbrauch an leichtem Heizöl lag in den ersten drei Quartalen, sieht man von Veränderungen in der Bevorratung sowie von Witterungseinflüssen ab, um etwa 15 vH niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Diese Einsparungen dürften sowohl durch ein verändertes Heizverhalten als auch durch Maßnahmen zur Wärmedämmung an Gebäuden erzielt worden sein.

405. Mit der Novelle zum Energieeinsparungsgesetz wurde vorgeschrieben, daß nach einer Übergangszeit alle Mieter und Wohnungseigentümer die Heizkosten zu bezahlen haben, die ihrem tatsächlichen Wärmeverbrauch entsprechen. Jeder soll einen Anreiz haben, sein Heizverhalten zu ändern, um Energie zu sparen.

406. Gezielt wirken die Zuschüsse und Sonderabschreibungen für bestimmte energiesparende Investitionen auf die Entscheidungen ein, wie gespart wird. Derartige direkte Förderangebote begünstigen nicht jede Investition zur Energieeinsparung und nicht jede in gleicher Weise. Sie begünstigen bestimmte Verbrauchergruppen stärker als andere. Muß zudem befürchtet werden, daß ein großer Teil der geförderten Investitionen auch ohne die steuerliche Förderung vorgenommen werden würde, so ist

das Geld des Staates wenig wirksam eingesetzt. Nicht auszuschließen ist freilich, daß die Mehrproduktion Preissenkungen in der Zukunft und damit auch mehr Absatz möglich macht. Die Wirksamkeit dieses Instruments der Energiepolitik soll überprüft werden.

407. Dirigistisch wirken Vorschriften, mit denen der Energieverbrauch direkt geregelt wird. Immer wieder werden, auch von internationalen Stellen, Anregungen gegeben, Vorschriften über die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen, über Höchstverbrauchswerte von Kraftfahrzeugen und Haushaltsgeräten sowie für die Wärmedämmung in neuen und alten Bauten zu erlassen.

Die Bundesregierung hat mit der Zweiten Verordnung über den energiesparenden Wärmeschutz bei Gebäuden einen weiteren Schritt auf dem Wege dirigistischer Sparmaßnahmen getan. Die Verordnung enthält Bauvorschriften für neue Gebäude, die die Wärmeverluste um 20 vH bis 25 vH gegenüber den Verlusten bei bestehenden Gebäuden reduzieren sollen. Die Schätzungen über die damit verbundene Erhöhung der Baukosten gehen weit auseinander.

Diese und andere bürokratische Maßnahmen müssen die grundsätzlichen Bedenken, die gegen gezielte Maßnahmen zur Förderung des Energiesparens erhoben werden, gegen sich gelten lassen — aber in noch stärkerem Maße. Der Verordnungsgeber kennt nicht ohne weiteres die Ansatzpunkte, bei denen das Sparen am billigsten möglich ist. So sind in aller Regel dirigistische Eingriffe mit der Fehlleitung von Mitteln verbunden, die woanders wirksamer eingesetzt werden könnten, und mit aufwendigen bürokratischen Kontrollen. Eine Rechtfertigung für die Verschärfung solcher Maßnahmen gewinnt man auch nicht aus dem Hinweis, daß die alten Richtwerte ohnehin schon von der weitaus überwiegenden Mehrheit freiwillig erfüllt würden. Das zeigt ja nur, daß solche Vorschriften überflüssig sind, weil im allgemeinen der Wettbewerb wirksam genug ist — wie ja auch die Erfahrungen mit der Verbesserung der Verbrauchswerte von Personenkraftwagen oder der Wärmedämmwerte von Bausteinen belegen.

408. Verstärkte Anstrengungen, Öl zu sparen, werden von einer Preiserhöhung als Folge einer Erhöhung der steuerlichen Belastung des Mineralölverbrauchs erwartet. In der Diskussion sind drei Vorschläge:

- die Erhöhung der Mineralölsteuer,
- die Einbeziehung der Kraftfahrzeugsteuer in die Mineralölsteuer und
- die Belastung des Mineralölverbrauchs in denjenigen Verwendungen, die bisher keine steuerliche Belastung zu tragen haben.

Wir haben im Jahresgutachten 1979 angeregt zu prüfen, ob der Weg gangbar sei, die Mineralölsteuer auf Motorenbenzin und Heizöl zum Einsparen von Öl zu nutzen. Wir haben gleichzeitig Respekt vor dem Widerstand gegen eine weitere Erhöhung der Steuerlast insgesamt bekundet und auf die Möglichkeit hingewiesen, Entlastungen an anderer Stelle, etwa

bei der Einkommensteuer, zu schaffen. Letzteres ist schon beschlossen worden. Gegenwärtig bestehen Pläne, die Mineralölsteuer um 7 Pfennig je Liter zu erhöhen. Die Steuer auf Dieselöl soll um 3 Pfennig je Liter erhöht werden.

Anhebungen der Mineralölsteuer können um so milder ausfallen, je stärker die mittelfristigen Erwartungen von weiter steigenden Ölpreisen geprägt sind. Denn was an Preiserhöhungen ohnehin als einigermaßen gewiß antizipiert wird, geht alsbald in die Dispositionen der Haushalte und Unternehmen ein, Öl zu sparen oder zu ersetzen. Der energiepolitische Zweck wird erreicht, wenn es dem Staat gelingt, die Ölrente, die bei späteren Preiserhöhungen den Ölförderländern zufließen würde, sozusagen im Vorgriff selbst abzuschöpfen. Damit ist zu rechnen, wenn die Ölförderländer auf die Steuererhöhung nicht reagieren. Wahrscheinlich ist das, wenn die Steuern dezentral und mäßig und nicht allgemein in Europa und kräftig angehoben werden. Die Mineralölsteuer abrupt und drastisch anzuheben, hätte gegen sich, daß die Nachteile einer Einschränkung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte gegenüber dem möglichen Öleinspareffekt zunächst einmal überwiegen könnten, zumal Investitionen zum Einsparen von Öl auch vom laufenden verfügbaren Einkommen abhängen. Es spricht daher viel dafür, die Mineralölsteuer nur allmählich zu erhöhen.

409. Mit der energiepolitischen Begründung, Öl zu sparen, werden Pläne erörtert, auch den landwirtschaftlichen Verkehr, die Binnenschifffahrt und den Luftverkehr in die Mineralölbesteuerung einzubeziehen. Dies war bisher nicht der Fall. Mit gutem Grund ist geltend gemacht worden, daß die Mineralölsteuer zur Abgeltung von Kosten der Straßenbenutzung diene und daher nur dort erhoben werden solle, wo Mineralöl in straßengebundenen Fahrzeugen verwendet wird. Die Ausnahmetatbestände passen zu diesem Zweck. Soll dieser Zweck nicht ange tastet werden, so dürften diejenigen Mineralölverbraucher, die die Straße nicht benutzen, auch künftig nur in dem Maße belastet werden, wie eine Erhöhung der Mineralölsteuer aus energiepolitischen Gründen vorgenommen wird. Dabei wären auch die Auswirkungen auf die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Verkehrsträger zu beachten.

410. Energiepolitische Ziele werden auch mit dem Plan verfolgt, die Kraftfahrzeugsteuer in die Mineralölsteuer einzubeziehen. Damit soll ein bisher fixer Bestandteil der Kosten der Kraftfahrzeugnutzung verbrauchsabhängig gemacht werden und damit der Anreiz verstärkt werden, weniger zu fahren. Dem Sparziel stehen verkehrspolitische Ziele gegenüber, die für die Besteuerung des ruhenden Verkehrs zur Abgeltung der Kosten sprechen, die mit der Vorhaltung von Straßen verbunden sind. Sozialpolitisch motivierte Befreiungen von der Kraftfahrzeugsteuer hingegen sollten der geplanten Lösung nicht im Wege stehen. Die damit verfolgten Ziele könnten auch auf andere Art und Weise erreicht werden. Besonders schwierig sind wohl die Probleme des Finanzausgleichs zu lösen, die entste-

hen, wenn die Kraftfahrzeugsteuer in die Mineralölsteuer einbezogen werden soll.

Weiterhin ungenügende Anstrengungen zur Substitution von Öl

411. Das Angebot an Primärenergie in der Bundesrepublik setzt sich nach wie vor überwiegend aus Öl und — mit deutlich geringerem Anteil — aus Erdgas und heimischer Kohle zusammen. Da zusätzliches Erdgas kaum zur Verfügung stehen wird, andere Energieträger wie Wasserkraft nicht ausreichend vorhanden sind und neuartige wie Sonnenenergie noch nicht ins Gewicht fallen, heißt Substitution von Öl: Erweiterung des Angebots an Importkohle und an Kernenergie. Die Schritte, die die Energiepolitik 1980 getan hat, die Angebotsprobleme für Importkohle und Kernenergie zu lösen, sind angesichts der Größe der Aufgabe und der für die erforderlichen Investitionen notwendigen Zeit unzureichend gewesen.

412. Das als „Jahrhundertvertrag“ bezeichnete Abkommen zwischen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke und dem Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus erweitert die Möglichkeiten deutscher Elektrizitätsversorgungsunternehmen, preisgünstige Importkohle einzuführen. Die Praxis der Einfuhrkontingente wird aber beibehalten, und die Einfuhr wird nicht in einem Umfang liberalisiert, der deutlichere Kostensenkungen bei der Stromerzeugung ermöglichte. Das Ziel des Vertrages besteht in der Sicherung des Vorrangs der deutschen Kohle im Verstromungsbereich, wobei die Erweiterung der Kohleimportmöglichkeiten durch die zu erwartenden Förderengpässe im deutschen Steinkohlenbergbau bestimmt ist. Der Zugang zum Weltkohlemarkt ist damit noch nicht frei.

Das Ziel des Vertrages soll auf drei Wegen erreicht werden. Erstens werden Zuschüsse zum Ausgleich der Mehrkosten der deutschen Kohle gegenüber schwerem Heizöl auf eine bestimmte Menge Kohle gezahlt. Zweitens werden auf eine zusätzliche Menge heimischer Steinkohle Zuschüsse zum Ausgleich der Mehrkosten gegenüber Importkohle gezahlt, unter Abzug eines Betrages von 6 DM/t, den die Kraftwerke selbst zu tragen haben. Drittens werden Kontingente für den Bezug von Importkohle an die Abnahme heimischer Kohle gekoppelt. Die Bedingungen dafür verbessern sich im Laufe der Jahre.

Der erste Weg führt lediglich zu einer Sicherung des heimischen Kohleabsatzes. Zuschüsse werden voraussichtlich nicht geleistet werden, da schweres Heizöl derzeit teurer ist als Steinkohle. Auf dem zweiten Weg werden die Kraftwerke fast so gestellt, als ob sie Importkohle bezögen. Der dritte Weg öffnet den Zugang zur Importkohle, freilich mit Mehrkosten zugunsten der heimischen Steinkohle, die vom Verbraucher zu tragen sind.

Die Kosten aus diesem Vertrag werden in der Form des Kohlepennings beim Verbraucher erhoben. Der Kohlepennig ist nach Bundesländern gestaffelt und beträgt in Nordrhein-Westfalen 5,4 vH, in Berlin und

in Schleswig-Holstein dagegen 3,5 vH des Strompreises. Insgesamt wird mit einem Aufkommen von 1,9 Mrd DM im Jahre 1981 gerechnet.

413. Die Beseitigung von Hindernissen auf dem Weg zu billiger Importkohle ist wichtig. Aber das allein bringt noch nicht mehr Angebot zu günstigeren Kosten. Bei weniger ehrgeizigen Produktions- und Lieferzielen des heimischen Steinkohlenbergbaus, also etwa bei einer Stabilisierung der gegenwärtigen Lieferungen an die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, hätte man stärker auf den Import gegenwärtig noch billiger Kohle setzen können. Die nationalen Kohlevorkommen wären gestreckt und erst später mit geringeren Belastungen für den Verbraucher gefördert worden.

Aber auch außerhalb der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft bleibt der Zugang zur Importkohle begrenzt. Zwar sind durch das Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften die Möglichkeiten Kohle einzuführen, verbessert worden; eine Aufhebung der engen Importkontingente hat das Gesetz jedoch nicht gebracht. Anlaß dazu hätte bestanden. Am Wärmemarkt der Industrie und der privaten Haushalte gibt es nicht geringe Möglichkeiten, Öl durch kostengünstige Importkohle zu ersetzen.

414. Die Substitution von Öl durch Kernenergie kommt nicht schnell genug voran. Mit dem Hinweis auf die bestehende Unsicherheit über die Entwicklung des zusätzlichen Bedarfs an Strom lassen sich Verzögerungen nicht rechtfertigen. Über die Größe der Aufgabe, Öl zu substituieren, gibt es keine Unklarheit. Die Unsicherheit über den Energiebedarf ist zudem Reflex der Ungewißheit über den energiepolitischen Kurs. Und der vorausgeschätzte Bedarf ist zudem Reflex zahlreicher staatlicher Regulationen, die wegfallen könnten, wenn die Hindernisse für ein ausreichendes Energieangebot weggeräumt sind.

Verzögerungen im Genehmigungsverfahren haben die Fertigstellung im Bau befindlicher Kernkraftwerke immer wieder hinausgezögert. Das nächste Kernkraftwerk wird nicht wie geplant 1981, sondern erst 1983 in Betrieb gehen. Nichts kennzeichnet die gegenwärtige Unsicherheit des energiepolitischen Kurses deutlicher als die Tatsache, daß ein klares Bild über den Stand der Planung neuer Kernkraftwerke nicht zu gewinnen ist. Wieviel Anträge parallel in der Hoffnung gestellt werden, wenigstens irgendwo eine Genehmigung zu erhalten, und wieviel Anträge wegen der erneut verstärkten Unklarheiten in der Antragsituation und über die Prüfungskriterien weiterhin zurückgehalten werden, vermag gegenwärtig keiner zu sagen. Der Energiepolitik kann dies nicht gleichgültig sein.

Die Enquête-Kommission ist sich einig gewesen in der Befürwortung eines bedarfsgerechten Ausbaus der Kernenergie in den nächsten Jahren. Die Kraftwerksbetreiber können dies als Signal, nunmehr den Ausbau der Kernenergie voranzutreiben und dem Bedarf entsprechend vorausschauend Kapazitäten zur Erzeugung von Strom aus Kernenergie zu planen und zu errichten, nur werten, wenn die ener-

giepolitischen Weichen entschlossen gestellt und die bestehenden Hemmnisse beseitigt werden.

415. Allzu groß sind nach wie vor die Unsicherheiten, die den weiteren Kurs des Ausbaus von Kernkraftwerken belasten. Entscheidende Hindernisse sind die langwierige Genehmigungspraxis und die Dauer der Prozesse vor den Verwaltungsgerichten. Heute wird von unvorhergesehenen Verlängerungen der Bauzeit von Kernkraftwerken um sieben Jahre — von fünf auf zwölf Jahre — berichtet; bei Baukosten von mehreren Milliarden DM für ein Kraftwerk ist das eine kaum erträgliche wirtschaftliche Belastung und ein Risiko, das abschreckend auf den Bau neuer Kraftwerke wirkt. Diese Unsicherheiten gilt es zu beseitigen. Es liegt an der Energiepolitik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Genehmigungsverfahren, aber auch die Verfahren vor den Gerichten, zügiger abgewickelt werden können. Der Präzisierung der Genehmigungskriterien, sei es durch eine Novellierung des Atomgesetzes, sei es durch Standards, die von der Reak-

torsicherheitskommission zu setzen wären, kommt besondere Bedeutung zu. Die Bedingungen für die Investitionsentscheidungen in diesem Bereich würden verbessert, wenn klargestellt wäre, daß nicht der Staat, sondern die Unternehmen den Strombedarf abzuschätzen haben; sie haben auch das damit verbundene Wagnis zu tragen.

416. Energie muß nicht nur sicher, sondern auch so billig sein, daß die Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb gehalten werden können. Dies kann gegenwärtig von der Energiekostensituation her nicht als ausgemacht gelten. Das Energieangebot durch billige Importkohle und durch kostengünstigen Strom aus Kernkraftwerken zu ergänzen, ist das Ziel der Energiepolitik in den Ländern, die auf den Weltmärkten mit der Bundesrepublik im Wettbewerb stehen. Das Vertrauen der inländischen Investoren und der ausländischen Kapitalanleger, daß in der Bundesrepublik solche Bedingungen aufrechterhalten werden, muß auch durch die Energiepolitik gestärkt werden.

VIERTES KAPITEL

Agrarpolitik in Europa

I. Ärgernisse

417. Die Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft steckt in einer tiefen Krise. Am meisten in Mißkredit steht die Marktordnungspolitik der Gemeinschaft mit ihren zunehmenden strukturellen Überschüssen bei einer wachsenden Zahl von Erzeugnissen. Während die Verbraucher immer höhere Preise zahlen müssen, türmen sich auf einer Reihe von Märkten Überschüsse, die mit stark ansteigendem finanziellem Aufwand „aus dem Markt“ genommen werden müssen, was bedeutet, daß sie gelagert, unter Zahlung hoher Subventionen an Drittländer verkauft, der Landwirtschaft verbilligt als Futtermittel angeboten oder kurzerhand vernichtet werden.

418. Die Kosten der Agrarpolitik sind in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Allein von 1973 bis 1979 betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrates der Marktordnungsausgaben 19 vH, verglichen mit einem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft von 12,6 vH. Im EG-Haushaltsplan für das Jahr 1980 sind 15,7 Mrd Europäische Rechnungseinheiten (ERE) veranschlagt (Tabelle 44). Davon entfallen fast 12 Mrd ERE auf die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (Tabelle 45). Das sind nahezu 30 Mrd DM. Doch damit nicht genug. Für nationale agrarpolitische Maßnahmen, die zum Teil den EG-Maßnahmen genau zuwiderlaufen, geben die EG-Mitgliedsländer zusammen noch einmal weit mehr aus als für die gemeinsame Agrarpolitik, vor allem im Bereich der

Tabelle 44

Ausgaben im EG-Haushalt ¹⁾

Mio RE/ERE ²⁾

Bereiche	1973	1974	1975	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1979 ³⁾		1980 ³⁾	
							ZE	VE	ZE	VE
Verwaltung	245,5	305,2	362,6	475,0	548,3	694,7	868,9	868,9	943,8	943,8
Forschung, Energie, gewerbliche Wirtschaft	77,4	159,0	138,3	113,3	167,0	307,5	293,0	269,3	379,5	443,4
Sozialbereich	269,2	290,7	360,2	176,7	- 55,3	556,5	556,9	804,1	402,4	932,7
Regionalfonds	-	-	150,0	300,0	400,0	525,0	499,0	945,0	403,0	165,0
Agrarbereich ⁴⁾	3 768,9	3 651,3	4 586,6	6 033,3	6 667,6	9 154,3	10 765,1	10 927,1	11 878,3	11 995,5
Zusammenarbeit und Entwicklung ohne Europäischen Entwicklungsfonds	30,1	324,1	241,7	270,6	181,0	381,7	497,5	647,4	641,6	804,0
Katastrophenhilfe (Friaul)	-	-	-	60,0	4,0	-	-	-	-	-
EWS-Zinsbonifikation	-	-	-	-	-	-	200,0	200,0	200,0	200,0
Erstattungen an die Mitgliedstaaten	250,1	306,3	374,2	523,6	570,6	668,3	766,5	766,5	834,5	834,5
Gesamthaushalt	4 641,0	5 036,7	6 213,6	7 952,5	8 483,2	12 288,0	14 446,9	15 428,3	15 683,1	17 318,9
Nachrichtlich:										
Europäischer Entwicklungsfonds (EEF) ⁵⁾ außerhalb des EG-Haushalts	158,0	172,0	208,4	248,6	244,7	148,0	634		545	

¹⁾ 1973 bis 1978 Istzahlen, 1979 und 1980 Sollzahlen.

²⁾ Bis 1977 galt die IWF-Parität von 1 RE = 3,66 DM, ab 1978 ersetzt durch die Europäische Rechnungseinheit (ERE), zur Zeit 1 ERE = 2,51 DM.

³⁾ Seit 1977 Umstellung des Systems: ZE = Mittel für Zahlungen, VE = Mittel für Verpflichtungen; für die Jahre 1977 und 1978: Mittel für Zahlungen.

⁴⁾ Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds (EAGFL) sowie Ausgaben für die Landwirtschaft in anderen Haushaltstiteln.

⁵⁾ Beim Europäischen Entwicklungsfonds von 1973 bis 1974 1 RE = 3,22 DM; ab 1975 ersetzt durch die ERE; zur Zeit 1 ERE = 2,51 DM.

Quelle: BMF

Agrarsozialpolitik und der Agrarstrukturpolitik. Außerdem verzichten sie aufgrund zahlreicher Steuervergünstigungen in beträchtlichem Maße auf Steuereinnahmen.

419. Mit den stark steigenden Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik ist der Streit um die Finanzie-

rung des EG-Haushalts neu aufgebrochen. Vor allem Großbritannien sah sich nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen zunehmend in die Rolle eines „Zahlmeisters“ hineinwachsen und bestand auf einer Änderung der Finanzierungsregeln. Nur mühsam konnte ein Kompromiß ausgehandelt werden, der Großbritannien für die Jahre 1980 und 1981

Tabelle 45

Ausgaben für die Landwirtschaft im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft¹⁾

1 000 ERE

Titel Kapitel	Art der Ausgaben	Ausgaben 1978	Mittelansätze 1979	Mittelansätze 1980
Titel 6 und 7	Abteilung Garantie			
Kap. 6.0	Getreide	1 112 459	1 574 200	1 616 398
Kap. 6.1	Reis	17 876	41 400	49 995
Kap. 6.2	Milch und Milcherzeugnisse	4 014 698	4 459 600	4 929 646
Kap. 6.3	Fette	324 787	592 900	787 000
Kap. 6.4	Zucker	878 000	1 004 600	696 471
Kap. 6.5	Rindfleisch	638 716	708 300	1 178 000
Kap. 6.6	Schweinefleisch	45 046	94 900	100 000
Kap. 6.7	Eier und Geflügel	38 076	66 200	94 000
Kap. 6.8	Obst und Gemüse	100 725	416 500	659 000
Kap. 6.9	Wein	63 664	94 400	350 000
Kap. 7.0	Tabak	216 116	212 000	282 000
Kap. 7.1	Fischerei	—	—	—
Kap. 7.2	Äthylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs	—	—	—
Kap. 7.3	Sonstige Sektoren oder Erzeugnisse mit gemeinsamer Marktorganisation	91 254	112 500	191 000
Kap. 7.4	Erstattungen bei Waren aus der Verarbeitung land- wirtschaftlicher Erzeugnisse	208 485	236 200	275 000
Kap. 7.5	Beitrittsausgleichsbeträge im innergemeinschaftlichen Handel	27 183	1 200	1 000
	Titel 6 und 7 insgesamt	8 657 372	10 384 100	11 485 510
Titel 8	Abteilung Ausrichtung und Fischerei- und Meerespolitik			
Kap. 8.0	Vorhaben zur Verbesserung der Agrarstrukturen	58 000	49 000	74 600
Kap. 8.1	Allgemeine sozio-kulturelle Maßnahmen	37 700	65 850	51 100
Kap. 8.2	Maßnahmen zugunsten der benachteiligten Gebiete	88 300	103 850	62 550
Kap. 8.3	Strukturmaßnahmen im Zusammenhang mit den gemeinsamen Marktordnungen	239 200	100 800	120 300
Kap. 8.6	Gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Fischereistrukturen	5 300	100	150
	Abteilung Ausrichtung, insgesamt	428 500	319 600	308 700
Kap. 8.7	Besondere Maßnahmen im Sektor Fischerei und Meeresressourcen	16 000	16 000	24 020
Kap. 8.8	Gemeinsame Marktorganisation im Fischereisektor	15 425	20 000	22 000
Kap. 8.9	Übernahme bestimmter finanzieller Verpflichtungen im Zusammenhang mit Abkommen über Fangrechte in Nicht-Gemeinschaftsgewässern durch die Ge- meinschaft	430	—	—
	Fischerei- und Meerespolitik, insgesamt	31 855	36 000	50 520
	Titel 8 insgesamt	460 355	355 600	359 220
Titel 6, 7, 8	Insgesamt	9 117 727	10 739 700	11 844 730

¹⁾ Ausgaben und Mittelansätze des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft sowie Fischerei- und Meerespolitik.

eine Entlastung bringt. Der Streit um die Finanzierungsbeiträge zum EG-Haushalt ist damit allerdings keineswegs auf Dauer beigelegt.

420. Heftig attackiert wird die EG-Agrarpolitik seit Jahren auch von Drittländern. Sie sehen zum Teil große Chancen in der Erzeugung von Agrargütern. Ihnen fehlen freilich die Exportmärkte. Sie finden den Zugang zu einem äußerst attraktiven Markt durch ein Marktordnungssystem behindert, das ihnen im Preiswettbewerb mit den Erzeugern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft kaum Chancen läßt, und auf Märkten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft stoßen sie auf einen rigorosen Verdrängungswettbewerb durch hochsubventionierte EG-Exporte. Der stark ausgebaute Agrarprotektionismus beeinträchtigt nicht nur die internationale Arbeitsteilung, er macht auch das Eintreten der Gemeinschaft für einen freien Welthandel unglaubwürdig, nicht zuletzt in den Augen vieler Entwicklungsländer. In einer Vielzahl von Handelsabkommen hat die Gemeinschaft zwar einzelnen Ländern und Ländergruppen Präferenzen im Handel mit Agrarprodukten eingeräumt, sie hat auf diese Weise aber nur wenig zur Eindämmung des sich ausbreitenden Protektionismus beigetragen. Vielmehr hat sie diese Länder durch Beteiligung an den EG-Interessen in ihre Außenhandelspolitik eingebunden und der aufkommenden Neigung zum Bilateralismus in den Welthandelsbeziehungen damit sogar Vorschub geleistet.

421. Kritik an der Agrarpolitik ist nun keineswegs neu. Trotz heftiger Angriffe hat die EG-Agrarpolitik ihren Kurs aber lange Zeit ziemlich unbeirrt fortsetzen können. Mit kleinen Zugeständnissen hier und da konnten selbst grundlegende Konflikte der EG-Agrarpolitik mit Zielen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik, der Finanzpolitik, der Handelspolitik, der Außenpolitik oder der Entwicklungspolitik über-

spielt werden. Auch die stark steigenden Kosten sind lange Zeit — widerwillig zwar — hingenommen worden. Mittlerweile aber schöpft die Agrarpolitik den Finanzierungsspielraum, der für den EG-Haushalt eröffnet worden war, weitgehend aus. Eine Möglichkeit, die Finanzausstattung der Europäischen Gemeinschaft aufzustocken, ist nicht zu erkennen, zumal in den nationalen Haushalten gespart werden muß. So scheint ein Kurswechsel in der gemeinsamen Agrarpolitik unumgänglich zu sein. Der EG-Haushalt 1980 wird möglicherweise noch mit einem Satz der eigenen Mehrwertsteuermittel der Gemeinschaft von 0,72 vH gedeckt werden können (Tabelle 46). Für die Finanzierung des Haushaltsplans 1981 ist aber bereits ohne eine Berücksichtigung weiterer kostenträchtiger Agrarpreisanhebungen ein Satz von 0,95 vH vorgesehen, und im Jahre 1982 könnte der EG-Haushalt bei Fortschreibung der Entwicklung nicht mehr durch die der Gemeinschaft neben Zöllen, Abschöpfungen und Produktionsabgaben als Eigenmittel zugewiesenen Mehrwertsteuereinnahmen von maximal 1 vH der einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer in den einzelnen Ländern finanziert werden. Unter den Finanzierungslasten scheint nun ein System gemeinsamer Politik zusammenzubrechen, das früher einmal als einer der Eckpfeiler im europäischen Einigungsprozeß angesehen worden ist.

422. Die Allianz zwischen den Ländern, die eine große Landwirtschaft haben und damit auf viele Landwirte Rücksicht nehmen müssen, sowie den Ländern, die zwar nur noch einen geringen Anteil von Produktion und Erwerbstätigen in der Landwirtschaft aufweisen, aber wegen allgemein hoher Einkommen um einer problematisch definierten Einkommensparität willen für hohe Agrarpreise eintreten, diese unheilige Allianz ist letztlich für den Irrweg der europäischen Agrarpolitik verantwortlich. Auch die Bundesrepublik gehörte in den ent-

Tabelle 46

Einnahmen im EG-Haushalt ¹⁾Mio RE/ERE ²⁾

Einnahmearten	1974	1975	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1979 ³⁾	1980 ³⁾
Zölle ³⁾	2 737,8	3 151,0	3 860,1	3 927,2	4 390,9	5 045,5	5 667,8
Agrarabschöpfungen	255,0	510,1	1 040,1	1 576,2	1 872,7	1 678,5	1 719,2
Zuckerabgaben	74,9	80,0	133,2	202,3	406,2	464,9	504,5
Finanzbeiträge/Mehrwertsteuer	1 903,8	2 152,0	2 245,5	2 494,5	5 329,7	7 039,3	7 151,0
Sonstige	65,2	320,5	673,6	283,0	288,5	218,7	640,6
Gesamteinnahmen	5 036,7	6 213,6	7 952,5	8 483,2	12 288,0	14 446,9	15 683,1

¹⁾ 1974 bis 1978 Istzahlen, 1979 und 1980 Sollzahlen.

²⁾ Bis 1977 galt die IWF-Parität von 1 RE = 3,66 DM, ab 1978 ersetzt durch die Europäische Rechnungseinheit (ERE), zur Zeit 1 ERE = 2,51 DM.

³⁾ Von 1971 bis 1975 (Anfangsphase des Systems der Eigenmittel) wurden die Abschöpfungen voll und die Zölle stufenweise auf die Gemeinschaft übertragen.

scheidenden Jahren zu dieser Koalition. Es steht ihr nicht gut an, sich in der Rolle desjenigen zu sehen, der eigentlich als der große Netto-Importeur von Agrarprodukten gar kein Interesse an der europäischen Agrarpolitik habe und um der Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft im ganzen willen auch noch bereit sei, als Hauptzahler für die agrarpolitischen Irrwege, zu denen andere drängen, einzustehen. Daß die europäische Agrarpolitik sich in einer Sackgasse befindet, daß die Gemeinschaft Agrarüberschüsse erzeugt, deren Verwertung unerträgliche Kosten verursacht, daran hat die deutsche Bundesregierung in zahllosen sachlich unververtretbaren Entscheidungen des Europäischen Ministerrats maßgeblich mitgewirkt. Auch wer der Bundesregierung zugesteht, daß sie vielen Beschlüssen, so wie sie gefaßt wurden, nur um des europäischen Konsenses willen und mit beträchtlicher Zahlungsbereitschaft zugestimmt hat, übersieht kaum, daß nicht zuletzt sie in die europäische Agrarpolitik ein Interesse an zu hohen Preisen eingebracht hat.

Einsicht und Voraussicht haben die europäische Agrarpolitik nicht auf einen vernünftigen Weg gebracht. So müssen es denn die leeren Kassen tun.

423. Nachdem im EWG-Vertrag ausdrücklich die Einbeziehung der Landwirtschaft und des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Gemeinsamen Markt vorgesehen worden war, obwohl der Agrarsektor in allen Mitgliedsländern — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß — dem freien Wettbewerb weitgehend entzogen und durch staatliche Eingriffe reguliert war, wurden in der Konferenz von Stresa im Sommer 1958 die Grundlinien für die gemeinsame Agrarpolitik festgelegt und durch die Kommission im Anschluß an diese Konferenz konkretisiert. Von den im EWG-Vertrag angebotenen möglichen Organisationsformen für die Agrarmärkte — gemeinsame Wettbewerbsregeln, Koordination verschiedener einzelstaatlicher Marktordnungen oder europäische Marktordnungen — fiel die Entscheidung zugunsten gemeinsamer Marktordnungen.

Die Grundprinzipien dieser Marktordnungen sind ein freier innergemeinschaftlicher Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf der Basis gemeinsamer Preise, die Gemeinschaftspräferenz der innergemeinschaftlichen Agrarproduktion durch eine Absicherung des Preisniveaus nach außen und die finanzielle Solidarität, das heißt die gemeinsame Finanzierung aller durch die gemeinsame Agrarpolitik entstehenden Ausgaben. Die grundlegende Idee der Marktordnungspolitik bestand darin, die EG-Agrarmärkte von den Preisen des Weltmarktes und deren Schwankungen abzukoppeln und auch die Gefahren einer Instabilität von innen her, verursacht durch starke Angebotsschwankungen, wenigstens zu verringern. Die Abkoppelung vom Weltmarkt wurde durch ein System von Einfuhrmindestpreisen sowie variablen Abschöpfungen und Exporterstattungen erreicht, die Binnenmarktstützung durch Interventionsmaßnahmen und Absatzgarantien, wobei die Marktordnungen im einzelnen von Produkt zu Produkt sehr unterschiedlich ausgestaltet wurden.

424. In den Beratungen von Stresa und auch in den Kommissionsvorschlägen zur Konkretisierung der Marktordnungen wurde von vornherein die Notwendigkeit für ein umfassendes Konzept hervorgehoben, in dem die Wechselwirkungen zwischen Marktpolitik, Strukturpolitik, Handelspolitik und Sozialpolitik zu berücksichtigen seien. Freilich, eine Agrarpolitik zu konzipieren, die den Zielen des EWG-Vertrages voll gerecht werden sollte, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu gewähren, die Märkte zu stabilisieren, die Versorgung sicherzustellen und für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen ebenso zu sorgen wie für einen Beitrag zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, das glich von vornherein der Suche nach dem Stein der Weisen.

Angesichts einer relativ geringen Steigerung der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und eines starken, produktionssteigernd wirkenden technischen Fortschritts in der Landwirtschaft kam es nämlich entscheidend darauf an, daß im Zuge des Prozesses struktureller Anpassungen der Einsatz von Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft verringert wird, vor allem die Beschäftigung von Arbeitskräften. Das hieß Abwanderung aus der Landwirtschaft. Wenn dieser Anpassungsprozeß nicht über einen Einkommensdruck, gegebenenfalls auch durch starke Agrarpreissenkungen, gesteuert werden sollte, sondern durch eine Förderung des Strukturwandels, dann bedurfte es flankierender Anstrengungen im Bereich der Strukturpolitik und der Sozialpolitik, durch die Umstellungen innerhalb des Agrarsektors erleichtert, die sonstigen Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Gebieten verbessert und die Wanderungsbereitschaft gestärkt wurden. Keinesfalls aber durfte es eine Politik sein, die den Abwanderungsprozeß aus der Landwirtschaft hemmte.

425. Fragt man sich im nachhinein, wo die Hauptursachen für das Scheitern der gemeinsamen Agrarpolitik zu suchen sind, dann muß vor allem hervorgehoben werden, daß eine auf die Ideen von Stresa ausgerichtete Handhabung des Marktordnungssystems erfordert hätte, daß die in dem komplexen Zielbündel der Agrarpolitik angesprochenen Interessen im agrarpolitischen Entscheidungsprozeß hinreichend vertreten sind. Zudem hätte die Marktordnungspolitik mit den anderen Politikbereichen eng koordiniert sein müssen. Bereits in der Ausgestaltung der Marktordnungen ist den Interessen der europäischen Landwirte mehr Gewicht zugemessen worden als denen der Verbraucher, ganz zu schweigen von den am Handel mit Agrarerzeugnissen interessierten Drittländern. Und angesichts der Zuständigkeit der Landwirtschaftsminister für die Agrarpreispolitik war vorauszusehen, daß die Produzenteninteressen auch im täglichen agrarpolitischen Entscheidungsprozeß das Übergewicht haben würden. Die Interessen der Drittländer waren so gut wie gar nicht vertreten. GATT-Regeln erwiesen sich nicht als zwingend genug. Im übrigen sind Drittländerinteressen vor allem der Mitvertretung durch die Verbraucherinteressen anvertraut. Das war zu wenig. Sobald die Protektion erst einmal etabliert war,

brachte eine Ausweitung der heimischen Agrarproduktion unter dem Schutz der variablen Abschöpfungen keiner Gruppe innerhalb der Europäischen Gemeinschaft so auffällige Nachteile ein, daß sich kräftiger Widerstand bildete, zumal den Verbrauchern wenig bewußt wird, in wie hohem Maße sie schon über überhöhte Preise die Landwirte subventionieren. Das währte, solange der Selbstversorgungsgrad unter 100 vH blieb.

426. In der Absicherung der Agrarpreise gegen innergemeinschaftliche Angebotsschwankungen war von vornherein die Gefahr begründet, daß die vorgesehenen Interventionen nicht nur zur kurzfristigen Stabilisierung der Preise im Falle ausgeprägter Produktionsschwankungen eingesetzt wurden, sondern auch zur Absicherung von Preisen, zu denen die produzierten Mengen dauerhaft auf dem innergemeinschaftlichen Markt keine Nachfrage finden. Eine Rückkoppelung zwischen Interventionsmaßnahmen und Garantiepreisen zur Verhinderung struktureller Überschüsse war nicht vorgesehen. Das Fehlen dieser Rückkoppelung mußte um so schwerer wiegen, als die in der Gesamtkonzeption vorgesehene Verbesserung der Einkommenslage der Landwirtschaft über die Struktur- und Sozialpolitik wenig erfolgreich war, so daß ständig die Versuchung bestand, die Preisfestsetzung im Innern nicht streng am Marktgleichgewicht auszurichten, sondern an einkommenspolitischen Zielen. Aber selbst bei einer im Prinzip am Marktgleichgewicht orientierten Preispolitik wäre es wohl dazu gekommen, daß die Dynamik der Agrarproduktion, die sich aus der weitgehenden Verringerung des Marktrisikos durch die Einführung von Garantiepreisen entwickelte, unterschätzt worden wäre. Garantiepreise sind eben schon an sich ein problematisches Mittel.

427. Der Erfolg einer Abstimmung der Markt- und Preispolitik mit der Struktur- und Sozialpolitik war von vornherein zweifelhaft. Agrarstrukturpolitik und landwirtschaftliche Sozialpolitik fallen weitgehend in die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedsländer, und es waren keine verbindlichen Regelungen getroffen, die darauf hinwirkten, daß nationale Maßnahmen in diesen Politikbereichen auch tatsächlich auf eine Drosselung des Anstiegs der landwirtschaftlichen Produktion ausgerichtet wurden. Vielmehr war von Anfang an zu befürchten, daß die Mitgliedsländer weniger das Ziel „hohe Effizienz bei reduzierten Kapazitäten“ anstreben würden als vielmehr das Überleben einer möglichst großen eigenen Landwirtschaft, und daß sie daher Maßnahmen ergreifen würden, von denen in nicht unerheblichem Maße produktionssteigernde Wirkungen ausgehen. Diese Sorge mußte um so schwerer wiegen, als es den einzelnen Mitgliedsländern aufgrund der finanziellen Solidarität möglich war, die Partnerländer an den Folgekosten einer produktionssteigernden Politik in sehr starkem Maße zu beteiligen; denn die Finanzierung der Überschußbeseitigung ist Sache der Gemeinschaft. Kurz: Effizienzreserven der regionalen Landwirtschaften im Wettbewerb zu mobilisieren, war legitim, gehörte zum Konzept von Stresa. Alles kam aber dann darauf an, die Anreize zur einzelwirtschaftlichen Produktionssteigerung

durch eine Preispolitik gesamtwirtschaftlich unter Kontrolle zu bringen, für die Marktausgleich oberste Richtschnur war. An dieser Balance hat es gefehlt.

428. Die Möglichkeit, Markt- und Preispolitik einkommenspolitischen Zielen nutzbar zu machen, mußte überzogene Erwartungen in den Mitgliedsländern wecken. An die gemeinsame Preispolitik knüpfte sich die Vorstellung einer harmonischen, von Einkommensangleichung geprägten Entwicklung der Landwirtschaft in den einzelnen Mitgliedsländern. Einheitliche Preisbeschlüsse führen aber nicht ohne weiteres zu gleichen Einkommen, auch nicht zu gleichen Einkommenssteigerungen und noch viel weniger zu Einkommenszuwächsen, die dem jeweiligen nationalen Durchschnitt vergleichbar sind. Schon die Unterschiede in der landwirtschaftlichen Produktionsweise und in den Produktionsschwerpunkten bringen es mit sich, daß gleiche Preisanhebungen unterschiedliche Einkommenssteigerungen in den einzelnen Mitgliedsländern zur Folge haben. Um so weniger konnte erwartet werden, daß die Einigung über einkommenspolitische Zielsetzungen für die Landwirtschaft leichtfallen würde. Einkommenspolitische Ziele der Agrarpolitik sind überdies eingebettet in ein gesellschaftliches Zielsystem, das von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. In der Pflicht zur gemeinsamen Preispolitik waren also scharfe Konflikte angelegt, und für die Konfliktlösung waren die Bahnen falsch bereitet.

429. Das zeigte sich schon bald. Durch den „Luxemburger Kompromiß“, der faktisch eine Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips vorsah, wenn sehr wichtige Interessen eines oder mehrerer Partner auf dem Spiel stehen, wurde Frankreich 1966 um einen sehr hohen Preis an den gemeinsamen Verhandlungstisch zurückgeholt. Der andauernde Zwang zur Einstimmigkeit hat in den Agrarverhandlungen zum Feilschen um nationale Vorteile geführt und zu Kompensationslösungen im Rahmen von Verhandlungspaketen, in denen die Erfordernisse einer am Marktgleichgewicht orientierten Preispolitik immer wieder hintan gesetzt wurden. Ansätze zu einer besseren Einbindung der Markt- und Preispolitik in die Struktur- und Sozialpolitik scheiterten, und auch von den zahlreichen Ansätzen zur Harmonisierung und besseren Koordination der Wirtschaftspolitik kam keine Entlastung der in den Agrarverhandlungen hart aufeinanderstößenden nationalen Interessen. Vielmehr sah man sich angesichts der Spannungen, die durch die starken Differenzen in der Preis- und Wechselkursentwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern auftraten, genötigt, den nationalen Interessen in der EG-Agrarpolitik durch die Einführung des Grenzausgleichs wieder mehr Raum zu geben. Damit war aber ein Grundpfeiler der EG-Agrarpolitik, der freie innergemeinschaftliche Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, zerstört, die Einheitlichkeit der Agrarpreise aufgehoben (Ziffer 435).

430. Angesichts der Schwierigkeiten, im agrarpolitischen Entscheidungsprozeß Übereinstimmung zu erzielen, nimmt es nicht wunder, daß die Interessen der Drittländer weitgehend auf der Strecke geblieben

ben sind. Die stark anwachsende heimische Erzeugung hat den Spielraum für Agrarimporte aus Drittländern zunehmend eingeengt. Während die Mitglieder der Gemeinschaft Anfang der sechziger Jahre noch einen beträchtlichen Importbedarf an Nahrungsmitteln aufwiesen, ist seit Ende der siebziger Jahre auf fast allen wichtigen Agrarmärkten der Gemeinschaft Selbstversorgung erreicht oder sogar beträchtlich überschritten (Tabelle 47).

Dabei gibt der Selbstversorgungsgrad das ganze Ausmaß der Überschussproduktion noch nicht einmal wieder, da der Selbstversorgungsgrad das Verhältnis der Inlandserzeugung zum gesamten Inlandsverbrauch darstellt und nicht nur zu der Menge, die auf dem heimischen Markt ohne den Einsatz von Mitteln zur Überschussverwertung absetzbar wäre.

Bereits in den sechziger Jahren war es zu einem starken Anstieg des Selbstversorgungsgrades in den Ländern der Sechsergemeinschaft gekommen. Für die damals schon drückenden Überschussprobleme brachte die Erweiterung der Gemeinschaft durch den Beitritt Großbritanniens auf einigen Überschussmärkten zeitweilig eine Entlastung. Aber die weiterhin über den Nachfragezuwachs hinausgehende Ausweitung der innergemeinschaftlichen Agrarproduktion hat schon bald wieder zu einer Verschärfung der Überschussprobleme geführt.

431. Der Schutz der inländischen Erzeugung vor der Konkurrenz aus Drittländern ist in den siebziger Jahren stark ausgebaut worden. Mit der einseitigen Ausrichtung der Agrarpolitik auf einkommenspolitische Ziele wurde das EG-Agrarpreinsniveau beträchtlich angehoben. Von 1970 bis 1979 erhöhte man die Preisschwelle, die Importe aus Drittländern an der EG-Grenze zu überwinden hatten, in D-Mark gerechnet um etwa 50 vH; das Weltmarktpreisniveau für Agrarerzeugnisse stieg sehr viel weniger, von kurzfristigen, freilich stark ausgeprägten Schwankungen abgesehen. Ende der siebziger Jahre überschritten die EG-Agrarpreise die Weltmarktpreise zum Teil um ein Vielfaches. Allerdings muß man berücksichtigen, daß den von der Statistik erfaßten Weltmarktpreisen nur eingeschränkte Aussagekraft zukommt, weil sie oft nur die Preise für einen kleinen Teil des internationalen Handels wiedergeben.

Die Schwankungen der Weltmarktpreise haben die Preisentwicklung innerhalb der Gemeinschaft im allgemeinen kaum beeinflußt. Eine Ausnahme war aber anscheinend der starke Anstieg der Weltmarktpreise zu Anfang der siebziger Jahre. Er veränderte das Klima zugunsten der einseitig einkommenspolitischen Ausrichtung der EG-Agrarpreispolitik. Auch gegenwärtig wird wieder versucht, wegen des neuerlich starken Preisanstiegs auf den Weltmärkten den Abbau des Agrarprotektionismus klein zu schreiben.

Tabelle 47

Selbstversorgungsgrad bei ausgewählten landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft¹⁾

vH

Erzeugnis	EG der Neun	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien- Luxem- burg	Däne- mark	Frank- reich	Groß- britan- nien	Irland	Italien	Nieder- lande
Weichweizen	118	109	72	136	210	76	61	75	66
Hartweizen	93	—	—	—	59	—	—	109	—
Getreide insgesamt	100	91	46	114	170	78	94	71	30
Zucker	124	127	245	180	210	44	128	85	165
Gemüse	94	33	115	70	93	79	94	118	195
Frischobst	77	50	55	48	97	34	25	125	55
Wein	102	51	4	—	97	0	—	140	—
Ölfrüchte und Ölsaaten	21	6	1	18	43	9	—	57	1
Pflanzliche Fette und Öle	24	10	1	3	33	7	—	43	2
Magermilchpulver	107	165	142	152	111	131	676	—	51
Käse	103	90	41	369	113	67	625	78	226
Butter	118	135	122	280	111	40	322	68	639
Eier	101	74	142	104	98	101	90	96	270
Rind- und Kalbfleisch	100	102	98	346	111	77	546	62	133
Schweinefleisch	101	89	162	368	85	63	144	75	225
Schaf- und Ziegenfleisch	65	34	19	—	77	59	135	61	286
Fleisch insgesamt	98	88	119	323	96	73	248	76	197

¹⁾ Selbstversorgungsgrad: Inlandserzeugung im Verhältnis zum Gesamtverbrauch an Nahrungs- und Futtermitteln einschließlich Verbrauch infolge von Sondermaßnahmen in vH. Für pflanzliche Produkte Wirtschaftsjahr 1978/79, für tierische Produkte außer Milchprodukten Kalenderjahr 1979; für Magermilchpulver, Käse, Butter Kalenderjahr 1978.

Quelle: BML

Im Zusammenhang mit der Kritik an den diskriminierenden Wirkungen der EG-Agrarpolitik gegenüber Drittländern wird oft auch auf die hohen Agrarimporte der Europäischen Gemeinschaft verwiesen. In der Tat ist diese der größte Agrarimporteur der Welt. Im Jahre 1979 entfielen fast 19 vH aller EG-Importe auf Agrarerzeugnisse, aber nur 8 vH der Exporte. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der überwiegende Teil der importierten Agrarerzeugnisse auf Produkte entfällt, die nicht mit EG-Erzeugnissen konkurrieren. Außerdem umfassen die Agrarimporte auch die Einfuhr von Futtermitteln, die als Vorleistungen in der Produktion tierischer Erzeugnisse eingesetzt werden, eine Entwicklung, die durch starke produktspezifische Unterschiede im Grad der Protektion begünstigt wird (Ziffer 485).

432. Die Einbettung der gemeinsamen Markt- und Preispolitik in eine den Anstieg der Agrarproduktion bremsende Struktur- und Sozialpolitik ist gescheitert. Zwar haben die Mitgliedsstaaten je nach ihren finanziellen Möglichkeiten mit dem Übergang zur gemeinsamen Agrarpreispolitik ihre Aktivitäten im Bereich der Strukturpolitik und der Sozialpolitik für den landwirtschaftlichen Sektor verstärkt. Diese Anstrengungen waren aber, wie schon erwähnt, falsch programmiert.

Das Bemühen, die nationalen Instrumente zu harmonisieren, hat im Bereich der Strukturpolitik

Tabelle 48

EG-Ausgaben im Rahmen der Agrarpolitik

1977

	Mio ERE
Nationale Ausgaben	
Forschung und Beratung	645,8
Erzeugung	3 285,0
Verarbeitung, Vermarktung	647,1
Nicht aufteilbar	758,4
Verbrauch	331,1
Zusammen	5 667,4
Steuererlaß ¹⁾	1 374,1
Finanzierung der sozialen Sicherheit ²⁾ ..	6 000,0
Nationale Ausgaben insgesamt ²⁾	13 041,5
EG-Ausgaben im Ausrichtungs- und Garantiefonds (EAGFL)	
Abteilung Garantie	6 830,4
Abteilung Ausrichtung	347,5
EG-Ausgaben insgesamt	7 177,9
Nationale und EG-Ausgaben insgesamt ²⁾ ..	20 200,0

¹⁾ Nur für die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Irland und Dänemark.

²⁾ Schätzung der EG-Kommission.

Quelle: EG-Kommission

kaum Erfolg gehabt; im Bereich der Sozialpolitik ist es zu großen Anläufen nie gekommen. Selbst die wenigen auf der Gemeinschaftsebene harmonisierten Maßnahmen der Agrarstrukturpolitik sind nicht auf eine Beseitigung der Überschussproduktion ausgerichtet, sondern auf eine Förderung des Wachstums sogenannter entwicklungsfähiger Betriebe und auf den Schutz von Betrieben in Regionen mit ungünstigen natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen.

Mit dem Hinweis auf Fördermaßnahmen in anderen Partnerländern und daraus resultierende Wettbewerbsverzerrungen wurden immer wieder neue, meist produktionssteigernd wirkende Maßnahmen gefordert. Und diese Forderungen haben sich im nationalen Rahmen besser durchsetzen lassen als Forderungen nach Maßnahmen zur Produktionseinschränkung, zumal aufgrund der finanziellen Solidarität in der Finanzierung der Marktordnungsausgaben die Folgekosten von produktionsstimulierenden Maßnahmen (zum Beispiel Kosten der Überschussverwertung) nicht allein dem Verursacher angelastet, sondern von der Gemeinschaft getragen werden, während die entlastenden Folgewirkungen produktionsdrosselnder Maßnahmen nicht nur dem Mitgliedsstaat zugute kommen, der die Maßnahmen durchführt und finanziert, sondern auch den Partnerländern. Für nationale agrarpolitische Maßnahmen haben die Mitgliedsstaaten nach einer Zusammenstellung der EG-Kommission im Jahre 1977 etwa 13 Mrd ERE aufgewendet und damit die Ausgaben im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik von damals etwa 7 Mrd ERE erheblich übertroffen (Tabelle 48).

433. Auch in der Bundesrepublik sind die vielfältigen Maßnahmen im Bereich der Agrarstrukturpolitik und der Sozialpolitik für die Landwirte, mit denen die Abwanderung aus der Landwirtschaft erleichtert, die Umstellung innerhalb der Landwirtschaft gefördert und die soziale Absicherung verbessert werden soll, nicht vorwiegend darauf ausgerichtet, den Produktionsanstieg zu bremsen. Die Förderung von Maßnahmen zur Erneuerung und zum Ausbau der Produktionskapazitäten und die soziale Absicherung der Landwirte werden mit sehr viel höherem Mittelaufwand betrieben als die Unterstützung der Abwanderung aus der Landwirtschaft. Im Rahmen des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms werden mit beträchtlichem finanziellen Aufwand Investitionen in Betrieben gefördert, die als langfristig entwicklungsfähig angesehen werden. Landwirten, deren Betrieb zu klein ist, die Förderkriterien zu erfüllen, steht die Möglichkeit offen, ihren Betrieb durch kleinere Investitionsmaßnahmen, für die zinsverbilligte Kredite gewährt werden, schrittweise so zu entwickeln, daß die Voraussetzungen erfüllt werden, sie als entwicklungsfähige Betriebe anzuerkennen und ihnen damit Zugang zur weiteren Investitionsförderung zu gewähren.

Hohe Zuschüsse zur sozialen Sicherung für die Landwirte haben bewirkt, daß mit Beiträgen zur landwirtschaftlichen Alterssicherung weit höhere Rentenansprüche erworben werden als mit den gleichen Beiträgen in der allgemeinen Rentenversiche-

zung. Wenn Landwirte in eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit überwechseln und Pflichtmitglied in der allgemeinen Rentenversicherung werden, wechseln sie also in ein System der Alterssicherung über, das hinsichtlich der Beitrags-Leistungs-Relation sehr viel ungünstiger ist. Den abwandernden Landwirten werden für eine Nachzahlung von Beiträgen zur allgemeinen Rentenversicherung zwar Zuschüsse gewährt. Sie nehmen diese aber kaum in Anspruch. Vielmehr wird von der Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung in der landwirtschaftlichen Alterskasse Gebrauch gemacht, wenn bereits mindestens fünf Jahre lang Pflichtbeiträge geleistet worden sind. Mobilitätshemmend ist diese berufsspezifische Altersruhegeldregelung also bei Landwirten, die noch nicht fünf Jahre lang Mitglied in der landwirtschaftlichen Alterskasse waren, und bei älteren Landwirten, die bis zum Erreichen der Altersgrenze nicht mehr die Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen aus der allgemeinen Rentenversicherung erfüllen können, trotzdem aber Beiträge an diese entrichten müßten. Außerdem dürften auch die steuerlichen Privilegien, die Landwirte in Anspruch nehmen können, vielfach mobilitätshemmend wirken. Aufgrund dieser Privilegien können Landwirte zudem vielfach Transferleistungen für sich und ihre Familien in Anspruch nehmen, auf die sie bei einem Berufswechsel verzichten müßten, weil ihr Einkommen dann nach anderen Regeln ermittelt und häufig die Bedürftigkeitsschwelle übersteigen würde. Beispiele hierfür sind Wohngeldleistungen ebenso wie Leistungen im Bereich der staatlichen Ausbildungsförderung.

434. Nationale Einzelinteressen, die dem Gemeinschaftsinteresse zuwider laufen, haben sich aber nicht nur in der Strukturpolitik durchsetzen können, sie haben auch die Markt- und Preispolitik in starkem Maße geprägt. Immer wieder wurden Preise ausgehandelt, die stärker von den nationalen Verhandlungspositionen als von der relativen Knappheit der Güter auf dem Markt bestimmt waren, und immer wieder hat es in den Brüsseler Agrarverhandlungen neben dem Streit um das Ausmaß der Preisniveaueinhebung auch ein Gerangel um Veränderungen in der Struktur der Agrarpreise gegeben.

435. Vor allem aber ist mit der Einführung des Grenzausgleichs im Gefolge von Veränderungen der Wechselkurse wieder ein Stück nationaler Autonomie in der Agrarpreispolitik zugelassen worden, der zum Egoismus zu Lasten der Gemeinschaftsziele einlud.

Ein wirklich gemeinsamer Agrarmarkt im Sinne eines freien innergemeinschaftlichen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf der Basis gemeinsamer Preise hat nur kurze Zeit existiert. Bis zum Jahre 1967 wurden die ursprünglich stark unterschiedlichen nationalen Agrarpreise einander schrittweise angenähert, allerdings, und nicht zuletzt durch deutsches Betreiben, auf einem sehr hohen Niveau. Doch der Bedarf an Preisunterschieden war im Grunde nicht beseitigt, sondern nur verdeckt durch die damals stark verzerrten Wechselkurse. Das wurde alsbald offenbar, als es zu starken Wech-

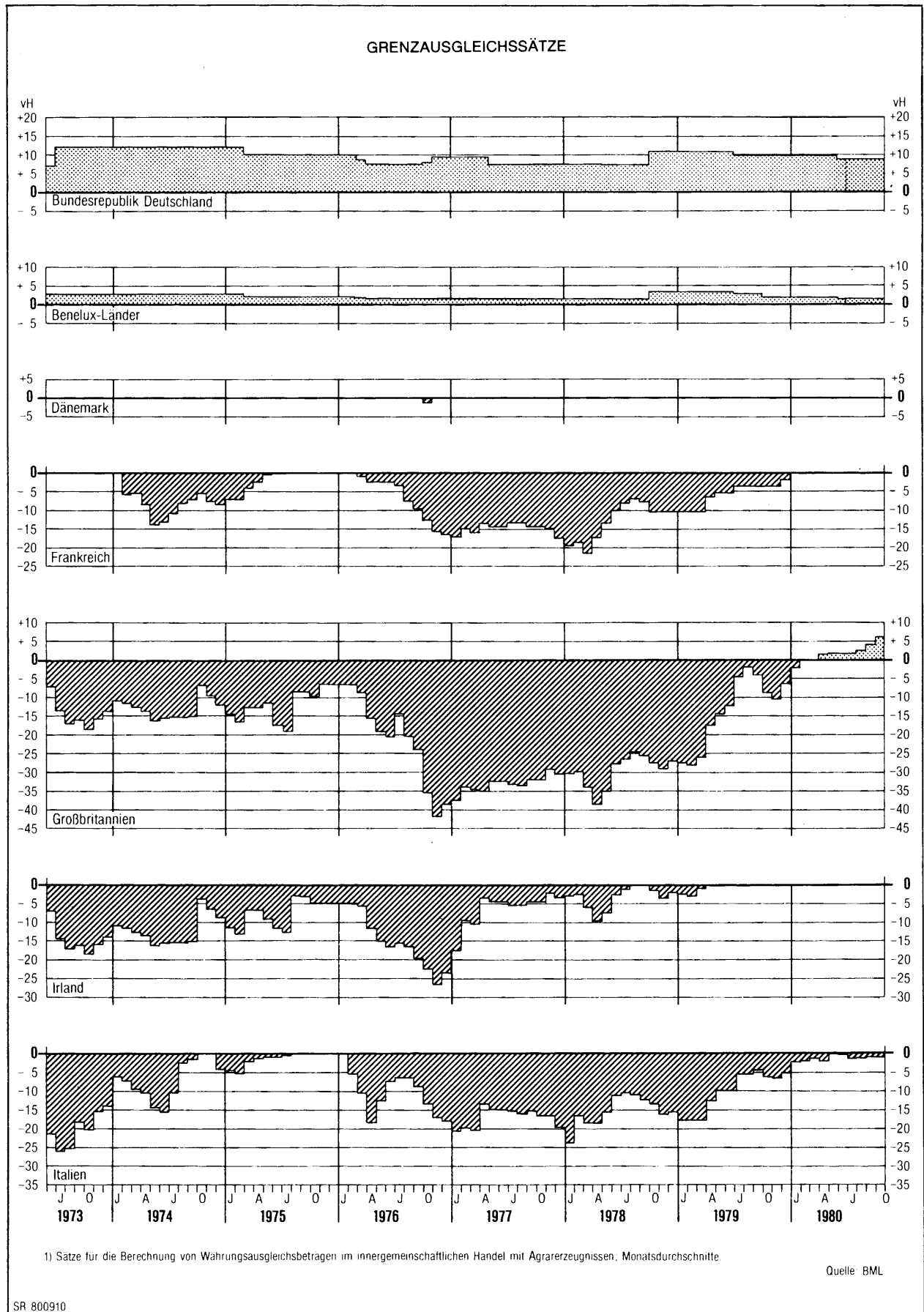
selkurskorrekturen kam. Ab 1969 wurde deshalb durch einen — in der Höhe stark schwankenden — Währungsausgleich der freie innergemeinschaftliche Agrarhandel wieder aufgehoben. Bei Wechselkursänderungen war es den einzelnen Ländern weitgehend freigestellt, ob und inwieweit sie diese Änderung auch auf die Marktordnungspreise in nationaler Währung durchschlagen lassen wollten. Durch eine Umrechnung der in gemeinsamen Rechnungseinheiten ausgehandelten Agrarpreise zu Kursen, die von den Wechselkursen abwichen — den sogenannten Agrarumrechnungskursen oder grünen Paritäten — wurden die Agrarmärkte von den anderen Märkten abgekoppelt. Um diese Wechselkursspaltung gegen Arbitragegeschäfte zu sichern, wurde für den grenzüberschreitenden innergemeinschaftlichen Handel mit Agrarerzeugnissen ein Grenzausgleich erhoben, der die Kursdifferenz abdeckte.

Dieser — stets umstrittene — Grenzausgleich hat lange Zeit zu gravierenden Preisunterschieden zwischen den Mitgliedsländern geführt; bisweilen lagen die Richtpreise in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie in Großbritannien. Die Gründung des Europäischen Währungssystems brachte mehr Stabilität in die innergemeinschaftlichen Kursrelationen und überdies die Verpflichtung, einen neu entstehenden Grenzausgleich binnen zweier Jahre wieder abzubauen. In den letzten Jahren sind die Grenzausgleichsätze stark abgebaut worden. Vor allem die Länder mit einem Abwertungsausgleich haben dies zügig getan. Dies gilt vor allem für Großbritannien, nachdem die starke Abwertung des britischen Pfundes von einer Aufwertung abgelöst wurde. Das Einschwenken des Ministerrats auf eine etwas zurückhaltendere Agrarpreispolitik war ab 1978 aber auch für andere Länder Anlaß, nationale Preiserhöhungsspielräume durch eine Abwertung ihrer grünen Paritäten auszuschöpfen (Schaubild 42).

436. Gegen die zeitweise sehr starken nationalen Divergenzen hat die EG-Kommission keine gemeinsame europäische Linie durchsetzen können. Ende der sechziger Jahre scheiterte die Kommission mit ihren unter der Bezeichnung „Mansholt-Plan“ bekannt gewordenen Vorschlägen einer grundsätzlich neuen Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik im Sinne der Förderung eines drastischen Strukturwandels und einer gewissen Einschränkung der Preispolitik am Widerstand des Ministerrats. Danach konzentrierte sich die Kommission vor allem darauf, die technische Ausgestaltung des Interventionssystems zu verfeinern und hierbei teilweise ein monströses Filigran zu ersinnen, das unablässig bürokratisches Handeln erfordert, veranschaulicht durch das groteske Volumen des Amtsblatts der Gemeinschaft, in dem wöchentlich archiviert wird, was nach dem Stand von gestern Gesetz war.

Die Grundidee der Absicherung der Agrarpreise gegen Weltmarkteinflüsse und der Stabilisierung des Binnenmarktes hat die Kommission durch Marktordnungen ausgefüllt, die eng auf produktspezifische Besonderheiten zugeschnitten sind. Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Marktordnungen auf die wichtigsten Produkte oder Produktgruppen

Schaubild 42



zu beschränken, hat die Zahl der Marktordnungen im Laufe der Jahre immer mehr zugenommen.

437. Das System der variablen Abschöpfungen zur Abkoppelung vom Weltmarkt wird in reiner Form für Getreide, Reis, Milchprodukte, Zucker und Olivenöl sowie für Eier, Geflügelfleisch und Schweinefleisch angewendet. Für Rindfleisch und Kalbfleisch gilt eine Kombination von Wertzöllen und Abschöpfungen; darüber hinaus können Einfuhrlicenzen versagt und damit zeitweise Importverbote verhängt werden. Ölsaaten sind, ebenso wie die wenigen nicht von Marktordnungen erfaßten Produkte, nur durch einen gemeinsamen Außenzoll geschützt. Obst und Gemüse wird wie Wein und Fisch durch ein System von Zöllen und Ausgleichsabgaben geschützt, wodurch verhindert werden soll, daß die Preise in der Gemeinschaft unter ein festgesetztes Referenzpreinsniveau absinken. Abweichend von diesen allgemeinen Regelungen hat die Gemeinschaft wie erwähnt mit einer Vielzahl von Ländern Präferenzabkommen geschlossen, durch die einzelnen Ländern und Ländergruppen unter genau festgelegten Bedingungen für bestimmte Erzeugnisse zu genau geregelten Zeiten Sonderbedingungen eingeräumt werden. Damit hat sich die EG-Kommission ein Instrumentarium geschaffen, das es ihr erlaubt, auf vielfältige Weise auch kurzfristig auf Importströme in die Gemeinschaft Einfluß zu nehmen, ja in einigen Fällen sogar nach eigenem Gutdünken ohne vorherige Konsultation mit den Handelspartnern einen Importstopp zu verhängen.

438. Wie bei den Außenhandelsregelungen so hat sich die Europäische Gemeinschaft auch hinsichtlich der Stabilisierung des Binnenmarktes ein reichhaltiges Instrumentarium zugelegt. Die stärksten Belastungen des EG-Haushalts haben die Marktordnungen mit garantierten Mindestpreisen verursacht. So sind in der Milchmarktordnung Interventionspreise für Butter, Magermilchpulver und die Käsesorten Grana Padano und Parmigiano Reggiano vorgesehen. Die Interventionsstellen kaufen diese Produkte zum Interventionspreis auf, wenn sie innerhalb der Gemeinschaft erzeugt worden sind und gewisse Mindeststandards erfüllen. Das gleiche gilt für Getreide, für Rindfleisch und für Kalbfleisch, für Olivenöl und für Zucker. In der Zuckermarktordnung ist der Garantiepreis für Zuckerrüben auf vorher festgesetzte Produktionskontingente beschränkt. Trotz dieser Kontingente ist es in der Gemeinschaft aber immer wieder zu Produktionsüberschüssen gekommen, weil die nationalen Quoten, die im Zusammenspiel mit den hohen Preisen für die heimischen Erzeuger profitable Produktionsmöglichkeiten eröffnen, zu hoch festgesetzt wurden.

Neben diesen obligatorischen Interventionen sind eine ganze Reihe von fakultativen Interventionsmaßnahmen vorgesehen. So können die Interventionsstellen auch auf dem Schweinemarkt eingreifen, allerdings bei einem relativ niedrigen Interventionspreis. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt dürfen, ebenso wie auf dem Fischmarkt, Erzeugergemeinschaften mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft intervenieren, wenn die Preise bestimmte Grenzen unterschreiten. Die Er-

zeugerorganisationen dürfen über die „aus dem Markt“ genommenen Erzeugnisse nur so verfügen, daß der normale Absatz nicht behindert wird, was bei Obst und Gemüse gelegentlich bedeutet, daß die Waren einfach vernichtet werden, und bei Fisch, daß er zu Fischmehl wird. Für Wein ist neben der Gewährung von Lagerbeihilfen auch die Verwertung durch Destillation vorgesehen, vorausgesetzt, daß das Gleichgewicht am Äthylalkoholmarkt nicht gestört und die Produktion von Weinen geringer Qualität dadurch nicht gefördert wird.

Die rege Interventionstätigkeit hat eine Reihe von Programmen zur Beseitigung und Vermeidung der strukturellen Überschüsse nach sich gezogen. Neben der sogenannten Ausfuhrerstattung gibt es ein ganzes Bündel von Maßnahmen, durch Zuschüsse die inländische Nachfrage nach den Interventionsprodukten zu steigern. So wurden im Jahre 1978 weit mehr Mittel für Bemühungen um eine Unterbringung der Milchmarktüberschüsse auf dem EG-Markt ausgegeben als für Exportsubventionen; hinzu kommen noch Ausgaben für die Bemühungen um eine Drosselung der Milchproduktion durch Prämien für die Nichtvermarktung von Milch und für die Umstellung auf Fleischviehrasen, zeitweise auch durch Abschlachtpremien.

439. Dieses hypertechnisierte System der Agrar-marktpolitik, dessen wachsende Vielgleisigkeit Ausweis seiner Ineffizienz ist, hat die unternehmerischen Aufgaben für die Landwirte und auch für die vor- und nachgelagerten Bereiche zum Teil grundlegend verändert. Der Erfolg wirtschaftlicher Aktivität hängt für sie weniger von der richtigen Abschätzung von Marktentwicklungen ab als vielmehr von dem Auffinden der günstigsten Handlungsalternativen im Rahmen des sich ständig ausweitenden Marktordnungssystems und von der richtigen Einschätzung bürokratischen Verhaltens. Was die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion angeht, so dürfte der Ausbau des Garantiesystems die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe und damit die Ausnutzung von Spezialisierungsvorteilen zwar entscheidend vorangebracht haben. Er hat aber auch dazu geführt, daß viele Betriebe in ihrem Bemühen um das Aufspüren von Marktchancen und die Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse nachlassen; denn die Produktion für die Intervention bringt ihnen ein sicheres Einkommen. Überdies ist ein Spezialisierungsvorteil mehr als fragwürdig, wenn er zu einer Mehrproduktion führt, die für die Volkswirtschaft nur einen Bruchteil dessen wert ist, was sie kostet.

440. Für die Volkswirtschaften der EG-Länder hat diese Agrarpolitik zu einer beträchtlichen Fehlleitung von Ressourcen geführt. Gewiß, der landwirtschaftliche Sektor ist in den vergangenen zwanzig Jahren beträchtlich geschrumpft; der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen insgesamt ist in den Ländern der Gemeinschaft von 17 vH im Jahre 1960 auf 8 vH im Jahre 1978 zurückgegangen (Tabelle 49). Aber immer noch sind zu viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig, und zuviel Kapital ist dort gebunden. Daß der Strukturwandel zu einer Zeit behindert

war, als die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen dafür noch wesentlich günstiger waren als heute, hat eine schwere Hypothek für die künftige Entwicklung des Agrarsektors und für die künftige Agrarpolitik geschaffen.

In der agrarpolitischen Diskussion wird diesen volkswirtschaftlichen Kosten der Fehlleitung von Produktivkräften vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt, zumal sich viele Menschen angesichts hoher Arbeitslosenzahlen nicht vorstellen können, daß die in der Landwirtschaft tätigen Personen auch in anderen Bereichen Beschäftigung finden könnten. Viel mehr Aufmerksamkeit finden die Verteilungswirkungen. Und dabei findet die Umverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten wesentlich mehr Beachtung als die Umverteilung zwischen Landwirten und Verbrauchern innerhalb jeder einzelnen Volkswirtschaft — obwohl diese Umverteilung quantitativ viel bedeutsamer ist als jene. Auch in den Agrarpreisverhandlungen wird vor allem darum gerungen, durch virtuos differenzierte Preisanhebungen bestimmte Umverteilungswirkungen innerhalb der Gemeinschaft durchzusetzen oder zu vermeiden. Aber der Sieg eines nationalen Agrarministers in Brüssel ist nur allzu oft ein Sieg auf Kosten der Verbraucher im eigenen Lande.

441. Die Umverteilungswirkungen zwischen den Mitgliedsstaaten laufen zum großen Teil über den innergemeinschaftlichen Handel mit Agrarerzeugnissen. Die Verbraucher im Importland subventionieren über den Preis die Erzeuger im Exportland; sie zahlen einen höheren Preis, als sie unter Bedingungen des freien Welthandels zu zahlen hätten.

Deutlicher sichtbar werden die Umverteilungswirkungen, die sich aus der gemeinsamen Finanzierung der Agrarpolitik ergeben. An Transferbilanzen, in denen die von den Mitgliedsländern an die Gemeinschaft geleisteten Beiträge den von der Gemeinschaft empfangenen Leistungen gegenübergestellt werden, läßt sich zeigen, ob und wieviel mehr ein Land zur Finanzierung der gemeinsamen Politik — und diese ist, an den Ausgaben gemessen, zu drei Vierteln Agrarpolitik — beigetragen hat, als ihm an finanziellen Mitteln im Zusammenhang mit der Ausführung dieser Politik wieder zugeflossen ist. Die Betrachtung solcher Transferbilanzen hat die Diskussion um die „Zahlmeister“ und „Nutznießer“ der Gemeinschaft immer wieder belebt, obwohl mit der Zurechnung der Ausgaben und Einnahmen große Probleme verbunden sind, und obwohl man die Nutzen und Kosten einer gemeinsamen Politik nicht an Haushaltszahlen ablesen kann (Ziffer 34).

442. Von Haushaltsbeschränkungen scheint nun aber der einzig wirksame Druck auf eine Änderung der Agrarpolitik auszugehen. Der Widerstand von außen, sowohl von hoch entwickelten Agrarexportländern wie den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland als auch von seiten der wenig entwickelten Länder, hat bisher keine Eindämmung des Agrarprotektionismus der Europäischen Gemeinschaft bewirken können. Auch der Widerstand der Verbraucher und der Öffentlichkeit, vor allem gegen die Politik der Überschußverwertung, hat bisher nur wenig Einfluß auf den agrarpolitischen Kurs gehabt. Über die Agrarpolitik ist zwar fortwährend diskutiert worden, Entscheidendes hat sich aber nicht geändert. Nunmehr verleiht die vorhersehbare

Tabelle 49

Strukturdaten für die Landwirtschaft in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft¹⁾

Land	Erwerbstätige				Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung ²⁾ insgesamt	
	1960		1978		1960	1978
	1 000	in vH der Erwerbstätigen insgesamt	1 000	in vH der Erwerbstätigen insgesamt	vH	
Bundesrepublik Deutschland	3 623	14,0	1 608	6,5	6,6	2,7
Belgien	299	8,7	118	3,2	7,2	2,7
Dänemark	366	18,2	216	8,8	16,1	6,2
Frankreich	4 189	22,4	1 907	9,1	10,7	4,8
Großbritannien	1 005	4,1	654	2,7	3,5	2,7
Irland	390	37,3	229	22,2	.	17,6
Italien	6 567	32,8	3 090	15,5	14,8	8,1
Niederlande ³⁾	465	11,5	284	6,2	10,5	4,6
EG-Länder insgesamt	16 926	17,0	8 114	8,0	8,2	4,2

¹⁾ Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei.²⁾ Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in jeweiligen Preisen.³⁾ In Mann-Jahren.

Erschöpfung der gemeinschaftlichen Finanzmittel der agrarpolitischen Reformdiskussion mehr Gewicht. Noch sind die Einnahmequellen der Gemeinschaft nicht voll ausgeschöpft. Kurzfristig mögen auch die Agrarausgaben als obligatorische Ausgaben die Gemeinschaftsausgaben für andere Politikbereiche gegen den erbitterten Widerstand des Europäischen Parlaments noch weiter zurückdrängen. Der Druck der leeren Kassen macht aber einen Kurswechsel unabdingbar.

443. Die Tatsache der leeren Kassen ist Ausweis dessen, daß die Politik von Stresa am Ende ist. Das Konzept von Stresa enthielt zuviel Einladung zum Mißbrauch, zum Mißbrauch der Preispolitik als Einkommenspolitik. Der Mißbrauch wurde lange Zeit nur sichtbar im Anstieg der Selbstversorgungsgrade und in den hohen Überschüssen. Die Kosten dieser Überschüsse mußten früher oder später eine Toleranzgrenze erreichen. Das ist jetzt der Fall.

II. Grundsätze für einen Neubeginn

444. Wir gehen davon aus, daß eine Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik den EWG-Vertrag nicht in Frage stellt, eine Vertragsänderung also nicht zur Diskussion steht. Eine Berufung auf das bisherige Konzept der Agrarpolitik freilich sollte nicht länger in Betracht kommen.

445. Der EWG-Vertrag fordert den gemeinsamen Markt und damit tendenziell einheitliche Preise auch für die Agrarprodukte. Bei diesem Ziel sollte es bleiben, und ernsthafter als bisher. Denn es ist die Grundlage für eine an regionalen Kostenvorteilen orientierte Arbeitsteilung in der Gemeinschaft.

Der EWG-Vertrag verlangt die Gemeinschaftspräferenz. Sie gehört zur Geschäftsgrundlage der Römischen Verträge. Gemeinschaftspräferenz heißt jedoch nicht Außenschutz in einem Maße, daß die Gemeinschaft bei allen wichtigen Produkten Selbstversorger ist. Und auf keinen Fall deckt der Grundsatz der Gemeinschaftspräferenz eine Politik, die auf irgendeinem Markt zu dauerhaften Produktionsüberschüssen führt.

Der EWG-Vertrag sieht finanzielle Solidarität bei der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik vor. Auch dies wird im allgemeinen zur Geschäftsgrundlage des Vertrages im ganzen gezählt. Unter Berufung auf die Pflicht zur finanziellen Solidarität kann von den Mitgliedsstaaten jedoch nicht die Finanzierung dauerhafter Überschüsse verlangt werden. Eine EG-Agrarpolitik, die dauerhaft Überschüsse erzeugt, war nicht vereinbart.

446. Das gesamte System der Marktordnungen und agrarpolitischen Einzelentscheidungen der vergangenen zwanzig Jahre stand im Zeichen des Vollzugs eines agrarpolitischen Konzepts, an das sich die Partner auf der Grundlage der Verabredungen von Stresa gebunden hatten. Der EWG-Vertrag selbst hatte mehrere Optionen offen gehalten. Das Konzept hat also nicht den Rang, den Vorschriften

des EWG-Vertrages haben. Es hat seine Chance gehabt, und durch die Erfahrung hat es sich in wesentlichen Teilen als unbrauchbar ausgewiesen. Nach dem EWG-Vertrag ist auch eine ganz andere Agrarpolitik zulässig.

447. Bei allen Überlegungen, Verhandlungen und Entscheidungen, durch die neue Grundlinien für die zukünftige europäische Agrarpolitik gesucht und festgelegt werden, sollten Grundsätze Führung geben, die sich, wie wir meinen, aus der Erfahrung der vergangenen zwanzig Jahre zwingend ergeben. Die strikte Beachtung dieser Erfahrungen muß gewährleisten, daß ein in sich gleichgewichtiges neues Regelwerk entsteht oder daß jedenfalls die Störungen des alten Regelkreises dauerhaft beseitigt werden.

Als solche Grundsätze, die nicht diskutabel sein sollten, sehen wir an:

Erstens: Alle Anreize für die Landwirtschaft, dauerhaft mehr zu produzieren, als zu den jeweiligen Preisen verkauft werden kann, müssen beseitigt werden und künftig unterbleiben. Im besonderen: Der subventionierte Export von Agrarprodukten ist nicht Politik der Gemeinschaft. Die Vernichtung von Agrarüberschüssen ist unzulässig. (Prinzip des Marktausgleichs.)

Zweitens: Die Aufwendungen der Europäischen Gemeinschaft für die gemeinsame Agrarpolitik müssen global strikt begrenzt werden. Sie dürfen in den nächsten Jahren im Durchschnitt nicht stärker steigen als das Volkseinkommen der Gemeinschaft. Danach sollen sie weniger stark steigen und sobald als möglich sogar sinken. (Prinzip der Kostenobergrenze.)

Drittens: Es werden keine Marktordnungen mehr geschaffen, die eine staatliche Ankaufspflicht begründen. In den bestehenden Marktordnungen ist die staatliche Ankaufspflicht nach und nach aufzuheben oder so zu beschränken, daß sie nur in Ausnahmesituationen effektiv wird. Zentrales Mittel der gemeinsamen Agrarpolitik ist der Außenschutz. (Prinzip des Außenschutzes.)

Viertens: Für die Landwirte gibt es keine größeren einkommenspolitischen Garantien des Staates und der Gemeinschaft als für andere Bevölkerungsgruppen auch. (Prinzip der Eigenverantwortung der Landwirte.)

Fünftens: Die Agrarmärkte der Gemeinschaft werden nach einem verlässlichen Konzept für Drittländer allmählich weiter geöffnet. Die Gemeinschaft verzichtet auf ihre Möglichkeiten, die Regelungen über den Marktzugang von Dritten abrupt zu ändern. (Prinzip der allmählichen Liberalisierung.)

Es ist unumgänglich, über solche Grundsätze als Basis für den täglichen Einigungszwang in der Agrarpolitik der kommenden Jahre Einvernehmen zu erzielen.

448. Das Prinzip des Marktausgleichs ist es, das vom Konzept her die Konsistenz im Zusammenspiel aller agrarpolitischen Aktionen — marktordneri-

scher und strukturpolitischer Aktionen auf Gemeinschaftsebene sowie strukturpolitischer und sozialpolitischer Aktionen auf nationaler Ebene — gewährleisten, ja erzwingen muß. Es ist in dieser Funktion durch nichts zu ersetzen.

Daß der Marktausgleich unterhalb voller Selbstversorgung zu suchen ist, ergibt sich aus den Zielen des EWG-Vertrages. Denn Sicherheit der Versorgung, das Ziel des Vertrages, auf das es hier ankommt, verlangt weit weniger als volle Selbstversorgung. Daß dauerhafte Überschüsse nicht Ziel der Gemeinschaft sein können, verstand sich in der Vergangenheit sogar von selbst und wurde in Stresa ausdrücklich anerkannt. Künftig darf nichts anderes gelten. Die Kosten eines anderen Weges könnte niemand rechtfertigen. Daß dauerhafte Überschüsse der europäischen Beitrag zur Lösung der Welternährungsprobleme sein müssen, ist ein Scheinargument (Ziffer 494). Daß die Butterexporte in die Sowjetunion für Frankreich dasselbe seien wie die Röhrenexporte für die Bundesrepublik oder die Ölexporte für Großbritannien, erscheint als Argument so wenig sinnvoll — exportierte Butter bringt weniger als ein Viertel dessen, was sie kostet —, daß man in der Diskussion über eine Reform der europäischen Agrarpolitik davon ausgehen muß, es werde auch von den Politikern als nicht sinnvoll anerkannt.

Daß subventionierte Agrarexporte selbst im Falle der Bekämpfung kurzfristiger Marktstörungen nicht in Betracht kommen sollten, hat einen doppelten Grund. Die Möglichkeit, sich auch nur notfalls durch subventionierten Export helfen zu dürfen, ließe die Einladung zum Mißbrauch fortbestehen. Wenn überhaupt interveniert werden soll, muß es sich um die Aufgabe des intertemporalen Marktausgleichs handeln. Darauf müssen die Interventionsstellen konsequent verwiesen bleiben. Daß als Alternative zum subventionierten Export nicht die Vernichtung von Überschüssen in Betracht kommen darf, versteht sich eigentlich von selbst. Soll die europäische Agrarpolitik bei der Bevölkerung, die ja vorläufig weiterhin sehr hohe Kosten aufbringen muß, wieder akzeptabel werden, darf sie nicht einmal in Ausnahmefällen den Weg der Vernichtung von Nahrungsmitteln gehen.

449. Das Prinzip der Kostenobergrenze soll eine Reform erzwingen und muß im übrigen die Aufgabe übernehmen, das System der europäischen Agrarpolitik notdürftig in der Balance zu halten für den Fall, daß es wie in der Vergangenheit auch künftig nicht gelingt, die Regeln für diese Politik so zu fassen und so anzuwenden, daß sie den Zielen der Gemeinschaft in ausgewogener Weise gerecht wird. Die Kostenobergrenze hindert die Gemeinschaft überdies daran, den Grundsatz der finanziellen Solidarität über Gebühr in Anspruch zu nehmen.

Eine bestimmte Obergrenze läßt sich nicht zwingend begründen, wohl aber, daß es überhaupt eine Obergrenze geben muß. Hier verhält es sich wie mit der Obergrenze für das Schuldenmachen. Niemand weiß genau, wo die Grenze liegt, hingegen jeder, daß man sich nicht beliebig verschulden kann. Es ist auch nicht so, daß eine Umstellung leichter fiele, setzte man die Obergrenze möglichst hoch an,

schöbe also die Umkehr hinaus. Eine Änderung der Regeln über die Finanzausstattung der Gemeinschaft sollte daher überhaupt nicht in Betracht gezogen werden.

Das Prinzip der Kostenobergrenze würde in der Praxis bedeuten, daß der Rat der Landwirtschaftsminister keine finanziell bedeutsamen Beschlüsse mehr ohne die Zustimmung des Rates der Finanzminister fassen könnte, solange sich die Europäische Gemeinschaft am Rande ihres Finanzierungsspielraums bewegt.

Daß die Expansion der Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik allmählich hinter der Zunahme der Einnahmen des EG-Haushalts zurückbleibt, ist bei einer vernünftigen Reform der Agrarpolitik ohne weiteres möglich und ist auch nötig, sollen Gemeinschaftsmittel frei werden für neue Aufgaben, etwa solche, wie sie sich im Zusammenhang mit der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft schon abzeichnen.

450. Das Prinzip des Außenschutzes soll eine doppelte Erfahrung zur Geltung bringen. Nach außen, aber auch nur nach außen mag wegen der Gemeinschaftspräferenz und wegen der oftmals exzessiven Preisschwankungen auf nicht funktionsfähigen Weltmärkten ein ständiges Schutzinteresse bestehen. Im Innern hingegen haben die nur allzu häufig marktwidrigen Garantiepreise und Interventionskäufe möglicherweise mehr Instabilität erzeugt als Schwankungen geglättet. In jedem Fall waren sie das wichtigste Einfallstor für den ständigen Mißbrauch, der mit den Möglichkeiten der Agrarpolitik als Einkommenspolitik getrieben worden ist. Bei etlichen Produkten dürfte eine binnenwirtschaftliche Ergänzung des Außenschutzes ganz entbehrlich sein. Wo dies nicht der Fall ist, weil auch für den Binnenmarkt Schwankungen typisch sind, mit denen man privatwirtschaftlich nicht fertig werden kann, müßte ein gegenüber normalen Preisvorstellungen stark abgesenktes preispolitisches Sicherheitsnetz ausreichen, ein berechtigtes Schutzinteresse der Landwirte zu wahren.

451. Das Prinzip der Eigenverantwortung der Landwirte soll allen, die von der gemeinsamen Agrarpolitik betroffen sind, also denen, die für sie bezahlen müssen, ebensowohl wie denen, die von ihr Unterstützung erfahren, ganz klar machen, daß diese Politik nicht einer bestimmten Bevölkerungsgruppe eine höhere Sicherheit, bestimmte Einkommen zu erwerben, verschaffen soll und verschaffen kann als anderen Bevölkerungsgruppen. Die gemeinsame Agrarpolitik kann für Bedingungen sorgen, unter denen ein tüchtiger Bauer eine faire Chance hat, ein gutes Einkommen zu erwirtschaften. Sie kann und darf nicht versprechen, daß jemand schon deshalb, weil er Bauer war und bleiben will, ebensoviel zu verdienen beanspruchen kann wie jemand, der seinen Erwerb anderswo sucht. Eine solche Garantie kann es nicht geben, auch nicht für den „durchschnittlichen Landwirt“ oder den „durchschnittlichen Familienbetrieb“. Garantien gibt es nur in der Form der für alle geltenden sozialen Sicherung gegenüber dem Notfall. Unvoll-

kommenheiten bei der Ausgestaltung der staatlichen Mindesteinkommenssicherung, was die besonderen Umstände der Selbständigen angeht, müßten neu diskutiert werden.

Dies bedeutet eine gravierende Einschränkung der einkommenspolitischen Verantwortung des Staates und der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Landwirten. Soll nicht länger etwas versprochen werden, was man nicht halten kann, und sollen die Landwirte, auch die angehenden, bei ihren Entscheidungen nicht von Illusionen ausgehen, so muß jeder über diese Grenzen der staatlichen Verantwortung unterrichtet sein.

Es wäre unredlich, würde man mehr versprechen, etwa einen Anstieg des Durchschnittseinkommens der Landwirte entsprechend dem Anstieg der übrigen Einkommen. Der Markt gibt dies nicht her, es sei denn um den Preis einer sehr raschen Verminderung der Anzahl der Landwirte. Diese wäre jedoch gerade wegen eines solchen Versprechens niemals zu erreichen. Soll das Versprechen jedoch über Einkommenshilfen zu Lasten des öffentlichen Haushalts erfüllt werden, so müßte man sehen, daß dies viele Milliarden mehr kosten würde und im offenen Widerspruch stünde zu den gerade erst erklärten mittelfristigen Zielen der Finanzpolitik.

Es geht nicht darum, eine Politik zu treiben, die leichthin in Kauf nimmt, daß Not über die Bauern kommt. Das schließt auch schon das Landwirtschaftsgesetz aus. Aber auch das Einkommen der Landwirte hat inzwischen im Normalfall ein Niveau, das es erlaubt, ihnen ein größeres Maß an unternehmerischer Eigenverantwortung zu lassen als die bloße Organisation eines Produktionsprozesses, der im Zweifel an den Toren der Einfuhr- und Vorratsstellen endet.

452. Das Prinzip der allmählichen Liberalisierung im Sinne einer vorhersehbaren Absenkung des Protektionsgrades bei der Einfuhr von Agrarerzeugnissen soll Mindestverpflichtungen zum Ausdruck bringen, die die Europäische Gemeinschaft als ein großer Wirtschaftsraum gegenüber der Entwicklung der Weltagrarmärkte hat, zumal die Gemeinschaft ihrerseits bei den Produkten, die ihre Exportprodukte sind, auf einen möglichst freien Welthandel drängt. Die Rücksichtnahme auf diese Verpflichtung ist ein leeres Versprechen geblieben. Sie besser zu erfüllen, liegt auch im Interesse der Verbraucher.

Zu den Mindestverpflichtungen sollte von Anfang an der Verzicht gehören, die Regelungen über den Marktzutritt Dritter in abrupter Weise zu ändern. Die Gemeinschaft hat diese Möglichkeit immer wieder mit großer Rücksichtslosigkeit genutzt und ist im internationalen Handel mit Agrarerzeugnissen ein Partner, dessen Unberechenbarkeit die Märkte belastet. Was zwischen Kaufleuten ein Verstoß gegen Treu und Glauben wäre, nimmt sich nicht besser aus, wenn es staatliches Verhalten ist.

453. Diese Grundsätze sind auch vor dem Hintergrund der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft zu sehen. Man muß einen Weg finden, die Kosten der Intervention und der Protektion bei den Produkten zu senken, welche bisher die wichtig-

sten Marktordnungsgüter für die Gemeinschaft waren, will man nicht auf den Weg geraten, nun auch noch bei den Gütern, welche in den Mittelmeerländern besonderes Gewicht haben, eine Inflation der Interventions- und Protektionskosten zu erleben. Eine Strategie der Senkung des Protektionsgrades mag den innergemeinschaftlichen Finanzausgleich nicht entbehrlich machen, der derzeit durch die gemeinsame Agrarpolitik bewirkt wird, und zwar — unsichtbar — im Rahmen der Preispolitik (Gemeinschaftspräferenz) und — offen — im Rahmen der innergemeinschaftlichen Transferzahlungen über den Ausrichtungs- und Garantiefonds. Es könnte aber sein, daß ein Finanzausgleich ohne Bindung an eine problematische Agrarpolitik effizienter wäre als der gegenwärtige, wengleich politisch möglicherweise noch schwerer durchzusetzen.

454. Die aktuelle Diskussion über neue Grundlinien für die künftige europäische Agrarpolitik hat sich noch zwei weiteren Schwierigkeiten zu stellen.

Die aktuelle Situation gilt allgemein als völlig verfahren. Dies ist zwar anscheinend die Voraussetzung dafür, daß überhaupt die Kraft zu Reformversuchen reicht. Es wirft aber das Problem auf, daß Reform nicht dasselbe ist wie Krisenmanagement. Und wenn man sich vor allem dem Krisenmanagement widmet, versäumt man möglicherweise die Chance zur Reform. Hier gilt es aufzupassen.

Der zweite Punkt ist von grundsätzlicher Art. Es reicht nicht, wenn von einem Reformmodell gesagt werden kann, daß es im Hinblick auf die Ziele der europäischen Agrarpolitik befriedigende Ergebnisse erwarten läßt, falls sich nur alle Akteure so verhielten, wie im Modell vorgesehen. Alle Beobachter, so unser Eindruck, sind sich einig in der Überzeugung, daß der europäische Ministerrat alsbald gutes Geld schlechtem nachwerfen werde, falls man ihm nur weiteres Geld zur Verfügung stellte. Alle Reformideen müssen daher nicht zuletzt daraufhin überprüft werden, ob sie es schwerer machen als bisher, das Regelwerk der gemeinsamen Agrarpolitik zu mißbrauchen oder zu unterlaufen. Die zuvor dargelegten Grundsätze sollten dabei die Prüfsteine sein.

III. Wie man es nicht machen sollte

455. Für den Ausweg aus dem agrarpolitischen Dilemma werden — einzeln oder kombiniert — eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Ansätze angeboten. Zumeist knüpft man an partiellen Aspekten der vielschichtigen Probleme an, jeweils dem Aspekt, dem man für die Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten die größte Bedeutung beimißt.

— Direkt auf eine Eindämmung der Produktionsüberschüsse ausgerichtet sind Lösungsvorschläge, die eine mengenmäßige Begrenzung der Produktion oder des Einsatzes von Produktivkräften vorsehen. Von ihnen verspricht man sich eine rasche Lösung des Überschußproblems; denn eine Anpassung der Produktionsmengen an die Nach-

frage kann durch die Festsetzung von Produktionskontingenten oder Faktoreinsatzkontingenten erzwungen werden.

- Stärker an den aktuellen Finanzierungsproblemen der Agrarpolitik orientiert sind im allgemeinen die Vorschläge zu einer Beteiligung der Erzeuger an den Kosten der Agrarmarktordnungen. Durch Erzeugerabgaben sollen zusätzliche Mittel aufgebracht werden, die für die stark ansteigenden Kosten der Überschußverwertung benötigt werden. Es soll also erreicht werden, daß die bisherige Marktordnungspolitik weiterhin finanzierbar bleibt. Das Ziel kann außerdem sein, den Anreiz zu einer ständigen Ausweitung der Produktion einzuschränken. Dies kann auch das Hauptziel sein.
- Eine Verminderung der strukturellen Überschüsse und zusätzliche Einnahmen für die Gemeinschaft werden auch von einer weiteren Ergänzung des Marktordnungssystems durch zusätzliche Importabgaben oder Verbrauchsteuern auf Produkte erwartet, bei denen es noch einen scharfen Wettbewerb zwischen innergemeinschaftlich erzeugten und eingeführten Produkten gibt.
- Auf eine Verminderung der volkswirtschaftlichen Kosten, die die Agrarpolitik durch eine Fehlleitung von Produktivkräften verursacht, zielen vor allem Vorschläge ab, durch direkte Einkommensübertragungen den Bedarf an einkommensorientierter Agrarpreispolitik zu beseitigen. Sie gehen davon aus, daß einkommenspolitische Ziele wirksamer durch Einkommensübertragungen verfolgt werden können als durch Eingriffe in den Markt.

456. Daß durch mengenmäßige Produktionsbeschränkungen die Überschußprobleme auf Einzelmärkten rasch eingedämmt werden können, trifft zu. Dem Weg stehen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht jedoch schwerwiegende Bedenken gegenüber. Produktionsbeschränkungen sind im Prinzip unvereinbar mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung, wie sie der EWG-Vertrag auch für die Landwirtschaft vorsieht. Die Gefahr besteht, daß sich ein solches Kontingentierungssystem wie ein Krebsgeschwür über die Agrarmärkte ausbreitet. Das schlechte Beispiel der Kontingentwirtschaft auf dem Zuckermarkt, die Überschüsse nicht verhindert hat, sollte abschrecken und nicht verführen.

Kontingente als Instrument einer gemeinsamen Agrarpolitik überhaupt zuzulassen, hätte vor allem strategische Bedenken gegen sich. Würde die Angebotsmengenentwicklung durch Kontingentierungsmaßnahmen weitgehend kontrollierbar, dann müßte damit gerechnet werden, daß die gemeinsame Preispolitik zu Lasten der Verbraucher noch einseitiger auf einkommenspolitische Ziele für die Landwirtschaft ausgerichtet wäre. Denn auf das Entstehen von Produktionsüberschüssen brauchte dann keine Rücksicht mehr genommen zu werden. Der Druck in diese Richtung würde nicht auf sich warten lassen, wäre doch nicht nur im ganzen, sondern auch für jeden einzelnen Landwirt der Weg zu Einkommenssteigerungen über eine Ausweitung der Produktion

versperrt, sobald die Kontingentierungsregeln greifen. Freilich muß angesichts der Erfahrungen mit der Zuckermarktordnung für fraglich gehalten werden, daß sich die Mitgliedsländer im Wettkampf um die Zuteilung der Quoten auf Mengen einigen können, die eine Verminderung struktureller Überschüsse ermöglichen, von einem angemessenen Spielraum für Drittlandsimporte ganz zu schweigen. Im Kampf um Besitzstände und um die Einräumung von Möglichkeiten zur Ausnutzung nicht ausgeschöpfter Produktivitätsreserven ist die Neigung groß, die inländische Nachfrageentwicklung systematisch zu überschätzen. Drittländerinteressen werden hierbei von vornherein hintangestellt.

Ebenso schwer wiegen die Gefahren, daß Kontingente zu einer Erstarrung der Produktionsstrukturen und der Einkommenspositionen führen. Das gilt selbst dann, wenn sie in Form handelbarer Zertifikate ausgestaltet werden. Aus dem Recht auf bestimmte Kontingente abgeleitete Dauereinkommen sind nicht zu rechtfertigen.

457. Erzeugerabgaben mögen auf den ersten Blick als guter Ausweg aus der verfahrenen Lage erscheinen, zumal wenn sie einheitlich auf die gesamte Produktion bestimmter Güter erhoben werden. Auf dem Milchmarkt gibt es sie auch bereits. Sie eröffnen einen neuen Finanzierungsspielraum, wenn die Kassen erschöpft sind, und erwecken darüber hinaus den Anschein, als ob zusätzliche Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik von vornherein den Verursachern angerechnet würden. Der Schein trägt jedoch. Bei Erzeugerabgaben müssen die Preise, die die Landwirte erhalten, nicht sinken. Man kann mit der Einführung der Erzeugerabgaben zugleich die Marktordnungspreise erhöhen. So gesehen, und das scheint uns richtig gesehen, trägt der Verbraucher die Kosten der Überschußverwertung. Es ist sogar möglich, durch eine Anhebung der Preise, die der Erzeuger nach Abzug der Erzeugerabgabe erhält, die Produktion zu vergrößern — und noch mehr die Überschüsse —, solange nur die Erzeugerabgabe so hoch festgesetzt wird, daß aus dem Aufkommen die Kosten der Verwertung der erhöhten Überschüsse bestritten werden können. Falls es dazu kommt, wäre wohl klar geworden, daß „Verbraucherabgabe zugunsten der Verwertung von Überschüssen“ ein wahrhaftigeres Etikett für eine solche Maßnahme ist. Die Befürworter dieses Weges sehen das vermutlich anders. Sie sehen offensichtlich das, was man dem Verbraucher über entsprechend hohe, staatlich festgesetzte Monopolpreise maximal abnehmen kann, als das eigentlich den Bauern Zustehende an. Alles was die Bauern davon nicht erhalten, weil es für die Überschußverwertung nötig ist, erscheint dann als Kostenbeitrag der Erzeuger.

Wen all dies nicht zurückhält, weil der Weg solcher Abgaben immerhin keine zusätzlichen fiskalischen Mittel erfordern würde, muß wenigstens bedenken, daß Überschußproduktion in jedem Falle eine Fehlleitung volkswirtschaftlicher Ressourcen bedeutet und damit einen Verzicht auf Wohlstandssteigerung. Die Verbraucher zahlen für die Nahrungsmittel höhere Preise als bei einem Marktgleichgewicht. Auch diese Einsicht mag nicht ausreichen. Dann freilich

bliebe nur der Trost, daß auch dieser Irrweg ein natürliches Ende hat. Je weiter man den Mißbrauch der Preispolitik als Einkommenspolitik treibt, um so größer wird der Anteil einer Agrarpreiserhöhung, der durch die gleichzeitig nötige Heraufsetzung der Erzeugerabgabe aufgezehrt wird. Von einem bestimmten Punkt ab, der möglicherweise schon bald erreicht wäre, würden die zusätzlichen Kosten der Überschubeseitigung die zusätzlich erzielten Markterlöse sogar überwiegen. Dann wären wir wieder so weit wie heute, allerdings auf einem abermals erhöhten Niveau der Überschublage.

Nicht geringzuschätzen sind auch die Erfassungs- und Kontrollprobleme, vor allem auf längere Sicht nicht, wenn sich die Findigkeit der Landwirte voll auswirkt. Nur diejenige Produktion läßt sich mit Erzeugerabgaben belegen, die einen Kontrollpunkt durchläuft.

458. Eine Erzeugerabgabe wird noch fragwürdiger, wenn sie nicht einheitlich auf die gesamte Produktion, sondern nur auf Teilmengen erhoben wird und hier auch noch mit unterschiedlichen Sätzen. Propagiert wird ein System von Erzeugerabgaben, das insbesondere differenziert

- zwischen bisheriger Produktion und zusätzlicher Produktion,
- zwischen Betrieben und Regionen, deren Agrarproduktion man für besonders schutzwürdig hält, und solchen, die dem Anpassungsdruck des Marktes voll ausgesetzt werden könnten,
- zwischen Landwirten mit hohem Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen.

Davon ist nichts zu halten.

Erhebt man die Erzeugerabgabe nur auf den Produktionszuwachs, legt also die Kosten der Überschubeseitigung unmittelbar auf die zusätzlich produzierte Menge um, so kann man damit in der Tat einen Produktionsanstieg wirksamer begrenzen als mit einer einheitlichen Erzeugerabgabe. Das Einkommensinteresse der bisherigen Produzenten wäre nicht übermäßig gefährdet, wenn man den Preis für eine Basismenge nicht in Frage stellte, den Nettopreis für einen Produktionszuwachs aber sehr niedrig ansetzte. Ein am Marktgleichgewicht orientierter Preis für Zusatzmengen wäre also leichter durchzusetzen. Diesen Spielraum müßte man allerdings auch stark nutzen. Da die Kosten der Überschubeseitigung wegen der sehr hohen Differenz zwischen dem EG-Preisniveau und den Weltmarktpreisen derzeit pro Einheit sehr stark zu Buche schlagen, müßte man die Erzeugerabgabe für einen Produktionszuwachs sehr hoch ansetzen und damit zugleich bei den Nettopreisen der Erzeuger einen sehr großen Schritt auf die Weltmarktpreise zugehen, sollen die Überschubmengen ausreichend gering ausfallen und ihre Verwertung aus dem Aufkommen der Erzeugerabgabe finanzierbar sein.

Die Differenz zwischen dem Nettoerzeugerpreis für abgabefreie und dem für abgabepflichtige Produktionsmengen würde einen enormen Anreiz zur Umgehung der Abgabe schaffen. Die Landwirte werden Wege suchen und auch finden, einen möglichst hohen Anteil ihrer Produktion der Abgabepflicht zu

entziehen, sei es, daß sie einen Teil ihrer überschüssigen Produktion über Landwirte absetzen, die ihre abgabefreien Produktionsmengen selbst nicht ausschöpfen, sei es, daß sie Absatzwege entdecken, durchaus legale, die sich einer Kontrolle durch die Bürokratie entziehen. Eine Differenzierung nach weiteren Kriterien, sozialen etwa oder regionalen, würde ebenso die Anreize hierzu vermehren wie die Möglichkeiten. Man muß wohl schon ein Schreckensregiment an Kontrollen entwerfen, sollen bei der Einhaltung der staatlichen Vorschriften Minimumstandards nicht unterschritten werden. Es ginge hier nicht um kleines Geld.

Aber das wären nicht etwa die einzigen Probleme differenzierter Erzeugerabgaben. Alle Regelungen, die zwischen begünstigter und nicht begünstigter Produktion unterscheiden, sind im Kern Kontingentierungssysteme. Sie haben damit von vornherein alles gegen sich, was schon gegen offene Kontingentierung vorzubringen war.

Man sollte diesen Weg daher auf keinen Fall beschreiten, auch nicht im Zeichen des pazifizierenden Etiketts „übergangshalber“. Solche differenzierenden Regelungen schaffen neue Besitzstände. Diese werden mit der allseits bekannten Hartnäckigkeit verteidigt werden. Und man kommt später von dem Weg selbst dann nicht mehr herunter, wenn er sich als Irrweg erwiesen hat.

459. Ein weiterer Ausbau des Marktordnungssystems wird nicht nur als Mittel zur Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den EG-Haushalt gefordert, sondern auch zum Ausgleich produktspezifischer Unterschiede im Grad der Protektion. Der unterschiedliche Außenschutz — vor allem der zwischen Marktordnungserzeugnissen und anderen — führt dazu, daß hochgeschützte Produkte auf dem Inlandsmarkt durch Produkte verdrängt werden, die infolge eines niedrigen Weltmarktpreises und eines geringen Außenschutzes auf dem EG-Markt billig angeboten werden. Von besonderem Gewicht sind zwei Fälle, der Wettbewerb zwischen eingeführten pflanzlichen Fetten und innergemeinschaftlich erzeugten tierischen Fetten und der Umstand, daß eine intensive Nutzung billig eingeführter Futtermittel, des sogenannten Kraftfutters, vor allem Soja, bei der Erzeugung hochgeschützter tierischer Marktordnungsprodukte äußerst rentabel sein kann.

Die Idee ist nun, durch eine Steuer auf pflanzliche Öle und Fette die Wettbewerbsfähigkeit der Butter und anderer innerhalb der Gemeinschaft hergestellter Fette zu verbessern und zugleich die Finanzmittel zu erlangen, die es erlauben würden, einen Fortgang der Überschubwirtschaft zu finanzieren. In etwas anderer Einkleidung geht es im Zusammenhang mit der Süderweiterung der Gemeinschaft längerfristig vor allem um neuen Spielraum für die Erzeugung von Olivenöl. Der Plan einer sogenannten Fettabgabe wurde ersonnen, weil GATT-Regeln es verbieten, die Einfuhr pflanzlicher Fette durch hohe Zölle oder andere Maßnahmen stärker als bisher abzuschrecken. Man muß darauf hoffen, der Plan dieser Fettabgabe, deren Aufkommen anschließend, anonymisiert im EG-Haushalt, zur Subventionierung

rung innergemeinschaftlicher Fettproduktion verwendet werden soll, werde international als ein so durchsichtiges Manöver zur Umgehung verbindlicher GATT-Regeln erkannt, daß er an weltweitem Widerstand scheitert.

Nicht weltweiten, wohl aber sehr massiven Widerstand einzelner Länder, vor allem des Sojalieferanten USA, findet die seit Jahren geforderte Importabgabe auf Futtermittel, die die Rentabilität der tierischen Veredelung auf der Basis importierter Futtermittel senken soll. In der Tat wird durch den Import billiger Futtermittel die Produktionsgrundlage für die tierische Erzeugung in der Gemeinschaft beträchtlich erweitert; mehr als 20 vH des gesamten Futters wird aus Drittländern eingeführt. Nur bei sehr partieller Betrachtungsweise kann es jedoch ratsam erscheinen, Probleme des Unterschieds im Protektionsgrad konkurrierender Produkte dadurch zu lösen, daß man den Protektionsgrad bei den bisher wenig geschützten Gütern anhebt. Der Weg, an den man zuerst zu denken hätte, wäre zweifellos, die Preise für innergemeinschaftlich hergestellte Futtermittel, vor allem Futtergetreide, zu senken. Zugleich könnte der Milchpreis sinken, weil die Fütterung der Kühe billiger würde. Daß beim Getreide der Außenschutz und die Garantiepreise zu hoch sind, zeigt sich daran, welch hohe Überschüsse an Getreide die Gemeinschaft derzeit mit hohen Subventionen ins Ausland verkauft. Nur wer die Welt im Kopfstand des Protektionisten sieht, wird sagen: Die EG-Überschüsse bei Futtergetreide sind die Folge des Verdrängungswettbewerbs zollfrei eingeführter Futtermittel. Auf keinen Fall wäre eine Angleichung des unterschiedlichen Außenschutzes der in Rede stehenden Produkte auf dem Niveau des höchsten Protektionsgrades zu rechtfertigen. Vielmehr wird ein sehr weitgehender Abbau der Protektion von Futtergetreide von agrarökonomischer Seite für verhältnismäßig problemlos gehalten.

460. Während die bisher behandelten Ansätze im wesentlichen auf eine Fortentwicklung der bisherigen Agrarpolitik ausgerichtet sind, zielen die Vorschläge zur Einführung direkter Einkommensübertragungen teilweise auf eine neue Konzeption für die Agrarpolitik ab. Die Agrarpreispolitik soll von ihrer Funktion der Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen entlastet werden. Die Preisbildung auf den Agrarmärkten soll weitgehend dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen bleiben. Einkommenspolitische Ziele hingegen sollen durch direkte Einkommensübertragungen erreicht werden. Man erwartet, daß dadurch der in der gemeinsamen Agrarpreispolitik angelegte Zielkonflikt zwischen Marktausgleich und Einkommenssicherung für die Landwirtschaft entschärft werde. Den Agrarpreisen würde wieder die Funktion zugewiesen, die ihnen in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften zukommt, nämlich die Steuerung der Märkte und der Ausgleich von Angebot und Nachfrage.

461. In reiner Form verwirklicht erlaubte das Konzept der direkten Einkommenshilfen eine Lösung der Aufgabe, die Agrarprodukte zu den niedrigstmöglichen Kosten zu erzeugen, die Bevölkerung zu

den niedrigstmöglichen Preisen zu versorgen, im Handelsverkehr mit Drittländern niemanden zu diskriminieren und doch die Bauern nicht zu schädigen. Die Weltmärkte würden nicht länger durch die Verwertung europäischer Überschüsse gestört. Die Verbraucher kauften Nahrungsmittel zu einem Preis, zu dem diese von der Volkswirtschaft beschafft werden können, sei es aus innergemeinschaftlicher Produktion, sei es aus Drittländern. Die Bauern hätten billige Futtermittel. Sie würden davon freilich auch nicht mehr einsetzen als sich ausweislich der freien Marktbewertung der von ihnen erzeugten Produkte lohnen würde, also nicht — wie jetzt — zur Erzeugung von Gütern, die scheinbar ihre Kosten wert sind, anschließend aber von den Interventionsstellen zu einem Preis, der nur ein Viertel der Kosten deckt, „verwertet“ werden.

Die Bauern brauchten all dies nicht zu scheuen. Denn sie würden durch direkte Einkommenshilfen schadensfrei gehalten. Soweit sie bei Preisen, die in ihrem mittelfristigen Niveau vom Weltmarkt bestimmt wären — einem dann funktionsfähigeren Weltmarkt —, die Landwirtschaft nicht mehr lohnend fänden, würden sie ihre bisherige Beschäftigung aufgeben und sollten es auch. Das Modell läßt sich variieren, indem man anstelle der vollen Öffnung der Märkte einen mehr oder weniger großen Außenschutz beibehält. In jedem Fall würden die durch eine solche Agrarpolitik gegenüber bisher eingesparten volkswirtschaftlichen Kosten ausreichen, die Landwirte voll zu entschädigen und auch den Verbrauchern noch etwas zukommen zu lassen. Dies wäre das Modell.

462. Die Bauern sehen es anders. Sie wollen Landwirtschaft betreiben, um davon leben zu können. Sie wollen die Einkommensziele, die sie sich setzen, nicht vom Staat erfüllt bekommen, sondern wie andere auch durch das Leistungsentgelt des Marktes. Diese Grundsätze haben sie bisher davon abgehalten, das Konzept der direkten Einkommenshilfen aufzugreifen und mit dem politischen Druck, den sie ausüben vermögen, selbst vorzutragen. Das Dilemma der Bauern ist, daß ihre Vorstellungen darüber, was das Leistungsentgelt des Marktes ist und was es äußerstenfalls — bei Nutzung aller gerade noch vertretbaren Möglichkeiten protektionistischer Manipulation — sein könnte, stark abweichen von dem, was die Märkte tatsächlich hergeben.

463. Den Umstand, daß die Bauern das Konzept der direkten Einkommenshilfen nicht unterstützen, kann man nicht einfach beklagen. Schon das ideal ausgedachte System hat, sieht man es von der gegenwärtigen Situation aus, einen schweren Geburtsfehler, nämlich das Akzeptieren des Anspruchs auf Wahrung des individuellen Besitzstandes der heute tätigen Landwirte. Um der Vorteile willen, die das Modell verheißt, müßten große prinzipielle und fiskalische Bedenken hintangestellt werden, wenn man sich zu einem solchen Weg entschließt.

Noch schwerer wiegt die Sorge — und das gilt nicht nur für das skizzierte Modell —, daß das Konzept der direkten Einkommenshilfen viel Vertrauen verlangt, die Agrarpolitik würde etwas, was sie vernünft-

tig nutzen könnte, auch tatsächlich vernünftig nutzen.

Es ist vorstellbar, wäre aber von der politischen Erfahrung her nicht sicher genug, daß es zu Einkommenshilfen kommt, die im speziellen und im ganzen wirklich produktionsneutral wären. Zu befürchten hätte man, daß der Staat das viele Geld, das hier zusätzlich durch seine Hand fließen soll, in bekannt dirigistischer Manier verteilen würde, nach vielfältigen, mehr oder weniger sich überlagernden Kriterien. Nichts ist selbstverständlich an der Vorstellung, daß dabei angesichts der starken Interessen, die sich mit einer hohen Agrarproduktion verbinden, Produktionsneutralität das Ergebnis wäre.

Es ist vorstellbar, wäre aber von der politischen Erfahrung her nicht sicher genug, daß Einkommenshilfen die überhöhten Preise wirklich ablösen. Zu befürchten hätte man, daß sie zu dem hinzutreten würden, was dem Verbraucher über die Preispolitik (einschließlich solcher Möglichkeiten wie der „Erzeugerabgabe“) abgenommen werden kann.

Angesichts des gegenwärtigen äußerst starken Drängens nach neuem Aktionsspielraum für die Agrarpolitik ist die Gefahr groß, daß solch neuer Spielraum für neuen Mißbrauch genutzt wird.

464. Eine wesentliche Schwäche aller konkreter ausgearbeiteten Vorschläge für Einkommenshilfen besteht darin, daß diese nur wenig darauf eingehen, wie ein solches System im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik etabliert und wie Mißbrauch verhindert werden kann. Breitgefächert hingegen sind die Ideen zur Ausgestaltung. Je nachdem warum eine spezifische Einkommenspolitik zugunsten der Landwirtschaft für erforderlich gehalten wird, weichen die Vorstellungen bereits in den Ansatzpunkten voneinander ab, zum Teil beträchtlich.

465. In der einkommenspolitischen Zielrichtung weitgehend identisch mit der bisherigen EG-Agrarpreispolitik sind produktionsabhängige Einkommensübertragungen nach dem Vorbild des früher in Großbritannien praktizierten Systems der „deficiency payments“, bei dem den Erzeugern für ihre Produkte die Differenz zwischen einem Garantiepreis und dem am Markt erzielten Preis gezahlt wird. Ein solches System würde das Problem der Überschussproduktion nicht lösen, da von ihm im Prinzip die gleichen Produktionsanreize ausgehen wie von der bisherigen Preispolitik in der Gemeinschaft, und statt die Kosten zu senken, würde es einen beträchtlichen Mehraufwand an öffentlichen Mitteln erfordern, weil nicht mehr der Verbraucher von Agrarprodukten, sondern der Steuerzahler die Lasten der Einkommenspolitik für die Landwirtschaft zu tragen hätte.

466. Auch flächenabhängige Einkommensübertragungen sind nicht schon der Art nach ein Beitrag zur Lösung der Überschussprobleme. Und ihre Finanzierungskosten werfen ähnliche Probleme auf wie die „deficiency payments“. Da die Transfers unabhängig von der Intensität der Bodenbewirtschaftung gezahlt würden, wären allerdings die Produktionsanreize geringer als bei produktionsgebundenen Über-

tragungen. Bei diesen Transfers stellt sich in erster Linie die Frage nach der Funktion, die sie erfüllen sollen. Für die landwirtschaftliche Produktion Anreize zu geben, wenn auch nur nach Maßgabe der Bodennutzung, erscheint angesichts der gegenwärtigen Überschussprobleme zunächst absurd. Von Vertretern dieser Vorschläge wird jedoch auf die Vorteile verwiesen, die die Landbewirtschaftung gesamtwirtschaftlich mit sich bringe und die über den Marktpreis für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht abgegolten würden. Die Frage eines Ausgleichs hierfür werde sich in dem Augenblick stellen, in dem die staatliche Preisstützung aufgegeben wird. Besonders hervorgehoben wird das, was man die ökologische Ausgleichsfunktion des ländlichen Raumes nennt. Der Staat gilt freilich auch sonst nicht jeden gemeinwirtschaftlichen Nebennutzen ab, der mit privater Wirtschaftstätigkeit verbunden ist. Hiervon abgesehen wird aber im allgemeinen nicht grundsätzlich bestritten, daß solche Überlegungen für einzelne Regionen und für einzelne Produktionszweige der Landwirtschaft Gewicht haben können. Sie rechtfertigen aber keinesfalls eine Zahlung genereller Landbewirtschaftungsprämien. Auch hier liegt ein großes Mißbrauchspotential.

467. Auf die soziale Lage der einzelnen Landwirte heben Vorschläge ab, durch direkte Einkommensübertragungen ein bestimmtes Mindesteinkommen der Landwirte zu sichern. Verbunden mit einer strikt am Marktausgleich orientierten Preispolitik könnte man so versuchen, soziale Härten abzufangen, die sich aus der jetzt nötigen Produktionseinschränkung, aber auch aus dem ständigen Strukturwandel ergeben können, soweit man diese Härten als unzumutbar ansieht. Dies halten wir für einen richtigen und wichtigen Grundgedanken. Freilich fehlt es an einer einigermaßen zwingenden Antwort auf die Frage, warum neben einem allgemeinen System zur Sicherung eines Mindestlebensstandards, das für die gesamte Bevölkerung gilt und also auch von Landwirten in Anspruch genommen werden kann, ein besonderes System der Mindesteinkommenssicherung für einen einzelnen Berufsstand eingeführt werden sollte. Maßnahmen zur sozialen Sicherung orientieren sich stark an allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen. Sonderregelungen und Ausnahmen sind hier nicht leicht zu begründen.

468. Alle Formen direkter Einkommensübertragungen erfordern einen beträchtlichen administrativen Aufwand. Immerhin, das hätten sie mit der gegenwärtigen Agrarpolitik gemeinsam. Nahezu unlösbar dürfte jedoch die Aufgabe sein, überhaupt zu Entscheidungen zu kommen, falls die Einkommenshilfen Teil der gemeinsamen EG-Agrarpolitik werden sollen. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, ist es praktisch unmöglich, mit EG-einheitlichen Einkommenszielen den jeweiligen nationalen Einkommenszielen nahe zu kommen, es sei denn, um den Preis von Transfers, die niemand würde aufbringen wollen. Direkte Einkommenshilfen werden daher auch meist nur als Teil der nationalen Agrarpolitik diskutiert. In dem Maße wie sie an die Stelle von andernfalls höheren Preisen träten, minderten sie die fi-

nanzielle Solidarität in der gemeinsamen Agrarpolitik.

469. Man mag geltend machen, daß die Einwände gegen manche dieser Vorstellungen nur durchschlagen, wenn an eine Dauerregelung gedacht wird. Das sei aber gar nicht nötig. Die Gefahr ist freilich groß, daß jede neue Regelung, als Übergangsregelung ausgedacht, im agrarpolitischen Meinungsstreit letztlich zu einer Dauerregelung wird; irgendwelche starken Interessen gibt es immer, die sich mit ihr verbinden. Bei Kontingentierungen und, wie schon erwähnt, bei differenzierten Erzeugerabgaben, vor allem aber bei zusätzlichen Importabgaben und Verbrauchsteuern ist nicht leicht zu erkennen, wie verankert werden könnte, daß die Maßnahmen nach einer Zeit wieder aufgehoben werden müssen.

Auch bei direkten Einkommensübertragungen läuft man Gefahr, daß Einkommensstandards festgeschrieben werden und vom Staat verlangt wird, die Einhaltung dieser Standards zu gewährleisten. Welche Einkommensziele für die Landwirtschaft langfristig erreichbar sind, hängt jedoch entscheidend davon ab, wie der Prozeß des strukturellen Wandels vorankommt. Gute Einkommen lassen sich schließlich auch am Markt erzielen, und zwar ohne übermäßige Protektion. Jedes Festschreiben hoher Einkommensstandards bremst den unausweichlichen Anpassungsprozeß zu stark ab. Von daher erscheinen auch Vorschläge höchst problematisch, bei einem Übergang zu einer am Marktausgleich orientierten Agrarpreispolitik die jetzige Generation der Landwirte voll durch direkte Einkommensübertragungen zu entschädigen und nur von den neu eintretenden Landwirten zu verlangen, daß sie sich ausschließlich daran orientieren, was der Markt hergibt. Zwar ist von der Agrarpolitik wie überhaupt von der Wirtschaftspolitik Kontinuität zu fordern, damit sie für die privaten Entscheidungsträger kalkulierbar ist. Es bliebe aber kaum noch politischer Handlungsspielraum, wollte man allen von einem Kurswechsel in der Politik Betroffenen einen Kompensationsanspruch gegen den Staat einräumen. Es ist auch nicht angängig, einem bestimmten Berufsstand auf die Dauer Einkommen zu gewähren, die keinen Bezug zur individuellen Leistung haben.

470. Zu warnen ist außerdem vor der Neigung, die riesigen Probleme, in welche die europäische Agrarpolitik geraten ist, wiederum nur partiell anzugehen, also etwa einseitig unter dem Gesichtspunkt ihrer Finanzierungsprobleme oder auch der besonders drückenden Überschußprobleme am Milchmarkt. Man muß jetzt weiter denken als nur bis zum nächsten oder übernächsten Haushaltsplan der Gemeinschaft. Die Gefahr ist, daß man sich um zweifellos dringender kurzfristiger Erfolge willen langfristig eine Verschärfung der Agrarprobleme einhandelt.

IV. Marktausgleich und Optionen für die Bauern

471. Als Dreh- und Angelpunkt einer neuen europäischen Agrarpolitik, das ist sicher deutlich geworden, muß das Prinzip des Marktausgleichs gelten.

Ausgehend von den Zielen des EWG-Vertrages hätte die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte zu sorgen

- für einen freien innergemeinschaftlichen Handel mit Agrarerzeugnissen,
- für einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem gemeinsamen Markt und
- für eine Verstetigung der Preisentwicklung auf den Agrarmärkten, vor allem in der Form der Absicherung gegen Preiseinbrüche vom Weltmarkt her.

Um sicherzustellen, daß der Marktausgleich bei einem Selbstversorgungsgrad unter 100 vH gesucht wird, müßten entsprechende Beschlüsse über Grundlinien für die Marktordnungspolitik auf längere Sicht gefaßt werden (Selbstbindung des Ministerrats).

472. Die gemeinsamen Agrarmarktordnungen wären umzugestalten. Der gemeinsame Markt würde zwar weiterhin durch den besonders welthandelsfeindlichen flexiblen Einfuhrschutz — in Form von Abschöpfungen — gegenüber starken Veränderungen der Weltmarktpreise abgesichert sein. Auch bei der Gemeinschaftspräferenz bliebe es. Exporterstattungen gäbe es aber nicht mehr. Produktionsüberschüsse müßten sich selbst ihren Markt suchen. Überhaupt sollten Interventionen nach und nach auf Märkte beschränkt werden, die aufgrund ihrer spezifischen Angebots- und Nachfragebedingungen stark zur Instabilität neigen. Die schon vorhandenen Bestrebungen, Interventionspreise und Schwellenpreise stärker auseinanderzuziehen, wären fortzusetzen. Um zu gewährleisten, daß durch die Interventionen keine Überschußproduktion angereizt wird, dürften die durch Interventionskäufe erworbenen Produkte nur auf dem Inlandsmarkt wieder verkauft werden; sie auf Auslandsmärkten zu verwerfen, sollte für den Regelfall ebenso untersagt sein wie sie zu vernichten. Versorgungskrisen in der Welt rechtfertigen Ausnahmen (Ziffer 494). Die Einfuhr- und Vorratsstellen sollten als Eigenbetriebe der öffentlichen Hand geführt werden mit dem Auftrag, kostendeckend zu wirtschaften.

473. Eine solche gemeinsame Marktpolitik für die Landwirtschaft kann zwar nicht garantieren, daß sich aus dem Zusammenspiel rasch steigender Produktionsmöglichkeiten infolge des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft, schwach zunehmender Nahrungsmittelnachfrage und nur mäßig großer Mobilität der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen in der Regel eine Einkommensentwicklung ergibt, die das durchschnittliche Einkommen der Bauern etwa ebenso stark zunehmen läßt wie die Einkommen in der übrigen Wirtschaft. Sie kann auch nicht verhindern, daß im Rahmen der nationalen Agrarpolitik die einzelnen Mitgliedsstaaten weiterhin Maßnahmen ergreifen, die den nötigen Anpassungsprozeß in ihren Landwirtschaften behindern und damit zu einer Verschlechterung der marktbestimmten Einkommenschancen der Landwirte aller Länder führen.

Sie setzt aber die Signale, die allen zeigen, welche Anpassungen auf die Dauer unerlässlich sind. Sie

deckt auch die Folgekosten auf, die strukturkonservierende Eingriffe nach sich ziehen. Vor allem wird der Anreiz zu einem nationalen Produktionswettbewerb verringert, weil zusätzliche Produktionsüberschüsse nicht mehr auf Kosten aller beseitigt werden können. Nationale Produktionsanreize führen in einer streng am Marktausgleich ausgerichteten gemeinsamen Marktpolitik zu einer Senkung der Nahrungsmittelpreise und kommen damit den Verbrauchern in allen EG-Ländern zugute. Da die fiskalischen Kosten der Produktionsanreize in Rechnung zu stellen sind, bringen diese also anders als im jetzigen System negative Verteilungswirkungen für das Land mit sich, das solche Anreize setzt.

474. Für die Landwirte bedeutet dieses Konzept eine geringere Einkommensgarantie. Dies heißt aber keineswegs, daß ein tüchtiger Landwirt keine faire Chance mehr hätte, in der Landwirtschaft sein Auskommen zu finden. Wenn er die Möglichkeiten ausschöpft, die ihm von der sich ständig bessernden Produktionstechnik und den sich wandelnden Marktbedingungen her geboten werden, würde er ohne weiteres an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Allerdings wären ihm, ebenso wie den Vermarktungsunternehmen, in stärkerem Maße als bisher unternehmerische Aufgaben auferlegt. Die verringerte Sicherheit hinsichtlich der Preise und des Einkommens müßte die betrieblichen Entscheidungen über Produktionsstruktur, Investitionen etc. mit prägen. Eine intensivere Ausrichtung auf den Markt wäre unumgänglich.

475. Landwirte, die sich dieser Herausforderung nicht gewachsen fühlen, stehen vor der Frage, ob sie ihren Betrieb unter den weniger sicheren Einkommenschancen weiterführen wollen. Manche mögen sich dazu entscheiden, weil es nicht mehr lange dauert, bis sie die Altersgrenze erreicht haben, die ihnen den Bezug von Altersruhegeld ermöglicht. Andere halten durch, weil sie ergänzende Erwerbsmöglichkeiten finden. Neu ist den Landwirten diese Frage nicht. Nicht erst der Übergang zu einer am Marktausgleich orientierten Agrarpolitik stellt sie. Auch in der Vergangenheit haben viele Landwirte ihren Beruf gewechselt und damit zugleich die Einkommenschancen für diejenigen erhöht, die weiterhin in der Landwirtschaft tätig sein wollten. Viele haben auch eine andere Beschäftigung aufgenommen und führen ihren Betrieb im Nebenerwerb weiter. Allerdings ist der Prozeß seit Mitte der siebziger Jahre ins Stocken geraten, und dies engt den Handlungsspielraum der Agrarpolitik beträchtlich ein.

476. Den aufgestauten Bedarf an struktureller Anpassung zu befriedigen, ist unumgänglich. Der Prozeß wird auch in jedem Falle schmerzhaft sein. Den Marktausgleich mit Hilfe drastischer Realpreissenkungen kurzfristig durchzusetzen, zieht jedoch niemand in Betracht. Eine solche Politik des massiven Einkommensdrucks im Anschluß an eine Phase sehr weitgehender Einkommensgarantien würde Treu und Glauben verletzen und wohl auch mehr zerstören, als zur Vorbereitung einer mehr marktwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft nötig wäre. Die für einen längerfristigen Marktausgleich

erforderlichen Realpreissenkungen müssen allmählich, aber mit Entschiedenheit durchgesetzt werden. Allerdings müssen sie eine ganze Reihe von Jahren größer ausfallen, als nötig wäre, wenn es heute nur um die Erhaltung, nicht um die Herbeiführung eines Marktausgleichs ginge. Je klarer und verbindlicher eine solche Politik vorangekündigt würde, um so milder könnten die jährlichen Realpreissenkungen ausfallen. Was als einigermaßen gewiß antizipiert werden kann, würde alsbald in die langfristige zu treffenden Dispositionen der Landwirte eingehen. Hier, bei den Investitionen zumal und den Berufentscheidungen, wird ja über die ins Gewicht fallenden Reaktionen der Produktionsmengen auf schlechter werdende Erlöse entschieden, nicht bei den Kleinentscheidungen des Tages, die bei sinkendem Einkommen sogar zugunsten verstärkter Anstrengungen und damit zugunsten erhöhter Produktion ausfallen könnten.

Daß eine auf Marktausgleich zielende Politik zunächst einmal Einkommensverluste für die Landwirtschaft mit sich bringt, ist unvermeidlich. Daß es so ist, war im jahrelangen Mißbrauch der Preispolitik als Einkommenspolitik von vornherein angelegt. Ohne die Einkommenserwartungen zu reduzieren, die die Landwirte hegen, läßt sich die strukturelle Anpassung, Voraussetzung für einen Abbau der Überschüsse, kaum nachhaltig beschleunigen. Es ist auch nicht auszuschließen, daß manche Betriebe unter einen Anpassungsdruck geraten, der sie in ihrer Existenz gefährdet.

477. Unter den gefährdeten Betrieben werden zweifellos auch solche sein, deren Inhaber sich bei längerfristigem Kalkül auch unter den Bedingungen einer auf Marktausgleich ausgerichteten Agrarpolitik durchaus hinreichende Einkommenschancen versprechen. Kurzfristige Liquiditätsengpässe durch Verluste infolge des unerwarteten Kurswechsels in der Agrarpolitik drohen aber, sie zur Aufgabe zu zwingen. Wir halten für zweckmäßig und unbedenklich, daß Vorkehrungen für solche Fälle getroffen werden. Aus einem entsprechenden Fonds könnte den betreffenden Landwirten mit Darlehen die Überwindung einer Durststrecke erleichtert werden.

478. Für Landwirte, die dauerhaft keine hinreichenden Einkommenschancen in der Landwirtschaft mehr sehen, kann die Förderung bei den Maßnahmen, die ein Überwechseln in eine andere Erwerbstätigkeit erleichtern, verstärkt werden. Hierzu gehören Starthilfen für den Aufbau einer neuen Existenzgrundlage ebenso wie Umschulungsbeihilfen oder die Nachversicherung in der allgemeinen Rentenversicherung. Von dieser Möglichkeit werden vermutlich vorwiegend jüngere Landwirte Gebrauch machen.

Für ältere sind die Chancen eines Berufswechsels sehr viel geringer. Sie sind vielfach darauf angewiesen, ihren Betrieb auch unter verschlechterten Einkommensbedingungen weiterzuführen, bis sie Altersruhegeld beziehen können. Teilweise wird es ihnen freilich gelingen, durch ergänzende außerlandwirtschaftliche Tätigkeit ihr Einkommen aufzubessern. Entschließen sie sich, ihren Betrieb auslaufen

zu lassen, so werden sie in vielen Fällen einen allmählichen Verbrauch ihres Betriebsvermögens in Kauf nehmen, weil sie auf ihre bisherige Erwerbsquelle nicht mehr bauen.

In zahlreichen Fällen wird all dies nicht verhindern, daß sich Landwirte, vor allem solche, deren Betrieb schon immer nur geringes Einkommen abwarf, auf die Mindesteinkommenssicherung des Staates verwiesen sehen. Ein möglicherweise nicht geringer Teil der Landwirte hat diese Einkommensgrenze schon jetzt erreicht.

479. Sehr verbreitet ist die Befürchtung, die Fälle, in denen sich landwirtschaftliche Tätigkeit dauerhaft nicht mehr lohnt, würden in bestimmten Regionen so zahlreich sein, daß das Auslaufen der landwirtschaftlichen Betriebe in den betreffenden Regionen ernsthafte Schwierigkeiten hervorrufen könnte. Sogar eine Verödung wird befürchtet. In der Tat sind Betriebe mit geringer Einkommenskraft stark in Gebieten mit ungünstigen natürlichen Bedingungen konzentriert. Für sie gibt es schon jetzt Sondermaßnahmen im Rahmen des sogenannten Bergbauernprogramms. Diese üblich gewordene Bezeichnung ist etwas mißverständlich; denn das Programm gilt auch für große Teile ebenen Landes. In der Bundesrepublik sind etwa 10 vH der landwirtschaftlich genutzten Fläche ganz, weitere 20 vH teilweise Bezugsraum für die Maßnahmen dieses Programms. Nicht alles, was es umschließt, hält einer Prüfung nach den Grundsätzen stand, die wir an anderer Stelle erörtert haben. Doch die Entscheidung, in bestimmten Gebieten eine Mindestbewirtschaftung des Bodens zu sichern, und sei es auch um den Preis hoher Subventionen, ist hier nicht zu kritisieren.

Zu den Kennzeichen des Programms gehört, daß in ihm EG-Agrarpolitik und nationale Agrarpolitik miteinander verknüpft sind, beide also nicht, wie sonst so oft, wegen unterschiedlicher Zielrichtung im Widerspruch zueinander stehen. Auf EG-Ebene werden einheitlich für alle Länder der Gemeinschaft die Grundsätze der Förderung festgelegt. Die einzelnen Länder haben jedoch einen gewissen Spielraum, im Rahmen dieser Grundsätze das Ausmaß der Förderung selbst zu bestimmen. Das erlaubt es, den besonderen natürlichen Umständen der jeweiligen Regionen Rechnung zu tragen und auch den von Land zu Land unterschiedlichen Einkommensansprüchen, die befriedigt werden müssen, wenn eine bestimmte Mindestbewirtschaftung aufrechterhalten werden soll.

Neben Liquiditätshilfen bei betrieblichen Anpassungskrisen, Mobilitätshilfen zur Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit und der allgemeinen Mindesteinkommenssicherung des Staates scheint uns das Bergbauernprogramm eine Möglichkeit zu sein, Probleme abzufangen, die sich aus einer kräftigen Realpreissenkung bei der Milch ergeben können, dem Produkt also, das eine Preissenkung besonders dringend nötig hat, auf das aber zugleich die Landwirte der Gebiete mit ungünstigen natürlichen Bedingungen besonders dringend angewiesen sind.

480. Eine beschleunigte strukturelle Anpassung würde Hilfen zu Übergangshilfen machen. Das Bemühen darum stößt auf Widerstand, weil zu wenig außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten gesehen werden, vor allem im ländlichen Raum. Eine Politik des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und verstärkte Bemühungen um die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten könnten entscheidend zu einer Entschärfung der Agrarprobleme beitragen. Nicht zuletzt auch zu einer Entschärfung der agrarpolitischen Diskussion. Derzeit ist der Verweis auf die ungelösten Beschäftigungsprobleme der Gesamtwirtschaft allenthalben eine willkommene Argumentationshilfe in der Verteidigung des Agrarprotektionismus. Es ist kein gutes Argument, vor allem in der mittel- und langfristig ausgerichteten Diskussion nicht. Niemand wird sagen wollen, ein bestimmter Anteil der Bevölkerung müßte weiterhin das Land bebauen, weil es in der Bundesrepublik sonst nicht genug Arbeit zu tun gäbe. Für Landwirte, die etwas Neues anfangen wollen, besonders aber für die Nachkommen der Landwirte gibt es außerhalb der Landwirtschaft dieselben Erwerbschancen wie für jedermann sonst. Daß auch dort Anlaß besteht, unnötige Hindernisse denjenigen aus dem Weg zu räumen, die etwas unternehmen wollen und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, ist nicht bestritten.

481. Für die Haushaltsprobleme der Europäischen Gemeinschaft ist es wichtig, daß Klarheit über den Kurs der Agrarpolitik geschaffen wird. Nur wenn eine Realpreissenkung nicht für vorübergehend gehalten wird, sondern für dauerhaft, ja, nur wenn vorausgesehen wird, daß die Realpreissenkung sich noch fortsetzt, kann überhaupt schon von mäßigen Realpreissenkungen eine Signalwirkung erwartet werden, die den Produktionsanstieg in der Gemeinschaft soweit drosselt, daß die Mittel für die Finanzierung der Überschüsse unter Ausschöpfung noch vorhandener Einsparmöglichkeiten im Rahmen der vorgegebenen Budgetgrenze gehalten werden können. Je weniger es gelingt, glaubhaft zu machen, daß die Agrarpolitik künftig konsequent auf den Marktgleichgewicht zusteuert, desto deutlicher müssen schon jetzt die Preissignale gesetzt werden.

482. Klarheit über den agrarpolitischen Kurs müßte eigentlich die jetzt anstehende Agrarpreisrunde schaffen. Die Ausgangsbedingungen hierfür sind allerdings trotz der Budgetnöte nicht günstig. Gravierende Unterschiede im Inflationstempo haben in den einzelnen Mitgliedsländern zu sehr unterschiedlichen Veränderungen der Kosten und der Einkommen in der Landwirtschaft geführt. Daß die Wechselkursreaktionen auf diese von Land zu Land divergierenden Entwicklungen noch ausstehen, muß die Gespräche zur Vorbereitung der Agrarpreisbeschlüsse stark belasten. Eine mäßige Erhöhung der Marktordnungspreise in ERE würde für manche Länder eine starke Realpreissenkung bedeuten, für andere hingegen noch eine reale Erhöhung. Die Einigungsprobleme werden daher sehr groß sein, entsprechend groß erfahrungsgemäß die Gefahren, daß letztlich eine zu starke Anhebung der Marktordnungspreise beschlossen wird. Eine baldige Verän-

derung der Wechselkursrelationen im Rahmen des EWS, wie sie für eine wirksame europäische Stabilisierungspolitik ohnehin erforderlich ist, kann freilich noch rechtzeitig Erleichterung schaffen (Ziffer 314). Außerdem kann und sollte man zur nationalen Differenzierung der Agrarpreiserhöhungen nutzen, was an Möglichkeiten, den Grenzausgleich abzubauen, noch vorhanden ist, so daß die Agrarpreisbeschlüsse zusammen mit den erwarteten Wechselkursänderungen für alle Länder eine Senkung der Realpreise mit sich brächten. Diese könnte zwar von Land zu Land unterschiedlich ausfallen, jedoch nicht allzu unterschiedlich. Sie soll groß genug sein, eine deutliche Drosselung des Produktionsanstiegs zu bewirken.

483. Zugleich sollten auf Gemeinschaftsebene ebenso wie auf nationaler Ebene Anstrengungen unternommen werden, Maßnahmen im Rahmen der Agrarstrukturpolitik zu stoppen, von denen produktionssteigernde Wirkungen ausgehen. Dies gilt nicht nur für Bereiche, in denen Überschüsse vorhanden sind. Die Erfahrungen mit einer stark selektiv angelegten einzelbetrieblichen Förderung, die darauf abzielt, nur solche Betriebe zu fördern, die als „entwicklungsfähig“ angesehen werden, sind schlecht. Jedes noch so ausgeklügelte System von Förderkriterien bringt in der Anwendung große Probleme mit sich. Der individuelle Entscheidungsspielraum wird eingeengt. Die Eigenverantwortung der einzelnen Landwirte für die zu treffenden Investitionsentscheidungen tritt in den Hintergrund. Vor allem aber: Eine Prüfung der Investitionsanträge durch staatliche Stellen auf der Basis der Förderkriterien erlaubt angesichts der in der Regel sehr unvollständigen Informationen über die wirtschaftliche Situation und Entwicklung der bäuerlichen Betriebe nur selten einen Schluß auf den zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolg der geplanten Investitionen. So wird aus den gutgemeinten Programmen letztlich doch nur ein weiterer Teil der im ganzen schon zu starken produktionssteigernden Anreize.

484. Eine im ganzen auf Marktausgleich angelegte Agrarpolitik läßt zunächst noch die Frage offen, bei welchem Selbstversorgungsgrad der Marktausgleich gesucht werden soll. Durch die Abschaffung der Exporterstattungen würde zunächst nur gewährleistet, daß das EG-Angebot bei Erzeugnissen, deren EG-Preis höher liegt als der Weltmarktpreis, die inländische Nachfrage nicht dauerhaft übersteigt. Das handelspolitische Interesse der Europäischen Gemeinschaft muß aber darauf gerichtet sein, auch Drittländern Absatzchancen auf den Agrarmärkten der Gemeinschaft einzuräumen.

V. Berechtigte Forderungen dritter Länder

485. Ein besseres Gleichgewicht auf den Agrarmärkten der Gemeinschaft würde nicht nur die Konsumenten und Steuerzahler in Europa entlasten, auch die Drittländer hätten Vorteile. Eine Eindämmung der Überschußproduktion in der Gemein-

schaft würde eine Entlastung auf dem Weltmarkt bringen, weil die EG-Überschüsse nicht mehr mit hohen Exportsubventionen auf die Absatzmärkte der an Agrarexporten interessierten Drittländer abgeladen würden. Es bliebe jedoch immer noch die starke Diskriminierung dritter Länder aufgrund von Abschöpfungen, Zöllen und Einfuhrregulierungen im Rahmen der Marktordnungen bestehen, solange sich an diesem Außenschutz nichts ändert. Auf dem EG-Markt haben Anbieter aus Drittländern fast nur die Chance eines Lückenbüßers. Die Europäische Gemeinschaft als der bedeutsamste Handelsblock in der Weltwirtschaft trägt aber eine hohe Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Weltmärkte. Ihr Verhalten im Umgang mit Drittländern paßt nicht zu den Prinzipien, auf denen im übrigen die internationale Handelsordnung beruht. Schlechtes Beispiel macht Schule. So drängen die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer seit Jahren im Rahmen der UNCTAD — nicht ohne Erfolg — auf einen gemeinsamen Fonds mit dem Ziel, den Rohstoffproduzenten stabilere Preise und höhere Einkommen zu sichern. Die Grundidee dieser Fonds ist die gleiche wie die der Marktordnungen der Europäischen Gemeinschaft.

486. Ein Abbau der in den Marktordnungen angelegten Protektion ist aber nicht nur eine Frage der handelspolitischen Verantwortung. Er liegt im Eigeninteresse eines jeden Landes der Gemeinschaft; denn die europäischen Volkswirtschaften verschenken mögliche Vorteile aus der internationalen Arbeitsteilung, wenn sie billige Einfuhren verhindern. Die Verbraucher müssen Nahrungsmittel teuer bezahlen und den Drittländern fehlt es möglicherweise an Devisen, mit denen sie Güter kaufen könnten, die die Gemeinschaft wettbewerbsfähig anbietet. Mit dem Grundsatz der Gemeinschaftspräferenz kann kein vollständiger Verzicht auf die internationale Arbeitsteilung gemeint sein, allenfalls ein Teilverzicht.

487. Der Tatbestand einer erheblichen Diskriminierung dritter Länder wird nicht dadurch aufgehoben, daß die Gemeinschaft mit vielen Ländern und Ländergruppen Präferenzabkommen geschlossen hat und diese Länder dadurch stark in ihre eigene Außenhandelspolitik mit einbindet. Sonderbedingungen dieser Art können zwar die Diskriminierungseffekte für einzelne Länder mildern, sie verschärfen aber zumeist gleichzeitig die Diskriminierungseffekte für die Länder, denen keine Präferenzen eingeräumt werden, beträchtlich. Das prominenteste Beispiel für Präferenzen ist das Abkommen von Lomé, in dem die Gemeinschaft einer Gruppe von 57 afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungsländern bevorzugte Importmöglichkeiten einräumt. Für zahlreiche Produkte, die ansonsten mit Zöllen belegt sind, gewährt sie Zollfreiheit; für eine Reihe von Marktordnungsgütern, die mit Abschöpfungen belegt sind, werden etwas weniger restriktive Einfuhrbedingungen zugestanden. Des weiteren wird ein Absatz von 1,3 Mio Tonnen Zucker in die Gemeinschaft zum EG-Preisniveau garantiert. Außerdem ist in dieses Abkommen eine Stabilisierung der Exporterlöse bei einer Reihe von

Rohstoffen vor allem agrarischen Ursprungs verankert (JG 79 Ziffern 485 ff.). Vielfältige Präferenzen sind auch den Mittelmeerländern in Abkommen zugestanden worden. In der Anwendung der Präferenzabkommen ist jedoch das Schutzbedürfnis der Gemeinschaft stark ausgeprägt. So werden Zollpräferenzen ohne weitere Auflagen nur bei solchen Agrarprodukten gewährt, die kaum mit EG-Erzeugnissen konkurrieren. Bei Frischprodukten im Obst- und Gemüsebereich wird die Präferenz oft nur für bestimmte Zeiträume zugestanden, die so gewählt sind, daß in der Haupterntezeit die Gemeinschaftspräferenz wieder voll gewährleistet ist. Bei einer Reihe von Verarbeitungserzeugnissen werden Zollkonzessionen nur innerhalb von Kontingenten oder von Selbstbeschränkungsmengen gewährt. Überdies sind die Interessen der Gemeinschaft noch durch Schutzklauseln gesichert. Auch das Beispiel Zucker macht deutlich, wie wenig solche Präferenzen als Ausgleich dafür angesehen werden können, daß den Entwicklungsländern der europäische Markt bei einem für sie wichtigen Exporterzeugnis ansonsten völlig versperrt wird. Weil die Gemeinschaft nicht bereit war, ihre eigene Überschußproduktion entsprechend der eingeräumten Präferenzmengen zu vermindern, müssen — abgesehen von kurzzeitigen Hochpreisphasen, in denen die Präferenz ohnehin nicht wirksam wird — entsprechend größere Mengen auf dem Weltmarkt wieder verkauft werden.

Die Präferenzabkommen haben, obwohl sie von den begünstigten Ländern begrüßt werden, nicht vermeiden können, daß die Gemeinschaft wegen ihres handelsfeindlichen Verhaltens auf dem Agrarmarkt im Dialog zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern heftig angegriffen wird.

488. Zu den Mindestverpflichtungen gegenüber Drittländern muß gehören, daß die Gemeinschaft von Anfang an darauf verzichtet, den Markteintritt Dritter willkürlich und unvorhersehbar zu sperren. Schutzklauseln, die zu den schärfsten Protektionsmaßnahmen gehören, geben der Gemeinschaft auf vielen Märkten die Möglichkeit, nach eigenem Gutdünken kurzfristig und vor Einleitung von Konsultationsmechanismen einen Importstopp zu verhängen. So wurde für letztes Jahr beispielsweise ein Importstopp für Champignonkonserven aus Südkorea, Taiwan und aus der Volksrepublik China erlassen und für Äpfel aus Australien, Neuseeland, Südafrika, Argentinien und Chile. Selbst im Rahmen des Präferenzhandels wird von den Schutzklauseln vielfach Gebrauch gemacht. So wurden im Frühjahr 1980 Einfuhrsperrn für Frühkartoffeln aus Griechenland nach Frankreich und in das Vereinigte Königreich verhängt, oder für Tomaten aus Marokko nach Frankreich. In vielen Fällen brauchte die Kommission lediglich mit der Anwendung von Schutzklauseln zu drohen, um die ausländischen Exporteure zu sogenannten freiwilligen Selbstbeschränkungsmaßnahmen zu veranlassen. Sicherheit des Marktzugangs sollte zu den unverrückbaren Prinzipien gehören. Sie ist die Vorbedingung dafür, daß Drittländer, insbesondere Entwicklungsländer, in die Exportproduktion von Agrarerzeugnissen ohne übermäßige Risiken investieren können. Wenn das Angebot an

Nahrungsmitteln aus Drittländern teilweise als wenig ausdehnungsfähig erscheint, so hängt das nicht zuletzt damit zusammen, daß die Risiken der Exportmärkte eine Ausweitung dieses Angebots nicht lohnend erscheinen lassen.

489. Es steht zu befürchten, daß der Beitritt Griechenlands und die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal eine Reihe wenig entwickelter Länder vor allem im Mittelmeerraum und in Lateinamerika zusätzlich diskriminiert. Griechenland, Spanien und Portugal sind vor allem bei Obst und Gemüse wettbewerbsfähige Anbieter. Das sind Produkte, die die Gemeinschaft gegenwärtig in größerem Umfang aus Entwicklungsländern bezieht. Hier dürfte eine starke Handelsumlenkung zu erwarten sein. Die neuen Beitrittsländer importieren zur Zeit Fleisch, Milchprodukte und Zucker aus Drittländern. Auch hier wird es einen beträchtlichen Umlenkungseffekt geben, da die Gemeinschaft bei allen diesen Produkten hohe Überschüsse aufweist. Um zu verhindern, daß solche handelsumlenkenden Wirkungen die handelserschaffenden Wirkungen einer EG-Erweiterung überwiegen, müßte der gemeinsame Außenschutz gesenkt werden. So wurde nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch mit dem gemeinsamen Außenschutz für Industriegüter verfahren.

490. Gegen eine Liberalisierung der Agrareinfuhr wird häufig eingewandt, daß sie doch nur die Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten und in einigen anderen entwickelten Agrarländern begünstige, den Entwicklungsländern dagegen kaum Vorteile bringe, weil diese ohnehin nicht in größerem Umfang lieferfähig seien. Es sind aber gerade Entwicklungsländer, die sich am meisten über den stark eingeschränkten Zugang zu den Märkten der Gemeinschaft beklagen. Von einem Mangel an Lieferfähigkeit dieser Länder kann jedenfalls nicht generell gesprochen werden. Neben tropischen und subtropischen Erzeugnissen könnten Entwicklungsländer schon heute in größerem Umfang andere landwirtschaftliche Erzeugnisse liefern, wenn sie dürften, beispielsweise Zucker, Rindfleisch oder Wein. Eine Reihe von Ländern in Lateinamerika, Ostafrika oder Südostasien könnten beträchtliche Produktionsreserven mobilisieren. Wenn der Marktzugang gesichert wäre, würde es sich in diesen Ländern lohnen, verstärkt in die Landwirtschaft zu investieren, das heißt, Landreserven zu erschließen und ertragssteigernde Mittel einzusetzen. Gegenwärtig erscheinen die Marktrisiken dafür als zu hoch und die erzielbaren Preise als zu niedrig. Auch könnten Entwicklungsländer, die Futtermittel in die Gemeinschaft liefern, in stärkerem Maße selbst Veredelungsprodukte herstellen. Produktionsreserven sind in jeder Hinsicht vorhanden. Wie wettbewerbsfähig die Entwicklungsländer tatsächlich sind, kann man im übrigen nur herausfinden, wenn man den Wettbewerb zuläßt.

491. Zugunsten der Agrarprotektion werden häufig Gründe der Versorgungssicherheit angeführt, und es wird auf den EWG-Vertrag verwiesen, der dem Ziel der Versorgungssicherheit einen hohen Rang

einräumt. Dabei wird häufig außer acht gelassen, daß eine absolute Versorgungssicherheit auch nicht durch einen allgemeinen Selbstversorgungsgrad von 100 vH gewährleistet ist. Die intensiv betriebene Agrarproduktion Europas ist in starkem Maße von einer sicheren Versorgung mit Mineralöl, Düngemitteln und anderen Vorleistungen abhängig.

Die Nahrungsmittelversorgung kann im Krisenfall aber auch bei einem wesentlich niedrigeren Selbstversorgungsgrad weitgehend gesichert werden. Durch Verzicht auf einen Teil der Veredelungsproduktion können große zusätzliche Mengen an Getreide und anderen Feldfrüchten bereitgestellt werden, so daß immer noch genügend Nahrungsmittel vorhanden wären. Pflanzliche Produkte können auch schon dadurch eingespart und für die menschliche Ernährung bereitgestellt werden, daß innerhalb der Veredelungsproduktion das Erzeugnissortiment geändert würde.

492. Wenn auf den Agrarmärkten im Innern der Gemeinschaft ein besseres Gleichgewicht hergestellt ist, muß die Höhe der Protektion gegenüber den Anbietern aus Drittländern auf ein vertretbares Maß gesenkt werden. Das mag ein Ziel sein, das möglicherweise nur allmählich zu erreichen ist. Der Liberalisierungsprozeß müßte bei den Schwellenpreisen ansetzen, die die Basis für die Festsetzung der Abschöpfungen sind. Im Zuge der Wiederherstellung des internen Marktgleichgewichtes und für eine stärkere Flexibilität auf den Inlandsmärkten mag es zunächst erforderlich sein, die Interventionspreise real stärker zu senken als die Schwellenpreise. Eine deutliche Differenz zwischen Schwellenpreisen und Interventionspreisen scheint für eine Übergangszeit durchaus angemessen. Denn eine Forcierung der Produktionseinschränkung, die eintreten würde, wenn in der Zeit des Abbaus der Überschußproduktion auch noch ein Teil des Marktes an ausländische Anbieter verlorenginge, wäre auf jeden Fall unerwünscht. Schritt für Schritt sollte aber der Abstand zu den Weltmarktpreisen wieder vermindert werden.

493. Wenn man die Liberalisierung vorantreiben will, stellt sich auch das Einkommensproblem für die Landwirte neu, schärfer und anders. Schärfer, weil bei sinkendem Protektionsgrad die Zahl der Bauern, die über den Markt ihr Auskommen finden, noch geringer wird. Anders, weil es um die allmähliche Senkung der im EWG-Vertrag zugesicherten Gemeinschaftspräferenz geht. Deshalb wäre dann auch die Frage, mit welchen Instrumenten den Problemen zu begegnen sein würde, neu zu diskutieren. Der Zeitpunkt ist freilich selbst im günstigsten Fall noch Jahre entfernt. Bis dahin werden auch die Erfahrungen vorliegen, die man mit der Bewältigung der von den Überschüssen bestimmten gegenwärtigen Krise der europäischen Agrarpolitik macht. Möglicherweise wird sich dann auch die Frage der Ratsamkeit von Maßnahmen anders stellen, etwa

den direkten Einkommenshilfen in einer konsequent produktionsneutralen Form, von denen heute gesagt werden muß, daß sie zwar aus ökonomischer Sicht eine weitgehend einwandfreie Lösung der Agrarprobleme darstellen würden, von denen aber derzeit noch entschieden abzuraten ist, weil die Gefahr eines Mißbrauchs allzu groß ist.

494. Einen hohen humanitären Stellenwert hat das Argument, daß die Überschüsse der europäischen Agrarpolitik deshalb gerechtfertigt seien, weil es den Hunger in der Welt zu bekämpfen gilt. Angesichts der katastrophalen Ernährungslage in den Armutsgürteln Afrikas und Südasiens sei Nahrungsmittelhilfe eine zu wichtige Aufgabe, als daß sie das mehr oder minder willkürliche Ergebnis von Agrarüberschüssen sein dürfte, die zufällig in entwickelten Ländern erzeugt werden. Vielmehr müßten Nahrungsmittel für Hilfszwecke planmäßig erzeugt werden, und dieser Verpflichtung dürfe sich die Europäische Gemeinschaft ebensowenig entziehen wie die anderen reichen Industrieländer.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Europäische Gemeinschaft dazu beitragen muß, Armut und Unterentwicklung in der Welt zu überwinden. Zweifelhaft ist auch nicht, daß im Katastrophenfall aus den Überschüssen der Gemeinschaft geholfen werden muß. Es wäre aber gleichwohl falsch, Nahrungsmittelhilfe aus den Überschüssen der Industrieländer zu einer Dauereinrichtung der Entwicklungspolitik werden zu lassen. Hilfe zur Selbsthilfe anstelle von Almosen wäre entwicklungspolitisch gesehen die bessere Strategie. Sie erfordert von der Europäischen Gemeinschaft wie von den anderen Industrieländern ein Entgegenkommen vor allem in der Handels- und Strukturpolitik, und hierzu gehört auch die Liberalisierung der Agrarpolitik, in der Rohstoffpolitik, im Bereich des Kapital- und Technologietransfers und in der Entwicklungshilfe (JG 79 Ziffern 442 ff.).

Hilfe im Katastrophenfall und bei Mißernten wird auch bei verstärkten Bemühungen in der Entwicklungspolitik noch auf absehbare Zeit und in erheblichem Umfang auch von der Gemeinschaft gefordert sein. Dies muß aber nicht heißen, daß die Hilfsgüter in Europa produziert werden. Hier liegen die Produktionskosten weit höher als in anderen Teilen der Welt. Eine Hungerhilfe der Gemeinschaft wäre wesentlich effizienter, wenn das Geld, das für die Produktion der Nahrungsmittel in der Gemeinschaft erforderlich ist, den notleidenden Ländern direkt zur Verfügung gestellt würde. Für die zu EG-Preisen bewerteten Hilfsgüter könnten sie auf dem Weltmarkt weit mehr Nahrungsmittel kaufen. Um ausreichend für Katastrophen gerüstet zu sein, mag man es für erforderlich ansehen, daß in der Welt in stärkerem Maße Lagervorräte gehalten werden. An dieser Aufgabe sollte sich auch die Gemeinschaft beteiligen. Daraus folgt aber ebenfalls nicht, daß diese Güter in der Gemeinschaft produziert werden müssen.

Eine andere Meinung

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Werner Glastetter, konnte sich den von der Mehrheit vorgelegten wirtschaftspolitischen Grundlinien nicht anschließen. Er teilt die Meinung der Mehrheit, daß die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland unter einem strukturellen Anpassungsdruck geraten ist, der auch einen erheblichen Investitionsbedarf auf mittlere Sicht bedeutet; und er teilt auch die Meinung, daß den Tarifparteien eine Mitverantwortung für eine möglichst reibungslose Bewältigung dieses Anpassungsprozesses zukommt. Gleichwohl kann er der in diesem Gutachten vorgelegten wirtschaftspolitischen Grundlinie nicht folgen. Denn diese ist gekennzeichnet durch ein Werben für eine strikte potentialorientierte Geldmengenpolitik, die ihrerseits von der Finanzpolitik und den Tarifparteien dergestalt entlastet werden soll, daß die Finanzpolitik auf einen — den angelegten Impuls überschreitenden — expansiven, beschäftigungsorientierten Nachfragekurs verzichtet, und daß die Tarifparteien in der nächsten Lohnrunde Spielraum lassen für eine Korrektur des Kostenniveaus. In diesem Grundmuster ist angelegt, daß es letztlich einmal mehr auf die nächste Lohnrunde ankommt, um die Angebotsbedingungen so zu verbessern, daß Geld- und Finanzpolitik an ihrem Kurs festhalten können und dennoch erwartet werden kann, daß die Wirtschaft auf einen mittelfristigen Wachstumspfad zurückkehrt und gleichzeitig eine Wiedergewinnung eines höheren Beschäftigungsstandes ermöglicht wird. Gegen diese Grundlinie sind Bedenken anzumelden. Diese Bedenken stellt Werner Glastetter unter Bezugnahme auf § 3 Absatz 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im folgenden als seine abweichende Meinung dar.

Zu den wirtschaftspolitischen Grundlinien

495. Die wirtschaftspolitischen Grundlinien, wie sie von der Mehrheit des Sachverständigenrates in diesem Gutachten vertreten werden, folgen einem Konzept, das sich im Sinne einer Angebotsorientierung darauf konzentriert, daß die Geldpolitik einer strikten Potentialorientierung folgt, auf einen zusätzlichen expansiven Impuls also verzichtet; daß von Seiten der Finanzpolitik ebenfalls kein weiterer — über den ohnehin angelegten Impuls hinausgehender — expansiver und beschäftigungsorientierter Kurs angelegt ist; daß es insoweit auf die Tarifparteien ankommt — konkret: auf die nächste Lohnrunde —, dafür zu sorgen, daß der Lohnkostendruck vermindert, der bestehende Verteilungsspielraum nur sehr vorsichtig eingeschätzt wird. Ziel ist also eine Verbesserung der Angebotsbedingungen, während der Nachfrageseite — zumindest was ihre Beeinflussung durch expansive Maßnahmen angeht — eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Man mag nun einräumen, daß das Festhalten an dem angebotsorientierten Konzept allein schon deshalb geboten ist, weil sich die Wachstumsbedingungen der meisten westlichen Industrieländer — und somit auch die der Bundesrepublik Deutschland — geändert haben. Diese These hat einen richtigen Kern. In der Tat steht die Bundesrepublik Deutschland neuerdings einem erheblichen strukturellen Anpassungsdruck gegenüber. Denn es gilt, mittelfristig Energie einzusparen und zu substituieren, einen (neuerlichen) Leistungsbilanzausgleich über Realtransfers zu begünstigen, nicht zuletzt einen Beitrag

zur Lösung des Nord-Süd-Konfliktes zu leisten. Unbestritten ist, daß der hier angelegte Anpassungsdruck einen erheblichen Investitionsbedarf schafft. Dennoch zieht konzeptionell dieser Einwand nicht. Denn der — durchaus zugestandene — strukturelle Anpassungsbedarf ist nicht gleichbedeutend mit dem Lösungsbedarf aller anstehenden gesamtwirtschaftlichen Probleme, insbesondere der Beschäftigungsprobleme. Insoweit befreit die These vom strukturellen Anpassungsbedarf nicht von der Notwendigkeit zu prüfen, ob der unterstellte Zusammenhang zwischen Lohnhöhe, Wachstum und Beschäftigung hinreichend tragfähig ist, daß er die These rechtfertigt, entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel und für die Rückgewinnung eines nennenswert höheren Beschäftigungsstandes sei eine Verringerung des Lohnkostendrucks und eine Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen. Insoweit erscheint die Frage unabweisbar, ob das Konzept mit seiner dominierenden und mittelfristig angelegten Angebotsorientierung einen Beitrag zur Lösung des Wachstums- und Beschäftigungsproblems leisten kann, oder ob es nicht eher die Suche nach beschäftigungspolitischen Alternativen blockiert. Zu fragen ist somit, ob ein Konzept, unabhängig von einer gegebenen Situation, einfach beibehalten werden kann oder ob es nicht vielmehr erheblicher Modifikationen bedarf. Insofern gilt es, die These der Ratsmehrheit sowohl aus grundsätzlicher als auch aus aktueller Perspektive zu überdenken und daraus bestimmte Schlußfolgerungen zu ziehen.

496. Dabei stellt sich die Frage, ob die Forderung nach einer Verringerung des Lohnkostendrucks die daran geknüpften Erwartungen überhaupt erfüllen kann. Diese Erwartung hat gewiß insoweit einen richtigen Kern, als die Gewerkschaften in den meisten Industrieländern in der ersten Hälfte der 70er Jahre Lohnerhöhungen durchsetzten, die Inflationsgefahren auslösten. Als die Notenbanken gegenhielten, wurden Preisüberwälzungsspielräume eingengt; der Kostendruck — und damit die Kompression der Gewinnmargen — blieb. Vielfach wird hierin die Ursache gesehen für die Krise 1974/75; denn die Gewinnkompression habe die Investitionsneigung so stark gemindert, daß am Ende die für die Schaffung von Arbeitsplätzen notwendigen Investitionen fehlten. Sieht man einmal davon ab, ob damit die Krise 1974/75 hinreichend erklärt ist, so erscheint es gleichwohl bei einer bestehenden Investitionslethargie sinnvoll, durch Lohnzurückhaltung die Gewinnsituation zu verbessern beziehungsweise durch geringeren Verbrauch Raum für neue Investitionen zu schaffen. Denn ein Aufschwung, der — bei zu geringen oder teilweise obsolet gewordenen Kapazitäten — nur von der Nachfrage getragen wäre, würde zu rasch in eine inflationäre Übersteuerung einmünden. Die Frage stellt sich indessen zunächst grundsätzlich; und hier erscheinen bereits Zweifel angebracht. Sie zielen vor allem darauf ab, ob von der Lohnseite — von dem Situationsvorbehalt einmal abgesehen — jener Beitrag zur Investitions- und Beschäftigungsstimulierung erwartet werden

kann, der in einem rein angebotsorientierten Konzept intendiert ist. Dies kann man auch anders sehen. Denn vieles spricht dafür, daß die sogenannten „autonomen“ Investitionen — Investitionen also, die unter dem Wettbewerbsdruck hervorgebracht werden (Rationalisierung, Produkt- und Verfahrensinnovationen, Energiesubstitution, Energieeinsparung) — nur in losem Kontakt zum Kostenniveau stehen. Gewiß kann eine expansive Lohnpolitik, die zu einer anhaltenden Gewinnkompression führt, die Inangriffnahme latent vorhandener Investitionschancen lähmen; doch dies rechtfertigt nicht den an sich naheliegenden Umkehrschluß, den so auch die Ratsmehrheit nicht zieht, daß autonome Investitionen nur bei Korrektur des Kostenniveaus getätigt werden. Und wieder anders stellt sich das Problem bei den sogenannten „induzierten“ Investitionen, jenen Investitionen, die der Kapazitätserweiterung dienen. Hier reicht die Lohnkostenentlastung nicht aus, wenn die erforderliche Nachfrage fehlt, die die neugeschaffenen Kapazitäten auch hinreichend auslastet; eine Lohnkostenentlastung führte dann letztlich zu einer kurzfristigen Erhöhung der Gewinnmargen, ohne daß eine dauerhafte Bestätigung der Gewinnerwartung sichergestellt wäre. Und eben hierfür reicht eine Kostenentlastung nicht aus; es bedarf der Flankierung durch die Nachfrageentwicklung in der Gesamtwirtschaft. Diese Nachfrage ist aber wiederum nur sichergestellt, wenn durch eine Lohnkostenentlastung nennenswerte positive Beschäftigungseffekte ausgelöst werden. Aber auch dies ist nicht gewährleistet. Denn die Beschäftigungseffekte, die von den autonomen Investitionen unmittelbar ausgehen, müssen relativ gering veranschlagt werden, da diese erfahrungsgemäß nur wenige Industriebereiche umfassen und Freisetzen aufgrund von Rationalisierungsinvestitionen eher wahrscheinlich sind. Der Beschäftigungseffekt muß also von den Erweiterungsinvestitionen ausgehen. Doch hier ist er wiederum nicht sichergestellt, wenn — auch bei einem verminderten Lohnkostendruck — die notwendige Nachfrage fehlt, eine Mehrbeschäftigung dann aus diesem Grund unterbleibt. Diese Mehrnachfrage könnte — eine preiselastische Nachfrage einmal unterstellt — dann induziert werden, wenn mit einem verminderten Lohnkostendruck ein entsprechender Preisminderanstieg einherging. Doch dies ist keineswegs sichergestellt; denn es würde bedeuten, daß von der Lohnkosten-seite es zu keiner Verbesserung der Erlös-Kosten-Situation käme, womit dann auch der Anreiz für Erweiterungsinvestitionen unterbliebe. Insofern drohen für die eigentlichen beschäftigungswirksamen Erweiterungsinvestitionen doppelte Hemmnisse. Entweder verbessert ein verminderter Lohnkostendruck die Gewinnmargen, dann sind wegen fehlender Nachfrage die dauerhaften Gewinnerwartungen gefährdet; ein Anreiz für Erweiterungsinvestitionen fehlte. Oder der verminderte Lohnkostendruck wird in einem Preisminderanstieg weitergegeben; dieser könnte dann zwar eventuell Nachfrage induzieren, doch jetzt entfielen die Verbesserung der Erlös-Kosten-Situation und gefährdete von da aus die Investitionsneigung. Diese Überlegungen liegen dem von der Mehrheit abweichenden Schätzurteil zugrunde, daß, zunächst aus grundsätzlicher Sicht, von

einer Verminderung des Lohnkostendrucks allein nicht unbedingt hinreichende Beschäftigungseffekte erwartet werden können, wenn nicht die Nachfrage von vornherein gegeben ist. Dann ist wohl denkbar, daß eine Verminderung des Lohnkostendrucks und die damit einhergehende Verbesserung der Erlös-Kosten-Situation Investitionsanreize dergestalt auslöst, daß bei den autonomen Investitionen latent vorhandene Investitionschancen genutzt werden; denn diese sind von der Nachfrageseite weitgehend unabhängig, sie können ihr auch voraussehen. Umgekehrt ist nicht auszuschließen, daß die Erweiterungsinvestitionen immer wieder ins Stocken geraten, wenn die Nachfrage nicht gegeben ist. Beschäftigungsmäßig bedeutet dies, daß eine Investitionskonjunktur anspringen kann, nennenswerte Beschäftigungseffekte aber ausbleiben.

497. Überprüfen wir die aktuellen Entwicklungstendenzen vor dem Hintergrund der aufgezeigten Grundsatzprobleme, so ist nicht nur der kurzfristige Situationsvorbehalt nicht anwendbar; vor allem scheinen sich die grundsätzlich geäußerten Bedenken gegen die mittelfristige Tragfähigkeit des Konzepts, gemessen an der Realität, zu bestätigen. Im Verlauf des Jahres 1980 hat sich die konjunkturelle Entwicklung deutlich abgeschwächt; sie droht im folgenden Jahr — gemessen im Jahresdurchschnitt — in eine Stagnation einzumünden. Selbst wenn wir ein Verlaufsmuster der Konjunktur unterstellen, wonach im Jahresverlauf 1981 wiederum eine konjunkturelle Belebung einsetzen könnte, ändert dies nichts daran, daß das Jahr 1981 im Zeichen rückläufiger Beschäftigung und wieder steigender Arbeitslosigkeit steht. Gehen wir einmal vom Basisjahr 1979 aus — jenem Jahr also, von dem der Sachverständigenrat vor Jahresfrist mit Recht konstatierte, daß von der Angebotsseite die Bedingungen für einen anhaltenden, wenn auch zeitlich gestreckten Beschäftigungsanstieg durchaus als gut angesehen werden können (JG 79 Ziffer 338) —, so zeichnen sich einige bemerkenswerte Entwicklungstendenzen ab, die die Problematik eines angebotsorientierten Konzepts sichtbar machen.

498. Die Angebotsbedingungen hatten sich seit 1975 klar erkennbar verbessert. Die vom Beschäftigungseffekt bereinigte Lohnquote war von etwa 66 vH (1975) kontinuierlich auf etwa 63 vH (1979) gesunken, was ein erstes Indiz dafür darstellt, daß in diesem Zeitraum ein Prozeß der Lohnzurückhaltung erfolgte, der von daher bereits einen Spielraum für eine Verbesserung der Gewinnsituation schuf. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß diese Quote damit einen Wert erreichte, der etwa dem Anfang der 70er Jahre entsprach; der leichte Wiederanstieg 1980 dürfte an dieser Tendenzaussage nichts ändern. Dieser Prozeß wurde noch flankiert durch erhebliche finanz- beziehungsweise steuerpolitische Gewinnbegünstigungen. Dies führte letztlich auch dazu, daß die Investitionskonjunktur ansprang: Im Jahre 1979 erreichten die realen Ausrüstungsinvestitionen 88,5 Mrd DM und lagen damit um rund 36 vH höher als 1975 (65 Mrd DM). Auch 1980 dürften die Ausrüstungen überdurchschnittlich angestiegen sein. Sie haben damit — gemessen als Anteil am realen Bruttosozialprodukt — wieder die 10-vH-Grenze

überschritten, eine Marge, die sie bislang nur einmal im Gefolge des Investitionsbooms 1969/70 erreichten. Alles in allem genommen läßt sich somit fürs erste konstatieren, daß die Voraussetzungen für die Tragfähigkeit eines angebotsorientierten Konzepts 1979 als gut erfüllt angesehen werden konnten. Nicht zuletzt deshalb hat der Sachverständigenrat vor Jahresfrist übereinstimmend konstatiert, daß jetzt wohl eine Situation erreicht sei, in der ein aktueller Korrekturbedarf von der Lohnseite nicht bestehe (JG 79 Ziffer 338). Es war also genau das Gegenteil dessen festzustellen, was eingangs als Situationsvorbehalt skizziert wurde.

499. Anders stellt sich das Bild am Arbeitsmarkt dar. Gewiß stieg im Jahresdurchschnitt die Zahl der unselbständig Beschäftigten von rund 21,3 Millionen (1975) auf 21,9 Millionen (1979); im Jahresdurchschnitt 1980 dürfte die 22-Millionen-Grenze wieder leicht überschritten werden. Bemerkenswert ist indessen, daß das Beschäftigungsniveau 1980 jenes des Jahres 1970 noch immer nicht erreicht, obwohl das Volumen der realen Ausrüstungen 1980 jenes des Jahres 1970 um etwa ein Drittel übersteigen dürfte. Noch größere Diskrepanzen ergeben sich aus der Perspektive der Arbeitslosigkeit. Zwar konnte die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 1,07 Millionen (1975) auf 880 000 (1979) gesenkt werden; doch das Niveau der Arbeitslosigkeit betrug damit knapp das sechsfache jenes des Jahres 1970, als rund 150 000 Arbeitslose gezählt wurden. Unter Einbeziehung der sogenannten Stillen Reserve muß gegenwärtig davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Arbeitssuchenden über 1,5 Millionen beträgt; und noch höher ist die gesellschaftspolitisch relevante Betroffenheitsquote anzusiedeln. Im Jahresverlauf 1980 wurde der Abbau der Arbeitslosigkeit bereits wieder gestoppt; ein Wiederanstieg ist gegeben und dürfte sich deutlich fortsetzen. Aus diesen knappen Feststellungen ergibt sich, daß zwischen der Verbesserung der Angebotsbedingungen und der sehr schleppenden Entspannung am Arbeitsmarkt eine Diskrepanz besteht; diese gilt es zu erklären. Das ist gewiß nicht einfach. Denn einerseits mag der neuerliche Ölpreisschock eine beginnende Erholungstendenz auch am Arbeitsmarkt unterbrochen haben. Andererseits darf es keinesfalls als ausgemacht gelten, daß von den verbesserten Angebotsbedingungen und dem damit einhergehenden Investitions- und Produktionswachstum überhaupt nennenswerte Beschäftigungseffekte ausgingen. Zu berücksichtigen ist vielmehr, daß im Zeitraum 1975/79 über staatliche Defizite erhebliche expansive Impulse ausgingen, ohne die die Diskrepanz zwischen verbesserten Angebotsbedingungen und schwachen Beschäftigungseffekten wahrscheinlich noch größer veranschlagt werden müßte. Nicht übersehen werden sollte auch der arbeitsmarktpolitische Entlastungseffekt, der vom Mehrangebot an Ausbildungsplätzen ausging. Dieser machte etwa ein Drittel der Mehrbeschäftigung aus und kann nicht einfach als produktionsbedingte Mehrbeschäftigung interpretiert werden; denn dieses Angebot dürfte (zumindest auch) auf eine ansonsten drohende Ausbildungsplatzabgabe zurückgeführt werden.

500. Deshalb stellt sich die Frage, wie sich diese Diskrepanzen erklären. Zwei Aspekte verdienen hier Beachtung. Einmal ist zu beachten, daß im Zeitraum 1975/79 die Investitionskonjunktur zunächst nur sehr schleppend angesprungen ist. Der Grund sollte eigentlich nicht überraschen. Ganz offensichtlich dominierten die autonomen Investitionen, während der vielfach erhoffte Sog auf die induzierten Erweiterungsinvestitionen ausblieb. So sind etwa die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe relativ spät angesprungen und erst in der Endphase des Konjunkturzyklus vom Erweiterungsmotiv getragen gewesen. Dies kann wiederum seinerseits nicht überraschen, wenn man bedenkt, daß wegen offensichtlichem Nachfragemangel eine hinreichende Kapazitätsauslastung über Jahre hinweg nicht erreicht werden konnte. Diese war im Grunde erst im Laufe des Jahres 1979 gegeben, und entsprach — etwa in der Definition des Sachverständigenrates — nur einer „Normal“-Auslastung. Wer der Bedeutung der Nachfrageseite ein entscheidendes Gewicht zuweist — und die Lösung der anstehenden Probleme nicht vor allem von der Verbesserung der Angebotsbedingungen erwartet —, kann dann nicht überrascht sein, daß jene Investitionen unzureichend getätigt werden, die auf Absatzerwartungen angewiesen sind und denen vor allem nennenswerte Beschäftigungseffekte zugeschrieben werden. Dabei ist noch zu beachten, daß es gar nicht allein um die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht. Auch bestehende Arbeitsplätze, die bei gegebenen Kapazitäten — auch bei Ausbleiben zusätzlicher Investitionschübe — ja noch nicht automatisch wegfallen, werden nicht angeboten, wenn Aufträge fehlen. Und wenn man überdies bedenkt, daß bereits im Laufe des Jahres 1980 die Kapazitätsauslastung wieder rückläufig ist — bereits Mitte 1980 meldete nach Ermittlungen des Ifo-Instituts nahezu jedes fünfte Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes Produktionsbehinderung wegen Auftragsmangels —, dann sollte es nicht überraschen, daß die vielgerühmte „Robustheit“ der Investitionskonjunktur wieder einer neuerlichen Labilität weicht. Mag auch der nach wie vor bestehende Bedarf an autonomen Investitionen einen deutlichen Investitionseinbruch verhindern; er kann nicht verhindern, daß — angesichts des zunehmenden Aufbaus ungeplanter Läger im Gebrauchsgüterbereich und im Handel — vor allem Erweiterungsinvestitionen erneut ausbleiben und deshalb positive Beschäftigungseffekte erneut in negative Beschäftigungseffekte umschlagen.

501. Hinzu tritt noch ein weiterer Gesichtspunkt. Innerhalb der autonomen Investitionen scheint jenen ein erhebliches Gewicht zuzukommen, die in bezug auf den Arbeitskräfteeinsatz Rationalisierungseffekte aufweisen. Gesamtwirtschaftlich zeigt sich dies darin, daß die reale Bruttowertschöpfung 1979 etwa 16,5 vH höher lag als 1975; dies führte indessen nur zu einer Erhöhung der Anzahl der Erwerbstätigen um knapp 1 vH, während die Erwerbstätigenproduktivität um etwa 16 vH anstieg. Noch deutlicher wird das Bild, wenn man 1979 mit 1970 vergleicht; einem realen Wachstum von etwa 30 vH stand ein Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen um 4 vH gegenüber, was einem Anstieg der

Erwerbstätigenproduktivität um etwa 35 vH entspricht. Bei den unselbständig Beschäftigten war trotz des realen Wachstums im Zeitraum 1975/79 auch nur ein Anstieg von knapp 3 vH zu verzeichnen und im Vergleich zu 1970 ebenfalls noch ein Rückgang von etwa 1 vH. Noch gravierender sind die Diskrepanzen im verarbeitenden Gewerbe. Es verzeichnete im Zeitraum 1970/79 nach Berechnungen des Ifo-Instituts einen Anstieg des realen Nettoproduktionsvolumens um 22 vH, bei einem Rückgang des Arbeitsvolumens um 22 vH (was einem Anstieg der Stundenproduktivität von 57 vH entspricht) beziehungsweise einem Rückgang der Beschäftigten um 14 vH (was einem Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität um gut 40 vH entspricht). Daß der Beschäftigungsrückgang in der Gesamtwirtschaft in den letzten Jahren nicht noch ausgeprägter war, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Tertiärsektor — Unternehmen wie Staat — eine gewisse Absorptionsfunktion wahrnahm. So sind im Zeitraum 1970/79 vom warenproduzierenden Gewerbe — obwohl der reale Wertschöpfungsbeitrag um gut 23 vH anstieg — etwa 1,5 Millionen Arbeitskräfte freigesetzt worden, davon im verarbeitenden Gewerbe — dem eigentlichen Träger des Strukturwandels — allein circa 1,1 Millionen. Demgegenüber nahm der private Dienstleistungsbereich annähernd 430 000, der Staat rund 780 000 Beschäftigte auf. Je mehr aber auch in diesen Bereichen Rationalisierungseffekte zum Tragen kommen, desto fragwürdiger wird auch dort auf Dauer die Absorptionsfunktion. Es spricht somit einiges dafür, daß die entstandene Arbeitslosigkeit bei verminderter Wachstumsdynamik ein wichtiges technologisches Element enthält. Deshalb freilich den Produktivitätsfortschritt drosseln zu wollen, macht im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit wenig Sinn. Aber daraus — gewissermaßen im Umkehrschluß — eine Forcierung der Wachstumsdynamik zu fordern, ignoriert die Grenzen, die sich vom Investitions- und Nachfragebedarf auf tun. Denn je höher ein Investitionsbedarf aus beschäftigungspolitischen Gründen angesetzt werden muß, um das Produktivitätswachstum so überzukompensieren, daß positive Beschäftigungseffekte damit verbunden sind, desto drängender stellt sich das Problem der Absorptionsmöglichkeit durch eine entsprechende Nachfrage. Doch hier sind Grenzen nicht einfach auszuschließen. Partielle Sättigungstendenzen und steigende Belastung des Wachstum durch soziale Kosten (Umwelt, Energie) begründen bereits binnenwirtschaftlich derartige Grenzen. Dies gilt aber auch für Ausweichmöglichkeiten in den Export. Sie wären aus Gründen des Leistungsbilanzausgleichs gegenwärtig gewiß zu begrüßen. Doch auch hier sind die Möglichkeiten nicht einfach für gegeben zu nehmen — zumindest auf mittlere Sicht. Dies gilt vor allem dann, wenn sich eine Exportstrategie aller Industrieländer (oder gar zusätzlich der sogenannten Schwellenländer) doch als Null-Summen-Spiel erweisen sollte. Protektionistische Grundströmungen, Selbstbeschränkungsabkommen und Quotenregelungen erscheinen hierfür als unübersehbare Indizien. Sind hier also Grenzen als denkbar anzunehmen, wenn auch nicht quantitativ exakt auszumachen, so rechtfertigt dies auch ein anderes Schätzur-

teil über den Nachfragepessimismus, als dies die Ratsmehrheit in diesem Gutachten ihren wirtschaftspolitischen Grundlinien zugrunde legt. Und dies wiederum rechtfertigt auch von hier aus Bedenken gegen ein Konzept, das gegenwärtig vor allem auf Verbesserungen der Angebotsbedingungen setzt und von der so stimulierten Investitionsneigung eine tragfähige Konjunktur und einen nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit erhofft.

502. Ist somit davon auszugehen, daß das Problem der Arbeitslosigkeit seinen hohen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rang behält, so steht und fällt das angebotsorientierte Beschäftigungskonzept letztlich mit der Tragfähigkeit der intendierten Rollenverteilung. Konsequenter hat der Sachverständigenrat diese Rollenverteilung einmal wie folgt umschrieben: Aufgabe der Unternehmen sei es, neue Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen; Aufgabe der Arbeitnehmer sei es, nur so viel Lohn durchzusetzen, damit die Unternehmen ihre Aufgabe erfüllen können (JG 78 Ziffer 395). Diese Rollenverteilung ist an sich in der Tat der Angelpunkt für die Tragfähigkeit des Konzepts. Die Frage ist nur, ob sie gegenwärtig und auf mittlere Frist realistisch ist. Die Entwicklung der Reallohnposition zeigt, daß die Arbeitnehmer ihren Part übernommen haben. Die Gewöhnung an niedrigere Lohnsteigerungsraten war mehr als ein Einmal-Effekt; der Rückgang der Verteilungsposition zog sich über sechs Jahre. Sie liegt — auch unter Berücksichtigung steigender Kapitalkosten — seit 1979 auf einem Niveau, zu dem in der Bundesrepublik Deutschland Vollbeschäftigung erreicht wurde. Das Argument, daß in einzelnen Branchen die alten Verteilungsrelationen noch keineswegs hergestellt sind, rechtfertigt auch nicht die These eines anhaltenden Korrekturbedarfs. Denn die Tatsache, daß einige Bereiche noch unter schlechteren Erlös-Kosten-Relationen stehen, ist nicht zuletzt Ausdruck und Konsequenz eines notwendigen Strukturwandels, der dazu führt, daß bestimmte Branchen — angesichts gewandelter Nachfragebedingungen — dem Kostendruck nicht mehr standhalten können. Eine Rekonstitution ehemaliger Ertragsbedingungen würde diesen Strukturwandel nur verzögern (oder gar behindern) und seine Notwendigkeit übertünchen (JG 79 Ziffer 339). In jedem Falle kann festgehalten werden, daß die Arbeitnehmer ihren Part übernommen haben; doch die Zahl der Arbeitslosen steigt erneut. Dies müßte an sich noch nicht unbedingt skeptisch stimmen, wenn man davon ausgeht, daß der Strukturwandel Zeit braucht, die Risiken größer werden. Skepsis angebracht ist jedoch in der Frage, ob nicht die Unternehmen grundsätzlich überfordert sind, ihren Part zu übernehmen, wenn — wie gezeigt — die Kostenentlastung (Angebotsorientierung) nur bedingt zur Stabilisierung einer tragfähigen Investitionskonjunktur, einschließlich der beschäftigungswirksamen Erweiterungsinvestitionen, beitragen kann. Ziehen wir daraus ein Fazit, so wird erkennbar, daß die intendierte Rollenverteilung an Grenzen stößt, damit aber auch ein Beschäftigungskonzept, das gegenwärtig wieder primär den Angebotsansatz in den Vordergrund rückt. Es soll damit nicht die Notwendigkeit einer noch immer anhaltenden

Investitionskonjunktur in Frage gestellt werden; der Strukturwandel erfordert dies. Problematisch ist aber die Erwartung eines damit automatisch verbundenen Beschäftigungseffektes; und vorliegende Prognosen — für 1981 und danach — bestätigen diese Skepsis. Was benötigt wird, angesichts des Strukturwandelbedarfs, sind die autonomen Investitionen. Was erneut in Frage steht — und in der konkreten Situation eben nicht wegen verschlechterter Angebotsbedingungen, sondern wegen unsicherer Nachfragebedingungen —, sind die Erweiterungsinvestitionen, die die Arbeitsplätze schaffen.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

503. Zur Lohn- und Arbeitsmarktpolitik: Nach Prüfung des Zusammenhangs von Lohnhöhe, Wachstum und Beschäftigung — sowohl in seiner grundsätzlichen wie aktuellen Perspektive — drängt sich als erstes die Frage auf, welche Rolle die Lohnpolitik in der aktuellen Situation übernehmen kann und sollte. Dabei sind vorab drei Aspekte zu beachten, in denen sich dieses Minderheitsvotum nicht von der Ratsmehrheit unterscheiden würde:

- Zunächst ist festzuhalten, daß es nicht darum gehen kann, die tarifpolitische Mitverantwortung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Frage zu stellen. Dies gilt allein schon deshalb, weil die Inanspruchnahme des Freiraums „Tarifautonomie“ in der gesamtwirtschaftlichen Mitverantwortung ihr notwendiges Pendant hat. Es gilt aber auch, weil der Lohn ein wesentliches Kostenelement darstellt. Wird er überzogen, und führt dies zu einer entsprechend starken Kompression der Gewinnmargen — vor allem, wenn die Geldpolitik durch entsprechendes Gegenhalten die Möglichkeiten, Lohnabschlüsse in die Preise zu überwälzen, verhindert —, so entsteht ein zusätzlicher Druck auf die Investitionsneigung und auf die Möglichkeit, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.
- Sodann ist festzuhalten, daß in der jetzigen Situation kein Anlaß besteht, für die Lohnpolitik das „Kaufkraftargument“ des Lohnes in Anspruch zu nehmen. Aus der Ablehnung der These, daß weniger Lohn mehr Beschäftigung bedeutet, kann gegenwärtig nicht im Umkehrschluß gefolgert werden, daß mehr Lohn mehr Beschäftigung bringe. Gewiß trägt gegenwärtig der private Verbrauch nur in engen Grenzen zur konjunkturellen Abstützung bei; und gewiß sind Löhne auch Einkommen und damit Bestimmungsfaktoren der Nachfrage, insoweit also theoretisch geeignet, Kapazitäten besser auszulasten und damit Investitionen zu initiieren. Doch gegenwärtig ist der Auslastungsgrad — auch bei sinkender Tendenz — im Niveau noch relativ hoch, um das vielfach gebrauchte Argument zu rechtfertigen, daß eine durch expansive Lohnpolitik begründete Mehrnachfrage die Kapazitäten um so viel besser auslasten könnte, daß die damit verbundene Kostendegression den Lohnkostendruck kompensieren würde. Insofern bestände bei einer expansiven Lohnpolitik ge-

genwärtig die Gefahr, daß entweder Inflationstendenzen ausgelöst würden (eine Reallohnsteigerung und — damit verbunden — eine reale Nachfragesteigerung nicht erzielbar wäre) oder bei erneutem geldpolitischen Gegenhalten zusätzliche Belastungen für die Beschäftigung auftreten könnten.

- Schließlich ist festzuhalten, daß in der gegenwärtigen Situation bei enger gewordenen realen Verteilungsspielräumen nicht die Zeit ist, mit Hilfe einer expansiven Lohnpolitik Umverteilungsziele anzustreben. Gewiß gilt grundsätzlich, was der Sachverständigenrat schon an anderer Stelle selbst eingeräumt hat, nämlich, daß bei zu schwachem Preiswettbewerb höhere Gewinne erzielt werden könnten, als für eine Vollbeschäftigung erforderlich sind; und daß dann eine Lohnpolitik vorsichtig das zurückholen könnte, was sie zuviel zugestanden habe (JG 77 Ziffer 303). In der gegenwärtigen Situation erscheint dieses Argument indessen nicht tragfähig; konjunkturelle Abschwächung in Verbindung mit strukturellem Anpassungsdruck erlauben keine starke Kompression der Gewinnmargen. Dies schließt freilich das Recht der Arbeitnehmer nicht aus, über andere Wege — etwa in der Form der zusätzlichen Vermögensbildung, die freilich nicht betrieblich orientiert sein darf, um eine Risikokumulation zu vermeiden — eine Verbesserung ihrer Verteilungsposition zu suchen, ohne damit die laufenden Lohnrunden zu belasten und neue Beschäftigungsgefahren zu begründen.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß die Lohnpolitik aus ihrer Mitverantwortung für Wachstum und Beschäftigung nicht entlassen werden kann; und diese Mitverantwortung erlaubt gegenwärtig keine expansive Lohnpolitik, da weder das konjunktur- noch das verteilungspolitische Argument hinreichend tragfähig sind. Auf der anderen Seite muß man sehen, daß den Arbeitnehmern keine neuerliche Verschlechterung ihrer Verteilungsposition zugemutet werden kann. Dies wird zwar auch von der Ratsmehrheit nicht gefordert; doch mit dem Rat, Spielraum zu geben für eine Korrektur des Kostenniveaus wäre es aber nicht auszuschließen. Eine Korrektur des Kostenniveaus über niedrigere Nominallohnsteigerungen blieb nämlich nur dann ohne Auswirkungen auf die Reallohnposition, wenn sie von einem entsprechenden Preisrückgang beziehungsweise Preisminderanstieg begleitet wäre. Daß dies eintritt, mag erwartet werden können, ist aber nicht sichergestellt, wenn eine Verminderung des Lohnkostendrucks zunächst zur Erhöhung der Gewinnmargen — und wenn auch nur teilweise — genutzt wird. Dann ist aber eine Verschlechterung der Reallohnposition unumgänglich. Doch wie sowohl in grundsätzlicher wie aktueller Perspektive gezeigt wurde, ist dies mit dem Argument der Rückgewinnung der Vollbeschäftigung nicht begründbar. Hinzu kommt, daß die Arbeitnehmer in den zurückliegenden Jahren verteilungspolitisch Vorleistungen erbracht haben, während der ohnehin geringe beschäftigungspolitische Erfolg nun bereits wieder verloren zu gehen droht. Damit könnte auch Vertrauenspotential und Kompromißbereitschaft verloren gehen, wenn die Möglichkeit des sozialen Kon-

senses überstrapaziert wird. Vor Jahren wurde einmal in einem Gutachten des Sachverständigenrates — wengleich in einem Minderheitsvotum (JG 71 Ziffer 374) — die These vertreten, daß die Sozialpartner erst bei einer verstetigten konjunkturellen Entwicklung Verantwortung übernehmen können für Konsequenzen, die sich aus ihrer Verteilungsstrategie ergeben, nicht für die Verstetigung selbst. Genau dies gilt gegenwärtig. Die Lohnpolitik trägt insoweit Verantwortung, als sie vermeiden muß, daß von der Lohnseite zusätzliche Inflations- und Beschäftigungsgefahren ausgehen; sie kann aber nicht Verantwortung für die Rückgewinnung eines höheren Beschäftigungsstandes übernehmen. Insoweit könnte die Sicherung der Reallohnposition ein gewisses Orientierungsmaß für die anstehende Lohnrunde bieten; denn sie vermeidet einerseits eine expansive Überreaktion wie andererseits eine funktionslose Verschlechterung der Verteilungsposition. Aus diesen Überlegungen ergeben sich beschäftigungspolitische Konsequenzen. Einmal für die Geld- und Fiskalpolitik; davon wird gleich zu reden sein. Zum zweiten ergeben sich wachsende Aufgaben für die arbeitsmarktpolitische Flankierung. Ihre Bedeutung, aber auch ihre Effizienzgrenzen sind so, wie sie auch von der Ratsmehrheit gesehen werden, unstrittig. Die Arbeitsmarktpolitik hat eine wichtige Funktion, wenn es darum geht, über berufliche und regionale Mobilitätserhöhung die Struktur von Arbeitsplatznachfrage und -angebot besser aufeinander abzustimmen. Mehr Arbeitsplätze kann sie nur in engen Grenzen schaffen. Je begrenzter die Möglichkeiten der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen aber einzuschätzen sind, desto größeres Gewicht behält dann nach wie vor die Arbeitszeitverkürzung; dieses Instrument wird im vorliegenden Mehrheitsvotum nicht erneut diskutiert. Die Probleme sind auch bekannt. Dies schließt nicht aus, dieses Instrument doch noch weiter auszuloten, zumal die Kosten- und Beschäftigungseffekte noch keineswegs hinreichend untersucht sind. Sei es, daß zu prüfen ist, wie die Arbeitszeitverkürzung über Tarifvereinbarungen vor allem produktivitätsorientiert eingesetzt werden kann; sei es, daß zu prüfen ist, wie ein Unterlaufen über Überstunden systematisch begrenzt wird. Eine Überprüfung der überkommenen Arbeitszeitordnung sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Ziel muß bleiben — in pragmatischer und zeitlich gestreckter Weise —, über die ohnehin angelegte Tendenz hinaus dort die Arbeitszeit zu verkürzen, wo die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze an strukturelle Grenzen stößt und die Notwendigkeit bleibt, nach wie vor vorhandene Arbeitslose oder gar neu auf den Arbeitsmarkt drängende Arbeitsuchende in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Gleichwohl dürfen die Probleme, die mit der Arbeitszeitverkürzung verbunden sind, nicht gering geachtet werden; dann gilt aber um so mehr, daß die Wirtschaftspolitik ihre beschäftigungspolitische Mitverantwortung übernehmen muß.

504. Zur Rolle der Geldpolitik: Die Geldpolitik hat die Aufgabe, jenen monetären Spielraum zu schaffen, damit das reale Wachstum unter Berücksichtigung unvermeidlicher Preissteigerungen finanziert

werden kann. Eine zu knappe Geldversorgung löst insoweit restriktive Gefahren aus; eine zu reichliche Geldversorgung kann zwar einen gewissen Beitrag zu einem Mehr an realem Wachstum leisten, begünstigt indessen Inflationsgefahren. Insoweit ergibt sich geldpolitisch immer die Notwendigkeit einer vorsichtigen Gratwanderung. Im laufenden Jahr wurde diese Notwendigkeit noch zusätzlich erschwert aufgrund der außenwirtschaftlichen Bedingungen. Denn diese stellten die Geldpolitik vor die Alternative, entweder an dem vorgegebenen Pfad der Versorgung mit Zentralbankgeld festzuhalten und eine zeitweilige Abwertung der D-Mark hinzunehmen, oder den Restriktionskurs zu verschärfen, um bestimmte Wechselkurseffekte (Verhinderung einer Abwertung) und Zinseffekte (Verminderung des Zinsgefälles gegenüber dem Ausland) zu erreichen, dies alles wiederum mit dem Ziel, das Leistungsbilanzdefizit zunächst über Kapitalimporte zu finanzieren und gleichzeitig ein höheres Maß an Preisstabilität zurückzugewinnen. Die Bundesbank hat die zweite Alternative gewählt. Sie hat damit nicht nur gegen den Grundsatz einer potentialorientierten Geldmengensteuerung verstoßen, sondern in der hier vertretenen Einschätzung vor allem den restriktiven Kurs überzogen, ohne daß hierfür eine unabweisbare Notwendigkeit bestanden hätte:

— Gewiß ist es Aufgabe der Geldpolitik, Inflationsbedingungen zu bekämpfen beziehungsweise latenten Inflationsgefahren rechtzeitig entgegenzuwirken. Beides bestand indessen nicht. Mit geldpolitischen Mitteln die Inflationsbedingungen zu bekämpfen, heißt, eine vorhandene oder zu erwartenden Übernachfrage — gemessen am vorhandenen Produktionspotential — abzubauen. Andere Ursachen für Preissteigerungen — sei es, daß diese in der Ölverteuerung, sei es, daß sie in der Marktvermachtung liegen — lassen sich geldpolitisch nicht beseitigen; will man hier einen gesamtwirtschaftlichen Anstieg des Preisniveaus verhindern, müßte man an anderer Stelle Preisrückgänge erzwingen, und das hieße restriktiv übersteuern. Ein binnenwirtschaftlicher Grund für den restriktiven Stabilitätskurs — eine inflationär wirkende Übernachfrage — bestand also nicht; und auch von der Mehrheit des Rates werden diese Gründe in diesem Jahr nicht angezogen. Bestenfalls war (und dies auch nur relativ kurzfristig) in jüngster Zeit eine Normalauslastung zu registrieren. Eine andere Frage ist, ob Anlaß bestand, latenten Inflationsgefahren so rasch entgegenzuwirken, daß von vornherein kein Inflationsklima entsteht. Dies ist gewiß eine wichtige Aufgabe; denn je länger eine Geldpolitik hier wartet, desto eher muß sie später restriktiv überziehen. Doch es stellt sich die Frage, ob dieses Inflationsklima in jüngster Zeit bestand und gegenwärtig besteht. Diese Frage ist zu verneinen. Die Lohnrunde 1980 entsprach den Erwartungen, die an sie gerichtet wurden. Sie stellte — trotz vorausgegangener guter Gewinnentwicklung — keine Überreaktion dar und führte — gemessen an der Reallohnposition — im Jahresdurchschnitt 1980 zu keiner Kompression der Gewinnmargen; der den Verteilungsspielraum begrenzende Terms-of-Trade-Ef-

fekt war in den Lohnabschlüssen offensichtlich mitberücksichtigt. Insoweit fehlten auch die Voraussetzungen für die vielfach beschworene Lohn-Preis- beziehungsweise Preis-Lohn-Spirale. Und deshalb bestand auch nicht die Notwendigkeit eines antizipativen Gegensteuerns.

- Eine andere Frage ist nun freilich, ob es letztlich außenwirtschaftliche Gründe waren, die diesen restriktiven Kurs rechtfertigen könnten. Gewiß entstand 1979 seit Jahren erstmals wieder ein Leistungsbilanzdefizit, das sich 1980 noch weiter erhöht hat. Seine Ursachen lagen jedoch nicht in einer Exportschwäche (etwa aufgrund verloren gegangener Wettbewerbsfähigkeit); die Ursachen waren vielmehr das teurer gewordene Öl und das internationale Konjunkturgefälle. Ein geldpolitischer Kurs, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen müßte, war insoweit nicht vonnöten. Der häufig genannte Hinweis, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Gruppe der Hochlohnländer gehört, ist gleichermaßen richtig wie — ohne ergänzende Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung — nichtssagend; Untersuchungen zeigen, daß — in Landeswährung gerechnet — in den letzten Jahren der Anstieg der Lohnstückkosten in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Durchschnitt der Industrieländer etwa halb so groß war, weshalb von der Lohnkostenseite die Voraussetzung für eine reale Abwertung der D-Mark durchaus gegeben war. Und sie wird auch 1981 gegeben sein. Hier zeigt sich eine stabilitätspolitische Konstitution der Bundesrepublik, die — in der Einschätzung, wie sie in diesem Votum vertreten wird — nicht sofort den Verdacht rechtfertigt, daß eine geldpolitische Lockerung sofort lohnpolitische Überreaktionen auslöst. Eine andere Frage stellt sich mit dem Finanzierungsproblem, wenn man einmal unterstellt, daß eine Defizitabdeckung aus Devisenreserven keine Lösung auf Dauer ist. Geht man einmal davon aus, daß ein kurzfristiger Abbau des Defizits über Realtransfers aus einer Vielzahl von Gründen nicht möglich ist, liegt natürlich der Versuch nahe, dieses Defizit über Kapitalimporte zu finanzieren. Die andere Frage ist jedoch, ob es hierfür einer Geldpolitik bedarf, die das Zinsniveau so hoch hält, mit all seinen restriktiven Wirkungen für die binnenwirtschaftliche Konjunkturerwicklung. Diese Frage kann nicht uneingeschränkt bejaht werden. Schließlich ist es nicht nur das nominale Zinsgefälle, das die Kapitalströme steuert; es sind vor allem auch die Wechselkurswartungen, die hier eine Rolle spielen. Und hierfür böte die Bundesrepublik Deutschland auch ohne eine anhaltend restriktive Geldpolitik gute Konditionen. Angesichts des bestehenden internationalen Kosten- und Preisgefälles zugunsten der Bundesrepublik Deutschland und einer in der Tendenz angelegten Rückbildung des Leistungsbilanzdefizits — allein schon aufgrund des Wandels im Konjunkturgefälle — spricht einiges dafür, daß — auch bei zeitweiliger Hinnahme einer Abwertungstendenz — die Aufwertungserwartungen in der Substanz angelegt und die Finanzierung der Defizite durchaus auf Dauer

möglich sind. Nicht zuletzt spielt hier auch das günstige Exportsortiment eine Rolle. Insgesamt gesehen wäre — auch in Anerkennung der außenwirtschaftlich bedingten Restriktionen — Raum für eine Lockerung der Geldpolitik gewesen.

Ziehen wir ein Fazit aus diesen Überlegungen, so ergibt sich, daß die Bundesbank zu restriktiv war; weder die binnen- noch die außenwirtschaftlichen Gründe erscheinen für die Unterschreitung des Korridors in der Zentralbankgeldversorgung tragfähig genug. Natürlich wäre nicht auszuschließen gewesen, daß eine — wenn auch nur vorsichtige — Lockerung der Geldpolitik zeitweilig zu Abwertungstendenzen geführt hätte; angesichts der stabilitätspolitischen Konstitution der Bundesrepublik Deutschland wäre aber wohl eine spekulative „Überreaktion“ nicht unbedingt zu erwarten gewesen. In jedem Falle wäre eine solche Abwertung vermutlich auch nicht ganz ohne Rückwirkungen auf das inländische Preisniveau geblieben. Doch die Frage ist, wie stark dieser Inflationsschub überhaupt anzusetzen wäre und wie ehrgeizig ein Stabilitätsziel gesetzt werden kann, wenn es um die Abwägung seiner restriktiven Wirkungen geht. Auch macht es wenig Sinn, zuerst einmal wieder eine Unterauslastung bestehender Kapazitäten zu provozieren (mit all den negativen Folgen für die Investitionskonjunktur), statt ihre Vollauslastung — nicht zuletzt durch Nutzung einer zeitweiligen Abwertung — zu fördern. Die vielfach geäußerte Befürchtung, daß eine solche Abwertung durch entsprechende Lohn- und Preissteigerungen sofort kompensiert werden würde, ist theoretisch nicht völlig unbegründet; dies aber einfach zu unterstellen, erscheint problematisch. Insoweit muß es Aufgabe der Geldpolitik sein, jenen Finanzierungsspielraum zu schaffen, der ohne inflationäre Übersteuerung mehr Wachstum und mehr Beschäftigung ermöglicht; und dies gebietet eine rasche Lockerung des geldpolitischen Kurses.

505. Zur Rolle der Finanzpolitik: Aufgabe der Finanzpolitik ist es, die Versorgung der Volkswirtschaft mit jenen Gütern sicherzustellen, die der Markt nicht bereitstellt (Allokationsfunktion), den wirtschaftlichen Ablauf zu verstetigen (Stabilisierungsfunktion) sowie Markteinkommen und Steuerlast so zu verteilen, daß dem Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit entsprochen wird (Distributionsfunktion). Zielkonflikte mögen hierbei nicht zu vermeiden sein; ihre Analyse würde den hier gesetzten Rahmen sprengen. Wichtiger erscheint gegenwärtig auch ein anderer Aspekt: die aufgelaufene Staatsverschuldung und das Tempo der jährlichen Neuverschuldung. Dies hat letztendlich bewirkt, daß die Diskussion zunehmend von der Forderung beherrscht wird, daß der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorrangige Bedeutung zukomme; wenn es auch unmöglich erscheine, das Niveau der Staatsverschuldung zurückzuführen, gelte es zumindest, das Maß der Neuverschuldung zu drosseln. Dabei wird vor allem an eine strikte Ausgabenbegrenzung gedacht; bei Unabweisbarkeit bestimmter Ausgaben müsse dann eben die Umstrukturierung der Haushalte — mit entsprechender Einsparung an an-

derer Stelle — ins Auge gefaßt werden. Diese These ist populär. Sie bestimmt auch die finanzpolitischen Aussagen der Ratsmehrheit. Vor allem wird keine Notwendigkeit für zusätzliche konjunkturpolitische Expansionsmaßnahmen gesehen, weil expansive Impulse im Haushalt 1981 ohnehin angelegt seien und überdies die Abschwächung primär strukturelle Ursachen habe. Die Ausgabensteigerung wird in jedem Falle in die Konsolidierungspflicht genommen. Diese Forderung erscheint äußerst problematisch. Denn sie läßt zu viele Fragen offen:

- Vorab ist festzustellen, daß objektive Kriterien zur Festlegung einer „richtigen“ beziehungsweise „vertretbaren“ Staatsverschuldung nicht vorliegen. Dies wird von der Ratsmehrheit ebenfalls so gesehen. Auch das Konzept des konjunkturneutralen Haushaltes bietet weder hierfür Kriterien noch für die verlässliche Erfassung konjunktureller Impulse, weil deren Ausmaß ja ebenfalls durch die Festlegung der Normalverschuldung mitbestimmt ist. Ebenso fragwürdig ist die These von der unzulässigen Belastung künftiger Generationen, wenn — wie geschehen — die Kredite für Investitionen verwendet werden, die der folgenden Generation ebenfalls zur Nutzung zur Verfügung stehen. Was allein festzustellen ist, ist zweifelsohne ein deutlicher Anstieg der Zinslastquote (Anteil der Zinsbelastung an den Ausgaben) und der Kreditfinanzierungsquote (Anteil der Neuverschuldung an den Ausgaben). Doch wo sich hier (ebenfalls vom Niveau her) Grenzen auftun, ist offen. Zweifellos entsteht mit steigender Zinslastquote die Gefahr, daß die expansiven Effekte einer steigenden Kreditfinanzierung immer kleiner werden, mit der Konsequenz, daß der konjunkturpolitische Handlungsspielraum immer mehr eingeschränkt oder eine systematisch ansteigende Kreditfinanzierungsquote erforderlich wird. Am Ende entsteht die Gefahr, daß auch konsumtive Ausgaben kreditär finanziert würden, womit sich dann in der Tat auch das Generationenproblem stelle. Hierin liegt ein richtiger Kern der Konsolidierungsaufgabe, die insoweit keineswegs grundsätzlich in Frage gestellt werden soll. Denn es wäre nicht auszuschließen, daß bei einem anhaltenden Tempo der Neuverschuldung sich so gravierende Probleme — für die finanzpolitische Flexibilität einerseits, für den Generationenvertrag andererseits — ergäben, daß letztlich nur ein rigoroser Schnitt mit nicht absehbaren Folgen helfen könnte. Insoweit besteht kein grundsätzlicher Dissens mit der Ratsmehrheit. Dennoch müssen für ein abschließendes Urteil zwei Überlegungen mit berücksichtigt werden.
- Einmal stellt sich die Frage, ob eine zusätzliche Ausgabenerhöhung auf Dauer zusätzliche Konsolidierungsprobleme schafft, beziehungsweise ob in einer konjunkturschwachen Situation eine strikte Drosselung des Ausgabenwachstums einen sinnvollen Konsolidierungsbeitrag darstellt. Denn es ist nicht auszuschließen, daß von einer derartigen Ausgabendrosselung restriktive Wirkungen ausgehen, die — über Steuerausfälle und Arbeitslosenunterstützung — dann das Defizit

doch erhöhen. Gerade die Erfahrungen in den 70er Jahren können doch hierfür beispielhaft angeführt werden. Die großangelegten Ausgabenprogramme Anfang der 70er Jahre hatten wegen entsprechender Steuermehreinnahmen zu keinem nennenswerten Defizit geführt, wengleich beginnende Steuerwiderstände ausgelöst — das exzessive Defizit 1975 wurde entscheidend durch Steuerausfälle mitverursacht. Das Bemühen um eine Haushaltskonsolidierung 1976/77 hat mit dazu geführt, daß der Konjunkturaufschwung ins Stocken geriet und nicht vorankam, so daß am Ende ein Defizitabbau nur begrenzt erreicht werden konnte. Erst als der Staat in den Jahren 1978/79 über Ausgabenerhöhungen und Steuerentlastungsprogramme sinnvollerweise wieder ein höheres Defizit hinnahm, ergab sich auch eine Stabilisierung des Aufschwungs und vor allem spürbare Beschäftigungseffekte. Und in der Gegenwart verstärken sich die Gefahren, daß von den Folgen der Haushaltsplanungen konjunkturdämpfende Wirkungen ausgehen und somit Steuerausfälle wieder zu einer ungewollten Defiziterhöhung beitragen. Eine solche Entwicklung sollte zu denken geben. Sie macht nämlich deutlich, daß die Wahrscheinlichkeit nicht eben gering anzusetzen ist, daß in einer konjunkturellen Schwächephase die Drosselung eines Ausgabenwachstums keinen Konsolidierungsbeitrag insgesamt leistet und eher der Umkehrschluß gerechtfertigt erscheint, daß eine Ausgabenerhöhung zunächst zwar das Defizit der öffentlichen Haushalte erhöht, auf mittlere Frist aber über induzierte multiplikative Nachfrageeffekte — unter der Voraussetzung, daß die Ausgaben produktiv eingesetzt werden — einen Teil zur Konsolidierung selbst trägt. Dies mag dann zwar zu einer höheren Steuer- und Staatsquote führen. Doch deren Obergrenzen sind ebenfalls nicht von vornherein vorgegeben; es sei denn, man will aus ordnungspolitischen Gründen eine solche Grenze fixieren. Dies wäre dann eine von der Wissenschaft hinzunehmende, aber nicht eine wissenschaftlich begründbare Grenze. Der in den 70er Jahren zu registrierende Steuerwiderstand zeigt ebenfalls solche objektiven Grenzen nicht auf; eher ist er ein Indiz dafür, daß den Bürgern der Sinn einer Steuer- und Ausgabenerhöhung nicht hinreichend deutlich gemacht werden konnte.

- Zum zweiten stellte sich die Frage, ob ein erhöhtes Defizit nicht eher geeignet ist, einen möglichen Wachstums- und Beschäftigungseffekt zu behindern, weil der öffentliche Kapitalbedarf bei gegebener Geldmenge — über Preis- und/oder Zinssteigerungen — produktive private Investitionen verdränge (crowding-out-Effekt). Diese Befürchtung kann nicht uneingeschränkt geteilt werden. Folgende Überlegungen sprechen dagegen. So wäre erst zu überprüfen, ob eine Verdrängungsthese unterstellbar ist angesichts der Tatsache, daß — erstens — gerade in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen überdurchschnittlich hoch war (die Unternehmen also gar nicht in diesem Umfang auf den Kapitalmarkt angewiesen waren), daß — zweitens — etwa 1979, trotz stei-

gender Defizite der öffentlichen Hände, die Unternehmen ihre Verschuldung erheblich ausweiten konnten (der Kapitalmarkt also sehr ergiebig und elastisch war, was die Überlegung bestätigt, daß über staatliche Defizite dem Kapitalmarkt nicht auf Dauer Mittel entzogen werden, sondern diese Mittel — über Staatsausgaben — wieder zurückfließen), daß — drittens — die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt keineswegs entsprechend der Defizitveränderung reagierte beziehungsweise von einer Reihe anderer Faktoren bestimmt ist (ausländische Zinsentwicklung, Geldpolitik), so daß eine Zurechnung auf öffentliche Defizite ohnehin nicht möglich wäre. Noch schwerer wiegt aber, daß die Verdrängungsthese unterstellt, daß die privaten Investitionen in die Nachfragerücken getreten wären, wenn der Staat über eine zurückhaltende Ausgabenpolitik Freiräume geschaffen hätte; diese Erwartung ist angesichts der langanhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten nicht als gesichert anzusehen. Sie wird in diesem Minderheitsvotum bezweifelt. Denn es ist zu beachten, daß den öffentlichen Investitionen nicht nur eine wichtige Komplementäritätsfunktion zukommt (etwa durch Infrastrukturinvestitionen, die private Investitionen erst möglich und sinnvoll machen), sondern auch eine Kompensationsfunktion (wenn sie Nachfrageeffekte auslösen, die erst eine höhere Kapazitätsauslastung ermöglichen und auf diese Weise Erweiterungsinvestitionen induzieren, oder wenn sie einfach die fehlenden privaten Investitionen ersetzen). Deshalb kann die Verdrängungsthese noch nicht einmal für die Jahre 1979/80 bei — ohnehin nur zeitweilig erreichter — Normalauslastung als erwiesen gelten, weil offen ist, ob ohne diese Defizite die Normalauslastung hätte erreicht werden können.

Zieht man ein Fazit aus diesen Überlegungen, so wird sichtbar, daß eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben keineswegs vorgegebene, objektiv bestimmte Grenzen übersteigt, daß sie keineswegs die mittelfristige Konsolidierungsaufgabe erschweren muß, und daß wachstumshemmende Verdrängungseffekte keineswegs vorgezeichnet sind. Eher erscheint die Umkehrthese gerechtfertigt, daß der Staat gerade in den zurückliegenden Jahren die Verschuldung nie so weit ausdehnte, wie es konjunkturgerecht gewesen wäre. Und überdies ist zu vermuten — und die Konjunkturentwicklung bestätigt dies —, daß der im jetzigen Haushalt angelegte — gegenüber 1980 bereits schwächer werdende — expansive Impuls für 1981 eben nicht ausreichend ist. Die Tatsache, daß der noch immer hoch ist, beweist nicht, daß er zu hoch ist, sondern eher, daß die Finanzpolitik steigende Komplementäritäts- und Kompensationsfunktionen wahrnehmen muß, wenn — für 1981 und danach — Stagnations- oder gar Rezessionsten-

denzen vermieden werden sollen. Soll dies nicht um den Preis einer dramatischen Zusatzverschuldung erfolgen, dürfte auch ein neuerlicher Anstieg der Steuerquote nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Dies muß man im Blick haben, wenn die Frage zu prüfen ist, ob die zu erwartende Konjunkturschwäche — über die beschlossenen Steuerpakete hinaus — eine höhere Ausgabensteigerung bedingt als geplant, ob also in dieser Situation die Finanzpolitik sich nicht auch an der Wachstums- und Beschäftigungssicherung orientieren müßte. Diese Frage zu bejahen, ist gewiß unpopulär. Gleichwohl erscheint es geboten. Dies bedeutet keineswegs eine Vernachlässigung der Konsolidierungsaufgabe und es schließt auch nicht die Notwendigkeit aus, alle Möglichkeiten auszuloten, wo im Haushalt gespart werden kann, um der Finanzpolitik ein höheres Maß an konjunkturpolitischer Flexibilität zurückzugeben. Der Staat hat aber auch eine beschäftigungspolitische Mitverantwortung; und dies um so mehr, je weniger man diese Verantwortung bei der Lohnpolitik allein ansiedeln kann. Dabei soll nicht einer globalen Nachfragepolitik im Sinne breit gestreuter kurzfristiger Konjunkturprogramme das Wort geredet werden. Entscheidend ist vielmehr die gezielte wachstums- und beschäftigungsrelevante Ausgestaltung mittelfristig orientierter staatlicher Investitionen, insbesondere bei Ländern und Gemeinden, die — etwa im Sinne eines neuen Zukunftsinvestitionsprogramms — jene Bedürfnisse der Bevölkerung — Bildung, Gesundheit, Umwelt, Verkehrssicherheit, Energie — in Rechnung stellt und dabei beschäftigungsmäßig den öffentlichen Sektor in jenen Bereichen einbezieht, wo der Bedarf noch keineswegs befriedigt ist. Untersuchungen zeigen, daß sowohl Investitions- wie Personalbedarf durchaus gegeben sind. Dabei ist nicht auszuschließen, daß auch Elemente der Angebotsorientierung insoweit einbezogen werden, als private Investitionen dort gezielt gefördert werden sollten, wo sie nachweislich einen Beitrag zum Strukturwandel leisten oder Beschäftigungseffekte haben. Im Grundsatz dürften aber von Ausgabenerhöhungen eher positive Expansionseffekte ausgehen als von Steuerentlastungen, weil letztere nur indirekt die Nachfrage stützen, Sickerverluste — mangelnde Konsum- oder Investitionsneigung — somit nicht auszuschließen wären. Insofern passen die Steuerentlastungsprogramme für 1981 zwar durchaus in die konjunkturelle Landschaft; doch ihre expansiven Effekte sind aufgrund der gleichzeitigen Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge sowie der indirekten Steuern gefährdet. Allemal aber bleibt die öffentliche Hand in ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung. Sie daraus zu entlassen, hieße, vor dem Problem steigender Arbeitslosigkeit zu resignieren oder Gleichmut zu zeigen. Beides wäre wohl kaum mit dem sozialen Element der Marktwirtschaft in Einklang zu bringen.

Anhang

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	210
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	212
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	213
IV. Methodische Erläuterungen	214
V. Statistischer Anhang	221

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen

Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

**Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums
der Wirtschaft**

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der

Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;

3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.**Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates**

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“ (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation“ (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität“ (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum“ (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967“

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung“ (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms“ (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969“

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —“ (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —“ (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971“

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert“ (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung“ (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973“

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen“ (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung“ (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975“

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren“ (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung“ (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung“ (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978“

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen“ (am 22. November 1979)

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV. Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
\hat{k}_t	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zur realen Bruttowertschöpfung sowie den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden für die Jahre 1960 bis 1970 trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t]$$

Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird der Zeitraum von 1960 bis 1974 verwendet.

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1971 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Es werden jedoch gleitende Zehnjahres-Stützbereiche verwendet. Für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972, 1973 usw. werden also die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971, 1963 bis 1972, usw. genommen.

Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß jeweils der Wert des vorangegangenen Jahres nach Maßgabe der Abnahmerate des Trends im zugehörigen Stützbereich fortgeschrieben wird; k_t^* ergibt sich demnach als Produkt aus k_{t-1}^* und der Abnahmerate der Trendlinie mit dem Stützbereich $[t-10 \text{ bis } t-1]$.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
- Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1980 um 5 vH und 1981 um $2^{1/2}$ vH zunehmen.
 - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.
7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97 $\frac{1}{4}$ vH zugrunde gelegt.

B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition sollen ein Urteil darüber ermöglichen, ob dem Anstieg der Nominallöhne eine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist. Aufgrund der Schwierigkeiten, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für den privaten Sektor nur auf

dessen Kostenniveau ankommt, bleibt der Staat als Produktionsbereich in den Rechnungen zur Reallohnposition außer Betracht.

2. Die durchschnittliche Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen verändert sich dann nicht, wenn die Löhne nicht stärker angehoben werden, als der Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums entspricht. Einer Lohnerhöhung gleichzusetzen ist, wenn die Beiträge angehoben werden, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu entrichten haben.
3. Die wichtigste Einflußgröße für die Veränderung des Verteilungsspielraums ist die zusätzliche Produktion je Erwerbstätigen im privaten Sektor der Volkswirtschaft.
4. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die Kapitalkosten, die die Unternehmen zu tragen haben, dauerhaften Änderungen unterliegen können, die wie Veränderungen der Arbeitsproduktivität die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen verändern. Eine angemessene Erfassung der Kapitalkosten-Änderung ist eine sehr komplexe Aufgabe. Besonders schwierig ist die wertmäßige Erfassung des Kapitalstocks des Unternehmenssektors. Hinzu kommt die Notwendigkeit, den unerwünschten Einfluß konjunktureller Schwankungen auf die Kapitalkosten je Produkteinheit auszuschalten.

Zu den Kapitalkosten der Unternehmen gehören die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sowie die Verzinsung des Kapitals. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu konstanten Preisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Beim Geldvermögen nehmen wir die Entwicklung des Geldvermögens im Sektor Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen als Maßstab für die Entwicklung des gesamten im Unternehmenssektor gebundenen Geldvermögens; der Geldwertschwund wird entsprechend dem Anstieg der Verbraucherpreise berücksichtigt. Für die Ermittlung der Zinskosten ist außerdem noch ein Realzins zu bestimmen. Da konjunkturelle Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Reallohnposition nicht berühren sollen, müssen diese nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ein Trend im Realzins verändert aber durchaus den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen. Wir versuchen, dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr den Realzins ansetzen, der sich im Durchschnitt der jeweils zwölf vorangegangenen Jahre ergeben hat. Den Realzins selbst haben wir aus der Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere sowie der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch abgeleitet; diese beiden Größen bilden am ehesten ab, welchen Nutzen ein Investor aus seinem Kapital hätte ziehen können, wenn er es nicht im Unternehmen eingesetzt hätte.

Nicht nur über die konjunkturellen Einflüsse auf die Zinsen, sondern auch über die konjunkturellen Bewegungen im Auslastungsgrad des Kapitalstocks kommt es zu Schwankungen in den Kapitalkosten

je Produkteinheit und damit der Erlös-Kosten-Relation. Eine Lohnpolitik, die wir kostenniveauneutral nennen, würde solchermaßen begründete Schwankungen der Kapitalkosten je Produkteinheit nicht in Rechnung stellen. Wir haben uns daher entschlossen, die Kapitalkosten in jedem Jahr in der Höhe anzusetzen, wie sie bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Unternehmenssektors anfallen würden, nehmen also auch insofern eine Konjunkturbereinigung vor.

5. Bei der Bemessung dessen, was an zusätzlichem Sozialprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen in einem Jahr mehr zu verteilen ist, werden außerdem Veränderungen des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel (Terms of Trade) berücksichtigt. Wenn sich beispielsweise die Terms of Trade für das Inland verschlechtern, also die Einfuhrpreise im Verhältnis zu den Ausfuhrpreisen steigen, dann ist von daher der Spielraum für Lohnerhöhungen geringer als dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekt entspräche. Von diesem wäre der Einkommenseffekt der Verschlechterung der Terms of Trade abzuziehen; nur dann bliebe die durchschnittliche Erlös-Kosten-Relation unverändert.

Den Einfluß einer Veränderung der Terms of Trade auf die Erlös-Kosten-Relation erfaßt man, indem man statt des Zuwachses des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen den Zuwachs des „Gross National Income“ (Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen abzüglich Außenbeitrag in konstanten Preisen zuzüglich Außenbeitrag in konstanten Importpreisen) je Erwerbstätigen ansetzt. Der Außenbeitrag in konstanten Importpreisen wird ermittelt, indem man den Außenbeitrag in jeweiligen Preisen mit dem Preisindex der Einfuhr deflationiert (JG 66 Anhang VI, Ziffer 5.).

6. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmen die Preise für die an die privaten Haushalte und an den Staat abgesetzten Güter verändern; die Preise für ausgeführte Güter sind bereits im Terms-of-Trade-Effekt berücksichtigt. Allerdings ist zu beachten, daß ein Teil der Preisveränderungen ohne Einfluß auf die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen ist; werden nämlich die indirekten Steuern erhöht (oder die Subventionen des Staates an die Unternehmen gesenkt) und umgekehrt, dann führen entsprechende Preisveränderungen nicht zu einer Veränderung im Kalkül der Unternehmen. Wohl gemerkt, in beiden Fällen kommt es darauf an, wie sich die Größe (Aufkommen an indirekten Steuern, gezahlte Subventionen) im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen verändert haben. In den Rechnungen zur Reallohnposition wird das Kostenäquivalent der Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen gesondert ausgewiesen.
7. Die Reallohnposition ist danach definiert als

$$RLP_t = \frac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}} \cdot \left(\frac{BIP_t^{oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \frac{GNI_t}{BIP_t^f} - \frac{KK_t^{f, oSt}}{E_t^{oSt}} \right) \cdot P^{oSt}$$

Die Symbole bedeuten:

- BLGS Bruttolohn- und gehaltssumme
- AGB Sozialbeiträge der Arbeitgeber
- A Anzahl der abhängig Beschäftigten
- E Anzahl der Erwerbstätigen
- BIP^r Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970

- GNI^r Gross National Income in Preisen von 1970
- oSt Gesamtwirtschaft ohne Staat
- t jeweiliges Beobachtungsjahr
- P^{oTS} Preisindex für privaten Verbrauch und staatliche Käufe ohne indirekte Steuern und Subventionen
- KK^r Kapitalkosten in Preisen von 1970. Sie sind definiert als

$$KK_t^{r,oSt} = \left[D_t^{r,oSt} + (ALV_t^{r,oSt} + VV_t^{r,oSt} + GV_t^{oSt} \cdot \frac{P_{1970}^{PV}}{P_t^{PV}}) i_t \right] \frac{BIP_t^{r,oSt}}{PP_t^{r,oSt} \cdot 0,97}$$

- D Abschreibungen des Anlagevermögens in Preisen von 1970
- ALV Anlagevermögen in Preisen von 1970 im Jahresdurchschnitt
- VV Vorratsvermögen in Preisen von 1970 im Jahresdurchschnitt
- GV Geldvermögen der Unternehmen einschließlich Wohnungsvermietung im Jahresdurchschnitt, ohne Aktien
- PP^r Produktionspotential in Preisen von 1970

- i Mittelfristiger Realzins, ermittelt als arithmetisches Mittel aus den Realzinsen in den jeweils vorhergehenden zwölf Jahren. Der Realzins wird für jedes Jahr errechnet, indem die Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere mit dem Anstieg des Preisindex für den privaten Verbrauch deflationiert wird.
- P^{PV} Preisindex für den privaten Verbrauch (1970 = 100)

8. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie sie in Tabelle 23 ausgewiesen ist, gilt

$${}^qRLP^{-1} = \frac{\frac{{}^qBLGS^{oSt}}{{}^qA^{oSt}} \cdot \frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}}{1 - \frac{KK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r}} - 1}{\frac{{}^qBIP^{r,oSt}}{{}^qE^{oSt}} \cdot \frac{{}^qGNI^r}{{}^qBIP^r} \cdot \frac{1 - \frac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}}{1 - \frac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}} - 1} \cdot {}^qP^{oTS}}$$

Dabei bedeutet q das Verhältnis des Wertes der jeweiligen durch das Suffix bezeichneten Größe im Jahr t zu dem Wert im Jahr t-1

(z. B. ${}^qBLGS^{oSt} = \frac{BLGS_t^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}$)

Die Werte in den Spalten der Tabelle 23 errechnen sich wie folgt. (Die Zahlen in Klammern entsprechen den Spaltenbezeichnungen.) Im einzelnen ist

- (1) $\frac{{}^qBLGS^{oSt}}{{}^qA^{oSt}} - 1$ die Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer
- (2) $\frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}} - 1$ der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber
- (3) $\frac{{}^qBIP^{r,oSt}}{{}^qE^{oSt}} - 1$ die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion je Erwerbstätigen (Produktivitätseffekt)

(4) $\frac{1 - \frac{KK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}{1 - \frac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}} - 1$ der Kapitalkosten-Effekt

(5) $\frac{{}^qGNI^r}{{}^qBIP^r} - 1$ der Terms-of-Trade-Effekt

$q_p^{oTS} - 1$ die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe (ohne indirekte Steuern abzüglich Subventionen). Es gilt

$$q_p^{oTS} = \frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} \cdot q_p$$

$$(6) \frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} - 1$$

Im einzelnen ist dabei

die Veränderung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe, soweit sie rechnerisch auf Veränderungen von indirekten Steuern und Subventionen zurückgeführt werden kann.

Die Symbole bedeuten:

P Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

T Indirekte Steuern

S Subventionen

PV Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen

SK Staatliche Käufe (Anlageinvestitionen des Staates und Staatsverbrauch abzüglich Bruttowertschöpfung des Staates)

(7) $q_p - 1$

die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

9. Wie unter Ziffer 145 erläutert, wurden die Rechnungen zur Reallohnposition in diesem Jahr verändert. Der bisherige Rechengang ist in JG 79, Anhang V, Abschnitt B dargestellt. Die Unterschiede betreffen vor allem den Ansatz von Kapitalkosten und die Verwendung eines geeigneten Preisindex. Der früher verwendete Preisindex für die Lebenshaltung, korrigiert um die Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern, wurde ersetzt durch den Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe sowie durch den Kosteneffekt einer Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen. Tabelle 23 im Textteil zeigt die Unterschiede beider Rechnungen bei einer Analyse von Jahr zu Jahr. Kumuliert man die Veränderungsdaten seit 1962, so ergeben sich die in Tabelle 1 dargestellten Meßziffernreihen. Bei einem langfristigen Vergleich ist aber wegen vielfältiger methodischer Probleme große Vorsicht geboten.

Tabelle 1

Zur längerfristigen Entwicklung der Reallohnposition

Jahr	Reallohnposition – alte Rechnung ¹⁾ –		Reallohnposition – neue Rechnung ²⁾ –	
	1962 = 100	Ver- änderung in vH ³⁾	1962 = 100	Ver- änderung in vH ³⁾
1962	100	.	100	.
1963	100,2	+0,2	99,4	-0,6
1964	99,0	-1,2	98,4	-1,0
1965	99,4	+0,4	98,6	+0,2
1966	100,2	+0,8	99,2	+0,6
1967	98,0	-2,3	97,9	-1,3
1968	97,3	-0,7	95,9	-2,1
1969	98,1	+0,8	99,2	+3,5
1970	103,9	+5,9	101,7	+2,5
1971	105,8	+1,8	103,0	+1,3
1972	105,6	-0,1	102,8	-0,3
1973	107,3	+1,6	103,4	+0,7
1974	110,5	+3,0	105,1	+1,7
1975	109,0	-1,4	102,8	-2,3
1976	106,6	-2,2	101,2	-1,5
1977	106,5	-0,1	101,1	-0,1
1978	106,3	-0,2	100,5	-0,6
1979	105,2	-1,1	99,7	-0,7
1980 ³⁾	105,9	+0,7	99,7	-0,1

¹⁾ Zur Berechnungsmethode siehe Tabelle 23 sowie JG 79 Anhang V, Abschnitt B.

²⁾ Zur Berechnungsmethode siehe Tabelle 23 sowie Anhang IV, Abschnitt B in diesem Gutachten.

³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Eigene Schätzung.

C. Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

(1) $Z_t = BG_t + MR_t + \ddot{U}R_t$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

- Z Zentralbankgeldmenge
- BG Bargeldumlauf
- MR Mindestreserven
- ÜR Überschußreserven
- t Zeitindex

Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

(2) $MR_t^b = MR_t + K_t$

Dabei bedeuten:

- MR^b Bereinigte Mindestreserven
- K Korrekturposten

Es ist

$$(3) K_t = \sum_{\tau = t_0}^t \Delta K_{\tau}$$

mit

$$(4) \Delta K_{\tau} = -(r_{\tau} - r_{\tau-1}) E_{\tau-1}$$

Dabei bedeuten:

r Reservesatz

E Reservepflichtige Bankeinlagen

τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens

t_0 Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

$$(5) Z_t^b = BG_t + (MR_t + K_t) + \dot{U}R_t$$

2. Gelten für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze, so ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreservopolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Da die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservopolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

$$(6) MR_t = \sum_{i=1}^n r_{it} E_{it}$$

Dabei ist

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlageart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

$$(7) Z_t^b = BG_t + \sum_{i=1}^n (r_{it} E_{it} + K_{it}) + \dot{U}R_t$$

Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreservopolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

$$(8) \Delta K_{\tau} = \sum_{i=1}^n -(r_{i\tau} - r_{i\tau-1}) E_{i\tau-1}$$

Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen“, wie sie die Bundesbank berechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert¹⁾:

$$Z_t^{KR} = BG_t + \sum_{i=1}^n r_i^0 E_{it}^1$$

¹⁾ Seit März 1978 verwendet die Deutsche Bundesbank den Bargeldumlauf ohne die seit diesem Monat anrechenbaren Kassenbestände der Kreditinstitute.

Dabei ist

E_{it}^1 Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern

r_i^0 Reservesatz für die Einlageart i in der Basisperiode.

D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahmen) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.
2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.
3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote, Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen und – davon abhängig – konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der durchschnittlichen Staatsquote eines Basiszeitraums und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau; das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t – 1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätz-

größe. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Einnahmepolitik an Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat. Für die Steuern wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basiszeitraums und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralen Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t ; für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen) wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung des Deckungsbeitrags der sonstigen Einnahmen im Jahr t von dem Deckungsbeitrag im Basiszeitraum und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralen Preisniveau. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls. Genauer: Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben eines Jahres bei den jeweils gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

- P_t^i Produktionspotential in Preisen von 1970 im Jahr t
- p_t „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t (in vH)
- P_t^p Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im Vorjahr ($t - 1$) und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t
- P_t^j Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t
- l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)
- G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t
- $g_{o,t}$ Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)
- G_t^p Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential wie im Basiszeitraum für das Jahr t : $\frac{(g_{o,t} \cdot P_t^p)}{100}$
- Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t
- Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^p) im Jahr t
- Y_t^p Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralen“ Preisniveau im Jahr t
- $t_{o,t}$ volkswirtschaftliche Steuerquote (Verhältnis der tatsächlichen Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)
- t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

- T_t^i tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t
- T_t^v Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr
- T_t^p Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum für das Jahr t : $\frac{(t_{o,t} \cdot Y_t^v)}{100}$
- H_t^p konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t
- n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)
- b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)
- i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)
- s_t Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Jahr t (in vH)
- $s_{o,t}$ Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)
- S_t^i tatsächliche sonstige Einnahmen im Jahr t
- K_t^p potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t
- F_t^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Jahr t
- $k_{o,t}$ Verhältnis des auslastungsbereinigten Finanzierungssaldos zum Produktionspotential (Kreditfinanzierungsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

5. Definition der finanzwirtschaftlichen Quoten im Basiszeitraum

Für die Jahre bis einschließlich 1973 werden die finanzwirtschaftlichen Quoten des Jahres 1966 als Quoten des Basiszeitraums verwendet.

Für die Jahre 1974 bis 1978 sind die Quoten des Basiszeitraums definiert als arithmetisches Mittel der finanzwirtschaftlichen Quoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren.

Für die Jahre ab 1978 gelten die Quoten des Basiszeitraums für das Jahr 1978 als neue konstante Quoten.

$$g_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{G_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$t_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{T_{t-j}^i}{Y_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$s_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{S_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$k_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12}$$

$$\frac{F_{t-j}^i + \frac{t_{t-j}}{100} \cdot (P_{t-j}^i \cdot \frac{l_v}{100} - Y_{t-j}^i)}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

6. Sonstige Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_{o,t} \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_{o,t} \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_{o,t}) Y_t^v}{100} + \frac{(s_t - s_{o,t}) \cdot P_t^i}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basiszeitraums ($t_{o,t}$) – als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems – gewichten wir mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$$H_t^n > G_t^i : \text{kontraktiv}$$

$$H_t^n = G_t^i : \text{konjunkturneutral}$$

$$H_t^n < G_t^i : \text{expansiv}$$

$$\text{konjunkturneutrale Staatsquote: } n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$$

$$\text{beanspruchte Staatsquote: } b_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$$

$$\text{realisierte Staatsquote: } i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$$

7. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1 \right) \cdot 100 =$$

$$\left[\frac{\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n} \cdot \frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot (100 + p_{t+1})}{100} \right.$$

$$\left. + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t) P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$\left[- \frac{\frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} \right.$$

$$\left. + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t) P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 34 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{100 + (c)}{100} \cdot \frac{100 + (d)}{100}}{\frac{100 - (g)}{100}} + \frac{(e)}{100} + \frac{(f)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Für die Jahre 1974 bis 1978 ergeben sich dadurch Abweichungen von dieser Rechenvorschrift, daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten, die wir unseren Rechnungen zugrunde legen, wegen des wechselnden Basiszeitraums von Jahr zu Jahr ändern.

8. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = \frac{k_{o,t}}{100} \cdot P_t^n$$

(b) auslastungsbedingte Steuerermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^v)$$

(c) inflationsbedingte Steuerermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^n)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (c).

V.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	222
Tabellenteil	Seite	225
A. Internationale Tabellen	Tabellen	1*—14*
B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	15*—71*

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmererverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche — sowie überwiegend von privaten Haushalten finanzierte — und im Erziehungswesen tätige Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto“ als auch „netto“ (d. h. nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten, Bestandsver-

änderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Sektoren bzw. Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen (Wert der Güter, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben) ab, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Durch Addition der Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche erhält man zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt; sie umfaßt u. a. die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Mehrwertsteuer auf Investitionen (von 1968 bis 1973 gekürzt um Investitionsteuer), schließt jedoch die Einfuhrabgaben aus. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Vorsteuer auf Investitionen (vermindert um Investitionsteuer) ab, erhält man die Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors. Addiert man hierzu die Bruttowertschöpfung des Staates, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, ergibt sich die gesamte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Um das Bruttoinlandsprodukt zu erhalten, müssen zur Bruttowertschöpfung die Einfuhrabgaben, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, hinzugefügt werden. Dieser Schritt läßt sich nur für alle Sektoren zusammen vollziehen, da die Einfuhrabgaben alle Sektoren betreffen und vereinfachende Hilfskonstruktionen nicht anwendbar sind.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem letzten Verbrauch (Privater- und Staatsverbrauch), den Bruttoinvestitionen und dem Außenbeitrag. Der Außenbeitrag ergibt sich nach Abzug der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt) von der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern und Einfuhrabgaben) und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

Bruttowertschöpfung
+ Einfuhrabgaben
= Bruttoinlandsprodukt
+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
– Abschreibungen
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
– Indirekte Steuern
+ Subventionen
= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des Staates und die unverteilt Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die unverteilt Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Bruttoinvestitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen Privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie z. B. der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbstgestellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die in

den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; aufgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1970) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfasst werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1970) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1970. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1970; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

**Kaufkraftparitäten zur Umrechnung der binnenwirtschaftlichen Ströme in reale Werte
(letzte inländische Verwendung)**

1 Kaufkraftstandard¹⁾ =

Jahr	DM	FF	100 LIT	HFL	BFR	LFR	UKL	IRL	DKR
1960	4,31	5,91	5,76	3,15	57,05	53,25	0,395	0,353	6,98
1963	4,26	6,05	6,00	3,10	54,36	54,52	0,383	0,344	7,21
1964	4,20	6,02	6,11	3,23	54,30	54,75	0,381	0,357	7,23
1965	4,19	5,95	6,12	3,27	54,62	55,01	0,384	0,361	7,45
1966	4,19	5,91	6,05	3,34	54,81	54,52	0,386	0,357	7,64
1967	4,13	5,95	6,07	3,39	55,11	52,92	0,387	0,358	7,86
1968	4,07	5,99	5,97	3,37	54,82	54,42	0,391	0,362	8,17
1969	4,01	6,08	5,90	3,43	53,99	52,38	0,393	0,373	8,20
1970	4,01	6,03	5,88	3,40	52,81	52,03	0,393	0,381	8,28
1971	4,00	5,92	5,87	3,45	52,17	50,38	0,399	0,388	8,33
1972	3,95	5,88	5,87	3,52	51,76	50,43	0,403	0,404	8,46
1973	3,89	5,80	6,11	3,51	50,46	49,64	0,403	0,416	8,52
1974	3,67	5,81	6,57	3,44	50,34	48,43	0,423	0,423	8,71
1975	3,43	5,77	6,72	3,37	50,36	47,93	0,467	0,459	8,50
1976	3,26	5,79	7,33	3,36	49,88	48,81	0,491	0,499	8,41
1977	3,11	5,83	7,98	3,28	49,05	46,81	0,513	0,524	8,52
1978	3,01	5,93	8,46	3,24	48,16	46,26	0,526	0,541	8,71

¹⁾ Statistische Einheit errechnet über Kaufkraftparitäten, die die Devisenwechselkurse zwischen zwei oder mehr Ländern ersetzen können, wenn es darum geht, die jeweiligen inländischen Wirtschaftsströme in realen Werten, d. h. bewertet mit einem einheitlichen Preissystem, zu vergleichen. Zur Methode der Berechnung der Kaufkraftparitäten und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG 1960–1978, Heft März 1980, S. VI ff.

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Bevölkerung und Erwerbstätige¹⁾ in den EG-Ländern
 1000

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland ²⁾	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
Gesamtbevölkerung										
1960	232 204	55 433	9 119	45 684	50 198	315	11 483	4 581	52 559	2 832
1961	234 372	56 175	9 166	46 163	50 523	319	11 637	4 617	52 954	2 818
1962	236 911	56 837	9 218	46 998	50 843	323	11 801	4 647	53 414	2 830
1963	239 201	57 389	9 283	47 816	51 198	326	11 964	4 684	53 691	2 850
1964	241 320	57 971	9 367	48 310	51 600	330	12 125	4 720	54 033	2 864
1965	243 450	58 619	9 448	48 758	51 987	333	12 293	4 758	54 378	2 876
1966	245 276	59 148	9 508	49 164	52 332	335	12 455	4 797	54 653	2 884
1967	246 662	59 286	9 557	49 548	52 667	335	12 597	4 839	54 933	2 900
1968	247 990	59 500	9 590	49 914	52 987	337	12 726	4 867	55 157	2 913
1969	250 248	60 067	9 613	50 318	53 317	339	12 873	4 891	55 902	2 929
1970	251 495	60 651	9 638	50 772	53 661	340	13 032	4 929	55 522	2 950
1971	253 405	61 284	9 673	51 251	54 005	345	13 194	4 963	55 712	2 978
1972	255 056	61 669	9 711	51 701	54 412	348	13 330	4 992	55 869	3 024
1973	256 633	61 976	9 742	52 118	54 913	353	13 438	5 022	56 000	3 072
1974	257 533	62 054	9 772	52 460	55 168	355	13 545	5 045	56 010	3 124
1975	258 165	61 829	9 801	52 705	55 587	359	13 666	5 060	55 981	3 177
1976	258 574	61 531	9 818	52 892	55 938	361	13 774	5 073	55 959	3 228
1977	258 984	61 400	9 830	53 078	56 179	362	13 856	5 088	55 919	3 272
1978	259 476	61 327	9 841	53 278	56 406	362	13 942	5 104	55 902	3 314
1979	260 126	61 359	9 848	53 478	56 609	363	14 038	5 117	55 946	3 368
Erwerbstätige										
1960	101 510	26 080	3 481	19 581	20 630	134	4 182	.	24 313	1 055
1961	102 324	26 441	3 510	19 594	20 667	134	4 243	.	24 598	1 053
1962	102 587	26 534	3 566	19 628	20 450	135	4 328	.	24 770	1 060
1963	102 676	26 596	3 592	19 820	20 139	134	4 387	.	24 800	1 066
1964	103 295	26 618	3 641	20 031	20 066	135	4 464	.	25 083	1 071
1965	103 454	26 769	3 648	20 105	19 680	136	4 502	.	25 320	1 069
1966	103 442	26 686	3 665	20 262	19 377	136	4 537	2 234	25 479	1 066
1967	102 427	25 817	3 654	20 317	19 596	134	4 523	2 221	25 106	1 060
1968	102 304	25 839	3 650	20 303	19 585	133	4 565	2 239	24 927	1 063
1969	103 340	26 240	3 711	20 644	19 676	134	4 641	2 266	24 962	1 066
1970	103 874	26 570	3 691	20 856	19 741	137	4 696	2 281	24 848	1 053
1971	103 713	26 639	3 729	20 934	19 728	143	4 724	2 278	24 484	1 055
1972	103 501	26 580	3 725	21 037	19 509	147	4 683	2 309	24 461	1 050
1973	104 650	26 648	3 774	21 303	19 656	150	4 685	2 339	25 038	1 057
1974	104 773	26 155	3 828	21 461	19 947	155	4 687	2 344	25 129	1 067
1975	103 416	25 266	3 776	21 213	19 978	154	4 656	2 324	25 000	1 049
1976	103 250	25 033	3 752	21 317	20 138	152	4 649	2 358	24 818	1 034
1977	103 589	24 993	3 746	21 443	20 269	151	4 662	2 359	24 929	1 037
1978	103 998	25 181	3 748	21 476	20 376	150	4 673	2 368	24 978	1 048
1979	104 576	25 494	3 757	21 555	20 414	151	4 704	2 401	25 035	1 065

¹⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).²⁾ Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

Quelle: SAEG

Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾ und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland ²⁾	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
Beschäftigte Arbeitnehmer										
1960	77 005	20 090	2 565	13 926	12 257	95	3 296	.	22 547	650
1961	78 430	20 580	2 609	14 086	12 588	96	3 369	.	22 839	650
1962	79 588	20 876	2 674	14 261	12 885	97	3 465	.	23 024	659
1963	80 551	21 113	2 724	14 583	13 093	99	3 536	.	23 067	669
1964	81 626	21 349	2 799	14 913	13 088	101	3 623	.	23 363	680
1965	82 178	21 639	2 828	15 095	12 780	103	3 676	.	23 614	702
1966	82 596	21 650	2 854	15 353	12 669	105	3 722	1 757	23 785	702
1967	81 807	20 921	2 845	15 508	12 918	103	3 718	1 754	23 335	705
1968	82 089	21 054	2 845	15 590	13 076	104	3 775	1 781	23 149	715
1969	83 608	21 636	2 911	16 051	13 388	106	3 865	1 816	23 109	726
1970	84 744	22 148	2 985	16 584	13 472	111	3 933	1 840	22 946	725
1971	85 069	22 328	3 048	16 813	13 635	117	3 972	1 845	22 575	737
1972	85 436	22 360	3 063	17 068	13 698	122	3 942	1 884	22 562	737
1973	86 833	22 500	3 123	17 450	13 918	125	3 958	1 919	23 091	749
1974	87 173	22 092	3 186	17 706	14 192	130	3 972	1 928	23 204	763
1975	86 127	21 329	3 138	17 548	14 253	130	3 956	1 913	23 114	747
1976	86 171	21 233	3 121	17 706	14 398	129	3 965	1 950	22 932	737
1977	86 682	21 296	3 118	17 871	14 531	128	3 999	1 952	23 043	744
1978	87 143	21 556	3 121	17 937	14 568	127	4 020	1 961	23 092	761
Registrierte Arbeitslose										
1960	2 549	271	110	131	1 546	0,1	30	31	377	53
1961	2 203	181	88	112	1 407	0,1	22	25	347	21
1962	2 073	155	71	125	1 162	0,1	23	23	467	47
1963	2 117	186	54	143	1 069	0,2	25	32	558	50
1964	1 916	169	53	113	1 087	0,0	22	19	404	49
1965	1 972	147	65	141	1 180	0,0	27	16	347	49
1966	1 961	161	74	147	1 115	0,0	37	18	361	48
1967	2 490	459	98	196	1 024	0,2	79	22	557	55
1968	2 407	323	116	254	961	0,1	72	39	583	59
1969	2 093	179	87	223	887	0,0	53	31	576	57
1970	2 127	149	81	262	888	0,0	46	24	612	65
1971	2 591	185	85	338	1 038	0,020	62	29	792	62
1972	2 868	246	105	384	1 048	0,042	108	28	876	72
1973	2 597	273	111	394	1 005	0,046	110	18	619	67
1974	3 067	582	124	498	997	0,058	135	48	615	67
1975	4 612	1 074	208	840	1 107	0,265	195	114	978	96
1976	5 238	1 060	267	934	1 182	0,457	211	118	1 359	108
1977	5 736	1 030	308	1 072	1 382	0,821	207	147	1 484	106
1978	5 972	993	333	1 167	1 529	1,166	206	170	1 475	99
1979	6 060	876	352	1 350	1 653	1,055	210	138	1 391	90

¹⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).²⁾ Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten										
1963	331,1	89,8	12,5	67,0	55,5	0,5	16,7	.	79,2	2,3
1964	365,5	99,9	14,0	74,6	59,6	0,6	18,9	.	86,7	2,5
1965	396,0	109,5	15,2	81,4	63,9	0,6	20,8	.	92,4	2,7
1966	425,2	116,6	16,3	88,5	70,0	0,7	22,1	10,0	98,1	2,8
1967	450,8	119,6	17,3	95,0	77,0	0,7	24,0	10,8	103,3	3,1
1968	490,6	131,4	18,7	102,5	84,8	0,8	26,6	11,5	110,9	3,5
1969	545,1	148,8	21,0	115,1	94,6	0,9	29,7	13,1	118,0	3,9
1970	613,0	169,6	23,9	129,9	107,0	1,0	33,7	14,3	129,3	4,3
1971	682,3	189,3	26,5	147,5	116,7	1,1	37,6	15,8	143,0	4,8
1972	757,4	209,6	29,9	166,9	128,0	1,2	41,7	17,9	156,6	5,5
1973	870,2	238,0	34,8	192,1	147,6	1,5	48,0	20,4	181,2	6,5
1974	985,8	271,8	40,9	219,9	169,8	1,9	55,5	22,2	196,6	7,1
1975	1 107,6	303,2	45,1	251,9	187,0	1,8	62,3	25,4	223,0	8,1
1976	1 265,6	346,7	51,7	288,3	214,8	2,0	71,9	29,4	251,7	9,2
1977	1 405,0	386,9	56,6	321,5	238,4	2,2	80,2	32,3	276,6	10,5
1978	1 553,2	428,8	61,6	359,0	260,6	2,4	87,6	35,2	305,9	12,0
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975										
1963	708,5	195,1	27,2	143,4	117,6	1,2	35,5	.	167,1	.
1964	749,0	208,2	29,1	152,7	120,8	1,3	38,6	.	175,6	.
1965	779,4	219,7	30,1	160,0	124,4	1,3	40,6	.	179,5	.
1966	806,9	225,5	31,0	168,3	131,6	1,3	41,7	18,9	183,1	.
1967	833,6	225,4	32,3	176,1	141,0	1,3	43,9	19,8	188,1	.
1968	877,0	239,6	33,6	183,5	149,9	1,4	46,7	20,7	195,4	.
1969	926,3	258,2	35,8	196,1	158,8	1,5	49,7	22,0	197,8	.
1970	971,8	273,3	38,0	207,3	167,1	1,5	53,0	22,5	202,2	6,8
1971	1 004,1	282,0	39,4	218,5	169,6	1,6	55,4	23,1	207,5	7,0
1972	1 043,3	292,3	41,6	231,2	174,5	1,7	57,4	24,4	212,8	7,4
1973	1 107,0	307,3	44,0	243,3	186,9	1,9	60,7	25,6	229,5	7,8
1974	1 125,1	309,6	46,0	251,1	194,4	1,9	62,9	25,5	225,7	8,1
1975	1 107,6	303,2	45,1	251,9	187,0	1,8	62,3	25,4	223,0	8,1
1976	1 160,9	318,8	47,5	263,8	197,4	1,8	65,6	27,0	230,8	8,3
1977	1 186,7	327,6	47,9	271,2	201,0	1,8	67,3	27,6	233,3	8,7
1978	1 222,6	337,9	49,1	281,4	205,5	1,9	68,9	27,9	240,7	9,3

¹⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern¹⁾KKS²⁾

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten										
1963	3 225	3 375	3 488	3 379	2 758	4 005	3 804	.	3 195	2 184
1964	3 539	3 755	3 857	3 725	2 970	4 491	4 228	.	3 456	2 371
1965	3 827	4 092	4 166	4 049	3 247	4 680	4 620	.	3 649	2 503
1966	4 110	4 368	4 440	4 370	3 614	4 924	4 880	4 496	3 849	2 673
1967	4 401	4 633	4 746	4 678	3 928	5 290	5 296	4 842	4 116	2 927
1968	4 796	5 084	5 112	5 051	4 328	5 689	5 834	5 148	4 448	3 282
1969	5 275	5 670	5 665	5 576	4 809	6 739	6 394	5 769	4 726	3 674
1970	5 902	6 383	6 480	6 226	5 419	7 507	7 179	6 289	5 202	4 078
1971	6 578	7 104	7 109	7 045	5 917	7 707	7 953	6 927	5 840	4 569
1972	7 318	7 886	8 029	7 934	6 562	8 278	8 898	7 755	6 402	5 280
1973	8 315	8 932	9 226	9 017	7 508	10 194	10 244	8 727	7 239	6 172
1974	9 409	10 390	10 694	10 245	8 514	12 284	11 840	9 465	7 825	6 695
1975	10 710	11 998	11 953	11 873	9 358	11 474	13 378	10 941	8 918	7 711
1976	12 257	13 849	13 766	13 525	10 664	13 199	15 475	12 455	10 142	8 868
1977	13 563	15 480	15 101	14 993	11 759	14 264	17 206	13 713	11 094	10 078
1978	14 937	17 045	16 439	16 717	12 788	15 817	18 756	14 859	12 249	11 411
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975										
1963	6 900	7 337	7 573	7 238	5 840	8 892	8 101	.	6 737	.
1964	7 251	7 822	7 990	7 623	6 019	9 460	8 636	.	7 000	.
1965	7 534	8 208	8 255	7 960	6 319	9 550	9 015	.	7 090	.
1966	7 800	8 449	8 464	8 307	6 792	9 688	9 188	8 476	7 188	.
1967	8 139	8 732	8 828	8 670	7 194	10 053	9 706	8 913	7 491	.
1968	8 572	9 274	9 199	9 039	7 655	10 482	10 234	9 231	7 840	.
1969	8 963	9 839	9 636	9 498	8 068	11 379	10 718	9 708	7 923	.
1970	9 356	10 287	10 283	9 941	8 463	11 164	11 292	9 866	8 139	6 452
1971	9 682	10 587	10 578	10 438	8 595	11 143	11 720	10 147	8 474	6 667
1972	10 081	10 998	11 158	10 988	8 946	11 475	12 249	10 586	8 701	7 085
1973	10 578	11 533	11 668	11 420	9 510	12 410	12 949	10 932	9 167	7 391
1974	10 739	11 838	12 011	11 700	9 745	12 565	13 421	10 864	8 980	7 561
1975	10 710	11 998	11 953	11 873	9 358	11 474	13 378	10 941	8 918	7 711
1976	11 243	12 735	12 650	12 373	9 801	11 963	14 115	11 451	9 300	7 992
1977	11 456	13 109	12 797	12 649	9 918	12 211	14 445	11 715	9 358	8 424
1978	11 758	13 429	13 088	13 105	10 084	12 831	14 738	11 801	9 636	8 868

¹⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Verfügbares Nettovolkseinkommen¹⁾ und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern²⁾

in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten

Mrd KKS³⁾

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
Verfügbares Nettovolkseinkommen ¹⁾										
1963	301,8	80,3	11,4	60,4	51,5	0,5	15,3	.	73,2	2,2
1964	332,7	89,3	12,8	67,3	55,0	0,5	17,4	.	80,0	2,5
1965	360,2	97,5	13,9	73,4	59,1	0,5	19,1	.	85,4	2,6
1966	386,0	103,5	14,8	79,7	65,0	0,6	20,3	9,3	90,2	2,7
1967	408,8	105,7	15,8	85,4	71,5	0,6	22,0	10,0	94,9	3,0
1968	445,3	116,5	17,0	92,2	78,8	0,7	24,4	10,7	101,6	3,4
1969	495,1	132,2	19,1	103,7	88,0	0,8	27,3	12,1	108,1	3,7
1970	554,9	149,8	21,6	116,9	98,9	0,9	31,0	13,3	118,4	4,1
1971	616,0	166,5	23,9	132,8	108,0	1,0	34,3	14,6	130,3	4,6
1972	682,6	183,9	27,1	150,2	118,4	1,1	38,0	16,5	142,1	5,2
1973	783,4	208,7	31,5	172,2	135,7	1,5	44,2	19,1	164,4	6,2
1974	879,9	236,8	37,0	195,3	154,2	1,9	50,7	20,5	176,8	6,8
1975	980,5	263,0	40,7	222,6	167,3	1,9	55,7	23,2	198,4	7,8
1976	1 121,1	302,1	46,9	252,9	192,8	2,2	65,0	27,0	223,6	8,7
1977	1 243,3	336,6	51,2	283,6	213,7	2,4	72,5	29,7	243,6	10,0
1978	1 375,9	375,3	55,8	318,1	233,6	2,5	78,7	32,1	268,2	11,5
Einkommen aus unselbständiger Arbeit										
1963	169,7	45,2	6,0	31,1	25,8	0,3	8,6	.	47,7	1,1
1964	187,9	50,2	6,8	34,9	28,4	0,3	9,9	.	51,8	1,2
1965	204,5	55,8	7,4	38,1	29,9	0,3	11,1	.	55,6	1,3
1966	220,5	60,2	8,1	41,3	32,4	0,3	12,2	5,3	59,2	1,4
1967	232,0	61,0	8,7	44,3	35,7	0,4	13,1	5,7	61,6	1,6
1968	252,3	66,5	9,2	49,2	39,5	0,4	14,5	6,2	65,2	1,7
1969	280,9	75,9	10,4	55,4	44,0	0,4	16,6	7,0	69,3	1,9
1970	324,0	89,8	11,9	63,4	51,6	0,5	19,1	7,8	77,6	2,2
1971	365,4	101,8	13,8	73,0	59,2	0,6	21,6	8,7	84,2	2,5
1972	407,9	113,3	15,9	82,3	66,0	0,7	23,7	9,6	93,6	2,8
1973	473,4	130,8	18,8	96,2	77,1	0,8	27,5	10,9	107,9	3,3
1974	554,0	152,6	22,7	114,5	89,1	1,0	32,6	12,6	124,9	3,9
1975	642,8	170,0	26,1	135,8	106,0	1,2	37,5	14,7	146,9	4,6
1976	722,3	192,1	30,1	156,6	118,6	1,3	41,9	16,7	160,0	5,0
1977	798,3	214,8	33,5	175,9	133,2	1,4	46,6	18,2	169,1	5,6
1978	878,3	236,0	36,6	195,2	145,1	1,6	51,0	19,5	187,0	6,4

¹⁾ Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.²⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG...Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).³⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten										
1963	208,3	53,6	8,4	41,8	35,5	0,3	10,2	.	52,1	1,8
1964	225,5	58,5	8,9	45,8	37,9	0,4	11,1	.	55,7	1,9
1965	243,9	64,8	9,7	49,6	40,7	0,4	12,2	.	58,9	2,0
1966	263,0	69,6	10,3	54,0	45,4	0,4	12,9	6,0	62,1	2,1
1967	279,9	72,9	10,8	58,0	49,9	0,4	13,8	6,5	65,2	2,3
1968	302,1	78,9	11,8	62,8	54,1	0,4	15,1	6,8	69,7	2,5
1969	332,8	88,0	13,0	70,5	59,9	0,5	16,9	7,6	73,7	2,8
1970	369,1	97,7	14,2	78,2	67,7	0,5	19,1	8,3	80,3	3,0
1971	410,6	109,3	15,8	89,3	73,7	0,6	21,1	8,9	88,6	3,3
1972	457,6	121,8	17,8	100,9	81,1	0,7	23,3	9,6	98,8	3,6
1973	520,3	136,4	20,8	115,3	92,6	0,8	26,6	11,2	112,4	4,2
1974	593,9	156,7	24,2	134,5	106,8	0,9	30,5	12,3	123,2	4,8
1975	681,7	184,7	27,3	155,8	121,2	1,0	35,5	14,3	136,5	5,2
1976	772,6	210,4	31,4	179,2	135,7	1,2	40,8	16,9	151,2	5,9
1977	857,7	234,7	34,7	198,9	150,8	1,3	46,3	18,5	165,8	6,6
1978	944,1	257,0	37,7	221,4	165,0	1,4	50,6	19,6	183,8	7,5
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975										
1963	427,0	110,8	17,1	87,9	71,9	0,6	20,4	.	105,3	.
1964	445,5	116,4	17,6	92,7	74,4	0,7	21,5	.	108,4	.
1965	464,4	124,3	18,3	96,6	77,2	0,7	23,0	.	110,0	.
1966	482,7	128,6	18,8	101,4	82,8	0,7	23,6	10,8	112,2	.
1967	500,6	130,6	19,3	106,4	88,6	0,7	24,7	11,2	114,9	.
1968	522,1	136,7	20,4	110,3	93,1	0,7	26,2	11,5	118,8	.
1969	550,3	146,9	21,4	117,4	99,1	0,8	28,0	12,2	119,7	.
1970	579,4	156,6	22,1	122,9	106,4	0,8	30,2	12,6	123,0	4,7
1971	604,6	164,8	23,2	130,6	109,5	0,9	31,3	12,7	126,9	4,9
1972	633,5	171,8	24,5	138,5	113,2	0,9	32,4	13,0	134,2	5,1
1973	662,5	175,8	26,4	146,3	119,7	0,9	33,6	13,8	140,6	5,4
1974	671,5	178,0	27,2	151,0	122,9	1,0	34,5	13,7	137,9	5,5
1975	681,7	184,7	27,3	155,8	121,2	1,0	35,5	14,3	136,5	5,2
1976	706,7	191,3	28,7	164,4	125,4	1,1	37,3	15,3	137,7	5,4
1977	721,2	196,4	29,2	168,9	128,3	1,1	39,1	15,3	137,1	5,7
1978	748,3	203,0	29,9	176,8	132,0	1,1	40,4	15,2	143,7	6,1

¹⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten										
1963	47,4	11,3	1,6	9,0	8,0	0,1	2,6	.	13,4	0,3
1964	51,3	11,9	1,8	9,9	8,8	0,1	2,9	.	14,3	0,3
1965	56,6	13,3	1,9	10,7	9,9	0,1	3,2	.	15,6	0,4
1966	61,0	14,1	2,1	11,5	10,7	0,1	3,5	1,7	16,9	0,4
1967	66,0	15,0	2,3	12,3	11,4	0,1	3,9	1,9	18,6	0,4
1968	71,1	15,6	2,5	13,9	12,6	0,1	4,2	2,2	19,6	0,5
1969	78,1	17,8	2,9	15,4	13,9	0,1	4,7	2,5	20,3	0,5
1970	88,3	20,5	3,2	17,4	15,3	0,1	5,5	2,9	22,8	0,6
1971	102,7	24,3	3,7	19,8	18,7	0,1	6,3	3,4	25,6	0,7
1972	115,1	26,9	4,3	22,0	21,3	0,1	7,0	3,8	28,9	0,8
1973	131,5	31,2	5,1	25,3	23,5	0,2	7,8	4,3	33,1	1,0
1974	155,3	37,9	6,0	29,9	26,3	0,2	9,4	5,2	39,2	1,2
1975	186,0	43,8	7,4	36,2	29,8	0,3	11,3	6,3	49,4	1,5
1976	207,9	47,9	8,5	42,3	32,8	0,3	12,9	7,1	54,4	1,7
1977	229,1	53,0	9,5	47,9	37,2	0,3	14,5	7,8	57,0	1,9
1978	256,1	58,8	10,8	54,2	42,9	0,4	16,0	8,6	62,2	2,2
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975										
1963	127,7	32,0	4,3	23,7	18,9	0,2	8,3	.	36,2	.
1964	130,5	32,0	4,4	24,7	19,5	0,2	8,4	.	36,8	.
1965	134,9	33,4	4,7	25,5	20,2	0,2	8,6	.	37,7	.
1966	138,0	33,5	4,9	26,2	21,1	0,2	8,7	4,0	38,7	.
1967	144,1	34,4	5,2	27,3	22,0	0,2	8,9	4,3	40,9	.
1968	146,9	33,8	5,4	28,8	23,1	0,2	9,1	4,5	41,1	.
1969	150,9	35,6	5,7	30,0	23,8	0,2	9,5	4,8	40,3	.
1970	156,3	37,3	5,8	31,2	24,6	0,2	10,1	5,2	40,9	1,1
1971	162,9	39,2	6,1	32,3	26,0	0,2	10,4	5,4	42,1	1,2
1972	168,9	40,3	6,5	33,2	27,4	0,2	10,6	5,7	43,8	1,3
1973	175,0	42,0	6,8	34,2	28,0	0,2	10,7	5,8	45,9	1,3
1974	178,8	43,0	7,1	34,6	28,8	0,2	10,9	6,1	46,6	1,4
1975	186,0	43,8	7,4	36,2	29,8	0,3	11,3	6,3	49,4	1,5
1976	191,2	44,0	7,7	38,5	30,6	0,3	11,8	6,4	50,4	1,6
1977	193,3	44,4	7,9	39,1	31,2	0,3	12,2	6,6	49,9	1,6
1978	199,5	46,2	8,4	40,6	32,3	0,3	12,5	6,9	50,7	1,7

¹⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	EG der Neun	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten										
1963	73,0	22,9	2,6	14,8	13,3	0,2	3,9	.	13,2	0,5
1964	83,4	26,6	3,1	17,1	13,2	0,2	4,8	.	15,9	0,5
1965	88,4	28,6	3,4	18,9	12,3	0,2	5,2	.	16,9	0,6
1966	94,3	29,6	3,7	21,0	13,2	0,2	5,8	2,4	17,9	0,6
1967	98,3	27,7	4,0	22,6	15,0	0,2	6,3	2,6	19,4	0,6
1968	106,3	29,5	4,0	23,9	17,2	0,2	7,1	2,7	21,0	0,7
1969	119,6	34,8	4,5	27,0	19,9	0,2	7,3	3,2	21,9	0,9
1970	139,5	43,3	5,4	30,4	22,8	0,2	8,7	3,5	24,1	1,0
1971	155,7	49,9	5,8	34,8	23,8	0,3	9,7	3,9	26,4	1,1
1972	170,3	54,2	6,4	39,5	25,3	0,3	9,9	4,5	28,9	1,3
1973	195,4	58,0	7,4	45,7	30,5	0,4	11,0	5,2	35,5	1,6
1974	219,1	59,0	9,3	53,5	37,7	0,5	12,1	5,5	40,0	1,7
1975	234,3	62,6	10,1	58,6	38,4	0,5	12,9	5,6	43,8	1,8
1976	264,1	71,2	11,4	67,1	42,8	0,5	13,8	7,1	48,1	2,1
1977	288,9	80,0	12,3	71,9	46,8	0,6	16,7	7,4	50,5	2,6
1978	317,1	91,8	13,4	77,2	49,0	0,6	18,6	7,9	55,5	3,2
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975										
1963	156,8	46,9	6,0	30,4	32,7	0,4	7,7	.	28,4	.
1964	171,5	52,2	6,9	33,5	30,8	0,5	9,2	.	33,2	.
1965	176,3	54,7	7,2	35,9	28,2	0,4	9,6	.	34,8	.
1966	183,1	55,4	7,7	38,5	29,4	0,4	10,4	4,6	35,6	.
1967	189,6	51,6	7,9	40,8	32,9	0,4	11,3	5,0	38,6	.
1968	200,6	53,7	7,8	43,1	36,4	0,3	12,6	5,0	40,4	.
1969	214,3	59,3	8,2	47,0	39,2	0,4	12,3	5,7	40,6	.
1970	227,2	65,8	8,9	49,2	40,4	0,4	13,4	5,8	41,6	1,6
1971	235,0	70,0	8,7	52,7	39,1	0,5	13,9	6,0	42,4	1,7
1972	242,4	72,4	9,0	56,5	39,5	0,5	13,5	6,5	42,5	1,9
1973	254,0	72,6	9,6	59,9	42,5	0,6	14,1	7,0	45,5	2,2
1974	246,6	65,4	10,3	60,5	44,0	0,5	13,6	6,2	44,2	1,9
1975	234,3	62,6	10,1	58,6	38,4	0,5	12,9	5,6	43,8	1,8
1976	241,8	65,6	10,5	60,8	39,3	0,5	12,6	6,5	44,2	1,9
1977	244,4	68,2	10,5	60,4	39,3	0,5	14,0	6,3	43,2	2,0
1978	251,0	72,4	10,7	61,2	39,1	0,5	14,4	6,4	43,9	2,3

¹⁾ Berechnet nach dem ESG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Tabelle 10*

Außenhandel der EG-Länder¹⁾Mrd KKS²⁾ in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten

Jahr	EG der Neun ³⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen										
1963	60,2	15,2	5,3	9,2	5,9	0,4	6,0	2,1	15,5	0,6
1964	67,0	17,0	6,0	10,3	6,8	0,5	6,9	2,4	16,4	0,6
1965	73,9	18,8	6,5	11,6	8,1	0,5	7,6	2,6	17,6	0,7
1966	80,9	21,1	7,2	12,6	9,0	0,5	8,0	2,8	18,8	0,8
1967	86,2	22,9	7,6	13,6	10,0	0,5	8,6	2,9	19,2	0,9
1968	98,9	26,8	8,8	15,5	12,0	0,6	10,0	3,1	21,2	1,0
1969	114,8	31,1	10,7	18,0	13,9	0,7	12,0	3,6	23,7	1,1
1970	133,2	36,9	12,5	21,1	15,6	0,9	14,1	4,0	26,9	1,2
1971	149,1	41,5	13,4	24,2	17,2	0,9	16,2	4,3	30,0	1,4
1972	164,8	46,0	15,6	28,0	19,4	1,0	18,5	4,8	29,9	1,6
1973	202,1	59,4	20,0	35,1	21,3	1,4	23,4	6,1	33,7	1,9
1974	272,3	81,7	26,6	45,7	29,5	1,9	32,5	7,9	44,2	2,3
1975	283,4	80,9	26,0	50,6	32,5	1,6	33,8	8,5	46,8	2,7
1976	344,1	101,2	32,7	59,8	38,6	1,8	42,2	9,9	54,7	3,2
1977	389,5	114,2	37,0	67,2	45,3	2,0	45,3	10,8	63,6	4,0
1978	420,6	123,9	39,0	74,1	50,2	2,2	47,2	11,3	68,1	4,7
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen										
1963	60,7	13,8	5,4	8,9	7,7	0,4	6,2	2,1	15,4	0,8
1964	68,1	15,5	6,0	10,3	7,4	0,5	7,3	2,6	17,5	0,9
1965	73,0	18,3	6,4	10,7	7,6	0,5	7,8	2,8	17,9	1,0
1966	78,8	19,1	7,3	12,2	8,9	0,5	8,4	3,0	18,5	1,1
1967	83,0	18,6	7,4	13,2	10,2	0,5	8,9	3,1	20,0	1,1
1968	94,1	22,1	8,7	15,3	11,2	0,5	10,0	3,3	21,8	1,2
1969	110,6	26,8	10,4	18,8	13,6	0,6	11,9	3,9	23,1	1,5
1970	128,8	32,6	11,8	20,7	16,3	0,8	14,5	4,5	25,9	1,6
1971	141,2	36,7	12,7	22,8	17,4	0,9	16,3	4,7	28,1	1,8
1972	155,7	39,9	14,4	26,6	19,8	0,9	17,3	4,8	30,1	1,9
1973	195,8	48,8	18,9	33,9	25,3	1,2	21,7	6,7	37,1	2,3
1974	274,8	65,0	26,1	49,0	37,5	1,6	30,7	8,9	53,0	3,2
1975	272,4	68,4	25,5	48,7	34,4	1,6	31,1	8,9	50,7	3,1
1976	341,4	88,4	32,5	63,7	42,8	1,9	38,7	11,7	58,0	3,8
1977	376,8	98,7	37,2	68,7	46,2	2,0	43,2	12,3	63,6	4,8
1978	398,0	105,7	39,3	71,9	48,7	2,3	45,7	12,3	66,6	5,6

¹⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.³⁾ Einschließlich der entsprechenden innergemeinschaftlichen Transaktionen.

Quelle: SAEG

Tabelle 11*

Industrielle Produktion in den EG-Ländern

1975 = 100

Zeitraum	EG der Neun	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Italien	Luxem- burg	Nieder- lande	Däne- mark	Großbri- tannien	Irland
1960	56,2	54,5	56,3	52,7	48,3	84,8	46,2	53,2	73,9	45,9
1961	59,0	57,8	59,8	55,6	52,9	87,3	47,9	55,9	73,9	49,8
1962	62,3	62,7	63,2	58,4	57,1	83,7	49,6	60,8	74,7	53,4
1963	65,3	64,9	67,9	61,9	61,5	84,5	52,1	61,6	77,7	56,5
1964	69,8	69,9	72,3	65,8	62,3	92,3	57,1	68,8	83,8	60,8
1965	72,4	73,6	74,1	66,8	64,7	93,0	59,7	73,3	86,5	63,3
1966	75,1	74,5	75,6	70,8	72,4	90,0	62,2	75,5	87,7	65,3
1967	75,9	72,6	77,0	72,4	78,9	89,5	63,9	78,4	87,9	70,5
1968	81,2	79,4	81,2	75,0	84,1	94,8	69,7	84,2	93,6	77,9
1969	88,5	89,7	89,1	83,1	86,6	107,0	77,3	94,7	96,9	83,4
1970	92,8	95,2	91,8	87,8	92,2	107,5	84,0	97,0	97,5	87,1
1971	94,9	96,7	93,4	93,4	91,7	106,1	89,1	99,3	97,6	90,3
1972	99,1	100,7	100,4	98,6	96,2	110,5	93,3	103,7	99,7	94,2
1973	106,5	107,8	106,6	105,2	105,5	123,8	100,0	107,2	107,9	103,5
1974	107,1	106,6	110,8	107,8	109,7	128,1	105,0	106,0	105,1	106,5
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	107,4	107,4	108,1	108,6	111,6	103,8	107,7	109,3	102,7	109,0
1977	109,9	110,5	108,6	110,7	111,6	104,3	108,2	110,1	107,6	117,7
1978	112,5	112,7	111,2	113,2	114,0	107,7	108,7	112,6	110,9	128,8
1979	117,9	118,9	115,8	117,1	122,8	111,3	111,7	116,7	114,9	137,4
1975 1. Vj.	103,2	99,5	105,8	106,5	102,6	110,1	103,0	95,0	107,1	95,0
2. Vj.	101,6	102,2	102,4	102,6	103,8	103,8	100,0	100,3	98,3	103,0
3. Vj.	89,0	90,5	89,3	84,0	88,0	87,3	87,0	95,3	91,7	98,0
4. Vj.	106,3	107,7	104,0	106,9	105,7	99,0	110,0	108,0	103,2	103,1
1976 1. Vj.	106,8	104,1	107,6	112,7	107,7	102,3	108,7	106,0	104,4	101,1
2. Vj.	110,7	111,9	113,8	112,4	117,3	113,6	108,3	112,3	101,6	112,6
3. Vj.	97,6	98,8	98,6	94,3	100,3	97,3	96,7	105,3	95,8	108,9
4. Vj.	114,4	113,8	112,5	115,3	121,2	102,1	117,0	113,3	109,0	113,2
1977 1. Vj.	114,1	109,6	111,8	120,2	120,7	104,0	111,3	110,3	112,7	108,6
2. Vj.	113,2	114,8	112,7	114,9	117,5	113,9	109,7	108,3	106,4	122,6
3. Vj.	98,5	100,4	98,2	93,7	97,3	94,7	95,3	107,7	100,7	115,7
4. Vj.	113,8	116,5	111,7	114,1	111,0	104,7	116,3	114,0	110,8	124,1
1978 1. Vj.	113,4	110,3	110,3	119,2	114,6	107,6	111,0	105,7	113,7	121,1
2. Vj.	114,8	114,7	113,6	117,9	118,3	113,5	108,0	117,0	110,4	135,9
3. Vj.	101,8	104,3	101,6	95,7	100,2	101,6	95,7	108,0	105,0	124,5
4. Vj.	119,9	121,4	119,5	120,1	123,0	108,0	120,0	119,7	114,6	133,8
1979 1. Vj.	118,8	114,2	113,7	123,7	127,5	111,7	113,7	109,7	118,2	129,2
2. Vj.	121,0	123,8	122,3	120,4	123,8	119,2	113,0	117,7	116,5	144,4
3. Vj.	107,0	110,1	107,0	101,9	106,9	102,1	100,0	111,7	107,5	135,6
4. Vj.	124,8	127,5	118,8	122,4	132,8	112,1	120,3	127,7	117,8	140,5
1980 1. Vj.	123,6	120,7	122,6	128,3	134,5	116,2	118,0	119,7	117,0	133,6
2. Vj.	122,0	125,4	123,3	121,4	136,1	119,5	113,0	118,3	108,2	...

Quelle: SAEG

Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
Verbraucherpreise											
1960	57,5	49,7	44,0	36,8	39,7	44,4	55,0	53,6	33,2	45,9	49,8
1961	58,9	50,2	45,1	37,8	40,5	44,1	55,6	54,2	35,0	46,9	50,7
1962	60,6	50,9	47,4	39,3	42,4	45,1	56,2	54,8	37,3	49,1	52,9
1963	62,4	52,0	49,9	40,1	45,6	46,6	56,9	55,7	40,2	50,5	54,7
1964	63,8	54,1	51,4	41,4	48,3	49,3	57,6	56,8	41,7	52,2	56,4
1965	65,9	56,3	52,8	43,3	50,4	52,2	58,6	58,1	44,5	54,9	58,3
1966	68,2	58,7	54,2	45,0	51,6	55,2	60,4	60,3	46,7	58,4	61,1
1967	69,3	60,4	55,7	46,2	53,5	57,1	62,0	62,5	48,6	60,9	63,5
1968	70,5	62,0	58,2	48,4	54,3	59,3	64,6	65,0	51,2	62,1	65,0
1969	71,8	64,4	61,8	51,0	55,7	63,6	68,1	67,9	53,9	63,7	66,7
1970	74,2	66,9	65,4	54,2	58,4	66,0	72,1	70,2	58,0	68,2	69,1
1971	78,2	69,8	69,0	59,3	61,3	70,9	75,2	72,2	61,6	73,3	73,6
1972	82,5	73,6	73,3	63,6	64,8	76,5	77,7	75,7	64,3	77,7	78,5
1973	88,2	78,7	78,7	69,4	71,8	82,6	82,6	81,4	71,9	82,9	85,4
1974	94,4	88,7	89,5	80,5	85,5	90,5	91,6	90,3	89,4	91,1	93,7
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,3	109,2	109,6	116,5	116,8	108,8	105,8	107,5	109,3	110,3	101,7
1977	108,1	116,9	119,9	135,0	136,7	115,8	112,7	116,1	118,1	122,9	103,3
1978	111,1	122,2	130,8	146,2	153,3	120,5	121,2	126,5	122,6	135,1	104,1
1979	115,6	127,6	144,8	165,8	175,9	125,6	134,9	138,1	127,0	144,9	107,9
1980 1. Hj.	120,7	133,9	159,2	189,9	...	131,7	149,4	147,9	135,0	160,4	111,0
Erzeuger- bzw. Großhandelspreise ¹⁾											
1960	64,7	59,8	50,6	39,0	40,2	59	54,3	47,0	56,1	.	62,6
1961	65,7	59,7	52,1	40,0	40,2	59	54,1	47,5	56,7	.	62,7
1962	66,3	60,2	52,4	40,9	41,5	59	54,2	48,9	55,8	.	64,8
1963	66,6	61,7	53,9	41,3	43,7	60	54,0	49,8	56,7	.	67,3
1964	67,4	64,6	55,8	42,6	45,0	64	54,1	50,0	56,9	.	68,2
1965	69,0	65,3	56,2	44,1	45,8	66	55,2	51,0	57,3	.	68,6
1966	70,3	66,7	57,8	45,4	46,5	70	57,1	52,8	58,7	.	69,9
1967	69,6	66,1	57,3	46,8	46,4	70	57,2	53,8	59,7	.	70,1
1968	69,1	66,2	56,3	48,7	46,7	71	58,6	54,9	60,3	57	70,2
1969	70,3	69,5	62,3	50,5	48,4	70	60,9	57,5	61,5	59	72,2
1970	73,8	72,8	67,0	54,1	52,0	73	63,1	58,3	63,8	63	75,2
1971	77,0	72,4	68,4	59,0	53,7	76	65,2	59,0	63,3	65	76,8
1972	79,0	75,3	71,6	62,1	55,9	80	68,1	67,9	63,8	68	79,6
1973	84,2	84,6	82,1	66,7	65,5	86	77,0	75,5	73,9	75	88,1
1974	95,5	98,8	106,0	81,8	92,2	94	91,5	89,9	97,1	94	102,4
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	103,9	107,1	107,4	117,3	123,8	107	104,6	105,1	105,0	109	99,3
1977	106,6	109,7	113,4	140,5	144,3	113	111,0	113,4	107,0	119	99,6
1978	108,0	107,6	118,3	153,3	156,4	116	119,7	123,9	104,3	128	96,2
1979	113,4	114,4	134,0	172,0	180,7	119	134,7	141,8	111,9	144	99,9
1980 1. Hj.	120,4	120,5	143,8	195,2	149,4	156,8	130,1	...	104,3

¹⁾ Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Vereinigte Staaten, Japan, Schweiz. Kanada: Bis 1971 Großhandelspreise, ab 1972 Erzeugerpreise.

noch Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Ver-einigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
Durchschnittswerte der Ausfuhr ²⁾											
1968	71,4	65	53,9	45,8	45,2	64	52,0	54,3	61,2	50	73
1969	73,6	69	57,9	47,3	47,2	65	53,7	55,5	63,7	52	74
1970	71,0	71	63,9	52,5	49,0	68	56,7	57,3	67,2	56	77
1971	73,7	69	67,6	55,4	51,6	69	58,6	57,7	67,9	59	80
1972	75,9	71	68,3	58,7	53,2	70	60,3	59,6	66,7	61	84
1973	79,4	77	75,1	64,4	62,2	74	70,4	68,1	71,7	67	86
1974	92,1	97	94,7	81,8	88,2	95	89,4	90,3	98,3	86	98
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,1	105	109,1	119,9	120,4	106	103,6	102,4	98,7	108	99
1977	105,2	106	119,9	141,9	144,3	109	107,7	109,0	98,4	116	102
1978	105,2	107	126,0	155,6	154,4	107	115,2	118,6	94,7	126	98
1979	108,4	119	138,2	172,4	182,5	117	131,0	143,3	103,9	142	101
1980 1. Hj.	114,4	144,3	...	117,1	...	112
Durchschnittswerte der Einfuhr ²⁾											
1968	72,9	63	52,4	39,3	37,5	57	41,9	59,7	45,5	53	73
1969	75,2	65	55,8	40,5	37,8	59	43,2	61,2	45,3	53	75
1970	70,6	68	61,8	52,6	39,0	64	46,3	62,4	47,9	58	79
1971	71,5	69	64,0	53,2	41,2	66	48,7	63,5	48,8	61	80
1972	71,4	69	64,6	55,4	42,4	66	52,3	65,0	45,2	62	82
1973	76,6	74	69,3	61,1	54,3	71	61,6	69,9	50,7	70	87
1974	98,1	97	101,8	88,0	94,2	96	92,6	86,3	93,2	95	105
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	105,4	107	110,5	122,3	125,1	106	103,2	100,1	102,8	108	95
1977	107,5	110	123,4	141,4	146,4	109	111,9	112,4	99,8	122	101
1978	103,7	111	124,6	145,9	153,0	107	120,8	127,5	82,1	135	90
1979	113,9	122	137,4	160,7	182,6	119	144,0	145,4	106,6	158	95
1980 1. Hj.	128,7	176,6	...	154,7	...	116
Bruttostundenverdienste in der Industrie ³⁾											
1969	54,9	41,4	.	42	35,8	48	66,0	55,1	37,3	51,9	61,1
1970	63,0	46,3	.	47	43,3	53	69,4	59,5	43,5	59,0	65,1
1971	69,9	51,9	.	52	48,4	59	73,9	64,8	49,9	63,2	71,3
1972	76,2	59,2	.	59	52,9	66	79,1	70,0	57,6	72,6	77,6
1973	84,1	68,8	.	67	65,0	76	84,7	76,3	68,5	78,4	84,5
1974	92,8	83,2	85,3	79	78,1	89	91,7	86,6	85,5	87,0	93,2
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	106,4	111,1	114,1	116	120,9	109	108,1	113,8	112,7	115,2	101,6
1977	113,9	121,2	128,5	127	154,3	117	117,4	126,1	123,9	127,3	103,6
1978	120,0	129,8	145,2	146	179,3	125	127,7	135,2	132,0	141,5	106,7
1979	126,9	139,8	164,1	168	213,2	131	138,5	147,0	139,5	153,9	109,9
1980 1. Hj.	132,1	133,9	178,7	135	146,0
Anteil am Warenhandel ⁴⁾ der Bundesrepublik Deutschland in vH											
1975—1979	x	8,2	12,1	5,1	8,1	11,4	6,8	0,9	1,9	2,7	4,2

²⁾ Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle, umbasiert von Originalbasis 1976 = 100.³⁾ Italien, Niederlande: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Japan: Bruttomonatsverdienste.⁴⁾ Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IMF, OECD

Tabelle 13*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1978

Land	Primärenergieverbrauch								Importabhängigkeit	
	insgesamt	je Einheit BIP	je Einwohner	nach Energieträgern					insgesamt	von Mineralöl
				Feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und Sonstige		
	in Mio t RÖE ¹⁾	t RÖE ¹⁾		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH ²⁾	in vH ³⁾
Australien	69,0	1,21	4,8	42,5	43,0	9,0	0,0	5,9	- 20,6	31,3
Belgien	46,1	1,36	4,7	20,2	52,9	20,6	5,9	0,2	88,7	109,4
Dänemark	20,5	1,05	4,0	22,0	79,0	0,0	0,0	0,0	102,9	103,7
Bundesrepublik Deutschland	272,3	1,19	4,4	26,3	52,3	15,6	3,0	1,4	56,1	98,4
Frankreich	192,7	1,01	3,6	16,8	60,7	10,8	3,3	7,8	75,9	98,4
Griechenland	15,2	1,16	1,6	21,1	73,7	0,0	0,0	5,3	80,9	107,1
Großbritannien	211,5	1,47	3,8	33,7	44,4	17,8	4,3	0,5	40,4	44,9
Irland	7,7	1,46	2,3	22,1	75,3	0,0	0,0	2,6	84,4	101,7
Italien	138,9	1,10	2,4	7,3	67,6	16,6	0,7	7,8	83,5	101,4
Japan	358,3	1,16	3,1	13,9	72,6	4,6	3,9	5,1	88,7	102,2
Kanada	212,3	2,08	9,0	11,2	42,3	17,3	3,5	26,7	- 4,2	12,0
Luxemburg	3,9	3,25	11,1	46,2	35,9	12,8	0,0	0,0	92,3	100,0
Neuseeland	10,8	1,42	3,5	14,8	38,0	13,0	0,0	34,3	36,1	95,1
Niederlande	64,8	1,57	4,7	5,1	41,4	51,7	1,5	0,3	- 10,5	93,3
Norwegen	21,5	1,34	5,3	3,7	35,3	0,0	0,0	56,3	-102,3	-109,2
Österreich	24,7	1,25	3,3	11,7	48,6	18,2	0,0	22,7	61,1	86,7
Schweden	49,0	1,31	5,9	9,2	53,1	0,0	11,0	26,5	56,1	100,8
Schweiz	23,4	1,05	3,7	2,6	57,7	3,0	9,0	29,9	63,7	103,7
Spanien	70,8	1,37	1,9	16,2	66,4	2,1	2,4	13,8	75,0	103,4
Türkei	37,5	1,68	0,9	34,1	51,1	0,0	0,0	13,9	52,5	83,9
Vereinigte Staaten	1 857,3	1,46	8,4	19,0	47,8	25,1	3,8	3,8	22,5	46,7
Insgesamt ⁴⁾	3 708,2	1,36	4,9	18,9	52,1	18,9	3,5	6,4	37,8	66,9

1) Rohöleinheiten.

2) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.

3) Anteil der Netto-Importe von Mineralöl am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.

4) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

Energiepreise im internationalen Vergleich

1978

	Bundes- republik Deutsch- land	Kanada	Ver- einigte Staaten	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Groß- britan- nien	Schweden	Schweiz	Japan
	US-Dollar/10 ⁷ kcal ¹⁾									
In privaten Haushalten										
Strom	1 001,6	.	—	823,2	836	977,3	616,2	504,6	755,8	972,3
Naturgas	450	77,5	—	350	152,2	187	185	—	—	—
Anthrazit	211,4	1 915	—	139,9	145,8	223,0	132,8	—	—	—
Heizöl	180,2 ^{a)}	127,4	149	193,6	180,9	174,4	179,6	152,3	—	232,8
In der Industrie										
Strom	—	—	—	404,6	435,1	523,8	409,3	309,2	562,2	554,6
Naturgas	—	54,3	71,8	107,5	82,1	112	115	—	—	—
Kohle	125,9	—	—	77,7	65,3	63,3	84,0	55,3	—	94,3
Leichtes Heizöl ..	177,5	—	99,3	158,8	104,5	171,5	122	117,8	135,3	132,3
Schweres Heizöl ..	96,5	.	109,8	88,6	89,6	96,9	104,8	88	120,9	106,3
In Kraftwerken										
Kohle	124,4	41	39,5	85,5	24,7	53	59,5	—	—	100,1
Schweres Heizöl ..	—	50,2	87,3	82,7	84,8	96,7	98,1	85,3	—	100
Naturgas	—	29,5	45,5	78	—	86	46,3	—	—	85,4
Im Verkehr²⁾										
Superbenzin	43,7	19,8	17,9	50,1	57,4	45,6	32	36,8	47,5	50,8
Normalbenzin	41,2	18,2	16,3	46,3	55,1	44,5	31,3	36	43,5	46,2
Diesel	42,4	—	15,2	30,2	17,2	25	35,7	15,6	48,2	26,5
	1968 = 100									
In privaten Haushalten										
Strom	344,2	.	—	221,5	183,3	428,7	242,6	204,1	281	230,9
Naturgas	346,1	198,7	—	246,5	271,6	225,3	174,5	—	—	—
Anthrazit	435,0	375,0	—	259,0	239,0	335,0	235,0	—	—	—
Heizöl	225,1	283,1	400	403,3	348	498,3	332,6	447,9	—	306,3
In der Industrie										
Strom	286,8	—	—	256,1	244,4	346,9	260,0	325,5	374,8	385,2
Naturgas	—	387,9	520,3	398	432,1	560	352,8	—	—	—
Kohle	481,2	—	—	317,0	219,9	372,4	405,8	442,5	—	460,0
Leichtes Heizöl ..	522	—	305,5	441,1	373	519,7	460	—	422,8	357,6
Schweres Heizöl ..	507,9	—	563	359	492	538,3	456	463,1	636,3	531,5
In Kraftwerken										
Kohle	540,9	315	416	407,1	123,5	252,4	383,9	—	—	434,8
Schweres Heizöl ..	—	358	623,6	359,6	498,8	568,8	516,3	682	—	606
Naturgas	369	379	600	—	537,5	330	—	—	294,5
Im Verkehr²⁾										
Superbenzin	266,5	178,4	—	235,2	276	290,4	222	206,7	308,4	307,9
Normalbenzin	267	200	181,1	237,4	287	300,7	220,4	211,8	304,2	308
Diesel	284,6	—	125,6	227,1	153,6	396,8	297,5	124,8	315	265

1) 10⁷ kcal = 10 Mio kcal.

2) Benzin und Diesel in US-Dollar/100 Liter.

a) Eigene Berechnung.

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 15*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Ein- wohner (Wohn- bevölke- rung)	Erwerbs- personen	Erwerbs- quote ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾			Offene Stellen ⁴⁾	Arbeits- lose ⁴⁾	Arbeits- losen- quote ⁵⁾
				insgesamt	darunter Abhängige				
					zusam- men	darunter Aus- länder ³⁾			
1 000		vH	1 000			vH			
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 508	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 027	48,0	24 792	19 005	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 175	26 772	47,7	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	26 910	43,9	26 725	22 414	2 128	648	185	0,8
1972	61 669	26 901	43,6	26 655	22 435	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	26 985	43,5	26 712	22 564	2 425 ^{a)}	572	273	1,2
1974	62 054	26 797	43,2	26 215	22 152	2 323 ^{a)}	315	582	2,6
1975	61 829	26 397	42,7	25 323	21 386	2 061	236	1 074	4,8
1976	61 531	26 148	42,5	25 088	21 288	1 925	235	1 060	4,7
1977	61 400	26 074	42,5	25 044	21 347	1 872	231	1 030	4,6
1978	61 327	26 223	42,8	25 230	21 605	1 858	246	993	4,4
1979	61 359	26 424	43,1	25 548	21 978	1 924	304	876	3,8
1975 1. Hj.	61 915	26 448	42,7	25 359	21 395	2 101	247	1 089	4,8
1975 2. Hj.	61 742	26 347	42,7	25 287	21 377	2 020	225	1 060	4,7
1976 1. Hj.	61 579	26 148	42,5	24 980	21 147	1 936	232	1 168	5,2
1976 2. Hj.	61 484	26 149	42,5	25 196	21 429	1 913	239	953	4,3
1977 1. Hj.	61 418	26 030	42,4	24 940	21 223	1 879	231	1 090	4,9
1977 2. Hj.	61 383	26 117	42,5	25 148	21 471	1 865	232	969	4,3
1978 1. Hj.	61 328	26 139	42,6	25 067	21 421	1 850	237	1 072	4,8
1978 2. Hj.	61 325	26 307	42,9	25 393	21 789	1 865	255	914	4,0
1979 1. Hj.	61 322	26 353	43,0	25 387	21 813	1 900	290	966	4,2
1979 2. Hj.	61 397	26 495	43,2	25 709	22 143	1 949	318	786	3,4
1980 1. Hj.	61 497	26 537	43,2	25 650	22 107	...	322	887	3,9

1) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

2) Inländerkonzept (nach dem Wohnort).

3) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).

4) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

5) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).

6) Ohne Saarland und Berlin.

a) Eigene Schätzung.

Tabelle 16*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

1 000

Zeitraum	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ²⁾	Dienst- leistungs- unter- nehmen ³⁾	Staat	Private Haus- halte ⁴⁾
			ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
Erwerbstätige insgesamt										
1960	26 080	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 381	2 098	764
1961	26 441	3 449	12 804	721	9 905	2 178	4 809	2 421	2 228	730
1962	26 534	3 307	12 916	696	9 948	2 272	4 814	2 475	2 348	674
1963	26 596	3 144	12 924	662	9 883	2 379	4 848	2 556	2 444	680
1964	26 618	3 002	12 982	650	9 885	2 447	4 821	2 604	2 540	669
1965	26 769	2 876	13 153	640	10 059	2 454	4 796	2 666	2 628	650
1966	26 686	2 790	13 011	622	9 953	2 436	4 806	2 732	2 706	641
1967	25 817	2 638	12 241	574	9 418	2 249	4 717	2 787	2 777	657
1968	25 839	2 523	12 310	537	9 488	2 285	4 702	2 850	2 803	651
1969	26 240	2 395	12 715	527	9 883	2 305	4 726	2 895	2 859	650
1970	26 570	2 262	12 973	537	10 117	2 319	4 769	2 943	2 978	645
1971	26 639	2 144	12 933	535	10 046	2 352	4 831	2 988	3 093	650
1972	26 580	2 038	12 751	520	9 864	2 367	4 877	3 025	3 233	656
1973	26 648	1 954	12 761	496	9 901	2 364	4 906	3 039	3 328	660
1974	26 155	1 882	12 303	489	9 629	2 185	4 801	3 063	3 441	665
1975	25 266	1 823	11 529	490	9 063	1 976	4 664	3 059	3 512	679
1976	25 033	1 743	11 317	483	8 870	1 964	4 604	3 120	3 558	691
1977	24 993	1 655	11 265	474	8 871	1 920	4 588	3 206	3 572	707
1978 } ⁵⁾	25 181	1 608	11 275	467	8 868	1 940	4 606	3 302	3 646	744
1979 } ⁵⁾	25 494	1 544	11 393	466	8 924	2 003	4 658	3 381	3 755	763
Beschäftigte Abhängige										
1960	20 090	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 613	2 098	764
1961	20 580	452	11 844	720	9 164	1 960	3 674	1 652	2 228	730
1962	20 876	421	11 994	695	9 241	2 058	3 722	1 717	2 348	674
1963	21 113	406	12 016	661	9 191	2 164	3 773	1 794	2 444	680
1964	21 349	390	12 112	649	9 228	2 235	3 787	1 851	2 540	669
1965	21 639	369	12 301	639	9 420	2 242	3 780	1 911	2 628	650
1966	21 650	358	12 170	621	9 328	2 221	3 806	1 969	2 706	641
1967	20 921	324	11 415	573	8 811	2 031	3 732	2 016	2 777	657
1968	21 054	302	11 498	536	8 895	2 067	3 730	2 070	2 803	651
1969	21 636	297	11 928	526	9 316	2 086	3 784	2 118	2 859	650
1970	22 148	295	12 210	536	9 575	2 099	3 853	2 167	2 978	645
1971	22 328	285	12 175	534	9 511	2 130	3 918	2 207	3 093	650
1972	22 360	267	11 997	519	9 334	2 144	3 965	2 242	3 233	656
1973	22 500	258	12 005	495	9 371	2 139	3 996	2 253	3 328	660
1974	22 092	247	11 568	488	9 107	1 973	3 898	2 273	3 441	665
1975	21 329	243	10 825	489	8 568	1 768	3 802	2 268	3 512	679
1976	21 233	242	10 630	482	8 392	1 756	3 769	2 343	3 558	691
1977	21 296	244	10 573	473	8 383	1 717	3 779	2 421	3 572	707
1978 } ⁵⁾	21 556	248	10 590	466	8 392	1 732	3 819	2 509	3 646	744
1979 } ⁵⁾	21 924	255	10 703	465	8 450	1 788	3 868	2 580	3 755	763

¹⁾ Inlands-konzept (nach dem Beschäftigungsort); Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.²⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.³⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1974	1975	1976	1977	1978	1979
	Wohnbevölkerung ¹⁾					
Europa	3 761 133	3 711 334	3 565 016	3 555 437	3 541 710	3 691 054
Belgien	14 780	15 252	15 234	15 368	15 328	15 725
Dänemark	9 378	10 035	10 132	10 323	10 413	10 806
Frankreich	59 059	60 424	59 917	60 613	61 243	64 509
Großbritannien ³⁾	52 197	55 519	58 405	63 120	66 955	72 653
Irland	2 326	2 467	2 659	3 010	3 524	4 464
Italien	629 628	601 405	567 984	570 825	572 522	594 424
Luxemburg	4 180	4 230	4 140	4 131	4 168	4 260
Niederlande	109 850	110 473	108 227	107 311	105 586	106 110
EG-Länder	881 398	859 805	826 698	834 701	839 739	872 951
Griechenland	406 394	390 455	353 733	328 465	305 523	296 803
Jugoslawien	707 771	677 863	640 380	630 027	610 184	620 649
Österreich	177 002	173 993	169 182	168 777	159 301	168 915
Polen	44 130	44 556	44 052	44 539	46 031	50 779
Portugal	121 533	118 536	113 720	110 977	109 924	109 843
Schweiz	26 177	27 021	27 428	27 943	27 846	28 805
Spanien	272 676	247 447	219 427	201 429	188 937	182 155
Tschechoslowakei	26 821	26 743	26 477	26 226	24 920	24 202
Türkei	1 027 770	1 077 097	1 079 300	1 118 041	1 165 119	1 268 307
Ungarn	18 565	18 434	18 113	18 069	17 901	18 852
Übriges Europa	50 896	49 384	46 506	46 243	46 285	48 793
Afrika	69 262	70 942	71 535	74 572	79 543	88 517
Ägypten	6 686	6 902	6 962	7 087	7 347	7 689
Marokko	24 006	24 957	25 671	27 126	28 907	31 933
Übriges Afrika	38 570	39 083	38 902	40 359	43 289	48 895
Amerika	101 044	103 980	102 700	103 328	102 703	106 782
Kanada	7 842	7 643	7 244	7 279	7 143	7 458
Vereinigte Staaten	72 365	74 416	73 185	72 969	71 557	73 956
Übriges Amerika	20 837	21 921	22 271	23 080	24 003	25 368
Asien	113 865	121 288	124 928	131 220	147 813	170 284
Indien	11 667	12 037	12 148	12 587	16 137	20 603
Iran	19 561	19 207	18 359	18 901	19 516	21 017
Israel	6 102	6 884	7 393	7 331	7 478	7 731
Japan	10 302	11 091	11 173	11 600	12 170	12 838
Jordanien	12 960	13 597	13 135	12 873	12 533	12 881
Pakistan	3 313	4 540	6 776	9 733	17 877	20 504
Übriges Asien	49 960	53 932	55 944	58 195	62 102	74 710
Australien und Ozeanien	6 742	6 735	6 442	6 197	6 089	6 292
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	56 212	55 220	54 955	53 854	77 890	53 657
Insgesamt	4 127 366	4 089 594	3 948 337	3 948 278	3 981 061	4 143 836

¹⁾ Jeweils am 30. September; 1974 einschließlich 19 108, 1975 einschließlich 20 095, 1976 einschließlich 22 761, 1977 einschließlich 23 670, 1978 einschließlich 25 313 und 1979 einschließlich 27 250 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgliedert werden konnten.

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1974	1975	1976	1977	1978	1979	Staatsangehörigkeit
Beschäftigte ²⁾						
2 190 528	1 935 936	1 798 715	1 749 154	1 723 349	1 769 500	Europa
10 245	9 568	9 463	9 192	9 290	9 424	Belgien
3 208	3 062	3 128	3 065	3 122	3 269	Dänemark
49 128	45 821	42 395	43 631	43 972	47 290	Frankreich
21 777	21 449	22 778	25 247	27 856	30 898	Großbritannien ³⁾
928	930	941	1 170	1 321	1 649	Irland
340 939	297 079	276 367	281 224	288 648	300 442	Italien
1 305	1 244	1 239	1 228	1 278	1 338	Luxemburg
55 936	52 488	46 460	42 645	39 938	40 106	Niederlande
483 466	431 641	402 771	407 402	415 425	434 416	EG-Länder
234 718	203 629	178 800	162 495	146 792	140 139	Griechenland
473 203	418 745	390 079	377 206	369 506	367 301	Jugoslawien
84 752	78 020	75 997	74 985	75 245	83 698	Österreich
8 129	7 531	7 339	7 524	7 932	8 952	Polen
82 400	70 520	63 579	60 160	58 771	59 145	Portugal
7 038	6 534	6 855	6 944	7 055	7 886	Schweiz
158 936	129 817	111 006	100 311	92 586	89 992	Spanien
12 646	11 890	11 832	11 776	11 918	12 508	Tschechoslowakei
617 531	553 217	527 483	517 467	514 694	540 471	Türkei
8 278	7 972	7 985	7 990	8 098	8 547	Ungarn
19 431	16 420	14 989	14 894	15 327	16 445	Übriges Europa
38 389	34 937	34 068	33 775	34 835	38 249	Afrika
2 074	1 988	2 033	2 076	2 150	2 481	Ägypten
17 076	16 298	15 601	15 244	15 323	16 214	Marokko
19 239	16 651	16 434	16 455	17 362	19 554	Übriges Afrika
22 671	21 300	22 085	22 545	23 459	26 457	Amerika
2 291	2 033	1 939	1 889	1 916	2 230	Kanada
12 730	12 059	12 705	12 990	13 563	16 310	Vereinigte Staaten
7 650	7 208	7 441	7 666	7 980	7 917	Übriges Amerika
41 548	42 692	46 027	47 814	51 900	62 290	Asien
5 892	5 777	5 889	6 132	7 114	10 376	Indien
3 849	3 516	3 294	3 198	3 308	2 206	Iran
1 739	1 810	1 971	2 183	2 159	2 735	Israel
2 391	2 333	2 643	2 712	2 793	4 105	Japan
4 898	5 160	4 600	4 206	3 931	11 366	Jordanien
1 258	1 403	3 001	4 401	7 857	3 591	Pakistan
21 521	22 693	24 629	24 982	24 738	27 911	Übriges Asien
2 504	2 446	2 458	2 459	2 467	2 504	Australien und Ozeanien
35 533	33 424	33 781	32 838	33 284	34 651	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
2 331 173	2 070 735	1 937 134	1 888 585	1 869 294	1 933 651	Insgesamt

²⁾ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.³⁾ Einschließlich Nordirland.

Tabelle 18*

Bruttowertschöpfung nach

a) Mrd

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ¹⁾	Dienst- lei- stungs- unter- neh- men ²⁾	Staat	Private Haus- halte ³⁾
			ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen										
1960	301,65	17,39	161,26	15,70	122,63	22,93	55,16	41,40	21,93	4,51
1961	330,53	17,01	177,88	15,75	135,88	26,25	59,53	46,28	25,07	4,76
1962	359,35	18,63	192,14	16,29	145,81	30,04	65,81	50,50	27,42	4,85
1963	380,76	19,38	200,50	16,86	151,46	32,18	69,97	55,23	30,43	5,25
1964	419,19	19,36	223,68	17,77	168,41	37,50	75,92	61,45	33,23	5,55
1965	458,64	19,98	244,03	18,34	185,92	39,77	81,53	69,34	37,79	5,97
1966	489,30	20,92	255,33	18,98	194,17	42,18	87,10	77,34	42,17	6,44
1967	495,60	20,46	252,25	18,83	194,29	39,13	87,73	83,53	44,71	6,92
1968	537,28	22,50	278,31	21,01	216,68	40,62	89,88	91,54	47,74	7,31
1969	602,54	23,57	314,44	21,93	247,23	45,28	97,54	104,88	54,04	8,07
1970	683,34	23,07	360,71	25,11	280,01	55,59	108,70	118,32	63,48	9,06
1971	761,91	24,46	393,34	26,81	301,27	65,26	120,95	136,77	75,74	10,65
1972	835,11	26,81	422,91	29,16	320,90	72,85	132,83	155,71	85,04	11,81
1973	929,16	29,07	467,01	32,36	357,88	76,77	143,74	177,00	98,82	13,52
1974	1 000,27	27,03	495,07	36,58	384,62	73,87	150,22	198,27	114,55	15,13
1975	1 049,06	30,78	497,42	41,25	385,61	70,56	161,20	218,54	124,45	16,67
1976	1 137,13	32,77	541,33	44,86	422,16	74,31	175,39	238,21	131,42	18,01
1977	1 216,80	33,48	576,19	44,08	452,74	79,37	187,50	259,61	140,39	19,63
1978 } ⁴⁾	1 307,33	34,17	623,05	47,64	487,14	88,27	197,46	281,88	149,52	21,25
1979 }	1 419,91	32,89	681,49	51,02	527,30	103,17	215,29	306,61	160,58	23,05
1971 1. Hj.	357,85	6,48	188,26	13,08	146,77	28,41	56,33	65,99	35,77	5,02
2. Hj.	404,06	17,98	205,08	13,73	154,50	36,85	64,62	70,78	39,97	5,63
1972 1. Hj.	393,34	7,19	202,27	14,40	155,19	32,68	62,08	76,17	40,08	5,55
2. Hj.	441,77	19,62	220,64	14,76	165,71	40,17	70,75	79,54	44,96	6,26
1973 1. Hj.	439,99	6,77	225,83	15,91	174,42	35,50	69,27	86,21	45,67	6,24
2. Hj.	489,17	22,30	241,18	16,45	183,46	41,27	74,47	90,79	53,15	7,28
1974 1. Hj.	474,25	7,59	238,87	17,40	187,33	34,14	71,21	96,80	52,82	6,96
2. Hj.	526,02	19,44	256,20	19,18	197,29	39,73	79,01	101,47	61,73	8,17
1975 1. Hj.	497,16	8,44	239,88	20,05	187,82	32,01	76,41	106,77	57,94	7,72
2. Hj.	551,90	22,34	257,54	21,20	197,79	38,55	84,79	111,77	66,51	8,95
1976 1. Hj.	540,11	8,63	261,94	22,21	207,00	32,73	83,07	117,20	60,95	8,32
2. Hj.	597,02	24,14	279,39	22,65	215,16	41,58	92,32	121,01	70,47	9,69
1977 1. Hj.	576,89	9,41	278,13	21,65	220,87	35,61	88,82	126,51	64,95	9,07
2. Hj.	639,91	24,07	298,06	22,43	231,87	43,76	98,68	133,10	75,44	10,56
1978 1. Hj.	615,84	9,69	297,93	23,35	236,19	38,39	94,07	136,67	67,75	9,73
2. Hj.	691,49	24,48	325,12	24,29	250,95	49,88	103,39	145,21	81,77	11,52
1979 1. Hj.	671,14	9,32	326,73	25,66	257,99	43,08	102,17	148,77	73,64	10,51
2. Hj.	748,77	23,57	354,76	25,36	269,31	60,09	113,12	157,84	86,94	12,54
1980 1. Hj.	723,99	9,86	351,21	108,45	163,34	91,13	

¹⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.²⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermittlung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

Tabelle 18*

Wirtschaftsbereichen

DM

Insgesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ¹⁾	Dienst- lei- stungs- unter- neh- men ²⁾	Staat	Private Haus- halte ³⁾	Zeitraum
		ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe					
in Preisen von 1970										
431,85	21,22	217,02	18,42	159,61	38,99	68,06	75,32	41,09	9,14	1960
454,01	19,29	230,59	18,60	170,66	41,33	72,00	79,60	43,64	8,89	1961
473,36	20,74	240,19	19,12	178,22	42,85	75,34	82,46	46,22	8,41	1962
487,92	21,46	246,22	19,72	182,58	43,92	77,70	85,77	48,22	8,55	1963
520,47	20,86	268,75	20,73	198,49	49,53	82,40	90,20	49,70	8,56	1964
549,29	19,72	286,26	20,59	214,23	51,44	87,40	95,24	52,15	8,52	1965
563,32	20,70	291,55	21,17	217,40	52,98	89,08	98,62	54,83	8,54	1966
563,29	22,61	284,15	20,86	212,82	50,47	88,85	102,42	56,42	8,84	1967
599,48	24,10	307,88	21,87	235,53	50,48	94,14	106,37	58,12	8,87	1968
646,49	22,53	339,72	23,08	264,38	52,26	102,66	112,73	59,88	8,97	1969
683,34	23,07	360,71	25,11	280,01	55,59	108,70	118,32	63,48	9,06	1970
704,35	23,79	369,69	25,70	283,81	60,18	111,19	124,22	66,27	9,19	1971
730,01	23,24	382,30	26,53	291,85	63,92	113,85	131,80	69,47	9,35	1972
765,82	25,79	403,04	28,94	309,72	64,38	117,36	137,41	72,76	9,46	1973
770,13	26,06	399,95	30,27	310,56	59,12	116,83	141,66	76,07	9,56	1974
754,94	24,96	378,98	29,02	294,30	55,66	115,92	147,00	78,29	9,79	1975
792,37	24,23	402,64	30,20	315,44	57,00	122,21	154,01	79,27	10,01	1976
817,42	25,79	412,68	30,50	324,25	57,93	127,12	161,35	80,29	10,19	1977
844,58	26,77	421,72	31,91	329,19	60,62	133,35	169,60	82,59	10,55	1978
885,30	26,11	444,74	33,71	345,80	65,23	140,21	178,16	85,18	10,90	1979
336,96	6,54	179,03	12,89	139,49	26,65	52,99	60,97	32,87	4,56	1971 1. Hj.
367,39	17,25	190,66	12,81	144,32	33,53	58,20	63,25	33,40	4,63	2. Hj.
348,75	6,21	184,38	13,25	142,37	28,76	54,21	64,85	34,46	4,64	1972 1. Hj.
381,26	17,03	197,92	13,28	149,48	35,16	59,64	66,95	35,01	4,71	2. Hj.
368,85	6,91	196,47	14,46	152,20	29,81	56,74	67,91	36,13	4,69	1973 1. Hj.
396,97	18,88	206,57	14,48	157,52	34,57	60,62	69,50	36,63	4,77	2. Hj.
375,44	7,23	198,47	15,06	155,55	27,86	57,20	70,02	37,79	4,73	1974 1. Hj.
394,69	18,83	201,48	15,21	155,01	31,26	59,63	71,64	38,28	4,83	2. Hj.
362,59	6,79	183,03	14,74	142,79	25,50	56,00	72,99	38,93	4,85	1975 1. Hj.
392,35	18,17	195,95	14,28	151,51	30,16	59,92	74,01	39,36	4,94	2. Hj.
381,71	7,11	194,76	15,23	153,95	25,58	58,97	76,44	39,48	4,95	1976 1. Hj.
410,66	17,12	207,88	14,97	161,49	31,42	63,24	77,57	39,79	5,06	2. Hj.
394,82	6,94	201,62	15,43	159,46	26,73	61,47	79,80	39,94	5,05	1977 1. Hj.
422,60	18,85	211,06	15,07	164,79	31,20	65,65	81,55	40,35	5,14	2. Hj.
405,55	6,83	204,07	16,11	160,71	27,25	64,67	83,73	41,03	5,22	1978 1. Hj.
439,03	19,94	217,65	15,80	168,48	33,37	68,68	85,87	41,56	5,33	2. Hj.
426,04	7,00	214,29	17,31	168,54	28,44	68,84	88,17	42,35	5,39	1979 1. Hj.
459,26	19,11	230,45	16,40	177,26	36,79	71,37	89,99	42,83	5,51	2. Hj.
441,28	7,32	222,89	70,44	91,67	48,96		1980 1. Hj.

³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 18*

Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungsunternehmen ³⁾	Staat	Private Haushalte ⁴⁾
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen									
1960	5,8	53,5	5,2	40,7	7,6	18,3	13,7	7,3	1,5
1961	5,1	53,8	4,8	41,1	7,9	18,0	14,0	7,6	1,4
1962	5,2	53,5	4,5	40,6	8,4	18,3	14,1	7,6	1,3
1963	5,1	52,7	4,4	39,8	8,5	18,4	14,5	8,0	1,4
1964	4,6	53,4	4,2	40,2	8,9	18,1	14,7	7,9	1,3
1965	4,4	53,2	4,0	40,5	8,7	17,8	15,1	8,2	1,3
1966	4,3	52,2	3,9	39,7	8,6	17,8	15,8	8,6	1,3
1967	4,1	50,9	3,8	39,2	7,9	17,7	16,9	9,0	1,4
1968	4,2	51,8	3,9	40,3	7,6	16,7	17,0	8,9	1,4
1969	3,9	52,2	3,6	41,0	7,5	16,2	17,4	9,0	1,3
1970	3,4	52,8	3,7	41,0	8,1	15,9	17,3	9,3	1,3
1971	3,2	51,6	3,5	39,5	8,6	15,9	18,0	9,9	1,4
1972	3,2	50,6	3,5	38,4	8,7	15,9	18,6	10,2	1,4
1973	3,1	50,3	3,5	38,5	8,3	15,5	19,0	10,6	1,5
1974	2,7	49,5	3,7	38,5	7,4	15,0	19,8	11,5	1,5
1975	2,9	47,4	3,9	36,8	6,7	15,4	20,8	11,9	1,6
1976	2,9	47,6	3,9	37,1	6,5	15,4	20,9	11,6	1,6
1977	2,8	47,4	3,6	37,2	6,5	15,4	21,3	11,5	1,6
1978 } ⁵⁾	2,6	47,7	3,6	37,3	6,8	15,1	21,6	11,4	1,6
1979 } ⁵⁾	2,3	48,0	3,6	37,1	7,3	15,2	21,6	11,3	1,6
1971 1. Hj.	1,8	52,6	3,7	41,0	7,9	15,7	18,4	10,0	1,4
2. Hj.	4,4	50,8	3,4	38,2	9,1	16,0	17,5	9,9	1,4
1972 1. Hj.	1,8	51,4	3,7	39,5	8,3	15,8	19,4	10,2	1,4
2. Hj.	4,4	49,9	3,3	37,5	9,1	16,0	18,0	10,2	1,4
1973 1. Hj.	1,5	51,3	3,6	39,6	8,1	15,7	19,6	10,4	1,4
2. Hj.	4,6	49,3	3,4	37,5	8,4	15,2	18,6	10,9	1,5
1974 1. Hj.	1,6	50,4	3,7	39,5	7,2	15,0	20,4	11,1	1,5
2. Hj.	3,7	48,7	3,6	37,5	7,6	15,0	19,3	11,7	1,6
1975 1. Hj.	1,7	48,3	4,0	37,8	6,4	15,4	21,5	11,7	1,6
2. Hj.	4,0	46,7	3,8	35,8	7,0	15,4	20,3	12,1	1,6
1976 1. Hj.	1,6	48,5	4,1	38,3	6,1	15,4	21,7	11,3	1,5
2. Hj.	4,0	46,8	3,8	36,0	7,0	15,5	20,3	11,8	1,6
1977 1. Hj.	1,6	48,2	3,8	38,3	6,2	15,4	21,9	11,3	1,6
2. Hj.	3,8	46,6	3,5	36,2	6,8	15,4	20,8	11,8	1,7
1978 1. Hj.	1,6	48,4	3,8	38,4	6,2	15,3	22,2	11,0	1,6
2. Hj.	3,5	47,0	3,5	36,3	7,2	15,0	21,0	11,8	1,7
1979 1. Hj.	1,4	48,7	3,8	38,4	6,4	15,2	22,2	11,0	1,6
2. Hj.	3,1	47,4	3,4	36,0	8,0	15,1	21,1	11,6	1,7
1980 1. Hj.	1,4	48,5	15,0	22,6	12,6	

¹⁾ Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche.²⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

noch Tabelle 18*

Wirtschaftsbereichen

in vH¹⁾

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungsunternehmen ³⁾	Staat	Private Haushalte ⁴⁾	Zeitraum
	insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
in Preisen von 1970									
4,9	50,3	4,3	37,0	9,0	15,8	17,4	9,5	2,1	1960
4,2	50,8	4,1	37,6	9,1	15,9	17,5	9,6	2,0	1961
4,4	50,7	4,0	37,6	9,1	15,9	17,4	9,8	1,8	1962
4,4	50,5	4,0	37,4	9,0	15,9	17,6	9,9	1,8	1963
4,0	51,6	4,0	38,1	9,5	15,8	17,3	9,5	1,6	1964
3,6	52,1	3,7	39,0	9,4	15,9	17,3	9,5	1,6	1965
3,7	51,8	3,8	38,6	9,4	15,8	17,5	9,7	1,5	1966
4,0	50,4	3,7	37,8	9,0	15,8	18,2	10,0	1,6	1967
4,0	51,4	3,6	39,3	8,4	15,7	17,7	9,7	1,5	1968
3,5	52,5	3,6	40,9	8,1	15,9	17,4	9,3	1,4	1969
3,4	52,8	3,7	41,0	8,1	15,9	17,3	9,3	1,3	1970
3,4	52,5	3,6	40,3	8,5	15,8	17,6	9,4	1,3	1971
8,2	52,4	3,6	40,0	8,8	15,6	18,1	9,5	1,3	1972
3,4	52,6	3,8	40,4	8,4	15,3	17,9	9,5	1,2	1973
3,4	51,9	3,9	40,3	7,7	15,2	18,4	9,9	1,2	1974
3,3	50,2	3,8	39,0	7,4	15,4	19,5	10,4	1,3	1975
3,1	50,8	3,8	39,8	7,2	15,4	19,4	10,0	1,3	1976
3,2	50,5	3,7	39,7	7,1	15,6	19,7	9,8	1,2	1977
3,2	49,9	3,8	39,0	7,2	15,8	20,1	9,8	1,2	1978
2,9	50,2	3,8	39,1	7,4	15,8	20,1	9,6	1,2	1979
1,9	53,1	3,8	41,4	7,9	15,7	18,1	9,8	1,4	1971 1. Hj.
4,7	51,9	3,5	39,3	9,1	15,8	17,2	9,1	1,3	2. Hj.
1,8	52,9	3,8	40,8	8,2	15,5	18,6	9,9	1,3	1972 1. Hj.
4,5	51,9	3,5	39,2	9,2	15,6	17,6	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	53,3	3,9	41,3	8,1	15,4	18,4	9,8	1,3	1973 1. Hj.
4,8	52,0	3,6	39,7	8,7	15,3	17,5	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	52,9	4,0	41,4	7,4	15,2	18,7	10,1	1,3	1974 1. Hj.
4,8	51,0	3,9	39,3	7,9	15,1	18,2	9,7	1,2	2. Hj.
1,9	50,5	4,1	39,4	7,0	15,4	20,1	10,7	1,3	1975 1. Hj.
4,6	49,9	3,6	38,6	7,7	15,3	18,9	10,0	1,3	2. Hj.
1,9	51,0	4,0	40,3	6,7	15,4	20,0	10,3	1,3	1976 1. Hj.
4,2	50,6	3,6	39,3	7,7	15,4	18,9	9,7	1,2	2. Hj.
1,8	51,1	3,9	40,4	6,8	15,6	20,2	10,1	1,3	1977 1. Hj.
4,5	49,9	3,6	39,0	7,4	15,5	19,3	9,5	1,2	2. Hj.
1,7	50,3	4,0	39,6	6,7	15,9	20,6	10,1	1,3	1978 1. Hj.
4,5	49,6	3,6	38,4	7,6	15,6	19,6	9,5	1,2	2. Hj.
1,6	50,3	4,1	39,6	6,7	16,2	20,7	9,9	1,3	1979 1. Hj.
4,2	50,2	3,6	38,6	8,0	15,5	19,6	9,3	1,2	2. Hj.
1,7	50,5	16,0	20,8	11,1		1980 1. Hj.

³⁾ Kreditinstitute. Versicherungsunternehmen. Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen). sonstige Dienstleistungen.

⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 19*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Einfuhrabgaben ²⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozial-produkt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Indi-recte Steuern ³⁾	Subven-tionen	Netto-sozial-produkt zu Faktor-kosten (Volks-einkommen)
in jeweiligen Preisen										
1960	297,10	5,70	302,80	+0,20	303,00	23,63	279,37	41,78	2,50	240,09
1961	325,60	6,20	331,80	-0,40	331,40	27,12	304,28	46,19	2,65	260,74
1962	353,64	7,24	360,88	-0,38	360,50	31,23	329,27	50,06	2,87	282,08
1963	374,42	8,05	382,47	-0,37	382,10	34,99	347,11	52,79	3,61	297,93
1964	412,14	8,14	420,28	-0,68	419,60	38,96	380,64	57,48	4,14	327,30
1965	450,41	8,86	459,27	-1,07	458,20	43,31	414,89	62,19	5,86	358,56
1966	479,66	8,68	488,34	-0,94	487,40	47,77	439,63	65,50	5,82	379,95
1967	485,45	9,01	494,46	-0,76	493,70	50,52	443,18	67,99	5,66	380,85
1968	521,85	13,05	534,90	+0,30	535,20	53,38	481,82	69,63	7,71	419,90
1969	582,60	14,35	596,95	+0,75	597,70	58,12	539,58	84,60	7,85	462,83
1970	660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	87,24	9,70	533,11
1971	735,18	19,70	754,88	+1,12	756,00	78,45	677,55	96,44	9,96	591,07
1972	804,72	21,27	825,99	+1,21	827,20	86,33	740,87	107,63	12,25	645,49
1973	895,09	23,51	918,60	+1,50	920,10	95,74	824,36	118,48	15,04	720,92
1974	960,22	26,91	987,13	-0,23	986,90	107,26	879,64	122,30	15,02	772,36
1975	1 005,85	28,18	1 034,03	+0,87	1 034,90	117,03	917,87	126,78	15,46	806,55
1976	1 090,02	32,80	1 122,82	+2,18	1 125,00	125,49	999,51	138,25	16,71	877,97
1977	1 165,52	34,97	1 200,49	+0,11	1 200,60	134,25	1 066,35	149,13	19,32	936,54
1978 } ³⁾	1 250,67	38,61	1 289,28	+4,32	1 293,60	144,77	1 148,83	163,86	23,96	1 008,93
1979 }	1 355,01	45,15	1 400,16	+4,04	1 404,20	158,52	1 245,68	179,74	25,30	1 091,24
1971 1. Hj.	344,81	9,77	354,58	+1,32	355,90	38,24	317,66	46,12	4,30	275,84
2. Hj.	390,37	9,93	400,30	-0,20	400,10	40,21	359,89	50,32	5,66	315,23
1972 1. Hj.	378,47	10,31	388,78	+0,82	389,60	42,16	347,44	51,14	5,00	301,30
2. Hj.	426,25	10,96	437,21	+0,39	437,60	44,17	393,43	56,49	7,25	344,19
1973 1. Hj.	423,61	11,47	435,08	+0,42	435,50	46,71	388,79	56,64	5,70	337,85
2. Hj.	471,48	12,04	483,52	+1,08	484,60	49,03	435,57	61,84	9,34	383,07
1974 1. Hj.	454,70	12,93	467,63	-0,23	467,40	52,23	415,17	59,09	7,02	363,10
2. Hj.	505,52	13,98	519,50	±0	519,50	55,03	464,47	63,21	8,00	409,26
1975 1. Hj.	476,19	13,81	490,00	-0,50	489,50	57,57	431,93	60,39	7,68	379,22
2. Hj.	529,66	14,37	544,03	+1,37	545,40	59,46	485,94	66,39	7,78	427,33
1976 1. Hj.	516,33	15,99	532,32	+0,98	533,30	61,85	471,45	65,88	7,94	413,51
2. Hj.	573,69	16,81	590,50	+1,20	591,70	63,64	528,06	72,37	8,77	464,46
1977 1. Hj.	551,25	17,21	568,46	-0,06	568,40	66,09	502,31	71,50	9,36	440,17
2. Hj.	614,27	17,76	632,03	+0,17	632,20	68,16	564,04	77,63	9,96	496,37
1978 1. Hj.	588,04	18,93	606,97	+1,53	608,50	70,93	537,57	79,39	9,85	468,03
2. Hj.	662,63	19,68	682,31	+2,79	685,10	73,84	611,26	84,47	14,11	540,90
1979 1. Hj.	639,54	20,97	660,51	+1,19	661,70	77,27	584,43	84,45	11,61	511,59
2. Hj.	715,47	24,18	739,65	+2,85	742,50	81,25	661,25	95,29	13,69	579,65
1980 1. Hj.	689,18	26,35	715,53	+0,47	716,00	86,06	629,94	91,40	11,76	550,30

¹⁾ Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und abzüglich Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen (1968 bis 1973 gekürzt um die Investitionsteuer).

²⁾ Die Einfuhrabgaben umfassen alle Abgaben, die vom Staat oder Institutionen der EG auf eingeführte Güter erhoben werden. Hierzu gehören Einfuhrzölle, Einfuhrumsatzsteuer (vor 1968 Umsatzausgleichsteuer), Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Tabelle 19*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Einfuhrabgaben ²⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
in Preisen von 1970							
420,75	7,99	428,74	+0,76	429,50	33,11	396,39	1960
442,08	8,50	450,58	-0,18	450,40	36,30	414,10	1961
460,79	9,67	470,46	-0,16	470,30	39,74	430,56	1962
474,83	9,67	484,50	-0,20	484,30	43,21	441,09	1963
505,75	11,26	517,01	-0,61	516,40	46,76	469,64	1964
533,46	12,66	546,12	-1,12	545,00	50,51	494,49	1965
547,19	12,56	559,75	-0,95	558,80	54,22	504,58	1966
546,60	12,24	558,84	-0,74	558,10	57,50	500,60	1967
580,23	13,74	593,97	+0,43	594,40	60,52	533,88	1968
624,53	15,93	640,46	+0,84	641,30	64,01	577,29	1969
660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	1970
680,73	19,95	700,68	+1,02	701,70	73,26	628,44	1971
704,45	21,83	726,28	+1,02	727,30	78,27	649,03	1972
739,41	22,43	761,84	+1,16	763,00	83,18	679,82	1973
744,12	21,83	765,95	-0,25	765,70	87,40	678,30	1974
728,60	23,20	751,80	+0,50	752,30	90,86	661,44	1975
763,83	26,76	790,59	+1,41	792,00	94,26	697,74	1976
786,26	28,32	814,58	-0,08	814,50	97,81	716,69	1977
810,95	30,59	841,54	+2,66	844,20	101,67	742,53	1978 } ³⁾
847,97	32,18	880,15	+2,35	882,50	106,02	776,48	1979 } ³⁾
325,21	9,76	334,97	+1,23	336,20	36,01	300,19	1971 1. Hj.
355,52	10,19	365,71	-0,21	365,50	37,25	328,25	2. Hj.
335,94	10,76	346,70	+0,70	347,40	38,51	308,89	1972 1. Hj.
368,51	11,07	379,58	+0,32	379,90	39,76	340,14	2. Hj.
355,69	11,40	367,09	+0,31	367,40	41,02	326,38	1973 1. Hj.
383,72	11,03	394,75	+0,85	395,60	42,16	353,44	2. Hj.
362,39	10,53	372,92	-0,22	372,70	43,22	329,48	1974 1. Hj.
381,73	11,30	393,03	-0,03	393,00	44,18	348,82	2. Hj.
349,75	11,47	361,22	-0,42	360,80	45,03	315,77	1975 1. Hj.
378,85	11,73	390,58	+0,92	391,50	45,83	345,67	2. Hj.
367,33	13,14	380,47	+0,63	381,10	46,73	334,37	1976 1. Hj.
396,50	13,62	410,12	+0,78	410,90	47,53	363,37	2. Hj.
379,17	13,84	393,01	-0,11	392,90	48,44	344,46	1977 1. Hj.
407,09	14,48	421,57	+0,03	421,60	49,37	372,23	2. Hj.
388,83	15,03	403,86	+0,94	404,80	50,32	354,48	1978 1. Hj.
422,12	15,56	437,68	+1,72	439,40	51,35	388,05	2. Hj.
407,28	15,92	423,20	+0,70	423,90	52,43	371,47	1979 1. Hj.
440,69	16,26	456,95	+1,65	458,60	53,59	405,01	2. Hj.
421,92	16,99	438,91	+0,19	439,10	54,79	384,31	1980 1. Hj.

³⁾ Produktionssteuern und Einfuhrabgaben.⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte ¹⁾	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne	des Staates ⁵⁾
				brutto ¹⁾	netto ²⁾			
1960	240,09	144,90	104,68	95,19	75,07	78,23	14,95	2,01
1961	260,74	163,44	117,18	97,30	74,66	81,74	13,13	2,43
1962	282,08	180,84	129,12	101,24	76,48	85,44	13,45	2,35
1963	297,93	193,98	137,95	103,95	78,03	87,12	14,30	2,53
1964	327,30	212,08	151,06	115,22	87,49	97,68	14,98	2,56
1965	358,56	235,15	168,21	123,41	96,10	105,52	15,38	2,51
1966	379,95	253,20	178,11	126,75	98,48	108,84	15,70	2,21
1967	380,85	253,07	177,26	127,78	99,04	111,78	14,51	1,49
1968	419,90	271,91	186,86	147,99	116,82	126,98	19,05	1,96
1969	462,83	305,92	206,14	156,91	121,82	133,60	21,33	1,98
1970	533,11	361,32	236,87	171,79	139,75	155,23	14,53	2,03
1971	591,07	408,30	262,03	182,77	147,95	168,73	12,32	1,72
1972	645,49	448,79	285,77	196,70	159,62	175,14	21,48	0,08
1973	720,92	509,47	311,41	211,45	164,78	186,27	24,73	0,45
1974	772,36	560,60	335,75	211,76	165,22	193,53	19,81	- 1,58
1975	806,55	583,40	347,85	223,15	178,73	207,93	19,85	- 4,63
1976	877,97	626,32	361,28	251,65	198,67	228,00	31,00	- 7,35
1977	936,54	669,68	382,74	266,86	201,47	250,95	26,11	- 10,20
1978 } ⁶⁾	1 008,93	714,66	411,59	294,27	229,94	265,60	38,39	- 9,72
1979 }	1 091,24	766,80	443,18	324,44	257,46	- 10,65
1971 1. Hj.	275,84	195,16	126,57	80,68	63,48	.	.	0,79
2. Hj.	315,23	213,14	135,46	102,09	84,47	.	.	0,93
1972 1. Hj.	301,30	214,06	139,64	87,24	70,52	.	.	- 0,27
2. Hj.	344,19	234,73	146,13	109,46	89,10	.	.	0,35
1973 1. Hj.	337,85	242,48	150,59	95,37	73,92	.	.	0,00
2. Hj.	383,07	266,99	160,82	116,08	90,86	.	.	0,45
1974 1. Hj.	363,10	268,25	164,49	94,85	71,65	.	.	- 0,57
2. Hj.	409,26	292,35	171,26	116,91	93,57	.	.	- 1,01
1975 1. Hj.	379,22	281,07	171,77	98,15	77,40	.	.	- 2,09
2. Hj.	427,33	302,33	176,08	125,00	101,33	.	.	- 2,54
1976 1. Hj.	413,51	299,15	176,14	114,36	89,97	.	.	- 3,18
2. Hj.	464,46	327,17	185,14	137,29	108,70	.	.	- 4,17
1977 1. Hj.	440,17	321,56	186,26	118,61	86,95	.	.	- 5,45
2. Hj.	496,37	348,12	196,48	148,25	114,52	.	.	- 4,75
1978 1. Hj.	468,03	339,96	197,73	128,07	96,29	.	.	- 5,43
2. Hj.	540,90	374,70	213,86	166,20	133,65	.	.	- 4,29
1979 1. Hj.	511,59	365,23	212,34	146,36	112,75	.	.	- 5,80
2. Hj.	579,65	401,57	230,84	178,08	144,71	.	.	- 4,85
1980 1. Hj.	550,30	394,68	225,20	155,62	122,60	.	.	- 7,35

¹⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.²⁾ Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).³⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich direkte Steuern u. ä. auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zuzüglich Saldo der unterstellten Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen.⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. Einschließlich nicht-entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Ab 1970 wurden revidierte Angaben aus der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank verwendet. Die Zahlen für diesen Zeitraum sind deshalb mit denen für die Zeit vor 1970 nicht voll vergleichbar.⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Jahr	Brutto- ein- kommen ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ²⁾	Dienst- lei- stungs- unter- neh- men ³⁾	Staat	Private Haus- halte ⁴⁾
			ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe				
Mrd DM										
1960	143,76	2,68	81,77	6,92	62,33	12,52	23,67	10,66	20,76	4,22
1961	162,36	2,71	93,13	7,42	71,02	14,69	26,05	12,26	23,78	4,43
1962	179,65	2,86	103,66	7,81	79,03	16,82	28,73	13,96	25,97	4,47
1963	192,79	2,95	108,80	7,92	82,56	18,32	31,83	15,58	28,81	4,82
1964	210,94	3,04	119,46	7,88	89,84	21,74	34,90	17,06	31,43	5,05
1965	234,08	3,16	132,26	8,65	100,47	23,14	38,52	18,94	35,79	5,41
1966	252,08	3,30	139,83	8,81	106,22	24,80	42,39	20,80	39,95	5,81
1967	251,69	3,06	134,45	8,48	103,09	22,88	43,11	22,44	42,37	6,26
1968	270,49	2,98	146,08	8,39	113,33	24,36	45,55	24,11	45,19	6,58
1969	304,58	3,13	165,80	9,13	130,33	26,34	50,41	26,77	51,20	7,27
1970	360,11	3,53	198,77	10,83	155,60	32,34	58,36	31,21	60,14	8,10
1971	407,08	3,83	219,48	11,98	170,65	36,85	66,61	35,70	71,89	9,57
1972	447,79	3,96	238,31	12,66	184,68	40,97	74,30	39,85	80,76	10,61
1973	508,53	4,22	268,82	13,75	210,09	44,98	84,06	45,21	94,03	12,19
1974	559,68	4,66	289,09	15,63	229,09	44,37	91,31	51,82	109,16	13,64
1975	582,35	5,01	292,12	17,02	233,35	41,75	95,36	56,25	118,53	15,08
1976	625,23	5,56	314,41	18,08	252,36	43,97	102,02	61,93	124,98	16,33
1977	668,61	6,05	335,20	18,84	270,72	45,64	108,46	67,71	133,38	17,81
1978 } ⁵⁾	713,58	6,45	356,03	19,46	288,03	48,54	116,23	73,73	141,84	19,30
1979 } ⁵⁾	765,59	7,01	382,60	20,77	308,72	53,11	123,47	79,54	152,08	20,89
Anteil in vH										
1960	100	1,9	56,9	4,8	43,4	8,7	16,5	7,4	14,4	2,9
1961	100	1,7	57,4	4,6	43,7	9,0	16,0	7,6	14,6	2,7
1962	100	1,6	57,7	4,3	44,0	9,4	16,0	7,8	14,5	2,5
1963	100	1,5	56,4	4,1	42,8	9,5	16,5	8,1	14,9	2,5
1964	100	1,4	56,6	3,7	42,6	10,3	16,5	8,1	14,9	2,4
1965	100	1,3	56,5	3,7	42,9	9,9	16,5	8,1	15,3	2,3
1966	100	1,3	55,5	3,5	42,1	9,8	16,8	8,3	15,8	2,3
1967	100	1,2	53,4	3,4	41,0	9,1	17,1	8,9	16,8	2,5
1968	100	1,1	54,0	3,1	41,9	9,0	16,8	8,9	16,7	2,4
1969	100	1,0	54,4	3,0	42,8	8,6	16,6	8,8	16,8	2,4
1970	100	1,0	55,2	3,0	43,2	9,0	16,2	8,7	16,7	2,2
1971	100	0,9	53,9	2,9	41,9	9,1	16,4	8,8	17,7	2,4
1972	100	0,9	53,2	2,8	41,2	9,1	16,6	8,9	18,0	2,4
1973	100	0,8	52,9	2,7	41,3	8,8	16,5	8,9	18,5	2,4
1974	100	0,8	51,7	2,8	40,9	7,9	16,3	9,3	19,5	2,4
1975	100	0,9	50,2	2,9	40,1	7,2	16,4	9,7	20,4	2,6
1976	100	0,9	50,3	2,9	40,4	7,0	16,3	9,9	20,0	2,6
1977	100	0,9	50,1	2,8	40,5	6,8	16,2	10,1	19,9	2,7
1978 } ⁵⁾	100	0,9	49,9	2,7	40,4	6,8	16,3	10,3	19,9	2,7
1979 } ⁵⁾	100	0,9	50,0	2,7	40,3	6,9	16,1	10,4	19,9	2,7

1) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort der Abhängigen).

2) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

3) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

5) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto-		Netto-		Produktivität ²⁾		Lohn- kosten je Produkt- einheit ³⁾
			lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen ¹⁾						
	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	
1960	4 331	49,3	6 148	44,6	5 168	48,5	16 439	64,4	68,4
1961	4 642	52,8	6 775	49,2	5 653	53,1	17 041	66,7	72,7
1962	4 963	56,5	7 395	53,7	6 139	57,7	17 730	69,4	76,3
1963	5 191	59,1	7 850	57,0	6 488	60,9	18 217	71,3	78,8
1964	5 646	64,2	8 556	62,1	7 031	66,0	19 423	76,0	79,9
1965	6 117	69,6	9 336	67,8	7 731	72,6	20 401	79,9	83,3
1966	6 424	73,1	10 014	72,7	8 183	76,9	20 975	82,1	87,2
1967	6 424	73,1	10 349	75,1	8 419	79,1	21 646	84,7	87,3
1968	7 057	80,3	10 988	79,8	8 821	82,8	22 987	90,0	87,8
1969	7 705	87,7	12 003	87,1	9 477	89,0	24 408	95,5	90,6
1970	8 790	100	13 773	100	10 648	100	25 546	100	100
1971	9 645	109,7	15 392	111,8	11 690	109,8	26 303	103,0	108,9
1972	10 467	119,1	16 770	121,8	12 738	119,6	27 324	107,0	115,2
1973	11 632	132,3	18 782	136,4	13 801	129,6	28 589	111,9	124,2
1974	12 447	141,6	20 928	151,9	15 157	142,3	29 285	114,6	135,9
1975	13 045	148,4	22 426	162,8	16 265	152,8	29 755	116,5	144,2
1976	14 269	162,3	23 985	174,1	16 971	159,4	31 582	123,6	146,5
1977	15 253	173,5	25 629	186,1	17 929	168,4	32 592	127,6	151,4
1978 ⁴⁾	16 452	187,2	26 952	195,7	19 051	178,9	33 420	130,8	155,6
1979 ⁴⁾	17 785	202,3	28 442	206,5	20 165	189,4	34 524	135,1	158,9
1971 1. Hj.	4 512	102,7	7 379	107,1	5 672	106,5	12 613	98,7	109,0
2. Hj.	5 132	116,8	8 010	116,3	6 017	113,0	13 687	107,2	108,8
1972 1. Hj.	4 893	111,3	8 052	116,9	6 264	117,7	13 101	102,6	115,3
2. Hj.	5 573	126,8	8 714	126,5	6 472	121,6	14 218	111,3	115,0
1973 1. Hj.	5 460	124,2	8 966	130,2	6 698	125,8	13 816	108,2	122,8
2. Hj.	6 171	140,4	9 813	142,5	7 101	133,4	14 771	115,6	125,5
1974 1. Hj.	5 849	133,1	9 964	144,7	7 393	138,9	14 191	111,1	133,6
2. Hj.	6 597	150,1	10 969	159,3	7 765	145,8	15 098	118,2	138,1
1975 1. Hj.	6 125	139,4	10 778	156,5	8 029	150,8	14 276	111,8	144,7
2. Hj.	6 921	157,5	11 648	169,1	8 237	154,7	15 481	121,2	143,7
1976 1. Hj.	6 715	152,8	11 491	166,9	8 329	156,4	15 265	119,5	145,7
2. Hj.	7 554	171,9	12 488	181,3	8 640	162,3	16 312	127,7	147,2
1977 1. Hj.	7 167	163,1	12 317	178,9	8 776	164,8	15 791	123,6	150,9
2. Hj.	8 086	184,0	13 306	193,2	9 151	171,9	16 798	131,5	151,8
1978 1. Hj.	7 632	173,7	12 843	186,5	9 231	173,4	16 143	126,4	154,6
2. Hj.	8 820	200,7	14 099	204,7	9 815	184,4	17 270	135,2	156,6
1979 1. Hj.	8 343	189,8	13 524	196,4	9 735	182,9	16 705	130,8	157,6
2. Hj.	9 441	214,8	14 908	216,5	10 425	195,8	17 811	139,4	160,1
1980 1. Hj.	8 948	203,6	14 425	209,5	10 187	191,3	17 148	134,3	163,7

¹⁾ Inländerkonzept (nach dem Wohnort).²⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).³⁾ Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit:
$$\text{berechnet als } \frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$$
⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Produktivität¹⁾ und Lohnkosten²⁾ nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Staat	Private Haushalte ⁵⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
Produktivität (DM)										
1960	16 133	5 926	17 366	24 659	16 585	18 340	14 301	31 634	19 585	11 963
1961	16 719	5 593	18 009	25 798	17 230	18 976	14 972	32 879	19 587	12 178
1962	17 366	6 272	18 596	27 471	17 915	18 860	15 650	33 317	19 685	12 478
1963	17 853	6 826	19 051	29 789	18 474	18 462	16 027	33 556	19 730	12 574
1964	19 000	6 949	20 702	31 892	20 080	20 241	17 092	34 639	19 567	12 795
1965	19 928	6 857	21 764	32 172	21 297	20 962	18 224	35 724	19 844	13 108
1966	20 505	7 419	22 408	34 035	21 843	21 749	18 535	36 098	20 262	13 323
1967	21 172	8 571	23 213	36 341	22 597	22 441	18 836	36 749	20 317	13 455
1968	22 456	9 552	25 011	40 726	24 824	22 092	20 021	37 323	20 735	13 625
1969	23 801	9 407	26 718	43 795	26 751	22 672	21 722	38 940	20 944	13 800
1970	24 846	10 199	27 805	46 760	27 677	23 972	22 793	40 204	21 316	14 047
1971	25 554	11 096	28 585	48 037	28 251	25 587	23 016	41 573	21 426	14 138
1972	26 503	11 403	29 982	51 019	29 587	27 005	23 344	43 570	21 488	14 253
1973	27 747	13 199	31 584	58 347	31 282	27 234	23 922	45 216	21 863	14 333
1974	28 450	13 847	32 508	61 902	32 253	27 057	24 335	46 249	22 107	14 376
1975	28 837	13 692	32 872	59 224	32 473	28 168	24 854	48 055	22 292	14 418
1976	30 513	13 901	35 578	62 526	35 563	29 022	26 544	49 362	22 279	14 486
1977	31 459	15 583	36 634	64 346	36 552	30 172	27 707	50 328	22 478	14 413
1978 } ⁶⁾	32 205	16 648	37 403	68 330	37 121	31 247	28 951	51 363	22 632	14 180
1979 } ⁶⁾	33 262	16 911	39 036	72 339	38 749	32 566	30 101	52 694	22 684	14 286
Lohnkosten je Produkteinheit (1970 = 100)										
1960	67,8	78,5	69,9	87,0	72,2	55,7	68,8	58,4	53,4	51,6
1961	72,1	91,4	74,6	92,4	76,7	61,4	71,2	63,0	57,5	55,7
1962	75,7	92,3	79,4	94,7	81,3	67,3	74,2	68,2	59,3	59,5
1963	78,2	90,8	81,2	93,1	82,8	71,4	79,2	72,3	63,1	63,1
1964	79,5	95,6	81,4	88,2	82,6	74,8	81,1	74,3	66,8	66,0
1965	83,0	106,5	84,4	97,5	85,3	76,5	84,1	77,4	72,5	71,0
1966	86,8	105,9	87,6	96,5	88,8	79,8	90,4	81,7	76,9	76,1
1967	86,8	93,9	86,7	94,2	88,2	78,1	92,2	84,6	79,3	79,2
1968	87,4	88,1	86,8	88,9	87,4	82,9	91,7	87,2	82,1	83,0
1969	90,4	95,5	88,9	91,7	89,1	86,6	92,2	90,7	90,3	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	109,0	103,2	107,8	108,1	108,2	105,1	111,1	108,7	114,6	116,5
1972	115,5	110,9	113,3	110,6	114,0	110,1	120,7	114,0	122,8	126,9
1973	124,5	105,6	121,2	110,2	122,1	120,1	132,2	124,0	136,5	144,1
1974	136,1	116,2	131,4	119,7	132,9	129,2	144,8	137,7	151,5	159,6
1975	144,7	128,4	140,3	136,1	142,9	130,3	151,7	144,1	159,9	172,3
1976	147,5	140,9	142,1	138,9	144,1	134,2	153,3	149,6	166,5	182,5
1977	153,1	135,6	147,9	143,3	150,5	137,0	155,8	155,2	175,4	195,5
1978 } ⁶⁾	157,1	133,2	153,6	141,5	157,5	139,5	158,1	159,8	181,3	204,6
1979 } ⁶⁾	160,4	138,6	156,5	142,9	160,6	141,9	159,5	163,4	188,5	214,4

1) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

2) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als
$$\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$$

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

5) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

6) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1960	303,00	171,84	40,75	73,58	27,14	46,44	+ 8,90	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	46,08	83,46	31,32	52,14	+ 6,40	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	53,13	92,88	34,98	57,90	+ 5,40	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,69	97,71	35,64	62,07	+ 2,30	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,50	111,70	39,21	72,49	+ 6,00	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	70,15	119,90	43,35	76,55	+ 10,20	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	76,05	124,17	43,98	80,19	+ 4,70	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,65	114,18	41,07	73,11	- 1,10	106,41	89,07	+ 17,34
1968	535,20	300,76	83,67	120,12	43,45	76,67	+ 10,90	120,06	100,31	+ 19,75
1969	597,70	330,83	94,29	139,59	54,60	84,99	+ 15,40	137,08	119,49	+ 17,59
1970	679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+ 15,40	152,69	138,44	+ 14,25
1971	756,00	407,83	129,24	199,60	76,37	123,23	+ 3,80	168,32	152,79	+ 15,53
1972	827,20	447,75	144,03	214,34	76,75	137,59	+ 2,60	183,33	164,85	+ 18,48
1973	920,10	491,68	166,70	225,44	79,76	145,68	+ 7,20	214,72	185,64	+ 29,08
1974	986,90	527,55	194,02	216,39	76,47	139,92	+ 5,50	276,19	232,75	+ 43,44
1975	1034,90	577,42	215,29	214,54	82,32	132,22	- 1,30	272,68	243,73	+ 28,95
1976	1125,00	623,59	227,19	231,89	90,68	141,21	+ 13,70	312,05	283,42	+ 28,63
1977	1200,60	669,56	239,38	248,96	99,89	149,07	+ 13,20	330,57	301,07	+ 29,50
1978 } ³⁾	1293,60	714,57	257,24	275,14	110,38	164,76	+ 9,40	348,07	310,82	+ 37,25
1979 } ³⁾	1404,20	766,26	277,91	318,06	123,72	194,34	+ 29,60	382,45	370,08	+ 12,37
1971 1. Hj.	355,90	191,66	60,26	91,91	37,48	54,43	+ 3,90	82,20	74,03	+ 8,17
2. Hj.	400,10	216,17	68,98	107,69	38,89	68,80	- 0,10	86,12	78,76	+ 7,36
1972 1. Hj.	389,60	210,70	67,34	99,66	37,09	62,57	+ 4,00	86,76	78,86	+ 7,90
2. Hj.	437,60	237,05	76,69	114,68	39,66	75,02	- 1,40	96,57	85,99	+ 10,58
1973 1. Hj.	435,50	234,97	76,15	107,58	38,84	68,74	+ 3,70	101,68	88,58	+ 13,10
2. Hj.	484,60	256,71	90,55	117,86	40,92	76,94	+ 3,50	113,04	97,06	+ 15,98
1974 1. Hj.	467,40	250,30	87,71	102,66	35,85	66,81	+ 5,60	132,38	111,25	+ 21,13
2. Hj.	519,50	277,25	106,31	113,73	40,62	73,11	- 0,10	143,81	121,50	+ 22,31
1975 1. Hj.	489,50	273,20	98,47	98,55	37,61	60,94	+ 3,50	131,95	116,17	+ 15,78
2. Hj.	545,40	304,22	116,82	115,99	44,71	71,28	- 4,80	140,73	127,56	+ 13,17
1976 1. Hj.	533,30	298,08	105,24	106,47	42,88	63,59	+ 9,00	149,39	134,88	+ 14,51
2. Hj.	591,70	325,51	121,95	125,42	47,80	77,62	+ 4,70	162,66	148,54	+ 14,12
1977 1. Hj.	568,40	318,94	110,06	114,92	46,07	68,85	+ 9,80	160,97	146,29	+ 14,68
2. Hj.	632,20	350,62	129,32	134,04	53,82	80,22	+ 3,40	169,60	154,78	+ 14,82
1978 1. Hj.	608,50	343,35	117,28	123,67	50,19	73,48	+ 5,20	169,00	150,00	+ 19,00
2. Hj.	685,10	371,22	139,96	151,47	60,19	91,28	+ 4,20	179,07	160,82	+ 18,25
1979 1. Hj.	661,70	368,45	127,78	140,30	56,74	83,56	+ 14,50	183,01	172,34	+ 10,67
2. Hj.	742,50	397,81	150,13	177,76	66,98	110,78	+ 15,10	199,44	197,74	+ 1,70
1980 1. Hj.	716,00	394,27	138,94	163,29	61,98	101,31	+ 18,90	213,09	212,49	+ 0,60

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen-beitrag ²⁾	Zeitraum
			ins-gesamt	Aus-rüstungen	Bauten					
in Preisen von 1970										
429,50	226,37	69,53	109,24	34,06	75,18	+ 9,50	72,29	57,43	+ 14,86	1960
450,40	239,93	74,03	117,00	38,14	78,86	+ 7,30	74,92	62,78	+ 12,14	1961
470,30	252,99	81,75	122,34	41,18	81,16	+ 5,50	77,34	69,62	+ 7,72	1962
484,30	260,37	87,23	123,85	41,37	82,48	+ 2,40	83,21	72,76	+ 10,45	1963
516,40	273,34	88,22	137,80	44,66	93,14	+ 6,40	89,98	79,34	+ 10,64	1964
545,00	292,11	92,71	144,47	48,10	96,37	+ 10,50	95,84	90,63	+ 5,21	1965
558,80	300,62	94,91	146,24	47,54	98,70	+ 4,60	105,71	93,28	+ 12,43	1966
558,10	303,63	98,30	136,31	44,03	92,28	- 1,60	113,41	91,95	+ 21,46	1967
594,40	317,39	98,37	141,80	47,25	94,55	+ 11,50	128,44	103,10	+ 25,34	1968
641,30	342,41	103,37	156,73	58,12	98,61	+ 16,20	142,41	119,82	+ 22,59	1969
679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+ 15,40	152,69	138,44	+ 14,25	1970
701,70	386,80	114,95	184,87	72,44	112,43	+ 3,90	161,96	150,78	+ 11,18	1971
727,30	402,24	120,27	191,30	71,75	119,55	+ 2,40	172,26	161,17	+ 11,09	1972
763,00	412,48	126,85	191,67	72,30	119,37	+ 6,10	191,99	166,09	+ 25,90	1973
765,70	413,79	132,31	172,61	64,90	107,71	+ 4,40	214,73	172,14	+ 42,59	1974
752,30	426,55	138,25	165,37	65,13	100,24	- 1,00	201,98	178,85	+ 23,13	1975
792,00	441,01	141,01	173,20	69,35	103,85	+ 10,20	225,24	198,66	+ 26,58	1976
814,50	456,30	141,76	179,94	74,71	105,23	+ 9,50	234,90	207,90	+ 27,00	1977
844,20	473,78	147,71	190,41	80,81	109,60	+ 6,60	244,42	218,72	+ 25,70	1978
882,50	489,01	152,03	206,92	88,49	118,43	+ 20,10	257,72	243,28	+ 14,44	1979 } ³⁾
336,20	184,01	55,34	86,09	35,68	50,41	+ 3,80	79,42	72,46	+ 6,96	1971 1. Hj.
365,50	202,79	59,61	98,78	36,76	62,02	+ 0,10	82,54	78,32	+ 4,22	2. Hj.
347,40	192,14	58,32	89,78	34,82	54,96	+ 3,40	81,94	78,18	+ 3,76	1972 1. Hj.
379,90	210,10	61,95	101,52	36,93	64,59	- 1,00	90,32	82,99	+ 7,33	2. Hj.
367,40	200,60	60,90	92,52	35,55	56,97	+ 2,70	93,02	82,34	+ 10,68	1973 1. Hj.
395,60	211,88	65,95	99,15	36,75	62,40	+ 3,40	98,97	83,75	+ 15,22	2. Hj.
372,70	199,71	63,10	82,97	31,01	51,96	+ 3,80	105,90	82,78	+ 23,12	1974 1. Hj.
393,00	214,08	69,21	89,64	33,89	55,75	+ 0,60	108,83	89,36	+ 19,47	2. Hj.
360,80	204,98	65,95	76,44	30,05	46,39	+ 2,30	98,08	86,95	+ 11,13	1975 1. Hj.
391,50	221,57	72,30	88,93	35,08	53,85	- 3,30	103,90	91,90	+ 12,00	2. Hj.
381,10	212,96	68,46	80,20	32,83	47,37	+ 6,40	108,58	95,50	+ 13,08	1976 1. Hj.
410,90	228,05	72,55	93,00	36,52	56,48	+ 3,80	116,66	103,16	+ 13,50	2. Hj.
392,90	219,52	68,30	83,81	34,46	49,35	+ 6,90	114,83	100,46	+ 14,37	1977 1. Hj.
421,60	236,78	73,46	96,13	40,25	55,88	+ 2,60	120,07	107,44	+ 12,63	2. Hj.
404,80	229,30	71,42	86,81	36,87	49,94	+ 3,50	119,57	105,80	+ 13,77	1978 1. Hj.
439,40	244,48	76,29	103,60	43,94	59,66	+ 3,10	124,85	112,92	+ 11,93	2. Hj.
423,90	238,93	73,96	93,24	40,78	52,46	+ 9,10	125,59	116,92	+ 8,67	1979 1. Hj. } ³⁾
458,60	250,08	78,07	113,68	47,71	65,97	+ 11,00	132,13	126,36	+ 5,77	2. Hj.
439,10	242,48	76,02	100,25	42,96	57,29	+ 11,30	136,65	127,60	+ 9,05	1980 1. Hj.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 24*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außenbeitrag ²⁾
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen									
1960	56,7	13,4	24,3	9,0	15,3	+ 2,9	20,0	17,4	+ 2,6
1961	56,8	13,9	25,2	9,5	15,7	+ 1,9	19,1	16,9	+ 2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+ 1,5	18,4	17,2	+ 1,2
1963	56,7	15,6	25,6	9,3	16,2	+ 0,6	18,9	17,4	+ 1,5
1964	55,6	14,9	26,6	9,3	17,3	+ 1,4	19,0	17,6	+ 1,4
1965	56,2	15,3	26,2	9,5	16,7	+ 2,2	19,0	19,0	+ 0,1
1966	56,4	15,6	25,5	9,0	16,5	+ 1,0	20,2	18,7	+ 1,5
1967	57,2	16,3	23,1	8,3	14,8	- 0,2	21,6	18,0	+ 3,5
1968	56,2	15,6	22,4	8,1	14,3	+ 2,0	22,4	18,7	+ 3,7
1969	55,4	15,8	23,4	9,1	14,2	+ 2,6	22,9	20,0	+ 2,9
1970	54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+ 2,3	22,5	20,4	+ 2,1
1971	53,9	17,1	26,4	10,1	16,3	+ 0,5	22,3	20,2	+ 2,1
1972	54,1	17,4	25,9	9,3	16,6	+ 0,3	22,2	19,9	+ 2,2
1973	53,4	18,1	24,5	8,7	15,8	+ 0,8	23,3	20,2	+ 3,2
1974	53,5	19,7	21,9	7,7	14,2	+ 0,6	28,0	23,6	+ 4,4
1975	55,8	20,8	20,7	8,0	12,8	- 0,1	26,3	23,6	+ 2,8
1976	55,4	20,2	20,6	8,1	12,6	+ 1,2	27,7	25,2	+ 2,5
1977	55,8	19,9	20,7	8,3	12,4	+ 1,1	27,5	25,1	+ 2,5
1978 } ³⁾	55,2	19,9	21,3	8,5	12,7	+ 0,7	26,9	24,0	+ 2,9
1979 } ³⁾	54,6	19,8	22,7	8,8	13,8	+ 2,1	27,2	26,4	+ 0,9
1971 1. Hj.	53,9	16,9	25,8	10,5	15,3	+ 1,1	23,1	20,8	+ 2,3
2. Hj.	54,0	17,2	26,9	9,7	17,2	- 0,0	21,5	19,7	+ 1,8
1972 1. Hj.	54,1	17,3	25,6	9,5	16,1	+ 1,0	22,3	20,2	+ 2,0
2. Hj.	54,2	17,5	26,2	9,1	17,1	- 0,3	22,1	19,7	+ 2,4
1973 1. Hj.	54,0	17,5	24,7	8,9	15,8	+ 0,8	23,3	20,3	+ 3,0
2. Hj.	53,0	18,7	24,3	8,4	15,9	+ 0,7	23,3	20,0	+ 3,3
1974 1. Hj.	53,6	18,8	22,0	7,7	14,3	+ 1,2	28,3	23,8	+ 4,5
2. Hj.	53,4	20,5	21,9	7,8	14,1	- 0,0	27,7	23,4	+ 4,3
1975 1. Hj.	55,8	20,1	20,1	7,7	12,4	+ 0,7	27,0	23,7	+ 3,2
2. Hj.	55,8	21,4	21,3	8,2	13,1	- 0,9	25,8	23,4	+ 2,4
1976 1. Hj.	55,9	19,7	20,0	8,0	11,9	+ 1,7	28,0	25,3	+ 2,7
2. Hj.	55,0	20,6	21,2	8,1	13,1	+ 0,8	27,5	25,1	+ 2,4
1977 1. Hj.	56,1	19,4	20,2	8,1	12,1	+ 1,7	28,3	25,7	+ 2,6
2. Hj.	55,5	20,5	21,2	8,5	12,7	+ 0,5	26,8	24,5	+ 2,3
1978 1. Hj.	56,4	19,3	20,3	8,2	12,1	+ 0,9	27,8	24,7	+ 3,1
2. Hj.	54,2	20,4	22,1	8,8	13,3	+ 0,6	26,1	23,5	+ 2,7
1979 1. Hj.	55,7	19,3	21,2	8,6	12,6	+ 2,2	27,7	26,0	+ 1,6
2. Hj.	53,6	20,2	23,9	9,0	14,9	+ 2,0	26,9	26,6	+ 0,2
1980 1. Hj.	55,1	19,4	22,8	8,7	14,1	+ 2,6	29,8	29,7	+ 0,1

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außenbeitrag ²⁾	Zeitraum
		insgesamt	Ausrüstungen	Bauten					
in Preisen von 1970									
52,7	16,2	25,4	7,9	17,5	+ 2,2	16,8	13,4	+ 3,5	1960
53,3	16,4	26,0	8,5	17,5	+ 1,6	16,6	13,9	+ 2,7	1961
53,8	17,4	26,0	8,8	17,3	+ 1,2	16,4	14,8	+ 1,6	1962
53,8	18,0	25,6	8,5	17,0	+ 0,5	17,2	15,0	+ 2,2	1963
52,9	17,1	26,7	8,6	18,0	+ 1,2	17,4	15,4	+ 2,1	1964
53,6	17,0	26,5	8,8	17,7	+ 1,9	17,6	16,6	+ 1,0	1965
53,8	17,0	26,2	8,5	17,7	+ 0,8	18,9	16,7	+ 2,2	1966
54,4	17,6	24,4	7,9	16,5	- 0,3	20,3	16,5	+ 3,8	1967
53,4	16,5	23,9	7,9	15,9	+ 1,9	21,6	17,3	+ 4,3	1968
53,4	16,1	24,4	9,1	15,4	+ 2,5	22,2	18,7	+ 3,5	1969
54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+ 2,3	22,5	20,4	+ 2,1	1970
55,1	16,4	26,3	10,3	16,0	+ 0,6	23,1	21,5	+ 1,6	1971
55,3	16,5	26,3	9,9	16,4	+ 0,3	23,7	22,2	+ 1,5	1972
54,1	16,6	25,1	9,5	15,6	+ 0,8	25,2	21,8	+ 3,4	1973
54,0	17,3	22,5	8,5	14,1	+ 0,6	28,0	22,5	+ 5,6	1974
56,7	18,4	22,0	8,7	13,3	- 0,1	26,8	23,8	+ 3,1	1975
55,7	17,8	21,9	8,8	13,1	+ 1,3	28,4	25,1	+ 3,4	1976
56,0	17,4	22,1	9,2	12,9	+ 1,2	28,8	25,5	+ 3,3	1977
56,1	17,5	22,6	9,6	13,0	+ 0,8	29,0	25,9	+ 3,0	1978
55,4	17,2	23,4	10,0	13,4	+ 2,3	29,2	27,6	+ 1,6	1979 } ³⁾
54,7	16,5	25,6	10,6	15,0	+ 1,1	23,6	21,6	+ 2,1	1971 1. Hj.
55,5	16,3	27,0	10,1	17,0	+ 0,0	22,6	21,4	+ 1,2	2. Hj.
55,3	16,8	25,8	10,0	15,8	+ 1,0	23,6	22,5	+ 1,1	1972 1. Hj.
55,3	16,3	26,7	9,7	17,0	- 0,3	23,8	21,8	+ 1,9	2. Hj.
54,6	16,6	25,2	9,7	15,5	+ 0,7	25,3	22,4	+ 2,9	1973 1. Hj.
53,6	16,7	25,1	9,3	15,8	+ 0,9	25,0	21,2	+ 3,8	2. Hj.
53,6	16,9	22,3	8,3	13,9	+ 1,0	28,4	22,2	+ 6,2	1974 1. Hj.
54,5	17,6	22,8	8,6	14,2	+ 0,2	27,7	22,7	+ 5,0	2. Hj.
56,8	18,3	21,2	8,3	12,9	+ 0,6	27,2	24,1	+ 3,1	1975 1. Hj.
56,6	18,5	22,7	9,0	13,8	- 0,8	26,5	23,5	+ 3,1	2. Hj.
55,9	18,0	21,0	8,6	12,4	+ 1,7	28,5	25,1	+ 3,4	1976 1. Hj.
55,5	17,7	22,6	8,9	13,7	+ 0,9	28,4	25,1	+ 3,3	2. Hj.
55,9	17,4	21,3	8,8	12,6	+ 1,8	29,2	25,6	+ 3,7	1977 1. Hj.
56,2	17,4	22,8	9,5	13,3	+ 0,6	28,5	25,5	+ 3,0	2. Hj.
56,6	17,6	21,4	9,1	12,3	+ 0,9	29,5	26,1	+ 3,4	1978 1. Hj.
55,6	17,4	23,6	10,0	13,6	+ 0,7	28,4	25,7	+ 2,7	2. Hj.
56,4	17,4	22,0	9,6	12,4	+ 2,1	29,6	27,6	+ 2,0	1979 1. Hj. } ³⁾
54,5	17,0	24,8	10,4	14,4	+ 2,4	28,8	27,6	+ 1,3	2. Hj.
55,2	17,3	22,8	9,8	13,0	+ 2,6	31,1	29,1	+ 2,1	1980 1. Hj. }

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktberechnung —

Mrd

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1970 1. Vj.	149,00	81,45	23,22	30,46	14,43	16,03	+ 11,40	34,19	31,72	+ 2,47
2. Vj.	166,80	89,75	26,23	45,28	17,07	28,21	+ 2,10	37,96	34,52	+ 3,44
3. Vj.	178,00	91,70	26,18	47,15	16,90	30,25	+ 10,30	38,15	35,48	+ 2,67
4. Vj.	185,20	104,65	32,48	50,80	20,03	30,77	- 8,40	42,39	36,72	+ 5,67
1971 1. Vj.	171,50	91,20	29,50	39,41	17,55	21,86	+ 6,80	40,74	36,15	+ 4,59
2. Vj.	184,40	100,46	30,76	52,50	19,93	32,57	- 2,90	41,46	37,88	+ 3,58
3. Vj.	196,70	101,60	31,04	52,02	17,88	34,14	+ 8,70	42,46	39,12	+ 3,34
4. Vj.	203,40	114,57	37,94	55,67	21,01	34,66	- 8,80	43,66	39,64	+ 4,02
1972 1. Vj.	188,60	102,00	33,21	44,06	17,60	26,46	+ 5,20	42,03	37,90	+ 4,13
2. Vj.	201,00	108,70	34,13	55,60	19,49	36,11	- 1,20	44,73	40,96	+ 3,77
3. Vj.	212,40	111,91	34,39	54,72	18,23	36,49	+ 8,50	44,74	41,86	+ 2,88
4. Vj.	225,20	125,14	42,30	59,96	21,43	38,53	- 9,90	51,83	44,13	+ 7,70
1973 1. Vj.	211,60	113,27	37,70	48,26	18,52	29,74	+ 6,50	49,17	43,30	+ 5,87
2. Vj.	223,90	121,70	38,45	59,32	20,32	39,00	- 2,80	52,51	45,28	+ 7,23
3. Vj.	235,30	121,69	39,19	57,27	18,57	38,70	+ 10,40	53,59	46,84	+ 6,75
4. Vj.	249,30	135,02	51,36	60,59	22,35	38,24	- 6,90	59,45	50,22	+ 9,23
1974 1. Vj.	227,00	120,40	42,50	46,79	16,82	29,97	+ 5,70	64,22	52,61	+ 11,61
2. Vj.	240,40	129,90	45,21	55,87	19,03	36,84	- 0,10	68,16	58,64	+ 9,52
3. Vj.	253,50	132,27	46,22	55,02	18,69	36,33	+ 12,90	70,66	63,57	+ 7,09
4. Vj.	266,00	144,98	60,09	58,71	21,93	36,78	- 13,00	73,15	57,93	+ 15,22
1975 1. Vj.	237,40	130,33	46,82	44,38	17,19	27,19	+ 6,40	64,49	55,02	+ 9,47
2. Vj.	252,10	142,87	51,65	54,17	20,42	33,75	- 2,90	67,46	61,15	+ 6,31
3. Vj.	262,20	144,58	51,74	54,46	19,58	34,88	+ 7,60	66,89	63,07	+ 3,82
4. Vj.	283,20	159,64	65,08	61,53	25,13	36,40	- 12,40	73,84	64,49	+ 9,35
1976 1. Vj.	257,90	144,09	51,17	46,51	19,75	26,76	+ 8,60	72,64	65,11	+ 7,53
2. Vj.	275,40	153,99	54,07	59,96	23,13	36,83	+ 0,40	76,75	69,77	+ 6,98
3. Vj.	284,60	154,43	53,82	58,33	20,69	37,64	+ 14,00	78,51	74,49	+ 4,02
4. Vj.	307,10	171,08	68,13	67,09	27,11	39,98	- 9,30	84,15	74,05	+ 10,10
1977 1. Vj.	276,90	153,65	53,20	51,78	21,43	30,35	+ 11,10	78,88	71,71	+ 7,17
2. Vj.	291,50	165,29	56,86	63,14	24,64	38,50	- 1,30	82,09	74,58	+ 7,51
3. Vj.	303,80	167,25	57,09	63,03	24,00	39,03	+ 15,30	81,02	79,89	+ 1,13
4. Vj.	328,40	183,37	72,23	71,01	29,82	41,19	- 11,90	88,58	74,89	+ 13,69
1978 1. Vj.	293,60	165,94	57,63	53,75	23,21	30,54	+ 6,40	82,67	72,79	+ 9,88
2. Vj.	314,90	177,41	59,65	69,92	26,98	42,94	- 1,20	86,33	77,21	+ 9,12
3. Vj.	330,80	178,09	62,34	71,03	27,17	43,86	+ 14,10	86,00	80,76	+ 5,24
4. Vj.	354,30	193,13	77,62	80,44	33,02	47,42	- 9,90	93,07	80,06	+ 13,01
1979 1. Vj.	318,60	177,03	61,98	58,79	26,48	32,31	+ 12,90	89,76	81,86	+ 7,90
2. Vj.	343,10	191,42	65,80	81,51	30,26	51,25	+ 1,60	93,25	90,48	+ 2,77
3. Vj.	357,10	189,30	67,03	83,42	30,38	53,04	+ 20,40	96,17	99,22	- 3,05
4. Vj.	385,40	208,51	83,10	94,34	36,60	57,74	- 5,30	103,27	98,52	+ 4,75
1980 1. Vj.	348,80	192,65	66,48	73,20	29,11	44,09	+ 15,70	106,78	106,01	+ 0,77
2. Vj.	367,20	201,62	72,46	90,09	32,87	57,22	+ 3,20	106,31	106,48	- 0,17

1) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

2) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Verwendung des Sozialprodukts

DM

Brutto- sozial- produkt	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾	Zeitraum
			ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten					
in Preisen von 1970										
153,10	82,54	24,70	31,55	14,68	16,87	+ 11,20	34,79	31,68	+ 3,11	1970 1. Vj.
168,60	90,24	26,31	45,53	17,25	28,28	+ 2,80	38,22	34,50	+ 3,72	2. Vj.
177,80	91,33	26,74	46,82	16,87	29,95	+ 10,60	37,87	35,56	+ 2,31	3. Vj.
179,50	103,44	30,36	49,79	19,63	30,16	- 9,20	41,81	36,70	+ 5,11	4. Vj.
163,60	88,11	27,16	37,61	16,76	20,85	+ 6,60	39,42	35,30	+ 4,12	1971 1. Vj.
172,60	95,90	28,18	48,48	18,92	29,56	- 2,80	40,00	37,16	+ 2,84	2. Vj.
182,80	95,93	28,30	47,73	16,94	30,79	+ 9,00	40,63	38,79	+ 1,84	3. Vj.
182,70	106,86	31,31	51,05	19,82	31,23	- 8,90	41,91	39,53	+ 2,38	4. Vj.
169,00	93,42	28,75	40,18	16,56	23,62	+ 4,40	39,69	37,44	+ 2,25	1972 1. Vj.
178,40	98,72	29,57	49,60	18,26	31,34	- 1,00	42,25	40,74	+ 1,51	2. Vj.
187,90	100,05	29,37	48,47	16,97	31,50	+ 8,80	42,02	40,81	+ 1,21	3. Vj.
192,00	110,05	32,58	53,05	19,96	33,09	- 9,80	48,30	42,18	+ 6,12	4. Vj.
179,90	97,55	30,25	42,32	17,09	25,23	+ 4,90	45,38	40,50	+ 4,88	1973 1. Vj.
187,50	103,05	30,65	50,20	18,46	31,74	- 2,20	47,64	41,84	+ 5,80	2. Vj.
196,70	101,50	31,02	48,20	16,82	31,38	+ 10,40	47,38	41,80	+ 5,58	3. Vj.
198,90	110,38	34,93	50,95	19,93	31,02	- 7,00	51,59	41,95	+ 9,64	4. Vj.
183,40	96,89	30,98	38,56	14,73	23,83	+ 4,10	52,29	39,42	+ 12,87	1974 1. Vj.
189,30	102,82	32,12	44,41	16,28	28,13	- 0,30	53,61	43,36	+ 10,25	2. Vj.
197,50	102,74	32,80	43,39	15,69	27,70	+ 11,70	53,66	46,79	+ 6,87	3. Vj.
195,50	111,34	36,41	46,25	18,20	28,05	- 11,10	55,17	42,57	+ 12,60	4. Vj.
176,90	98,66	32,10	34,75	13,91	20,84	+ 4,80	47,91	41,32	+ 6,59	1975 1. Vj.
183,90	106,32	33,85	41,69	16,14	25,55	- 2,50	50,17	45,63	+ 4,54	2. Vj.
192,60	105,78	34,57	41,83	15,42	26,41	+ 6,90	49,37	45,85	+ 3,52	3. Vj.
198,90	115,79	37,73	47,10	19,66	27,44	- 10,20	54,53	46,05	+ 8,48	4. Vj.
185,90	103,59	34,05	35,38	15,25	20,13	+ 6,10	53,16	46,38	+ 6,78	1976 1. Vj.
195,20	109,37	34,41	44,82	17,58	27,24	+ 0,30	55,42	49,12	+ 6,30	2. Vj.
202,30	108,41	34,58	43,34	15,82	27,52	+ 11,30	56,15	51,48	+ 4,67	3. Vj.
208,60	119,64	37,97	49,66	20,70	28,96	- 7,50	60,51	51,68	+ 8,83	4. Vj.
193,20	106,38	33,92	38,10	16,10	22,00	+ 7,70	56,64	49,54	+ 7,10	1977 1. Vj.
199,70	113,14	34,38	45,71	18,36	27,35	- 0,80	58,19	50,92	+ 7,27	2. Vj.
207,10	112,99	34,88	45,30	17,94	27,36	+ 11,90	57,43	55,40	+ 2,03	3. Vj.
214,50	123,79	38,58	50,83	22,31	28,52	- 9,30	62,64	52,04	+ 10,60	4. Vj.
196,80	111,38	35,46	38,06	17,13	20,93	+ 4,20	58,75	51,05	+ 7,70	1978 1. Vj.
208,00	117,92	35,96	48,75	19,74	29,01	- 0,70	60,82	54,75	+ 6,07	2. Vj.
216,30	117,29	36,15	48,67	19,81	28,86	+ 10,40	60,08	56,29	+ 3,79	3. Vj.
223,10	127,19	40,14	54,93	24,13	30,80	- 7,30	64,77	56,63	+ 8,14	4. Vj.
205,70	115,78	36,43	39,87	19,14	20,73	+ 8,20	62,35	56,93	+ 5,42	1979 1. Vj.
218,20	123,15	37,53	53,37	21,64	31,73	+ 0,90	63,24	59,99	+ 3,25	2. Vj.
225,10	119,31	37,10	53,52	21,65	31,87	+ 14,70	64,02	63,55	+ 0,47	3. Vj.
233,50	130,77	40,97	60,16	26,06	34,10	- 3,70	68,11	62,81	+ 5,30	4. Vj.
217,60	119,78	37,29	45,81	20,34	25,47	+ 9,60	69,22	64,10	+ 5,12	1980 1. Vj.
221,50	122,70	38,73	54,44	22,62	31,82	+ 1,70	67,43	63,50	+ 3,93	2. Vj.

3) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Ins- gesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorrats- ver- änderung
		zusammen	Unter- nehmen ¹⁾²⁾	Staat ³⁾	zusammen	Unternehmen ¹⁾		Staat ³⁾	
						zusam- men ³⁾	darunter Wohnb. ⁴⁾		
in jeweiligen Preisen									
1960	82,48	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 8,90
1961	89,86	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,40
1962	98,28	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,40
1963	100,01	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,30
1964	117,70	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,00
1965	130,10	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+ 10,20
1966	128,87	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 4,70
1967	113,08	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	- 1,10
1968	131,02	43,45	41,94	1,51	76,67	57,43	37,33	19,24	+ 10,90
1969	154,99	54,60	52,88	1,72	84,99	62,84	38,68	22,15	+ 15,40
1970	189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+ 15,40
1971	203,40	76,37	73,70	2,67	123,23	92,55	55,05	30,68	+ 3,80
1972	216,94	76,75	73,86	2,89	137,59	106,68	66,89	30,91	+ 2,60
1973	232,64	79,76	76,49	3,27	145,68	113,80	72,61	31,88	+ 7,20
1974	221,89	76,47	72,74	3,73	139,92	103,10	64,47	36,82	+ 5,50
1975	213,24	82,32	78,63	3,69	132,22	95,59	59,19	36,63	- 1,30
1976	245,59	90,68	87,14	3,54	141,21	104,62	64,98	36,59	+ 13,70
1977	262,16	99,89	95,93	3,96	149,07	113,47	70,08	35,60	+ 13,20
1978 } ⁵⁾	284,54	110,38	106,03	4,35	164,76	124,74	77,30	40,02	+ 9,40
1979 }	347,66	123,72	119,05	4,67	194,34	147,37	91,15	46,97	+ 29,60
1971 1. Hj.	95,81	37,48	36,36	1,12	54,43	40,79	23,53	13,64	+ 3,90
2. Hj.	107,59	38,89	37,34	1,55	68,80	51,76	31,52	17,04	- 0,10
1972 1. Hj.	103,66	37,09	35,85	1,24	62,57	48,62	29,92	13,95	+ 4,00
2. Hj.	113,28	39,66	38,01	1,65	75,02	58,06	36,97	16,96	- 1,40
1973 1. Hj.	111,28	38,84	37,50	1,34	68,74	54,31	34,49	14,43	+ 3,70
2. Hj.	121,36	40,92	38,99	1,93	76,94	59,49	38,12	17,45	+ 3,50
1974 1. Hj.	108,26	35,85	34,45	1,40	66,81	49,98	30,87	16,83	+ 5,60
2. Hj.	113,63	40,62	38,29	2,33	73,11	53,12	33,60	19,99	- 0,10
1975 1. Hj.	102,05	37,61	36,15	1,46	60,94	44,15	27,00	16,79	+ 3,50
2. Hj.	111,19	44,71	42,48	2,23	71,28	51,44	32,19	19,84	- 4,80
1976 1. Hj.	115,47	42,88	41,45	1,43	63,59	47,25	28,58	16,34	+ 9,00
2. Hj.	130,12	47,80	45,69	2,11	77,62	57,37	36,40	20,25	+ 4,70
1977 1. Hj.	124,72	46,07	44,62	1,45	68,85	52,94	31,66	15,91	+ 9,80
2. Hj.	137,44	53,82	51,31	2,51	80,22	60,53	38,42	19,69	+ 3,40
1978 1. Hj.	128,87	50,19	48,54	1,65	73,48	55,93	33,90	17,55	+ 5,20
2. Hj.	155,67	60,19	57,49	2,70	91,28	68,81	43,40	22,47	+ 4,20
1979 1. Hj.	154,80	56,74	55,01	1,73	83,56	63,92	38,74	19,64	+ 14,50
2. Hj.	192,86	66,98	64,04	2,94	110,78	83,45	52,41	27,33	+ 15,10
1980 1. Hj.	182,19	61,98	60,02	1,96	101,31	76,88	46,17	24,43	+ 18,90

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

2) Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen (u. a. Schrott).

noch Tabelle 26*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Ins- gesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorrats- ver- änderung	Zeitraum
	zusammen	Unter- nehmen ¹⁾ 2)	Staat ²⁾	zusammen	Unternehmen ¹⁾		Staat ³⁾		
					zusam- men ³⁾	darunter Wohnb. ⁴⁾			
in Preisen von 1970									
118,74	34,06	32,98	1,08	75,18	62,14	37,61	13,04	+ 9,50	1960
124,30	38,14	36,91	1,23	78,86	64,38	38,65	14,48	+ 7,30	1961
127,84	41,18	39,73	1,45	81,16	64,31	39,09	16,85	+ 5,50	1962
126,25	41,37	39,73	1,64	82,48	63,12	38,79	19,36	+ 2,40	1963
144,20	44,66	42,95	1,71	93,14	69,44	43,17	23,70	+ 6,40	1964
154,97	48,10	46,21	1,89	96,37	72,56	44,84	23,81	+ 10,50	1965
150,84	47,54	45,71	1,83	98,70	74,64	46,50	24,06	+ 4,60	1966
134,71	44,03	42,27	1,76	92,28	70,34	46,39	21,94	- 1,60	1967
153,30	47,25	45,62	1,63	94,55	70,98	46,14	23,57	+ 11,50	1968
172,93	58,12	56,32	1,80	98,61	72,96	44,98	25,65	+ 16,20	1969
189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+ 15,40	1970
188,77	72,44	69,90	2,54	112,43	84,28	49,69	28,15	+ 3,90	1971
193,70	71,75	69,06	2,69	119,55	92,06	56,68	27,49	+ 2,40	1972
197,77	72,30	69,36	2,94	119,37	92,28	57,41	27,09	+ 6,10	1973
177,01	64,90	61,74	3,16	107,71	78,61	47,75	29,10	+ 4,40	1974
164,37	65,13	62,19	2,94	100,24	71,79	42,78	28,45	- 1,00	1975
183,40	69,35	66,61	2,74	103,85	76,14	45,50	27,71	+ 10,20	1976
189,44	74,71	71,74	2,97	105,23	79,20	46,83	26,03	+ 9,50	1977
197,01	80,81	77,63	3,18	109,60	82,05	48,67	27,55	+ 6,60	1978 } ⁵⁾
227,02	88,49	85,18	3,31	118,43	89,04	52,59	29,39	+ 20,10	1979 }
89,89	35,68	34,61	1,07	50,41	37,76	21,64	12,65	+ 3,80	1971 1. Hj.
98,88	36,76	35,29	1,47	62,02	46,52	28,05	15,50	+ 0,10	2. Hj.
93,18	34,82	33,66	1,16	54,96	42,47	25,69	12,49	+ 3,40	1972 1. Hj.
100,52	36,93	35,40	1,53	64,59	49,59	30,99	15,00	- 1,00	2. Hj.
95,22	35,55	34,33	1,22	56,97	44,61	27,64	12,36	+ 2,70	1973 1. Hj.
102,55	36,75	35,03	1,72	62,40	47,67	29,77	14,73	+ 3,40	2. Hj.
86,77	31,01	29,79	1,22	51,96	38,51	23,20	13,45	+ 3,80	1974 1. Hj.
90,24	33,89	31,95	1,94	55,75	40,10	24,55	15,65	+ 0,60	2. Hj.
78,74	30,05	28,88	1,17	46,39	33,31	19,63	13,08	+ 2,30	1975 1. Hj.
85,63	35,08	33,31	1,77	53,85	38,48	23,15	15,37	- 3,30	2. Hj.
86,60	32,83	31,71	1,12	47,37	34,88	20,29	12,49	+ 6,40	1976 1. Hj.
96,80	36,52	34,90	1,62	56,48	41,26	25,21	15,22	+ 3,80	2. Hj.
90,71	34,46	33,37	1,09	49,35	37,56	21,53	11,79	+ 6,90	1977 1. Hj.
98,73	40,25	38,37	1,88	55,88	41,64	25,30	14,24	+ 2,60	2. Hj.
90,31	36,87	35,66	1,21	49,94	37,60	21,79	12,34	+ 3,50	1978 1. Hj.
106,70	43,94	41,97	1,97	59,66	44,45	26,88	15,21	+ 3,10	2. Hj.
102,34	40,78	39,54	1,24	52,46	39,77	23,04	12,69	+ 9,10	1979 1. Hj. } ⁵⁾
124,68	47,71	45,64	2,07	65,97	49,27	29,55	16,70	+ 11,00	2. Hj.
111,55	42,96	41,61	1,35	57,29	43,25	24,67	14,04	+ 11,30	1980 1. Hj.

¹⁾ Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

²⁾ Nur neue Bauten.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Anlageinvestitionen

Mrd DM in jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel- und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	Baugewerbe				
Neue Ausrüstungen										
1960	28,01	3,10	16,38	2,64	11,90	1,84	6,02	1,32	X	1,19
1961	32,29	3,70	19,08	2,86	13,94	2,28	6,68	1,48		1,35
1962	35,99	3,71	21,73	3,39	15,79	2,55	7,46	1,49		1,60
1963	36,68	3,43	21,70	3,39	15,64	2,67	7,88	1,84		1,83
1964	40,40	4,06	24,41	3,77	17,81	2,83	7,87	2,12		1,94
1965	44,58	4,74	26,39	3,61	20,10	2,68	8,60	2,69		2,16
1966	45,23	4,46	26,49	3,32	20,98	2,19	8,80	3,35		2,13
1967	42,34	3,36	24,25	3,76	18,21	2,28	8,55	4,12		2,06
1968	44,78	3,06	25,86	3,31	20,02	2,53	9,68	4,20		1,98
1969	56,33	3,98	33,57	3,11	27,04	3,42	11,15	5,37		2,26
1970	70,46	4,27	43,16	4,24	34,85	4,07	13,21	6,94		2,88
1971	78,70	3,92	47,92	6,06	37,38	4,48	15,55	7,86		3,45
1972	79,39	4,24	46,14	7,11	34,41	4,62	17,08	8,22		3,71
1973	82,34	5,37	45,11	7,50	33,69	3,92	17,19	10,56		4,11
1974	79,76	5,01	44,83	8,93	33,31	2,59	15,58	9,78		4,56
1975	85,85	5,71	46,04	9,46	33,68	2,90	16,48	13,19		4,43
1976	94,12	6,56	47,87	8,31	36,52	3,04	18,56	16,80		4,33
1977	103,46	7,59	48,82	7,42	38,07	3,33	20,00	22,23		4,82
1978 } ⁷⁾	114,21	8,01	51,57	7,55	39,82	4,20	21,84	27,53		5,26
1979 } ⁷⁾	127,49	8,81	5,65	
Neue Bauten										
1960	46,44	1,22	8,63	2,17	6,10	0,36	4,22	2,83	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,64	2,35	6,86	0,43	4,61	3,30	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,39	2,78	6,14	0,47	5,43	3,73	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	8,99	2,77	5,67	0,55	5,62	4,17	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,10	3,13	6,29	0,68	5,91	5,15	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	11,12	3,46	7,01	0,65	5,83	5,82	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	11,34	3,36	7,36	0,62	5,92	6,26	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,68	3,70	5,36	0,62	5,84	4,33	34,00	17,78
1968	76,67	1,45	8,54	3,08	4,94	0,52	6,52	4,99	35,35	19,82
1969	84,99	1,35	11,32	3,24	7,48	0,60	7,35	5,45	36,75	22,77
1970	105,26	1,26	15,69	3,94	11,05	0,70	9,15	6,83	42,62	29,71
1971	123,23	1,15	17,79	5,09	11,76	0,94	10,77	9,42	52,36	31,74
1972	137,59	1,02	17,32	5,71	10,42	1,19	11,70	12,31	63,47	31,77
1973	145,68	1,09	16,48	5,61	9,59	1,28	12,26	14,59	68,76	32,50
1974	139,92	1,30	15,46	6,00	8,71	0,75	11,66	13,93	60,86	36,71
1975	132,22	1,41	14,96	7,30	7,11	0,55	11,03	12,52	55,82	36,48
1976	141,21	1,57	15,88	7,78	7,59	0,51	11,66	14,35	61,09	36,66
1977	149,07	1,75	17,06	7,63	8,69	0,74	12,41	16,30	65,67	35,88
1978 } ⁷⁾	164,76	1,84	17,59	8,70	8,18	0,71	12,59	20,34	71,97	40,43
1979 } ⁷⁾	194,34	1,93	84,31	47,55

1) Einschließlich selbsterstellter Anlagen.

2) Einschließlich produzierendes Handwerk

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen

Mrd DM in Preisen von 1970

Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾	Jahr
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Baugewerbe					
Neue Ausrüstungen										
35,09	3,61	21,48	3,56	15,68	2,24	7,08	1,49		1,43	1960
39,27	4,17	24,02	3,70	17,60	2,72	7,80	1,66		1,62	1961
42,31	4,03	26,29	4,19	19,14	2,96	8,43	1,65		1,91	1962
42,52	3,72	25,83	4,14	18,62	3,07	8,81	2,01		2,15	1963
45,98	4,36	28,35	4,49	20,64	3,22	8,72	2,29		2,26	1964
49,44	4,98	29,79	4,13	22,66	3,00	9,32	2,87		2,48	1965
48,86	4,57	29,03	3,70	22,96	2,37	9,36	3,51		2,39	1966
45,40	3,41	26,22	4,15	19,62	2,45	9,17	4,29		2,31	1967
48,70	3,28	28,28	3,68	21,85	2,75	10,57	4,43		2,14	1968
59,98	4,20	35,88	3,36	28,89	3,63	11,91	5,62		2,37	1969
70,46	4,27	43,16	4,24	34,85	4,07	13,21	6,94		2,88	1970
74,64	3,70	45,36	5,66	35,45	4,25	14,68	7,62		3,28	1971
74,16	3,86	43,07	6,46	32,31	4,30	15,87	7,91		3,45	1972
74,55	4,62	40,92	6,58	30,81	3,53	15,36	9,96		3,69	1973
67,54	4,00	37,76	7,13	28,45	2,18	13,14	8,81		3,83	1974
67,73	4,17	35,81	6,86	26,69	2,26	12,98	11,27		3,50	1975
71,78	4,63	35,90	5,79	27,82	2,29	14,10	13,82		3,33	1976
77,11	5,17	35,38	4,94	28,04	2,40	14,74	18,23		3,59	1977
83,31	5,35	36,36	4,92	28,49	2,95	15,46	22,32		3,82	1978 } ⁷⁾
90,86	5,75		3,97	1979 } ⁷⁾
Neue Bauten										
75,18	1,87	13,34	3,12	9,65	0,57	6,18	4,64	35,02	14,13	1960
78,86	1,80	14,03	3,19	10,20	0,64	6,36	5,09	36,06	15,52	1961
81,16	1,73	12,68	3,53	8,50	0,65	7,05	5,34	36,55	17,81	1962
82,48	1,65	11,60	3,41	7,46	0,73	7,00	5,65	36,15	20,43	1963
93,14	1,76	12,49	3,75	7,87	0,87	7,17	6,71	39,97	25,04	1964
96,37	1,77	13,41	4,11	8,50	0,80	7,02	7,33	41,84	25,00	1965
98,70	1,79	13,37	3,92	8,70	0,75	6,98	7,68	43,48	25,40	1966
92,28	1,72	11,83	4,46	6,59	0,78	7,12	5,49	43,51	22,61	1967
94,55	1,80	10,44	3,68	6,11	0,65	7,98	6,32	43,70	24,31	1968
98,61	1,58	13,04	3,69	8,65	0,70	8,47	6,41	42,73	26,38	1969
105,26	1,26	15,69	3,94	11,05	0,70	9,15	6,83	42,62	29,71	1970
112,43	1,04	16,45	4,75	10,84	0,86	10,02	8,57	47,26	29,09	1971
119,55	0,87	15,48	5,16	9,27	1,05	10,55	10,70	53,79	28,16	1972
119,37	0,86	14,07	4,84	8,16	1,07	10,58	12,00	54,37	27,49	1973
107,71	0,98	12,50	4,84	7,07	0,59	9,47	10,78	45,08	28,90	1974
100,24	1,04	12,05	5,89	5,73	0,43	8,96	9,63	40,34	28,22	1975
103,85	1,11	12,45	6,10	5,96	0,39	9,22	10,65	42,77	27,65	1976
105,23	1,16	13,02	5,84	6,64	0,54	9,51	11,56	43,88	26,10	1977
109,60	1,17	12,69	6,32	5,89	0,48	9,16	13,57	45,32	27,69	1978 } ⁷⁾
118,43	1,11	48,64	29,61	1979 } ⁷⁾

1) Einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen

2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

3) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 28*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Empfangene ¹⁾	Geleistete ²⁾	Verfügbares Einkommen insgesamt ²⁾
	insgesamt ²⁾	Bruttoeinkommen aus		der privaten Haushalte ²⁾³⁾			
		unselbständiger Arbeit	Unternehmer-tätigkeit und Vermögen ²⁾		laufende Übertragungen		
1960	224,00	144,90	79,10	223,13	42,89	58,73	207,29
1961	246,21	163,44	82,77	245,18	46,95	68,04	224,09
1962	267,40	180,84	86,56	266,28	51,61	76,44	241,45
1963	282,28	193,98	88,30	281,10	55,08	83,12	253,06
1964	311,04	212,08	98,96	309,76	60,73	90,58	279,91
1965	342,10	235,15	106,95	340,67	68,05	99,00	309,72
1966	363,75	253,20	110,55	362,04	74,51	110,26	326,29
1967	366,65	253,07	113,58	364,85	81,81	111,95	334,71
1968	400,94	271,91	129,03	398,89	86,43	123,03	362,29
1969	442,14	305,92	136,22	439,52	93,77	141,67	391,62
1970	520,22	361,32	158,90	516,55	103,05	171,87	447,73
1971	581,30	408,30	173,00	577,03	115,54	200,93	491,64
1972	628,71	448,79	179,92	623,93	131,31	225,11	530,13
1973	702,47	509,47	193,00	695,74	146,52	270,52	571,74
1974	761,77	560,60	201,17	754,13	166,66	301,82	618,97
1975	798,33	583,40	214,93	791,33	202,07	312,90	680,50
1976	861,38	626,32	235,06	854,32	217,46	352,13	719,65
1977	928,14	669,68	258,46	920,63	232,98	380,68	772,93
1978 } ⁸⁾	988,48	714,66	273,82	980,26	247,86	401,20	826,92
1979 }	...	766,80	263,45	426,54	...
1971 1. Hj.	260,65	195,16	65,49	258,61	56,79	95,14	220,26
2. Hj.	300,49	213,14	87,35	298,26	58,75	105,79	251,22
1972 1. Hj.	289,49	214,06	75,43	287,24	63,74	103,68	247,30
2. Hj.	333,46	234,73	98,73	330,93	67,57	121,43	277,07
1973 1. Hj.	329,98	242,48	87,50	326,91	70,89	126,28	271,52
2. Hj.	372,66	266,99	105,67	369,00	75,63	144,24	300,39
1974 1. Hj.	355,63	268,25	87,38	351,86	81,13	141,42	291,57
2. Hj.	407,42	292,35	115,07	403,55	85,53	160,40	328,68
1975 1. Hj.	377,34	281,07	96,27	373,75	98,31	145,85	326,21
2. Hj.	422,20	302,33	119,87	418,79	103,76	167,05	355,50
1976 1. Hj.	404,86	299,15	105,71	401,40	106,51	164,37	343,54
2. Hj.	458,01	327,17	130,84	454,41	110,95	187,76	377,60
1977 1. Hj.	435,61	321,56	114,05	431,94	113,64	180,21	365,37
2. Hj.	485,63	348,12	137,51	481,79	119,34	200,47	400,66
1978 1. Hj.	461,09	339,96	121,13	457,09	123,08	189,57	390,60
2. Hj.	517,08	374,70	142,38	512,86	124,78	211,63	426,01
1979 1. Hj.	499,32	365,23	134,09	494,80	130,61	202,51	422,90
2. Hj.	555,30	401,57	153,73	549,75	132,84	224,03	458,56
1980 1. Hj.	543,62	394,68	148,94	537,01	139,15	220,23	455,93

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

2) Für Jahre: Ab 1970 wurden revidierte Angaben aus der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank verwendet. Die Zahlen für diesen Zeitraum sind deshalb mit denen vor 1970 nicht voll vergleichbar. Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

3) Erwerbs- und Vermögenseinkommen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

der privaten Haushalte¹⁾

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nicht-entnommene Gewinne ⁶⁾	Ersparnis ohne nicht-entnommene Gewinne ⁶⁾	Sparquote ⁷⁾ (vH)	Empfangene	Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum
					Vermögensübertragungen			
171,84	35,45	19,42	16,03	8,5	3,01	3,02	16,02	1960
188,33	35,76	17,28	18,48	8,9	4,12	3,72	18,88	1961
204,79	36,66	17,49	19,17	8,6	4,52	4,51	19,18	1962
216,79	36,27	12,68	23,59	9,8	4,12	4,90	22,81	1963
233,50	46,41	16,80	29,61	11,3	4,57	5,86	28,32	1964
257,62	52,10	16,35	35,75	12,2	5,22	6,61	34,36	1965
275,06	51,23	14,99	36,24	11,6	5,25	7,41	34,08	1966
282,63	52,08	16,08	36,00	11,3	5,36	8,95	32,41	1967
300,76	61,53	18,66	42,87	12,5	5,74	10,24	38,37	1968
330,83	60,79	9,68	51,11	13,4	5,85	11,03	45,93	1969
367,55	80,18	21,80	58,38	13,7	8,24	12,71	53,91	1970
407,83	83,81	20,16	63,65	13,5	11,10	15,07	59,68	1971
447,75	82,38	5,76	76,62	14,6	12,57	19,09	70,10	1972
491,68	80,06	- 0,17	80,23	14,0	12,66	20,26	72,63	1973
527,55	91,42	- 1,28	92,70	14,9	15,96	23,73	84,93	1974
577,42	103,08	- 1,21	104,29	15,3	17,49	25,43	96,35	1975
623,59	96,06	- 1,49	97,55	13,5	18,91	29,03	87,43	1976
669,56	103,37	6,90	96,47	12,6	19,23	30,70	85,00	1977
714,57	112,35	10,31	102,04	12,5	19,63	33,39	88,28	1978
766,26	115,20	13,1	18,74	35,29	98,65	1979
191,66	.	.	28,60	13,0	4,76	7,08	26,28	1971 1. Hj.
216,17	.	.	35,05	14,0	6,34	7,99	33,40	2. Hj.
210,70	.	.	36,60	14,8	5,84	8,50	33,94	1972 1. Hj.
237,05	.	.	40,02	14,4	6,73	10,59	36,16	2. Hj.
234,97	.	.	36,55	13,5	5,90	9,40	33,05	1973 1. Hj.
256,71	.	.	43,68	14,5	6,76	10,86	39,58	2. Hj.
250,30	.	.	41,27	14,2	7,34	11,18	37,43	1974 1. Hj.
277,25	.	.	51,43	15,6	8,62	12,55	47,50	2. Hj.
273,20	.	.	53,01	16,3	8,06	11,80	49,27	1975 1. Hj.
304,22	.	.	51,28	14,4	9,43	13,63	47,08	2. Hj.
298,08	.	.	45,46	13,2	8,71	13,84	40,33	1976 1. Hj.
325,51	.	.	52,09	13,8	10,20	15,19	47,10	2. Hj.
318,94	.	.	46,43	12,7	9,10	14,54	40,99	1977 1. Hj.
350,62	.	.	50,04	12,5	10,13	16,16	44,01	2. Hj.
343,35	.	.	47,25	12,1	9,48	16,05	40,68	1978 1. Hj.
371,22	.	.	54,79	12,9	10,15	17,34	47,60	2. Hj.
368,45	.	.	54,45	12,9	8,91	17,49	45,87	1979 1. Hj.
397,81	.	.	60,75	13,2	9,83	17,80	52,78	2. Hj.
394,27	.	.	61,66	13,5	9,01	17,87	52,80	1980 1. Hj.

¹⁾ Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.²⁾ Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.⁶⁾ Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. (Siehe Fußnote 2 auf Seite 264).⁷⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).⁸⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Käufe der privaten Haushalte im Inland¹⁾

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel ²⁾	Kleidung, Schuhe	Wohnungs- mieten u. ä. ³⁾	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Waren und Dienstleistungen für				Persön- liche Aus- stattung u. ä. ⁵⁾
						übrige Haus- halts- führung ⁴⁾	Verkehr, Nachrich- tenüber- mittlung	Körper- und Gesund- heits- pflege ⁴⁾	Bildung und Unter- haltung ⁴⁾	
in jeweiligen Preisen										
1960	170,57	63,29	19,68	16,90	5,20	22,05	15,60	8,38	12,24	7,23
1961	186,22	67,90	21,05	19,08	5,62	24,04	18,11	9,00	13,36	8,06
1962	201,87	72,57	22,49	20,22	6,97	26,05	20,76	9,91	14,22	8,68
1963	214,06	75,62	23,41	22,33	8,55	26,86	22,80	10,16	14,90	9,43
1964	230,69	80,69	25,13	24,61	7,99	29,28	25,47	11,00	16,15	10,37
1965	253,88	87,27	28,12	27,09	8,36	31,94	29,28	12,20	18,00	11,62
1966	271,14	91,79	29,66	30,57	8,88	33,71	31,78	13,03	19,05	12,67
1967	279,07	93,86	29,95	33,87	9,32	33,78	31,70	13,27	19,94	13,38
1968	296,95	96,47	31,08	37,77	10,81	35,32	35,75	14,11	21,31	14,33
1969	325,87	102,55	34,13	41,62	11,87	39,26	42,04	15,17	23,39	15,84
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	399,12	119,07	42,40	49,40	13,92	50,42	55,68	18,63	29,22	20,38
1972	437,74	128,50	46,98	54,50	15,55	56,10	60,39	20,41	32,29	23,02
1973	478,62	139,26	49,83	60,31	19,41	60,57	64,64	22,77	35,98	25,85
1974	513,70	146,98	53,14	65,84	22,25	64,15	67,61	25,49	39,65	28,59
1975	561,21	157,84	57,57	72,09	25,08	66,94	79,37	27,93	42,91	31,48
1976	607,07	169,65	60,06	77,47	28,57	70,84	90,87	29,70	45,32	34,59
1977	650,28	179,78	64,43	81,59	29,05	76,76	100,45	32,52	48,24	37,46
1978 } ⁶⁾	692,48	188,99	68,53	85,99	32,09	80,34	109,36	34,88	51,53	40,77
1979 } ⁶⁾	739,79	197,61	71,39	90,78	39,43	85,69	117,05	37,40	56,11	44,33
in Preisen von 1970										
1960	223,53	76,68	23,87	31,16	6,89	27,19	19,07	12,42	17,02	9,23
1961	236,06	80,87	24,98	32,31	7,26	28,44	21,71	12,97	17,53	9,99
1962	248,23	84,09	25,92	33,48	8,82	29,33	24,60	13,66	17,74	10,59
1963	256,12	85,78	26,37	34,69	10,49	29,60	26,27	13,61	18,13	11,18
1964	269,32	89,66	27,92	36,03	9,53	31,90	28,87	14,33	19,05	12,03
1965	287,38	94,02	30,53	37,45	9,76	34,09	32,88	15,11	20,57	12,97
1966	295,90	95,86	31,45	38,95	10,26	35,23	34,30	15,03	21,11	13,71
1967	299,57	97,64	31,30	40,42	10,54	35,33	33,38	14,97	21,69	14,30
1968	313,53	101,01	32,58	41,99	11,40	36,87	36,92	15,22	22,74	14,80
1969	337,62	105,23	35,45	43,49	12,44	40,73	43,57	15,96	24,71	16,04
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	378,62	114,90	40,06	46,58	13,28	48,11	51,67	17,44	27,88	18,70
1972	393,59	117,36	41,90	48,52	14,27	51,59	52,33	17,95	29,68	19,99
1973	400,95	118,08	41,14	50,74	15,23	53,33	51,90	18,67	31,26	20,60
1974	403,81	119,71	41,15	52,89	15,48	53,18	49,26	19,53	32,06	20,55
1975	416,29	121,90	42,54	54,61	15,82	52,59	55,13	19,84	32,64	21,22
1976	430,59	125,16	42,78	56,03	16,88	53,73	60,23	20,09	33,45	22,24
1977	444,43	126,19	43,63	57,15	16,98	56,26	64,72	21,34	34,83	23,33
1978 } ⁶⁾	461,50	131,12	44,61	58,56	18,45	57,12	68,61	22,25	36,37	24,41
1979 } ⁶⁾	474,50	134,73	44,55	59,97	19,25	59,13	70,27	23,03	38,23	25,34

1) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses (1963) für den Privaten Verbrauch.

2) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

3) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

4) Soweit nicht in anderen Verwendungszwecken enthalten.

5) Sonstige Waren und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u. a.

6) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Eink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	113,97	4,72	4,20	101,15	1,39	+ 2,51
1961	128,44	5,14	4,64	114,49	1,09	+ 3,08
1962	140,93	5,74	4,76	125,96	1,31	+ 3,16
1963	152,72	6,23	5,19	134,23	1,23	+ 5,84
1964	165,92	6,97	5,47	145,99	1,60	+ 5,89
1965	179,82	7,73	5,75	156,53	1,70	+ 8,11
1966	192,75	8,65	6,34	168,84	1,64	+ 7,28
1967	205,15	9,36	6,69	172,88	1,74	+ 14,48
1968	218,72	10,14	7,36	186,68	1,85	+ 12,69
1969	243,37	11,08	7,84	220,61	2,00	+ 1,84
1970	277,66	12,32	8,63	245,63	2,47	+ 8,61
1971	319,76	14,79	9,15	279,75	2,72	+ 13,35
1972	356,18	17,39	8,56	311,45	4,04	+ 14,74
1973	419,31	20,68	10,67	368,09	4,31	+ 15,56
1974	462,31	23,68	10,62	399,21	4,96	+ 23,84
1975	519,70	27,12	9,60	412,19	6,03	+ 64,76
1976	559,94	30,90	10,15	464,55	7,55	+ 46,79
1977	598,01	32,84	10,27	511,81	6,21	+ 36,88
1978 } ⁹⁾	643,26	35,31	11,95	544,76	5,87	+ 45,37
1979 } ⁹⁾	687,51	37,67	13,58	584,21	6,02	+ 46,03

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁸⁾
		laufende Produktionszwecke ³⁾	Investitionszwecke ⁶⁾			laufende Übertragungen ⁷⁾	Vermögensübertragungen	
1960	113,97	23,45	9,86	20,76	2,19	41,04	4,68	+ 11,99
1961	128,44	26,08	11,56	23,78	2,21	45,14	7,05	+ 12,62
1962	140,93	31,34	14,44	25,97	2,41	49,35	8,99	+ 8,43
1963	152,72	35,41	17,24	28,81	2,66	52,70	6,35	+ 9,55
1964	165,92	36,10	21,08	31,43	2,91	58,02	7,36	+ 9,02
1965	179,82	39,90	21,11	35,79	3,24	66,39	7,86	+ 5,53
1966	192,75	42,29	21,51	39,95	4,13	71,03	7,38	+ 6,46
1967	205,15	45,05	19,19	42,37	5,20	77,91	7,88	+ 7,55
1968	218,72	45,77	21,12	45,19	5,40	85,08	7,98	+ 8,18
1969	243,37	50,96	24,33	51,20	5,86	91,78	10,64	+ 8,60
1970	277,66	56,66	31,24	60,14	6,60	99,79	12,43	+ 10,80
1971	319,76	67,95	34,00	71,89	7,43	110,90	15,39	+ 12,20
1972	356,18	75,80	34,51	80,76	8,48	128,49	17,42	+ 10,72
1973	419,31	87,89	35,97	94,03	10,22	145,75	18,96	+ 26,49
1974	462,31	102,83	41,13	109,16	12,20	164,44	22,27	+ 10,28
1975	519,70	118,24	40,82	118,53	14,23	200,07	22,84	+ 4,97
1976	559,94	126,64	40,56	124,98	17,50	215,33	28,29	+ 6,64
1977	598,01	131,86	40,04	133,38	20,47	234,23	30,37	+ 7,66
1978 } ⁹⁾	643,26	142,89	44,93	141,84	21,67	252,30	29,72	+ 9,91
1979 } ⁹⁾	687,51	154,65	52,22	152,08	24,23	267,89	32,73	+ 3,71

Fußnoten siehe Seite 268 und 269.

noch Tabelle 30*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Gebietskörperschaften

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Eink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	85,14	4,71	2,89	73,18	1,39	+ 2,97
1961	98,55	5,13	3,16	83,82	1,09	+ 5,35
1962	105,91	5,72	3,23	91,97	1,31	+ 3,68
1963	115,01	6,21	3,29	97,71	1,23	+ 6,57
1964	125,87	6,95	3,40	106,87	1,60	+ 7,05
1965	135,97	7,71	3,48	113,36	1,70	+ 9,72
1966	143,78	8,64	3,65	120,97	1,64	+ 8,88
1967	154,88	9,36	3,80	123,89	1,74	+ 16,09
1968	161,24	10,14	4,51	132,50	1,85	+ 12,24
1969	177,51	11,03	5,10	157,92	2,00	+ 1,46
1970	200,75	12,27	5,46	171,29	2,47	+ 9,26
1971	233,27	14,76	5,60	194,73	2,72	+ 15,46
1972	255,65	17,34	4,60	213,82	3,08	+ 16,81
1973	301,13	20,61	4,90	252,30	3,30	+ 20,02
1974	329,35	23,66	5,25	271,21	3,78	+ 25,45
1975	375,36	27,10	4,46	272,62	4,09	+ 67,09
1976	389,44	30,88	5,38	306,30	4,99	+ 41,89
1977	419,96	32,83	5,79	341,87	4,65	+ 34,82
1978 } ⁹⁾	454,34	35,29	8,00	363,03	4,73	+ 43,29
1979 } ⁹⁾	486,54	37,66	9,81	388,26	4,99	+ 45,82

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁸⁾
		laufende Produktionszwecke ³⁾	Investitionszwecke ⁶⁾			laufende Übertragungen ⁷⁾	Vermögensübertragungen	
1960	79,14	16,22	9,67	19,50	2,19	17,39	4,67	+ 9,50
1961	89,84	18,03	11,45	22,38	2,21	18,98	7,01	+ 9,78
1962	98,68	22,31	14,26	24,46	2,41	20,63	8,95	+ 5,66
1963	107,27	25,48	17,06	27,17	2,66	21,59	6,33	+ 6,98
1964	117,28	25,19	20,92	29,66	2,91	24,95	7,32	+ 6,33
1965	126,84	27,21	20,95	33,83	3,24	30,50	7,81	+ 3,30
1966	133,69	27,26	21,30	37,80	4,13	31,30	7,32	+ 4,58
1967	143,84	28,80	18,95	40,11	5,20	32,89	7,81	+ 10,08
1968	150,03	27,80	20,94	42,83	5,40	37,04	7,92	+ 8,10
1969	165,96	30,84	24,14	48,57	5,86	39,31	10,59	+ 6,65
1970	188,96	33,59	31,07	57,04	6,60	44,03	12,39	+ 4,24
1971	220,55	39,48	33,75	68,29	7,43	49,41	15,34	+ 6,85
1972	240,00	42,30	34,23	76,65	8,48	57,91	17,35	+ 3,08
1973	283,28	47,72	35,58	89,14	10,22	65,30	18,83	+ 16,49
1974	309,09	53,91	40,49	103,28	12,20	70,18	22,07	+ 6,96
1975	348,01	60,77	40,17	112,02	14,23	88,17	22,62	+ 10,03
1976	361,13	64,49	40,01	118,15	17,50	92,73	27,60	+ 0,65
1977	392,19	66,69	39,44	126,22	20,47	100,59	29,45	+ 9,33
1978 } ⁹⁾	422,86	72,98	44,43	134,31	21,67	110,71	28,59	+ 10,17
1979 } ⁹⁾	454,50	79,61	51,56	144,14	24,23	119,31	30,93	+ 4,72

¹⁾ Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.

²⁾ Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

³⁾ Steuern, Sozialbeiträge, Schadenversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds u. ä.

⁴⁾ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen.

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Eink. aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	28,83	0,01	1,31	27,97	—	— 0,46
1961	29,89	0,01	1,48	30,67	—	— 2,27
1962	35,02	0,02	1,53	33,99	—	— 0,52
1963	37,71	0,02	1,90	36,52	—	— 0,73
1964	40,05	0,02	2,07	39,12	—	— 1,16
1965	43,85	0,02	2,27	43,17	—	— 1,61
1966	48,97	0,01	2,69	47,87	—	— 1,60
1967	50,27	0,00	2,89	48,99	—	— 1,61
1968	57,48	0,00	2,85	54,18	—	+ 0,45
1969	65,86	0,05	2,74	62,69	—	+ 0,38
1970	76,91	0,05	3,17	74,34	—	— 0,65
1971	86,49	0,03	3,55	85,02	—	— 2,11
1972	100,53	0,05	3,96	97,63	0,96	— 2,07
1973	118,18	0,07	5,77	115,79	1,01	— 4,46
1974	132,95	0,02	5,37	128,00	1,18	— 1,62
1975	144,33	0,02	5,14	139,57	1,94	— 2,34
1976	170,50	0,02	4,77	158,25	2,56	+ 4,90
1977	178,06	0,01	4,48	169,94	1,56	+ 2,07
1978 } ⁹⁾	188,91	0,02	3,95	181,73	1,14	+ 2,07
1979 } ⁹⁾	200,97	0,01	3,77	195,95	1,03	+ 0,21

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁸⁾
		laufende Produktionszwecke ⁵⁾	Investitionszwecke ⁶⁾			laufende Übertragungen ⁷⁾	Vermögensübertragungen	
1960	34,83	7,23	0,19	1,26	—	23,65	0,01	+ 2,49
1961	38,60	8,05	0,11	1,40	—	26,16	0,04	+ 2,84
1962	42,25	9,03	0,18	1,51	—	28,72	0,04	+ 2,77
1963	45,45	9,93	0,18	1,64	—	31,11	0,02	+ 2,57
1964	48,64	10,91	0,16	1,77	—	33,07	0,04	+ 2,69
1965	52,98	12,69	0,16	1,96	—	35,89	0,05	+ 2,23
1966	59,06	15,03	0,21	2,15	—	39,73	0,06	+ 1,88
1967	61,31	16,25	0,24	2,26	—	45,02	0,07	— 2,53
1968	68,69	17,97	0,18	2,36	—	48,04	0,06	+ 0,08
1969	77,41	20,12	0,19	2,63	—	52,47	0,05	+ 1,95
1970	88,70	23,07	0,17	3,10	—	55,76	0,04	+ 6,56
1971	99,21	28,47	0,25	3,60	—	61,49	0,05	+ 5,35
1972	116,18	33,50	0,28	4,11	—	70,58	0,07	+ 7,64
1973	136,03	40,17	0,39	4,89	—	80,45	0,13	+ 10,00
1974	153,21	48,92	0,64	5,88	—	94,26	0,20	+ 3,31
1975	171,68	57,47	0,65	6,51	—	111,90	0,22	— 5,07
1976	198,81	62,15	0,55	6,83	—	122,60	0,69	+ 5,99
1977	205,83	65,17	0,60	7,16	—	133,64	0,92	— 1,66
1978 } ⁹⁾	220,39	69,91	0,50	7,53	—	141,59	1,13	— 0,27
1979 } ⁹⁾	233,01	75,04	0,66	7,94	—	148,58	1,80	— 1,01

⁵⁾ Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.⁶⁾ Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und Land; ohne selbsterstellte Anlagen.⁷⁾ Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen, Zahlungen an die Stationierungsstreitkräfte, unentgeltliche Ausfuhren im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR u. a. m.⁸⁾ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.⁹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland ¹⁾	Finanzielle Sektoren zuzusammen ²⁾	Sektoren insgesamt ³⁾
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ²⁾	Sozialversicherung ³⁾	zusammen ¹⁾			
		einschl. ¹⁾	ohne	Wohnungswirtschaft						
I. Ersparnis und Vermögensübertragungen										
1965	34,19	27,39	18,01	9,38	12,36	3,93	77,87	6,61	2,31	86,79
1966	33,72	26,94	15,54	11,40	14,58	3,62	78,86	- 0,49	2,73	81,10
1967	31,76	28,88	15,58	13,30	10,40	- 0,74	70,30	-10,25	2,50	62,56
1968	37,95	34,77	20,71	14,06	14,03	- 0,27	86,48	-11,67	2,83	77,64
1969	44,76	28,38	18,73	9,65	26,19	1,68	101,01	- 7,89	3,75	96,87
1970	53,91	34,91	24,14	10,77	22,53	7,28	118,63	- 3,19	5,30	120,74
1971	59,68	32,65	16,87	15,78	21,16	7,60	121,09	- 2,32	6,18	124,95
1972	70,10	31,03	16,10	14,93	15,73	9,87	126,73	- 2,98	6,86	130,61
1973	72,63	26,29	14,74	11,55	26,73	14,72	140,37	-11,50	8,03	136,90
1974	85,13	21,10	4,60	16,50	16,53	5,43	128,19	-25,30	11,74	114,63
1975	96,35	21,58	9,12	12,46	-22,10	- 2,22	93,61	- 9,04	11,64	96,21
1976	87,43	34,69	21,93	12,76	- 7,78	1,49	115,83	- 8,20	12,47	120,10
1977	84,84	34,64	26,86	7,78	6,75	- 3,70	122,53	- 9,21	12,97	126,29
1978	88,28	53,72	53,28	0,44	4,86	- 2,12	144,74	-17,72	13,99	141,01
1979	98,64	62,82	63,93	- 1,11	2,71	- 0,84	163,33	10,94	14,87	189,14
1980 1. Hj.	52,75	28,96	28,44	0,52	0,59	- 2,59	79,71	13,43	2,99	96,13
II. Nettoinvestitionen (Sachvermögensbildung)										
1965	—	66,56	39,89	26,67	18,68	0,24	85,48	—	1,31	86,79
1966	—	60,50	32,16	28,34	18,73	0,32	79,55	—	1,55	81,10
1967	—	44,43	17,10	27,33	16,28	0,32	61,03	—	1,52	62,56
1968	—	57,67	30,10	27,57	18,03	0,24	75,94	—	1,70	77,64
1969	—	73,61	45,84	27,77	20,86	0,26	94,73	—	2,13	96,87
1970	—	90,84	59,28	31,56	27,29	0,32	118,45	—	2,29	120,74
1971	—	92,55	52,95	39,60	29,51	0,30	122,36	—	2,59	124,95
1972	—	97,91	48,35	49,56	29,30	0,35	127,56	—	3,05	130,61
1973	—	102,94	49,92	53,02	29,85	0,66	133,45	—	3,45	136,90
1974	—	75,57	33,00	42,57	34,80	0,62	110,99	—	3,63	114,63
1975	—	57,46	21,58	35,88	34,57	0,61	92,64	—	3,57	96,21
1976	—	82,53	42,48	40,05	33,59	0,50	116,62	—	3,48	120,10
1977	—	89,49	46,48	43,01	33,12	0,49	123,09	—	3,20	126,29
1978	—	100,73	53,29	47,44	37,62	0,39	138,74	—	2,27	141,01
1979	—	143,73	86,31	57,42	43,05	0,32	187,10	—	2,04	189,14
1980 1. Hj.	—	72,98	45,57	27,41	21,86	0,09	94,93	—	1,20	96,13
III. Geldvermögensbildung										
1965	36,04	11,52	12,02	- 0,04	3,30	3,72	53,09	10,32	47,88	111,29
1966	34,34	8,51	8,75	0,33	4,58	3,33	49,31	7,76	46,26	103,32
1967	33,49	18,42	18,65	0,28	10,08	- 0,92	59,46	4,63	60,05	124,14
1968	41,24	18,16	17,82	0,62	8,10	- 0,61	67,58	12,89	78,54	159,01
1969	49,79	19,38	20,06	- 0,32	6,64	1,35	77,77	12,19	81,48	171,43
1970	58,16	23,31	24,11	- 0,56	4,24	6,94	92,27	33,13	102,16	227,57
1971	66,74	29,39	29,63	0,11	6,85	7,38	108,33	20,64	113,14	242,10
1972	80,17	34,63	34,54	0,64	3,29	9,59	125,72	18,75	137,12	281,60
1973	77,72	23,81	23,58	0,75	16,94	13,93	128,48	26,11	131,35	285,94
1974	85,51	31,51	32,27	- 0,36	7,04	4,83	127,38	16,82	115,28	259,48
1975	103,81	29,50	29,84	- 0,14	12,74	- 0,32	138,54	29,20	166,59	334,33
1976	101,59	43,23	42,75	0,55	0,40	0,95	151,21	36,42	157,86	345,48
1977	99,55	42,37	41,29	1,00	8,08	- 4,16	147,93	29,58	167,11	344,62
1978	105,99	52,45	50,92	1,50	10,17	- 2,45	168,34	39,96	225,03	433,33
1979	118,35	46,60	44,94	1,62	3,04	- 1,21	167,72	38,65	185,86	392,24
1980 1. Hj.	59,14	17,19	16,16	1,00	5,05	- 0,62	78,87	23,77	62,12	164,75

noch Tabelle 31*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland ⁴⁾	Finanzielle Sektoren zusammen ^{1) 5)}	Sektoren insgesamt ¹⁾
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ²⁾	Sozialversicherung ³⁾	zusammen ¹⁾			
		einschl. ¹⁾	ohne	Wohnungswirtschaft						
IV. Kreditaufnahme und Aktienemission										
1965	1,85	50,69	33,90	17,25	9,62	0,03	60,70	3,71	46,88	111,29
1966	0,62	42,06	25,36	17,27	8,73	0,03	49,99	8,25	45,08	103,32
1967	1,73	33,97	20,17	14,31	15,96	0,14	50,19	14,88	59,07	124,14
1968	3,29	41,06	27,22	14,13	12,10	- 0,10	57,04	24,56	77,41	159,01
1969	5,03	64,61	47,18	17,80	1,31	- 0,07	71,49	20,08	79,86	171,43
1970	4,25	79,24	59,25	20,23	9,00	- 0,02	92,09	36,32	99,15	227,57
1971	7,06	89,28	65,70	23,93	15,20	0,08	109,59	22,96	109,56	242,10
1972	10,07	101,50	66,79	35,27	16,86	0,07	126,55	21,73	133,31	281,60
1973	5,09	100,47	58,76	42,22	20,06	- 0,13	121,56	37,61	126,77	285,94
1974	0,38	85,99	60,67	25,71	25,31	0,02	110,19	42,12	107,17	259,48
1975	7,46	65,38	42,29	23,28	69,41	2,51	137,56	38,24	158,52	334,33
1976	14,16	91,08	63,31	27,84	41,77	- 0,04	152,00	44,62	148,86	345,48
1977	14,71	97,21	60,90	36,23	34,45	0,03	148,49	38,79	157,34	344,62
1978	17,71	99,45	50,92	48,50	42,93	0,06	162,34	57,68	213,32	433,33
1979	19,71	127,51	67,32	60,15	43,38	- 0,05	191,49	27,71	173,03	392,24
1980 1. Hj.	6,39	61,21	33,29	27,89	26,32	2,06	94,09	10,34	60,33	164,75
V. Finanzierungssaldo ⁷⁾ (= I./I. II oder III./IV)										
1965	34,19	- 39,17	-21,88	-17,29	- 6,32	3,69	- 7,61	6,61	1,00	—
1966	33,72	- 33,55	-16,61	-16,94	- 4,15	3,30	- 0,68	- 0,49	1,17	—
1967	31,76	- 15,55	- 1,52	-14,03	- 5,88	- 1,06	9,27	-10,25	0,98	—
1968	37,95	- 22,90	- 9,39	-13,51	- 4,00	- 0,51	10,54	-11,67	1,13	—
1969	44,76	- 45,24	-27,12	-18,12	5,33	1,42	6,27	- 7,89	1,62	—
1970	53,91	- 55,93	-35,14	-20,79	- 4,76	6,96	0,18	- 3,19	3,01	—
1971	59,68	- 59,89	-36,07	-23,82	- 8,35	7,30	- 1,26	- 2,32	3,58	—
1972	70,10	- 66,88	-32,25	-34,63	-13,57	9,52	- 0,83	- 2,98	3,81	—
1973	72,63	- 76,65	-35,18	-41,47	- 3,12	14,06	6,92	-11,50	4,58	—
1974	85,13	- 54,48	-28,41	-26,08	-18,27	4,81	17,19	-25,30	8,11	—
1975	96,35	- 35,88	-12,46	-23,42	-56,67	- 2,83	0,97	- 9,04	8,07	—
1976	87,43	- 47,85	-20,56	-27,29	-41,37	0,99	- 0,80	- 8,20	9,00	—
1977	84,84	- 54,84	-19,61	-35,23	-26,37	- 4,19	- 0,56	- 9,21	9,77	—
1978	88,28	- 47,00	- 0,00	-47,00	-32,76	- 2,51	6,01	-17,72	11,71	—
1979	98,64	- 80,91	-22,38	-58,53	-40,34	- 1,16	- 23,77	10,94	12,83	—
1980 1. Hj.	52,75	- 44,02	-17,13	-26,89	-21,27	- 2,68	- 15,22	13,43	1,79	—

1) Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.

2) Einschließlich Lastenausgleichfonds und ERP-Sondervermögen.

3) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen.

4) Einschließlich DDR.

5) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen).

6) Vorläufige Ergebnisse.

7) Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 32*

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben				Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)	
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter					
		Steuern	Zuweisungen		Personal-ausgaben	laufende Zu-schüsse	Zins-ausgaben			Sach-investitionen
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹⁾										
1962	104 832	86 659	.	106 481	27 381	23 233	2 963	16 547	- 1 796	2 163
1963	110 881	91 626	.	116 342	30 359	24 349	2 751	19 094	- 5 289	5 415
1964	121 454	100 048	.	127 154	33 133	27 855	3 050	22 436	- 5 563	5 396
1965	129 871	106 160	.	139 302	37 379	33 289	3 488	23 472	- 9 362	6 917
1966	137 434	112 708	.	145 023	41 584	35 326	4 372	23 358	- 7 660	5 815
1967	141 681	114 976	.	153 786	44 120	36 874	5 379	22 780	-12 112	12 964
1968	151 289	122 006	.	158 828	46 869	40 954	5 652	23 040	- 7 383	10 711
1969	176 933	145 588	.	174 550	52 845	43 153	6 239	26 389	+ 2 453	2 460
1970	188 290	154 043	.	196 315	61 418	46 871	6 791	32 240	- 8 087	6 494
1971	211 178	172 258	.	226 484	73 360	53 005	7 674	37 568	-15 615	13 926
1972	239 221	196 982	.	252 124	81 869	60 852	8 772	39 125	-13 086	15 380
1973	271 473	224 831	.	280 485	93 899	67 122	10 505	41 354	- 8 822	11 398
1974	290 875	239 589	.	318 263	108 711	75 980	12 443	46 132	-27 256	22 459
1975	296 645	242 084	.	360 511	118 107	98 992	14 511	46 034	-63 843	53 627
1976	328 695	267 514	.	376 759	124 235	104 961	17 806	43 634	-48 033	46 749
1977	364 001	299 052	.	395 170	132 072	109 600	20 650	43 209	-31 179	31 685
1978 ⁴⁾	393 508	319 119	.	433 899	140 579	122 482	21 947	48 407	-40 348	40 672
1979 ⁵⁾	420 844	342 861	.	466 683	149 472	129 000	24 581	52 811	-46 080	43 455
Bund										
1962	49 409	45 543	996	49 868	6 550	14 437	909	2 949	- 606	297
1963	52 373	49 416	74	54 765	7 426	14 870	988	3 432	- 2 220	1 965
1964	57 789	54 547	146	58 149	8 183	17 969	1 118	3 684	- 263	583
1965	63 126	59 031	155	64 192	9 114	22 424	1 166	3 772	- 997	113
1966	65 758	62 253	163	66 879	10 244	23 915	1 527	3 884	- 1 192	218
1967	67 038	63 118	166	74 643	10 898	25 264	2 009	4 665	- 7 612	6 642
1968	70 695	66 179	157	75 771	11 421	28 104	1 917	4 151	- 4 920	5 757
1969	83 370	78 588	91	82 262	12 833	30 402	2 191	5 009	+ 1 178	1
1970	88 401	83 706	104	87 987	14 548	32 590	2 460	5 640	+ 352	1 107
1971	97 396	92 226	114	98 482	17 020	35 169	2 597	6 408	- 1 395	1 441
1972	106 337	101 706	128	111 098	18 956	39 671	2 798	6 628	- 4 789	3 976
1973	119 787	114 958	151	122 561	21 269	43 158	3 330	6 487	- 2 593	2 677
1974	123 571	118 663	162	134 043	24 031	47 282	4 234	7 104	-10 346	9 475
1975	123 788	119 211	192	158 796	25 447	62 105	5 211	7 806	-34 985	29 925
1976	136 626	130 900	214	165 197	26 249	65 722	6 880	7 005	-28 540	25 783
1977	149 755	144 004	238	172 386	27 466	66 530	8 535	7 205	-22 641	21 819
1978	163 152	154 087	257	189 658	28 770	75 130	9 562	7 657	-26 463	26 088
1979	117 516	166 135	274	203 408	30 170	78 396	11 259	7 978	-26 102	25 658

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.²⁾ Einschließlich Sonderrechnungen und Krankenhäuser.³⁾ Einschließlich Krankenhäuser.

noch Tabelle 32*

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben				Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)	
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter					
		Steuern	Zuweisungen		Personal-ausgaben	laufende Zu-schüsse	Zins-ausgaben			Sach-investitionen
	Länder ²⁾									
1962	43 671	28 891	6 540	43 514	14 027	5 060	662	3 091	+ 157	- 436
1963	45 134	29 774	6 929	45 962	15 432	5 268	644	3 570	- 828	- 54
1964	48 479	32 204	6 940	50 181	16 765	5 149	636	4 278	- 1 702	1 266
1965	50 475	33 659	7 021	54 549	19 016	5 453	768	4 683	- 4 074	2 666
1966	54 122	36 260	7 559	57 875	21 019	5 463	964	4 661	- 3 753	2 622
1967	56 704	37 595	7 587	60 145	22 316	5 624	1 250	4 522	- 3 441	3 885
1968	62 245	40 923	9 020	63 380	23 861	6 820	1 479	4 531	- 1 135	2 270
1969	69 453	48 348	8 365	67 777	26 880	6 409	1 607	4 940	+ 1 676	- 339
1970	74 591	52 158	8 278	77 649	31 649	7 278	1 675	6 397	- 3 058	2 158
1971	83 997	58 563	9 660	89 533	38 076	8 258	2 000	6 958	- 5 536	4 883
1972	98 945	69 226	11 525	100 382	42 380	9 309	2 319	6 727	- 1 437	3 553
1973	113 867	79 216	13 176	115 849	48 941	10 756	2 704	7 369	- 1 982	2 578
1974	124 952	87 353	13 888	134 053	56 820	12 910	3 149	8 655	- 9 101	7 737
1975	126 397	85 573	15 312	146 275	62 302	16 086	3 881	8 588	-19 878	17 003
1976	138 879	94 953	16 226	154 388	66 169	16 393	5 224	8 124	-15 509	15 872
1977	153 493	107 755	17 685	161 596	70 840	17 299	6 384	8 383	- 8 103	8 437
1978 ⁴⁾	164 119	115 547	18 576	176 495	75 390	19 215	6 878	8 747	-12 376	12 518
1979 ⁵⁾	177 034	125 103	20 444	191 648	80 590	20 632	7 813	9 237	-14 598	13 357
	Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾									
1962	26 932	10 123	5 973	28 042	6 804	2 154	785	10 507	- 1 110	2 199
1963	29 325	10 606	6 543	31 484	7 501	2 652	901	12 092	- 2 159	2 749
1964	32 282	11 337	7 095	35 810	8 185	3 042	1 066	14 474	- 3 528	3 503
1965	34 697	11 809	7 727	39 023	9 249	3 603	1 299	15 017	- 4 326	4 341
1966	37 664	12 662	8 452	41 026	10 321	4 171	1 592	14 813	- 3 362	3 317
1967	39 491	12 697	8 656	41 023	10 906	4 333	1 807	13 593	- 1 532	2 497
1968	41 479	13 324	8 894	43 186	11 587	4 353	1 920	14 358	- 1 707	2 401
1969	48 173	17 159	9 549	48 421	13 132	4 728	2 075	16 440	- 248	2 705
1970	50 832	16 597	10 513	56 487	15 221	5 384	2 404	20 202	- 5 655	3 453
1971	58 468	19 183	11 803	67 416	18 264	6 495	2 810	24 202	- 8 948	7 733
1972	67 824	23 130	13 709	74 721	20 533	8 100	3 394	25 770	- 6 897	7 985
1973	79 133	27 275	15 957	84 075	23 689	8 975	4 205	27 498	- 4 942	6 962
1974	87 551	29 544	17 143	95 845	27 860	11 089	4 852	30 373	- 8 294	5 673
1975	92 025	30 220	18 000	101 228	30 358	12 864	5 246	29 640	- 9 203	6 762
1976	100 145	33 860	18 294	104 077	31 817	14 038	5 532	28 505	- 3 932	5 026
1977	106 301	38 062	20 471	107 649	33 766	15 080	5 584	27 621	- 1 348	2 567
1978 ⁴⁾	116 707	39 835	23 468	119 075	36 419	16 608	5 414	32 003	- 2 368	3 002
1979 ⁵⁾	122 660	41 252	25 304	127 414	38 712	17 220	5 500	35 596	- 4 754	3 929

⁴⁾ Für die staatlichen Haushalte: Ergebnisse der Staatsfinanzen, für die kommunalen Haushalte: Ergebnisse der Vierteljahresstatistik.

⁵⁾ Ist-Ergebnisse, für Länder und Gemeinden. Ergebnisse der Vierteljahresstatistik.

Quelle: BMF

Tabelle 33*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohn-	Veranlagte Einkommen-	Körper- schaft-	Steuern vom Umsatz ¹⁾			Mineral- öl- steuer
					insgesamt	Umsatz- (Mehrwert-)	Einfuhr- umsatz-	
		steuer				steuer		
1950	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 328	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1974	238 179	71 960	26 793	10 403	51 170	32 852	18 317	16 052
1975	241 097	71 191	28 001	10 054	54 082	35 721	18 361	17 121
1976	266 582	80 609	30 860	11 840	58 459	36 559	21 900	18 121
1977	298 287	90 773	35 508	16 830	62 684	39 357	23 327	19 184
1978	318 175	92 013	37 426	19 824	73 266	46 635	26 631	20 462
1979	342 785	97 067	37 551	22 912	84 206	50 996	33 210	21 140
1977 1. Vj.	66 642	20 014	8 793	3 557	16 210	10 546	5 664	3 196
2. Vj.	68 625	19 690	7 752	3 640	14 950	9 044	5 906	4 646
3. Vj.	74 527	23 136	8 809	4 382	15 022	9 254	5 768	5 001
4. Vj.	88 476	27 934	10 153	5 251	16 503	10 514	5 989	6 342
1978 1. Vj.	73 026	20 362	9 705	4 888	19 965	13 631	6 334	3 417
2. Vj.	73 106	19 226	8 571	4 254	17 228	10 543	6 685	4 889
3. Vj.	78 253	23 579	9 110	4 818	17 206	10 686	6 520	4 876
4. Vj.	93 781	28 846	10 040	5 864	18 867	11 776	7 091	7 280
1979 1. Vj.	76 139	21 360	9 831	5 623	20 347	13 299	7 048	3 273
2. Vj.	79 476	20 768	8 792	5 415	19 449	11 462	7 987	5 064
3. Vj.	88 022	25 018	9 453	5 531	21 881	13 262	8 619	5 511
4. Vj.	99 118	29 921	9 475	6 344	22 529	12 973	9 556	7 292
1980 1. Vj.	82 080	23 763	9 471	5 627	23 983	14 119	9 864	3 497
2. Vj.	85 609	24 801	8 382	5 425	22 235	11 790	10 445	5 209
3. Vj. ³⁾	...	29 219	9 076	5 123	22 100	12 309	9 791	5 375

¹⁾ Ohne stillgelegte Investitionsteuer (August 1973 bis Dezember 1974).²⁾ Ohne Saarland.³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt ²⁾	nach Kreditnehmern			nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund ³⁾	Länder ⁴⁾	Gemeinden ⁵⁾	Anleihen ⁶⁾	Bankkredite	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen ⁷⁾	Sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 755	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 102	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 908	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 206	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 049	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 071	10 125	12 517
1979 Mär	382 346	184 920	105 627	86 750	70 511	237 018	10 287	12 640
Jun	393 376	192 998	107 733	87 750	74 340	246 312	10 165	14 180
Sep	400 260	196 994	109 942	88 550	79 351	251 607	9 961	11 477
Dez	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 071	10 125	12 517
1980 Mär	425 237	213 702	118 140	91 150	82 100	269 762	10 419	15 439
Jun	442 231	224 808	122 755	92 200	89 202	280 295	10 510	17 213

1) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.

2) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung ÖffA, Länder, Gemeinden, Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3, 4, 5 und 7 erläutert.

3) Ab Ende 1972 einschließlich „Auftragsfinanzierung ÖffA“ und „Krankenhausfinanzierung“; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.

4) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.

5) Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

6) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke; einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen.

7) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe, Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 35*

Entwicklung der Geldbe
Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland ³⁾			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute ²⁾			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristige
1963	+ 26,81	+ 0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	- 1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	- 0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	- 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+ 0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+ 0,67	+ 32,22	+ 18,33	+ 13,89	+ 6,28	- 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	- 2,05	+ 42,06	+ 30,90	+ 11,17	+ 10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+ 0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	- 2,45	- 10,28	+ 7,83	+ 12,00
1970	+ 50,53	- 0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+ 14,23	+ 21,60	- 7,36	- 0,29
1971	+ 69,05	- 0,63	+ 69,68	+ 59,52	+ 10,16	+ 11,52	+ 15,91	- 4,40	- 3,28
1972	+ 86,41	- 2,07	+ 88,48	+ 78,22	+ 10,26	+ 8,66	+ 15,49	- 6,83	- 6,39
1973	+ 67,55	+ 2,37	+ 65,18	+ 54,59	+ 10,59	+ 23,48	+ 26,49	- 3,01	- 7,71
1974	+ 59,77	- 1,48	+ 61,25	+ 41,18	+ 20,07	+ 13,19	- 1,90	+ 15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+ 6,62	+ 78,89	+ 30,87	+ 48,02	+ 16,84	- 2,22	+ 19,06	+ 15,90
1976	+ 91,21	- 5,10	+ 96,31	+ 65,76	+ 30,55	+ 8,27	+ 8,74	- 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	- 1,62	+ 95,80	+ 69,11	+ 26,69	+ 10,15	+ 10,49	- 0,34	+ 8,25
1978	+ 125,37	+ 2,78	+ 122,59	+ 87,86	+ 34,73	+ 7,09	+ 19,77	- 12,68	- 1,88
1979	+ 138,95	- 1,95	+ 140,91	+ 112,38	+ 28,53	- 21,84	- 4,85	- 16,98	- 12,14
1977 1. Vj.	+ 7,21	- 2,26	+ 9,47	+ 4,28	+ 5,20	+ 3,92	+ 0,64	+ 3,27	+ 0,98
2. Vj.	+ 23,34	+ 0,21	+ 23,13	+ 21,38	+ 1,75	+ 1,03	- 1,41	+ 2,43	+ 4,89
3. Vj.	+ 20,17	- 0,29	+ 20,46	+ 14,47	+ 5,99	- 2,12	- 0,06	- 2,06	+ 1,98
4. Vj.	+ 43,46	+ 0,72	+ 42,73	+ 28,98	+ 13,75	+ 7,33	+ 11,31	- 3,99	+ 0,40
1978 1. Vj.	+ 6,88	- 0,78	+ 7,66	+ 2,50	+ 5,16	+ 4,70	+ 4,55	+ 0,16	- 2,76
2. Vj.	+ 33,18	+ 1,91	+ 31,27	+ 25,62	+ 5,65	- 2,47	- 4,13	+ 1,66	+ 1,81
3. Vj.	+ 38,36	+ 1,91	+ 36,45	+ 22,59	+ 13,86	- 0,66	+ 6,32	- 6,99	- 1,48
4. Vj.	+ 46,95	- 0,26	+ 47,21	+ 37,16	+ 10,06	+ 5,52	+ 13,03	- 7,51	+ 0,54
1979 1. Vj.	+ 17,65	- 0,50	+ 18,15	+ 14,17	+ 3,98	- 2,85	- 9,32	+ 6,47	- 1,13
2. Vj.	+ 42,44	- 0,13	+ 42,57	+ 36,07	+ 6,50	- 4,51	- 2,18	- 2,33	- 4,39
3. Vj.	+ 26,76	- 0,61	+ 27,37	+ 22,78	+ 4,59	- 5,98	+ 9,74	- 15,71	- 5,18
4. Vj.	+ 52,09	- 0,72	+ 52,81	+ 39,35	+ 13,46	- 8,50	- 3,09	- 5,41	- 1,43
1980 1. Vj.	+ 10,01	+ 0,37	+ 9,65	+ 8,91	+ 0,74	- 0,30	- 11,16	+ 10,86	+ 2,32
2. Vj.	+ 35,88	- 1,17	+ 37,05	+ 29,57	+ 7,47	- 5,06	- 4,92	- 0,14	+ 0,05
3. Vj.	+ 19,95	+ 1,32	+ 18,64	+ 16,01	+ 2,62	- 2,39	- 2,08	- 0,30	+ 2,36

1) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

2) Einschließlich Wertpapiere.

3) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 35*

stände im Bilanzzusammenhang¹⁾

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen ¹⁾			IV. Zentralbank-einlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse ²⁾	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II - III - IV - V)						Zeitraum
insgesamt ³⁾	darunter				insgesamt	Geldvolumen M 2			Spar-ein-lagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist		
	Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Sparein-lagen mit vereinbar-ter Kündigungsfrist ⁴⁾				zu-sammen	Geld-volumen M 1 (Bar-geldum-lauf u. Sichtein-lagen) ⁵⁾	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)		darunter unter 3 Monaten	
+ 15,43	+ 4,77	+ 4,13	- 0,61	+ 1,90	+ 13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 17,92	+ 4,63	+ 4,82	- 0,85	+ 0,66	+ 14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+ 16,69	+ 3,74	+ 5,13	- 1,11	+ 1,83	+ 17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	- 0,07	+ 11,13	1965
+ 15,90	+ 3,22	+ 7,81	- 0,53	+ 1,49	+ 14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	- 0,58	+ 8,46	1966
+ 14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+ 23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 19,74	+ 1,49	+ 11,03	+ 1,19	+ 0,88	+ 29,14	+ 18,15	+ 5,53	+ 12,62	+ 1,69	+ 10,99	1968
+ 26,29	+ 5,52	+ 13,26	+ 0,44	+ 1,42	+ 22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 27,79	+ 4,26	+ 12,94	+ 4,09	+ 8,91	+ 23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+ 13,61	+ 7,57	1970
+ 32,65	+ 7,07	+ 14,73	+ 4,20	+ 5,00	+ 38,71	+ 24,97	+ 13,24	+ 11,72	+ 8,91	+ 13,75	1971
+ 47,00	+ 8,68	+ 20,62	- 3,85	+ 4,78	+ 47,14	+ 33,51	+ 17,55	+ 15,96	+ 6,58	+ 13,64	1972
+ 45,64	+ 10,22	+ 17,52	+ 4,22	+ 7,17	+ 34,00	+ 31,94	+ 2,57	+ 29,37	+ 22,78	+ 2,05	1973
+ 34,46	+ 7,95	+ 13,35	+ 0,44	+ 2,88	+ 35,18	+ 13,68	+ 15,50	- 1,82	+ 7,30	+ 21,49	1974
+ 61,34	+ 9,41	+ 34,81	+ 1,41	+ 1,17	+ 38,43	- 0,40	+ 21,40	- 21,79	- 17,24	+ 38,82	1975
+ 59,12	+ 11,45	+ 22,65	- 10,22	+ 9,57	+ 41,01	+ 18,92	+ 6,88	+ 12,04	+ 2,71	+ 22,09	1976
+ 42,92	+ 13,65	+ 14,24	- 0,82	+ 3,28	+ 58,95	+ 33,47	+ 21,09	+ 12,38	+ 9,69	+ 25,47	1977
+ 54,80	+ 17,01	+ 17,98	+ 2,51	+ 10,36	+ 64,78	+ 43,50	+ 29,74	+ 13,75	+ 2,27	+ 21,29	1978
+ 75,77	+ 18,68	+ 18,11	- 1,69	+ 3,80	+ 39,25	+ 30,95	+ 9,86	+ 21,09	+ 18,24	+ 8,29	1979
+ 11,99	+ 3,49	+ 1,44	+ 6,41	+ 1,95	- 9,23	- 15,11	- 7,13	- 7,98	- 6,13	+ 5,89	1977 1. Vj.
+ 10,48	+ 2,99	+ 4,97	- 3,28	+ 7,98	+ 9,18	+ 9,67	+ 10,70	- 1,03	- 3,98	- 0,48	2. Vj.
+ 0,73	+ 3,43	- 5,17	+ 0,48	+ 2,54	+ 14,30	+ 5,59	+ 2,58	+ 3,01	+ 1,36	+ 8,72	3. Vj.
+ 19,72	+ 3,74	+ 13,01	- 4,43	- 9,19	+ 44,69	+ 33,33	+ 14,96	+ 18,38	+ 18,44	+ 11,36	4. Vj.
+ 13,74	+ 4,18	+ 1,41	+ 10,36	+ 4,85	- 17,38	- 20,85	- 3,85	- 17,00	- 18,04	+ 3,47	1978 1. Vj.
+ 13,46	+ 3,69	+ 4,49	- 4,36	+ 7,49	+ 14,12	+ 13,42	+ 11,08	+ 2,34	- 0,05	+ 0,71	2. Vj.
+ 8,53	+ 4,07	- 0,10	+ 9,71	+ 2,61	+ 16,84	+ 11,23	+ 2,11	+ 9,12	+ 5,15	+ 5,61	3. Vj.
+ 19,07	+ 5,08	+ 12,18	- 13,20	- 4,59	+ 51,19	+ 39,70	+ 20,41	+ 19,29	+ 15,22	+ 11,50	4. Vj.
+ 17,01	+ 4,66	+ 1,81	+ 6,18	+ 9,85	- 18,24	- 25,09	- 12,47	- 12,62	- 6,01	+ 6,84	1979 1. Vj.
+ 17,72	+ 4,53	+ 2,70	+ 0,83	+ 5,73	+ 13,65	+ 16,66	+ 7,63	+ 9,03	+ 6,95	- 3,01	2. Vj.
+ 14,95	+ 4,60	+ 1,40	+ 0,20	+ 5,14	+ 0,51	+ 2,14	- 2,92	+ 5,06	- 1,11	- 1,63	3. Vj.
+ 26,10	+ 4,89	+ 12,20	- 8,91	- 16,93	+ 43,33	+ 37,24	+ 17,62	+ 19,62	+ 18,40	+ 6,08	4. Vj.
+ 14,39	+ 2,09	- 1,32	+ 1,73	+ 13,33	- 19,73	- 16,90	- 19,19	+ 2,29	+ 9,36	- 2,83	1980 1. Vj.
+ 17,97	+ 2,60	+ 4,16	+ 3,38	+ 5,64	+ 3,83	+ 9,77	+ 8,31	+ 1,46	- 5,97	- 5,94	2. Vj.
+ 10,00	+ 5,33	+ 1,12	- 3,65	+ 7,94	+ 3,28	+ 1,83	+ 0,68	+ 1,15	+ 6,49	+ 1,45	3. Vj.

¹⁾ Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.²⁾ Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto), bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland, sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.³⁾ Einschließlich Sparbriefe.⁴⁾ Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).⁵⁾ Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 36*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen = M 1			Geldvolumen (M1) und Quasigeldbestände ²⁾ = M 2	Geldvolumen (M1) und Quasigeldbestände zuzügl. Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist = M3		nachrichtlich: Quasigeldbestände ³⁾		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte
	insgesamt	Bargeldumlauf ¹⁾	Sichteinlagen inländ. Nichtbanken zusammen ²⁾		insgesamt	darunter Spar- einlagen	insgesamt	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt ⁴⁾	darunter kurzfristig ⁵⁾	
				insgesamt							darunter kurzfristig ⁵⁾
1955	31,48	14,04	17,44	42,68	.	.	11,20	2,01	.	.	.
1956	33,89	14,88	19,01	47,45	.	.	13,56	2,78	.	.	.
1957	37,81	16,46	21,35	54,94	.	.	17,13	3,27	.	.	.
1958	42,58	17,94	24,64	60,52	.	.	17,94	3,19	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	67,58	.	.	19,97	3,31	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	72,70	.	.	21,62	3,61	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	82,18	.	.	23,47	3,94	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	88,46	.	.	25,19	4,10	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	94,52	.	.	26,75	4,57	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	100,82	.	.	27,78	5,23	231,81	60,67	40,48
1965	78,53	29,65	48,87	106,92	.	.	28,40	5,16	259,27	67,31	47,53
1966	79,62	30,88	48,74	113,39	.	.	33,77	4,58	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	.	.	39,65	7,80	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	.	.	48,86	9,58	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	.	.	57,45	14,82	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	291,52	118,13	65,16	28,43	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	330,74	132,14	77,07	37,34	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	378,45	146,12	93,03	43,92	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	416,75	150,89	123,00	67,08	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	452,21	172,60	121,17	74,30	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	490,89	211,57	99,42	58,60	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	532,03	233,85	111,33	59,84	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	591,47	259,66	123,74	69,54	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	656,60	281,19	137,50	71,81	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	696,21	289,72	158,62	90,05	1 039,51	236,50	300,54
1977 1. Vj.	179,74	59,35	120,39	283,09	522,86	239,77	103,35	53,71	773,51	180,38	216,10
2. Vj.	190,48	61,91	128,58	292,82	532,23	239,41	102,33	49,74	794,98	187,07	217,86
3. Vj.	193,08	64,75	128,33	298,43	546,64	248,21	105,35	51,10	809,56	185,34	223,85
4. Vj.	208,08	67,51	140,57	331,81	591,47	259,66	123,74	69,54	838,70	192,98	237,60
1978 1. Vj.	204,24	68,00	136,25	310,98	574,16	263,17	106,74	51,50	841,23	187,37	242,76
2. Vj.	215,36	71,65	143,71	324,45	588,45	264,00	109,09	51,45	866,96	196,17	248,41
3. Vj.	217,50	72,02	145,48	335,71	605,40	269,69	118,21	56,60	889,65	197,05	262,27
4. Vj.	237,91	76,20	161,71	375,41	656,60	281,19	137,50	71,81	926,69	205,60	272,29
1979 1. Vj.	225,46	75,11	150,36	350,34	638,41	288,07	124,88	65,80	941,10	205,45	276,10
2. Vj.	233,12	76,93	156,19	367,05	652,21	285,15	133,94	72,75	977,25	219,54	282,57
3. Vj.	230,23	77,35	152,88	369,23	652,85	283,62	139,00	71,65	1 000,14	222,92	287,16
4. Vj.	247,87	79,88	167,99	406,49	696,21	289,72	158,62	90,05	1 039,51	236,50	300,54
1980 1. Vj.	228,69	78,83	149,86	389,60	676,52	286,91	160,91	99,41	1 048,36	233,46	300,76
2. Vj.	237,06	79,90	157,16	399,45	680,58	281,13	162,39	93,45	1 077,90	247,53	308,23
3. Vj.	237,76	80,19	157,57	401,31	683,93	282,62	163,55	99,94	1 093,98	249,57	310,85

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

2) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.

3) Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren.

4) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost; Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.

5) Einschließlich Schatzwechsel und Ü-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.

6) Ohne Saarland.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt (1976 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter	Verbrauchs-güter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter	Verbrauchs-güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	33,7	36,4	29,5	42,4	50,6	50,6	47,0	61,2
1963	35,5	37,7	31,7	43,9	53,1	52,7	50,3	62,5
1964	40,8	43,5	36,5	49,3	60,1	60,2	57,2	68,9
1965	43,4	44,6	39,5	53,4	62,5	60,1	60,3	73,3
1966	43,3	46,3	38,6	52,9	61,2	61,9	57,6	71,2
1967	43,2	46,5	38,5	52,3	61,9	63,9	57,8	71,0
1968	50,0	52,4	45,8	58,8	75,3	76,2	72,0	83,9
1969	61,6	61,3	60,4	65,7	90,1	86,5	91,4	91,8
1970	64,5	64,5	63,2	68,4	88,2	86,6	88,0	91,9
1971	65,6	64,8	62,8	75,9	85,6	85,5	81,6	98,2
1972	70,7	70,5	67,1	82,2	89,8	92,2	84,5	102,1
1973	82,8	83,3	81,4	86,3	100,9	103,9	99,0	101,7
1974	89,7	100,1	84,7	88,3	96,0	100,8	94,5	92,7
1975	88,0	88,0	88,0	87,8	91,0	90,6	91,4	90,4
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	101,3	97,1	103,0	103,1	99,4	98,6	99,3	100,3
1978	106,3	101,2	108,5	108,2	102,8	103,0	102,2	103,7
1979	117,8	115,4	119,5	116,7	109,1	110,0	109,3	106,9
1975 1. Vj.	85,6	87,4	85,6	82,8	88,6	87,5	90,3	84,9
2. Vj.	92,6	88,0	96,0	89,6	95,6	90,0	99,6	92,3
3. Vj.	83,3	85,0	84,0	78,2	86,1	88,3	86,8	80,8
4. Vj.	90,3	91,6	86,4	100,5	93,7	96,4	89,0	103,7
1976 1. Vj.	97,4	102,5	93,7	100,7	99,1	104,8	95,1	102,4
2. Vj.	97,1	103,9	92,0	102,0	97,0	103,3	92,0	102,4
3. Vj.	102,8	96,2	110,4	90,0	102,0	94,8	109,9	89,3
4. Vj.	102,6	97,3	103,8	107,4	101,9	97,0	103,1	105,9
1977 1. Vj.	102,1	98,7	104,0	102,4	100,7	99,8	101,4	100,1
2. Vj.	99,1	99,4	97,3	103,9	97,0	100,5	93,6	101,0
3. Vj.	95,1	93,5	95,7	96,2	93,1	94,8	91,9	93,3
4. Vj.	108,8	96,9	115,1	110,0	106,8	99,2	110,6	106,9
1978 1. Vj.	104,6	98,3	107,8	105,5	102,0	100,6	102,6	101,7
2. Vj.	105,8	103,5	105,8	109,3	102,3	105,3	99,6	104,9
3. Vj.	102,3	100,2	104,1	101,1	98,6	101,7	97,6	96,7
4. Vj.	112,4	102,8	116,3	116,7	108,2	104,3	108,9	111,2
1979 1. Vj.	115,5	109,2	119,9	113,4	109,6	108,7	110,9	106,9
2. Vj.	119,1	118,3	119,6	118,5	110,8	113,8	109,5	109,3
3. Vj.	113,4	116,1	113,3	109,4	104,0	108,9	103,2	99,1
4. Vj.	123,2	117,9	125,4	125,5	112,0	108,9	113,7	112,2
1980 1. Vj.	131,5	130,1	132,4	131,3	116,7	116,5	117,4	115,0
2. Vj.	121,6	125,1	120,2	120,1	106,1	110,1	104,8	103,4
3. Vj. ²⁾	112,9	112,4	113,6	111,8	98,1	99,3	98,4	95,5

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 37*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland (1976 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	40,7	42,7	36,8	46,7	60,0	59,1	57,1	67,9
1963	41,8	43,0	38,2	47,9	61,4	59,7	59,1	68,4
1964	48,2	50,6	44,1	53,7	70,1	69,7	67,8	75,5
1965	51,3	51,0	48,3	58,3	72,6	68,2	71,8	80,2
1966	49,5	51,5	44,9	57,0	68,7	68,3	65,3	76,9
1967	47,8	49,9	42,9	55,8	67,4	68,1	63,0	75,9
1968	55,0	56,5	50,9	62,3	82,6	82,5	79,5	89,4
1969	68,2	67,1	68,6	68,7	99,8	95,8	103,7	96,7
1970	72,1	69,9	73,6	71,7	98,4	94,5	101,5	96,6
1971	73,0	69,5	72,3	79,4	94,6	91,4	92,8	103,0
1972	77,8	74,4	76,2	85,8	98,0	96,2	95,1	106,8
1973	86,4	85,8	85,9	88,3	104,8	106,8	103,8	104,1
1974	89,3	97,7	84,0	89,7	95,5	100,5	93,0	94,3
1975	92,2	89,1	95,1	89,8	95,2	92,1	98,4	92,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,2	95,3	108,4	103,3	101,0	95,9	104,5	100,5
1978	108,5	98,1	115,9	107,7	104,6	98,7	109,0	103,2
1979	118,5	110,7	125,1	115,7	109,5	104,9	114,4	105,8
1975 1. Vj.	88,9	87,8	91,3	85,1	91,7	88,5	95,6	87,2
2. Vj.	100,8	89,7	111,5	92,0	103,8	92,0	115,0	94,7
3. Vj.	86,2	86,5	38,5	80,4	89,1	90,1	91,1	83,1
4. Vj.	92,9	92,3	89,2	101,7	96,4	97,7	91,8	105,1
1976 1. Vj.	100,5	101,2	99,9	100,9	102,4	103,7	101,5	102,7
2. Vj.	98,9	103,2	95,1	101,6	98,9	102,7	95,0	102,0
3. Vj.	96,3	97,5	98,2	90,5	95,4	96,1	97,6	89,7
4. Vj.	104,3	98,2	106,8	107,0	103,3	97,5	105,9	105,6
1977 1. Vj.	103,7	96,3	109,4	102,3	102,1	96,7	106,6	100,0
2. Vj.	100,2	97,6	100,2	103,4	97,9	98,0	96,3	100,5
3. Vj.	98,0	92,6	102,0	97,3	95,7	93,1	98,0	94,3
4. Vj.	110,8	94,5	122,2	110,1	108,4	95,6	117,4	107,0
1978 1. Vj.	106,8	95,1	115,5	105,3	103,8	96,1	109,9	101,5
2. Vj.	107,9	99,9	112,9	108,5	104,2	100,5	106,3	104,1
3. Vj.	104,9	97,6	111,9	101,0	100,9	98,1	104,8	96,6
4. Vj.	114,3	99,7	123,2	116,1	109,7	99,9	115,2	110,6
1979 1. Vj.	117,3	102,8	129,6	112,5	111,2	101,4	119,9	105,9
2. Vj.	118,1	113,7	121,5	117,2	109,8	108,8	111,2	108,0
3. Vj.	114,8	113,3	118,7	109,1	105,1	105,8	108,1	98,6
4. Vj.	123,7	113,1	130,5	124,1	111,9	103,6	118,2	110,7
1980 1. Vj.	131,7	121,3	139,9	129,5	116,4	107,8	124,0	113,2
2. Vj.	119,6	119,3	120,5	118,2	104,0	104,2	105,1	101,5
3. Vj. ²⁾	114,9	109,8	120,0	111,6	99,4	96,1	103,9	95,1

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 37*

Auftragsingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland (1976 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	19,3	21,5	18,5	19,1	31,0	30,8	31,6	26,7
1963	22,6	25,0	21,7	22,8	36,3	36,7	36,7	31,4
1964	25,4	26,8	24,9	25,4	40,0	37,7	41,6	34,6
1965	27,3	29,5	26,3	27,3	41,9	41,3	42,8	36,9
1966	30,5	34,0	29,1	30,6	46,1	47,5	46,2	40,6
1967	33,7	38,5	31,7	33,6	51,0	54,9	50,1	45,0
1968	39,4	42,6	38,0	40,0	60,3	61,9	60,4	54,8
1969	48,1	47,9	48,0	49,2	70,0	65,0	72,7	65,4
1970	48,8	51,7	47,5	50,4	67,4	67,9	67,4	66,1
1971	50,4	53,6	48,4	56,6	67,2	71,9	64,7	72,2
1972	56,1	61,4	53,2	62,4	73,2	83,6	68,6	76,9
1973	75,2	77,2	74,4	75,3	93,0	97,2	92,0	88,5
1974	90,5	105,7	85,7	80,3	97,0	100,2	97,3	84,7
1975	79,2	85,4	77,1	76,6	82,2	86,7	80,9	78,7
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	97,2	101,7	94,8	102,1	96,0	105,6	91,5	99,6
1978	101,5	108,8	97,3	110,8	98,8	114,0	91,7	106,5
1979	116,3	126,9	111,1	122,7	108,3	123,0	101,6	113,2
1975 1. Vj.	78,8	86,6	76,9	70,3	81,9	84,8	82,0	72,4
2. Vj.	75,8	83,9	72,5	76,5	78,8	85,2	76,3	78,8
3. Vj.	77,1	81,3	76,9	66,0	80,2	83,8	80,3	67,9
4. Vj.	84,9	89,7	81,9	93,5	87,8	92,8	84,9	95,9
1976 1. Vj.	91,2	105,8	84,4	99,4	92,2	107,3	85,3	100,6
2. Vj.	93,3	105,4	87,3	104,2	93,2	104,8	87,3	104,6
3. Vj.	116,4	93,5	129,1	87,3	115,8	91,9	128,7	86,9
4. Vj.	99,0	95,2	99,2	109,1	98,8	96,0	98,7	107,9
1977 1. Vj.	98,7	104,4	95,8	102,4	97,7	107,3	93,5	100,5
2. Vj.	97,0	104,0	92,8	106,6	95,5	107,3	89,5	104,0
3. Vj.	88,9	95,6	86,0	89,6	87,5	99,4	82,7	87,2
4. Vj.	104,4	102,9	104,4	109,6	103,2	108,7	100,3	106,5
1978 1. Vj.	99,8	106,2	96,3	106,5	98,0	112,6	91,5	102,9
2. Vj.	101,3	112,3	95,1	114,3	98,5	117,6	89,6	109,9
3. Vj.	96,7	106,4	92,1	101,6	93,8	110,7	86,6	97,4
4. Vj.	108,2	110,3	105,7	121,0	104,8	115,3	99,2	115,9
1979 1. Vj.	111,5	124,9	105,0	118,8	106,3	127,3	97,1	112,3
2. Vj.	121,2	129,9	116,8	126,7	113,2	126,4	107,1	117,5
3. Vj.	110,3	123,0	104,9	111,3	101,8	116,6	95,6	101,6
4. Vj.	122,2	129,7	117,5	134,0	112,1	122,1	106,6	121,4
1980 1. Vj.	131,0	152,0	120,9	142,4	117,2	138,7	107,2	126,6
2. Vj.	126,1	139,8	119,7	131,3	110,9	125,6	104,4	115,0
3. Vj. ²⁾	108,6	118,9	103,8	113,4	95,3	107,7	89,9	98,4

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 38*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	insgesamt	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	75,4	85,7	62,5	68,4	71,7	59,7
1972	69,4	79,4	57,2	75,5	77,3	70,7
1973	84,3	91,2	75,9	115,6	112,3	124,2
1974	93,3	88,0	99,8	152,6	131,7	207,9
1975	96,8	96,5	97,3	90,7	89,6	93,7
1976	100	100	100	100	100	100
1977	99,2	96,7	102,5	86,3	83,6	93,6
1978	104,8	104,4	105,3	93,5	88,4	107,1
1979	120,2	123,5	116,0	115,4	110,1	129,5
1972 1. Vj.	71,2	81,0	59,1	72,0	77,3	58,2
2. Vj.	70,0	80,6	56,9	77,1	81,2	66,3
3. Vj.	66,7	76,5	54,7	76,0	76,7	74,1
4. Vj.	69,8	79,5	57,9	76,9	74,1	84,0
1973 1. Vj.	79,5	89,6	67,1	101,2	100,3	103,5
2. Vj.	86,5	96,5	74,1	116,9	117,9	114,1
3. Vj.	85,6	90,5	79,6	121,0	118,7	127,0
4. Vj.	85,7	88,1	82,8	123,2	112,2	152,2
1974 1. Vj.	91,1	90,2	92,2	147,9	127,9	200,5
2. Vj.	95,5	92,1	99,7	166,4	145,9	220,4
3. Vj.	94,3	86,0	104,4	164,6	137,5	236,4
4. Vj.	92,4	83,9	102,9	131,6	115,4	174,5
1975 1. Vj.	91,5	82,8	102,1	103,1	96,8	119,9
2. Vj.	95,8	93,7	98,4	89,9	89,7	90,7
3. Vj.	100,6	106,0	93,8	85,3	86,5	82,0
4. Vj.	99,5	103,4	94,7	84,6	85,6	82,2
1976 1. Vj.	102,1	104,8	98,8	99,8	101,7	94,8
2. Vj.	100,9	103,9	97,1	109,1	109,0	109,3
3. Vj.	99,0	96,9	101,6	104,5	102,7	109,2
4. Vj.	98,0	94,3	102,5	86,6	86,6	86,7
1977 1. Vj.	100,4	98,4	102,9	86,2	84,3	91,3
2. Vj.	101,6	99,4	104,2	89,9	87,4	96,3
3. Vj.	97,0	93,5	101,4	86,8	83,2	96,4
4. Vj.	98,0	95,3	101,4	82,3	79,3	90,3
1978 1. Vj.	101,3	99,9	103,1	90,2	88,1	95,6
2. Vj.	103,9	103,4	104,4	93,3	87,6	108,2
3. Vj.	105,4	106,0	104,6	96,1	89,3	113,9
4. Vj.	108,6	108,3	109,0	94,5	88,5	110,6
1979 1. Vj.	115,2	117,2	112,8	108,5	102,4	124,7
2. Vj.	120,7	125,0	115,4	115,6	109,4	132,1
3. Vj.	121,0	124,2	117,1	123,3	117,0	140,1
4. Vj.	123,6	127,6	118,8	114,2	111,5	121,1
1980 1. Vj.	126,1	127,7	124,1	121,6	118,0	131,3
2. Vj.	129,8	130,9	128,4	124,1	117,4	141,8
3. Vj. ²⁾	128,2	129,7	126,4	119,1	112,8	135,9

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 38*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	75,3	86,8	63,0	83,3	90,8	53,8
1972	67,3	77,7	56,3	90,4	97,6	62,0
1973	80,3	87,0	73,1	98,1	103,0	79,1
1974	87,8	81,7	94,3	89,9	91,6	83,0
1975	98,5	98,8	98,2	81,8	84,0	73,2
1976	100	100	100	100	100	100
1977	100,6	98,3	103,1	97,9	97,7	98,6
1978	106,0	106,6	105,3	104,3	105,1	101,0
1979	121,1	126,5	115,3	113,5	113,3	114,5
1972 1. Vj.	70,5	80,9	59,2	79,8	85,6	56,8
2. Vj.	67,3	77,7	56,2	97,8	106,3	64,7
3. Vj.	64,6	74,8	53,6	84,1	91,3	56,1
4. Vj.	67,0	77,2	56,1	99,7	107,1	70,5
1973 1. Vj.	76,4	87,2	65,0	92,4	98,3	69,3
2. Vj.	81,8	91,3	71,6	110,6	117,7	83,2
3. Vj.	81,6	85,7	77,1	94,3	99,1	75,5
4. Vj.	81,4	83,8	78,8	95,1	96,8	88,4
1974 1. Vj.	86,0	85,7	86,4	84,1	83,5	86,6
2. Vj.	88,1	83,5	93,2	101,4	103,7	92,4
3. Vj.	88,2	79,1	98,0	83,5	85,8	74,3
4. Vj.	88,7	78,6	99,7	90,4	93,4	78,7
1975 1. Vj.	92,0	82,3	102,4	68,9	70,6	62,6
2. Vj.	96,8	94,3	99,5	89,8	93,1	77,0
3. Vj.	103,9	111,8	95,4	74,9	77,1	66,1
4. Vj.	101,4	106,8	95,6	93,5	95,2	87,1
1976 1. Vj.	103,5	107,3	99,5	85,9	86,4	83,8
2. Vj.	99,3	102,3	96,0	111,8	112,2	109,9
3. Vj.	98,8	96,3	101,4	94,9	95,1	94,1
4. Vj.	98,4	94,1	103,1	107,5	106,3	112,1
1977 1. Vj.	102,6	101,5	103,8	88,5	87,3	93,3
2. Vj.	102,1	99,9	104,5	109,1	109,3	108,6
3. Vj.	98,6	95,4	102,1	88,5	88,8	87,2
4. Vj.	99,0	96,3	101,8	105,3	105,2	105,3
1978 1. Vj.	103,3	102,6	104,0	90,2	90,1	90,5
2. Vj.	104,3	104,4	104,1	113,4	114,8	107,8
3. Vj.	107,0	109,3	104,5	95,5	97,0	89,4
4. Vj.	109,3	110,0	108,7	118,1	118,6	116,3
1979 1. Vj.	116,9	121,1	112,4	101,4	100,7	104,4
2. Vj.	120,7	126,9	114,1	126,8	127,1	126,0
3. Vj.	121,9	127,2	116,2	106,4	106,2	107,4
4. Vj.	124,8	130,7	118,6	119,3	119,1	120,1
1980 1. Vj.	127,7	131,2	123,9	109,9	108,1	116,6
2. Vj.	130,4	133,0	127,5	130,0	128,4	136,2
3. Vj. ²⁾	130,8	134,8	126,5	105,2	104,6	107,5

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 39*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1977 1. Vj.	233 245	5 505	227 741	70 067	91 564	36 477	29 633
2. Vj.	238 924	5 315	233 610	71 840	95 803	34 359	31 607
3. Vj.	234 882	5 264	229 618	69 433	92 898	35 902	31 385
4. Vj.	256 078	5 975	250 104	69 841	109 093	38 253	32 916
1978 1. Vj.	237 810	5 454	232 357	68 089	96 516	36 897	30 854
2. Vj.	248 654	5 936	242 719	73 488	100 805	35 757	32 669
3. Vj.	245 025	5 494	239 531	72 680	98 763	36 548	31 539
4. Vj.	268 439	6 203	262 237	75 825	113 611	39 747	33 054
1979 1. Vj.	255 641	6 519	249 122	76 120	101 871	39 301	31 829
2. Vj.	275 812	6 514	269 298	87 264	109 844	38 719	33 471
3. Vj.	273 709	6 843	266 866	89 306	104 573	40 292	32 696
4. Vj.	300 191	7 017	293 174	92 490	121 965	43 639	35 079
1980 1. Vj.	296 811	7 230	289 581	96 525	113 794	44 643	34 619
2. Vj.	298 024	7 053	290 972	97 245	117 267	41 200	35 260
3. Vj.	288 635	6 518	282 118	92 227	112 224	42 723	34 943

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 39*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1977 1. Vj.	178 503	4 711	173 792	54 148	60 398	31 366	27 881
2. Vj.	182 454	4 353	178 102	55 431	63 481	29 532	29 657
3. Vj.	180 383	4 221	176 163	54 271	61 450	31 017	29 425
4. Vj.	194 191	4 933	189 259	53 910	71 069	33 260	31 019
1978 1. Vj.	180 514	4 440	176 074	52 039	63 282	31 797	28 957
2. Vj.	189 081	4 701	184 380	56 306	66 785	30 782	30 507
3. Vj.	186 654	4 248	182 406	55 673	65 674	31 507	29 552
4. Vj.	203 339	4 961	198 378	58 495	74 436	34 432	31 014
1979 1. Vj.	194 612	5 365	189 247	57 993	67 756	33 706	29 791
2. Vj.	210 122	5 147	204 975	67 140	73 476	33 232	31 127
3. Vj.	208 548	5 374	203 175	69 002	69 173	34 457	30 542
4. Vj.	226 435	5 715	220 720	71 480	79 016	37 522	32 702
1980 1. Vj.	225 509	5 951	219 558	73 684	75 540	38 072	32 261
2. Vj.	224 619	5 836	218 784	75 256	75 651	35 175	32 702
3. Vj.	220 179	5 466	214 712	71 979	73 843	36 500	32 391

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 39*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter produzierendes Gewerbe	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1977 1. Vj.	54 742	794	53 948	15 919	31 166	5 112	1 752
2. Vj.	56 470	962	55 508	16 409	32 322	4 827	1 950
3. Vj.	54 499	1 043	53 455	15 162	31 447	4 886	1 960
4. Vj.	61 887	1 042	60 845	15 931	38 024	4 993	1 897
1978 1. Vj.	57 296	1 014	56 283	16 051	33 235	5 100	1 897
2. Vj.	59 573	1 235	58 338	17 182	34 020	4 975	2 162
3. Vj.	58 371	1 246	57 125	17 007	33 089	5 041	1 987
4. Vj.	65 101	1 241	63 859	17 330	39 175	5 314	2 040
1979 1. Vj.	61 029	1 154	59 875	18 127	34 115	5 595	2 039
2. Vj.	65 690	1 367	64 323	20 123	36 368	5 487	2 344
3. Vj.	65 161	1 469	63 692	20 303	35 400	5 835	2 154
4. Vj.	73 756	1 303	72 453	21 010	42 949	6 117	2 377
1980 1. Vj.	71 302	1 279	70 023	22 841	38 254	6 571	2 357
2. Vj.	73 405	1 217	72 188	21 989	41 616	6 025	2 558
3. Vj.	68 457	1 051	67 405	20 249	38 382	6 223	2 552

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7 1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe¹⁾

1970 = 100

Zeitraum	Index der Nettoproduktion ²⁾								Index der Brutto- produktion ⁴⁾	
	insge- samt ³⁾	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			Verarbeitendes Gewerbe					
		zusam- men	Berg- bau	zusam- men	Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe		
						produzierendes Gewerbe				
1962	66.2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,6	101,1	99,5	101,1	100,5	99,1	104,0	104,7	100,9	102,4
1972	106,2	104,9	95,7	105,2	105,7	101,9	110,6	106,9	104,7	106,8
1973	112,8	111,8	94,4	112,3	116,0	109,9	113,5	110,6	108,7	110,7
1974	110,5	109,6	93,7	110,1	115,4	106,5	108,5	112,1	107,3	102,9
1975	103,6	102,8	89,0	103,3	101,1	101,9	103,0	112,8	103,5	100,1
1976	110,7	110,1	86,6	110,9	111,5	109,0	110,2	116,7	105,8	109,6
1977	113,7	113,5	83,7	114,5	112,3	115,0	114,4	117,9	109,5	117,2
1978	116,7	115,6	83,6	116,6	116,7	115,5	115,0	121,9	109,3	118,4
1979	123,0	121,5	86,8	122,6	125,5	120,9	119,8	126,2	114,6	120,3
1976 1. Vj.	105,8	106,0	89,7	106,5	106,3	105,4	107,9	108,5	100,1	110,2
2. Vj.	116,8	116,1	83,9	117,1	118,6	116,3	114,3	120,2	112,9	113,5
3. Vj.	103,5	102,2	80,8	102,9	109,7	96,2	100,5	113,0	93,9	97,2
4. Vj.	117,1	116,7	91,8	117,5	111,6	119,1	118,7	123,3	117,0	118,2
1977 1. Vj.	111,3	112,0	91,7	112,7	111,4	113,8	113,5	110,6	103,1	121,7
2. Vj.	119,3	119,1	77,8	120,4	118,7	122,4	118,1	120,8	114,5	121,5
3. Vj.	104,7	104,0	77,4	104,8	107,4	101,3	103,7	112,2	98,5	103,0
4. Vj.	119,9	119,5	87,7	120,5	112,1	123,5	123,0	125,9	123,1	123,4
1978 1. Vj.	111,8	112,0	90,0	112,7	111,5	112,6	113,4	114,7	101,8	121,3
2. Vj.	120,0	118,7	80,9	119,9	122,0	118,5	116,9	123,9	109,9	120,9
3. Vj.	109,5	107,6	75,6	108,6	114,0	104,4	104,6	116,0	101,6	104,8
4. Vj.	125,8	124,2	88,2	125,3	119,5	127,3	125,9	131,0	124,5	127,0
1979 1. Vj.	115,0	115,3	96,4	115,9	116,7	115,1	115,3	117,2	102,6	123,1
2. Vj.	129,6	127,9	85,8	129,2	133,3	127,8	125,1	130,7	119,3	126,7
3. Vj.	115,9	113,0	78,2	114,2	124,1	107,7	109,6	119,7	104,9	106,1
4. Vj.	132,4	130,6	86,8	132,0	128,3	134,1	130,3	135,6	132,7	126,1
1980 1. Vj.	122,9	122,5	93,0	123,4	125,6	122,7	121,8	123,4	112,2	122,2
2. Vj.	131,1	129,6	84,7	131,0	130,7	132,3	125,9	135,0	125,2	122,3
3. Vj. ⁶⁾	111,4	109,7	77,4	110,7	113,6	107,2	106,2	122,2	107,6	98,3

¹⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.²⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.³⁾ Einschließlich Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).⁴⁾ Die Zuteilung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.⁵⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 41*

Beschäftigte im Bergbau und
in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver-	
	zusammen					
	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1977 1. Vj.	7 605	5 416	242	196	7 363	5 220
2. Vj.	7 608	5 418	239	194	7 368	5 224
3. Vj.	7 667	5 466	240	195	7 427	5 271
4. Vj.	7 649	5 443	239	195	7 410	5 248
1978 1. Vj.	7 572	5 373	236	192	7 336	5 181
2. Vj.	7 550	5 356	234	189	7 316	5 166
3. Vj.	7 606	5 402	233	189	7 373	5 214
4. Vj.	7 608	5 393	231	187	7 377	5 207
1979 1. Vj.	7 549	5 346	228	184	7 321	5 162
2. Vj.	7 557	5 353	227	183	7 329	5 170
3. Vj.	7 646	5 429	230	186	7 416	5 243
4. Vj.	7 677	5 440	230	186	7 447	5 255
1980 1. Vj.	7 647	5 411	228	184	7 419	5 227
2. Vj.	7 647	5 409	229	185	7 418	5 225
3. Vj.	7 696	5 441	234	189	7 462	5 252

¹⁾ Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 41*

im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
		produzierendes Gewerbe						
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 566	1 075	3 718	2 580	1 589	1 238	491	326	1977 1. Vj.
1 573	1 082	3 721	2 582	1 584	1 234	490	326	2. Vj.
1 576	1 086	3 751	2 603	1 596	1 244	503	338	3. Vj.
1 564	1 071	3 748	2 598	1 598	1 245	500	334	4. Vj.
1 540	1 049	3 726	2 577	1 585	1 233	485	321	1978 1. Vj.
1 539	1 051	3 712	2 565	1 580	1 229	485	322	2. Vj.
1 548	1 058	3 740	2 587	1 587	1 235	498	333	3. Vj.
1 542	1 051	3 751	2 590	1 589	1 236	495	330	4. Vj.
1 513	1 030	3 738	2 579	1 588	1 232	482	320	1979 1. Vj.
1 527	1 045	3 735	2 576	1 584	1 228	483	321	2. Vj.
1 544	1 060	3 779	2 612	1 596	1 238	497	333	3. Vj.
1 544	1 056	3 807	2 627	1 602	1 242	494	329	4. Vj.
1 540	1 050	3 804	2 623	1 590	1 234	485	321	1980 1. Vj.
1 546	1 056	3 803	2 620	1 584	1 227	485	321	2. Vj.
1 553	1 062	3 826	2 632	1 586	1 227	497	332	3. Vj.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 42*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 203	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 193	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1977 1. Vj.	2 430	81	2 349	481	1 159	553	156
2. Vj.	2 360	71	2 289	477	1 126	533	154
3. Vj.	2 289	73	2 216	466	1 075	515	160
4. Vj.	2 414	76	2 338	477	1 150	548	163
1978 1. Vj.	2 342	76	2 266	460	1 116	537	152
2. Vj.	2 331	70	2 261	468	1 109	531	154
3. Vj.	2 234	68	2 166	453	1 055	502	156
4. Vj.	2 359	71	2 288	461	1 129	538	159
1979 1. Vj.	2 353	75	2 278	453	1 136	538	151
2. Vj.	2 304	69	2 236	461	1 106	518	150
3. Vj.	2 225	70	2 155	452	1 053	496	154
4. Vj.	2 372	70	2 302	468	1 142	535	157
1980 1. Vj.	2 388	75	2 313	468	1 156	539	151
2. Vj.	2 268	68	2 200	454	1 094	504	147
3. Vj.	2 205	72	2 134	448	1 047	487	152

¹⁾ Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

**Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und
im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾**

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,7	103,0	104,9	105,2	102,8	107,2	105,9
1972	112,1	111,3	112,1	114,1	109,3	115,7	110,7
1973	119,1	117,0	119,2	124,1	115,4	122,5	115,0
1974	122,9	117,7	123,0	128,3	116,8	127,6	122,0
1975	127,5	113,8	127,9	125,6	124,1	135,0	130,7
1976	137,7	116,7	138,4	138,8	133,3	146,2	140,3
1977	144,7	119,2	145,3	144,1	141,2	155,0	150,0
1978	149,5	124,1	150,1	153,7	144,0	157,6	155,3
1979	157,1	128,8	157,9	165,4	149,3	166,1	162,8
1975 1. Vj.	121,6	117,6	121,9	121,1	116,4	130,1	125,1
2. Vj.	126,9	112,5	127,4	124,9	125,1	131,9	130,3
3. Vj.	126,9	107,5	127,7	126,7	121,6	134,2	130,8
4. Vj.	134,6	117,2	135,0	130,3	132,6	143,8	136,8
1976 1. Vj.	132,8	117,8	133,3	133,8	129,3	141,4	132,9
2. Vj.	139,0	114,0	139,6	142,9	134,6	145,0	140,3
3. Vj.	137,1	112,5	137,8	142,3	128,4	144,9	140,5
4. Vj.	142,0	122,2	142,6	136,0	140,5	153,4	146,7
1977 1. Vj.	140,4	122,3	140,9	141,0	137,3	150,8	142,9
2. Vj.	145,1	114,2	145,8	147,1	142,2	152,2	148,7
3. Vj.	143,9	117,3	144,5	145,6	137,3	154,0	149,0
4. Vj.	149,4	123,2	150,2	142,7	147,7	163,0	157,9
1978 1. Vj.	143,4	125,8	143,8	145,8	138,9	152,5	148,4
2. Vj.	149,7	121,3	150,5	155,8	143,7	155,9	155,7
3. Vj.	149,3	120,5	150,1	157,2	141,1	156,1	152,7
4. Vj.	155,9	129,6	156,5	155,9	151,9	165,9	163,6
1979 1. Vj.	149,4	137,0	149,7	156,1	142,6	158,3	156,0
2. Vj.	158,6	127,4	159,5	169,5	150,2	163,8	163,0
3. Vj.	157,6	121,7	158,6	170,4	146,0	166,8	160,2
4. Vj.	163,1	129,3	163,8	164,3	158,5	173,8	171,3
1980 1. Vj.	157,2	139,0	157,7	164,0	149,5	168,1	165,4
2. Vj.	160,9	126,1	161,5	167,3	154,2	168,8	168,9

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 44*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten ¹⁾							
	umbauter Raum ²⁾				veranschlagte reine Baukosten ³⁾			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten	
			Wirtschaftsbau ⁴⁾	Öffentlicher Bau ⁵⁾			Wirtschaftsbau ⁴⁾	Öffentlicher Bau ⁵⁾
1 000 cbm				Mio DM				
1950		140 665				5 243		
1951		139 448				5 337		
1952		230 108		94 456	9 694	6 216		3 478
1953		245 968		82 319	11 370	7 860		3 510
1954	6)	282 134		96 542	13 375	9 062		4 313
1955		309 971		114 452	15 488	10 063		5 425
1956		304 197		123 900	16 130	10 061		6 069
1957		286 391		112 313	16 404	10 459		5 945
1958		311 254		117 957	19 208	12 386		6 821
1959		343 689		132 785	22 136	14 321		7 815
1960		392 427		158 000	27 491	17 253		10 238
1961	422 657		174 075	31 685	19 851		11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979 ⁷⁾	395 900	227 950	137 599	30 367	89 671	60 007	19 232	10 432
1978 1. Vj.	82 158	48 135	27 055	6 968	16 914	11 235	3 540	2 139
2. Vj.	111 548	67 297	35 522	8 729	23 054	16 007	4 630	2 417
3. Vj.	116 161	67 470	39 102	9 589	24 410	16 232	5 303	2 875
4. Vj.	109 768	63 868	35 206	10 694	23 835	15 514	4 846	3 475
1979 1. Vj.	86 631	51 943	28 304	6 384	19 578	13 437		6 140
2. Vj.	103 868	62 537	34 141	7 190	23 082	16 139		6 943
3. Vj.	106 609	60 602	37 680	8 327	24 196	16 017		8 179
4. Vj.	98 892	52 918	37 375	8 599	22 817	14 414		8 402
1980 1. Vj.	89 016	51 320	30 147	7 551	21 349	14 075	4 544	2 730
2. Vj.	103 399	58 862	36 390	8 141	25 520	16 711	5 685	3 125

¹⁾ Die Vierteljahreszahlen umfassen, da die Meldungen der Baugenehmigungsbehörden teilweise nicht termingerecht eingehen, nicht immer alle Baugenehmigungen des Berichtsvierteljahres.

²⁾ Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).

³⁾ Alle Baumaßnahmen.

⁴⁾ Unternehmen, freie Berufe und private Haushalte.

⁵⁾ Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁸⁾ Errechnet auf der Basis geschätzter Monatswerte.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffentliche ²⁾			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau ²⁾
				Auftraggeber					
1971	110,7	114,4	120,2	113,9	104,8	105,0	94,2	112,8	104,9
1972	116,1	125,4	145,9	114,7	104,7	102,0	92,4	108,8	105,7
1973	111,5	116,3	118,9	114,0	115,4	104,2	96,6	109,6	105,3
1974	99,7	98,3	90,2	90,8	127,2	101,8	98,5	104,1	104,6
1975	106,6	104,0	94,4	106,1	119,8	110,4	101,5	116,6	117,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	115,6	111,4	120,3	107,1	101,4	122,7	124,8	121,1	118,3
1978	142,5	138,7	158,2	123,8	124,9	148,9	145,0	151,7	153,2
1979	160,8	157,9	172,0	149,3	143,2	165,4	157,1	171,3	167,2
1973 1. Vj.	108,7	122,0	136,7	118,2	100,6	88,3	70,4	101,1	89,4
2. Vj.	131,8	135,6	148,4	135,9	111,0	126,0	117,0	132,4	123,5
3. Vj.	118,7	119,4	106,1	125,2	135,6	117,4	124,7	112,2	111,3
4. Vj.	86,9	88,0	84,6	76,8	114,2	85,0	74,2	92,6	96,9
1974 1. Vj.	83,8	90,3	86,3	91,0	97,3	73,6	61,0	82,6	74,9
2. Vj.	114,2	110,5	112,4	102,3	121,3	119,9	118,0	121,2	127,6
3. Vj.	109,1	100,4	88,0	86,5	148,4	122,4	128,6	118,0	117,6
4. Vj.	91,8	92,0	74,1	83,3	141,8	91,3	86,6	94,6	98,5
1975 1. Vj.	86,7	88,0	77,2	95,8	96,1	84,7	64,8	98,9	96,7
2. Vj.	122,3	114,6	103,7	115,1	135,5	133,9	124,6	140,5	137,2
3. Vj.	114,1	111,6	98,8	120,3	122,0	118,0	126,8	111,7	113,0
4. Vj.	103,1	101,9	97,8	93,2	125,6	104,8	89,9	115,3	122,3
1976 1. Vj.	88,5	94,8	101,2	88,1	94,0	79,0	60,4	92,2	91,8
2. Vj.	109,6	110,5	110,7	117,2	99,1	108,2	112,5	105,1	103,5
3. Vj.	106,5	98,8	100,7	97,3	98,5	118,2	134,1	107,0	109,9
4. Vj.	95,3	95,7	87,5	97,5	108,5	94,7	93,2	95,7	94,8
1977 1. Vj.	90,8	94,2	102,6	96,3	74,3	85,5	74,3	93,4	83,7
2. Vj.	126,3	119,1	129,7	111,3	111,9	138,2	152,4	128,0	124,9
3. Vj.	128,4	116,8	123,2	109,5	117,5	147,1	165,0	134,3	131,8
4. Vj.	117,0	115,4	125,8	111,5	101,8	119,9	107,5	128,7	132,9
1978 1. Vj.	113,5	116,5	139,6	103,8	91,5	108,7	90,7	121,6	118,9
2. Vj.	157,3	145,9	170,5	127,0	128,7	175,8	173,7	177,2	182,2
3. Vj.	160,5	149,8	164,6	129,0	156,4	178,0	194,3	166,3	168,6
4. Vj.	138,7	142,3	158,2	135,3	122,8	133,1	121,3	141,5	142,9
1979 1. Vj.	135,3	140,3	155,6	133,9	119,2	127,3	110,2	139,5	128,9
2. Vj.	182,6	178,2	195,7	167,4	160,0	189,6	191,4	188,2	186,9
3. Vj.	174,3	162,5	170,4	157,5	154,6	193,2	194,1	192,5	191,2
4. Vj.	150,9	150,5	166,2	138,3	138,8	151,5	132,6	164,9	161,6
1980 1. Vj.	158,0	158,3	169,6	162,5	127,4	157,7	123,0	182,2	172,7
2. Vj.	180,9	174,2	180,9	176,1	156,6	191,7	171,3	206,2	194,2
3. Vj. ³⁾	173,5	170,1	168,3	168,6	176,2	178,9	167,2	187,2	173,8

1) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

2) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

3) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 45*

Auftragsengang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	134,0	139,4	148,5	133,1	125,3	112,1	134,8
1972	134,5	144,6	169,4	127,3	119,0	108,5	126,4
1973	123,1	127,0	130,5	124,5	116,8	109,7	122,0
1974	104,0	102,7	94,3	108,9	105,5	102,1	107,9
1975	109,6	107,5	97,3	114,9	112,2	103,0	118,9
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	110,9	106,0	114,4	100,0	119,0	121,8	117,3
1978	129,3	125,0	142,0	112,6	137,0	133,5	139,4
1979	134,2	131,4	142,6	123,0	139,0	131,9	143,9
1973 1. Vj.	123,1	136,9	153,9	124,8	101,3	81,7	115,2
2. Vj.	144,4	146,9	161,5	136,5	140,7	132,7	146,6
3. Vj.	129,4	128,6	114,5	138,5	130,5	140,7	123,8
4. Vj.	95,2	95,6	91,9	98,2	94,6	83,7	102,5
1974 1. Vj.	89,9	96,9	92,4	100,3	78,7	65,1	88,5
2. Vj.	118,5	114,7	116,9	113,3	123,9	122,1	125,3
3. Vj.	112,6	103,7	91,0	113,0	125,6	132,0	121,0
4. Vj.	94,9	95,5	77,0	108,8	93,7	89,1	96,9
1975 1. Vj.	89,9	91,7	80,2	100,3	86,8	66,3	101,3
2. Vj.	125,4	118,3	106,7	126,7	135,6	125,9	142,5
3. Vj.	117,0	114,9	101,7	124,5	119,8	128,4	114,2
4. Vj.	105,9	105,1	100,8	108,3	106,6	91,3	117,6
1976 1. Vj.	90,4	97,0	103,5	92,5	80,1	61,1	93,7
2. Vj.	110,0	111,0	111,2	110,9	108,1	112,5	105,2
3. Vj.	105,6	97,7	99,4	96,6	117,5	133,5	106,3
4. Vj.	94,2	94,2	86,0	100,1	94,1	92,9	95,0
1977 1. Vj.	89,2	91,9	100,1	86,1	84,7	73,9	92,4
2. Vj.	121,5	113,6	123,8	106,3	134,6	149,3	124,3
3. Vj.	122,1	110,0	115,8	106,1	141,9	160,1	129,3
4. Vj.	110,9	108,3	117,8	101,3	115,0	103,7	123,1
1978 1. Vj.	106,2	107,9	129,7	92,2	103,3	86,6	115,1
2. Vj.	144,4	132,6	154,6	116,2	163,8	162,9	164,7
3. Vj.	143,8	132,9	146,0	123,4	161,9	178,0	150,9
4. Vj.	123,1	125,0	139,2	114,8	120,0	110,1	127,2
1979 1. Vj.	119,0	122,7	135,6	112,8	113,2	97,9	123,8
2. Vj.	154,2	149,8	163,8	139,1	161,5	163,2	160,4
3. Vj.	142,3	132,3	138,0	128,1	158,5	159,1	158,0
4. Vj.	121,5	120,9	132,9	111,9	122,7	107,2	133,5
1980 1. Vj.	123,2	123,4	130,9	117,9	122,9	95,5	142,2
2. Vj.	135,6	130,6	134,2	128,2	144,0	128,2	155,0
3. Vj. ¹⁾	127,7	125,1	122,6	127,6	131,9	122,8	138,2

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffentliche ²⁾			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau ²⁾
				Auftraggeber					
1971	111.7	118.6	131.6	108.6	111.7	100.4	99.0	101.2	94.5
1972	117.3	131.4	166.3	109.7	104.8	94.2	97.8	92.1	83.3
1973	117.0	127.6	151.6	112.2	110.2	99.7	106.9	95.6	87.5
1974	100.4	99.4	92.5	93.0	119.8	102.2	118.0	93.1	91.4
1975	99.3	93.8	85.4	99.9	119.3	100.0	108.9	94.9	95.2
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	94.6	91.0	90.0	94.2	89.8	101.4	113.3	94.6	95.0
1978	120.1	112.8	122.7	105.0	108.1	133.7	142.0	128.9	131.0
1979	151.3	144.9	159.3	133.7	134.9	162.5	172.8	156.6	157.4
1973 Mär	128.3	146.1	187.2	124.8	109.4	99.0	105.2	95.3	85.4
Jun	128.6	141.6	178.4	122.6	108.6	107.1	113.1	103.8	94.0
Sep	110.4	117.2	130.5	108.7	107.5	99.2	107.6	94.4	85.3
Dez	100.8	105.3	110.0	92.6	115.1	93.5	101.6	88.9	85.3
1974 Mär	100.7	102.8	104.3	90.8	117.2	97.1	108.4	90.7	85.0
Jun	103.8	102.7	95.7	97.6	121.6	105.5	122.2	96.0	94.6
Sep	102.5	98.8	88.0	97.6	118.1	108.6	130.3	96.3	95.2
Dez	94.9	93.4	81.7	86.1	122.3	97.4	111.1	89.6	90.7
1975 Mär	96.4	95.0	75.4	96.5	124.8	98.8	109.8	92.6	92.6
Jun	104.0	102.3	87.9	104.5	122.5	106.9	118.4	100.3	97.5
Sep	99.4	100.0	87.9	103.6	115.1	98.5	110.6	91.6	92.0
Dez	97.2	98.1	90.5	95.1	115.0	95.6	96.6	95.0	98.4
1976 Mär	105.3	104.6	98.3	104.0	115.8	106.4	99.8	110.2	111.4
Jun	105.8	106.3	111.4	105.4	99.3	105.0	104.5	105.4	102.7
Sep	99.0	99.1	100.3	99.2	96.9	98.9	103.6	96.3	96.6
Dez	89.7	89.8	89.7	91.3	88.2	89.6	92.0	88.3	89.1
1977 Mär	91.3	89.6	86.1	97.0	86.8	94.9	100.8	91.6	90.7
Jun	93.5	89.3	87.9	93.8	87.0	101.4	116.7	92.7	92.6
Sep	98.4	94.1	93.2	96.9	93.6	106.3	124.2	96.2	97.1
Dez	95.2	91.0	93.0	89.1	91.6	102.9	111.4	98.1	99.5
1978 Mär	108.6	103.0	111.3	97.8	97.3	119.0	128.5	113.6	114.5
Jun	119.3	110.8	119.1	105.8	105.3	134.7	148.2	127.0	125.1
Sep	126.8	118.3	128.8	108.7	115.1	142.4	150.1	138.0	142.0
Dez	125.8	119.0	131.4	107.6	114.6	138.5	141.1	137.1	142.3
1979 Mär	145.8	137.8	154.6	123.8	127.5	159.7	168.4	154.7	154.0
Jun	156.4	149.3	165.6	138.2	135.9	168.6	187.7	157.7	156.0
Sep	155.7	148.7	161.1	139.7	139.4	167.8	184.3	158.4	157.0
Dez	147.3	143.7	156.0	133.0	136.6	153.7	150.7	155.4	162.4
1980 Mär	159.0	152.0	165.5	142.2	141.4	171.1	165.7	174.1	168.5
Jun	160.5	152.4	160.6	149.6	141.9	174.6	168.6	178.0	172.1

1) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmer (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

2) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 47*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe¹⁾

Zeitraum	Umsatz ²⁾				Be- schäftigte ³⁾	Geleistete Arbeits- stunden ⁴⁾	Nettopro- duktions- index ⁵⁾
	insgesamt	Wohnungs- bau	landwirt- schaftlicher und gewerb- licher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau			
	Mio DM						
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	82,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	100
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	103,0
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	110,3
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	111,6
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	104,1
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	92,4
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	95,2
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 692	102,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	109,5
1978 1. Vj.	12 541	4 704	3 268	4 569	1 119	324	77,8
2. Vj.	16 648	6 548	4 326	5 774	1 199	478	113,6
3. Vj.	19 850	7 488	4 981	7 380	1 225	457	108,3
4. Vj.	28 945	10 755	6 700	11 489	1 218	433	110,1
1979 1. Vj.	12 380	4 823	3 575	3 982	1 176	285	74,7
2. Vj.	24 488	10 172	5 717	8 599	1 249	496	125,3
3. Vj.	24 538	8 792	5 973	9 774	1 272	477	119,9
4. Vj.	30 673	10 916	7 505	12 252	1 263	465	119,5
1980 1. Vj.	17 975	7 035	5 128	5 811	1 219	370	90,8
2. Vj.	25 296	9 523	6 662	9 110	1 256	469	124,3
3. Vj.	29 107	10 438	7 566	11 102	1 266	458	108,6

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.

³⁾ Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.

⁴⁾ Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden

⁵⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Einzelhandelsumsatz
1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	darunter Einzelhandel mit								
		Warenver- schieder- er Art ²⁾	Nah- rungs- und Genuß- mitteln	Textil- waren und Schuhen	Hausrat und Wohn- bedarf	elektro- techni- schen und op- tischen Erzeug- nissen, Uhren	Papier- waren und Druck- erzeug- nissen	pharma- zeuti- schen, kosme- tischen u. ä. Erzeug- nissen	Kohle und Mine- ralöl- erzeug- nissen	Fahr- zeugen, Ma- schinen, Büro- einrich- tungen
in jeweiligen Preisen										
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	113,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	126,4	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	137,8	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,9	151,5	137,0	134,1	144,5	148,0	141,4	142,3	160,7	103,5
1975	149,2	165,6	147,1	144,6	150,9	156,3	154,5	154,4	165,4	129,4
1976	159,8	172,4	159,1	149,3	157,9	163,3	162,5	162,9	191,5	148,4
1977	171,3	180,8	170,2	159,4	176,0	176,6	172,7	169,1	183,4	169,4
1978	180,1	186,2	178,0	169,5	184,1	185,0	182,7	177,7	195,4	182,9
1979	191,6	194,6	186,6	175,2	193,2	193,9	196,1	186,1	294,2	190,8
1979 1. Vj.	173,4	171,5	173,3	147,8	161,4	154,4	169,5	177,9	260,8	198,6
2. Vj.	191,2	176,3	188,5	168,0	190,3	167,9	167,1	184,2	284,4	233,9
3. Vj.	178,9	180,2	183,2	156,5	175,2	171,4	191,4	176,2	321,3	159,4
4. Vj.	223,0	250,8	205,1	228,8	243,9	281,3	254,0	200,4	319,8	172,3
1980 1. Vj.	189,1	188,3	187,6	169,3	189,5	176,9	188,9	185,0	306,1	193,0
2. Vj.	194,0	182,3	198,8	174,5	191,4	173,3	179,2	190,7	301,1	198,3
3. Vj. ³⁾	191,0	184,2	198,5	169,8	194,4	187,9	208,0	190,9	304,1	169,0
in Preisen von 1970										
1967	81,2	76,2	84,4	82,3	79,1	77,3	88,3	84,7	80,8	75,3
1968	84,9	83,4	89,1	84,3	81,4	80,3	90,5	89,1	86,7	72,7
1969	92,6	90,0	94,2	93,1	90,9	88,9	97,7	96,4	93,6	89,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,5	108,4	106,1	104,8	108,8	108,6	103,4	105,6	97,1	100,0
1972	110,4	115,6	110,4	109,2	118,5	118,5	108,9	109,9	97,8	100,5
1973	111,2	119,2	112,3	105,6	120,0	119,6	111,6	114,8	106,4	96,3
1974	109,3	122,0	112,7	103,2	115,9	120,3	113,0	118,7	93,3	84,4
1975	113,0	125,9	114,6	106,2	114,8	122,6	115,4	122,7	93,7	98,8
1976	117,0	128,2	119,5	106,1	116,9	127,3	118,4	126,7	100,6	110,4
1977	121,0	130,4	121,1	108,4	125,5	136,1	121,6	128,3	96,1	122,6
1978	124,4	130,6	125,7	110,3	126,4	141,2	125,3	132,2	100,8	128,0
1979	127,7	133,4	130,2	109,1	127,5	144,3	132,2	134,3	114,7	129,2
1979 1. Vj.	117,7	119,1	121,9	94,1	109,0	117,0	115,3	130,3	115,3	136,9
2. Vj.	127,9	121,5	130,9	105,8	127,0	126,5	113,3	133,9	113,8	158,8
3. Vj.	118,5	123,5	127,7	97,2	114,8	127,6	128,7	126,2	117,9	106,9
4. Vj.	146,6	170,0	142,8	139,6	157,8	205,6	169,7	142,6	115,6	115,1
1980 1. Vj.	121,7	125,6	127,7	101,7	120,1	122,8	124,8	130,1	106,0	127,4
2. Vj.	122,7	120,1	133,0	103,4	119,0	117,7	116,9	132,3	102,0	127,4
3. Vj. ³⁾	120,2	120,4	132,4	99,8	118,7	127,2	134,8	130,8	105,7	108,2

¹⁾ Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.

²⁾ Einschließlich Warenhäuser, Verbrauchermärkte.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 49*

Zahlungs
Mio

Zeitraum	Devisenbilanz ¹⁾	Leistungsbilanz					Übertragungsbilanz ³⁾
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz ³⁾	
			zusammen	Handelsbilanz ²⁾	Dienstleistungsbilanz ²⁾		
1950	- 564	- 427	- 2 492	- 3 012	+ 520	+ 2 065	
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	- 149	+ 921	+ 1 529	
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160	
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	- 451	
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	- 474	
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	- 834	
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	- 1 221	
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	- 1 882	
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	- 2 000	
1959	- 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	- 3 279	
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	- 3 488	
1961	- 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	- 4 430	
1962	- 877	- 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	- 5 210	
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	- 5 095	
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	- 246	- 5 311	
1965	- 1 283	- 6 223	+ 154	+ 1 203	- 1 049	- 6 377	
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	- 1 175	- 6 295	
1967	- 140	+10 006	+16 428	+16 862	- 434	- 6 422	
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	- 7 312	
1969	-14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	- 8 750	
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	- 2 728	- 9 759	
1971	+10 986	+ 2 888	+14 385	+15 892	- 1 507	-11 497	
1972	+15 195	+ 2 561	+16 570	+20 278	- 3 708	-14 009	
1973	+16 149	+12 289	+27 881	+32 979	- 5 098	-15 592	
1974	- 9 136	+26 578	+42 632	+50 846	- 8 214	-16 053	
1975	+ 3 260	+ 9 923	+27 811	+37 276	- 9 465	-17 889	
1976	+ 1 301	+ 9 713	+27 799	+34 469	- 6 670	-18 086	
1977	+ 2 570	+ 9 800	+27 719	+38 436	-10 717	-17 919	
1978	+12 185	+17 524	+35 138	+41 200	- 6 062	-17 614	
1979	- 7 288	-10 142	+10 689	+22 429	-11 740	-20 832	
1978 1. Vj.	+ 4 546	+ 4 358	+ 9 512	+ 9 188	+ 324	- 5 155	
2. Vj.	- 4 123	+ 3 714	+ 8 539	+10 254	- 1 715	- 4 825	
3. Vj.	+ 6 320	+ 357	+ 4 675	+ 9 584	- 4 909	- 4 318	
4. Vj.	+ 5 443	+ 9 096	+12 412	+12 175	+ 237	- 3 316	
1979 1. Vj.	- 8 788	+ 2 914	+ 7 689	+ 7 841	- 152	- 4 775	
2. Vj.	- 2 180	- 3 079	+ 2 444	+ 7 023	- 4 579	- 5 523	
3. Vj.	+ 9 659	- 8 497	- 3 421	+ 3 469	- 6 890	- 5 076	
4. Vj.	- 5 979	- 1 480	+ 3 977	+ 4 097	- 120	- 5 457	
1980 1. Vj.	-10 652	- 5 624	+ 614	+ 2 807	- 2 193	- 6 238	
2. Vj.	- 4 870	- 6 615	- 208	+ 1 671	- 1 879	- 6 407	
3. Vj.	- 2 080	-12 283	- 6 554	+ 1 600	- 8 154	- 5 729	

¹⁾ Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

³⁾ Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen (hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung).

⁴⁾ Eigene Leistungen: -.

Tabelle 49*

bilanz

DM

Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	Kapitalbilanz ⁵⁾		Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen ⁶⁾	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank ⁷⁾	Zeitraum
	langfristiger	kurzfristiger				
	Kapitalverkehr					
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	- 774	—	1950
- 543	- 79	- 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	- 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
- 698	- 378	- 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
- 106	- 438	+ 332	+ 3 563	- 592	—	1954
- 640	- 271	- 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
- 162	- 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
- 2 655	- 390	- 2 265	+ 3 246	+ 1 876	—	1957
- 2 329	- 1 437	- 892	+ 3 669	- 225	—	1958
- 6 398	- 3 629	- 2 769	- 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	- 81	+ 1 353	+ 6 055	+ 1 964	—	1960
- 5 009	- 4 053	- 956	- 1 816	+ 994	- 1 475	1961
- 597	- 183	- 414	- 2 177	+ 1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	- 1 186	+ 1 611	+ 1 129	—	1963
- 1 325	- 894	- 431	- 801	+ 1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	- 4 081	+ 2 798	—	1965
- 599	- 342	- 257	- 111	+ 2 063	—	1966
-11 848	- 2 930	- 8 918	- 1 842	+ 1 702	—	1967
- 6 125	-11 201	+ 5 076	+ 5 731	+ 1 278	—	1968
-18 679	-23 040	+ 4 361	-11 181	+ 919	- 4 099	1969
+15 113	- 934	+16 047	+18 296	+ 3 616	+ 738	1970
+10 614	+ 6 293	+ 4 322	+13 502	+ 2 853	- 5 370	1971
+12 017	+15 551	- 3 535	+14 578	+ 1 112	- 495	1972
+13 226	+12 950	+ 277	+25 516	+ 913	-10 279	1973
-25 335	- 6 282	-19 052	+ 1 244	- 3 150	- 7 231	1974
-13 279	-18 231	+ 4 952	- 3 357	+ 1 137	+ 5 480	1975
- 946	- 1 476	+ 530	+ 8 767	+ 23	- 7 489	1976
- 757	-12 931	+12 174	+ 9 043	+ 1 407	- 7 880	1977
+ 5 794	- 2 726	+ 8 520	+23 318	- 3 546	- 7 586	1978
+ 9 323	+10 447	- 1 124	- 819	- 4 134	- 2 334	1979
+ 16	+ 2 519	- 2 504	+ 4 373	+ 173	—	1978 1. Vj.
- 6 153	- 5 039	- 1 114	- 2 439	- 1 684	—	2. Vj.
+ 7 045	+ 1 823	+ 5 221	+ 7 401	- 1 082	—	3. Vj.
+ 4 887	- 2 030	+ 6 917	+13 983	- 954	- 7 586	4. Vj.
-10 195	- 753	- 9 442	- 7 281	- 2 041	+ 534	1979 1. Vj.
+ 1 551	+ 4 018	- 2 467	- 1 528	- 652	—	2. Vj.
+18 825	+ 8 496	+10 329	+10 328	- 669	—	3. Vj.
- 858	- 1 313	+ 455	- 2 338	- 772	- 2 868	4. Vj.
- 3 284	- 1 963	- 1 321	- 8 908	- 2 252	+ 508	1980 1. Vj.
+ 3 505	+ 1 582	+ 1 923	- 3 110	- 1 760	—	2. Vj.
+13 051	+ 1 058	+11 993	+ 768	- 2 848	—	3. Vj.

5) Kapitalexport: —.

6) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

7) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 50*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
	insgesamt ²⁾	privat ¹⁾						
		zusammen ²⁾	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: -)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
			zusammen ²⁾	Direkt- investitionen ³⁾ und privater Grund- besitz	Kredite und Dar- lehen ⁴⁾ , Portfolio- investi- tionen	zusammen ²⁾	Direkt- investitionen ⁵⁾ und privater Grund- besitz	Kredite und Dar- lehen ⁴⁾ , Portfolio- investi- tionen ⁵⁾
1960	- 81	+ 1 230	- 1 494	- 733	- 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	- 4 053	+ 1 035	- 1 268	- 1 002	- 268	+ 2 303	+ 1 178	+ 1 253
1962	- 183	+ 1 107	- 1 740	- 1 335	- 374	+ 2 847	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	- 1 663	- 1 033	- 633	+ 4 916	+ 1 931	+ 3 009
1964	- 894	+ 421	- 2 377	- 1 372	- 1 022	+ 2 798	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	- 2 199	- 1 448	- 741	+ 4 627	+ 3 557	+ 1 087
1966	- 342	+ 2 189	- 2 815	- 1 616	- 1 187	+ 5 004	+ 3 953	+ 1 064
1967	- 2 930	- 1 440	- 3 663	- 1 502	- 2 150	+ 2 223	+ 3 285	- 1 010
1968	- 11 201	- 9 872	- 12 223	- 2 185	- 10 020	+ 2 351	+ 2 087	+ 323
1969	- 23 040	- 21 203	- 22 706	- 3 142	- 19 541	+ 1 503	+ 1 989	- 465
1970	- 934	+ 1 454	- 8 648	- 3 580	- 5 048	+ 10 102	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	- 4 027	- 4 230	+ 219	+ 12 485	+ 3 827	+ 8 666
1972	+ 15 551	+ 17 029	+ 315	- 5 760	+ 6 115	+ 16 714	+ 6 054	+ 10 703
1973	+ 12 950	+ 15 153	- 710	- 5 186	+ 4 470	+ 15 863	+ 5 465	+ 10 411
1974	- 6 282	- 5 405	- 9 484	- 5 482	- 3 918	+ 4 078	+ 5 609	- 1 523
1975	- 18 231	- 19 393	- 21 875	- 5 353	- 16 434	+ 2 482	+ 1 651	+ 834
1976	- 1 476	- 3 896	- 17 556	- 6 576	- 10 880	+ 13 660	+ 2 628	+ 11 040
1977	- 12 931	- 11 313	- 20 946	- 5 551	- 15 263	+ 9 634	+ 1 869	+ 7 768
1978	- 2 726	+ 566	- 20 859	- 7 835	- 12 973	+ 21 425	+ 3 281	+ 18 143
1979	+ 10 447	+ 11 955	- 18 694	- 9 266	- 9 426	+ 30 650	+ 2 048	+ 28 601
1977 1. Vj.	- 1 380	- 1 687	- 3 219	- 1 302	- 1 898	+ 1 532	+ 260	+ 1 274
2. Vj.	- 6 726	- 6 458	- 7 775	- 894	- 6 821	+ 1 316	+ 506	+ 812
3. Vj.	- 2 996	- 2 715	- 4 904	- 1 472	- 3 411	+ 2 189	+ 548	+ 1 642
4. Vj.	- 1 829	- 453	- 5 049	- 1 881	- 3 132	+ 4 596	+ 557	+ 4 040
1978 1. Vj.	+ 2 519	+ 3 352	- 3 819	- 1 321	- 2 469	+ 7 172	+ 1 014	+ 6 156
2. Vj.	- 5 039	- 4 337	- 6 646	- 2 225	- 4 408	+ 2 309	+ 356	+ 1 953
3. Vj.	+ 1 823	+ 2 495	- 3 126	- 1 594	- 1 524	+ 5 621	+ 1 226	+ 4 395
4. Vj.	- 2 030	- 945	- 7 268	- 2 695	- 4 571	+ 6 323	+ 685	+ 5 639
1979 1. Vj.	- 753	- 632	- 5 637	- 2 149	- 3 437	+ 5 005	+ 504	+ 4 500
2. Vj.	+ 4 018	+ 4 483	- 1 777	- 1 283	- 476	+ 6 260	+ 346	+ 5 914
3. Vj.	+ 8 496	+ 8 733	- 2 381	- 2 101	- 320	+ 11 115	+ 923	+ 10 192
4. Vj.	- 1 313	- 629	- 8 899	- 3 734	- 5 195	+ 8 270	+ 276	+ 7 995
1980 1. Vj.	1 963	- 5 364	- 9 605	- 2 945	- 6 716	+ 4 241	+ 523	+ 3 718
2. Vj.	+ 1 582	- 2 076	- 6 025	- 1 992	- 4 011	+ 3 948	+ 504	+ 3 443
3. Vj.	+ 1 058	- 1 591	- 4 079	- 1 714	- 2 318	+ 2 489	+ 617	+ 1 871

1) Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligte inländische Stelle angehört.

2) Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen“.

3) Soweit erkennbar. Einschließlich geschätzter reinvestierter Gewinne.

mit dem Ausland

export: →)

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum	
	öffentlich ¹⁾	insgesamt	privat ¹⁾				öffentlich ¹⁾
			zusammen	Kredit- institute	Wirtschafts- unternehmen und Private		
-1 311	+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	- 10	-1 006	1960	
-5 088	- 956	- 735	- 380	- 355	- 221	1961	
-1 290	- 414	- 254	- 259	+ 5	- 160	1962	
-1 447	- 1 186	- 1 177	+ 684	-1 861	- 9	1963	
-1 315	- 431	+ 610	+ 85	+ 525	-1 041	1964	
-1 291	+ 1 005	- 47	- 478	+ 431	+1 052	1965	
-2 531	- 257	- 594	- 574	- 20	+ 337	1966	
-1 490	- 8 918	- 8 557	- 4 823	-3 734	- 361	1967	
-1 329	+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+1 436	+1 185	1968	
-1 837	+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	- 29	1969	
-2 388	+16 047	+16 344	+ 7 927	+8 417	- 297	1970	
-2 166	+ 4 322	+ 3 179	+ 1 172	+2 007	+1 142	1971	
-1 478	- 3 535	- 4 012	- 420	-3 592	+ 478	1972	
-2 203	+ 277	+ 26	- 5 149	+5 175	+ 251	1973	
- 877	-19 052	-19 020	- 9 733	-9 287	- 32	1974	
+1 162	+ 4 952	+ 4 263	- 2 261	+6 524	+ 688	1975	
+2 420	+ 530	+ 1 046	+ 6 731	-5 685	- 516	1976	
-1 618	+12 174	+12 684	+ 8 120	+4 564	- 509	1977	
-3 292	+ 8 520	+ 7 230	+10 089	-2 859	+1 290	1978	
-1 509	- 1 124	- 732	+ 4 328	-5 060	- 392	1979	
+ 307	- 2 994	- 3 088	- 2 661	- 427	+ 94	1977 1. Vj.	
- 268	+ 1 086	+ 797	+ 2 519	-1 722	+ 289	2. Vj.	
- 281	+ 7 805	+ 7 515	+ 3 668	+3 847	+ 289	3. Vj.	
-1 376	+ 6 277	+ 7 459	+ 4 594	+2 865	-1 182	4. Vj.	
- 833	- 2 504	- 3 950	- 3 650	- 300	+1 446	1978 1. Vj.	
- 702	- 1 114	- 1 610	+ 546	-2 156	+ 496	2. Vj.	
- 671	+ 5 221	+ 5 035	+ 4 239	+ 796	+ 187	3. Vj.	
-1 085	+ 6 917	+ 7 755	+ 8 954	-1 199	- 838	4. Vj.	
- 121	- 9 442	-11 296	- 8 021	-3 275	+1 855	1979 1. Vj.	
- 466	- 2 467	- 3 687	- 1 577	-2 110	+1 221	2. Vj.	
- 238	+10 329	+12 775	+ 9 841	+2 934	-2 446	3. Vj.	
- 684	+ 455	+ 1 476	+ 4 085	-2 609	-1 021	4. Vj.	
+3 401	- 1 321	- 3 819	- 9 827	+6 008	+2 498	1980 1. Vj.	
+3 658	+ 1 923	+ 1 734	+ 814	+ 920	+ 189	2. Vj.	
+2 649	+11 993	+12 432	+ 3 452	+8 980	- 439	3. Vj.	

¹⁾ Nur Kredite und Darlehen, für die bei Vertragsabschluß eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurde. — Ohne Direktinvestitionen.

²⁾ Einschließlich der Transaktionen in deutschen Auslandsbonds.

Tabelle 51*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen ¹⁾		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade ²⁾
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1976 = 100		
1950	8 362	11 374					
1951	14 577	14 726					
1952	16 909	16 203	29 839	18 296	56,7	88,6	64,0
1953	18 526	16 010	32 803	19 977	56,5	80,1	70,5
1954	22 035	19 337	38 857	24 652	56,7	78,4	72,3
1955	25 717	24 472	44 556	30 760	57,7	79,6	72,5
1956	30 861	27 964	51 200	34 647	60,3	80,7	74,7
1957	35 968	31 697	57 932	38 361	62,1	82,6	75,2
1958	36 998	31 133	60 450	41 726	61,2	74,6	82,0
1959	41 184	35 823	66 519	49 654	61,9	72,1	85,9
1960	47 946	42 723	76 300	57 910	62,8	73,8	85,1
1961	50 978	44 363	80 889	62 518	63,0	71,0	88,7
1962	52 975	49 498	83 370	72 013	63,5	68,7	92,4
1963	58 310	52 277	87 788	76 921	66,4	68,0	97,6
1964	64 920	58 839	99 429	86 667	65,3	67,9	96,2
1965	71 651	70 448	106 679	99 917	67,2	70,5	95,3
1966	80 628	72 670	117 087	102 178	68,9	71,1	96,9
1967	87 045	70 183	126 274	100 533	68,9	69,8	98,7
1968	99 551	81 179	145 056	117 278	68,6	69,2	99,1
1969	113 557	97 972	160 657	137 260	70,7	71,4	99,0
1970	125 276	109 606	183 776	163 630	68,2	67,0	101,8
1971	136 011	120 119	192 016	176 913	70,8	67,9	104,3
1972	149 023	128 744	204 547	190 001	72,9	67,8	107,5
1973	178 396	145 417	233 816	100 090	76,3	72,7	105,0
1974	230 578	179 733	260 412	192 963	88,5	93,1	95,1
1975	221 589	184 313	230 480	194 149	96,1	94,9	101,3
1976	256 642	222 173	256 650	222 158	100	100	100
1977	273 614	235 178	270 549	230 469	101,1	102,0	99,1
1978	284 907	243 707	281 739	247 791	101,1	98,4	102,7
1979	314 469	292 040	301 775	270 188	104,2	108,1	96,4
1977 1. Vj.	66 619	57 714	65 562	56 092	101,7	102,8	98,9
2. Vj.	68 016	58 555	66 976	56 762	101,6	103,2	98,5
3. Vj.	65 325	57 367	64 992	56 170	100,5	102,2	98,4
4. Vj.	73 654	61 542	73 019	61 446	100,8	100,1	100,7
1978 1. Vj.	67 643	58 455	67 391	59 059	100,4	99,0	101,4
2. Vj.	72 019	61 765	71 551	62 993	100,7	98,1	102,7
3. Vj.	68 165	58 582	67 379	59 248	101,2	98,9	102,3
4. Vj.	77 081	64 905	75 417	66 491	102,2	97,6	104,7
1979 1. Vj.	74 292	66 451	72 568	65 789	102,4	101,0	101,4
2. Vj.	78 649	71 626	76 239	67 190	103,2	106,6	96,8
3. Vj.	76 355	72 886	72 981	65 453	104,6	111,4	93,9
4. Vj.	85 173	81 076	79 987	71 756	106,5	113,0	94,2
1980 1. Vj.	88 858	86 051	81 346	70 737	109,2	121,6	89,8
2. Vj.	87 528	85 857	79 223	70 043	110,5	122,6	90,1
3. Vj.	82 915	81 316	74 065	66 134	111,9	123,0	91,0

¹⁾ Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1976.²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.³⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik¹⁾

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ²⁾	Erzeugnisse		Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser ³⁾	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des			Investitionsgüter ⁴⁾	Verbrauchsgüter ⁴⁾
		der Landwirtschaft, Fischerei	des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-		
Ausfuhr										
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	27 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 161	9 223	339	4 660	67 255	139 347	28 585	67 959	32 652
1977	273 614	3 161	11 535	256	4 588	68 148	150 142	30 493	72 254	36 523
1978	284 907	3 025	11 707	332	6 527	72 628	153 308	32 163	72 818	37 680
1979	314 469	3 309	13 496	618	6 886	85 511	162 971	36 118	74 524	40 832
1979 1. Vj.	74 292	812	3 383	246	1 634	19 409	38 900	8 716	17 861	9 886
2. Vj.	78 649	843	3 366	111	1 701	21 367	41 100	8 655	18 799	9 948
3. Vj.	76 355	745	3 224	111	1 821	21 969	38 074	9 087	17 318	9 714
4. Vj.	85 173	909	3 524	148	1 730	22 766	44 898	9 659	20 546	11 285
1980 1. Vj.	88 858	1 057	3 774	197	2 013	25 120	44 678	10 631	19 771	11 987
2. Vj.	87 528	906	3 872	154	2 078	24 089	45 107	9 741	20 381	11 157
3. Vj.	82 915	310	4 018	83	2 004	22 572	41 944	9 942	19 179	10 575
Einfuhr										
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 852	16 339	556	32 410	60 565	48 661	33 604	16 822	38 577
1977	235 178	26 175	17 231	653	32 425	61 653	54 777	36 917	18 941	41 526
1978	243 707	24 546	17 970	639	29 920	64 354	60 784	40 055	21 118	45 474
1979	292 040	25 231	18 942	693	41 856	83 538	68 605	46 644	24 421	53 447
1979 1. Vj.	66 451	6 087	4 417	162	8 484	18 237	16 453	11 245	5 781	12 421
2. Vj.	71 626	6 657	4 620	153	9 686	20 957	17 278	10 657	6 081	12 398
3. Vj.	72 886	5 906	4 695	171	11 061	21 699	15 951	11 917	5 682	13 987
4. Vj.	81 076	6 580	5 209	206	12 626	22 645	18 924	12 825	6 876	14 640
1980 1. Vj.	86 051	7 111	5 108	220	14 844	24 391	18 744	14 169	6 584	15 450
2. Vj.	85 857	7 168	5 008	207	14 719	24 157	20 121	12 346	6 979	14 011
3. Vj.	81 316	6 127	4 968	234	14 214	22 633	18 270	13 055	6 313	14 763

1) Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik nach dem Stand von 1975.

2) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

3) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

4) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 53*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
						erzeugnisse		
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 300	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1977 1. Vj.	66 619	3 337	62 865	1 337	4 376	57 152	11 650	45 503
2. Vj.	68 016	3 400	64 225	1 457	4 846	57 923	11 904	46 019
3. Vj.	65 325	3 455	61 494	1 330	4 356	55 809	11 184	44 624
4. Vj.	73 654	3 531	69 658	1 533	4 703	63 422	11 841	51 581
1978 1. Vj.	67 643	3 243	63 958	1 477	4 671	57 810	11 647	46 163
2. Vj.	72 019	3 651	67 914	1 588	5 149	61 177	12 698	48 479
3. Vj.	68 165	3 370	64 383	1 440	5 062	57 881	12 155	45 726
4. Vj.	77 081	3 525	73 045	1 594	5 533	65 918	13 404	52 514
1979 1. Vj.	74 292	3 928	69 899	1 551	5 590	62 757	13 422	49 335
2. Vj.	78 649	3 897	74 250	1 721	6 173	66 357	14 605	51 752
3. Vj.	76 355	3 720	72 102	1 561	6 386	64 155	15 054	49 101
4. Vj.	85 173	4 154	80 386	1 722	6 647	72 017	15 607	56 409
1980 1. Vj.	88 858	4 531	83 747	1 749	8 195	73 803	16 660	57 143
2. Vj.	87 528	4 463	82 445	1 706	7 639	73 100	16 165	56 935
3. Vj.	82 915	4 568	77 748	1 603	7 094	69 050	14 630	54 420

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.²⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor- erzeugnisse	End-
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 776	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1977 1. Vj.	57 714	9 501	47 539	9 129	8 288	30 122	8 589	21 533
2. Vj.	58 555	10 169	47 622	8 715	9 061	29 845	8 425	21 420
3. Vj.	57 367	9 313	47 359	8 833	8 673	29 852	7 893	21 959
4. Vj.	61 542	10 322	50 256	8 476	9 431	32 349	8 349	24 000
1978 1. Vj.	58 455	9 540	48 241	7 648	9 149	31 444	8 570	22 874
2. Vj.	61 765	10 176	50 658	7 659	9 097	33 902	9 114	24 788
3. Vj.	58 582	9 252	48 585	7 599	9 211	31 775	8 157	23 618
4. Vj.	64 905	9 637	54 297	7 880	10 069	36 348	9 500	26 848
1979 1. Vj.	66 451	9 337	56 308	8 366	10 773	37 168	10 190	26 978
2. Vj.	71 626	10 144	60 553	10 223	12 186	38 144	10 594	27 550
3. Vj.	72 886	9 672	62 406	11 443	13 368	37 595	10 137	27 458
4. Vj.	81 076	10 793	69 178	12 671	13 796	42 711	11 324	31 388
1980 1. Vj.	86 051	10 713	74 462	14 735	15 576	44 151	11 958	32 193
2. Vj.	85 857	10 957	73 793	14 708	14 772	44 313	11 977	32 336
3. Vj.	81 316	10 177	70 078	14 018	14 398	41 662	10 361	31 301

1) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

2) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 55*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	EFTA-Länder ^{2) 3)}	Übrige europäische Länder ⁴⁾	Staats-handels-länder ⁵⁾	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder ⁷⁾
						zusammen ⁶⁾	Vereinigte Staaten	
1950	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	435	2 167	1 237	5 048
1955	25 717	7 409	7 419	1 829	643	2 723	1 625	5 511
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 120	3 446	2 089	6 383
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 263	4 332	2 521	7 873
1958	36 998	10 102	10 162	2 145	1 889	4 603	2 699	7 895
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 915	5 914	3 835	8 072
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 304	6 111	3 767	8 930
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 124	5 875	3 497	9 051
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 177	6 334	3 858	8 208
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 839	6 862	4 195	8 356
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 350	7 873	4 785	9 160
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 740	9 070	5 741	10 267
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 381	10 744	7 178	11 173
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 421	12 191	7 859	11 626
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 556	15 759	10 835	12 856
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 145	16 201	10 633	13 973
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 448	17 747	11 437	14 857
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 865	19 578	13 140	16 308
1972	149 023	59 441	34 333	10 045	7 686	20 222	13 798	16 977
1973	178 396	84 066	28 062	11 392	10 836	23 174	15 089	20 509
1974	230 578	103 516	34 380	15 513	15 903	28 454	17 343	32 088
1975	221 589	96 542	32 093	15 880	17 425	22 515	13 146	36 442
1976	256 642	117 311	38 547	16 305	17 432	24 435	14 413	41 835
1977	273 614	122 815	41 437	16 671	16 704	28 385	18 199	46 777
1978	284 907	130 566	41 484	15 547	17 635	31 452	20 180	47 461
1979	314 469	151 751	47 053	18 121	18 841	32 655	20 759	45 083
1977 1. Vj.	66 619	31 305	10 235	3 941	4 070	6 229	3 744	10 631
2. Vj.	68 016	30 948	9 933	4 435	3 824	7 075	4 547	11 598
3. Vj.	65 325	28 379	10 044	3 955	4 087	7 164	4 721	11 475
4. Vj.	73 654	32 183	11 225	4 340	4 723	7 917	5 186	13 073
1978 1. Vj.	67 643	31 640	9 711	3 475	4 043	7 437	4 795	11 167
2. Vj.	72 019	33 216	10 468	3 842	4 655	7 744	5 055	11 903
3. Vj.	68 165	30 281	10 117	3 702	4 219	7 848	4 920	11 793
4. Vj.	77 081	35 429	11 188	4 528	4 717	8 423	5 410	12 598
1979 1. Vj.	74 292	36 278	11 014	4 103	4 329	7 474	4 727	10 925
2. Vj.	78 649	38 343	11 425	4 715	4 725	8 660	5 489	10 570
3. Vj.	76 355	36 119	11 443	4 405	4 854	7 901	4 946	11 355
4. Vj.	85 173	41 011	13 171	4 899	4 933	8 620	5 597	12 235
1980 1. Vj.	88 858	44 266	14 011	4 546	4 811	8 748	5 667	12 156
2. Vj.	87 528	42 997	13 543	4 945	4 587	8 880	5 591	12 213
3. Vj.	82 915	38 800	13 528	4 560	4 788	7 936	4 687	12 894

1) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.

2) Ab 1973 neuer Gebietsstand.

3) Ab März 1970 einschließlich Island.

4) Ohne Staatshandelsländer.

5) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.

6) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.

7) Außereuropäische Entwicklungsländer.

8) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	EFTA-Länder ^{2) 3)}	Übrige europäische Länder ⁴⁾	Staats-handels-länder ⁵⁾	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder ⁷⁾
						zusammen ⁶⁾	Vereinigte Staaten	
1950	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	512	3 444	2 237	5 521
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	733	4 683	3 209	6 610
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 121	5 798	3 997	7 347
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 235	7 789	5 671	7 633
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 451	6 191	4 219	7 407
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 687	6 421	4 595	8 152
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	2 037	8 034	5 977	9 461
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 074	8 241	6 100	9 335
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 191	9 379	7 033	10 202
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 185	10 206	7 941	10 533
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 442	10 609	8 066	12 012
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 943	12 296	9 196	13 425
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 163	12 576	9 177	14 110
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 023	12 055	8 556	13 694
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 414	12 790	8 850	15 579
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 976	15 115	10 253	16 992
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 397	17 934	12 066	17 681
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 769	18 363	12 420	19 149
1972	128 744	62 598	17 669	5 837	5 325	17 569	10 765	19 633
1973	145 417	75 539	12 748	6 657	6 619	19 801	12 223	23 937
1974	179 733	86 147	15 058	7 170	8 409	22 590	13 972	40 188
1975	148 313	91 246	15 981	7 491	8 661	23 864	14 226	36 835
1976	222 173	107 079	19 856	9 267	10 977	29 289	17 556	45 443
1977	235 178	113 320	22 302	9 881	11 370	30 010	17 020	48 055
1978	243 707	119 777	26 545	10 483	12 565	30 448	17 434	43 686
1979	292 040	141 275	31 563	12 119	16 021	36 483	20 274	54 325
1977 1. Vj.	57 714	27 605	5 226	2 529	2 508	7 218	4 303	12 586
2. Vj.	58 555	28 563	5 097	2 330	2 661	7 925	4 587	11 918
3. Vj.	57 367	27 383	5 634	2 318	2 814	7 282	3 853	11 862
4. Vj.	61 542	29 770	6 344	2 704	3 388	7 585	4 277	11 689
1978 1. Vj.	58 455	28 806	6 037	2 606	2 896	7 004	3 974	11 067
2. Vj.	61 765	30 921	6 691	2 633	2 900	7 721	4 460	10 850
3. Vj.	58 582	28 522	6 419	2 395	3 205	7 116	3 972	10 865
4. Vj.	64 905	31 528	7 398	2 849	3 564	8 607	5 028	10 905
1979 1. Vj.	66 451	33 224	7 266	3 005	3 098	8 208	4 923	11 619
2. Vj.	71 626	35 426	7 828	2 889	3 648	8 764	4 896	13 023
3. Vj.	72 886	34 529	7 856	2 888	4 387	8 733	4 659	14 431
4. Vj.	81 076	38 097	8 613	3 337	4 388	10 778	5 797	15 252
1980 1. Vj.	86 051	39 950	9 741	3 508	4 046	10 958	6 699	17 816
2. Vj.	85 857	40 543	9 321	3 429	4 317	11 176	6 660	17 018
3. Vj.	81 316	36 746	9 079	3 249	4 325	10 770	5 889	17 076

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.²⁾ Ab 1973 neuer Gebietsstand.³⁾ Ab März 1970 einschließlich Island.⁴⁾ Ohne Staatshandelsländer.⁵⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.⁶⁾ Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.⁷⁾ Außereuropäische Entwicklungsländer.⁸⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 57*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1970 = 100

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Ein- fuhr ¹⁾	Letzte Ver- wendung von Gütern ²⁾	Aus- fuhr ¹⁾	Letzte inländische Verwendung					
					insge- samt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen		
								zu- sammen	Ausrü- stungen	Bauten
1960	70,5	91,9	73,1	83,9	71,2	75,9	58,6	67,4	79,7	61,8
1961	73,6	89,3	75,5	84,4	74,0	78,5	62,2	71,3	82,1	66,1
1962	76,7	89,0	78,2	85,7	77,0	80,9	65,0	75,9	84,9	71,3
1963	78,9	91,3	80,5	86,6	79,5	83,3	68,4	78,9	86,1	75,3
1964	81,3	93,2	82,8	88,8	81,8	85,4	70,8	81,1	87,8	77,8
1965	84,1	95,8	85,8	91,0	84,8	88,2	75,7	83,0	90,1	79,4
1966	87,2	97,6	88,7	93,1	87,8	91,5	80,1	84,9	92,5	81,2
1967	88,5	96,9	89,7	93,8	88,8	93,1	82,0	83,8	93,3	79,2
1968	90,0	97,3	91,1	93,5	90,6	94,8	85,1	84,7	92,0	81,1
1969	93,2	99,7	94,2	96,3	93,3	96,6	91,2	89,1	93,9	86,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	107,7	101,3	106,6	103,9	107,2	105,4	112,4	108,0	105,4	109,6
1972	113,7	102,3	111,7	106,4	112,9	111,3	119,8	112,0	107,0	115,1
1973	120,6	111,8	119,0	111,8	120,9	119,2	131,4	117,6	110,3	122,0
1974	128,9	135,2	130,0	128,6	130,5	127,5	146,6	125,4	117,8	129,9
1975	137,6	136,3	137,3	135,0	138,0	135,4	155,7	129,7	126,4	131,9
1976	142,0	142,7	142,2	138,5	143,2	141,4	161,1	133,9	130,8	136,0
1977	147,4	144,8	146,9	140,7	148,7	146,7	168,9	138,4	133,7	141,7
1978	153,2	142,1	150,9	142,4	153,5	150,8	174,2	144,5	136,6	150,3
1979	159,1	152,1	157,6	148,4	160,3	156,7	182,8	153,7	139,8	164,1
1970 1. Hj.	98,2	100,1	98,5	98,8	98,4	99,1	96,9	98,3	98,7	98,0
2. Hj.	101,7	99,9	101,4	101,1	101,4	100,8	102,7	101,4	101,2	101,5
1971 1. Hj.	105,9	102,2	105,2	103,5	105,6	104,2	108,9	106,8	105,0	108,0
2. Hj.	109,5	100,6	107,9	104,3	108,7	106,6	115,7	109,0	105,8	110,9
1972 1. Hj.	112,1	100,9	110,1	105,9	111,1	109,7	115,5	111,0	106,5	113,8
2. Hj.	115,2	103,6	113,1	106,9	114,6	112,8	123,8	113,0	107,4	116,1
1973 1. Hj.	118,5	107,6	116,5	109,3	118,4	117,1	125,0	116,3	109,3	120,7
2. Hj.	122,5	115,9	121,3	114,2	123,2	121,2	137,3	118,9	111,3	123,3
1974 1. Hj.	125,4	134,4	127,0	125,0	127,7	125,3	139,0	123,7	115,6	128,6
2. Hj.	132,2	136,0	132,9	132,1	133,1	129,5	153,6	126,9	119,9	131,1
1975 1. Hj.	135,7	133,6	135,3	134,5	135,5	133,3	149,3	128,9	125,2	131,4
2. Hj.	139,3	138,8	139,2	135,4	140,2	137,3	161,6	130,4	127,5	132,4
1976 1. Hj.	139,9	141,2	140,2	137,6	141,0	140,0	153,7	132,8	130,6	134,2
2. Hj.	144,0	144,0	144,0	139,4	145,3	142,7	168,1	134,9	130,9	137,4
1977 1. Hj.	144,7	145,6	144,9	140,2	146,3	145,3	161,1	137,1	133,7	139,5
2. Hj.	150,0	144,1	148,8	141,3	151,0	148,1	176,0	139,4	133,7	143,6
1978 1. Hj.	150,3	141,8	148,6	141,3	150,8	149,7	164,2	142,5	136,1	147,1
2. Hj.	155,9	142,4	153,2	143,4	156,0	151,8	183,5	146,2	137,0	153,0
1979 1. Hj.	156,1	147,4	154,2	145,7	156,8	154,2	172,8	150,5	139,1	159,3
2. Hj.	161,9	156,5	160,7	150,9	163,6	159,1	192,3	156,4	140,4	167,9
1980 1. Hj.	163,1	166,5	163,8	155,9	166,4	162,6	182,8	162,9	144,3	176,8

1) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

2) Letzter Verbrauch (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch) Bruttoinvestitionen und Ausfuhr.

3) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 58*

Index der Grundstoffpreise ¹⁾

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes
			zusammen	darunter					Textilien	
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und -Metallhalbzug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe		
1964	93,1	91,8	93,1	94,3	84,8	103,3	93,5	95,3	102,5	98,6
1965	95,3	92,6	95,4	95,4	89,7	103,6	95,8	97,2	101,7	102,7
1966	96,5	92,8	97,0	96,2	93,4	102,0	95,0	96,6	101,1	104,1
1967	93,8	94,8	93,1	95,2	87,2	100,9	89,6	95,5	97,7	98,4
1968	93,8	95,1	93,2	93,2	89,1	99,6	87,9	94,2	98,6	94,8
1969	96,0	93,4	96,4	93,6	95,2	99,6	94,0	95,7	99,5	99,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	109,0	99,3	109,6	94,8	100,7	101,3	100,9	99,9	99,3
1972	102,9	110,1	100,5	114,4	94,0	100,0	100,8	96,5	105,5	103,8
1973	113,9	120,0	111,6	118,3	106,5	105,4	120,0	100,1	126,0	116,4
1974	142,3	177,7	132,9	128,5	131,2	137,7	138,2	135,3	137,7	126,6
1975	141,8	195,9	126,6	134,0	118,2	136,8	123,6	152,3	124,8	126,2
1976	149,5	209,0	133,1	136,9	125,6	137,4	133,7	146,2	140,0	128,1
1977	149,5	208,8	132,8	143,2	121,4	137,6	143,7	142,2	140,5	132,2
1978	147,2	203,7	131,7	148,1	122,2	134,3	141,4	131,4	134,5	126,8
1979	160,6	230,3	142,5	156,2	135,6	147,6	151,2	136,3	139,8	127,0
1975 1. Vj.	142,8	192,9	129,1	132,4	122,8	139,1	127,1	156,5	125,4	124,4
2. Vj.	141,0	192,2	126,8	134,4	118,2	137,8	123,3	154,3	124,1	124,3
3. Vj.	141,2	195,0	125,8	134,8	117,2	135,9	121,7	150,1	123,9	127,5
4. Vj.	142,3	203,4	124,6	134,3	114,3	134,4	122,4	148,3	125,8	128,6
1976 1. Vj.	146,4	209,5	128,3	134,9	119,6	135,7	126,4	145,9	132,2	129,6
2. Vj.	149,6	209,6	133,4	136,1	127,7	136,9	132,8	146,1	137,8	126,5
3. Vj.	151,7	209,5	136,2	137,9	130,0	139,0	136,3	146,4	144,4	127,5
4. Vj.	150,2	207,3	134,5	138,6	125,3	138,1	139,1	146,4	145,6	128,8
1977 1. Vj.	150,9	211,2	134,2	140,4	123,6	138,5	142,9	145,9	144,5	130,7
2. Vj.	150,9	209,5	134,1	143,4	122,4	139,4	145,4	144,4	143,1	134,0
3. Vj.	148,9	207,4	132,2	144,4	120,3	137,0	144,5	141,6	139,0	132,6
4. Vj.	147,6	207,1	130,7	144,6	119,4	135,6	142,0	136,8	135,5	131,4
1978 1. Vj.	146,8	205,5	130,2	145,2	119,5	134,8	140,6	132,8	133,9	129,9
2. Vj.	147,1	204,3	131,2	148,0	121,6	134,1	141,1	130,8	134,0	127,7
3. Vj.	147,3	202,9	132,2	149,5	123,0	134,0	141,6	130,3	135,0	125,9
4. Vj.	147,6	202,2	133,1	149,6	124,7	134,2	142,4	131,5	135,2	123,6
1979 1. Vj.	152,4	211,5	136,9	151,4	130,0	138,9	144,9	132,5	136,8	124,9
2. Vj.	158,4	223,2	141,5	155,5	134,7	145,8	148,7	135,2	138,6	126,7
3. Vj.	163,8	238,6	144,3	158,1	136,5	151,5	151,9	137,1	140,9	128,3
4. Vj.	167,9	247,8	147,4	159,6	141,0	154,0	158,0	140,5	142,7	127,9
1980 1. Vj.	178,6	272,5	154,8	164,8	152,8	158,6	166,5	143,6	146,3	127,8
2. Vj.	182,3	291,5	154,3	170,2	146,2	162,7	173,4	149,7	149,1	126,0
3. Vj.	185,3	303,0	155,1	172,0	146,8	162,4	175,4	151,3	150,3	125,9

¹⁾ Grundstoffe aus dem produzierenden Gewerbe aus inländischer und ausländischer Produktion; ohne Umsatzsteuer; umbasiert von Originalbasis 1962 = 100.

Tabelle 59*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Inlandsabsatz)¹⁾

1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau-liche Erzeugnisse ²⁾	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ³⁾	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter	Verbrauchs-güter	Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	Investitions-güter	Verbrauchs-güter ⁴⁾
1962	64,0	38,7	60,1	65,2	67,7	61,7	64,3	69,3	56,2	63,3
1963	64,3	39,3	60,0	65,5	67,2	61,9	65,4	70,0	56,8	64,0
1964	65,0	39,2	60,5	66,3	67,7	62,7	66,7	70,6	57,8	64,6
1965	66,6	40,8	62,2	67,9	69,1	64,5	68,2	71,6	59,5	66,1
1966	67,7	40,7	62,9	69,1	69,9	65,7	69,9	73,2	61,1	67,6
1967	67,1	40,6	63,5	68,4	68,1	65,1	69,5	73,8	60,9	67,9
1968	66,6	40,7	63,7	67,8	67,3	65,1	69,3	72,9	61,0	67,3
1969	67,9	41,9	62,9	69,2	68,3	67,2	70,6	73,6	63,4	67,2
1970	71,2	47,5	63,1	72,7	71,3	72,5	73,2	75,2	69,1	70,2
1971	74,3	52,6	65,2	75,7	73,1	77,0	76,0	77,9	74,6	73,5
1972	76,2	55,6	69,6	77,5	73,1	79,1	78,7	81,0	77,4	76,1
1973	81,3	58,5	72,7	82,7	79,4	82,4	84,6	87,8	80,9	81,8
1974	92,1	75,1	78,5	93,8	98,0	90,1	94,5	92,8	88,3	91,4
1975	96,4	93,7	93,7	96,8	97,1	96,6	97,1	96,3	95,8	96,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	100,5	102,2	102,8	99,8	103,7	102,9	106,9	104,2	101,9
1978	103,9	107,0	105,9	103,6	99,1	106,0	104,6	106,0	107,5	104,1
1979	108,9	110,6	108,0	108,9	109,6	109,1	109,7	106,4	111,2	112,6
1975 1. Vj.	95,8	93,3	87,9	96,6	98,5	95,2	97,3	95,2	94,4	94,6
2. Vj.	96,4	92,8	93,4	96,8	97,0	96,9	97,0	95,7	96,0	95,8
3. Vj.	96,6	94,1	95,5	96,9	96,5	97,2	96,8	96,9	96,4	97,2
4. Vj.	96,9	94,7	98,0	97,0	96,3	97,3	97,1	97,6	96,6	98,2
1976 1. Vj.	98,4	99,5	99,3	98,3	98,2	98,4	98,3	98,3	98,1	98,8
2. Vj.	99,8	100,0	99,8	99,8	100,1	100,0	99,5	99,0	100,0	100,0
3. Vj.	100,8	100,2	100,0	101,0	101,3	100,7	100,9	101,0	100,7	100,8
4. Vj.	101,0	100,4	101,0	101,0	100,4	100,9	101,4	101,8	101,1	100,4
1977 1. Vj.	102,1	100,5	101,1	102,3	100,3	102,5	102,4	105,4	102,8	101,3
2. Vj.	103,0	100,4	101,9	103,2	100,4	103,9	102,9	107,5	104,3	102,0
3. Vj.	102,9	100,6	102,4	103,1	99,6	104,1	103,2	107,5	104,7	102,1
4. Vj.	102,9	100,6	103,6	102,8	99,1	104,1	103,0	107,0	105,0	102,3
1978 1. Vj.	103,3	107,3	104,5	103,1	98,7	105,0	103,8	106,6	106,1	103,1
2. Vj.	103,9	106,9	105,9	103,6	99,0	106,1	104,4	106,2	107,5	103,9
3. Vj.	104,0	106,8	106,6	103,7	98,8	106,5	104,9	105,8	108,0	104,3
4. Vj.	104,4	106,8	106,8	104,0	99,7	106,6	105,2	105,5	108,3	105,3
1979 1. Vj.	106,1	109,1	107,9	105,8	103,5	107,8	106,5	105,5	109,6	108,3
2. Vj.	108,2	108,8	107,4	108,2	108,2	109,0	108,8	106,0	111,0	111,4
3. Vj.	109,9	110,4	107,7	110,1	112,1	109,6	111,0	106,7	111,8	114,5
4. Vj.	111,3	114,0	108,8	111,5	114,5	110,2	112,7	107,3	112,4	116,2
1980 1. Vj.	114,4	119,9	110,9	114,6	120,3	112,4	115,3	107,9	114,5	120,2
2. Vj.	117,0	129,0	118,1	116,6	122,5	114,5	117,5	108,6	116,9	122,7
3. Vj.	117,6	134,0	119,9	117,0	122,0	115,2	116,9	109,3	117,7	122,7

1) Ohne Umsatzsteuer.

2) Ohne Erdgas.

3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

4) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise¹⁾

1976 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ²⁾	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
				Betriebsgebäude				
1960	40,2	41,2	41,4	42,0	41,1	60,4	.	.
1961	43,2	44,1	44,2	44,6	43,9	63,5	.	.
1962	46,8	47,6	47,8	48,0	47,3	67,7	.	30,4
1963	49,2	50,0	50,2	50,1	49,8	70,3	.	34,7
1964	51,5	52,3	52,3	52,1	51,9	69,7	.	37,8
1965	53,7	54,4	54,3	54,2	53,8	66,0	.	44,9
1966	55,4	56,3	56,0	55,6	55,5	65,2	.	48,4
1967	54,2	54,9	54,7	52,9	54,2	62,2	.	52,7
1968	56,5	57,2	56,9	55,8	56,5	65,0	56,8	58,1
1969	59,8	60,6	60,4	60,6	59,7	67,9	59,4	61,2
1970	69,6	70,5	70,7	71,7	70,0	77,8	66,6	63,0
1971	76,8	77,6	77,9	79,5	77,4	83,9	73,7	68,8
1972	82,0	82,5	82,9	83,4	82,6	85,0	78,4	82,4
1973	88,0	88,4	88,8	88,3	88,4	87,7	84,0	83,5
1974	94,4	94,5	94,8	93,7	94,5	96,1	92,1	82,7
1975	96,7	96,7	96,8	96,2	96,5	98,4	96,5	90,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,9	104,7	104,6	104,3	105,1	102,7	104,8	110,6
1978	111,3	111,0	110,7	109,8	111,8	109,4	110,2	122,8
1979	121,1	120,4	119,5	118,7	121,7	120,8	117,1	141,7
1975 Feb	95,6	95,6	95,8	94,7	95,3	97,4	94,8	81,1
Mai	97,0	97,0	97,1	96,4	96,9	99,0	96,7	88,2
Aug	97,0	97,0	97,1	96,8	96,9	98,7	97,2	88,5
Nov	97,0	97,0	97,1	97,0	96,9	98,4	97,1	96,3
1976 Feb	97,6	97,6	97,7	97,7	97,5	98,6	97,7	93,0
Mai	100,1	100,0	100,0	100,1	100,0	100,3	100,1	96,2
Aug	100,9	100,9	100,8	100,9	101,0	100,5	100,8	99,6
Nov	101,4	101,4	101,5	101,4	101,5	100,5	101,3	105,0
1977 Feb	102,2	102,2	102,4	101,9	102,2	100,6	102,2	100,9
Mai	105,0	104,9	104,7	104,4	105,3	102,6	104,8	107,7
Aug	105,9	105,7	105,5	105,2	106,2	103,5	106,0	107,3
Nov	106,3	106,0	105,9	105,5	106,6	104,1	106,1	119,2
1978 Feb	108,3	108,2	108,2	107,3	108,6	106,0	107,9	112,6
Mai	110,6	110,3	110,0	109,1	111,0	108,2	109,6	117,3
Aug	112,8	112,4	111,8	111,1	113,3	111,2	111,4	122,0
Nov	113,6	113,2	112,7	111,8	114,1	112,1	111,9	129,9
1979 Feb	115,1	114,7	114,2	113,2	115,5	113,4	112,9	129,9
Mai	120,4	119,6	118,6	117,9	121,0	119,6	116,2	136,6
Aug	123,7	123,0	121,9	121,2	124,3	124,6	119,2	141,6
Nov	125,2	124,4	123,3	122,4	125,9	125,5	120,1	148,6
1980 Feb	128,8	128,1	127,3	125,9	129,7	131,0	122,8	154,3
Mai	134,5	133,5	132,1	131,2	135,6	137,0	127,3	...
Aug	136,1	135,0	133,6	132,8	137,0	138,7	129,6	...

1) Einschließlich Umsatzsteuer.

2) Einschließlich Schönheitsreparaturen.

3) Ohne Berlin.

Tabelle 61*

Index der Ausführpreise

1970 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft ¹⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen ¹⁾	Roh- stoffe ¹⁾	Halb- waren ¹⁾	Fertig- waren ¹⁾	Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾
1962	88,2	88,3	88,1	98,2	88,1	87,8	81,9	88,1
1963	88,3	96,7	88,1	99,1	87,0	87,8	82,8	88,6
1964	90,4	97,4	90,1	103,0	90,4	89,7	84,6	90,1
1965	92,4	98,1	92,2	102,8	92,7	91,9	87,3	92,3
1966	94,4	100,5	94,1	102,9	95,2	93,8	89,8	95,5
1967	94,3	98,9	94,1	99,3	95,2	93,9	90,8	96,9
1968	93,3	96,9	93,2	97,7	94,6	92,9	90,3	96,5
1969	97,0	98,8	97,0	98,6	97,1	96,9	95,1	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	102,5	103,4	107,3	99,8	103,6	106,8	104,7
1972	105,5	107,4	105,5	112,7	96,3	106,1	111,3	108,0
1973	112,3	119,5	112,1	118,3	113,0	111,8	116,8	113,8
1974	131,4	132,1	131,4	138,4	167,4	127,8	127,1	128,2
1975	136,5	132,2	136,6	158,1	156,8	134,1	138,1	135,8
1976	141,7	136,5	141,9	169,4	162,6	139,2	145,7	142,9
1977	143,6	142,2	143,7	167,2	156,7	141,8	151,4	146,7
1978	145,3	141,0	145,5	162,7	152,9	144,3	155,9	149,4
1979	152,7	144,0	153,0	169,1	177,7	150,3	161,0	155,9
1975 1. Vj.	135,9	130,6	136,1	155,7	161,2	133,2	135,5	133,7
2. Vj.	136,2	128,8	136,5	157,5	156,6	134,0	137,6	134,6
3. Vj.	136,5	133,5	136,6	158,0	154,2	134,4	138,8	136,5
4. Vj.	137,2	135,8	137,3	161,1	155,3	134,9	140,2	138,5
1976 1. Vj.	140,1	135,4	140,3	167,0	160,2	137,7	144,0	141,1
2. Vj.	141,9	136,0	142,1	169,1	164,1	139,2	145,7	142,9
3. Vj.	142,8	137,8	143,0	171,0	165,5	140,2	146,3	144,0
4. Vj.	141,9	136,8	142,1	170,6	160,6	139,5	146,7	143,7
1977 1. Vj.	143,3	141,2	143,3	170,2	159,5	141,0	149,9	146,0
2. Vj.	144,1	145,1	144,1	168,7	158,2	142,0	151,5	146,7
3. Vj.	143,8	141,2	143,9	166,4	155,2	142,2	151,9	146,8
4. Vj.	143,3	141,4	143,4	163,5	153,8	141,8	152,4	147,2
1978 1. Vj.	144,1	141,2	144,3	165,0	151,4	143,0	154,3	148,1
2. Vj.	145,2	142,1	145,4	161,5	151,5	144,3	155,8	149,2
3. Vj.	145,9	140,3	146,1	161,1	153,5	144,9	156,5	149,9
4. Vj.	146,1	140,3	146,3	163,2	155,1	145,0	156,9	150,2
1979 1. Vj.	148,8	140,4	149,1	166,4	163,4	147,2	159,2	151,6
2. Vj.	152,0	142,9	152,3	168,2	174,6	149,8	160,6	154,5
3. Vj.	154,2	145,0	154,6	170,0	183,2	151,5	161,8	157,8
4. Vj.	155,8	147,6	156,1	171,8	189,8	152,5	162,5	159,7
1980 1. Vj.	161,0	149,2	161,5	175,0	209,4	156,7	166,7	167,2
2. Vj.	162,9	149,9	163,3	179,2	206,1	159,0	169,7	167,9
3. Vj.	163,6	151,4	164,0	181,3	206,6	159,6	170,7	169,2

¹⁾ Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 62*

Index der Einfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft ¹⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen ¹⁾	Roh- stoffe ¹⁾	Halb- waren ¹⁾	Fertig- waren ¹⁾	Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾
1962	94,6	94,4	94,5	104,7	84,5	95,8	94,1	97,7
1963	96,4	98,6	95,3	105,2	85,1	96,9	96,4	99,8
1964	98,1	100,0	97,2	106,2	88,2	98,4	97,9	96,4
1965	100,6	104,6	98,6	105,6	92,2	99,4	99,7	94,8
1966	102,3	104,6	101,1	107,3	96,2	101,5	102,6	96,8
1967	100,1	101,1	99,6	104,4	94,7	100,6	101,3	99,6
1968	99,4	97,4	99,9	104,7	96,5	99,6	102,0	101,3
1969	101,0	100,6	101,1	102,8	100,1	101,0	102,3	100,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	100,4	98,4	100,9	109,5	93,9	100,8	102,2	103,7
1972	99,8	101,1	99,5	106,4	89,6	100,9	102,0	104,3
1973	112,6	121,7	110,4	125,0	114,5	104,7	102,4	119,7
1974	144,8	132,6	147,8	234,4	161,1	118,0	108,0	137,3
1975	142,3	124,7	146,7	227,1	147,4	123,0	118,6	142,3
1976	151,8	136,8	155,5	248,3	157,0	127,9	125,2	149,6
1977	154,1	149,5	155,2	247,1	153,4	129,0	125,8	152,9
1978	146,2	133,0	149,5	219,4	145,4	130,6	129,1	153,6
1979	165,1	133,5	173,0	264,3	202,7	136,1	132,1	186,1
1975 1. Vj.	141,1	127,0	144,6	222,0	143,5	122,4	114,9	135,8
2. Vj.	139,2	120,7	143,8	217,9	143,6	122,2	117,4	138,7
3. Vj.	142,5	124,5	147,0	225,3	150,1	123,1	120,0	145,1
4. Vj.	146,4	126,7	151,3	243,2	152,2	124,2	122,0	149,5
1976 1. Vj.	149,5	133,2	153,6	248,3	152,9	126,2	124,2	148,4
2. Vj.	152,0	135,4	156,2	249,6	159,5	127,8	125,1	149,6
3. Vj.	153,8	138,1	157,6	251,6	161,9	129,1	125,8	150,8
4. Vj.	151,8	140,7	154,5	243,7	154,5	128,6	125,7	149,6
1977 1. Vj.	156,8	155,9	157,1	252,7	158,1	128,9	125,7	152,4
2. Vj.	157,2	159,2	156,7	250,8	157,3	129,1	125,7	153,3
3. Vj.	152,1	142,3	154,5	245,3	151,7	129,0	125,8	152,9
4. Vj.	150,1	140,6	152,4	239,4	146,6	129,1	126,0	152,8
1978 1. Vj.	147,2	139,6	149,1	225,3	141,2	129,6	127,7	151,6
2. Vj.	147,0	137,0	149,6	222,6	144,2	130,1	128,5	152,9
3. Vj.	145,5	127,5	150,1	218,7	146,3	131,4	130,2	154,0
4. Vj.	145,0	127,8	149,3	210,8	149,7	131,2	130,2	155,8
1979 1. Vj.	152,5	132,5	157,5	220,5	176,2	132,6	130,7	171,5
2. Vj.	162,8	134,9	169,8	252,4	199,4	135,5	131,7	184,5
3. Vj.	170,3	133,0	179,6	285,9	211,8	137,6	132,7	192,7
4. Vj.	174,7	133,7	185,0	298,5	223,4	138,6	133,3	195,8
1980 1. Vj.	190,5	139,0	203,4	358,1	248,5	142,7	135,1	200,4
2. Vj.	193,0	138,4	206,7	385,7	235,6	144,6	137,7	201,8
3. Vj.	192,6	135,6	206,8	386,1	232,1	145,9	138,9	199,8

1) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.

2) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 63*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾
 1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Er- nährung	Getränke und Tabak- waren	Wohnung	Heizung und Beleuch- tung	Haus- rat	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung, Unter- haltung und Erholung	Verkehr
	einschl.	ohne									
	Ernährung										
1950	46,2	47,0	46,1	82,2	28,9	34,2	65,6	54,0	48,6	39,2	41,6
1951	49,7	50,2	50,3	80,5	29,4	37,0	72,5	59,9	52,2	42,4	46,7
1952	50,8	50,1	52,6	81,9	30,0	39,8	71,9	55,8	51,8	43,5	48,7
1953	49,9	49,2	51,7	76,7	31,0	41,1	68,2	52,9	50,4	43,0	49,2
1954	50,0	48,7	52,4	71,1	31,0	43,3	67,0	52,2	50,1	42,3	49,5
1955	50,8	49,4	53,5	70,5	31,9	44,4	67,5	52,2	51,5	43,2	49,7
1956	52,1	50,5	55,0	70,4	34,0	45,2	68,9	52,7	52,5	44,3	49,3
1957	53,2	51,7	56,0	70,2	34,4	46,4	71,5	54,7	53,3	45,7	49,7
1958	54,3	52,8	57,1	70,1	35,0	48,4	71,9	56,3	54,5	47,0	53,4
1959	54,8	53,0	58,1	69,4	35,8	48,8	70,9	56,1	55,1	47,7	54,3
1960	55,6	54,1	58,5	69,3	38,1	49,4	70,9	57,1	56,0	49,0	55,0
1961	56,9	55,8	59,1	69,3	41,4	50,2	72,3	58,4	57,5	50,8	56,6
1962	58,6	57,3	61,4	70,0	42,7	51,1	73,6	60,0	59,5	53,1	57,3
1963	60,3	58,8	63,4	70,6	45,2	52,5	73,9	61,4	61,0	55,0	59,8
1964	61,8	60,2	64,9	71,1	48,0	53,2	74,4	62,6	62,0	56,9	60,3
1965	63,8	61,8	67,9	71,2	50,8	54,2	75,7	64,3	64,0	59,1	61,0
1966	66,1	64,4	69,6	74,1	55,4	54,8	76,7	66,3	66,8	61,4	63,3
1967	67,0	66,0	69,2	76,1	58,8	55,4	76,2	67,3	67,8	63,5	65,3
1968	67,9	67,9	67,8	77,4	62,6	59,2	75,2	67,2	71,3	66,6	66,6
1969	69,3	69,0	69,7	77,3	67,2	59,3	75,3	67,9	72,2	67,7	66,4
1970	71,5	71,5	71,4	79,4	69,9	61,2	77,9	70,7	74,5	70,9	68,0
1971	75,2	75,3	74,5	81,4	74,1	63,2	81,1	75,0	78,2	74,1	74,3
1972	79,2	72,8	78,7	85,8	78,4	65,6	83,9	79,6	81,7	77,2	78,9
1973	84,6	84,4	84,6	91,6	83,5	73,4	87,0	85,6	85,6	82,0	83,8
1974	90,3	90,5	89,5	93,9	88,3	83,7	93,1	92,0	91,4	89,5	91,0
1975	95,8	96,1	94,8	96,7	95,0	94,2	97,9	96,6	97,0	96,1	95,8
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,5	103,8	102,5	111,4	103,3	100,9	103,3	105,0	102,8	103,0	102,2
1978	106,1	106,7	104,3	111,9	106,2	103,4	106,2	109,7	105,8	106,3	104,9
1979	110,2	111,3	106,3	113,2	109,7	120,1	108,8	114,7	109,0	110,5	110,0
1977 1. Vj.	102,5	102,6	102,0	108,7	102,2	101,0	102,9	103,3	101,7	101,9	100,9
2. Vj.	103,6	103,6	103,5	111,1	102,9	100,8	103,4	104,5	102,5	102,6	102,3
3. Vj.	103,8	104,2	102,3	113,3	103,7	100,7	103,0	105,2	103,1	103,6	102,7
4. Vj.	104,2	104,7	102,3	112,5	104,3	101,1	103,7	106,9	103,8	104,0	102,9
1978 1. Vj.	105,4	105,9	104,0	112,4	105,2	102,5	106,1	108,4	104,7	105,1	103,8
2. Vj.	106,4	106,6	105,5	112,2	106,0	103,1	106,5	109,3	105,5	106,0	105,1
3. Vj.	106,2	106,9	104,2	111,8	106,6	103,2	105,9	109,8	106,1	106,9	105,1
4. Vj.	106,5	107,4	103,5	111,3	107,2	104,8	106,4	111,1	106,8	107,3	105,3
1979 1. Vj.	108,2	109,0	105,5	111,4	108,0	112,7	107,9	112,3	107,4	109,0	107,1
2. Vj.	109,7	110,5	107,1	111,6	108,9	119,0	108,3	113,8	108,3	109,8	109,1
3. Vj.	110,9	112,3	106,2	114,5	110,1	124,6	108,9	115,2	109,6	111,2	111,6
4. Vj.	111,8	113,4	106,6	115,3	111,9	124,9	110,0	117,3	110,5	112,0	112,3
1980 1. Vj.	113,8	115,2	109,4	116,4	113,5	128,6	112,6	119,4	112,0	113,1	113,4
2. Vj.	115,9	117,2	111,5	116,9	115,0	131,4	114,1	121,0	113,5	114,9	117,2
3. Vj.	116,6	118,1	111,7	117,2	116,1	130,6	114,6	122,2	114,7	117,1	117,7

1) Gliederung nach Bedarfsgruppen.

2) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

3) Ohne Saarland und Berlin.

4) Ohne Berlin.

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾
 1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nahrungs- und Genuß- mittel ³⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Ausstat- tung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ³⁾										
1962	58.6	55.6	63.4	60.2	42.5	50.7	68.2	56.8	54.5	60.3	57.2
1963	60.3	57.4	65.2	61.5	44.8	52.0	69.5	59.4	56.1	61.1	59.1
1964	61.8	58.8	66.5	62.8	47.6	52.8	70.5	60.0	57.5	62.3	61.0
1965	63.8	60.6	69.1	64.4	50.3	53.7	72.4	60.6	59.5	64.1	62.8
1966	66.1	63.1	71.0	66.5	55.0	54.5	73.8	63.1	62.8	65.8	64.8
1967	67.0	64.7	71.0	67.5	58.7	55.0	73.8	64.9	64.1	67.2	67.4
1968	67.9	66.7	70.2	67.4	62.7	58.9	73.5	66.1	68.2	69.3	70.2
1969	69.3	68.0	71.6	68.0	67.3	59.0	73.6	65.7	69.2	70.1	71.4
1970	71.5	70.5	73.3	70.8	70.0	60.8	76.3	67.5	72.0	73.5	72.9
1971	75.2	74.6	76.2	75.1	74.1	62.9	79.8	71.7	76.0	76.9	80.6
1972	79.2	78.5	80.4	79.7	78.4	65.3	82.8	76.2	79.9	79.8	84.5
1973	84.6	83.6	86.3	85.6	83.5	73.2	85.9	81.4	84.5	84.0	89.2
1974	90.3	90.1	90.6	92.0	88.3	83.6	92.1	89.5	90.7	91.4	93.9
1975	95.8	96.1	95.3	96.6	95.0	94.1	97.5	95.3	96.5	97.2	97.2
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103.5	103.0	104.7	104.9	103.3	100.9	103.1	101.9	103.3	101.7	105.4
1978	106.1	106.1	106.1	109.6	106.2	103.4	106.6	104.9	106.9	103.5	108.8
1979	110.2	111.1	108.0	114.6	109.7	120.6	109.9	110.0	110.8	106.1	113.8
1975 1. Vj.	93.8	94.2	93.2	95.6	91.6	90.2	97.1	93.6	95.1	95.7	95.8
2. Vj.	95.6	95.6	95.7	96.2	94.9	91.7	97.5	95.0	96.2	96.7	96.2
3. Vj.	96.4	96.6	96.0	96.7	96.3	95.5	97.1	95.7	96.9	97.6	97.8
4. Vj.	97.3	97.8	96.4	97.7	97.1	98.8	98.4	96.7	97.8	98.6	98.8
1976 1. Vj.	98.9	98.9	98.8	98.7	98.5	99.5	100.1	98.1	98.9	99.5	98.9
2. Vj.	100.1	99.9	100.6	99.4	99.9	100.0	100.1	100.4	99.8	99.9	99.5
3. Vj.	100.2	100.3	100.0	100.0	100.5	100.3	99.3	101.0	100.4	100.1	100.7
4. Vj.	100.8	100.8	100.6	101.8	101.1	100.1	100.5	100.5	101.0	100.4	100.9
1977 1. Vj.	102.5	102.0	103.6	103.2	102.2	101.0	102.4	100.4	102.1	101.3	104.2
2. Vj.	103.6	102.9	105.3	104.4	102.9	100.7	103.1	102.1	103.1	101.6	104.9
3. Vj.	103.8	103.3	105.0	105.2	103.6	100.7	102.9	102.4	103.7	101.8	106.0
4. Vj.	104.2	103.9	104.8	106.9	104.3	101.1	103.8	102.6	104.5	102.0	106.3
1978 1. Vj.	105.4	105.2	106.0	108.4	105.2	102.5	106.3	103.8	105.6	103.0	107.5
2. Vj.	106.4	106.1	107.1	109.3	106.0	103.1	106.9	105.2	106.6	103.5	108.3
3. Vj.	106.2	106.3	106.0	109.8	106.5	103.2	106.2	105.2	107.2	103.7	109.6
4. Vj.	106.5	107.0	105.4	111.1	107.1	104.8	106.9	105.4	108.1	103.9	109.9
1979 1. Vj.	108.2	108.8	106.9	112.3	108.0	113.0	108.6	106.6	109.0	105.5	112.1
2. Vj.	109.7	110.3	108.2	113.7	108.8	119.5	109.3	108.9	110.1	105.8	113.0
3. Vj.	110.9	112.1	108.2	115.1	110.0	125.3	110.1	111.8	111.5	106.3	114.7
4. Vj.	111.8	113.2	108.7	117.2	111.8	124.6	111.5	112.5	112.5	107.0	115.3
1980 1. Vj.	113.8	115.1	111.0	119.3	113.5	129.4	114.2	113.9	114.1	107.9	116.4
2. Vj.	115.9	117.2	112.8	120.9	115.0	132.3	115.8	118.2	115.7	108.9	118.4
3. Vj.	116.6	118.2	113.1	122.0	116.1	131.4	116.4	118.8	117.0	109.5	121.3

1) Gliederung nach Hauptgruppen.

2) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

3) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 65*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾

Alle privaten Haushalte

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nah- rungs- und Genuß- mittel ²⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Ausstat- tung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ²⁾										
1962	58,1	55,4	63,2	61,4	44,3	46,6	65,9	56,2	48,0	57,9	63,0
1963	59,8	57,1	65,0	62,7	46,7	48,1	67,2	58,1	49,5	59,5	64,3
1964	61,2	58,5	66,4	63,5	49,3	48,9	67,9	58,7	51,3	61,7	65,3
1965	63,2	60,2	68,8	65,0	52,1	49,9	69,1	59,2	53,9	63,8	66,8
1966	65,4	62,6	70,9	66,7	56,3	50,5	70,6	61,6	57,4	66,0	68,5
1967	66,5	64,4	70,8	67,5	60,1	51,2	70,6	63,5	59,3	68,3	70,2
1968	67,6	66,3	70,2	67,5	64,4	54,2	70,8	65,3	62,6	70,0	72,2
1969	68,9	67,4	71,8	68,2	68,5	54,1	71,2	64,9	64,1	70,7	73,4
1970	71,2	70,1	73,5	70,9	71,5	56,5	74,1	66,8	67,6	74,2	74,9
1971	74,9	74,3	76,3	75,1	75,9	59,6	78,1	71,3	72,3	77,5	80,3
1972	79,1	78,3	80,7	79,6	80,5	62,3	81,3	76,2	76,9	80,2	83,7
1973	84,6	83,6	86,7	85,6	85,2	72,5	84,8	81,9	82,2	84,3	88,1
1974	90,5	90,3	90,8	92,0	89,5	84,7	91,3	90,2	89,1	91,5	93,1
1975	95,9	96,0	95,6	96,7	95,2	93,6	97,1	95,8	95,6	97,0	96,9
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	103,2	104,9	104,8	103,4	100,9	103,2	102,1	103,9	101,7	105,4
1978	106,5	106,5	106,4	109,4	106,4	103,3	106,8	105,1	108,0	103,4	109,4
1979	110,9	111,8	108,2	114,2	109,8	124,8	110,2	110,0	112,6	106,1	114,5
1975 1. Vj.	94,0	94,2	93,4	95,7	92,5	89,4	96,3	94,1	93,6	95,6	95,6
2. Vj.	95,7	95,4	96,3	96,3	95,1	90,6	97,1	95,7	95,2	96,6	96,0
3. Vj.	96,5	96,5	96,4	96,8	96,2	95,0	96,8	96,4	96,2	97,4	97,5
4. Vj.	97,3	97,8	96,3	97,8	97,1	99,2	98,3	97,2	97,3	98,5	98,3
1976 1. Vj.	98,9	98,9	98,9	98,7	98,5	99,6	100,0	98,3	98,6	99,5	98,5
2. Vj.	100,0	99,9	100,5	99,5	99,8	100,0	100,1	100,3	99,8	99,9	99,2
3. Vj.	100,2	100,3	100,0	100,0	100,5	100,3	99,4	100,8	100,4	100,1	100,8
4. Vj.	100,9	100,9	100,7	101,7	101,2	100,1	100,5	100,5	101,2	100,5	101,5
1977 1. Vj.	102,6	102,1	103,8	103,1	102,2	101,0	102,5	100,6	102,4	101,3	104,0
2. Vj.	103,7	103,0	105,6	104,3	103,0	100,7	103,2	102,3	103,6	101,6	104,8
3. Vj.	104,0	103,5	105,4	105,1	103,8	100,6	103,1	102,6	104,4	101,8	105,9
4. Vj.	104,4	104,2	105,1	106,7	104,5	101,1	104,0	102,9	105,3	102,0	106,7
1978 1. Vj.	105,7	105,5	106,3	108,2	105,4	102,4	106,5	103,9	106,6	103,0	107,9
2. Vj.	106,6	106,4	107,3	109,0	106,2	102,9	107,1	105,4	107,5	103,4	108,8
3. Vj.	106,6	106,7	106,3	109,6	106,7	103,1	106,4	105,4	108,5	103,5	110,2
4. Vj.	106,9	107,4	105,7	110,8	107,3	105,0	107,2	105,7	109,4	103,8	110,8
1979 1. Vj.	108,8	109,3	107,2	112,0	108,2	115,2	108,9	106,9	110,7	105,5	112,5
2. Vj.	110,3	111,0	108,4	113,4	109,0	123,5	109,6	109,0	111,9	105,7	113,4
3. Vj.	111,7	112,9	108,4	114,8	110,3	130,6	110,5	111,7	113,3	106,2	115,4
4. Vj.	112,6	114,0	108,9	116,7	111,9	130,0	111,9	112,3	114,5	106,9	116,6
1980 1. Vj.	114,7	116,0	111,4	118,6	113,5	135,1	114,6	113,3	116,7	107,7	119,2
2. Vj.	116,8	118,2	113,0	120,2	115,0	137,9	116,2	117,6	118,5	108,6	121,8
3. Vj.	117,7	119,2	113,3	121,3	116,1	135,9	116,9	118,0	119,8	109,2	125,4

¹⁾ Gliederung nach Hauptgruppen.²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ⁶⁾				
1962	58,1	62,3	44,7	48,2	65,3	58,6	62,2	42,9	49,8	64,9
1963	59,8	64,2	47,1	50,6	66,1	60,3	64,3	45,3	52,3	65,7
1964	61,2	65,7	49,8	52,6	66,7	61,8	65,7	48,0	54,1	66,5
1965	63,2	68,5	52,6	54,7	67,6	63,8	68,7	50,8	56,0	67,7
1966	65,4	70,3	56,7	58,2	68,9	66,1	70,3	55,6	59,0	69,3
1967	66,5	69,7	60,5	60,2	69,6	67,0	69,7	59,1	60,7	70,2
1968	67,6	68,1	64,8	63,4	70,2	67,9	68,1	63,2	63,9	70,9
1969	68,9	70,3	68,8	64,7	70,2	69,3	70,0	67,7	65,2	70,9
1970	71,2	71,7	71,8	67,7	72,5	71,5	71,5	70,3	68,1	73,1
1971	75,0	74,5	76,1	72,9	75,8	75,2	74,5	74,3	73,6	76,3
1972	79,1	79,0	80,7	77,9	79,3	79,2	78,8	78,6	78,5	79,9
1973	84,6	85,3	85,4	83,4	84,7	84,6	84,6	83,7	84,0	85,0
1974	90,5	89,9	89,6	89,7	91,5	90,3	89,5	88,3	90,4	91,3
1975	95,9	95,4	95,3	95,6	96,5	95,8	94,9	94,9	95,8	96,6
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	102,4	103,3	104,9	103,7	103,5	102,3	103,2	104,6	103,7
1978	106,5	103,6	106,3	108,9	106,5	106,1	103,5	106,1	108,4	106,5
1979	110,9	105,4	109,6	114,0	111,8	110,2	105,2	109,5	113,5	111,4
1975 1. Vj.	94,0	92,9	92,6	93,5	95,1	93,8	92,6	91,6	94,0	95,2
2. Vj.	95,7	96,7	95,1	94,9	95,9	95,6	95,7	94,9	95,1	96,1
3. Vj.	96,5	96,2	96,3	96,3	96,8	96,4	95,6	96,2	96,5	97,0
4. Vj.	97,3	95,8	97,2	97,5	98,2	97,3	95,9	97,1	97,6	98,1
1976 1. Vj.	98,9	99,2	98,5	98,5	99,1	98,9	99,1	98,5	98,7	99,0
2. Vj.	100,0	101,2	99,9	99,4	99,9	100,1	101,2	99,9	99,6	99,9
3. Vj.	100,2	99,7	100,5	100,7	100,1	100,2	99,8	100,5	100,7	100,2
4. Vj.	100,9	99,8	101,2	101,4	100,9	100,8	99,9	101,1	101,2	100,9
1977 1. Vj.	102,6	102,0	102,1	103,2	102,6	102,5	101,8	102,1	103,1	102,7
2. Vj.	103,7	103,5	102,9	104,3	103,7	103,6	103,4	102,9	104,2	103,7
3. Vj.	104,0	102,0	103,7	105,5	104,1	103,8	102,0	103,6	105,3	104,1
4. Vj.	104,4	101,9	104,4	106,4	104,5	104,2	101,8	104,2	106,0	104,5
1978 1. Vj.	105,7	103,6	105,3	107,7	105,7	105,4	103,4	105,1	107,3	105,7
2. Vj.	106,6	105,0	106,0	108,7	106,4	106,4	104,9	105,8	108,3	106,4
3. Vj.	106,6	103,4	106,6	109,3	106,6	106,2	103,3	106,4	108,7	106,5
4. Vj.	106,9	102,5	107,2	109,9	107,1	106,5	102,5	107,0	109,1	107,1
1979 1. Vj.	108,8	104,7	108,0	112,2	109,0	108,2	104,4	107,8	111,8	108,7
2. Vj.	110,3	106,3	108,8	113,2	110,8	109,7	106,1	108,6	112,8	110,4
3. Vj.	111,7	105,0	110,0	114,8	113,2	110,9	104,9	109,8	114,4	112,7
4. Vj.	112,6	105,3	111,6	115,8	114,2	111,8	105,2	111,5	115,1	113,7
1980 1. Vj.	114,7	108,3	113,2	116,4	116,8	113,8	108,0	113,2	115,5	116,1
2. Vj.	116,8	110,5	114,6	118,7	119,1	115,9	110,2	114,6	117,4	118,3
3. Vj.	117,7	110,6	115,7	120,9	119,3	116,6	110,4	115,7	119,2	118,7

1) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.

2) Ohne Gaststättenleistungen.

3) Einschließlich Garagennutzung.

4) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.

5) Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.

6) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 67*

Löhne und Gehälter

1976 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Brutto-			Tarifliche						
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-			Wochen-		Monatsgehälter	
		verdienste			löhne						
		Industrie ¹⁾	Industrie ¹⁾ und Handel ²⁾	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften		
1960	25,6	26,2	28,6	29,1	28,1	27,6	30,8	30,4	32,1	32,8	
1961	28,3	28,9	31,5	31,5	30,3	29,8	33,2	32,8	34,8	35,4	
1962	30,8	32,3	34,7	34,3	33,5	32,8	35,9	35,5	37,8	38,0	
1963	32,7	34,7	37,0	36,6	35,7	35,0	38,0	37,6	39,8	40,2	
1964	35,7	37,6	40,0	38,9	38,1	37,3	39,9	39,4	41,6	42,1	
1965	38,9	41,3	44,0	42,1	41,0	40,2	42,6	42,2	44,5	44,8	
1966	41,8	44,0	46,5	45,2	43,9	43,1	45,4	45,0	47,3	47,5	
1967	43,1	45,4	46,2	47,0	46,0	45,0	46,9	46,4	48,5	49,0	
1968	45,8	47,4	49,4	49,2	47,9	46,9	48,6	48,1	50,1	50,6	
1969	50,0	51,6	54,8	53,0	51,1	50,0	51,7	51,2	53,3	53,7	
1970	57,4	59,2	63,0	59,7	57,7	56,7	58,0	57,6	59,0	59,2	
1971	64,2	65,7	68,6	65,8	65,2	64,4	65,5	65,2	65,9	65,9	
1972	69,9	71,6	74,0	71,5	70,9	70,6	71,2	71,2	71,4	71,6	
1973	78,3	79,1	81,8	78,8	77,7	77,6	77,9	78,2	78,1	78,7	
1974	87,3	87,2	88,3	86,9	86,8	86,8	87,0	87,2	87,1	87,7	
1975	93,5	94,0	92,3	94,0	94,6	94,7	94,6	94,8	94,6	95,0	
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1977	106,9	107,1	107,3	106,9	107,2	106,9	107,2	106,9	107,1	106,5	
1978	112,4	112,8	113,1	113,0	112,8	112,7	112,8	112,7	112,0	111,8	
1979	118,6	119,3	120,6	119,9	119,2	119,0	119,2	118,9	117,8	117,3	
1976 Jan	} 95,8	96,8	93,7	96,7	97,7	97,5	97,7	97,5	97,7	97,0	
Apr		99,2	99,0	99,3	99,3	99,4	99,3	99,4	99,8	100,1	
Jul		} 104,1	101,7	102,9	101,7	101,3	101,4	101,3	101,4	101,2	101,3
Okt			102,3	104,4	102,2	101,6	101,6	101,6	101,6	101,4	101,4
1977 Jan	} 102,7	103,7	101,5	103,3	104,7	104,1	104,7	104,1	104,8	103,3	
Apr		106,4	106,9	106,3	106,2	106,2	106,2	106,2	106,7	106,7	
Jul		} 111,0	109,1	110,1	108,7	108,8	108,6	108,8	108,6	108,3	107,9
Okt			109,2	110,7	109,1	109,1	108,8	109,1	108,8	108,5	108,1
1978 Jan	} 107,1	109,2	107,4	109,9	109,9	109,7	109,9	109,7	109,3	108,7	
Apr		112,0	112,8	111,8	111,4	111,6	111,4	111,6	111,2	111,7	
Jul		} 117,6	115,0	115,8	114,8	114,8	114,7	114,8	114,6	113,7	113,3
Okt			115,0	116,2	115,5	115,0	114,9	115,0	114,8	113,9	113,5
1979 Jan	} 112,8	116,0	116,3	116,5	117,0	116,5	117,0	116,4	116,1	114,6	
Apr		118,8	119,9	119,3	118,1	118,1	118,1	118,0	117,5	117,5	
Jul		} 124,3	121,2	123,1	121,5	120,7	120,6	120,7	120,5	118,7	118,5
Okt			121,3	123,2	122,4	121,0	120,8	121,0	120,7	119,0	118,6
1980 Jan	} 120,3	121,7	120,4	123,4	121,7	121,4	121,7	121,3	119,5	118,9	
Apr		126,7	127,8	127,8	125,8	125,9	125,8	125,8	124,5	124,7	
Jul		130,1	131,1	130,7	129,9	129,6	129,9	129,5	127,1	126,6	

1) Einschließlich Hoch- und Tiefbau.

2) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

3) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineral- öle	Stein- kohlen	Braun- und Pech- kohle	Natur- gase ²⁾	Kern- energie	Wasser- kraft	Strom ³⁾	Sonstige Energie- träger ⁴⁾
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	169		52

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 kg Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.²⁾ Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.³⁾ Außenhandelsaldo Strom.⁴⁾ Brennholz, Brenntorf, Außenhandelsaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 69*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brenn- stoffe ²⁾	Gase ³⁾	Strom	Fern- wärme
		ins- gesamt	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraft- stoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 kg Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

²⁾ Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwefelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Pechkohle, Brennholz und Brenntorf).

³⁾ Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 70*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule¹⁾

Jahr	Primär- energie- verbrauch	Verbrauch und Ver- luste im Energie- sektor ²⁾	Nicht- energie- tischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinver- braucher, militä- rische Dienst- stellen
					zusammen	Grund- stoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe, übriger Bergbau	Investi- tionsgüter produzie- rendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter pro- duzieren- des und Nahrungs- und Ge- nußmittel- Gewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten: 1 kg Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.²⁾ Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 71*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr ¹⁾		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe ³⁾
	je Einheit in Preisen von 1970	je Einwohner ²⁾	insgesamt	je Einheit BSP ²⁾ in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis ³⁾	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule ⁴⁾ pro 1 Mrd DM	Gigajoule ⁵⁾	Mio DM	vH	Petajoule ⁴⁾	1976 = 100	Petajoule ⁴⁾	1976 = 100		
1950	0,99	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,97	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	1,01	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	1,13	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	1,35	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	1,55	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,86	11 708	1 449	0,72	59	.	102	.	252	.
1957	1,91	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	2,40	16 139	1 909	0,81	138	45,8	167	.	311	.
1959	2,82	20 103	2 230	0,87	185	41,3	214	.	352	.
1960	3,03	23 470	2 794	0,92	281	40,1	267	.	402	.
1961	3,49	28 020	3 035	0,92	381	40,0	337	.	460	.
1962	4,16	34 397	3 768	1,05	572	41,0	401	40,2	516	63,5
1963	4,88	41 210	4 357	1,14	744	42,9	455	40,8	563	63,4
1964	5,29	47 213	4 914	1,17	838	41,0	522	36,5	636	63,2
1965	5,80	53 993	4 994	1,09	1 011	39,2	577	35,1	692	63,1
1966	6,38	60 408	5 584	1,15	1 134	37,6	610	37,1	762	60,6
1967	6,67	62 882	6 566	1,33	1 196	40,6	604	38,4	783	65,1
1968	7,03	70 134	7 855	1,47	1 366	43,4	633	36,3	838	69,5
1969	7,34	78 263	7 914	1,32	1 641	40,6	677	36,5	903	64,3
1970	7,72	86 429	8 583	1,26	1 853	42,9	733	40,3	993	63,1
1971	7,77	88 816	11 168	1,48	1 962	47,3	742	52,9	1 080	66,3
1972	7,93	93 337	10 621	1,28	2 064	43,8	792	43,5	1 136	69,7
1973	8,04	98 780	15 009	1,63	2 217	72,4	799	46,5	1 181	78,3
1974	7,21	88 939	32 226	3,27	1 926	94,5	687	92,5	1 129	94,2
1975	7,06	85 785	28 988	2,80	1 907	90,8	622	92,1	1 216	93,5
1976	7,26	93 303	35 264	3,13	2 087	100	630	100	1 281	100
1977	6,98	92 541	34 442	2,87	2 007	99,8	592	102,9	1 361	97,2
1978	7,08	97 168	31 799	2,46	2 131	97,7	595	94,9	1 436	99,4
1979	6,89	98 796	47 791	3,40	2 121	174,1	586	121,8	1 485	109,8

1) Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse.

2) Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

3) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

4) Petajoule = 10¹⁵ (Billiarde) Joule.5) Gigajoule = 10⁹ (Milliarde) Joule.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Agrarpolitik 417 ff.

- Agrarexporte 363
- Außenschutz 437, 450, 452
- Drittländer 420, 431, 388 ff.
- Einkommenshilfen 460 ff.
- einkommenspolitische Ziele 428, 451
- Erzeugerabgaben 457 f.
- Grenzausgleich 435
- Grundsätze 361 ff.
- Importabgaben und Verbrauchsteuern 459
- Kontingentierung 456
- Kosten 418 f., 440
- Marktinterventionen 426, 438
- Preise 140
- Preispolitik 422, 476
- Selbstversorgungsgrad 430, 448
- Struktur- und Sozialpolitik 427, 432 f., 478 f., 483
- Süderweiterung 453, 489
- Verteilungswirkungen 34, 441
- vertragliche Grundlagen 423 f.

Aktienmarkt 208**Angebotsbedingungen** 49, 62 f., 73 ff., 276 ff., 282, 284 f.**Arbeitsförderungsgesetz**

- s. Arbeitsmarkt

Arbeitskräftemangel 110**Arbeitslosenunterstützung** 152, 323**Arbeitslosigkeit** 102, 105 ff., 275, 292

- in den wichtigsten Industrieländern 8
- Jugendarbeitslosigkeit 113
- nach Berufen 107 ff.
- Problemgruppen 105
- regionale 115
- stille Reserve 103
- von Älteren 114
- von Behinderten 114
- von Frauen 112
- von Minderqualifizierten 111
- voraussehbare Entwicklung 268

Arbeitsmarkt

- Arbeitsförderungsgesetz 122 ff.
- Arbeitsmarktpolitik 122 ff., 374 ff.
- Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt 105
- Sonderprogramme 126 f.

Arbeitsproduktivität

- s. Produktivität

Aufträge 55, 77 ff.**Ausbildungsplätze** 116 ff.**Ausfuhr** 55 ff., 161**Ausfuhrpreise** 61, 137**Auslastungsgrad des Produktionspotentials**

- s. Produktionspotential

Außenbeitrag 60 f.**Austauschverhältnis**

- s. Terms of Trade

Auszubildende

- s. Lehrlinge

Belgien 16**Beschäftigung** 100 ff., 104, 292 ff.**Beschäftigungspolitik** 287, 294**Bruttoinlandsprodukt**

- s. Produktion, Gesamtwirtschaft

Dänemark 16**Devisenwapengeschäft** 192**Devisenpensionsgeschäft** 192**Direktinvestitionen** 169 ff.**Eigenkapitalausstattung** 72**Einfuhr** 59, 160**Einfuhrpreise** 64, 136 f., 160**Einkommen** 141 ff.

- aus unselbständiger Arbeit 142 f., 151

- aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 144, 147 ff., 150
- Einkommensverteilung 142 ff.
- Transfereinkommen 152
- verfügbares Einkommen 51, 153 f.

Einkommensteuer 150 f., 221, 235

Energiepolitik 390 ff.

Erdgas

- s. Gas

Erwerbspersonenpotential 103, 268

Erwerbstätige 101, 104

Europäische Gemeinschaft 30 ff.

- Agrarpolitik 417 ff.
- Finanzpolitik 30 ff.
- Geldpolitik 29

Europäisches Währungssystem 27 f., 314

Finanzpolitik 210 ff., 286 f., 300 ff., 317 ff.

Frankreich 14, 23

Gas 391

Geldbasis 183 ff., Anhang IV. C.

Geldpolitik 182 ff., 298 f., 307 ff.

- Indikator 195
- Instrumentarium 192
- mengenorientierte 183 ff., 312 f.
- und Ölverteuerung 188
- und Wechselkurs 201, 308 ff.
- und Zinsen 191, 193 ff., 200 ff.
- und Leistungsbilanzdefizit 172 ff.

Gewerbsteuer 233 f.

Gewinne

- Gewinnmargen 74, 139, 149
- Unternehmensgewinne 144, 148 f.

Großbritannien 6, 13, 24

Handelshemmnisse 34 ff., 381 ff.

Industrieproduktion

- in den wichtigsten Industrieländern 1 f.
- s. Produktion

Investitionen 9, 77 ff., 285, 302

- Direktinvestitionen 169 ff.
- Eigenkapitalausstattung 72
- Investitionsneigung 77
- und Energieprobleme 82
- voraussehbare Entwicklung 256 ff.
- Vorratsinvestitionen 83 f.

Italien 15, 23

Japan 12, 21 f., 387, 393

Kapazitätsauslastung 95 ff.

Kapitalimport 174 f., 315 f., 288 f.

Kapitalkosten 145 f., Anhang IV. B.

Kapitalmarkt 200 ff.

Kapitalverkehr 37, 174 ff., 316

Kernenergie 291, 393, 400, 414 f.

Körperschaftsteuer 150, 221

Kohle 391, 400, 411

Konjunkturelle Entwicklung

- in der Bundesrepublik 49 ff.
- in der Welt 1 ff.
- voraussehbare 253 ff.

Konjunkturneutraler Haushalt 228 ff., 323, Anhang IV. D.

Kraftfahrzeugsteuer 410

Kreditnachfrage 196 ff.

- Konsumentenkredite 197

Lehrlinge 104, 116 ff.

Leistungsbilanz

- s. Zahlungsbilanz

Löhne

- Effektivverdienste 69
- in den wichtigsten Industrieländern 7
- Lohndrift 69
- Lohnstückkosten 70
- Reallöhne 304, 371
- Tariflöhne 65 ff.
- voraussichtliche Entwicklung 267

Lohnpolitik 7, 300 f., 364 ff.

- Lohnquote** 143
- Lohnsteuer** 151, 220
- Lombardkredit** 192
- Marktpolitik** 381 ff.
- Mineralöl**
- Einfuhr 135
 - Preise 4, 135, 390
 - Sparanreize 399 ff.
 - Steuer 236, 333, 408 ff.
 - voraussichtliche Entwicklung 272
- Monetäre Politik**
- s. Geldpolitik
- Nachfragestützung** 300, 306
- Niederlande** 16
- Offene Stellen** 106 f.
- Offenmarktpolitik** 192
- Öffentliche Finanzen**
- Ausgaben 213 f.
 - Auslandsverschuldung 315, 326
 - Finanzierungssaldo 225 f., 323
 - Gemeindefinanzen 233 f., 358 ff.
 - Investitionen 217
 - konjunkturelle Wirkungen 227 ff., 321 ff.
 - konjunkturneutraler Haushalt 228 ff., 323, Anhang IV. D.
 - Konsolidierung 325 ff.
 - Personalausgaben 215
 - Steuereinnahmen 219 ff.
 - Steuerpolitik 233 f., 332 f.
 - Steuerrechtsänderungen 235 f.
 - voraussehbare Entwicklung 263 f.
- Öl**
- s. Mineralöl
- Österreich** 16
- OPEC-Staaten** 4, 390, 394, 396
- Preisentwicklung** 128 ff.
- Baupreise 128, 132
 - Einfuhrpreise 64 f., 136 f., 160
 - in den wichtigsten Industrieländern 3
 - in der Industrie 128, 130, 139
- landwirtschaftliche Produkte 140
 - Mineralöl 133, 135
 - Nahrungsmittel 131, 140
 - Preisniveau 128
 - Rohstoffe 130
 - Verbraucherpreise 128
 - voraussichtliche Entwicklung 271 f.
- Produktion**
- Automobilindustrie 90
 - Baugewerbe 92
 - Gesamtwirtschaft 94
 - Verarbeitendes Gewerbe 89 ff.
- Produktionspotential** 95, 98, 312, Anhang IV. A.
- Produktivität** 99, 269, 303, 368 f., 371
- Prognose** 237 ff.
- Protektionismus** 35, 381 ff.
- Realeinkommen** 154 ff.
- Reallohnposition** 145 ff., Anhang IV. B.
- Recycling** 18 ff., 278 ff.
- Renten** 152
- Risikokapital** 72
- Rohöl**
- s. Mineralöl
- Schweiz** 16
- Selbständige** 101
- Sozialversicherung** 152, 226, 323, 354 ff.
- Sparförderung** 338 ff.
- Sparquote** 52
- Staatliche Nachfrage** 85 ff., 215, 217
- Staatsquote** 210 f., 218, 318
- Staatsverschuldung** 295, 325 ff.
- Steueraufkommen** 219 ff.
- Steuerquote** 210 f., 219, 328
- Stille Reserve**
- s. Arbeitslosigkeit

- Strom** 391, 393
- Strukturwandel** 9, 49, 276 f., 285
- Subventionen** 146, 334 ff.
— Bundesbahn 35 ff.
— Wohnungswirtschaft 341 ff.
- Tarifverträge** 65 ff.
- Terms of Trade** 61, 136, 146, 273
- Umlaufgeschwindigkeit des Geldes** 190
- Verbrauch, privater** 50 ff., 263
- Vereinigte Staaten** 6, 11, 24
- Volkseinkommen** 143, 151
- Vorausschätzung**
— s. Prognose
- Wachstumspolitik** 284 ff., 298 ff.
- Währungspolitik** 182 ff., 307 ff.
- Wechselkursentwicklung** 27 ff., 75, 201, 311
— der wichtigsten Währungen 27 ff.
- Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits 172 f.
- im Europäischen Währungssystem 28 f., 180, 314
- reale Bewertung 177 ff., 309
- Wechselfensionsgeschäft** 192
- Welthandel** 244
- Wertpapierpensionsgeschäft** 192
- Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland** 90, 163 ff.
- Wirtschaftspolitische Ziele** 277 ff.
- Zahlungsbilanz** 17 ff., 155 ff., 308
— der Entwicklungsländer 26
— der wichtigsten Industrieländer 17 ff.
— der OPEC-Staaten 4, 18 ff.
- Zentralbankgeldmenge**
— s. Geldbasis
- Zinsen und Zinsstruktur** 28, 71, 200 ff., 313